

Stille Helfer



Bibliographische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte
bibliographische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

2019

© Urheberrechte der Texte und Fotografien bei den Autorinnen und Autoren
Copyright der grafischen Gestaltung beim Verlag

Kurpfälzischer Verlag Heidelberg
Gestaltung und Herstellung: Kurpfälzischer Verlag
Umschlag: Eva Giovannini, Wiesbaden
Druckerei: City Druck, Heidelberg
ISBN 978-3-924566-7-15

Norbert Giovannini (Hg.)
Ingrid Moraw, Reinhard Riese,
Claudia Rink

Stille Helfer

Eine Spurensuche in Heidelberg (1933 – 1945)

Im Auftrag des Förderkreises Begegnung e.V.



KURPFÄLZISCHER VERLAG

Dieses Buch ist gewidmet

Konrad Jakob Müller
1940 – 2017

Frank Moraw
1942 – 2011

Grußwort Theresia Bauer, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg



Verfolgte, stille Helfer und Täter: sie alle waren Teil der Heidelberger Stadtgesellschaft von 1933 bis 1945. Das Buch „Die stillen Helfer“ ist aber nicht nur ein Beitrag zur Auseinandersetzung mit der eigenen Stadtgeschichte. Vielmehr erinnern und gedenken wir der Menschen, die den Mut aufbrachten, ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die von den Nationalsozialisten verfolgt wurden, unter schwierigsten Bedingungen zu helfen.

Der Mut der stillen Helferinnen und Helfer verdient großen Respekt und gibt mir zugleich Hoffnung. Denn diese Menschen, die auf ihre Weise Widerstand gegen Entmenslichung und Verfolgung geleistet haben, erinnern uns daran: Unser Handeln macht einen Unterschied! Sei es im Kleinen oder im Großen.

Lange haben wir geglaubt, dass es bei uns in Deutschland nie wieder antisemitische Übergriffe geben könnte. Solche falschen Selbstverständlichkeiten sind leider widerlegt. Neben fremdenfeindlichen und rassistischen Attacken erleben wir wieder offenen Antisemitismus. Deshalb: Unsere offene Gesellschaft und unsere Demokratie müssen immer wieder neu verteidigt werden.

Ich bin davon überzeugt, dass das mutige Handeln der stillen Helferinnen und Helfer uns in unseren eigenen demokratischen Grundwerten bestärken kann. Es lädt ein, aktiv für mehr Mitmenschlichkeit und gegen Feindseligkeit und Intoleranz einzutreten. Und das kann unsere liberale Demokratie gut gebrauchen: Bürgerinnen und Bürger, die sie mit Überzeugung gegen antiliberales, rassistisches und antisemitisches Gedankengut verteidigen.

Theresia Bauer
Ministerin für Wissenschaft, Forschung
und Kunst Baden-Württemberg

Grußwort Prof. Dr. Eckhart Würzner, Oberbürgermeister

Liebe Leserinnen und Leser,

Begegnungen sind wichtig: Sie lehren uns soziales Miteinander und Geschichte. Letztere lebendig zu halten war Heidelberg stets ein großes Anliegen. Unterstützt wird das Bestreben, jüdische Geschichte zu bewahren unter anderem mit den Büchern von Dr. Norbert Giovannini, der nun ein neues Werk „Stille Helfer. Eine Spurensuche in Heidelberg (1933–1945)“ herausgibt. Dabei helfen aber auch die Begegnungen mit den ehemaligen jüdischen Einwohnern der Stadt. Deren regelmäßige Treffen organisiert seit vielen Jahren der Verein Begegnung, der maßgeblich daran beteiligt war, dass dieses Zeugnis der Heidelberger Geschichte entstehen konnte.

Wie in Norbert Giovanninis anderen Büchern geht es um einen prägenden Teil der Stadtgeschichte, das jüdische Leben in Heidelberg, das nicht in Vergessenheit geraten darf. Diesmal richtet sich sein Blickwinkel auf die Helfer, die nicht weggesehen haben, sondern den Mut hatten, verfolgten Minderheiten aktiv bei Ausreise, Flucht und der Bewältigung des Alltags beizustehen. Ein Thema, das heute in der Gesellschaft aktueller denn je ist.

Für ihr unermüdliches Engagement danke ich Norbert Giovannini, dem Verein Begegnung und dem Heidelberger Geschichtsverein sowie allen, die an der Aufarbeitung dieses Kapitels der Geschichte beteiligt waren und sind. Den Lesern wünsche ich bei der Lektüre des Buches viele Aha-Momente und Anregungen zum Nachdenken.



Foto: Steffen Diemer

Eckhart Würzner
Prof. Dr. Eckhart Würzner
Oberbürgermeister

Grußwort Beate Weber-Schuerholz, Oberbürgermeisterin von 1990–2006



Es ist ein kleiner, aber doch nur schwacher Trost, dass die Geschichte der „stillen Helfer“ in Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus ein Buch füllen kann trotz der viel zu vielen Vor-, Mit- und Nachläufer und Aktiven, die es auch in unserer Gesellschaft, der Wirtschaft und leider auch der Universität gab.

Über diese stillen Helfer zu schreiben macht sie endlich unüberhörbar, denn ihr Beispiel ist zeitlos wichtig. Sie sind die sehr individuellen und tröstlichen Beweise dafür, dass es nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist, Widerstand zu leisten und Mitmenschen in schwieriger Zeit und feindlicher oder sogar todfeindlicher Umgebung zu unterstützen.

Das Buch ist ein mahnender Verweis darauf, dass man aus der Geschichte des Holocaust lernen muss. Es ist der dringende Appell sich umzusehen und ernsthaft zu prüfen, ob wir nicht heute viele bedrohliche Entwicklungen für einzelne und Gruppen von Menschen in unserem Land und anderen, scheinbar ebenso demokratisch gefestigten Ländern erkennen. Vor allem in Deutschland mit unserer verstörenden Geschichte, die in dem Buch wieder wach wird, muss uns das erheblich beunruhigen und wachrütteln.

Wenn Menschen anderer Herkunft, Haut- oder Haarfarbe, mit einem „anderen“ Gott oder einer anderen Lebensweise bei uns gejagt, verfolgt, verprügelt oder sogar umgebracht werden, darf niemand wegsehen, dann muss uns das alarmieren. Dann müssen wir uns diese „stillen Helfer“ zum Beispiel nehmen und handeln, wo immer das notwendig ist. Wir müssen genau hinsehen, ob es bedrohliche Anzeichen im Kleinen am Stammtisch, in der Straßenbahn oder auf der Straße in unserer Nähe gibt und einschreiten – und das nicht erst wenn jemand körperlich bedroht wird. Denn die Unantastbarkeit der Würde aller Menschen, die zu Recht durch unsere Verfassung geschützt wird, wird schon mit aggressiven Äußerungen, vermeintlichen Witzen und bedrohlichem Auftreten verletzt.

Dass die Anregung zu diesem Buch aus der jüdischen Kultusgemeinde kam, gibt ihm einen besonderen Auftrag: es ist nicht nur ein eindringliches Geschichtsbuch, sondern die Aufforderung an uns alle, Gefahren zu erkennen und dann die gleiche Zivilcourage aufzubringen um mit Kraft, Entschlossenheit und Eindeutigkeit gegenzuhalten. Nur so können wir neben den betroffenen Menschen auch unsere vielfältige, aufgeklärte und demokratische Gesellschaft insgesamt beschützen und bewahren.

Beate Weber-Schuerholz

Beate Weber-Schuerholz

Grußwort Rabbiner Janusz Pawelczyk-Kissin, Jüdische Kultusgemeinde



Der Impuls zu dem Projekt „Die stillen Helfer der Verfolgten im Nationalsozialismus. Eine Spurensuche in Heidelberg“ kam von uns, der jüdischen Kultusgemeinde. Die Frage, ob nicht doch einmal ein Buch über die „guten Heidelberger“ gemacht werden könne, die den während der NS-Zeit Verfolgten, vor allem den Juden, geholfen haben, war durchaus ernst gemeint. Allerdings konnte damals noch niemand erahnen, dass nach drei Jahren Recherche ein Buch mit so zahlreichen Beiträgen erscheinen wird, das ein differenziertes und facettenreiches Bild vom Wirken der stillen Helferinnen und Helfern aus vielen Bereichen der Gesellschaft entwirft. Die achtzehn Autorinnen und Autoren stellen in ihren Beiträgen nicht nur einzelne Personen vor, sondern auch kleine Netzwerke von Helferinnen und Helfern, die in ihrem jeweiligen Umfeld entstanden sind.

Auch wenn wir die Frage offen lassen, ob ihre Hilfe in jedem Einzelfall mit Widerstand gegen das Regime gleichzusetzen ist, so muss doch die menschliche und moralische Motivation der stillen Helfer gewürdigt werden. Zu würdigen sind Mut, moralische Kraft und der durch keine Umstände zu erschütternde Anstand. In vielen Fällen wohl auch ein Gefühl der Verantwortung vor Gott.

Doch auch die Schwächen und inneren Widersprüche der stillen Helfer werden in diesem Buch nicht verschwiegen. Sie sind Helden, die keine Helden sein wollten, und doch durch ihr selbstverständlich menschliches Handeln für viele zu Vorbildern für mutigen, selbstlosen Einsatz für Menschenwürde und Menschlichkeit in unserer Gesellschaft geworden sind oder es werden sollten.

Pfarrer Hermann Maas, dem in diesem Buch selbstverständlich ein Beitrag gewidmet ist und dessen unermüdlicher Einsatz für die Rettung von Juden ihn zum wohl bekanntesten der Heidelberger Helfer gemacht hat, wird in Yad Vashem als „Gerechter der Völker“ gebührend gewürdigt. Sicherlich gebührt dieser Ehrentitel auch vielen der „stillen Helfer“, die in diesem Buch vorgestellt werden.

Norbert Giovannini (Hg.), Ingrid Moraw, Reinhard Riese, Claudia Rink und allen Autorinnen und Autoren ist ein Buch gelungen, das gerade durch die differenzierte Darstellung Mut macht, Zivilcourage aufzubringen und unsere eigene Würde und Freiheit sowie die Würde und Freiheit unserer Mitmenschen bedingungslos zu verteidigen.

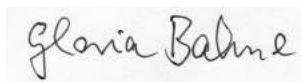
Grußwort Gloria Bahne, Förderkreis Begegnung e.V.

Zeit seines Bestehens diente der Verein „Förderkreis Begegnung“ der Pflege der Beziehungen zu den früheren jüdischen Einwohnern Heidelbergs. Anlass der Gründung des Vereins war der Besuch ehemaliger jüdischer Einwohner im Jahr 1996 auf Einladung der damaligen Heidelberger Oberbürgermeisterin Beate Weber. Aus diesen persönlichen Begegnungen entstand der Wunsch nach dauerhaften Kontakten und Verbindungen. Der Verein, 1999 von Konrad Müller und einem kleinen Kreis gegründet, hatte sich zur Aufgabe gemacht, die vorhandenen Kontakte und Freundschaften zu erweitern und zu verstetigen. Durch die finanzielle Beteiligung des Vereins ist es vielen Ehemaligen möglich geworden, die Treffen in Heidelberg, die alle 5 Jahre stattfanden, wahrzunehmen.

In diese Treffen wurden die Bürgerschaft, aber auch viele Bekannte und Freunde der „Ehemaligen“ ebenso einbezogen wie Schüler und Schülerinnen Heidelberger Schulen, die wertvolle und nachwirkende Begegnungen mit Zeitzeugen erleben konnten.

Begleitend zu diesen Begegnungen sind auch Ausstellungen gestaltet worden und einige Publikationen entstanden. 1998 ist von Norbert Giovannini und Frank Moraw unter dem Titel „Erinnertes Leben“ eine Sammlung autobiographischer Texte zur jüdischen Geschichte Heidelbergs erschienen. 2011 das Buch „Erinnern, Bewahren, Gedenken – Die Jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933–1945“ von Norbert Giovannini, Claudia Rink und Frank Moraw als biographisches Lexikon aller jüdischen Einwohner und ihrer Angehörigen von 1933–1945. Wir freuen uns, dass mit dem vorliegenden Band „Stille Helfer. Eine Spurensuche in Heidelberg 1933–1945“ ein Personenkreis in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt wird, der in vielfältiger und couragierter Weise den Verfolgten geholfen hat. Die stillen Helfer verkörpern durch ihr Handeln das „andere Heidelberg“. Sie sind Vorbilder und machen Mut.

Der „Förderkreis Begegnung“ dankt Norbert Giovannini und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ingrid Moraw, Claudia Rink und Reinhard Riese sowie allen Autorinnen und Autoren für ihre anspruchsvolle und engagierte Arbeit.



Gloria Bahne
Vorsitzende des Förderkreis' Begegnung e.V.

Inhalt

Grußworte

Theresia Bauer, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst	
Baden-Württemberg	5
Prof. Dr. Eckhart Würzner, Oberbürgermeister	7
Beate Weber-Schuerholz, Oberbürgermeisterin von 1990–2006	9
Rabbiner Pawelczyk-Kissin, Jüdische Kultusgemeinde Heidelberg	11
Gloria Bahne, Förderkreis Begegnung e.V.	13

Inhaltsverzeichnis	15
---------------------------------	----

Dank	19
-------------------	----

Einleitung

Norbert Giovannini: Herr und Frau Courage. Die Helfer der Verfolgten in Heidelberg 1933–1945	21
---	----

Helferinnen und Helfer

Renate Marzloff: Die Ärztin Marie Clauss. Nicht ohne ihre Helfer	31
Michael Ehmann: Die Thoraxklinik in der NS-Zeit unter der Leitung von Walter Schmidt und Ludwig Adelberger	43
Reinhard Riese: Kurt Hack. Nationalsozialist und Helfer zugleich.....	65
Markus Geiger: Hermann Maas – Sein Eintreten für verfolgte Jüdinnen und Juden in Heidelberg.....	73
Joachim Maier: Alfons Beil – Ein couragierter katholischer Geistlicher	95
Reinhard Riese: Von der Christenpflicht eines Pfarrers. Otto Däublin	101
Reinhard Riese: Marie Baum – „Teil des anderen Deutschlands“	105
Almut Agnes Meyer: Elisabeth von Thadden und Philipp Leibrecht	109

Petra Nellen: „... eine Insel im Sturm.“ Maria von Graimberg und die Katholische Soziale Frauenschule. Mit einem Blick auf Marie Baum und Marianne Weber	117
Klaus-Peter Schroeder: Leopold Perels. Von der Solidarität der juristischen Fachkollegen	133
Claudia Rink: Stefanie Pellissier und das Ehepaar Alfred und Margarete Polack. Vierzig Jahre Freundschaft	143
Maike Rotzoll und Klaus Wiedemann: Die „badische Judendeportation“ und das Schicksal von Maximilian und Zilla Neu	151
Bernd Weidmann: Schutz vor der drohenden Deportation. Emil Henk versteckt Gertrud Jaspers	159
Norbert Giovannini und Oliver von Mengersen: Widerstand, Flucht und Rettung. Zur Geschichte der Familie Rose im <i>Dritten Reich</i>	187
Reinhard Riese: Auf Hilfe angewiesen. Familie Kaufmann-Bühler	197
Ingrid und Frank Moraw: „Eine grauenvolle Komödie, die gespielt werden musste.“ Die Kleingemünder Familie Lintz beherbergt das Ehepaar Bieberfeld und Helene Davidson	201
Norbert Giovannini: Frieda und Matthias Müller beherbergen die Familie Herzberg aus Mannheim. Doris Perlsteins Bericht über zwei „Gerechte unter den Völkern“ aus Ziegelhausen	209
Norbert Giovannini: Brandstifters Biedermann. Die große Erzählung vom guten Menschen Wilhelm Bender bei der Gestapo Heidelberg	215

Innerjüdische Solidarität

Norbert Giovannini: Umriss innerjüdischer Hilfe in Heidelberg 1933–1945.....	229
Norbert Giovannini: Durlachers Kinder. Der Lehrer Hermann Durlacher und die jüdische <i>Volksschul-Abteilung</i> 1935–1940.....	243
Frank Engehausen: Arthur Strauß. Jüdischer Rechtsanwalt, Verfolgter, Rückerstattungsbeauftragter in der Nachkriegsfinanzverwaltung.....	257
Renate Marzolff: Stille Hilfeleistung. Leontine Goldschmidt, geb. von Porthheim.....	269
Ingrid und Frank Moraw: Mit Pyriker wurde die Deportation verhindert. Paul und Else Hirsch.....	279

Norbert Giovannini: Die <i>Kindertransporte</i> Heidelberger Kinder und Jugendlicher nach Großbritannien 1938/1939.....	287
--	-----

Fundstücke, Forschung, Fragen

Norbert Giovannini: Auf der Spurensuche nach den stillen Helfern. Kleine Gesten, wirksame Maßnahmen, hilfreiche Netzwerke	301
Beate Kosmala: Hilfe für Jüdinnen und Juden im nationalsozialistischen Deutschland. „Stille Helden“ in Forschung und Erinnerung	329
Norbert Giovannini: Black Box. Offene Fragen zu Motivation, moralischem „Kompass“, Resistenz und Widerstand	343

Anhang

Personenregister	349
Ausgewählte Literatur	
Autorenverzeichnis	

Dank

Mit „Stille Helfer. Eine Spurensuche in Heidelberg“ versuchen wir, einen neuen Blick auf die Stadtgeschichte Heidelbergs im Nationalsozialismus zu werfen. Wir berichten von Menschen, die den vom Regime Verfolgten geholfen haben – durch Zuwendung, Solidarität und engagiertes Handeln. Es waren dies Heidelberger und Heidelbergerinnen, die meist völlig uneigennützig handelten, so wie es ihren Möglichkeiten entsprach, und die dabei durchaus auch Risiken für sich selbst in Kauf nahmen. Wir wollen dokumentieren, dass es neben Tätern, Helfershelfern, Mitmachern und Nutznießern auch widerständige und integere Menschen gegeben hat, die oft alleine, häufig auch in kleinen Netzwerken agierten. Sie waren Begleiter, Helfer, Unterstützer und Vertraute. Das einzige ihnen allen gemeinsame Merkmal ist, dass sie um ihr Tun kein Aufsehen machten. Auch nicht, als Krieg und NS-Herrschaft vorbei waren. So konnten die Leistungen der „stillen Helfer“ rasch in Vergessenheit geraten. Wie wichtig sie waren, zeigte sich uns immer dann, wenn die Überlebenden von ihnen sprachen und mit ihnen die Erinnerung an das Gute trotz des allgegenwärtigen Bösen verbanden.

Auch in aktueller Perspektive wollen wir damit deutlich machen, dass eine jede Gesellschaft nur dann eine „gute Gesellschaft“ sein kann, wenn Menschen vorbehaltlos für Verfolgte und des Schutzes Bedürftige aktiv werden. Die „stillen Helfer“ zeigen, dass man wirksam sein kann, wenn man es will und sich dafür entscheidet. Diese Option haben wir alle und immer.

Bücher wie dieses sind ein Gemeinschaftswerk. Herausgeber, Mitarbeiter, Autoren und viele, die Hinweise und Ratschläge gaben, haben zu seinem Entstehen beigetragen. Unser Dank gilt zuallererst dem verstorbenen Konrad Müller und dem von ihm initiierten Förderkreis Begegnung e.V. Durch dessen großzügige Unterstützung wurden die Voraussetzungen geschaffen, das Projekt in diesem Umfang anzugehen. Zuspruch und Unterstützung haben wir erhalten von der Jüdischen Kultusgemeinde und der Stadt Heidelberg, von Mitgliedern des Heidelberger Geschichtsvereins und vielen anderen stadtgeschichtlich Aktiven. Einige Beiträge beruhen auf früheren Veröffentlichungen und wurden überarbeitet und aktualisiert.

Ein besonderer Dank gilt dem Stadtarchiv, im Besonderen Frau Diana Weber und Herrn Günter Berger, der Leitung und den Angestellten des Universitätsarchiv und den Mitarbeitern verschiedener kirchlicher Archive, Landesarchiv, dem Stadtarchiv Mannheim und dem Archiv der Elisabeth von Thadden-Schule.

Einen besonderen Dank sagen wir Ellen Mendel (New York) und Suzie Mould (Birmingham), Bärbel Meurer (Bielefeld), Peter Koppenhöfer, Silke Makowski und Volker Keller (alle Mannheim), Walter Petschan, Thomas Leibrecht, Stefanie Thomas, Oliver von Mengersen (alle Heidelberg), Beate Kosmala und der Gedenkstätte Stille Helden (Berlin) und vielen anderen, die in den Beiträgen

genannt sind. Hansjoachim Räther hat wichtige Vorarbeiten geleistet, Sabine Giovannini und Maria-Gabrielle Riese haben die aufwändigen Korrekturarbeiten unterstützt. Eva Giovannini hat das Cover entworfen. Claudia Rink hat als Verlegerin und Mitarbeiterin das Projekt auf allen Ebenen unterstützt und das Layout gestaltet.

Das Buch lebt von Beiträgen der Autorinnen und Autoren. Für die engagierte Zusammenarbeit und die Begeisterung, die uns von diesen entgegengebracht wurde, haben wir zu danken, mehr noch für die Chance, nun eine Vielzahl außergewöhnlicher, überraschender und zum Nachdenken anregender Beiträge zur Stadtgeschichte zu lesen.

Norbert Giovannini, Ingrid Moraw, Reinhard Riese, Claudia Rink

Einleitung

Herr und Frau Courage. Die Helfer der Verfolgten in Heidelberg, 1933–1945

NORBERT GIOVANNINI

„Mein Vater ging zur Polizei, um die Unbedenklichkeitsbescheinigung zu besorgen. Dort war der Stiefvater von Maria Scheuring, meiner Mitschülerin, beschäftigt. Er bat meinen Vater, mir einen Gruß auszurichten. Über solche Beweise anständiger Gesinnung hat man sich in dieser Zeit sehr gefreut.“¹

Bei Begegnungen und in Korrespondenzen mit jüdischen ehemaligen Einwohnern Heidelbergs legten diese immer auffallend viel Wert darauf, die „anständigen Menschen“ zu erwähnen. Deren Solidarität und Hilfe – oft waren es nur kleine Gesten – konnten das Mitmachen und die Täterschaft der großen Mehrheit zwar nicht aufwiegen, aber sie bildeten ein Gegengewicht dazu, das sich tief in der Erinnerung verankert hat. Wer verfolgt wird, ist mit Opportunismus, Nutznießerschaft, Gleichgültigkeit und unverstellter Brutalität konfrontiert. Um diesen Erinnerungen standzuhalten, muss mit Nachdruck – so scheint es – ein Rest an Humanität bewahrt werden, so als müsse man Substrate von Menschlichkeit besonders sorgfältig sichern.

„Einmal 1939, als sie [die Schulfreundin Maria Scheuring – NG] mit meiner Mutter Arm in Arm auf der Straße ging, wurde sie von einem SS-Mann scharf zurechtgewiesen. Sie blickte ihn nur an, zog meine Mutter noch enger an sich und ging mit ihr zusammen weiter.“²

Die Erinnerung beharrt auf den Unbeirrten, Anständigen, Widerständigen, die sich dem Regime, seiner Propaganda und der Versuchung, von der großen Macht im Kleinen zu profitieren, nicht unterordneten. War das Widerstand? Oder Anstand, Courage, Solidarität?

Ebenso beschäftigen sich viele Teilnehmer an Rundgängen und Vorträgen zur Verfolgung in der NS-Epoche mit dem konkreten Umfeld. Wer war Täter, wer Opfer, wer war besonders niederträchtig, wer blieb anständig? Wer hat Hilfe geleistet, Obdach und Schutz gewährt, vielleicht sogar „illegal“ versteckt, wer hat Untertauchen und Flucht ermöglicht? Fragen, die vor allem die jungen und jüngsten Teilnehmer bewegen. Sie fragen nach dem, „was man hätte tun kön-

1 Gerda Thau: „In unsere alte Wohnung war Professor Ernst Kriek eingezogen.“, in: Norbert Giovanni, Frank Moraw (Hgg.): *Erinnertes Leben*, Heidelberg 1998, S. 162f.

2 Gerda Thau in: Giovanni, Moraw (wie Anm. 1), S. 163.

nen“ und „was wirklich getan wurde“ – also nach möglichem und tatsächlichem Handeln.

Im Erzählen von „kleiner Widerständigkeit“, von mutigem Alltagshandeln werden Menschen sichtbar, die ihre Möglichkeiten zu Solidarität und Hilfe nutzen. Meist völlig uneigennützig, mit Mut und Risikobereitschaft. Nichts Heroisches, eher Selbstverständliches. Dagegen ist der „große und heroische Widerstand“ meist von einer Aura umgeben, die ihn aus dem Alltagsleben heraushebt. Das mindert nicht seine Bedeutung, lokalisiert ihn aber jenseits des persönlich Erreichbaren. Nicht so die „stillen Helfer“. Sie bewegen sich im Bereich zwischen großen, in der Erinnerungsarbeit uneingeschränkt zu würdigenden Widerstandsaktionen und der passiven Gleichgültigkeit, dem Nichtstun, dem opportunen Wegsehen.

Wir betrachten und untersuchen deshalb den Alltag, die Gesten und Hilfen im Nachbarschaftsmilieu, die solidarischen Hilfen für Kollegen, die kleinen und großen Netzwerke, die im Laufe der Verfolgungsjahre entstanden sind. So können wir die Handlungsseite der Moral sichtbar machen, die Tiefe und Fundierung moralischen Handelns und dessen vielfältige, manchmal eindeutige, manchmal auch ambivalente Motive. Es wird deutlich, dass widerständig-solidarisches Helfen und Handeln kein „Aus-dem-Nichts“- Handeln ist. Außerdem lernen wir einige couragierte Heidelbergerinnen und Heidelberger kennen, die es verdienen, dass wir sie im Gedächtnis der Stadt bewahren.

Drei Dimensionen des Helfens. Gesten, Maßnahmen, Institutionen

Eine anschauliche Quelle zu den Helfern im Heidelberger Raum ist eine Rundfunkansprache des evangelischen Geistlichen Hermann Maas. Wie kein Zweiter verkörperte er das Heidelberger Helfermilieu, auch und vor allem in der Reichweite seines weit über Heidelberg hinausgehenden Handelns.

Maas spricht vom 22. Oktober 1940, dem Tag der Oktoberdeportation, als über sechseinhalbtausend jüdische Einwohner Badens, der Pfalz und des Saarlands nach Frankreich deportiert wurden.

„In der Frühe bekam ich schon Anrufe von Mannheim durch jüdische Freunde. ‚Wir werden alle abtransportiert nach den Pyrenäen.‘³ Das Herz stand mir fast still. Dann erwachte gleich die Frage; Was tun? Sehr schnell konnte ich schon feststellen, daß an dem Befehl nichts mehr zu ändern war. Ich telegraphierte an Propst Grüber in Berlin, meinen Mitkämpfer und Freund, ob er in Berlin etwas erreichen könne. Wir hatten zwei Tage zuvor miteinander beraten, ohne zu ahnen, was da geschehen sollte. Er antwortete, dass wir machtlos seien. Es sei eine Sonderaktion für Baden und die Pfalz. Ich suchte dann eine Verbindung mit dem Ökumenischen Rat und vor allem mit meinem Freund Dr. Adolf Freudenberg in Genf. Aber es ging alles viel zu

3 Maas erinnert sich nicht ganz zutreffend. Am Tag der Deportation war unklar, wohin sie gehen sollte. Die badischen und pfälzischen Gauleiter Bürkel und Wagner gingen davon aus, dass man das unbesetzte, jedoch kollaborierende Vichy-Frankreich so unter Druck setzen konnte, dass sich irgendwo ein Platz für die sechseinhalbtausend Deportierten finden werde.



Hermann Maas (Foto: Markus Geiger, Joachim Hartmann)

schnell. Der Wagen rollte schon, von einem satanischen System, von den herzlosen Machthabern und ihren Schergen in Gang gehalten. In einer Apotheke verschafften wir uns stark abführend wirkende Medikamente, die wirkten und halfen da und dort in einigen Fällen. ‚Nicht transportabel‘ war dann das rettende Urteil. Der ganze Tag galt den Abschiedsbesuchen. Herzerreißende Szenen erfüllten sie.“

Maas suchte danach den Mannheimer Kinderarzt Dr. Eugen Nether und Pauline Maier, die Oberin am jüdischen Krankenhaus in Mannheim war, auf, die sich beide dem Deportationszug anschlossen. Maas ergänzt seine Beschreibung dieses Tages mit dem Hinweis auf fortgesetzte Hilfsaktionen für die Deportierten im Lager Gurs in den Pyrenäen, in anderen Lagern und auf der Flucht in sichere Aufnahmelande.

„Manch eine Botschaft in den kommenden Jahren kam von dort und ging dorthin. Einigen konnte ich zu Pässen und Visen über Marseille und Portugal, über das Weltmeer hinweghelfen.“⁴

4 Zuerst veröffentlicht in Max Ludwig: Das Tagebuch des Hans O., Heidelberg 1965, S. 9f.; desgl. Albrecht Lohrbächer, Claudia Pepperl: Der „stadtbekannte Judenfreund“, in: Matthias Riemenschneider (Bearb.): Leben für Versöhnung. Hermann Maas. Wegbereiter des christlich-jüdischen Dialogs. Hg. von Werner Keller, Albrecht Lohrbächer u.a., Karlsruhe 1997, S. 96. Maas' Initiative ist dargestellt bei Frank Moraw: Die nationalsozialistische Diktatur (1933–1945), in: Peter Blum (Hg.): Geschichte der Juden in Heidelberg, Heidelberg 1996, S. 531.

Maas umreißt exemplarisch Bereiche und Reichweite seines Helfens. Dies bestand zunächst in spontaner und engagierter Zuwendung, aus Sorge, Trost, Gesten der Verbundenheit. Dafür standen „der Judenpfarrer“ Hermann Maas und sein Heidelberger Helferkreis seit Beginn der Verfolgungen 1933.⁵ Die dramatische Situation am Tag der Oktoberdeportation 1940 und danach zeigt jedoch auch sein breites Handlungsrepertoire. Er nutzte die weit gestreuten Kontakte und Beziehungen, die verlässlich, wenn auch in der konkreten Situation nur beschränkt hilfreich waren. Sein Aktionsradius ruhte zudem auf institutionellen Netzen, die „reichsweit“ agierten. Sie waren mit kirchlichen und karitativen Organisationen im In- und Ausland koordiniert. Sie agierten im Bereich der organisierten Fluchthilfe, bei legalen und illegalen Ausreisen und der Überlebenssicherung in den Lagern.

Das Beispiel von Hermann Maas ermöglicht uns, drei Dimensionen des Helfens zu unterscheiden.

- Gesten

Wir verstehen darunter die Dimension der mitmenschlichen Gesten und Bezeugungen. An deren Anfang steht die Aufrechterhaltung von Beziehungen. Sie wirken als anteilnehmende, praktische und emotionale Solidarität im Nahumfeld. Wir finden Hinweise, Warnungen, Zuwendung, Mitleiden und Anteilnahme. Zu den Gesten gehört die couragierte Verteidigung bei Aggressionen und Attacken, denen die Verfolgten ausgesetzt sind, also die unmittelbare Bezeugung von Zivilcourage.

- Maßnahmen

Sie umfassen das Beschaffen von Lebensmitteln und Medikamenten, das Erstellen von Gutachten, schützende Zeugenaussagen und medizinische Versorgung. Sie werden wirksam bei der Verhinderung von Inhaftierungen und Deportationen sowie der Hilfe bei Ausreise und Flucht. Maßnahmen bezeichnen zielgerichtetes, manchmal situatives, oft aber auch konstantes Schützen und Helfen. Maßnahmen sind an die persönliche Reichweite der Helfer*innen gebunden, an ihren Handlungsspielraum und ihre speziellen, häufig professionellen Kompetenzen (Ärzte, Anwälte, Pfarrer, Lehrkräfte). Helfer werden zu „Komplizen“ der Verfolgten, gehen Risiken ein, müssen „verdeckt“ agieren und gefährden sich selbst.

- Institutionen der Hilfe

Nicht ganz trennscharf davon abzugrenzen sind Maßnahmen, die ein institutionelles Gerüst, mindestens ein funktionierendes Netzwerk voraussetzen. Die Helferbeforschung verdeutlicht dies an den in Großstädten entstandenen Helferstrukturen zum Untertauchen, zur Unterbringung von Verfolgten, zur Beschaffung von Arbeitsplätzen und der Sicherung vor Enttarnung und Behördenzugriffen. Dokumentiert sind kontinuierliche und geplante Maßnahmen über längere Zeiträume, die mit hohem persönlichem Risiko und enormer Selbstgefährdung der Helfer*innen verbunden waren. In sie eingeschlossen waren die Fluchthilfenetze, die Ausreisen und Grenzübergänge organisierten, Dokumente beschafften oder

5 Siehe hierzu den Beitrag von Markus Geiger in diesem Band.

fälschten, illegale Aufenthalte absicherten und meist mit hoher, nicht immer uneigennützig Professionalität operierten.⁶ Die vertiefenden Einzelstudien unseres Buchs zeigen, dass auch in Heidelberg vielfach kleine Netzwerke entstanden sind.

Die drei Dimensionen des Helfens – Gesten, Maßnahmen, Institutionen – gehen ineinander über und geben Aufschluss über die persönliche Reichweite des Handelns. In der Regel ist in die Ebene der Maßnahmen jene der Gesten und in die Ebene der Institutionen jene der Maßnahmen und Gesten integriert.

Mit einer einfachen Matrix versuchen wir, die Dimensionen des Helferhandelns – Gesten, Maßnahmen, Institutionen – den vier „typischen“ Helfergruppen zuzuordnen.

Es sind dies

- Menschen in familiären, nachbarschaftlichen, beruflichen und sozialen Umfeldern, in denen sich die Verfolgten im Alltag bewegten.
- Personen, die vorrangig durch ihre beruflichen Kompetenzen und Funktionen oder ihren sozialen Status als Helfende gefordert waren. Hierzu gehören Ärztinnen und Ärzte und medizinisches Personal, Anwälte, Lehrkräfte, Geistliche und Vorgesetzte. In diese Gruppe gehören auch Personen, die als Beamte zum „Repressionsapparat“ des Regimes zählten, aber die ihnen zur Verfügung stehenden „Spielräume“ zu aktiver Hilfe nutzten (z.B. als Polizisten, Zollbeamte, Verwaltungsangestellte in Staat, Stadt und Partei).
- Personen, die wir als Täter und Repräsentanten von Staat und Partei mit in der Regel erheblichem Einfluss betrachten können. So folgenreich ihre repressiven Kompetenzen waren, so wirksam konnte auch ihre Helfertätigkeit sein.
- Helferinnen und Helfer, die innerhalb der jüdischen Community aktiv waren. Sie hatten Ämter und Funktionen inne, bildeten Institutionen der Selbsthilfe und der Wahrung von Identität und sozialer Aktivität, boten Schutz und solidarische Hilfe und waren mit Helfer-Netzwerken verbunden.

Zu den Beiträgen

Die Beiträge dieses Buchs zeigen, dass die Dimensionen des Handelns von Helfern und die Felder, in denen die Helfenden agierten, nicht trennscharf voneinander zu unterscheiden sind.

6 Vgl. hierzu den Katalog zur Dauerausstellung Stille Helden. Widerstand gegen die Judenverfolgung 1933 bis 1945 in der Gedenkstätte Stille Helden in der Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin. Der Katalog ist 2018 in zweiter Auflage erschienen und enthält ein ausführliches Verzeichnis der veröffentlichten Forschung und den Selbstzeugnissen zu den stillen Helden. Verwiesen sei auf die Regionalstudien von Wolfgang Benz und Juliane Wetzel (Hgg.): Solidarität und Hilfe. Rettungsversuche für Juden vor der Verfolgung und Vernichtung unter nationalsozialistischer Herrschaft, Berlin 1996–2006 und Wolfgang Benz (Hg.): Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer, München 2003; ebenso die zahlreichen Veröffentlichungen von Beate Kosmala und Claudia Schoppmann, darunter Beate Kosmala, Claudia Schoppmann (Hgg.): Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941–1945. Reihe Solidarität und Hilfe. Rettungsversuche für Juden vor der Verfolgung und Vernichtung unter nationalsozialistischer Herrschaft, Bd. 5, Berlin 2002.

Oben: Helfergruppen Unten: Dimensionen des Helfens	Familie Nachbarschaft Arbeitsstelle Soziales Umfeld	Helfer*innen mit Status, beruflicher Kompetenz, amtlicher Funktion (Ärzte*innen, Beamte, Lehr- kräfte, Anwälte)	Funktionäre und Repräsentanten des Machtapparats	Angehörige der verfolgten Community
Gesten	Soziale Kontakte Praktische Hilfe Zuwendungsgesten Inklusion in Gemeinschaften	Anteilnahme Beistand Engagement	Moralisch „korrektes“ Handeln	Solidarität und Zusammenhalt in Familien, Verwand- schaft und sozialen Gruppen; Aufrechter- haltung des religiösen Lebens; „Lebenshilfe“
Maßnahmen	Unterbringung Versorgung Beratung Schutz bei Bedrohung Notfallhilfe	Begutachtung Unterlassungen amtlich zulässiger Handlungen Warnungen Medizinische Hilfe Unterbringung Fluchthilfe	Aktives Schutzhandeln Hinweise und Warnungen Beratung Unterlassung behördlicher Maß- nahmen Hilfe bei Unter- bringung und Flucht	Unterbringung materielle Hilfe Beratung Unterricht und Qualifizierung Sicherung des Gemeindelebens Aufbau von Netzwerken
Institutionen	Nutzung der Hilfsressourcen von Kirchen, Vereinen, Institutionen Aufbau und Erhaltung kommunikativer Strukturen („Kreise“)	Örtliche und überregionale Netzwerke	Schutzmaßnahmen Nutzung von „Beziehungen“ Interventionen innerhalb der Staats- oder Parteiparate Behördliche „Erleichterungen“ bei Ausreise	Schulen, Lehrstätten Kultus- und Gemeindestätten Unterbringung Fluchtberatung und Fluchthilfe Versorgungssicherung Netzwerkaufbau zu nationalen und internationalen Hilfsorganisationen

Helfer im ärztlichen Milieu werden vorgestellt in den Texten von Renate Marzolff über die Ärztin Marie Clauss, von Michael Ehmann zu den Leitern der Rohrbacher Thorax-Klinik und von Reinhard Riese zu dem Arzt Kurt Hack, der ebenfalls in Rohrbach praktizierte.

Die Beiträge von Markus Geiger, Joachim Maier und Reinhard Riese widmen sich Personen, die im kirchlichen Milieu Außergewöhnliches geleistet haben. Porträtiert werden katholische und evangelische Geistliche wie Pfarrer Hermann Maas und seine weit reichende Vernetzung, der katholische Geistliche Alfons Beil von der Bergheimer St.-Albert-Gemeinde und der evangelische Rohrbacher Pfarrer Otto Däublin.

Drei Artikel befassen sich mit Initiativen im Schul- und Bildungsbereich. Petra Nellen beleuchtet Maria von Graimberg und die von ihr gegründete Katholische Soziale Frauenschule. Almut Meyer stellt das Wirken der Wieblinger Schulgründerin Elisabeth von Thadden vor, die in ihrem Landerziehungsheim den selbst gesetzten, humanistisch-christlichen Auftrag beharrlich umsetzte. In ihrem Beitrag würdigt sie auch den nach Thaddens Entlassung als Schulleiter eingesetzten „Staatskommissar“ Philipp Leibrecht. Dieser war aus dem Gymnasialdienst zur Leitung der Schule abgeordnet und führte die Konzeption Elisabeth von Thaddens nahezu bruchlos fort. Der Rechtshistoriker Klaus-Peter Schroeder zeichnet am Fall des Juristen Leopold Perels, der bis zur Deportation 1940 an

der Universität beschäftigt werden konnte, das akademische Helfermilieu nach, einschließlich der in ihm typischen Versuche, durch Kontakte und Beziehungen zu prominenten Parteifunktionären Einfluss zu nehmen. Perels' Schicksal und die fatalen Verzögerungen, die seine Wiederkehr an die Universität verhinderten und seinen tragischen, einsamen Tod in Frankreich bewirkten, gehören zur Geschichte von zunächst gelingenden und dann versagenden Hilfsaktionen.

Im Heidelberger Kontext ist es unerlässlich, die Sozialwissenschaftlerin Dr. Marie Baum zu würdigen. In ihrer von Reinhard Riese dargestellten Biographie bildeten Sozialpolitik, Sozialwissenschaft, Engagement für Demokratie und Frauenrechte sowie mutiges Handeln für die Verfolgten eine Einheit.

In enger Verbindung zur Universitätsgeschichte stehen die Vorgänge um die Entlassung des Philosophen Karl Jaspers, die anhaltende Bedrohung seiner jüdischen Frau Gertrud und die außerordentliche Rettungsaktion, die Gertrud Jaspers dem sozialdemokratischen Widerstandskämpfer Emil Henk verdankt. Bernd Weidmann dringt in seinem Beitrag nicht nur tief in die Bemühungen des Ehepaars Jaspers ein, das eigene Überleben zu sichern. Intensiv schildert er die Beziehung der Schutzsuchenden zu ihren Helfern, die Intensität der Kontakte, die sich bis weit über das Kriegsende fortsetzen, und die Reflexionen von Frau Jaspers über die Verfolgungssituation.

Konkretes Helfen aus dem nachbarschaftlichen Umfeld wird auch sichtbar in Maïke Rotzolls und Klaus Wiedemanns Studie zu Zilla und Prof. Maximilian Neu, der in der Weststadt eine gynäkologische Praxis und Privatklinik betrieb. Akribisch rekonstruiert Reinhard Riese das vielfältige Helfernetz um die Rohrbacher Familie Kaufmann-Bühler, durch welches das Überleben der Familie gewährleistet wurde. In eindrucksvoller Weise zeigt sich die bedingungslose Bereitschaft zur Hilfe auch bei der Organistin Stefanie Pellissier, die sich des jüdischen Ehepaars Margarethe und Dr. Alfred Polack annahm und mit ihnen eine schützende Wohn- und Lebensgemeinschaft bildete. Claudia Rink rekonstruiert diese bis zum Tod von Margarethe Polack 1953 reichende Beziehung.

In schroffem Gegensatz zu all den wahrhaft „stillen“ Helfern steht der leitende Gestapobeamte Wilhelm Bender, der von 1933 bis 1945 diese Behörde vor Ort repräsentierte. Positives Zeugnis für Wilhelm Bender legten nach dem Krieg zahlreiche, glaubwürdige Heidelberger ab, darunter auch Repräsentanten der ehemaligen jüdischen Gemeinde. Anderen Verfolgten flößte er Furcht und Schrecken ein. Er galt als unberechenbar und brutal.

Gestützt auf einen Erinnerungsbericht der Tochter Doris Perlstein schildert Norbert Giovannini die Flucht der Familie Herzstein aus Mannheim und ihr Versteck im Haus von Frieda und Matthias Müller in Ziegelhausen.

Der nächste Bereich der Beiträge ist der „innerjüdischen Hilfe“ gewidmet. Dargestellt werden die jüdische Gemeinde, ihre sozialen, kulturellen und Bildungsinstitutionen und die Leistungen exponierter Persönlichkeiten. Norbert Giovannini gibt eine Übersicht hierzu und stellt in einem weiteren Beitrag die von November 1938 bis August 1939 organisierten Kindertransporte nach Großbritannien und in

andere europäische Länder dar. An dieser Rettungsaktion, die weit über 18 000 Kindern das Überleben sicherte, waren auch Helfer vor Ort beteiligt.

Mehrere biographische Beiträge stellen Helferpersönlichkeiten vor. Frank Engehausen vermittelt das Wirken des Juristen Dr. Arthur Strauß, der nach der Gurs-Deportation der letzte Repräsentant der jüdischen Gemeinde war und von den Machthabern auch als solcher „benutzt“ wurde. Gewürdigt wird auch Strauß' zentrale Bedeutung für die Nachkriegsgemeinde und die Sicherung von Entschädigungsansprüchen und Fürsorgeleistungen sowie sein Engagement für die von den Nationalsozialisten geplünderte Portheim-Stiftung.

Renate Marzolff beschreibt die Hilfeleistungen von Leontine Goldschmidt, geb. Edle von Portheim, die das mit ihrem Mann gemeinsam errichtete Stiftungswerk, solange bis dieses von NS-Funktionären okkupiert wurde, weiterführte und trotz zunehmender Beraubung ihres Vermögens sich hingebungsvoll um Verfolgte kümmerte und ihnen Obdach bot.

Obdach, Schutz, konkrete Hilfe gewährleistete auch das Ehepaar Else und Paul Hirsch, das geschützt durch den *Mischehenstatus* bis in die vierziger Jahre Verfolgten Unterschlupf gewährte. Ingrid Moraw stellt in diesem Zusammenhang auch die Rettung des Privatgelehrten Paul Hirsch durch befreundete und ihm nachbarschaftlich verbundene Ärzte dar. In einem weiteren Beitrag, der auf einem Artikel von Frank Moraw beruht, erinnert Ingrid Moraw an die Aufnahme der aus Berlin geflohenen Eheleute Bieberfeld und ihrer Freundin bei einer Familie im Neckargemünder Ortsteil Kleingemünd.

Norbert Giovannini stellt den jüdischen Volksschullehrer Hermann Durlacher und seine Familie vor. Durlacher wurde 1935 der Unterricht der jüdischen Schüler in einem separierten Klassenzimmer der Pestalozzischule übertragen, den er nach dem Novemberpogrom 1938 und seiner Rückkehr aus Dachau in einem Raum der Gemeinde bis zur Deportation 1940 fortsetzte. Wir dokumentieren diejenigen der Durlacher-Schüler, die mit ihm und seiner Ehefrau nach Gurs deportiert wurden. Auch die Biographien der mit Kindertransporten 1939 ausgereisten Söhne der Durlachers, Walter und Lutz, werden kurz skizziert.

Im Beitrag „Fundstücke auf der Spurensuche nach stillen Helfern“ sind biographische Skizzen versammelt. Beginnend mit Gesten der Solidarität und Menschlichkeit, richten wir den Blick dann auf wirksame Schutzmaßnahmen in privaten und amtlichen Kontexten. Kleine Netzwerke – Institutionen – und deren Nutzung werden dadurch sichtbar. Zugleich weisen wir darauf hin, wo noch Lücken in der Forschung bestehen im Hinblick auf die Verfolgtengruppen und bezogen auf die für sie aktiven Helfer.

Beate Kosmala stellt die aktuelle Forschungslage zu den „stillen Helfern“ dar, ausgehend von der Erforschung der Helfernetze im Berlin der letzten Kriegsjahre. Sie vermittelt Forschungsansätze und berichtet von Erfahrungen mit Zeitzeugen.

Abschließend und unmittelbar daran anknüpfend versucht ein Beitrag von Norbert Giovannini, in die Black Box hineinzuleuchten, vor der wir stehen, wenn wir Fragen nach Motivation, moralischem Kompass, Gründen für Resistenz, Zivil-

courage und Widerstand beantworten wollen. Stille Helfer machen nicht viel Worte – die wenigsten über sich selbst und ihr Handeln. Der Blick in ihre Biographien vermittelt aber Hinweise auf treibende und leitende Impulse ihres Handelns.

Unerlässlich damit verbunden ist auch die Frage nach der Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung der Beschäftigung mit „stillen Helfern“. Der Sinn von Gedankenarbeit besteht auch darin, Hinweise auf das immer mögliche, immer verfügbare Handeln zu geben und an Beispielen aufzuzeigen, dass man meist nur dann nichts tun kann, wenn man es nicht will.

Zu Beginn des Projekts hatten wir erhebliche Zweifel, ob wir mehr finden würden als in einer kleinen Broschüre Platz hat. Die Beiträge zu diesem Buch zeigen jedoch, dass es das „andere Heidelberg“ tatsächlich gegeben hat. Dass es, neben den wenigen dokumentierten Widerstandsaktionen, die von linken Parteien ausgingen, viele „stille“ Helfer gegeben hat, die mit unterschiedlicher Reichweite und aus verschiedenen Motiven handelten.

Um diese Facette wollen wir die Erinnerungsarbeit zur Stadtgeschichte Heidelbergs erweitern.

Anhang: Matrix mit Hinweisen zu den Beiträgen zu den einzelnen Feldern.

Oben: Helfergruppen Unten: Dimensionen des Helfens	Familie, Nachbarschaft, Arbeitsstelle, Soziales Umfeld	Helfer*innen mit Status, beruflicher Kompetenz, amtlicher Funktion (Ärzte*innen, Beamte, Lehr- kräfte, Anwälte)	Funktionäre und Repräsentanten des Machtapparats	Angehörige der verfolgten Community
Gesten	Herr und Frau Courage (Giovannini) Maas (Geiger) Neu (Rotzoll & Wiedemann) Pellissier (Rink) Bieberfeld (Moraw) Baum (Riese)	Herr und Frau Courage (Giovannini) Maas (Geiger) Beil (Maier) Daublin (Riese) Klinik Rohrbach (Ehmann) Hack (Riese) Clauss (Marzloff) Grimberg (Nellen) Thadden (Meyer) Perels (Schroeder) Jaspers (Weidmann) Baum (Riese)	Thadden (Meyer) Perels (Schroeder) Jaspers (Weidmann) Bender (Giovannini)	Innerjüdische Hilfe (Giovannini) Goldschmidt (Marzloff) Strauß (Engehausen) Hirsch (Moraw) Durlacher (Giovannini)
Maßnahmen	Herr und Frau Courage Maas (Geiger) Pellissier (Rink) Bieberfeld (Moraw) Baum (Riese)	Herr und Frau Courage Maas (Geiger) Beil (Maier) Daublin (Riese) Klinik Rohrbach (Ehmann) Hack (Riese) Clauss (Marzloff) Grimberg (Nellen) Thadden (Meyer) Perels (Schroeder) Jaspers (Weidmann) Bieberfeld (Moraw) Baum (Riese)	Thadden (Meyer) Perels (Schroeder) Jaspers (Weidmann) Bender (Giovannini)	Innerjüdische Hilfe (Giovannini) Goldschmidt (Marzloff) Strauß (Engehausen) Hirsch (Moraw) Durlacher (Giovannini) Kindertransporte (Giovannini)
Institutionen/ Netzwerke	Maas (Geiger) Baum (Riese)	Maas (Geiger) Daublin (Riese) Clauss (Marzloff) Bieberfeld (Moraw) Baum (Riese)	Perels (Schroeder) Jaspers (Weidmann)	Innerjüdische Hilfe (Giovannini) Strauß (Engehausen) Hirsch (Moraw) Kindertransporte (Giovannini)

Helferinnen und Helfer

Die Ärztin Marie Clauss. Nicht ohne ihre Helfer

RENATE MARZOLFF

Wer sich mit der Geschichte Heidelbergs im Nationalsozialismus beschäftigt hat, kennt ihren Namen.

Gleich nach Kriegsende, als im Oktober 1945 der amerikanische Offizier Daniel F. Penham – geboren war er 1914 in Hersfeld als Siegfried Oppenheim – mit dem Auftrag nach Heidelberg kam, mit dafür zu sorgen, dass die dortige Universität ohne die alten Aktivisten des *Dritten Reiches* neu geordnet werde, nannte man ihm als aktive NS-Gegner in Heidelberg neben Pfarrer Maas immer wieder die stadtbekannte Ärztin Marie Clauss. Darüber hat er im Mai 1993 anlässlich einer Tagung aus genauer Erinnerung berichtet: „Dr. Marie Clauss war die einzige Heidelbergerin, die die Juden, besonders die Kinder, bis zum Bahnhof begleitete“ – so geschehen 1940 bei der Deportation nach Gurs. Und weiter: „Pfarrer Maas erzählte mir, dass sie die einzige Ärztin war, die den außergewöhnlichen Mut hatte, jüdische Mitbürger zu behandeln.“¹



Marie Clauss (Nachlass Marie Clauss, Stadtarchiv Heidelberg)

Als die 81-jährige Marie Clauss im Oktober 1963 auf dem Bergfriedhof beerdigt wurde, hielt ihr Kollege Dr. Konstantin Wysocki die Grabrede. Sie habe, mit großen ärztlichen Fähigkeiten ausgestattet, ihre eigentliche Bewährungsprobe in der Zeit von 1933 bis 1945 bestanden, als sie sich für die ungerecht Verfolgten eingesetzt habe. Wysocki wusste Bescheid und konnte an ihrem Grab im Namen jener Ärzte sprechen, die tatkräftige Hilfe geleistet hatten; denn er hatte, wie auch andere Kollegen, insgeheim dafür gesorgt, dass die damals versteckt gehal-

¹ Penham hat seinen Bericht 1993 krankheitshalber nicht mehr selbst publizieren können. Dazu Jürgen Hess, Hartmut Lehmann, Volker Sellin (Hgg.): Heidelberg 1945 (Transatlantische Historische Studien. Bd. 5), Stuttgart 1996.

tenen Verfolgten dank der von ihm vermittelten Lebensmittelkarten die notwendigen Rationen erhalten konnten.² Der Nachruf des Heidelberger Tageblatts am 22. Oktober 1963 unter dem Titel „Arzt im Geiste wahrer Humanitas“, verfasst von ihrem Kollegen Hansjakob Mattern, enthielt eine ausführliche Würdigung des Lebenswerks von Marie Clauss. Als Ärztin und überzeugte Christin habe sie sich vorbehaltlos und ohne Rücksicht auf die eigene Person allen Leidenden zugewandt.

In der Folge war es der Heidelberger Historiker Frank Moraw, der in seinen Recherchen zur Geschichte der Juden Heidelbergs auch den versteckten Aktivitäten von Marie Clauss auf die Spur kam und wenigstens andeutungsweise zeigen konnte, dass sie bei ihrer ärztlichen Hilfe, z.B. für das in Kleingemünd versteckt gehaltene Berliner Ehepaar Bieberfeld, auf ein geheimes Netzwerk Verbündeter zurückgreifen konnte. So versicherte sie dem todkranken Herrn Bieberfeld, dass ihm in der Chirurgischen Klinik in Neuenheim keine verfänglichen Fragen nach Namen und Herkunft gestellt würden. Der Patient wurde dort vorzüglich behandelt. Nichts unterblieb, was ihm sein Leiden erleichtern konnte, dem er dennoch zehn Tage nach der Operation erlag.³

Nein, Marie Clauss war unter den Ärzten Heidelbergs sicher nicht die einzige, die den Bedrohten half. In den inzwischen publizierten Lebensgeschichten tauchen auch andere Namen auf. Neben Dr. Konstantin Wysocki werden da Dr. Kurt Hack, Dr. Oskar Thorspecken und Prof. Klaus Schönfeld genannt.⁴ Zu ihrem einstigen Lehrer und Direktor der Ludolf-Krehl-Klinik, Prof. Richard Siebeck, wie zu Prof. Hermann Hoepke unterhielt Marie Clauss auch nach Kriegsende eine freundschaftliche und vertrauensvolle Verbindung, so dass man davon ausgehen kann, dass sie sich im Ernstfalle auch auf sie hatte verlassen können.⁵

Beide Ärzte, Clauss und Siebeck, hatten sich während des Krieges als Helfer bewährt, auch wenn Siebeck 1933 förderndes Mitglied der SS und 1937 Mitglied der NSDAP geworden war. Er war ein Vertreter der ganzheitlichen, psychoso-

2 Telefonische Mitteilung (13.1.2009) von Veronika Hampe, Amsterdam. Ihr Vater Hermann Hampe habe die Adressen derer verwahrt, die „untergetaucht“ waren, und in der Furcht gelebt, er könne einem Gestapo-Verhör nicht standhalten. Zu Dr. Konstantin Wysocki konnten mir im März 2018 seine Enkelinnen, Dr. Nina Wysocki und Anja Wysocki in einem Mail-Austausch bestätigen, dass ihr Großvater, bei Dr. Bettmann promoviert, freundschaftlichen Austausch mit Juden hatte, solche im eigenen Haus versteckte oder ihnen Kuraufenthalte an Nord- und Ostsee verschrieb, damit sie von dort aus emigrieren konnten. Leider fanden sich hierzu keine dokumentarischen Unterlagen mehr. Hierzu, wie zu allem Folgenden: Norbert Giovannini, Claudia Rink, Frank Moraw: *Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933–1945. Biographisches Lexikon mit Texten.* Hg. vom Förderverein Begegnung, Heidelberg 2011, hier S. 158.

3 Frank Moraw in der RNZ vom 13.12.1993, abgedr. bei Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 2), S. 52–56. Vgl. den Artikel von Ingrid Moraw in diesem Band.

4 Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 2), S. 175–177, S. 213f. Zu Kurt Hack siehe den Beitrag von Reinhard Riese in diesem Band. Zu Oskar Thorspecken und Klaus Schönfeld siehe den Beitrag von Ingrid Moraw zum Ehepaar Hirsch in diesem Band.

5 Nachzulesen im Tagebuch von Margarete Lüttge (überlassen aus dem Besitz von Rosa Rohrmann), S. 87f.

matisch ausgerichteten Medizin im Sinne Ludolf Krehls, befreundet mit Karl Barth, Karl Jaspers und Victor von Weizsäcker. Nach 1945 wurde er durch die Ehrenerklärung seiner Kollegen, er habe keinerlei Nähe zur NS-Ideologie gezeigt, im Entnazifizierungsverfahren als „Mitläufer“ eingestuft und konnte Hochschullehrer bleiben. Auch nach seiner Emeritierung 1952 hat er sich noch vielseitig engagiert. Er würdigte Marie Clauss zu ihrem 70. Geburtstag am 10. Juni 1952 mit einem Zeitungsartikel, in dem er ihren „klaren kritischen Verstand“ und eine „kristallklare christliche Grundhaltung“ hervorhob. Sie arbeite „immer noch rastlos“ ohne Rücksicht auf die eigene Person und frage nicht nach dem Verdienst.⁶

Hermann Hoepke, seit 1927 a.o. Professor der Anatomie in Heidelberg, der von den Nationalsozialisten wegen seiner Ehefrau als *jüdisch versippt* eingestuft wurde, konnte sich wegen der Fürsprache seiner Kollegen noch ein paar Jahre halten, bis ihm 1939 die Lehrbefugnis endgültig entzogen wurde. Darauf eröffnete er eine Praxis als Allgemeinarzt und wurde als solcher in den Kriegsjahren sogar „dienstverpflichtet“: „Fünf Jahre lang bin ich als Arzt Tag für Tag durch die Gassen der Altstadt gegangen und treppauf treppab in fast allen ihren Häusern gewesen.“ Wie Marie Clauss hat er viele Schicksale aus nächster Nähe kennen gelernt, und ihre Wege müssen sich oft gekreuzt haben.⁷

Am 1. November 1945 wurde Hoepke zum Ordentlichen Professor der Anatomie ernannt. Gerade jetzt war er wegen seiner im Krieg so gutgehenden Praxis und seiner Beliebtheit bei den Patienten dem von tiefem Misstrauen durchdrungenen Penham so verdächtig, dass paradoxerweise der von den Nationalsozialisten aus dem Amt Vertriebene zum zweiten Mal abgesetzt wurde – nun von der Militärregierung. Bald darauf korrigierte jedoch die Spruchkammer diesen Irrtum und entschied, dass Hoepke vom „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ nicht betroffen sei. 1946 wurde er nochmals förmlich zum Ordinarius ernannt. Nach einem langen, überaus aktiven und reichen Leben ist er 1989 im Alter von 104 Jahren in Heidelberg verstorben.

Wenn Marie Clauss auch mit Sicherheit nicht die einzige war, die den Verfolgten half, so doch die einzige, die es unverhohlen und ganz selbstverständlich tat: in ihrer Praxis, auf den Straßen der Stadt und in den Wohnungen der verfeimten Sternträger. Sie schien die Gestapo nicht zu fürchten und es gibt keine

6 In dem RNZ-Artikel vom 10.6.1952 ist vom Einsatz der Ärztin für die Verfolgten bezeichnenderweise nicht die Rede – damals noch ein allzu brisantes Thema. Indessen wird neuerdings (Jan. 2018) die Rolle Siebecks in der NS-Zeit wieder kritisch hinterfragt. Volker Roelcke: Richard Siebeck und die Medizin im Nationalsozialismus. Haltung und Handeln bis 1945 und in der Nachkriegszeit. (Forschungsbericht für die Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse und Tiefenpsychologie DGPT, Stand 2016) www.dgpt.de/die-gesellschaft/geschichte-der-dgpt/diskussion-siebeck.

7 Über die Alltagsgeschichte während des Krieges verliert Hoepke in seinem unter Zulassung Nr. 17 der Militärregierung erschienenen Büchlein „Heidelberg. Neuer Blick in alte Gassen“, Heidelberg 1947, kein Wort. Es geht ihm vielmehr darum, den Heidelbergern wieder den Blick für die baulichen Schönheiten ihrer Stadt zu öffnen. Siehe auch www.leo-bw.de Detailseite Hermann Hoepke.



Marie Clauss auf Krankenbesuch (Nachlass Marie Clauss, Stadtarchiv Heidelberg)

Kenntnis von einem Fall, wo sie täglich behindert worden wäre.

„Ein Wunder, dass sie nicht ins KZ kam“, äußerte 2009 eine jüngere Kollegin, Frau Dr. Rüdtschauenburg, die sie noch gekannt und genaue Erinnerungen an sie hatte. Nach dem Krieg habe sie ihr einmal die Frage gestellt, wie sie das habe leisten können. Woher sie den Mut nahm.

Marie Clauss habe geantwortet, sie sei ja die einzige gewesen, die auf keine Familie habe Rücksicht nehmen müssen, somit niemanden sonst gefährdet hätte. Im Übrigen habe sie immer Hilfe und Rückhalt gehabt in ihrer Freundin Margarete Lüttge, die alle Beschwernisse mittrug.⁸

Was war das für eine Frau, Marie Clauss? Wie war ihr Lebenshintergrund beschaffen? Aus welchen Quellen konnte sie schöpfen?⁹

Zunächst einmal war sie, was damals noch stadtbekannt war, die Enkelin von Kuno Fischer, dem zu Großherzogs Zeiten populären Philosophieprofessor, Aushängeschild der Heidelberger Universität und Ehrenbürger der Stadt. Seine von ihm sehr geliebte Tochter Mary, 1854 geboren, war Maries Mutter, die Frau des Juristen, Ministerialrats und Geheimen Hofrats Theodor Clauss. Schon allein diese Herkunft war im damals noch übersichtlichen Heidelberg respektgebend. Sie garantierte in diesem Fall tatsächlich eine behütete glückliche Kindheit und solide klassische Bildung im Umfeld des deutschen Protestantismus. Darüber hat die Ärztin nach dem Tod der geliebten Mutter 1930 „Erinnerungen“ aufgeschrieben, in denen viel mehr von ihren Vorfahren die Rede ist als von ihr selbst. Sie hat ihnen darin ein Denkmal gesetzt und sich selbst vorbehaltlos der überlieferten Werte versichert.¹⁰

8 Gespräch mit der 2011 im Alter von 91 Jahren verstorbenen Dr. Gertrud Rüdtschauenburg in ihrer Wohnung im März 2009.

9 Hierzu ausführlicher Renate Marzolff: Die Enkelin des Philosophen. Zur Familien- und Lebensgeschichte der Heidelberger Ärztin Marie Clauss (1882–1963) in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Jg. 14, 2010, S. 47–73.

10 Ihre (ungedruckte) Darstellung der Familiengeschichte ist eine sachlich informative Quelle,

Aufgewachsen war Marie mit ihrer älteren Schwester in Karlsruhe, wo ihr Vater im badischen Verwaltungsdienst tätig war. Nachdem er seinen Dienst quittiert hatte, erstand die Familie, um dem greisen Großvater Fischer näher zu sein, in Heidelberg das bescheidene Wohnhaus in der Gaisbergstraße 31a. Es war von Anfang an ein Mittelpunkt lebendiger Geselligkeit.

Nach dem Tod der beiden verehrten Vatergestalten, des maßgebenden Großvaters und des geliebten Vaters Clauss im gleichen Jahr 1907, wird sich Marie ihres Ungenügens an der eigenen Situation bewusst. Sie ist nun 25 und hat die übliche Ausbildung höherer Töchter – ohne Abitur. Marie will jedoch selber etwas bewirken. Sie macht eine Ausbildung in Säuglingspflege, erlebt in der Luisenheilanstalt „im Ausschnitt etwas vom Jammer der Menschheit“, lehnt ein Angebot, als Oberin dort weiter zu amtieren ab, sieht sich vielmehr als künftige Ärztin.

Ihre Mutter bestärkt sie darin. 1913 macht sie mit 31 Jahren Abitur, absolviert dann in Heidelberg ihr Medizinstudium, 1918 das Staatsexamen, 1919 die Promotion, – eben in der Zeit, wo die vielen Verwundeten des I. Weltkriegs in der Lazarettstadt Heidelberg ankommen und zu versorgen sind; sie wird dringend gebraucht. Marie wird Assistenzärztin bei Ludolf Krehl. Die psychosomatische Ausrichtung dieses Hochschullehrers und Klinikleiters bestärkt ihre eigene Zielsetzung.¹¹ 1920 erhält sie die Approbation, eröffnet 1922 im Elternhaus ihre eigene, schnell anwachsende Praxis – in Heidelberg eine wichtige Adresse für die Verarmten und Notleidenden in der Altstadt ebenso wie für viele Professorenfamilien.¹²

Im ausgehungerten Nachkriegs-Heidelberg, vor allem in den heruntergekommenen Altstadtgassen, ist Marie Clauss als Tuberkulose-Fachärztin unterwegs, setzt sich der Ansteckungsgefahr aus, sieht viel Elend. Stadtpfarrer Hermann Maas, dem sie seinerzeit beinahe täglich begegnet sein muss, hatte schon im Jahresbericht 1921/22 deutlich zum Ausdruck gebracht, welche verheerenden Folgen („Prostitution, Alkoholismus und andere Schäden für Leib und Seele“) die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse hatten. Maas unterhielt unterschiedslos zu allen Menschen seiner Heiliggeistgemeinde eine ständige Verbindung. Er und seine Helferinnen bekämpften die allgemeine Verzweiflung mit Hilfeleistungen,

insbesondere zum Leben des Bildungsbürgertums im großherzoglichen Baden, und wegen des humoristischen, auch selbstironischen Grundtons reizvoll zu lesen; s. Marie Clauss: Erinnerungen I u. II, Mauren 1930/1931, masch. Manuskripte UB Heidelberg, HS 4127.

11 „Leib- und Seelsorgerin in Einem“, so lobte Hermann Maas sie zu ihrem 70. Geburtstag. Das bestätigen auch Briefe von Max Hachenburg, Richard Benz und anderen. Nachlass Marie Clauss, UBH HS 4127. 51 Briefe von Max Hachenburg an Marie Clauss befinden sich im Nachlass Max und Hans Hachenburg, Stadtarchiv Mannheim, Zg. 33/1980.

12 „Sie waren sehr gerne ihre Patienten – sie hatte unendlich viele“, so Dr. Regine Jensen telefonisch am 21.1.2009 über ihre Familie, die des Chemieprofessors Karl Freudenberg. „Sie war immer da, wenn man sie brauchte, sanft und energisch“, so Pfarrer Peter von Campenhausen, Sohn des Theologieprofessors Hans von Campenhausen telefonisch am 7.1.2009. Er erinnerte sich auch an Bemühungen in den 1950er Jahren, der Ärztin die Ehrenbürgerwürde zu verleihen, was jedoch verhindert worden sei. Leider konnte er sich nicht mehr an die genaueren Umstände erinnern.

ohne den Menschen seelsorgerische Beratung aufzudrängen.¹³ Marie Clauss war eine Gleichgesinnte, auf sie konnte er sich verlassen. Und man kann wohl annehmen, dass keiner aus den Familien, denen sie damals – oft auch unentgeltlich – half, später bereit war, sie zu denunzieren.

In Heidelberg begegneten ihr neben Hermann Maas die Familien des Pfarrers Otto Frommel sowie des Stadtpfarrers Ahles von Mannheim. Ihr Briefwechsel be-



Marie Clauss als Ärztin im Reservelazarett Alpirsbach 1917, mittlere Reihe Bildmitte rechts neben dem Offizier (Nachlass Marie Clauss, Stadtarchiv Heidelberg)

zeugt eine ständige Anteilnahme am Schicksal der Männer der Bekennenden Kirche, vor allem Martin Niemöllers. Menschen ihrer Gesinnung hat das Hitlerregime geradezu in den Protest gegen den Arierparagraphen und in eine Öffnung zur christlich-jüdischen Ökumene getrieben.

Im Freundeskreis um Pfarrer Frommel (dessen Hausärztin sie war) begegnete Marie Clauss nun auch der Frau, die neben ihr als Nothelferin in Heidelberg genannt werden muss: Margarete Lüttge. Sie war die Witwe des Berliner Professors für Systematische Theologie Willy Lüttge, der 1922 nach Heidelberg gekommen war, – eine Frau, die an der Forschung ihres Mannes kenntnisreich teilgenommen hatte. Sein plötzlicher Tod 1928 hatte den Freund Frommel in eine tiefe Krise gestürzt, aus der ihm die Hausärztin wieder heraushalf. In dieser Zeit müssen die beiden Frauen zueinander gefunden haben, jedenfalls beschließt die kinderlose und 12 Jahre jüngere Margarete Lüttge¹⁴, das arbeitsreiche Leben von

13 Hierzu: Werner Keller u. a. (Hg.): „Redet mit Jerusalem freundlich.“ Zeugnisse von und über Hermann Maas, Karlsruhe 1986, S. 43ff. Zu Hermann Maas vgl. in diesem Band den Beitrag von Markus Geiger.

14 Sie war als Tochter eines Berliner Verlagsbuchhändlers 1894 in Wien geboren.

Marie Clauss als ihre Sprechstundenhilfe zu begleiten. Sie zieht zu ihr in die Gaisbergstraße und teilt nun ohne Unterbrechung fast dreißig Jahre lang mit ihr das tägliche Leben. Sie kennt alle Patienten und versorgt sie, wo sie kann.

Die beiden Frauen – die eine klein, zierlich und ernst, die andere groß, stattlich und lächelnd (so die Erinnerung der Kinder von damals) – denken, fühlen und handeln gemeinsam. Manchmal kommt eine Dritte dazu und wohnt im Haus: es ist die 1910 geborene Inge Ahles, früh verwaiste und von ihrer Schlierbacher Tante Emma Ahles adoptierte Enkelin des Mannheimer Stadtpfarrers Ahles. Für Clauss und Lüttge ist sie wie ein eigenes Kind. Sie begleiten ihren Lebensweg, Schulzeit und Studium der Medizin. Ab 1956 wird Inge Ahles die Arztpraxis von Marie Clauss unter dem Namen Clauss-Ahles weiterführen.

Wie konnten die Frauen unter dem Druck des Hitler-Regimes Verfolgten Hilfe bieten?



Marie Clauss und Margarete Lüttge (links) (Nachlass Marie Clauss, Stadtarchiv Heidelberg)

Zunächst sind sie sich einig, dass für Kinder in Not gesorgt werden muss. Marie hat, wohl aus Familienbesitz, ein zweistöckiges Haus, schön gelegen im damals noch ganz ländlichen Falkau im Schwarzwald. Ab 1937 lassen sie dort eine „Kinderheimat“ für bedürftige Kinder unter Führung

einer Heimleiterin betreiben, anfangs wohl ganz auf eigene Kosten.¹⁵ Die ersten Schützlinge waren drei Säuglinge, die erst 14 Tage alt waren und über Jahre dort heranwuchsen, weitere Kinder kommen hinzu. Es sind nie mehr als zwanzig. Die zahlreichen Fotos zeigen fröhliche Gesichter. Jedes Jahr im Juni verbringen die Frauen ihre Ferien im Dachgeschoss des Hauses, oft mit Inge und anderen Freunden, mit den Pflegerinnen und den Kindern. Von letzteren sind keine Namenslisten erhalten, dafür gibt es gute Gründe. Es liegt nahe, dass jüdische Kinder dort unterkamen.¹⁶

15 Aus den Jahren 1965/66 liegt noch ein Prospekt des privaten Kinderheimes „Haus Kinderheimat“ vor. Dort beträgt der Tagespreis für Kinder zwischen 4 und 12 Jahren 15 DM, also ein sehr moderater Preis für Pflege und Betreuung, 4 Mahlzeiten und Kurtaxe.

16 Davon überzeugt war 2007 im Gespräch Frau Margarete Emlein, Schlierbach, die aus dem Nachlass von Dr. Inge Clauss-Ahles Dokumente verwahrte, darunter eine bestickte Kaffeedecke aus Marie Clauss' Besitz. Gibt es vielleicht einen Zusammenhang zwischen der geheimnisvollen eingestickten Widmung am Innenrand der Decke und der Eröffnung des Kinder-



Marie Clauss und Betreuerinnen der „Kinderheimat“ in Falkau/Schwarzwald.
Vermutlich 1942 (Nachlass Marie Clauss, Stadtarchiv Heidelberg)

Zu Marie Claus' eigenem großen Freundeskreis gehörten zahlreiche Menschen jüdischer Herkunft, so etwa ihre alte Kindheitsfreundin Lili Straus, die sich gleich 1945 aus dem Exil wieder bei ihr meldete. Die Familie des Augenarztes Martin Zade gehört dazu, deren Ärztin sie war.¹⁷ Dem Philosophen Ernst Hoffmann – er hatte die Festrede zu Kuno Fischers 100. Geburtstag gehalten – bewahrte sie, wie der Kollege Glockner anmerkte¹⁸ auch „in den Jahren der Zurücksetzung“, treue Freundschaft und stand ihm als Ärztin zur Seite. Mit Sicherheit hat sie niemanden fallen lassen oder verleugnet.

1947 forderten Hermann Maas und Gustav Radbruch in einer gemeinsamen Initiative mit dem Verleger Lambert Schneider zu einer schriftlichen Erinnerung an die Opfer des Faschismus auf. Marie Clauss beteiligte sich mit einem Beitrag zum Gedächtnis ihrer in Auschwitz ermordeten Freundin Liese Hachenburg.¹⁹ Darin schreibt sie:

heims? Man liest dort: 20.10.37 – M. Cl. – L. Z. DER FLÜCHTLING AUS BERLIN PREIST DIE OFFENEN ARME.

- 17 Lili Straus emigrierte mit ihrem Mann Moritz Straus, seit 1916 Mitinhaber des Bankhauses Straus u. Co. in Karlsruhe, 1938 nach den USA und ließ sich in Berkeley nieder. Lüttge berichtet in ihrem Tagebuch S. 123f., dass deren Neffe gleich nach Kriegsende 1945 zu Besuch zu Marie Clauss kam, ebenso wie Roland Zade, der Sohn des Augenarztes. Der Familie war es gelungen, nach England zu entkommen.
- 18 Hermann Glockner: *Heidelberger Bilderbuch*, Bonn 1969, S. 154.
- 19 Das Manuskript, datiert „Merchingen, September 1947“ befindet sich im Nachlass Hachenburg, StA MA Zg.33/1980. Der Sammelband ist erst 1952 erschienen: Hermann Maas, Gustav Radbruch, Lambert Schneider (Hgg.): *Den Unvergessenen. Opfer des Wahns 1933–1945*, Heidelberg 1952.

„Es waren viele, die damals denselben Weg gehen mußten, vortreffliche Menschen, an die wir mit bitterem Schmerz und mit Ehrfurcht und Liebe denken. Ich denke an die zarte, feine Anna Traumann, in deren toten Händen man ein Briefchen fand, auf dem die Worte standen: ‚Ich sterbe ohne Bitterkeit.‘ – Ich denke in Freundschaft und Trauer an Minna und Paul Jordan, denke an Violetta von Waldberg, und ich denke an die vortreffliche, von uns allen innig verehrte Frau Leontine Goldschmidt. Sie alle haben das Leben lieb gehabt und haben ihm nach schweren inneren Kämpfen, entgegen ihrem eigentlichen Wesen ein Ende gemacht, um dem furchtbaren, unbekannten Schicksal zu entgehen. – Liese Hachenburg ist bewußt als Christin den anderen Weg gegangen; sie wollte ihr Kreuz auf sich nehmen.“

Die hier genannten Menschen sind, worüber die Verfasserin schweigt, sämtlich von ihr ärztlich betreut worden. Von Anna Traumann ist bezeugt, dass sie, als sie am 22. August 1942 deportiert werden sollte, angesichts ihrer körperlichen Zerbrechlichkeit mit Hilfe von Mitteln aus dem Leben schied, die ihre Freundin Marie Clauss ihr gegeben hatte. Für Violetta von Waldberg, die Witwe des Germanisten Max von Waldberg, steht im Sterbebuch des Heidelberger Standesamts der Vermerk „Selbsttötung durch Veronal“.²⁰ Die 79-jährige Leontine Goldschmidt hat, in der gleichen Lage wie Anna Traumann, 1942 mit Veronal das Ende gesucht. Sie konnte das Medikament nur von ihrer Hausärztin bekommen haben.²¹ Über den Suizid Mina Jordans 1939 fehlen genauere Auskünfte; ihr jüngerer Bruder, der Mannheimer Amtsgerichtsrat Paul Jordan, der mit Leontine Goldschmidt das Haus des geflüchteten Augenarztes Martin Zade bewohnt hatte, suchte seinen Ausweg 1940 in tiefer Verzweiflung am nahen Gaisbergturm, ohne ärztliche Hilfe. Die von Marie Clauss nicht erwähnte, weil überlebende Katharina von Künßberg berichtet in ihren Lebenserinnerungen, dass sie, im August 1942 zum Selbstmord entschlossen, noch ein Hilfesuch an den damaligen Gauleiter in Salzburg Gustav Adolf Scheel abwartete: „Frl. Clauss, die gute, hatte mir das nötige Medikament gegeben und Pfarrer Maas einen letzten Segen“ – da kam nach bangen zehn Tagen die Erlösung. Sie wurde noch einmal vom Transport ausgenommen, suchte aber für die Folgezeit ein Versteck.

Schreckliche Tage müssen es gewesen sein für die Ärztin, wo sie nur noch das Mittel zum Tod aushändigen konnte und bei aller Hilfsbereitschaft hilflos blieb.

Marie Clauss hatte die 37-jährige Liese Hachenburg, Tochter des bedeutenden Mannheimer Juristen Max Hachenburg, 1929 nach ihrer Übersiedlung nach Heidelberg kennen gelernt. Sie hatte ihr in einer Lebenskrise als Ärztin beigegeben und erlebt, wie Liese, angeregt durch ihre Schwägerin, eine protestantische Theologin, zum Christentum fand. Bei ihrer Taufe durch Hermann Maas 1935 waren Clauss und die Schwägerin Taufpaten. Auch Margarete Lüttge gehörte zum großen Freundeskreis um Liese und ihren Vater, der nach dem Tod

20 Aus ihrem Besitz fand sich im Nachlass Marie Clauss‘ eine bei Cotta 1816 erschienene Goethe-Ausgabe. „Aus meinem Leben.“ Das war ein sinnvolles Geschenk für die Enkelin des Goetheforschers Kuno Fischer.

21 Marie Baum: Rückblick auf mein Leben, Heidelberg 1950, S. 281 f., berichtet, wie die zu geringe Menge der Tabletten nicht ausreichte für einen schnellen Tod.

seiner Frau ebenfalls nach Heidelberg gezogen war. Als Max Hachenburg und Lieses Geschwister 1939 Deutschland verlassen mussten, wurde der stets kranken Liese von Hachenburg die Ausreise verweigert. Hoffnungsvoll und fröhlich, wie es ihre Art war, erleichterte sie der Familie den Abschied. Marie Clauss schildert ihren Lebenslauf bis zum bitteren Ende: Wie es mit Hilfe von Pfarrer Maas gelingt, sie der ersten Deportation nach Gurs zu entreißen, wie sie auf Gestapobefehl in ständig wechselnden Wohnungen untergebracht wird, deren jüdische Besitzer deportiert werden oder sich das Leben nehmen; wie sie im November 1942 noch einmal dem Abtransport entgeht. Sie schildert die gemeinsamen Abendmahlsfeiern mit den Freundinnen und Pfarrer Maas in ihrem Zimmer, die regelmäßigen Besuche von Marianne Weber und Marie Baum, und wie Liese Hachenburg im Februar 1943 dem unwiderruflichen Befehl zur Abreise nicht mehr entgegen kann noch will. Als Christin kann sie ihr Leben nicht selbst beenden. So schwach und hilfsbedürftig sie immer war, so stark ist sie in ihrer Entscheidung. Unausgesprochen wissen alle, auch sie selbst, dass es keine Wiederkehr gibt. Als ihre letzte Karte von unterwegs nach Auschwitz eintrifft, hat sie dort in den Gaskammern schon den Tod gefunden.

Was dort wirklich geschah, war auch den Helfern nicht bekannt. Umso größer das Entsetzen, als bei Kriegsende die öffentlichen Berichte der Amerikaner alle Illusionen zerstören. Am Mittwoch, 18. April 1945, notiert Lüttge in ihr Tagebuch:

„Erschütternd, unvorstellbar furchtbar die Radio-Berichte über die Zustände in den eroberten Konzentrationslagern! Die Bürger der umliegenden Städte werden in Gruppen durch die KZ-Lager geführt, damit sie selber in Augenschein nehmen, was dort alles an Verbrechen geschehen ist, damit es nicht heißen kann, es sei Lügenpropaganda.“ (S. 39)

Max Hachenburg schreibt aus England an Marie Clauss und dankt ihr am 5. September 1945 für „Ihre nie ermüdende liebevolle Fürsorge für Liese. Sie haben ihr unendlich viel gegeben.“ Die wiederholten Danksagungen umfassen auch Margarete Lüttge und andere Menschen aus Maries Umgebung. Sein Sohn Hans bittet, alle zu grüßen, „besonders Inge [Ahles]. Ich muß immer daran denken, daß sie wohl die letzte gewesen ist, die mutig versucht hat, Liese zu helfen.“ Aus Berkeley schreibt Max Hachenburg 1946: „Auch ohne dass Sie darüber ein Wort verlieren, [kann ich mir] vorstellen, wie Sie gelitten haben und noch durchzukämpfen haben werden.“ Der Briefwechsel mit ihm wird für Marie Clauss in den zermürbenden Nachkriegsjahren eine Quelle der Ermutigung und Stärkung sein. Und nicht nur das: Seine und seiner Lebensgefährtin Anny Ostwalds praktische Hilfslieferungen, die Pakete aus Amerika ins Falkauer Kinderheim, retten dort das Überleben, weil für Clauss und Lüttge nach der Aufteilung Deutschlands unter die Alliierten kein Zugang zum französischen Sektor möglich ist. Dort ist die Versorgung sehr viel schlechter als im amerikanischen Sektor.²²

22 Erst im Sommer 1947 können die Frauen in Falkau wieder Besuch empfangen; die Emigrantin Herta Epstein erinnert sich an einen schönen Tag dort. 1970, längst nach Marie Clauss' Tod, wurde das Kinderheim geschlossen.

Von Marie Clauss ist nicht zu erfahren, was sie geleistet hat, sie schreibt keine Erinnerungen mehr auf. Sie wird noch lange weiter praktizieren, arbeitet auch im „Alterskrankenhaus“.

Die vielgeforderte Ärztin hat es nicht einmal zu bescheidenem Wohlstand gebracht. In einem ersten Testament vermacht sie 1951 Haus und Grundstück Gaisbergstraße 31a der evangelischen Landeskirche unter Vorbehalt des Wohnrechts für Inge Ahles und Margarete Lüttge auf Lebenszeit.²³ Sie kann die notwendigen Dachreparaturen, den Einbau einer Zentralheizung nicht bezahlen, die nun von der Kirche vorgenommen werden.



Marie Clauss, Aufnahme am 80. Geburtstag 1962 (Nachlass Marie Clauss, Stadtarchiv Heidelberg)

1959 bewilligt die Portheim-Stiftung auf Antrag Annemarie Hampes einen Rentenanspruch auf monatlich 100 Mark zur Unterstützung der Ärztin.

Geehrt hat man sie auch: Am 25. Juli 1946 übernimmt sie, zusammen mit Marianne Weber, bei der Gründungsfeier in der Aula der alten Universität den Ehrenvorsitz des von Katharina von Künßberg und Erdmuth Falkenberg neugegründeten Heidelberger Frauenvereins.

1956 wird sie zum Ehrenmitglied des eben hundertjährigen Naturhistorisch-Medizinischen Vereins ernannt. Das beglückt sie. „Ihr Arztamt war es, das man expressis verbis ehrte.“²⁴

Ihr Kopf bleibt klar bis zuletzt. Sie lebt nicht allein, sie hat die geliebte Lebensgefährtin und „das Kind“, die geeignete Nachfolgerin im Beruf. Sie hat Ge-

spräche, Besuche, Briefwechsel, abends gegenseitiges Vorlesen, alte Familientradition. Zwei Tage vor ihrem Tod am 16. Oktober 1963 behandelt sie zwei alte Patienten, schreibt Briefe in klarer, zierlicher Schrift.

Zur Ehrenbürgerin der Stadt ist sie nicht ernannt worden. Ihr Grab ist nicht mehr vorhanden. Noch ist keine Heidelberger Straße nach ihr benannt.

23 Margarete Lüttge starb 1975 und ist neben ihrem Mann auf dem Bergfriedhof beigesetzt. Inge Clauss-Ahles ist 1995 gestorben.

24 Heidelberger Tagblatt, 22.10.1963

Die Thoraxklinik in der NS-Zeit unter der Leitung von Walter Schmidt und Ludwig Adelberger

MICHAEL EHMANN

*„In diesem Krankenhaus gibt es
weder Christen noch Juden,
sondern nur Kranke“*

Im folgenden Beitrag soll die Frage untersucht werden, wie es jüdischen Patienten, Angehörigen und Mitarbeitern an der Thoraxklinik in Heidelberg-Rohrbach¹ während der NS-Zeit ergangen ist. Im Fokus stehen einzelne Personen, die durch couragierten Einsatz ihren jüdischen Mitbürgern geholfen haben. Mein Interesse gilt aber auch einer ganzen Institution, die, wie man mit aller Vorsicht sagen kann, durch einen besonderen Geist geprägt war. Denn obwohl fast alle ärztlichen und behördlichen Amtsträger, von denen im Folgenden die Rede ist, der NSDAP angehörten und deshalb nach 1945 einem Spruchkammerverfahren unterzogen wurden, geben die amtlichen Dokumente und Zeugenaussagen keine wirklich belastbaren Hinweise auf antisemitisch motivierte Handlungen – im Gegenteil. Die Thoraxklinik und das in ihr tätige Personal erscheinen als unzweideutige Verkörperung von Hilfe und Schutz für die vom NS-Staat verfolgten Patienten.

Nicht zu übersehen ist die bekannte Problematik, dass zahlreiche Beschuldigte in den Spruchkammerverfahren durch sogenannte „Persilscheine“ entlastet wurden. Diese Möglichkeit muss bei jeder einzelnen Zeugenaussage mitbedacht werden. In den hier beschriebenen Fällen wäre der Eindruck einer nicht-gerechtfertigten „good-will“-Begutachtung nicht berechtigt. Die entlastenden Stellungnahmen wirken glaubwürdig und sind gut begründet.

Der Geist eines Hauses: Albert Fraenkel

Obwohl der jüdische Arzt und Hochschullehrer Prof. Dr. Albert Fraenkel² offiziell erst 1928 die Position des Ärztlichen Direktors und des medizinischen Geschäftsführers der Rohrbacher Thoraxklinik eingenommen hatte, leitete er im Hintergrund die Geschicke des Hauses von Anfang an. Es war sein vielfältiges, von der ärztlichen Therapie über die wissenschaftliche Forschung bis zum sozial-

1 Die Thoraxklinik ist aus früheren Zeiten auch als Tuberkulosekrankenhaus oder Krankenhaus Rohrbach bekannt. Zur Vereinheitlichung wird im Beitrag meist der heutige Name verwendet.

2 Vgl. Jörg Thierfelder: Albert Fraenkel. Eine biographische Skizze, in: Peter Drings u.a. (Hgg.): Albert Fraenkel. Ein Arztleben in Licht und Schatten 1864–1938, Landsberg am Lech 2004, S. 17–69.

politischen Engagement reichendes Wirken, das die Klinik im Laufe der Jahre zu einer der ersten Adressen der Tuberkulosebekämpfung hatte werden lassen.³

Fraenkel war insbesondere durch die Entwicklung der intravenösen Strophantinterapie in der medizinischen Fachwelt bekannt geworden. Die entsprechenden klinischen Studien hatte er bei Ludolf von Krehl in Straßburg betrieben.⁴ Bevor er mit seiner Familie 1920 endgültig nach Heidelberg zog, hatte er knapp drei Jahrzehnte lang während der Sommermonate als niedergelassener Arzt in Badenweiler praktiziert.⁵ 1927 gründete er ein weiteres Krankenhaus in Heidelberg, das „Mittelstandssanatorium Speyererhof“.⁶ Zahlreiche berühmte Persönlichkeiten suchten wegen der unterschiedlichsten Grunderkrankungen seinen ärztlichen Rat: Karl Jaspers, Hermann Hesse, Gerhart Hauptmann, Wilhelm Conrad Röntgen, Gustav Stresemann und viele andere mehr.

Weil er jüdischer Herkunft war, wurde Fraenkel 1933, unmittelbar nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten, seiner Ämter an der Thoraxklinik entzogen. Die ärztliche Leitung übernahm Walter Julius Theodor Schmidt⁷, ein aufstrebender junger Mann, den Fraenkel 1931 als Assistenzarzt für Röntgentechnik und Tuberkulosechirurgie eingestellt⁸ und seitdem gefördert hatte.

Der am 26. April 1901 im fränkischen Mühlfeld geborene Pfarrerssohn übernahm das Amt zunächst nur vertretungsweise⁹, da Karl Rausch, der einflussreiche Präsident der Landesversicherungsanstalt (LVA) Baden, des damaligen Trägers der Thoraxklinik, zunächst einen qualifizierteren Nachfolger aus dem Universitätsklinikum bevorzugte. Hinzu kam, dass Rausch, der viele Jahre für die SPD im Badischen Landtag gesessen hatte, auch politische Bedenken hegte: Schmidt war überzeugter und engagierter Nationalsozialist. Am 22. April 1933 wurde er Mitglied der NSDAP, seit 1934 war er Mitglied der SS im Ausbildungsstab der Sanitätsabteilung XXXIV, wo er am 9. November 1937 zum Oberscharführer befördert wurde.¹⁰ Für die Ortsgruppe der NSDAP war er zudem in Rohrbach als sogenannter Blockwart tätig.¹¹ Doch gegen den politischen Druck von oben – Schmidt war der Wunschkandidat der neuen Machthaber – vermochte Rausch auf Dauer nichts auszurichten, zumal Schmidt darauf verweisen konnte, Fraenkel selbst habe ihm eine Karriere an der Thoraxklinik ermöglichen wollen und ihm „die Amtsbezeichnung ‚Oberarzt‘ in Aussicht gestellt.“¹² So kam Schmidt schließlich ein Jahr später

3 Vgl. Peter Drings, Michael Ehmann: Albert Fraenkel und das Tuberkulosekrankenhaus Rohrbach, ebd., S. 241–294.

4 Vgl. Christian Bonah: Albert Fraenkel, die Medizinische Fakultät Straßburg und die Entstehung der Strophantinterapie, ebd., S. 155–186.

5 Vgl. Rolf Albert Langendörfer: Albert Fraenkel und Badenweiler, ebd., S. 71–108.

6 Vgl. Martin Krauß: Speyererhof. Vom Mittelstandssanatorium zum internistischen Krankenhaus, ebd., S. 295–309.

7 GLA 4621-2319, Personalakte Walter Schmidt, Blatt 231.

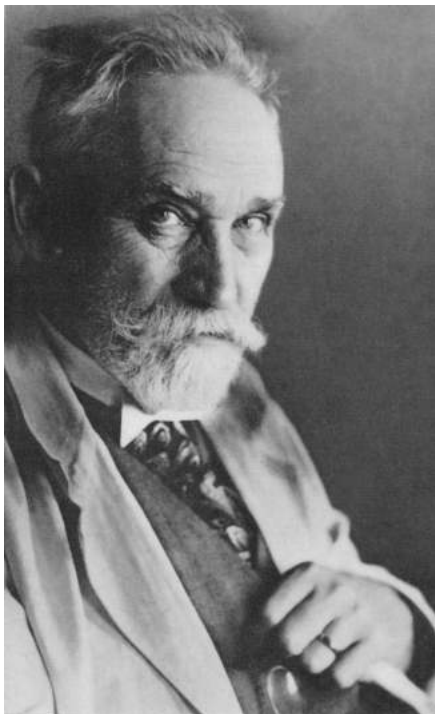
8 Ebd., Blatt 11.

9 Ebd., Blatt 89.

10 UAH PA 5694, Personalakte Walter Schmidt.

11 Ebd.

12 GLA 4621-2319, Personalakte Walter Schmidt, Blatt 89.



Albert Fraenkel (Foto: Marianne Lesser-Knapp, Stadtarchiv Mannheim)

formal korrekt am beruflichen Ziel an: Durch „einstimmigen Beschluss der ordentlichen Gesellschafterversammlung vom 28.3.1934 wurde Oberarzt Dr. Schmidt offiziell die Amtsbezeichnung verliehen: Direktor und leitender Arzt des Tuberkulosekrankenhauses Rohrbach.“¹³ Zu diesem Zeitpunkt war er gerade einmal 33 Jahre alt.

Wie ist es zu erklären, dass ein jüdischer Arzt einen Kollegen einstellt und fördert, der dem Nationalsozialismus anhängt? Fraenkel dürfte Schmidts politische Orientierung nicht verborgen geblieben sein, zumal er selbst, wie sein ehemaliger Patient Hermann Hesse überliefert hat, „stramm national“¹⁴ gesinnt war. Allerdings vertraute Fraenkel darauf, dass Schmidt zwischen seiner politischen Gesinnung und seiner ärztlichen Aufgabe zu unterscheiden wusste und wie er selbst auch die Größe besaß, immer zuerst den Menschen zu sehen. Dieses Vertrauen, durch Fraenkels natürliche Autorität wie von selbst vor Missbrauch geschützt, begründete einen Geist, der die Thoraxklinik auch während der NS-Zeit nicht verließ.

Die Thoraxklinik unter Walter Schmidt (1933–1938)

Während seiner Ägide als Ärztlicher Direktor entwickelte Privatdozent Dr. Walter Schmidt die Thoraxklinik fachlich und im Hinblick auf die Bettenkapazität enorm weiter und begründete ihren bis heute hervorragenden Ruf in der Thoraxchirurgie. 1938, kurz vor seinem frühen Tod, krönte er sein außergewöhnliches medizinisches Lebenswerk mit einem umfangreichen, mehr als tausend Seiten starken Lehrbuch über die Kollapstherapie der Lungentuberkulose.¹⁵

13 Ebd., Blatt 241.

14 So Fraenkels eigene Äußerung in einem Brief an den Schriftsteller. Vgl. Hermann Hesse: Ein Arzt großen Stils, in: Georg Weiss (Hg.): Albert Fraenkel. Arzt und Forscher, Mannheim 1964, S. 63–67, hier 66.

15 Joachim Hein, Wilhelm Kremer, Walter Schmidt: Kollapstherapie der Lungentuberkulose, hg. von Walter Schmidt, mit einem Geleitwort von Ludolph Brauer und Ferdinand Sauerbruch, Leipzig 1938.

Privat verlief sein Leben und das seiner Familie dagegen weniger glücklich. 1934 starb seine erste Frau Käthe, geborene Muckelmann, im Alter von nur 33 Jahren und hinterließ ihm zwei Kinder, Claus und Renate. In zweiter Ehe war Schmidt mit der seit 1931¹⁶ an der Thoraxklinik beschäftigten Ärztin, später auch Oberärztin, Marie Gabriele („Mary“), geborene Dehio, verheiratet.¹⁷ Aus dieser Ehe gingen die Söhne Walter und Peter hervor. Drei Jahre später erkrankte Schmidt schwer. Immer wieder konnte er aus gesundheitlichen Gründen seinen dienstlichen Verpflichtungen nicht nachkommen. Am 31. Dezember 1938 starb der Begründer der Thoraxchirurgie an der Thoraxklinik im Alter von nur 37 Jahren an einer Pfortaderthrombose. Zwei Jahre später starb auch die zweite Frau von Walter Schmidt, Mary, im Alter von 38 Jahren an Tuberkulose. Die vier Kinder wuchsen nunmehr ohne Eltern in den Familien Muckelmann und Dehio auf.

Dass Schmidt das in ihn gesetzte Vertrauen rechtfertigte, also zwischen seiner politischen Gesinnung und seiner ärztlichen Aufgabe zu unterscheiden wusste, wie Fraenkel es gehofft hatte, ist mehrfach belegt. So arbeitete an der Thoraxklinik eine jüdische Ärztin, Charlotte („Lotte“) Wolff¹⁸, die nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten nicht entlassen, sondern weiterbeschäftigt wurde. Wir können davon ausgehen, dass Schmidt über ihre jüdischen Wurzeln informiert war. Darüber hinaus dankte er ihr im Vorwort zu seinem 1938 erschienenen Lehrbuch über die Kollapstherapie der Lungentuberkulose ausdrücklich für ihre Verdienste: „Bei der Sichtung, Korrektur und Zusammenstellung der einzelnen Beiträge unterstützten mich neben meinen übrigen Mitarbeitern vor allem Fräulein Dr. med. Lotte Wolff und Fräulein Hildegund Siehl, die sich dadurch große Verdienste um das Zustandekommen des Werkes erwarben.“¹⁹ Außerdem verfügte LVA-Präsident Rausch in Absprache mit Schmidt am 20. April 1938 u.a., dass „ausserplanm. Assistentin Dr. Wolff (1 Punkt mehr aus bes. Gr.) 60,- RM“²⁰ als Zulage erhalten solle. Letztmals finden sich in den Akten der Thoraxklinik Hinweise auf Lotte Wolff in einer Niederschrift eines Gesprächs mit Rausch, LVA-Vizepräsident Wilhelm Konrad Pfisterer und Schmidts Nachfolger Ludwig Adelberger vom 29. Januar 1941:

„Weiterbeschäftigung der Lotte Wolff. Frl. Wolff hat bis heute ihre Bestallung als Ärztin noch nicht erhalten. Sie muss daher als Assistenzärztin mit dem 31.12.1940 ausscheiden. Als wissenschaftliche Assistentin zur Bearbeitung aller wissenschaftlichen statistischen Arbeiten des Krankenhauses soll Frl. Wolff weiterbeschäftigt werden.“²¹

Dieser Einsatz für eine jüdische Ärztin war jedoch kein Einzelfall. Nach einer Aussage Adelbergers vor der Spruchkammer im August 1947 hatte Schmidt erfolgreich versucht, in der Thoraxklinik auch jüdische Patienten behandeln zu dürfen.

16 Archiv der Thoraxklinik, Ordner Ärzte 1920–1969.

17 UAH PA 5694, Personalakte Walter Schmidt.

18 Nach ihrer Heirat 1952 hieß sie Lotte Rosa-Wolff.

19 Walter Schmidt: Vorwort (vgl. Anm. 15), S. VII–VIII.

20 Archiv der Thoraxklinik, Ordner Ärzte 1920–1969.

21 Ebd.

„Der damalige Direktor des Tuberkulosekrankenhauses Rohrbach Dr. Schmidt hat nach Eröffnung des offiziellen Terrors gegen die Juden in meinem Beisein die Ausnahmegenehmigung erhalten, Juden im Krankenhaus aufzunehmen, unter der Voraussetzung, dass akute Lebensgefahr besteht. Es war damals nicht leicht, diese Genehmigung zu erhalten und in der Folgezeit so wie dies unter ihm und auch unter meiner Leitung ab Februar 1939 geschah weiter darüberhinausgehend jüdische Kranke auch bei leichteren Formen der Erkrankung aufzunehmen und zu behandeln. Sowohl Schmidt als auch ich verstießen damit jahrelang im Interesse der jüdischen Kranken unter Einheitlichkeit unserer Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose gegen die uns nur zögernd gegebene beschränkte Erlaubnis. Den Nutzen davon hatten die kranken Juden. In meiner Spruch- und Berufungsverhandlung glaube ich eindeutig nachgewiesen zu haben, dass Juden und Halbjuden im Krankenhaus Rohrbach von Seiten der Ärzte und des Personals behandelt wurden, wie jeder andere Kranke auch; dass die Pflege der Kranken in gleicher Weise erfolgte, war bei den katholischen Schwestern selbstverständlich.“²²



Walter Schmidt (Archiv Thoraxklinik)

Hintergrund dieser Äußerung war ein Vorfall, der sich im Sommer 1935 an der Thoraxklinik ereignet hatte und den Schmidt als verantwortlicher Leiter des Krankenhauses in einem Aktenvermerk wie folgt ausführte:

„Der jüdische Viehtreiber Alfred W. aus S. [...] sollte hier mit Liegekur und Pneumothorax behandelt werden. Wie mir erst heute berichtet wurde, hat W. [...] sich mit einer hier in Zwangsassylierung befindlichen gonorrhöischen Person namens Gertrud M. aus P. im Garten herumgetrieben (Zeuge Schwester Edeltrudis).“ Des Weiteren sei er „Arm in Arm und zum Teil in Umschlingung mit der Patientin Berta N. aus K. gesehen worden [...]. Sie wurden unter anderem beobachtet, wie sie sich auf einer Bank eine halbe Stunde lang abküssten (Zeugen Patient Sch. und Patient S.). Außerdem hat der Jude W. sich noch auf der Station gerühmt, dass er die Patientin hinter der Liegehalle gebraucht hätte. Daraufhin habe ich mich sofort mit der Geheimen Staatspolizei verbinden lassen“ und musste zugleich „die Patienten ermahnen [...], nicht zur Selbsthilfe zu greifen [...]. Als ich am 1.8.35 morgens wieder in das Krankenhaus kam, meldete mir mein Oberarzt sofort, dass sich W. abermals an die Frauensperson herangemacht habe“ und beide „in einem Gebüsch bei unsittlichen Bewegungen beobachtet wurden. [...] Daraufhin habe ich W. in ein Einzelzimmer einsperren

22 GLA 456a-5947728, Spruchkammerakte Ludwig Adelberger, Blatt 132.

lassen bis der Polizeibeamte kam. Als er in frecher Weise jede Schuld abstritt und sich gegen sein Abführen mir gegenüber auflehnte, habe ich ihm eine Ohrfeige versetzt.“²³

In einem Schreiben vom 5. August 1935 meldete Dr. Adelberger auf Anweisung Schmidts den Vorfall der LVA Baden:

„Der landwirtschaftliche Knecht Alfred W. aus S., der sich seit dem 16.7.35 im hiesigen Krankenhaus befand, wurde wegen rassenschänderischen Verhaltens während des hiesigen Krankenhausaufenthaltes am 1.8.35 von der Kriminalpolizei verhaftet. Ich bitte, unter diesen Umständen das von uns am 22.7.35 beantragte Heilverfahren abzubrechen.“²⁴

Auf den ersten Blick erscheint der Umgang mit dem jüdischen Patienten Alfred W. – die Anzeige bei der Gestapo unter dem Vorwurf der Rassenschande, die Ohrfeige Schmidts sowie die Meldung bei der LVA Baden – als eine typisch antisemitisch motivierte Handlung. Dass dies nicht der Fall war, legen die Akten im Spruchkammerverfahren gegen Adelberger nahe, der zwölf Jahre nach dem Vorgang aufgrund einer – versehentlichen oder absichtlichen – Verwechslung durch eine Zeugin mit Schmidt der Züchtigung Alfred W.'s beschuldigt wurde:

„Es ist mir bekannt, dass Dr. Adelberger im August 1935 auf Station 6, die Dr. Adelberger führte, einen jüdischen Patienten verprügelte. Dabei handelte es sich nicht um eine Affekthandlung, sondern diese Tat geschah, weil der Patient angeblich Rassenschande getrieben hatte. Dr. Adelberger veranlasste die Abführung dieses Patienten durch die geheime Staatspolizei.“²⁵

Die sexuellen Übergriffe des Alfred W. wurden damals von zahlreichen weiteren Personen bezeugt. Berta N., verheiratet und Mutter von drei Kindern, bestritt hingegen jeglichen sexuellen Kontakt. Der eigentliche „Volkszorn“ habe sich jedoch aufgrund der Tatsache entladen, dass Alfred W. Jude war: „Der Patient S. und der Berliner Patient M. sind dann auf die Pforte gegangen und haben die Schwester dort gefragt, ob der W. wirklich ein Jude sei. Dies wurde von der Schwester bestätigt.“²⁶ Anhand weiterer Aussagen ist belegt, dass der Berliner Patient M. für den „Stürmer“ geschrieben hatte und Bettnachbar von Alfred W. gewesen war. Das von Julius Streicher herausgegebene Hetzblatt „Der Stürmer“ zielte darauf, „einen radikalen Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung zu etablieren. Deziert richtete sich die Zeitung auch an Menschen mit wenig Bildung. Die zumeist kurzen und sprachlich einfach verfassten Skandalgeschichten über Rassenschande zwischen jüdischen Männern und ‚arischen‘ Frauen [...] erfreuten sich im NS-Regime durchaus Beliebtheit und zeigten vor allem bei jungen, in dieser Zeit heranwachsenden Menschen Wirkung.“²⁷

23 Ebd., Blatt 27, Rückseite. Die Nachnamen und Ortsnamen sind in der Akte ausgeschrieben, werden hier aber zum Schutz etwaiger Angehöriger anonymisiert.

24 Ebd., Blatt 21.

25 Ebd., Blatt 22, vgl. zu diesem Vorgang Abschnitt 6.

26 Ebd., Blatt 25.

27 <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/ausgrenzung/stuermer/>

Ein Leitspruch dieser übelsten aller antisemitischen Zeitung lautete: „Frauen und Mädchen, die Juden sind Euer Verderben!“ Der Fall des jüdischen Patienten Alfred W. wäre demnach aus Sicht des „Stürmer“-Berichterstatters geradezu ideal für einen reißerischen Beitrag gewesen.

Wir können vermuten, dass dies für Schmidts drastische Reaktion ausschlaggebend war. Ein Beitrag im „Stürmer“ hätte möglicherweise dazu beigetragen, dass die Behandlung jüdischer Patienten ins Zwielicht geraten wäre. Zudem waren Schmidts Befürchtungen der Selbstjustiz seitens der Mitpatienten, die sich anscheinend zu einem gefährlichen judenfeindlichen Mob zusammenrotteten, gewiss nicht unbegründet.

Diese Lesart wird nicht zuletzt durch den damaligen Patienten Alfred W. selbst bestätigt. Wie aus einer Mitteilung des öffentlichen Klägers am 16. August 1947 an die Spruchkammer Heidelberg hervorgeht, habe dessen Vernehmung ergeben,

„dass die durch Dr. Schmidt erfolgte Maßregelung des Patienten W. nicht auf rassistische Gründe zurückzuführen war, sondern in der Erregung wegen des von dem Patienten gegen die allgemeinen und im Krankenhaus Rohrbach ganz besonders strengen Regeln des Anstands und der Hausordnung begangenen nicht nur einmaligen, sondern wiederholten Verstoßes und seines Ableugnens trotz der entgegenstehenden Zeugenaussagen erfolgte, und dass Dr. Schmidt in einem solchen Fall auch gegen andere nicht jüdische Patienten entsprechend vorgegangen wäre.“²⁸

Ergänzend sei an dieser Stelle noch die Behandlung der lebensbedrohlich erkrankten Schwester Rosetta erwähnt. Die Ordensschwester litt an einer ausgeprägten Anämie und war hochgradig gefährdet, sich durch ihren reduzierten Allgemeinzustand bei den tuberkulösen Patienten anzustecken. Bemerkenswert ist, an wen sich im August 1938 Walter Schmidt mit der Bitte um internistischen Rat und Weiterbehandlung wandte:

„Wir haben daraufhin Schwester Rosetta dem Internisten des St. Vincentiuskrankenhauses in Heidelberg, Herrn Dr. Lefmann, zur eingehenden Untersuchung zugewiesen. Dieser hat unseren Befund einer schweren, lebensbedrohlichen Blutarmut bestätigt und sofort Behandlung mit Leberpräparaten eingeleitet.“²⁹

Gotthold Lefmann entstammte einer bekannten Heidelberger jüdischen Familie und entkam nur knapp dem Holocaust durch seine Auswanderung nach London im Juli 1939.³⁰ Da Lefmann schon seit 1933 antisemitischen Übergriffen ausgesetzt gewesen war, kann sicher davon ausgegangen werden, dass Schmidt wusste, wem er Schwester Rosetta anvertraute. Dies könnte ein weiteres wichtiges Indiz dafür sein, dass Schmidt keine antisemitischen Ressentiments pflegte.

Inwieweit Schmidt ein durchaus treuer Schüler Fraenkels war und dem besonderen Geist des Hauses verpflichtet blieb, zeigte sowohl sein Verhalten ge-

28 GLA 456a-5947728, Spruchkammerakte Ludwig Adelberger, Blatt 131.

29 Archiv der Thoraxklinik, Ordner Bühler Schwestern 1920–1951.

30 Norbert Giovannini, Claudia Rink, Frank Moraw (Hgg.): *Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933–1945. Biographisches Lexikon mit Texten.* Hg. vom Förderkreis Begegnung, Heidelberg 2011, S. 235.

genüber dem Pflegepersonal der Klinik, den Ordensschwestern, als auch die Regelung seiner Nachfolge.

Immer wieder wurde durch die NS-Behörden wegen des Pflegepersonals Druck ausgeübt. Der Reichsverband Deutscher Landesversicherungsanstalten beschreibt dies in einem als „Vertraulich!“ eingestuften Schreiben vom 30. Juli 1937 folgendermaßen: Wie

„bekannt geworden ist, sollen sich örtliche Stellen mit der Absicht tragen, das einer konfessionellen Krankenpflege-Organisation angehörende Pflegepersonal mit größter Beschleunigung aus den Krankenhäusern zu entfernen, um es durch NS-Schwestern zu ersetzen“.³¹

Schmidt und Adelberger werden diesem Ansinnen bis zum Ende des NS-Regimes nicht folgen. Als Schmidt 1938 schwer erkrankte, legte er selbst allergrößten Wert auf die pflegerische Versorgung durch die Bühler Schwestern, die ihn bis zu seinem Tod begleiten werden.³²

Die Frage, wie es mit der Klinik nach seinem Ausscheiden oder seinem Tod weitergehen könnte, wurde von Schmidt 1938 in einer Art „Testament“³³ festgelegt. Fachlich waren für die Nachfolge zwei Kandidaten aus den eigenen Reihen geeignet: Erwin Gaubatz und Ludwig Adelberger. Gaubatz, überzeugter Anthroposoph, hatte schon 1931 bei Fraenkel an der Thoraxklinik gearbeitet, war abgeordnet von dem Heidelberger Chemiker Karl Freudenberg, von dem er auch promoviert worden war.³⁴ Nachfolger sollte jedoch laut „Testament“ Ludwig Adelberger werden.

Die Thoraxklinik unter Ludwig Adelberger (1939–1945)

Prof. Dr. Ludwig Adelberger wurde am 7. März 1908 in Oberramstadt geboren.³⁵ Aus einem Schreiben seines späteren Schwiegersohns, Dr. Georg Sybrecht, geht hervor, dass er in seiner Jugend insbesondere im Fußball ein außerordentlich begabter Sportler war. Auch in der Schule war er sehr erfolgreich, sodass er eine Klasse überspringen konnte.³⁶

Nach erfolgreichem schulischem Abschluss studierte Adelberger zehn Semester Medizin, unter anderem in München.³⁷ Schon während seines dortigen Medizinstudiums kreuzten sich indirekt die Wege mit Albert Fraenkel. Adelberger studierte nämlich gemeinsam mit dem im Rahmen der Strophantintherapie später sehr

31 Archiv der Thoraxklinik, Ordner Bühler Schwestern 1920–1951.

32 Erinnerungen des Verfassers aus einem Gespräch im Jahr 2000 mit Schwester Almerida, die von 1939 bis 1972 an der Thoraxklinik arbeitete.

33 GLA 4621-823, Personalakte Erwin Gaubatz.

34 UAH PA 9550, Personalakte Erwin Gaubatz.

35 GLA 456a-5947728, Spruchkammerakte Ludwig Adelberger, Meldebogen auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946.

36 Brief von Herrn Dr. Georg Sybrecht, Dortmund, an den Verfasser, 18.12.2017.

37 Personenstand der Ludwig-Maximilians-Universität München, Winter-Halbjahr 1928/29, München 1928, S. 77.



Ludwig Adelberger (Archiv Lungenklinik Hemer)

wichtig gewordenen Schüler von Albert Fraenkel, Reinhard Aschenbrenner.³⁸

Am 16. Juni 1931 legte Adelberger in Gießen seine Staatsprüfung ab.³⁹ Das „Praktische Jahr“ absolvierte er in Gießen, Aachen und Frankfurt.⁴⁰ 1932 wurde er Mitglied der NSDAP. Den frühen Parteieintritt begründete er später mit der Hoffnung, dass ihm dadurch berufliche Vorteile entstehen könnten. Von 1932 bis 1934 war er als Assistenzarzt an der Chirurgischen Abteilung des Städtischen Krankenhauses in Kaiserslautern tätig.

An der Thoraxklinik arbeitete er von 1934 bis 1935 zunächst als Assistenzarzt, bis er schließlich 1935 Oberarzt wurde. 1937 wird er, erst 29 Jahre alt, Direktor und leitender Arzt der Heilstätten Friedrichsheim-Luisenheim in Marzell⁴¹ bei Kandern. Dort wird er erfolgreich die

Thoraxchirurgie einführen. Er war, wie sein Chef Walter Schmidt, offensichtlich ein begnadeter Lungenchirurg. 1939 habilitierte sich Adelberger an der Medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg mit dem zur damaligen Zeit wichtigen thoraxchirurgischen Thema „Die Pneumolyse mit nachfolgendem extrapleuralem Pneumothorax oder Oleothorax“.⁴²

Nach dem Tod von Walter Schmidt wurde Adelberger zum 1. Februar 1939 die Stelle des Ärztlichen Direktors angetragen. Adelberger war zu diesem Zeitpunkt noch keine 31 Jahre alt. Es sollte ihm gelingen, die Klinik in den unruhigen Jahren der NS-Zeit auf hohem ärztlichem und wissenschaftlichem Niveau weiterzubetreiben. Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war er auch für den Sanitätsdienst an dem in der Thoraxklinik eingerichteten Lazarett zuständig. 1944 verließ er kriegsbedingt die Thoraxklinik und wurde als Stabsarzt verantwortlich im Kriegslazarett in Meran tätig.⁴³ Es ist Adelberger wohl auch zu ver-

38 Ebd., S. 79.

39 GLA 235-1440, Personalakte Ludwig Adelberger, Lebenslauf vom 8.11.1939.

40 Ebd.

41 Seit 1974 Malsburg-Marzell.

42 GLA 235-1440, Personalakte Ludwig Adelberger.

43 GLA 456a-5947728, Spruchkammerakte Ludwig Adelberger, Meldebogen auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946.

danken, dass das heutige „Palace Merano“ von der Wehrmacht damals nicht zu sehr in Mitleidenschaft gezogen wurde. Sein Schwiegersohn, Dr. Georg Sybrecht, bemerkt hierzu: „Die Eigentümer waren ihm nach dem Kriege dieserhalb noch sehr dankbar.“⁴⁴ Am 2. Mai 1945 geriet Adelberger in amerikanische Kriegsgefangenschaft, wurde aber bald darauf entlassen⁴⁵ und kehrte schließlich wieder an die Thoraxklinik zurück, wo er am 24. Oktober 1945 erneut seinen Dienst antrat.⁴⁶

Auch von Adelbergers Verhalten während der NS-Zeit wissen wir vor allem durch Zeugenaussagen in dem gegen ihn angestrenzten Spruchkammerverfahren 1945/46. Wie schon bei Schmidt ist auch bei ihm die Ärztin Charlotte Wolff eine wichtige Quelle

„Als Halbjüdin konnte ich keine Praktikantenstelle erhalten – [...] allein im Tuberkulosekrankenhaus Rohrbach wurde ich eingestellt [...]. Es ist mir bekannt, dass Dr. Adelberger mich trotz größter Schwierigkeiten, die ihm besonders von Seiten staatlicher Stellen gemacht wurden, solange es zu decken war, in der Stelle als Assistenzärztin hielt, als dies nicht mehr möglich war, mich als wissenschaftliche Assistentin weiterbeschäftigte. Aber auch dann noch übernahm er die Verantwortung, mich ärztlich tätig sein zu lassen, und setzte sich damit größter Gefahr aus (Schreiben der Dr. med. Lotte Wolff, Heidelberg-Schlierbach vom 5.10.45).“⁴⁷

Ergänzend hieß es in der Klageschrift des öffentlichen Anklägers Dr. Brieger an die Spruchkammer Heidelberg.

„Die praktische Ärztin Dr. Lotte Wolff, Heidelberg-Schlierbach, bescheinigt [...], dass es ihr lediglich im Tuberkulosekrankenhaus Heidelberg-Rohrbach ermöglicht wurde, trotz ihrer damaligen rassischen Belastung eine Anstellung zu erhalten und danach als Assistentin weiterzuarbeiten. Bereits im Jahre 1937 sei Dr. Adelberger ihr Vorgesetzter gewesen. Er habe sie immer gerecht behandelt und im Kollegenkreis nicht hintenangesetzt. Er sei ihr besonders entgegengekommen, als er sie damals habe selbständig arbeiten lassen, obschon sie keine Approbation hatte. Er habe es ihr dadurch auch ermöglicht ihren eigenen Angehörigen über die ersten wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinwegzuhelfen.“⁴⁸

Im Protokoll des Berufungsverfahrens gegen Adelberger vom 14. Dezember 1946, zu dem Charlotte Wolff als Zeugin persönlich geladen war, wird Folgendes festgehalten:

„Die Zeugin kennt Dr. A. seit Dezember 1935; er war damals noch als Oberarzt in Rohrbach tätig. Seit Sommer 1936 fing sie an, unter seiner Leitung zu operieren. Später hatte die Zeugin als Mischling ersten Grades Schwierigkeiten am Krankenhaus und Dr. A. setzte sie 1939 als seine persönliche wissenschaftliche Hilfsassistentin ein. Er hat sich ihr gegenüber stets einwandfrei verhalten, ihr jede mögliche Unterstützung geleistet und sie am Krankenhaus weiter tätig sein lassen, sodass sie sich eine gute vollständige Ausbildung erwerben konnte. Dr. A. habe sich nie in Uniform gezeigt und weder Schwes-

44 Brief von Herrn Dr. Georg Sybrecht, Dortmund, an den Verfasser, 18.12.2017.

45 GLA 456a-5947728, Spruchkammerakte Ludwig Adelberger, Blatt 9.

46 Ebd., Blatt 78.

47 Ebd., Blatt 7, Rückseite.

48 Ebd., Blatt 49, Rückseite.

tern, noch Patienten gegenüber seine Partezugehörigkeit bekundet. Jüdische Patienten wurden in gleicher Weise wie andere behandelt; sie kamen nicht in Sonderzimmer, sondern wurden je nach der Schwere der Fälle eingegliedert.⁴⁹

Von großer Bedeutung ist ferner, dass Charlotte Wolff im Rahmen eines Wiedergutmachungsverfahrens am 29. November 1949 an den öffentlichen Anwalt für die Wiedergutmachung in Heidelberg schreibt: „Bezugnehmend auf Ihre Schreiben vom 25.10. und 8.6.49 möchte ich Ihnen mitteilen, dass ich keinen Wiedergutmachungsantrag stellen möchte, da ich in der Lage war, mir eine ausreichende Existenz zu schaffen.“⁵⁰ Sie hatte es also nicht nötig, Adelberger wegen eventueller eigener Ambitionen bezüglich einer Wiederanstellung an der Thoraxklinik einen sogenannten „Persilschein“ auszustellen. Offensichtlich war es Charlotte Wolff gelungen, nach 1945 erfolgreich als Fachärztin für Lungenkrankheiten in eigener Praxis zu arbeiten. Aus den Heidelberger Adressbüchern ist zu entnehmen, dass sie zunächst alleine und später gemeinsam mit ihrem Mann, dem Arzt Dr. Karl Robert Rosa, in Heidelberg eine Praxis betrieb. Gemeinsam werden sie 1976 das Buch „Psychosomatische Selbstregulation. Grundlagen und Technik der funktionellen Entspannung“⁵¹ herausgeben.

Auch der jüdische Privatgelehrte und Historiker Paul Hirsch und seine Ehefrau Else Hirsch konnten nur Gutes über Adelberger berichten. Das Ehepaar wohnte in der Happelstraße 15 und hatte in seinem Wohnhaus mehrere jüdische Personen aufgenommen, darunter einige Verwandte. Das geräumige Haus „entwickelte sich so mit der Zeit zum ‚Judenhaus‘ – im Sinne der vom Kreisleiter vorgegebenen politischen Linie.“⁵² Die Situation für die Bewohner war bedrückend, denn es bestand jederzeit große Gefahr einer Deportation.

In einem persönlichen, in aufrichtiger Dankbarkeit formulierten Brief erinnert sich Else Hirsch 1945 an die Zeit, als sie Patientin an der Thoraxklinik war.

„Sehr geehrter Herr Direktor, in der Ungewissheit der Einzelschicksale unserer bewegten Gegenwart muss ich sehr häufig auch Ihrer gedenken, denn ich hörte, dass auch Ihrem so überaus segensreichen Wirken Gefahr droht. [...] Als Frau eines Juden hat es mir besonders wohlgetan, schon vor Jahren aus dem Munde einer verschüchterten jüdischen Patientin zu hören, dass Sie den Ausspruch getan hatten: ‚In diesem Krankenhaus gibt es weder Christen noch Juden, sondern nur Kranke.‘ [...] Ich werde nie vergessen, wie Sie, Herr Doktor, nun gerade vor 3 Jahren, als die Genehmigung von Krankenzusätzen für mich abgelaufen war, mir hilfreich beistanden. In meiner Verzweiflung eröffnete ich Ihnen, dass nun auch mein Mann, der als Sternträger der Verächtlichmachung und Bedrückung besonders ausgesetzt war, fast alle Lebensmittelkarten, und zwar gerade die wichtigsten, entzogen bekommen hatte, worauf Sie mir sofort ohne ein Wort zu sagen, anstatt die Zulagen zu streichen, diese

49 Ebd., Blatt 112.

50 Ebd.

51 Karl Robert Rosa, Lotte Rosa-Wolff: Psychosomatische Selbstregulation. Grundlagen und Technik der funktionellen Entspannung, Stuttgart 1976.

52 Norbert Giovannini (wie Anm. 30), S. 176. Vgl. den Beitrag von Ingrid Moraw in diesem Band.

fast aufs Doppelte erhöhten. Ich war mir wohl dessen bewusst, welch ein Wagnis es war, dass Sie damit für einen Juden eingingen.“⁵³

Daran knüpfte Paul Hirsch an, als er wenige Monate später schrieb:

„Die Ausführungen meiner Frau, deren Lungentuberkulose insofern eine mittelbare Folge der Nürnberger Gesetze ist, als die nach 7 monatlicher Rippenfellentzündung dringend gebotene Erholung wegen der Entziehung der Dienstboten unmöglich wurde und alle Arbeiten im ganzen Haus von ihr allein verrichtet werden mussten, möchte ich noch dahin ergänzen, dass Herr Dr. Adelberger, obgleich er wusste, dass ich Jude und Sternträger war, uns beide dies in keiner Weise empfinden ließ und wir im Krankenhaus Rohrbach niemals das Gefühl hatten, andere [anders] als jeder sonstige Besucher der Anstalt empfangen zu werden.“⁵⁴

Im Protokoll des Berufungsverfahrens gegen Adelberger vom 14. Dezember 1946, zu dem Else Hirsch als Zeugin geladen war, wird ihre Aussage folgendermaßen wiedergegeben:

„Frau Hirsch ist 1938 in Rohrbach operiert worden und hat in den anschließenden Jahren laufend Nachbehandlungen gehabt. Auch ihr Mann, der als Sternträger gar nicht in das Krankenhaus gedurft hätte, ist von Dr. A. immer sehr freundlich behandelt worden. Als die Krankenzulagen eingeschränkt wurden, hat Dr. A. ihr freiwillig die doppelte Zuteilung gegeben, um die Härte gegen ihren Mann damit auszugleichen. Dr. A. kannte in seiner Praxis keine Unterschiede zwischen Juden und Christen, er war zu Juden eher noch netter als zu anderen.“⁵⁵

Ein weiterer Zeuge, der über Adelbergers Verhalten an der Klinik während der NS-Zeit Auskunft gab, war der Ingenieur Hans Joseph Salomon. Er hatte die Röntgenapparate und andere medizinische Anlagen des Hauses aufgebaut und mehrere Jahre gewartet. Seine schriftliche Aussage ist in einer Abschrift erhalten.

„Oberingenieur Hans Joseph Salomon, der gelegentlich der Judenaktion am 10.11.1938 verhaftet wurde und nach Dachau verbracht werden sollte, wegen seiner absoluten Gegeneinstellung zum Nationalsozialismus, schreibt: Herr Dr. Adelberger erwähnte bei dem eingangs genannten Besuch, ‚die politische Einstellung Ihrer Person interessiert mich grundsätzlich nicht, sondern maßgeblich ist für mich, dass Sie unser Haus, wie Sie dies schon seit Jahren getan haben, nach wie vor so betreuen, dass wir ein arbeitseinsatzfähiges Röntgen-Institut haben.‘ Gelegentlich einer der ersten Sitzungen, die in Anwesenheit des NSDAP-Mannes, Oberregierungsrat Plattner, Mitglied des Reichstages, stattfanden, wobei auch der Unterzeichnete als Röntgen-Sachverständiger teilnahm, gab es zwischen dem vorerwähnten Plattner und Herrn Dr. Adelberger eine erregte Auseinandersetzung, da sich Herr Plattner als politischer NSDAP-Funktionär Rechte anmaßte, die grundsätzlich, auch aus anständigem Empfinden heraus, von Herrn Dr. Adelberger abgelehnt wurden. Was wiederum beweist, dass Herr Dr. Adelberger grundsätzlich die ärztlichen Belange im Interesse der Kran-

53 GLA 456a-5947728, Spruchkammerakte Ludwig Adelberger, Schreiben vom 8. Oktober 1945, Else Hirsch, Happelstraße 15, Heidelberg.

54 GLA ebd., Schreiben vom 5. Februar 1946, Dr. Paul Hirsch, Happelstraße 15, Heidelberg.

55 GLA ebd., Blatt 113.

ken wahrnahm, ganz gleichgültig, was für unangenehme Folgen für seine Person und seine Familie entstehen konnten.“⁵⁶

Von Salomon heißt es im Protokoll des Berufungsverfahrens, in dem er als Zeuge geladen war:

„Seit 1934 kennt er Dr. A. und kann keinerlei belastende politische Momente gegen ihn vorbringen, er hat ihn auch nie in Uniform gesehen. Nachdem Dr. A. die Leitung des Krankenhauses übernommen hatte, hat er ihn weiter stets vollwertig behandelt. Als der Zeuge ihn, um eventuell auftretenden Schwierigkeiten vorzubeugen, auf seine rassistische und gesinnungsmäßige Zugehörigkeit aufmerksam machte, erwiderte Dr. A., dass ihm die politische Einstellung ganz gleichgültig wäre und nur die Leistung maßgebend sei.“⁵⁷

Ruth Veit Simon⁵⁸

Die Geschwister Etta und Ruth Veit Simon wurden an der Thoraxklinik ebenfalls ausnahmslos zuvorkommend behandelt. Das bestätigt eine Postkarte der an Lungentuberkulose erkrankten Ruth vom 6. August 1940, als sie rückblickend über die Thoraxklinik schreibt: „Von Risches war dort nicht das Geringste zu merken, im Gegenteil. Man war betont nett zu mir und sprach auch in offener und vernünftiger Weise über den Befund.“⁵⁹ Ärztlicherseits kümmerte sich insbesondere Lotte Wolff um die junge Patientin.

Etta und Ruth stammen aus einer der bedeutendsten jüdischen Familien Berlins. Ruth wurde im Sommer 1940 aus dem Rothschild-Sanatorium in Nordrach zur operativen Behandlung ihrer Lungentuberkulose in die Thoraxklinik nach Heidelberg verlegt. Eine ihrer Schwestern, Etta, begleitete Ruth wann immer möglich bei ihren Sanatoriums- und Krankenhausaufenthalten. Diesen Luxus konnte sich Etta problemlos leisten, der Vater, Dr. jur. Heinrich Veit Simon, war einer der erfolgreichsten Anwälte in Berlin und entsprechend vermögend. Auch dessen Vater, Dr. jur. Herman Veit Simon, war schon ein bekannter und einflussreicher Anwalt in Berlin gewesen. Besonders hervorzuheben ist das Engagement der Familie Veit Simon im Kuratorium der „Hochschule für die Wissenschaft des Judentums“ von der Gründung 1872 bis zur Schließung der Einrichtung im Jahr 1942.⁶⁰

56 Ebd., Blatt 7, Rückseite (Schreiben des Obergeringieurs Hans Joseph Salomon in Mannheim D.4. 1/2, vom 12.6.46, Auszug aus 12.).

57 Ebd., Blatt 113.

58 Vgl. zum Folgenden Maria von der Heydt, Michael Ehmann: Ruth Veit Simon: 1940 Patientin der Thoraxklinik in Rohrbach. Die Spuren einer großbürgerlich-jüdischen Familie in Berlin, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Jg. 21, 2017, S. 189–205.

59 Ruth Veit Simon an Heinrich und Irmgard Veit Simon, 6.8.1940, Nachlass Etta Japha, Archiv Irene Japha, Seattle. – „Risches“ ist jiddisch und bedeutet „Antisemitismus“.

60 In dem Gebäude, welches unter der Ägide von Herman Veit Simon bis ins Detail nach seinen Vorstellungen geplant und gebaut wurde, befindet sich heute in der Tucholskystraße 9, dem heutigen Leo-Baeck-Haus, der Sitz des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Nachdem Ruth wieder genesen war, reisten die Geschwister zurück nach Berlin. 1942 brach bei Ruth die Tuberkulose erneut aus. Von Berlin aus wurde sie gemeinsam mit ihrer Schwester Etta am 7. Juli 1942 in das Ghetto Theresienstadt deportiert. Ruth wurde dort von einem bekannten tschechischen Tuberkulosespezialisten, Dr. František Löwit, behandelt. In Theresienstadt starb Ruth am 26. Juli 1943 um 19.15 Uhr im Alter von 29 Jahren. Als Todesursache ist auf der „Todesfallanzeige Ghetto Theresienstadt“ Herzschwäche aufgrund einer Lungentuberkulose angegeben. Der Familie war es kurz vor dem Tod von Ruth noch gelungen, von Berlin aus Morphium in das Ghetto Theresienstadt zu schicken und somit das Sterben für Ruth erträglicher zu machen. Etta schrieb aus Theresienstadt an die Mutter in Berlin: „Ruthchen hatte zum Ende galoppierende Schwindsucht. [...] Sie hat ½ Jahr hoch gefiebert und das Herz hat dann versagt. [...] Mit Hilfe Deiner Morphiumampullen, die Du einmal gesandt hast, hat sie die letzten drei Tage nicht mehr gelitten.“⁶¹

1936 erschien im Verlag Erwin Löwe das jüdische Kinderbuch „Die bunte Schüssel“. Die Illustrationen zu diesem Kinderbuch stammen von Ruth Veit Simon, die ausgebildete Grafikerin war. Wenn gleich Ruth und Etta zu Lebzeiten ihre positiven Erinnerungen an den Aufenthalt an der Thoraxklinik nicht mitteilen konnten, sind die Erkenntnisse von sehr großem Wert für die Geschichte der Klinik.

Das Schicksal von Ruth und Etta wurde an der Thoraxklinik erst durch eine Anfrage der Holocaustforscherin Dr. Anna Hájková im Sommer 2014 bekannt. Im Rahmen ihrer Forschungsarbeiten über das Ghetto Theresienstadt wurde sie auf die Geschwister Ruth und Etta Veit Simon aufmerksam.⁶²



Die bunte Schüssel, Verlag Erwin Loewe, Berlin
(Quelle: Michael Ehmann)

61 Etta Veit Simon an Irmgard Veit Simon, 1943, Nachlass Etta Japha, Archiv Irene Japha, Seattle.

62 Vgl. Anna Hájková, Maria von der Heydt: Biedermeier desk in Seattle: the Veit Simon children, class and the transnational in Holocaust history, in: European Review of History: Revue européenne d'histoire, 24:5, 732–758, DOI: 10.1080/13507486.2016.1247783.

Alfred Emil Seitz

Als Karl Rausch 1942 als Präsident der LVA Baden vorzeitig in den Ruhestand versetzt wurde, nahm der politische Druck auf die Thoraxklinik seitens ihres Trägers zu. Rausch war – trotz NSDAP-Parteibuch – den Machthabern von Anfang an ein Dorn im Auge. Man glaubte ihm den plötzlichen Gesinnungswandel vom SPD-Abgeordneten zum NSDAP-Mitglied nicht. Er gab dazu 1946 im Meldebogen für den gegen ihn angestrenzten Spruchkammerprozess an: „1942–44 wurde gegen mich ein Parteigerichtsverfahren durchgeführt, weil das Bild des Reichspräsidenten Ebert 1939 noch in meiner Wohnung hing. Dies bedingte vorzeitiges Ausscheiden aus dem Dienst.“⁶³

Nach Rausch hatte Georg Götz, promovierter Jurist und überzeugter „Alter Kämpfer“ – zudem gut bekannt mit Robert Wagner, dem berüchtigten „Gauleiter“ des Gaus Baden⁶⁴ –, das Sagen.

„Der neue Leiter der LVA Baden unterschied sich in jeder Hinsicht von seinem Amtsvorgänger Rausch [...]. Schon in einer ersten Besprechung warnte Götz die versammelten Abteilungsleiter, er werde die ‚Belange Deutschlands sicher mit aller Entschiedenheit und Konsequenz, unter Umständen mit einer eisernen unerbittlichen Konsequenz zu wahren wissen‘. [...] Von einer Betriebsversammlung ist wiederum überliefert, dass Götz gedroht habe, dafür Sorge zu tragen, dass sämtliche Kritiker in der LVA ‚abkragelt‘ (geköpft) würden, wobei er die entsprechende Handbewegung gemacht habe.“⁶⁵

Dass dies ernst gemeint war, wird am Schicksal des seit 1936 an der Thoraxklinik beschäftigten Operationspflegers Alfred Seitz und dessen Familie deutlich. Mit seiner Frau Käthe, seinem Schwiegervater Philipp Brunnemer und Käthes Tochter aus erster Ehe, Hildegard („Hilde“) Janssen, später verheiratete Faster, gehörte er der „Lechleiter-Widerstandsgruppe“ gegen das NS-Regime an. Hilde, die im gemeinsamen Haushalt von Käthe und Alfred in Rohrbach lebte, war ebenfalls an der Thoraxklinik beschäftigt. Sie arbeitete dort als MTA.⁶⁶ Alle vier wurden im Frühjahr 1942 verhaftet.

Nach der Verhaftung von Alfred Seitz wird Georg Götz vermutlich einmal mehr die besagte „Abkragelt“-Handbewegung gemacht haben, als er mit Schreiben vom 28. April 1942 lapidar an die Klinik mitteilt: „Da hier nicht bekannt ist, wie das gegen Seitz eingeleitete Verfahren ausgeht, kann auch jetzt noch nicht festgelegt werden, ob fristlose Entlassung des Genannten in Frage kommt. Es dürfte jedoch zweckmäßig sein, jetzt schon nach geeignetem Ersatz für Seitz

63 GLA 465h-12751, Spruchkammerakte Karl Rausch, Meldebogen auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946.

64 https://www.leo-bw.de/detail/-Detail/details/PERSON/kgf_biographien/117103896/Wagner+Robert+Heinrich

65 Christoph Wehner: Die Landesversicherungsanstalten Baden und Württemberg im „Dritten Reich“. Personalpolitik, Verwaltung und Rentenpraxis 1933–1945, Karlsruhe 2017, S. 78f.

66 In ihren Lebenserinnerungen schrieb sie dazu: „Ich selbst hatte eine sehr schöne Stelle im Tbc-Krankenhaus in Heidelberg. Ich hatte ein großes bakteriologisches Labor mit einem dazugehörenden Tierstall, zwei Hämmel, Meerschweinchen und weiße Mäuse.“ Hildegard Faster: Ich lebe trotzdem, Schutterwald 2005, S. 28.



Käthe und Alfred Seitz (Foto: Stadtarchiv Mannheim)

Umschau zu halten.“⁶⁷ Prompt wird daraufhin eine Stellenanzeige in der Fachzeitschrift „Der Deutsche Krankenpfleger“ aufgegeben: „Operationspfleger, staatlich geprüft, mit mehrjähriger Erfahrung in Dauerstellung gesucht.“⁶⁸ Zahlreiche Bewerbungen sind daraufhin in der Klinik eingegangen.

Inwieweit auch der Operationspfleger Alfred Seitz dem besonderen Geist der Thoraxklinik verpflichtet war, belegt eine seiner letzten Äußerungen im Schauprozess gegen die Lechleiter-Gruppe vor dem Volksgerichtshof. Bei seinen Vernehmungen durch den in Mannheim gefürchteten Gestapo-Mitarbeiter Franz Frietsch gab Seitz mutig zu Protokoll: „Ich war auch bis 1933 bei jüdischen Ärzten tätig (mit Unterbrechung) und bei diesen ist mir es gut gegangen. Die Behandlung der Juden habe ich als zu hart empfunden.“⁶⁹ Mit seiner Frau

Käthe Seitz, seinem Schwiegervater Philipp Brunnemer und elf weiteren Mitgliedern⁷⁰ der Widerstandsgruppe wird Alfred Seitz am 15. September 1942 in Stuttgart mit dem Fallbeil hingerichtet.

Hilde Janssen entgeht nur knapp einer Mitverurteilung im „Lechleiter-Prozess“. Durch einen Tipp des zufällig für ihr Verfahren zuständigen Richters in Mannheim, Dr. Jäger, übernimmt sie bei ihren Aussagen eine von Jäger entworfene Strategie, die ihr das Leben rettet. Die damals 25-Jährige gibt zu, „Feindsender“ abgehört zu haben. Eine aktive Beteiligung an der „Lechleiter-Gruppe“ bestreitet sie dagegen, obwohl sie Botendienste für die Widerstandsgruppe geleistet hat. Trotz aller Versuche durch die Gestapo konnte ihr diesbezüglich nichts nachgewiesen werden. So wurde sie „nur“ zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren verurteilt.⁷¹

67 Archiv der Thoraxklinik, Ordner Pflege 1928–1967.

68 Der Deutsche Krankenpfleger 10 (1942), Heft 6.

69 BA Berlin, R 3017/33090, Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, Angeklagter Alfred Seitz.

70 Georg Lechleiter, Jakob Faulhaber, Ludwig Moldrzyk, Rudolf Langendorf, Rudolf Maus, Robert Schmoll, Johann Kupka, Anton Kurz, Max Winterhalter, Daniel Seizinger, Eugen Sigris waren die elf weiteren am 15.9.1942 in Stuttgart hingerichteten Widerstandskämpfer. Hans Heck, Fritz Gund und Willi Probst wurden in Gestapo-Haft ermordet. Vgl. Max Oppenheimer: Der Fall Vorbote. Zeugnisse des Mannheimer Widerstandes, Frankfurt am Main 1969, S. 90 u. 105.

71 Fester (wie Anm. 66), S. 40f.

Ausblick: Neuanfang 1945

Die schwierige Aufgabe, die Thoraxklinik nach Kriegsende wieder in stabiles und ruhiges Fahrwasser zu bringen, oblag dem kurz vor dem Ruhestand stehenden und gesundheitlich schwer angeschlagenen Vizepräsidenten der LVA Baden, Wilhelm Pfisterer. Seit 1929 war er Stellvertreter und rechte Hand des Präsidenten, ab 1932 offiziell Vizepräsident. Gemeinsam mit Karl Rausch übernahm er die Verantwortung für die LVA Baden. Auch Pfisterer war, wie sein langjähriger Chef, eine integre Persönlichkeit, wenngleich auch er 1937 in die NSDAP eingetreten war und 1946 von der Spruchkammer Karlsruhe als Mitläufer verurteilt wurde.⁷²

Pfisterer plante, den aus kurzer amerikanischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten und seit Oktober 1945 wieder an der Thoraxklinik tätigen Ludwig Adelberger als Ärztlichen Direktor einzusetzen. Doch die Militärregierung durchkreuzte diese Pläne, da sie Adelberger wegen seines frühen Eintritts in die NSDAP für untragbar hielt. So wurde der an der Thoraxklinik beschäftigte Oberarzt Dr. Karl Unholtz eingesetzt: „Kommissarischer Leiter wurde Oberarzt Dr. Unholtz, dem infolgedessen allein alle Anordnungsbefugnisse in ärztlicher und verwaltungsmäßiger Beziehung zustehen.“⁷³ Adelberger durfte jedoch, wie aus einem Schreiben Pfisterers hervorgeht, an der Thoraxklinik weiter praktizieren:

„Dr. med. habil. Adelberger musste seinerzeit auf Anordnung der Militärregierung die Geschäfte als Direktor und leitender Arzt [...] niederlegen, da er 1932 Parteimitglied geworden war. Mit ausdrücklicher Genehmigung durfte er jedoch als Chirurg und beratender Arzt im Tuberkulosekrankenhaus weiterarbeiten.“⁷⁴

Die neue Situation gestaltete sich jedoch schwierig, denn wie zu erwarten war, fiel es dem früheren Chef Adelberger nicht leicht, den Anweisungen seines ehemaligen Oberarztes Unholtz zu folgen: „Dieses Nebeneinander des als Direktor ausgeschalteten Dr. Adelberger und des als kommissarischer Leiter eingeschalteten Oberarztes Dr. Unholtz ergab bald Spannungen, weil dieser für kurze Dauer gedachte Zustand zu lange anhielt.“⁷⁵ Gegen Adelberger wurde ein Verfahren vor der Spruchkammer eröffnet, das sich in die Länge zog und für den Beschuldigten weitreichende Konsequenzen hatte. Denn auch die Universität Heidelberg, die wegen der Vorlesungsverpflichtungen ebenfalls in die Entscheidungsfindung zum Verbleib von Adelberger eingebunden war, wartete ab. Der erste Nachkriegsrektor, der renommierte Chirurg Prof. Dr. Karl Heinrich Bauer, machte kein Geheimnis daraus, dass ihn die selbstbewusste und ablehnende Haltung Adelbergers gegenüber der Universität schon immer gestört hatte, und empfahl deshalb, den Ausgang des gegen Adelberger angestregten Spruchkammerverfahrens abzuwarten.⁷⁶

72 GLA 4621-2280 Pfisterer, Wilhelm Konrad.

73 GLA 235-1440, Personalakte Ludwig Adelberger, Schreiben Vizepräsident Wilhelm Pfisterer an Rektor Karl Heinrich Bauer vom 16.9.1946.

74 Ebd.

75 GLA 235-1440, Personalakte Ludwig Adelberger, Protokoll Wilhelm Pfisterer vom 24.9.1946.

76 UAH PA 807, Schreiben Rektor Karl Heinrich Bauer an Dekan Ernst Engelking vom 9.10.1946.

Dieses Verfahren war Gesprächsthema in Heidelberg. Adelbergers Rechtsanwalt Dr. E. Schwander konnte der Kammer zahlreiche Eingaben von Patienten sowie Unterschriftenlisten von Mitarbeitern der Thoraxklinik vorlegen, in denen sich die Unterzeichner allesamt für Adelbergers Verbleib als Chef stark machten. Auch Karl Rausch warf als „Präsident der Landesversicherungsanstalt Baden i.R.“ sein Ansehen in die Waagschale. In seinen Ausführungen wird nochmals deutlich, dass er als ehemaliger LVA-Präsident weitgehende Handlungskompetenzen hatte und davon auch Gebrauch machte.

„Unter meiner Leitung und meiner Initiative ist das Krankenhaus baulich zu dem geworden, was es heute darstellt. Ich habe es von den kleinsten Anfängen an betreut, und ich fühle mich daher berechtigt, auch personell ein objektives Bild abzugeben. [...] Nach dem Abgang des ärztlichen Leiters der Lungenheilstätten Friedrichsheim-Luisenheim (450 Betten) ernannte ich Dr. Adelberger zum ärztlichen Leiter, nachdem er mir von Direktor Dr. Schmidt wegen seiner besonderen Tüchtigkeit hierzu empfohlen wurde; von ihm ist in diesen Heilstätten die operative Behandlung eingeführt worden. Ende des Jahres 1938 starb Direktor Dr. Schmidt in Rohrbach; vor seinem Tode bat er mich mündlich und schriftlich dringend, Dr. Adelberger zu seinem Nachfolger zu bestimmen, was auch dann Anfang 1939 geschah. Diese Ernennung erfolgte aus rein sachlichen Gründen und war parteipolitisch in keiner Weise beeinflusst; für eine anders geartete Besetzung hätte ich die Verantwortung auch abgelehnt. Entsprechend seiner ganzen unpolitischen Gesamteinstellung hat Dr. Adelberger auch seine dienstlichen Aufgaben aufgefasst. Keine großen Reden, keine unnötigen Appelle, kein Wichtigtun mit seiner älteren Parteizugehörigkeit. Im Gegenteil. Es wurden Stimmen laut, die sich darüber beklagten, dass er zu wenig tue.“⁷⁷



Thoraxklinik nach der Erweiterung 1936 (Archiv Thoraxklinik)

⁷⁷ GLA 456a-5947728, Spruchkammerakte Ludwig Adelberger, Schreiben Karl Rausch vom 23.10.1945.

All diese Solidaritätsbekundungen zeigten Wirkung. Nachdem auch Adelbergers SS-Zugehörigkeit von den US-Militärbehörden untersucht worden war, ließ man die zuständigen Stellen wissen: „Die gegen Dr. Adelberger vorgebrachte Anschuldigung, dass er Mitglied der Allgemeinen SS gewesen sein soll, wurde von uns überprüft. Es liegt nichts gegen ihn vor.“⁷⁸ Daraufhin empfahl der öffentliche Kläger in seiner Klageschrift vom 24. August 1946, „den Betroffenen in die Gruppe 3 einzureihen“⁷⁹, also in die Gruppe der Minderbelasteten, die ihre Stellungen behalten durften. Am 6. September 1946 erfolgte daraufhin der lang erwartete Spruch, in dem Adelberger entgegen der Empfehlung des öffentlichen Klägers als Mitläufer eingestuft wurde. Wegen seiner guten wirtschaftlichen Situation wurde gegen Adelberger eine Geldbuße nach dem gesetzlich zulässigen Höchstbetrag von 2.000 Mark erlassen.⁸⁰

Die Reaktion erfolgte prompt, allerdings nicht so, wie es sich vermutlich alle Beteiligten gewünscht hatten. Ministerialrat Dr. August Neuburger⁸¹, „Denazifizierungskommissar“ in der Abteilung politische Befreiung beim Präsidenten des Landesbezirks Baden, teilte dem öffentlichen Kläger der Heidelberger Spruchkammer am 18. September 1946 mit: „Ich ersuche, gegen den Spruch der Spruchkammer Heidelberg vom 6.9.46 in Sachen Dr. Adelberger sofort Berufung einzulegen. Bei der Entscheidung ist unter anderem nicht berücksichtigt, dass Dr. Adelberger gemäß seinen eigenen wiederholten Angaben Mitglied der SS war.“⁸² Darüber hinaus verfügte das Ministerium für politische Befreiung Württemberg-Baden, dass Adelberger „unverzüglich zu entlassen“ sei, „da die Beschäftigung als Chirurg niemals eine solche in ‚gewöhnlicher Weise‘ sein kann.“⁸³ Dieser Anordnung musste LVA-Vizepräsident Pfisterer nachkommen und kündigte das Arbeitsverhältnis mit Adelberger.

Erneut kam es zu einer Welle von Eingaben seitens von Patienten und Mitarbeitern der Thoraxklinik. Sichtlich genervt schrieb daraufhin Ministerialrat Dr. Neuburger an den Vorsitzenden der Berufungskammer in Heidelberg:

„Angesichts der dauernden Zuschriften, die ich in dieser Sache erhalte, bitte ich um Mitteilung, bis wann dieser Fall behandelt werden kann.“ Er schloss mit der eindringlichen Bitte, „diesen Fall Adelberger möglichst bald zur Verhandlung zu bringen.“⁸⁴

Am 14. Dezember 1946 war es dann so weit. Die Berufungskammer Heidelberg tagt unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Hans Anschütz. Anschütz war

78 Ebd., Blatt 45.

79 Ebd., Blatt 49.

80 Ebd., Blatt 55f.

81 https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kg_l_biographien/1012778681/Neuburger+August

82 GLA 456a-5947728, Spruchkammerakte Ludwig Adelberger. Bei seiner Bewerbung an der Thoraxklinik und im Lebenslauf für die Universität Heidelberg hatte Adelberger ursprünglich angegeben, „1931/1932 war ich in der SS tätig“. Er habe seinem Chef Walter Schmidt mit der SS-Zugehörigkeit imponieren wollen.

83 GLA 456a-5947728, Spruchkammerakte Ludwig Adelberger, Blatt 65.

84 Ebd., Blatt 96.

Schwiegersohn Albert Fraenkels, kannte also die Geschichte der Thoraxklinik und ihrer Verantwortlichen bestens. Ausführlich erörterte er die alles entscheidende Frage von Adelbergers „SS-Zugehörigkeit“ und kam zu dem Schluss, dass

„der Betroffene in Wirklichkeit nicht Mitglied war [..]. Wäre nämlich der Betroffene Mitglied der SS gewesen, so hätte er zur Zeit der größten Machtentfaltung des Nationalsozialismus im Jahre 1939 keine Veranlassung gehabt, seinen Mitgliedsausweis nicht vorzulegen. Dass er einen solchen Ausweis nicht vorgelegt hat, bestätigt seine Behauptung, dass er gar keinen solchen Ausweis hatte, weil er nie Mitglied der SS. war.“⁸⁵

Die Berufung gegen den Spruch in der Angelegenheit Ludwig Adelberger wurde von Anschütz als „unbegründet“ zurückgewiesen.

Für Adelberger mochte das eine Genugtuung gewesen sein, zu einer Neuanstellung an der Thoraxklinik kam es allerdings nicht. Seit dem 1. November 1946 leitete Kurt Reinhard Theiss kommissarisch die Klinik.⁸⁶ Er war unter Adelberger Oberarzt gewesen und hatte von ihm ein „großes chirurgisches Geschick“⁸⁷ attestiert bekommen. Adelberger und Theiss studierten übrigens zeitgleich in München.⁸⁸ Als Theiss am 5. Juni 1947 unerwartet starb, wurde Erwin Gaubatz – von der Spruchkammer Heidelberg im August 1947 ebenfalls nur als Mitläufer eingestuft – zum Ärztlichen Direktor der Thoraxklinik berufen.⁸⁹ Gaubatz wird dieses Amt ein Vierteljahrhundert innehaben, bis er 1972 in den Ruhestand tritt.

Warum die Entscheidung auf Gaubatz und nicht auf Adelberger fiel, wo doch beide als bloße Mitläufer entlastet worden waren, lässt sich wohl nicht mehr eindeutig feststellen. Vielleicht ist dafür ein Vorgang verantwortlich, der bereits oben, im Zusammenhang mit der Ohrfeige für den Patienten Alfred W. durch Walter Schmidt, angedeutet wurde.

Am 26. April 1947 wendet sich Dr. Ellen Billig per Einschreiben an die Militärregierung Heidelberg, nachrichtlich an die Spruchkammer in Heidelberg, den Landesdirektor Klausmann in Karlsruhe, den Minister für politische Befreiung Kamm in Stuttgart, die LVA Baden in Karlsruhe und den Ministerialdirektor Stetter vom Arbeitsministerium Württemberg-Baden in Stuttgart. Wie sie schrieb, war sie von 1934 bis 1936 Ärztin an der Thoraxklinik und anschließend Leiterin der Tuberkulosefürsorgestelle Heidelberg, wo sie „in enger Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus Rohrbach verbunden war“ und „seit dieser Zeit in persönlicher und dienstlicher Verbindung mit dem Krankenhaus“ geblieben sei.⁹⁰ Wegen einer Tuberkulose befand sie sich zum Zeitpunkt ihrer Aussage zur Behandlung in der Thoraxklinik. Ziel ihrer Initiative war, Adelbergers Neuanstellung, die im Frühjahr 1947 offenbar noch nicht vom Tisch war, um jeden Preis zu verhindern, denn sie beschuldigte ihn schwer:

85 Ebd., Blatt 117.

86 GLA 4621-2317, Personalakte Kurt Theiss.

87 Ebd.

88 Personenstand der Ludwig-Maximilians-Universität München, Winter-Halbjahr 1928/29, S. 181.

89 GLA 4621-828, Personalakte Erwin Gaubatz.

90 GLA 456a-5947728, Spruchkammerakte Ludwig Adelberger, Blatt 22.

„Ich halte die Besetzung der Chefarztstelle des Krankenhauses Rohrbach mit dieser Persönlichkeit für ungeeignet aus Gründen, die ich nachstehend eidesstattlich angebe. [...] 1. Es ist mir durch den Kollegen Dr. Neumer im Jahre 1935 gesprächsweise mitgeteilt worden, dass Dr. Adelberger Mitglied der SS sei. Ich weiß dies so genau, weil ich seit dieser Zeit Angst vor Dr. Adelberger gehabt habe, der mir schon vorher wegen seiner ausgesprochenen nationalsozialistischen Gesinnung unter den Kollegen aufgefallen war. 2. Es ist mir bekannt, dass Dr. Adelberger im August 1935 auf Station 6, die Dr. Adelberger führte, einen jüdischen Patienten verprügelte. Dabei handelte es sich nicht um eine Affekthandlung, sondern diese Tat geschah, weil der Patient angeblich Rassenschande getrieben hatte. Dr. Adelberger veranlasste die Abführung dieses Patienten durch die geheime Staatspolizei.“⁹¹

Falls man eine Neuanstellung Adelbergers ernsthaft erwogen haben sollte, bedeutete das ein erneuter Rückschlag für ihn. Der Sache musste nachgegangen, Zeugen gesucht und befragt werden. Der öffentliche Ankläger forderte Adelberger zur mündlichen Stellungnahme auf. In seiner mündlichen Anhörung am 12. August 1947 gab dieser zu Protokoll, dass die Ärztin Ellen Billig „1934 und 1935 mit Dr. Neumer in engster persönlicher Verbindung lebte, obwohl dieser damals selbst SS-Arzt war. Diese Tatsache ist allen alten Rohrbachern so bekannt, dass Beweise hierfür meinerseits nicht notwendig sind.“⁹² Dieser Hinweis und alle weiteren Zeugenaussagen genügten der Kammer wohl, denn sie sah von einer Wiederaufnahme des Verfahrens ab. Für eine Neuanstellung an der Thoraxklinik kam Adelberger allerdings nicht mehr in Frage. Er ging neue Wege und entwickelte später die Lungenfachklinik in



Betriebsausflug mit Bühler Schwestern in den 70er Jahren (Archiv Thoraxklinik)

91 Ebd.

92 Ebd., Blatt 132.

Hemer erfolgreich weiter. Jahrzehnte nach seiner Entlassung an der Thoraxklinik widerfuhr ihm eine späte Genugtuung: „1966 erhielt Dr. Adelberger eine Privatdozentur für Lungenchirurgie (Klinikum Mannheim) und 1968 die Professur.“⁹³

Abschließend sei noch auf die großen Verdienste der Bühler Schwestern aufmerksam gemacht. Von 1920 an führten sie pflegerisch die Thoraxklinik durch alle Höhen und Tiefen. 1973 finden sich die letzten handschriftlichen Einträge in der Ordenschronik über die Thoraxklinik:

„Schweren Herzens aber mit großem Gottvertrauen haben wir die Schwelle des neuen Jahres überschritten. Heißt es doch für uns Alle, Abschied nehmen von einer Jahrzehnten lieb gewonnenen Arbeitsstätte. Am 20. Juli kam nun die freudige Nachricht, daß bis 15. September 30 koreanische Schwestern eintreffen werden. So können wir doch mit Ruhe das Haus verlassen.“⁹⁴

93 Deutsches Ärzteblatt, Jg. 83, 1986, H. 20, 14.5.1986, 1468, Personalia, EB.

94 Archiv der Thoraxklinik, Ordner Bühler Schwestern, 1920–1951.

Kurt Hack. Nationalsozialist und Helfer zugleich

REINHARD RIESE

„Der Betroffene war in Heidelberg-Rohrbach sehr beliebt. Seine Einstellung in politischer Hinsicht war gegen jedermann gleich welcher Richtung vollständig einwandfrei. Als Angehöriger des hiesigen Reitervereins wurde er 1933 automatisch in den S.S. Reitersturm übernommen.“¹

Dieses Leumundszeugnis stellte die Polizeidirektion Heidelberg am 5. Februar 1947 für das bevorstehende Spruchkammerverfahren gegen Kurt Hack aus, der zu diesem Zeitpunkt schon über 20 Monate in Internierungshaft war. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

Kurt Hack (1902–1962)² entstammte in dritter Generation einer Arztfamilie in Leimen. Er folgte der Familientradition und ließ sich nach Studium und Klinik­tätigkeit 1929 als praktischer Arzt in Rohrbach nieder, wo er seit 1931 im Lindenberg 6 eine eigene Praxis führte. Neben seiner überwiegend kassenärztlichen Praxis war er Fürsorgearzt und Werksarzt der Firma Fuchs Waggon. 1930 heiratete er Eta Ullmer, Tochter eines Rechtsanwalts und Klavierlehrerin, mit der er die Vorliebe für die Musik teilte. Das Ehepaar hatte eine Tochter und zwei Söhne. Seit seiner Jugend war Hack ein passionierter Reiter. Mit etwa 30 Gleichgesinnten gründete er den ländlichen Reiterverein Heidelberg-Rohrbach und übernahm den Vereinsvorsitz. Bis 1933 war er politisch nicht aktiv und gehörte keiner Partei an. 1932 hatte er die nationalliberale DVP gewählt; erst bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 gab er seine Stimme – wie zuvor schon viele Wähler der bürgerlichen Mitte – für die NSDAP ab.

Am 1. Mai 1933 trat er ohne äußeren Zwang in die NSDAP ein. Nach 1945 erklärte er diesen Schritt damit, dass der Parteieintritt Voraussetzung für die Mitgliedschaft im NS-Ärztebund und die Ausübung der ärztlichen Tätigkeit gewesen sei.³ Dies muss jedoch als nachträgliche Schutzbehauptung gewertet werden. Der Rohrbacher Reiterverein wurde *gleichgeschaltet* und in die Reiter-SS überführt; damit war Hack ohne sein Zutun vom 1. Juni 1933 an Mitglied der Allgemeinen SS. Die Reitervereine nördlich des Neckars dagegen wurden von der SA übernommen, was Hacks Situation nach 1945 erheblich verbessert hätte. Gegen die

1 GLA 465f 1015, Spruchkammerakte Kurt Hack, Anl. zu Nr. 2: Polizeidirektion Heidelberg vom 5.2.1947.

2 GLA 465f 1015 (insbes. fol. 1–3) und 465r 4834: Spruchkammerakten Kurt Hack; Gespräche mit Dr. Helga Kayser geb. Hack am 19.2.2018, Dr. Fritz G. Hack am 7.5.2018 und Dr. Hans Hack am 5.11.2018 (Email am 9.11.2018). Ihnen allen dankt der Verfasser für die Bereitschaft, aus dem Leben ihres Vaters zu berichten.

3 GLA 465f 1015, fol. 3: Vorläufige Verteidigungsschrift Hack 22.1.1947. Hacks Behauptung wird durch die Tatsache widerlegt, dass in Heidelberg nur neun niedergelassene Ärzte (einschließlich Hack) Mitglied der NSDAP waren und deswegen 1945 suspendiert wurden (StAH AA 408/22: Aufstellung 21.11. und 5.12.1945).

Übernahme hatte er 1933 zusammen mit anderen Vereinsmitgliedern vergeblich protestiert.⁴ Den Vereinsvorsitz musste er deshalb an einen überzeugten SS-Mann abgeben; als Amt behielt er nur die ärztliche Turnieraufsicht. Da er seinen geliebten Reitsport nicht aufgeben wollte, blieb er in der SS-Reiterstaffel, seit 1939 als Sanitätsuntersturmführer in der Allgemeinen SS. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde er 1939 kurzfristig zur Wehrmacht eingezogen, dann aber als Belegarzt des Rohrbacher Entbindungsheimes und als Werksarzt der Fuchs Waggonfabrik UK (unabkömmlich) gestellt. Dem Reiterverein standen während des Krieges natürlich keine Pferde mehr zur Verfügung; als SS-Mann hatte Hack aber die Möglichkeit, wöchentlich einmal im Reitstall Mannheim-Tattersall zu reiten.



Kurt Hack (Foto: Kubitz. Quelle: Dr. Fritz G. Hack)

Nach Kriegsende entzog ihm die US-Militärbehörde die ärztliche Zulassung und verhaftete ihn am 1. Mai 1945 (genau 12 Jahre nach seinem Parteieintritt) als Mitglied einer „verbrecherischen Organisation“, wie die SS von den Besatzungsmächten eingestuft worden war. Diese negative Bewertung wurde erst während der Nürnberger Prozesse nur für die Reiter-SS aufgehoben. Unmittelbar nach Hacks Inhaftierung setzten sich mehrere unbelastete Rohrbacher Bürger in schriftlichen Eingaben für seine Freilassung ein: Otto Däublin, Erich Kaufmann-Bühler, Erhart Schott und Sophie Schumacher.⁵ Übereinstimmend argumentierten sie damit, dass Hack kein aktiver Nazi gewesen sei, keinerlei Schuld auf sich geladen habe und vielen von der NS-Diktatur bedrängten Menschen geholfen habe. Ihr Vorstoß bei der Mili-

tärregierung war erfolglos. Als SS-Mann blieb Hack inhaftiert und war mehr als zwei Jahre in Lagern im Raum Stuttgart, zuletzt in Kornwestheim interniert. Seine Familie musste das Haus im Lindenweg räumen und kam bei dem Vater sei-

4 GLA 465f 1015, fol. 5–9, Aussagen ehemaliger Mitglieder vom Mai bis November 1946.

5 GLA 465f 1015, fol. 15: Otto Däublin 6.5.1945; fol. 27: Erich Kaufmann-Bühler 6.5.1945; fol. 17: Erhart Schott 8.5.1945; fol. 20: Sophie Schumacher 7.5.1945.

ner Frau in Wiesloch unter. Lange Zeit war es den Angehörigen nicht erlaubt, den internierten Ehemann und Vater zu besuchen. Hier drängt sich der Vergleich mit dem Heidelberger Oberbürgermeister Carl Neinhaus (1888–1965) auf, der auch am 1. Mai 1933 der NSDAP beigetreten war: Aufgrund einer Petition wurde dieser schon nach 12 Tagen Inhaftierung freigelassen.⁶ Tatsächlich war Neinhaus viel stärker in das NS-System verstrickt als Hack – aber er war nicht Mitglied der SS und hatte viele prominente unbelastete Fürsprecher!

Wie lässt sich die Rolle von Kurt Hack im *Dritten Reich* beschreiben? Er war kein aktiver oder gar fanatischer Nationalsozialist. In der Öffentlichkeit vermied er es, den Parteigenossen herauszukehren, die SS-Uniform zu tragen und die NS-Ideologie zu propagieren. Zu seinen Freunden gehörte nicht ein einziger Nazi. Er trat nicht aus der evangelischen Kirche aus, was von SS-Leuten erwartet wurde, und ließ alle seine Kinder taufen und die Tochter konfirmieren. Das Erbgesundheitsgesetz, die Zwangssterilisationen und die Gewaltmaßnahmen des Regimes wie das Pogrom vom November 1938 lehnte er innerlich entschieden ab und äußerte dies auch in vertraulichen Gesprächen. Aber vor der verbrecherischen Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten „hat er den Kopf in den Sand gesteckt“ (so sein Sohn Fritz G. Hack). Er war kein Mann des Widerstandes und mehr als ein Mitläufer. Sein enger Freund, der Jurist Ernst Schott, der 1936 als *Nichtarier* aus dem Staatsdienst entlassen worden war, zeichnet ein idealistischeres Bild:

„Er ist trotz meiner ‚Abstammung‘ keinen Millimeter von mir abgerückt, wie es die SS gern gesehen hätte. Ich weiss bestimmt, daß Dr. Hack eher aus der SS ausgetreten wäre, als mir die Freundschaft aufzusagen. [...] Wenn Dr. Hack nicht aus der SS austrat, so m. E. nur deshalb, weil Treue ein Grundzug seines Charakters ist. Das hat ihn ohne Zweifel in schwere innere Konflikte gebracht, über die er nicht zu reden pflegte.“⁷

Aber um seinen Beruf und sein Hobby weiter ausüben zu können und Repressalien gegen seine Familie zu vermeiden, blieb er in der NSDAP und der SS bis zum bitteren Ende.

Diese Charakterisierung wäre unvollständig und ganz und gar einseitig, wenn man nicht den Menschen und humanistisch geprägten Arzt Kurt Hack als Helfer in den Blick nimmt. Als Quellen dafür dienen die zahlreichen Entlastungszeugnisse Rohrbacher Bürger in seinem Entnazifizierungsverfahren.⁸ Der Wahrheitsgehalt solcher „Persilscheine“ muss freilich immer kritisch betrachtet werden, da sie in der besonderen Situation der Nachkriegs- und Besatzungszeit und mit einer eindeutig entlastenden Intention verfasst wurden. Im Fall Hack enthalten die Zeugnisse keine Allgemeinplätze, sondern beschreiben sehr anschaulich, wie sich Hack verhalten hat und welche konkrete Hilfe er leistete. Die Aussagen lassen sich miteinander abgleichen und anhand der Erinnerung der Kinder überprüfen.

6 Reinhard Riese: Dr. Carl Neinhaus: Ein Mann, „der mitgetan hat, ohne innerlich dabei zu sein“? In: Wolfgang Proske (Hg.): Täter Helfer Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus Nordbaden + Nordschwarzwald (Bd. 7), Gerstetten 2017, S. 235–256, hierzu S. 250.

7 GLA 465f 1015, fol. 16: Entlastungszeugnis von Dr. Ernst Schott vom 15.3.1946.

8 Gesammelt in GLA 465f 1015, fol. 10–44.

Pfarrer Däublin schreibt, dass Hack als Arzt

„das grosse Vertrauen weiter Kreise der Bevölkerung wie auch mein eigenes Vertrauen besessen hat. Ohne Ansehen der Person und des Standes hat er seine Praxis ausgeübt und in vielen Fällen eine große Mildtätigkeit an den Tag gelegt. Ich wüsste nicht, daß er sich einmal im Sinne der N.S.D.A.P. betätigt oder gar das Wort ergriffen hat, wie ich ihn auch nie in Uniform gesehen habe.“⁹

Im Mittelpunkt seiner ärztlichen Berufsauffassung stand also der Mensch ohne Ansehen der politischen, religiösen oder *rassischen* Zugehörigkeit. Dieses gegenseitige Vertrauensverhältnis ging ihm – so die Worte seines Sohnes Hans – über die Loyalität zur Nazipartei. Ihre Gebote zu unterlaufen, erschien ihm sinnvoller als der offene Protest.

Seine Distanz zum System bezeugten nicht nur die regimekritischen Geistlichen beider Konfessionen, Otto Däublin (ev.) und Otto Schneider (kath.). Er half auch anderen Rohrbacher Familien, die die NS-Diktatur ablehnten: so dem Ehepaar Käthe und Alfred Seitz (1894–1942 bzw. 1903–1942). Als Mitglieder der Mannheimer Widerstandsgruppe „Der Vorbote“ um Georg Lechleiter wurden sie 1942 hingerichtet. Nach ihrer Ermordung hat sich Hack weiterhin um ihre Kinder gekümmert, obwohl diese als Nachkommen von „Hochverrätern“ verfehmt waren. Durch ein positives Gutachten unterstützte er das Gnadengesuch für ein anderes Mitglied der Gruppe, Albert Fritz (1899–1943), den er beim Unfall eines Kindes als außerordentlich hilfsbereit erlebt hatte. Die Hinrichtung von Fritz war dadurch freilich nicht zu verhindern. Den Bezirkskommissar Otto Reichert, der wegen regimekritischer Äußerungen denunziert worden war, bewahrte Hack durch ein Attest vor Strafversetzung und Dienst beim Volkssturm.¹⁰

Als Werksarzt der Fuchs Waggonfabrik war Hack auch für die medizinische Betreuung der Kriegsgefangenen und der meist aus Osteuropa stammenden Zwangsarbeiter zuständig, die im nördlichen Teil des Fabrikgeländes unter sehr schlechten Bedingungen in Baracken untergebracht waren. Alle zwei Tage hielt er morgens um sechs Uhr in der Krankenstation seine Sprechstunde ab, bei der ihm die Krankenschwester Sophie Schumacher assistierte. Immer wieder setzte er sich bei der Lager- und Fabrikleitung dafür ein, die hygienischen Verhältnisse und die Versorgung der Arbeiter mit Nahrungsmitteln zu verbessern. Nur so könne, so argumentierte er, ihre Arbeitsleistung erhalten werden. Wie sein Sohn Fritz berichtet, habe sein Vater mehrfach zur Kontrolle an den dürftigen Mahlzeiten – einer Suppe im Blechnapf – teilgenommen und dazu seinen Sohn mitgenommen. Ein russischer Kriegsgefangener, der für die Familie Hack Arbeiten im Garten und im Wald übernahm, wurde reichlich mit Lebensmitteln versorgt und sogar zum Mittagessen an den Familientisch eingeladen. „Dieser Hack behandelt

9 GLA 465f 1015, fol. 15: Däublin 6.5.1945. Zu Däublin vgl. den Beitr. des Verf. in diesem Band.

10 Alle Aussagen in GLA 465f 1015, fol. 30: Hilde Faster (Tochter von Käthe Seitz) 16.6.1946; fol. 32: Hans Gärtner (KPD, zu Albert Fritz) 2.6.1946; fol. 44: Otto Reichert 20.3.1947. Gärtner und Reichert wurden am 6. 5.1947 als Zeugen vor der Spruchkammer Kornwestheim angehört (Nr. 47, S. 3f.). Vgl. zu Seitz und Fritz: Initiative Stolpersteine Heidelberg (Hg.): Stolpersteine in Heidelberg 2010–2015, Heidelberg 2017, S. 38–41, 54f.

ja die Kriegsgefangenen besser als uns!“ – so die empörte Reaktion mancher deutscher Arbeiter.¹¹ Deswegen wurde Hack bei der Ortsgruppe der NSDAP denunziert und angezeigt, was aber ohne negative Folgen für ihn blieb. Die Anschuldigung wurde mit dem „Ausdruck des Bedauerns“ – so Ortsgruppenleiter Arnulf Link (1891–1974) – zurückgenommen.¹² Schützte Hack die SS-Mitgliedschaft?

Ausländische Arbeiter untersuchte Hack genauso gründlich wie seine Landsleute und berücksichtigte bei Krankschreibungen den vielfach miserablen Allgemeinzustand. Eine polnische Landarbeiterin, die auf dem Bierhelderhof arbeitete und Anfang September 1943 seine Sprechstunde wegen Magen-Darm- und Herzbeschwerden aufsuchte, überwies er zu weiteren internistischen Untersuchungen. Dies verschaffte ihr eine Arbeitspause von sechs Wochen. Der Arzt der Ludolf-Krehl-Klinik, wo sie schließlich kurzfristig aufgenommen wurde, urteilte dagegen rigoros: „Bei Frau O. handelt es sich um eine äusserst labile Pat.[ientin], all[e] Beschwerden weitgehendst p[er]s[on]lich überlagert. Am 30.10.43 haben wir O. als arbeitsfähig an ihre Arbeitsstätte entlassen.“¹³ Die Diskrepanz ärztlichen Verhaltens ist augenscheinlich.

Als zuständiger Arzt wurde Hack auch bei Todesfällen ins Lager gerufen, um den Tod bzw. die Todesursache festzustellen. Dramatisch waren die Ereignisse des 28. August 1944. Fünf junge Gefangene aus Russland und der Ukraine wurden auf Anordnung der Gestapo um die Mittagszeit auf dem Fabrikgelände zur Abschreckung vor den Augen ihrer Landsleute durch den Strang hingerichtet.¹⁴ Ihr „Verbrechen“ war die „Beraubung von Eisenbahnwagen“; ob es sich dabei um Lebensmittel oder um Kleidung handelte, ist umstritten. In den Akten taucht der Name von Kurt Hack nicht auf. Die Totenscheine soll ein Dr. Vogel ausgestellt haben. Dies passt zu den Erinnerungen, die seine Kinder Helga und Fritz an diesen Tag haben. Ihr Vater habe wie üblich seine morgendliche Sprechstunde im Lager abgehalten, als ihm die Krankenschwester Sophie Schumacher berichtete, auf dem Vorplatz würden fünf Galgen aufgestellt. Hack brach seine Sprechstunde sofort ab und verließ das Fabrikgelände mit den Worten „Ich bin nicht erreichbar!“ Zu Hause schärfte er seiner Frau ein, auf telefonische Nachfragen dasselbe zu antworten. Er sei zu einer längeren Behandlung eines schwer kranken Patienten unterwegs. Tatsächlich hielt er sich bei einem Bekannten im Forsthaus von Aglasterhausen auf und kehrte erst abends nach Rohrbach zurück. Auf diese Weise hatte er es vermieden, den Tod der fünf ermordeten Arbeiter zu dokumentieren und ein Komplize des NS-Terrors zu werden. Er hielt die Hinrichtung für ganz und gar unverhältnismäßig: „So was tut man nicht.“

11 GLA 465f 1015, fol. 18: Jakob Schwarz 15.5.1946; ähnlich fol. 20: Sophie Schumacher 7.5.1945 und fol. 11: Heinrich Boppel (1946).

12 GLA 465f 1015, fol. 19: Arnulf Link vom 22.1.1947.

13 StAH Fremdarbeiter Polen, Mappe 83, Dok. 68, die Vorgeschichte in Dok. 52–67. Vgl. Alice Habersack: *Fremdarbeiter in Heidelberg während des Zweiten Weltkriegs* (Buchreihe der Stadt Heidelberg. Bd. XVI), Heidelberg u.a. 2013, S. 180.

14 Habersack (wie Anm. 13), S. 207–209 und Stolpersteine (wie Anm. 10), S. 82f.

Mit diesen Worten soll er die Gewalttat vor seiner Familie verurteilt haben, wie sich sein Sohn Fritz heute noch erinnert.

Sein fürsorgliches Verhalten gegenüber den Zwangsarbeitern führte nach 1945 dazu, dass er von diesen nicht beschuldigt wurde, wie es seine Frau befürchtet hatte. Aus christlicher Gesinnung stand sie dem NS-System und der NS-Frauenschaft distanziert gegenüber. In der Erinnerung ihres Sohnes Hans hörte sie abends Feindsender wie die BBC, während ihr Mann nach dem anstrengenden Dienst erschöpft eingeschlafen war.

Wäre Hack der Rassenideologie der NSDAP und der SS gefolgt, hätte er die Behandlung *nichtarischer* Mitmenschen ablehnen müssen. Im Gegenteil beweisen eine Reihe von Dokumenten, dass er sich um solche *rassisch* verfolgten Patienten und ihre Familien kümmerte: David und Paula Baer (Heinrich-Fuchs-Straße 1), Oskar und Regine Ehrmann (Amalienstraße 4), Karl und Berta Mayer (Rathausstraße 41), Heinrich und Cäcilie Wahl (Rathausstraße 3) sowie Sophie und Nathan Wolff (Rathausstraße 10).¹⁵ Solange diese Familien in Rohrbach lebten, hat er sie als Hausarzt betreut. Die meisten sind bis 1938 rechtzeitig emigriert und haben überlebt; nach 1945 haben sie den Einsatz von Kurt Hack in zahlreichen Briefen gewürdigt.

„Ungeachtet dessen, dass er sich durch solche Betreuung in Widerspruch setzte zu den Anschauungen der Partei und besonders der SS, hat Dr. Hack in diesen 12 Jahren mir, meiner Frau [und unseren] Kindern [...] als Arzt wertvollste und aufopfernde Dienste geleistet.“¹⁶

So schreibt der von der NS-Kultusverwaltung zwangspensionierte Gymnasiallehrer Erich Kaufmann-Bühler (1899–1967), der mit seiner Familie in der Karlsruher Straße 56 in wachsender Not lebte. Als Hausarzt kannte Hack die prekäre Lage und half über die medizinische Behandlung hinaus. Seine Kinder Helga und Fritz ließ er Lebensmittel wie Obst, Kartoffeln u. ä. zur Familie Kaufmann-Bühler bringen. Besonders in den Kriegsjahren war jede Unterstützung einer jüdischen Familie streng verboten. Deshalb schärfte Hack seinen Kindern ein, dies nur heimlich und bei Dunkelheit zu tun. Sollten sie beobachtet und gefragt werden, wem sie die Nahrungsmittel brächten, sollten sie die im selben Haus wohnende Hebamme Lina Haag nennen.

Über eine fast ausweglose und lebensbedrohliche Situation berichtet Kaufmann-Bühler:

„Als meine Frau 1944 unser jüngstes Kind gebär und gleichzeitig ein anderes Kind an Diphtheritis erkrankt war, verweigerte die Kinderklinik dem Erkrankten als jüd.

15 GLA 465f 1015, fol. 21–26: Schriftliche Zeugnisse vom 15.5 bis 12.12.1946. Biographische Details bei Norbert Giovannini, Claudia Rink, Frank Moraw: Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933–1945. Biographisches Lexikon mit Texten. Herausgegeben vom Förderkreis Begegnung, Heidelberg 2011, S. 36, 93f., 286, 419, 425, 448f. und Initiative Stolpersteine Heidelberg (Hg.): 7. Stolpersteinverlegung am Dienstag, 28. Juni 2016 in Heidelberg, [Heidelberg 2016], S. 38–52.

16 GLA 465f 1015, fol. 27v: Kaufmann-Bühler 6.5.1945. Das Schicksal der Familie Kaufmann-Bühler wird in einem eigenen Beitrag vom Verf. dargestellt.

Mischling die Aufnahme und verbot das Gesundheitsamt die Betreuung meiner Frau durch eine Hebamme, solange das kranke Kind in der Wohnung sei. Dr. Hack hat beide auf das gewissenhafteste behandelt, dem Kind in letzter Stunde das Leben gerettet und stand meiner Frau bei dieser wie bei anderen Gelegenheiten bei.“¹⁷

Schließlich unternahm Hack zu Jahresbeginn 1945 alles, um die Deportation von Elisabeth Kaufmann-Bühler zu verhindern. Denn jetzt sollten auch diejenigen deportiert werden, die bisher durch eine *Mischehe* geschützt und noch in der Stadt verblieben waren. Bei der Untersuchung im Gesundheitsamt erklärte Amtsarzt Dr. Hanns Hufnagl Elisabeth Kaufmann-Bühler trotz großer gesundheitlicher Einschränkungen für leichtere Arbeiten verwendungs- und transportfähig. Dagegen intervenierte Hack mit einem Attest: Seine Patientin leide unter einer schwächlichen Konstitution und müsse für den halbjährigen Sohn sorgen. Als sein ärztlicher Einspruch zurückgewiesen wurde, setzte er sich beim Rohrbacher Ortsgruppenleiter Arnulf Link und beim Kreisleiter Wilhelm Seiler (1891–1975) für Frau Kaufmann-Bühler ein – vergeblich. Zu OB Neinhaus, diesem „Konjunkturritter“ (so die Erinnerung von Helga Kayser an ein Wort ihres Vaters) wurde er erst gar nicht vorgelassen. Enttäuscht und den Tränen nahe kam er nach Hause: „Ich habe gar nichts erreicht.“ Aus Wut über die erlebte Hartherzigkeit soll er eine Tischplatte demoliert haben. Elisabeth Kaufmann-Bühler wurde am 14. Februar 1945 mit dem letzten Transport nach Theresienstadt deportiert. Von erlittenen Qualen schwer gekennzeichnet, hat sie den Aufenthalt im KZ überlebt.¹⁸

Am 6. Mai 1947 – beinahe auf den Tag genau zwei Jahre nach seiner Verhaftung – wurde für Hack das Entnazifizierungsverfahren vor der Spruchkammer Kornwestheim unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Albrecht im Internierungslager durchgeführt. In seiner Klageschrift vom 11. März 1947 hatte der öffentliche Kläger Heinz May beantragt, Hack in die Gruppe II (Belasteter) einzustufen. Mit der Begründung,

„daß der Betroffene trotz vielfach bekundeter NS-Abneigung u. toleranter Haltung besonders Juden gegenüber weiterhin in der Reiter-SS verblieben ist u. damit durch seine Stellung oder Tätigkeit die Gewaltherrschaft der NSDAP wesentlich gefördert u. sich als überzeugter Anhänger dieser Gewaltherrschaft erwiesen hat.“¹⁹

Inwieweit die entlastenden Aussagen gewertet werden könnten, müsse dem Beweisverfahren der Spruchkammer überlassen bleiben. Im Vergleich zu ähnlichen Verfahren erscheint dieser Antrag unverhältnismäßig hart; statt die Entlastungszeugnisse zu berücksichtigen, basierte der Antrag nur auf den formalen Kriterien der Mitgliedschaft in NSDAP und SS. Ebenso wie Hack in seiner „Vorläufigen Verteidigungsschrift“ vom 22. Januar 1947 beantragte auch sein Anwalt Dr. Paul Schlatter die Einstufung in die Kategorie IV (Mitläufer).²⁰ Hack sei nicht freiwillig

17 Ebd.

18 Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 15), S. 212–214.

19 GLA 465f 1015, fol. 39v: Klageschrift Heinz May 11.3.1947.

20 GLA 465f 1015, fol. 3: Vorläufige Verteidigungsschrift Hack 22.1.1947 und Nr. 45: Dr. Paul Schlatter 26.3.1947.

lig in die NS-Organisationen eingetreten; er sei kein überzeugter Nazi gewesen und Mitglied der Kirche geblieben. Schließlich habe er vielen politisch oder *ras-sisch* Verfolgten geholfen.

Auf Antrag der Verteidigung sagten der Chemiker Dr. Erhart Schott, der KPD-Parteisekretär Hans Gärtner und der Beamte Otto Reichert als Zeugen in der Verhandlung²¹ aus und bestätigten die in schriftlicher Form vorliegenden Entlastungsmomente. Die drei Zeugen waren bewusst ausgesucht worden, weil sie aus verschiedenen sozialen Schichten stammten und unterschiedliche Aspekte von Hacks Verhalten schildern konnten. Der Spruch der Kammer lautete: Kategorie III (Minderbelasteter), Bewährungsfrist von zwei Jahren, einmaliger Wiedergutmachungsbeitrag von 3000 RM, Kostenübernahme des Verfahrens (1262 RM) durch Hack. Die Kammer entschied sich also für einen „Mittelweg“ zwischen dem Antrag des Klägers und dem des Verteidigers. In der Urteilsbegründung würdigte die Kammer die positiven Aspekte in Hacks Verhalten und erwog sogar, ihn in Gruppe IV (Mitläufer) einzustufen. Damit wäre sie aber zwei Stufen unter dem Antrag des Klägers geblieben und hätte höchstwahrscheinlich nach den damals noch gültigen Vorschriften einen Einspruch des Öffentlichen Klägers und ein Berufungsverfahren riskiert, was Hacks Internierung verlängert hätte. Die Bewährungsfrist galt durch die zweijährige Internierung als abgegolten. Wegen der langen Haftzeit und der vorbildlichen ärztlichen Berufsausübung auch während der Internierung verhängte die Kammer kein Berufsverbot. Am 4. Juli 1947, d. h. nach über zwei Jahren Internierungszeit, wurde er freigelassen und konnte erst im September 1948 seine früheren Praxisräume in Rohrbach wieder beziehen.

Im Oktober 1947 lockerte die US-Militärregierung die für die Entnazifizierung gültigen Kriterien. Dass jetzt Belastete als „Mitläufer“ eingestuft werden konnten, kam auch Hack zugute. Am 16. September 1948 wurde er in einem schriftlichen Nachverfahren durch die Spruchkammer Kornwestheim in die Gruppe IV (Mitläufer) eingestuft und mit 300 DM Geldsühne belegt.²² Diese Neubewertung traf in Hacks Fall sicherlich den Richtigen; die Internierungshaft machte sie freilich nicht ungeschehen. An deren Folgen hat Hack die restliche Zeit seines Lebens gelitten, insbesondere darunter, dass er seiner Meinung nach zu Unrecht wie ein „Schwerverbrecher“ behandelt worden sei.

Die Biographie von Kurt Hack zeigt, dass sich ein Mitglied der NSDAP und SS für viele Mitmenschen als wertvoller Helfer bewähren konnte. Dafür dass er sich trotz wachsenden Widerwillens von den NS-Organisationen nicht hatte lösen können, musste er nach 1945 härter büßen als mancher aktive Nationalsozialist und mancher Täter.

21 GLA 465f 1015, Nr. 47: Protokoll der Spruchkammersitzung Kornwestheim 6.5.1947 mit Zeugenaussagen, Urteil und Urteilsbegründung.

22 GLA 465f 1015, fol. 62, Spruchkammer Kornwestheim vom 16.9.1948. Die Geldbuße von 300 DM wurde auf die 1947 gezahlte Sühne angerechnet; eine Rückerstattung der restlichen Sühneleistung war ausgeschlossen. Vgl. Clemens Vollnhals, Thomas Schlemmer (Hgg.): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949 (dtv Dokumente), München 1991, S. 22f.

Hermann Maas – Sein Eintreten für verfolgte Jüdinnen und Juden in Heidelberg

MARKUS GEIGER

*„Wir wollen uns lieber zu Tode hoffen
als im Zweifel untergehen.“*

Hermann Maas an Esther Simpson
am 14. April 1935

Hermann Maas – Eine Liebe zum Judentum

Zu Maas' 85. Geburtstag – er war damals noch amtierender Prälat von Nordbaden mit Sitz in Heidelberg – gratulierte Bundespräsident Heinrich Lübke und nannte ihn ein „Vorbild an Lauterkeit und Stetigkeit. [...] So wurden Sie zum unüberhörbaren Zeugen christlicher Nächstenliebe und tilgten einen Teil der Schmach, die eine verbrecherische Diktatur unserem Volke aufgeladen hat.“¹

Wir kennen die Reaktion von Hermann Maas auf diesen Glückwunsch nicht. Konnte diese „Schmach, die unserem Volke aufgeladen wurde“, teilweise getilgt werden? Auf diese Frage kennen wir seine Antwort. Nein, diese Schmach konnte niemals – auch nicht teilweise – getilgt werden.

Wie sehr störte sich Hermann Maas am Wort „Wiedergutmachung“! Denn was das deutsche Volk den Juden angetan hatte, sei nie mehr wiedergutzumachen. Für das

„Furchtbare, was durch das nationalsozialistische Deutschland an Israel geschehen ist, für den Mord der sechs Millionen, für das Leid, das in zweitausend Jahren durch die Völker, die sich christlich nennen, über Juden verhängt wurde; für das namenlose Ghettoleid, für die äußere und moralische Erniedrigung, für die Beraubung an leiblichen und seelischen Gütern, an der Totalität des Lebens“²

könne es keine menschliche Wiedergutmachung geben, so Maas nach seinem Besuch in Israel im Jahr 1953.

Maas bezog sich in die Schuld mit ein, die das deutsche Volk durch die Verbrechen an den Juden auf sich geladen hatte. Es war für ihn ein „fast grausames Schicksal, zu dem Volk der Mörder zu gehören“³, wie er 1949 an den im amerikanischen Exil lebenden Heidelberger Juristen Hugo Marx schrieb.

Als ich 2009 die damals 92-jährige Tochter von Hermann Maas, Gisela, besuchte, meinte sie gleich zu Beginn des Gesprächs: „Ich frage mich immer wieder, warum liebte mein Vater das Judentum so sehr?“

1 Glückwunschtelegramm von Bundespräsident Lübke an Prälat Maas vom 5.8.1962, Landeskirchliches Archiv Karlsruhe (LKA), NL Maas 50/144.

2 Hermann Maas: „... und will Rachels Kinder wieder bringen in das Land.“ Reiseeindrücke aus dem heutigen Israel, Heilbronn 1955, S. 203.

3 Brief von Hermann Maas an Hugo Marx vom 26.10.1949, Bundesarchiv NL 1306 Nr. 4.

Maas schrieb dazu: „Schon in früher Jugend fühlte ich, der Sohn und Enkel von Pfarrern, mich dem Volk Israel in einer geheimnisvollen Weise hingezogen. Meine ersten Freunde waren im Grund immer Juden.“⁴ Hermann Maas wuchs also mit jüdischen Kindern auf, hatte jüdische Freunde. Aber das hatten viele andere auch. Die Liebe von Maas zum Judentum, die er „von Kindertagen her“ in sich trug, wuchs während seines Lebens. An Josef Guggenheimer, der „Rachels Kinder“ Korrektur las, schrieb er: „Je länger ich lebe, umso größer wird mir alles Jüdische.“⁵ Vier Jahre später schrieb er an Rabbi Max Grunewald, mit dem er bereits in der Weimarer Republik zusammengearbeitet hatte: „Oft ist die bitterliche Welle des Heimwehs nach meinen jüdischen Freunden, nach der jüdischen Welt äußerer und geistiger Art, einfach gesagt nach dem Judentum, riesengroß. Wer löscht diese Glut in mir? Immer muß ich ringen mit dem Geheimnis in mir.“⁶ Die Liebe zum Judentum blieb ihm ein Geheimnis. Ob er wirklich zum Judentum konvertiert wäre, wenn er noch länger gelebt hätte? Wir wissen es nicht. Dies aber gilt für Maas: „Ich kann mir ein Leben ohne die Juden nicht vorstellen“⁷ – so Maas in einem Interview Mitte der 1960er Jahre.

Eine zweite Frage, die mit der ersten zusammenhängt: Warum setzte sich Hermann Maas für Juden ein?

Bereits als Schüler engagierte er sich für eine jüdische Mitschülerin: Ein Französischlehrer

„verlangte eines Tages von Rosa N., [...] sie solle, um die weichen ‚j‘ und die scharfen ‚s‘ zu üben, mehrmals hintereinander sagen ‚Je suis une Juive.‘ (ich bin eine Jüdin). Sie tat’s, bis ihre Stimme in Tränen erstickte. Als ich wütend auf die Bank schlug, bekam ich eine Ohrfeige, auf die ich heute noch stolz bin. Aber in jener Stunde erlebte ich zum ersten Mal, was heute noch blutet wie eine tiefe Wunde, und bewusster wurde mir in jener Stunde, was vorher unbewußte Selbstverständlichkeit war: meine Liebe zu Israel.“⁸

Als Propst Heinrich Grüber eines Abends von Adolf Eichmann gefragt wurde, warum er sich denn für Juden einsetze – schließlich müsse er dies ja nicht tun –, nannte Grüber ihm das Gleichnis vom barmherzigen Samariter als Beweggrund.⁹ Bei Maas war es anders. Freilich, er half auch vielen Menschen aus Barmherzigkeit. Aber er ging auch von einer engen Verbindung zwischen Juden und Christen, zwischen Synagoge und Kirche aus. Treffend begründete er dies in einem

4 Werner Keller u.a. (Hgg.): *Leben für Versöhnung. Hermann Maas. Wegbereiter des christlich-jüdischen Dialoges*, Karlsruhe 1997, S. 26.

5 Kopie eines Briefes von Hermann Maas an Dr. Guggenheim aus Heidelberg vom 11.6.1957, LKA (wie Anm 1), NL Maas 97/15 und Leo-Baeck-Archive Hermann Maas Collection 1957–1970.

6 Brief von Hermann Maas an Max Grunewald vom 30.11.1961, Leo-Baeck-Archive Hermann Maas Collection 1957–1970.

7 Beate Kosmala, Revital Ludewig-Kedmi: *Verbotene Hilfe. Deutsche Retterinnen und Retter während des Holocaust*, Zürich 2003 (mit CD).

8 Eberhard Röhm, Jörg Thierfelder: *Juden – Christen – Deutsche*. 4 Bde. Band 2/I, Stuttgart 2004, S. 129.

9 Vgl. Heinrich Grüber: *Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten*, Köln 1968, S.128f.

Brief an einen Juden nach der Reichspogromnacht 1938. „Ich stehe bei Ihnen, nicht ,trotzdem‘ Sie Jude sind, sondern ,weil‘ Sie es sind.“ Und dann begründete Hermann Maas dieses „weil“ damit, dass Juden und Christen Schwestern und Brüder sind, beide zum „Gottesvolk“ gehören.¹⁰



Hermann Maas in jungen Jahren. Vermutlich als Theologiestudent in Heidelberg. (Foto: Joachim Hartmann, Markus Geiger)

Hermann Maas und Heidelberg

Als Neunjähriger erlebte Maas 1886 mit seinem Vater die 500-Jahr-Feier der Heidelberger Universität in der Heiliggeistkirche

„in ihrer ursprünglichen Herrlichkeit. Damals war die Mauer, die 200 Jahre schon, das heißt seit der Gegenreformation, Chor und Langhaus getrennt hatte, um dieses Festes willen herausgenommen, um freilich einige Jahre¹¹ danach aus unbegreiflichen Gründen wieder errichtet zu werden.“¹²

10 Werner Keller, Albrecht Lohrbächer u.a.: Redet mit Jerusalem freundlich. Zeugnisse von und über Hermann Maas, Karlsruhe 1986, S. 62. Diese Äußerung benutzte das Bad. Kultusministerium 1942 dazu, Maas die Befugnis zur Erteilung von evangelischem Religionsunterricht zu entziehen.

11 1893 wurde die Scheidemauer nach reichsgerichtlichem Urteil auf Betreiben der Katholiken in der Heiliggeistkirche wieder errichtet. Kornelie Hartmann: Erinnerungen an meinen Vater Hermann Maas, in: Michael Santak (Hg.): Mythos Heidelberg 2007. Neue Gedichte und Geschichten mit Geist und Gefühl, Heidelberg 2006, S. 19–25.

12 Keller (wie Anm. 4), S. 16f.

Vater und Sohn Maas saßen bei diesem Festakt auf der Orgelempore. Vater Philipp sprach zu Hermann: „Stell dir vor, du würdest hier predigen.“ Hermann antwortete nur: „Zu groß, zu groß.“

Heidelberg und später auch Mannheim wurden für den Jugendlichen Maas zu Wohn- und Schulorten. Nach dem Abitur im Jahr 1896 studierte er in Halle, Straßburg und Heidelberg Theologie. Nach abgeschlossenem Studium und abgelegter Hauptprüfung am 31. Oktober 1900 begann Maas zwei Wochen später den zweiten Teil seiner Ausbildung zum Pfarrer. Am 15. November 1900 wurde er Vikar in Rheinbischofsheim. Vier Tage zuvor, am 11. November 1900, ordinierte Ludwig Schmitthenner Maas in der Christuskirche in Freiburg.¹³ Weitere Ausbildungsorte waren Weingarten, wo er seine Frau Cornelia kennenlernte, Pforzheim und Lörrach, von wo er an dem für ihn sehr prägenden 6. Zionistenkongress in Basel 1903 teilnehmen durfte. Als Dorfgeistlicher war Maas von 1903 bis 1915 in Laufen/Sulzburg tätig, ehe er wieder nach Heidelberg kam. – Dieses Mal nicht als Schüler oder Student, sondern als Stadtpfarrer von Heiliggeist.

Besonders die Jugend lag Pfarrer Maas am Herzen. Die gemeinsamen Ausflüge blieben für die jungen Menschen ein Erlebnis, das sie nie vergessen haben. Ein Beispiel aus dem Jahr 1925: In Heddesbach im Ulfenbachtal (Odenwald) war Maas mit 20 Jugendlichen der Heidelberger Jugendbünde in einem Landheim.



Hermann Maas mit Jugendlichen im Ulfenbachtal, 1925 (Foto: Joachim Hartmann, Markus Geiger)

13 LKA (wie Anm. 1), NL Maas 79/33: Urkunde über die Ordination von Hermann Ludwig Maas in der Christuskirche in Freiburg durch Ludwig Schmitthenner vom 11.11.1900.

Dorthin wanderten sie am Pfingstdienstag, feierten eine Abendfeier am Waldrand und am nächsten Morgen in der Kirche einen Gottesdienst. Von der Übernachtung berichtete Maas in den Gemeindeblättern:

„Nachts schliefen wir, 13 Buben (und es sind lange, feste Kerle drunter, die kaum unter der Tür weg gehen) und ich auf 5 schreibe ‚fünf‘ Strohsäcken. Ja, wir haben wohl noch einige leere Säcke mehr. Aber kein Stroh dazu. Das ist mächtig teuer. Auf die andere Seite legen konnten wir uns nur auf Kommando. Einer allein hat sich das nicht erlauben können. Und nachdem wir uns des Abends reichlich lange in den Schlaf geplaudert haben und gescherzt hatten, mussten wir doch um 3 Uhr wieder aufwachen, weil wir elendiglich froren. Ja, wenn wir mehr als eine Decke gehabt hätten, wär's anders gegangen. Aber so! Na wir lachten und dachten – das nächste Mal werden wir schon mehr haben. Die einen gingen in den Wald Holz lesen für den Morgenkaffee, die anderen machten die Stuben.“¹⁴

Dieser Ausschnitt einer ausführlichen Beschreibung der zwei Tage in Heddesbach mag zunächst als belanglos eingeordnet werden, aber gerade solche Unternehmungen des Pfarrers mit den Jugendlichen zahlten sich später für Maas aus. Denn diese Jugendlichen waren zur Zeit des Nationalsozialismus – zehn bis zwanzig Jahre später – erwachsene Männer und standen zu ihrem Pfarrer.

Für Arno Weckbecker war Maas „der bekannteste und energischste nichtjüdische Helfer der Verfolgten in Heidelberg.“¹⁵ Dies galt nicht nur für Heidelberg, sondern weit darüber hinaus für das gesamte Deutsche Reich.

Hermann Maas und sein dichtes Netz von Helferinnen und Helfern

Maas hatte sich in Heidelberg und darüber hinaus ein dichtes Netz von Helferinnen und Helfern gesponnen, um den verfolgten Juden zu helfen. Hierzu einige Beispiele:

Die Fürsorgeschwester Therese Wiesert (1935/36)

Eine enge Mitarbeiterin von Maas war die Fürsorgeschwester Therese Wiesert, die engen Kontakt zu den prominenten jüdischen, assimilierten und getauften Heidelberger Familien Fraenkel und Heinsheimer¹⁶ hatte und in der Heidelberger Bekenntnisgemeinschaft aktiv war. So forderte sie deren Leiter Prof. Renatus Hupfeld in einem Brief vom 29. November 1933 auf, Pfarrer i.R. Karl Lehmann, der jüdischer Abstammung und religiöser Sozialist war, in die Bekenntnisgemeinschaft aufzunehmen. Schwierigkeiten an ihrem Arbeitsplatz als städtische Angestellte bekam sie schon im Dezember 1933 wegen Nichtzeigens des Deutschen Grußes. 1935 wurde sie wegen ihrer Freundschaft mit *nichtarischen* Familien de-

14 Keller (wie Anm. 4), S. 176.

15 Arno Weckbecker: Die Judenverfolgung in Heidelberg 1933–1945, Heidelberg 1985, S. 57. Vgl. <http://opus.ph-heidelberg.de/frontdoor/index/index/docId/51>, S. 225–233, (24.6.2015).

16 Die Familie Heinsheimer und Maas ermöglichten Hans Reis 1939 die Ausreise nach England (Gespräch zwischen Markus Geiger und Hans Reis am 2.11.2009).

nunziert. Als sie sich weigerte, diese Kontakte abzubrechen, wurde sie von Oberbürgermeister Neinhaus¹⁷ mit völkisch-rassistischen Argumenten am 24. September 1935 aus dem städtischen Dienst entlassen und verlor zusätzlich ihren Anspruch auf Dienst- und Ruhegehalt.¹⁸ Sie legte dagegen Beschwerde ein und bekam im Mai 1936 vor dem Verwaltungsgericht Karlsruhe Recht,¹⁹ da es noch keine rechtsverbindliche Regelung gab, inwieweit Beamte Kontakt zu Juden haben durften. Ohne Druck von oben setzte die Stadtverwaltung die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 sofort rigoros um. Nach dem Krieg behauptete Neinhaus, er wäre in einer Zwangslage gewesen, was die Akten aber nicht belegen.²⁰ Therese Wiesert nahm ihren Dienst wieder auf, in dem sie bis zu ihrer Pensionierung 1959 verblieb.

Auch während der Auseinandersetzungen um ihren Arbeitsplatz blieb Therese Wiesert eine treue Mitarbeiterin von Maas. Um Juden Rettungswege ins Ausland zu ermöglichen, schmuggelte sie seine Briefe, die nicht in die Hände der Gestapo fallen durften, nach London. So schrieb Maas im März 1936 an Esther Simpson,²¹ um der jüdischen Familie Fisch zu helfen. Am Ende des Schreibens erläuterte er:

„Diesen Brief nimmt mir eine Freundin, Frl. Therese Wiesert, mit nach London, die sich Ihnen in Ihrem Büro vorstellen wird, meine Grüße bringen und sicher Ihren freundlichen Rat finden wird. Sie ist ein prächtiger Mensch und hier nach 20jähriger Tätigkeit als Oberfürsorgerin der Stadt, weil sie mit einer nichtarischen Familie befreundet ist, ohne Pension entlassen worden. Dabei sehr tüchtig und tapfer.“²²

Auch seelsorgerlich betreuten Maas und Wiesert oft dieselben jüdischen Familien. Therese Wiesert ging in seinem Pfarrhaus jahrelang als „Tante Resi“ ein und

17 Carl Neinhaus, der seit 1929 Oberbürgermeister von Heidelberg war, trat am 1.5.1933 in die NSDAP ein. Frank Moraw: Die nationalsozialistische Diktatur (1933–1945), in: Peter Blum (Hg.): Geschichte der Juden in Heidelberg. Buchreihe der Stadt Heidelberg, Bd. VI, Heidelberg 1996, S. 440–555, hier S. 466.

18 24 Unterlagen mit verschiedenen Briefwechsel und Urteilen finden sich im Nachlass von Hermann Maas, LKA (wie Anm. 1), NL Maas 54: Dienststrafverfahren gegen die Fürsorgeschwester [Oberfürsorgerin] Therese Wiesert beim Wohlfahrts- und Jugendamt der Stadt Heidelberg).

19 Am 1.7.1936 wurde Therese Wiesert wieder eingestellt. Allerdings wurde sie als Sachbearbeiterin in eine niedrigere Gehaltsstufe rückgestuft (ebd. 54/22: Kopie des Schreibens von Therese Wiesert an den Oberregierungsrat von Heidelberg vom 24.10.1945). Ein Gehaltsverlust von 3.589,41 DM wurde ihr am 12.4.1949 zurückerstattet (ebd. 54/24: Kopie der Berechnung des Gehaltsverlusts vom 1.9.1938 – 31.3.1945 durch die Stadtverwaltung Heidelberg, zugeschickt an Therese Wiesert vom 12.4.1949). Vgl. Moraw (wie Anm. 17), S. 475–479.

20 Frank Moraw: Heidelberg im Zeichen der Nürnberger Rassengesetze. Carl Neinhaus und Therese Wiesert. Zum politischen Spielraum eines Oberbürgermeisters im Nationalsozialismus, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt Jg. 1, 1996, S. 195–203, hier S. 200.

21 Mit Esther Simpson blieb Maas nach 1945 bis zu seinem Tod verbunden. Als 1962 eine gemeinsame Freundin starb, schrieb er ihr: „Ach bleiben Sie uns noch, Sie Gutel“, LKA (wie Anm. 1), NL Maas 101/46: Hermann Maas an Esther Simpson aus Heidelberg vom 12.4.1962).

22 Hermann Maas an Esther Simpson vom März 1936, abgedruckt bei Claudia Pepperl: Hermann Maas und sein Eintreten für verfolgte Juden (Veröffentlichungen und Berichte der Hermann-Maas-Stiftung, 1.1), Heidelberg 1997, S. 63.

aus.²³ Maas bedrückte der Fall Therese Wiesert sehr. Er sah darin den jahrelangen Prozess der Annäherung zwischen Juden und Nichtjuden in Heidelberg gefährdet. An seinen Freund Friedrich Siegmund-Schultze schrieb Maas am 26. November 1935 nach Zürich:

„Ich halte es im höchsten Grade für gefährlich, daß wir durch die neuen Gesetze und das Ausbleiben der angekündigten weiteren Bestimmungen lahmgelegt sind, dabei werden auf der anderen Seite etwa Viertelsarier ganz ruhig als Juden bezeichnet und auf diese Denunziation hin umgehend aus ihrem Geschäft (z.B. einer Drogerie oder ähnl.) entlassen, oder es werden Beamte der Stadt, wenn sie sich auf der Straße mit einem christlichen Nichtarier haben sehen lassen, ohne Pension aus dem Dienst entlassen, trotzdem sie darauf hingewiesen haben, dass sie dabei nichts getan haben als ihre Bruderpflicht erfüllt.“²⁴

Maas wies Siegmund-Schultze im Folgenden eindrücklich darauf hin, dass sich die Kirche um alle getauften Glieder zu kümmern habe. Dies seien ihr Recht und ihre Pflicht.

Marie Baum

Über Marie Baum (1884–1964), die in Zürich als eine der ersten Frauen promoviert wurde und sich dort mit Ricarda Huch²⁵ befreundete, sprach Maas bei ihrer Beerdigung: „Vom Jahr 1933 an war es die Judennot, die ihr Herz Tag und Nacht bewegte. Aber nicht bloß ihr Herz! Wie oft sah ich sie, wie sie ihre Lebensmittelkarten abschnitt und weitergab. Sie konnte wunderbar fasten.“²⁶ Sie, so Maas, wollte „helfen, nur helfen“.²⁷ Doch auch selber musste die Enkelin von Rebecka Mendelssohn-Bartholdy als *Vierteljüdin* unter dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums leiden. Im Juli 1933 wurde Marie Baum der

23 Albrecht Rissler, Frank Moraw: Therese Wiesert, in: FemBio Special: Frauen aus Heidelberg. <http://www.fembio.org/biographie.php/frau/feature/therese-wiesert/frauen-aus-heidelberg> (19.6.2012).

24 Ev. Zentral-Archiv (EZA): 51/H/II/c/6,1; abgedruckt bei Röhm, Thierfelder (wie Anm. 8), Bd. 2, Teil 1, S. 418.

25 „In Zürich begegneten sich die beiden genialen Frauen und wurden einander zum Schicksal. Keine ist ohne die andere zu denken“ (Hermann Maas: Frau Dr. Marie Baum zum 90. Geburtstag am 23.3.1964, in: Sammlung Eberhard Röhm, Leonberg). Am 24.11.1947 beerdigte Maas Ricarda Huch auf dem Hauptfriedhof von Frankfurt. (ebd.). In seiner Beerdigungspredigt nannte er Ricarda Huch „eine Prophetin, der Gott Ewigkeit ins Herz gab“. Hermann Maas: Ansprache am Sarge von Ricarda Huch, gehalten am 24.11.1947 auf dem Hauptfriedhof von Frankfurt am Main, Wilsbach 1948, S. 7ff.

26 Hermann Maas: Beerdigungspredigt bei der Beisetzung von Frau Dr. [Marie] Baum am 11.8.1964 auf dem Bergfriedhof in Heidelberg (Three-page, single-spaced typewritten manuscript, the Archive of the Heiliggeistkirche, Heidelberg, the Thomas register, file 39).

27 LKA (wie Anm. 1), NL Maas 50/157: Gestern im Bergfriedhof. Ergreifender Abschied von Marie Baum. Prälat D. Maas: Sie gehörte zu unserem Leben. Ein treuer Freundeskreis folgte der Bahre. In: Rhein-Neckar-Zeitung vom 12.8.1964, S. 3.

Lehrauftrag für soziale Wohlfahrtspflege an der Universität entzogen.²⁸ Sie schloss sich Maas an:

„In Heidelberg bildete den Mittelpunkt des Widerstandes sowie der Hilfeleistung für die ‚Nichtarier‘ der von heißem Mitleid erfüllte, unerschrockene Stadtpfarrer Maas, dessen engste Mitarbeiterin ich ein Jahrzehnt hindurch sein durfte. So habe ich die meisten der Betroffenen persönlich, viele sehr nahe gekannt. [...] Da uns alle Unterlagen – Kartothek, Korrespondenz, Aufzeichnungen und dergleichen – bei Haussuchungen gestohlen worden sind, [...] muß ich mich auf mein Gedächtnis verlassen. [...] In der Zusammenarbeit mit Herrn Rechtsanwalt [Arthur] Strauss, dem Vertreter der jüdischen Bevölkerung mit ihren kümmerlichen Rechten, und der Gestapo gegenüber, griffen wir oft weit über die Grenzen der sog. ‚Christlichen Nicht-Arier,‘ für die ja kirchliche Kreise sich besonders organisiert hatten, hinaus.“²⁹

Marie Baum arbeitete die gesamten 12 Jahre der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft sehr eng mit Maas für die verfolgten Juden zusammen. Als am 22. Oktober 1940 die Heidelberger Juden nach Gurs deportiert wurden, versuchten Maas, Baum und die Ärztin Marie Clauss möglichst viele Juden durch Abfuhrmittel transportunfähig zu machen. Auch standen sie Juden, die zwischen 1941 und 1945 nach Theresienstadt abtransportiert wurden, seelsorgerlich bei. Jüdischen Heidelbergern, die den Weg nach Theresienstadt oder in andere Lager nicht gehen konnten und Selbstmord verübten, standen sie als Helfer in den letzten Stunden zur Seite. So berichtete Marie Baum von Leontine Goldschmidt, die sich am 24. August 1942³⁰ und von Anna Traumann, die sich am 21. August 1942 das Leben nahmen.³¹ Im Februar 1945 schlug das antisemitische Verfolgungssystem in Heidelberg noch einmal mit aller Brutalität zu. 21 jüdische Partner aus *Mischehen* wurden nach Theresienstadt transportiert. Marie Baum berichtete:

„[D]ie Rohheit der Auswahl erstreckte sich sogar auf Mütter mit kleinen Kindern, von denen eine den bitteren Weg nach Theresienstadt wirklich hat antreten müssen,

28 Jörg Schadt, Michael Caroli (Hgg.): Heidelberg unter dem Nationalsozialismus. Studien zu Verfolgung, Widerstand und Anpassung, Heidelberg 1985, S. 416; Moraw (wie Anm. 17), S. 484.

29 Marie Baum: Vergessene und Unvergessene aus der Stadt Heidelberg, in: Den Unvergessenen. Opfer des Wahns 1933 bis 1945, Heidelberg 1952, S. 98–104, Zit. S.100; Marie Baum: Rückblick auf mein Leben, Heidelberg 1950, S. 276, 279. Vgl. hierzu die Beiträge von Reinhard Riese und Petra Nellen in diesem Band.

30 Renate Marzloff schreibt: Sie würde die Reise nicht überleben, das weiß sie. Ein paar kostbare Tabletten Veronal hat sie, vielleicht mühsam angesammelt, vielleicht als Gabe der mitleidenden Ärztin. Die Menge reichte nicht aus für einen schnellen Tod. „Lange, lange Tage hat sie um ihn ringen müssen. Jedes Mal, wenn ich an dem Haus vorbeigehe“, erinnert sich Marie Baum, „fährt mir ein Stich durchs Herz, denke ich an das schwere Ende dieser gütigen, stets hilfsbereiten Frau.“ Jemand habe gesagt, eine Freundin sei bei der Sterbenden gewesen, habe die anrückende Gestapo abgehalten: Laßt sie wenigstens jetzt in Ruhe. Renate Marzloff: Leontine und Victor Goldschmidt, Heidelberg 2007, S. 157f.; vgl. Hermann Hampe: Aus einem reichen Leben. Leontine Goldschmidt zum Gedächtnis, in: Den Unvergessenen (wie Anm. 29), S. 73–75.

31 Vgl. Moraw (wie Anm. 17), S. 531, 541, 544ff.

während von den 31 auf der Liste Stehenden doch wenigstens 9 auf ärztliches Zeugnis hin oder durch zeitweiliges ‚Untertauchen‘ dem Transport entzogen wurden.“³²

Gegen Ende des Krieges war es wohl für Maas und seine Mitarbeiterinnen möglich, vereinzelt Helfer zu gewinnen, die in den Jahren zuvor für Hilfsmaßnahmen nicht ansprechbar gewesen waren. So gelang es ihnen, z.B. Hertha Flamme nach einem Nervenzusammenbruch – auch mit Hilfe von Oberbürgermeister Carl Neinhaus und Kreisleiter Wilhelm Seiler – von der Liste der zu Deportierenden streichen zu lassen. Diese Bemühungen des Oberbürgermeisters könnten der Grund für Maas gewesen sein, im April 1945, als Neinhaus inhaftiert war, eine Eingabe zu seinen Gunsten zu unterschreiben.³³ Bei der Beerdigung Neinhaus’ am 19. November 1965 auf dem Heidelberger Bergfriedhof stellte Maas den Verstorbenen als Gegner der Nationalsozialisten dar:

„Er ahnte freilich bei der Übernahme seines hohen Amtes nicht, welch furchtbare, teuflische Mächte sie bedrohen sollte, welch tiefgreifende Störungen sein Wirken unsagbar schwer machen würden. Aber er stellte sich ihnen entgegen mit der außerordentlichen Überlegenheit seines Geistes, der unbestechlichen Objektivität seiner Entscheidungen, der schöpferischen Phantasie, der Genialität seiner Natur und der Tapferkeit seines Herzens.“³⁴

Ähnlich wie 1955 bei seinem Einsatz für eine vorzeitige Haftentlassung für Albert Speer, den Heidelberger Architekten und seit 1942 Rüstungsminister im Kabinett Adolf Hitlers, gelang es hier Maas nicht, die Schuld eines ihm Bekannten öffentlich zu thematisieren.

Auch nach 1945 blieben Maas und Baum verbunden. Am 27. März 1952 schrieb Marie Baum an Maas über Israel und das Weltgeschehen.³⁵ Und an Marie Baums 90. und letztem Geburtstag schrieb der drei Jahre jüngere Maas über seine langjährige Verbündete:

„Sie hatte eine mütterliche Seele. [...] Es waren dunkle Zeiten, Krieg und verlorenere Krieg. Aber wo sie stand, leuchtete ihre Losung ‚et lux lucet in tenebris‘. [...] Ihre geniale Art, ihre Klugheit und Weisheit, ihre Herzenswärme und ihr Künstlertum, ihre Humanität und die seltene Gabe, wo auch nur ein Atom des heiligen Feuers glühte dieses anzufachen, zu nähren und zu beleben, zogen Junge und Alte zu ihr hin. Niemand, der zu ihren Füßen saß, hat den großzügigen Charakter vergessen. [...] Mit dem Anbruch des unseligen Hitlerregimes begann auch für Marie Baum eine Zeit der Leiden, der Erniedrigung, aber auch neuer seelischer Größe. Nie waren wir mit ihr so eng verbunden, zu keiner Zeit war ihre Gemeinschaft mit Ricarda Huch so wunderbar vertieft. Und wie hat Marie Baum in diesen grausamen Jahren all’ das Böse in lauter Güte, Hingabe und Opfer für die Gekränkten, Verfolgten zumal des jüdischen

32 Baum (wie Anm. 29), S. 100. Vgl. den Beitrag von Reinhard Riese zur Familie Kaufmann-Bühler in diesem Band.

33 Moraw (wie Anm. 17), S. 548f. Vgl. den Beitrag von Norbert Giovannini: Herr und Frau Courage in diesem Band.

34 LKA (wie Anm. 1), NL Maas 83/14: Ansprache bei der Beerdigung des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Carl Neinhaus auf dem Bergfriedhof zu Heidelberg durch Prälat Dr. h.c. H. Maas vom 19. Nov. 1965.

35 Sammlung Eberhard Röhm, Leonberg: Marie Baum an Hermann Maas vom 27.3.1952.

Volkes verwandelt. Sie war damals die liebe, zarte, bescheidene Frau, die ihre Lebensmittelkarten verschenkte und mit den Hungernden hungerte, mit den Weinenden weinte, für die Gefangenen betete, über das Böse in heiligem Zorn zürnte, die die Hoffnung nie fahren ließ.“³⁶

Marie Clauss

Zum engen Helferkreis um Maas und Marie Baum gehörte die Ärztin Dr. Marie Clauss (1882–1963), Enkelin des Philosophen Kuno Fischer. Dieser „außerordentlich mutigen Frau“³⁷ gelang es in Kooperation mit Maas, dass Liese Hachenburg,³⁸ die am 27. Januar 1935 mit 43 Jahren von Maas in der Heiliggeistkirche getauft³⁹ wurde, 1940 und auch an einem späteren Termin nicht deportiert wurde, bis schließlich ihr Abtransport nach Auschwitz im März 1943 nicht mehr zu verhindern war.⁴⁰ Marie Clauss war die einzige Ärztin, die in diesen Jahren in Heidelberg Juden behandelte⁴¹, und die einzige Heidelbergerin, die am 22. Oktober 1940 die jüdischen Einwohner, die nach Gurs deportiert wurden, bis zum Bahnhof begleitete.⁴² Marie Clauss war es auch, die die Medikamente am 22. Oktober 1940 besorgte, damit einige Heidelberger Juden transportunfähig wurden und ihnen die Deportation nach Gurs erspart blieb.⁴³

Annemarie Fraenkel

Zum Helferinnenkreis ist die Nationalökonomin Dr. Annemarie Fraenkel, die *nichtarische* Leiterin des Evangelischen Jugend- und Wohlfahrtsdienstes in Heidelberg, zu zählen. Vom 4. bis 6. Mai 1933 war sie nach einer Pressekampagne in *Schutzhaft*⁴⁴ und am 1. Oktober 1933 „aus dem Dienst [...] ausgeschieden“⁴⁵.

36 Weiter erwähnte Maas die Begegnungen zwischen Marie Baum und Elisabeth von Thadden und den Einsatz von Marie Baum für die Wiedereröffnung der Elisabeth-von-Thadden-Schule (Sammlung Eberhard Röhm, Leonberg: Marie Baum an Hermann Maas vom 27.3.1952; Hermann Maas: Frau Dr. Marie Baum zum 90. Geburtstag am 23.3.1964). Von Herbst 1945–1961 war Marie Baum Mitglied im Kuratorium der Elisabeth-von-Thadden-Schule. Vgl. Norbert Giovannini, Claudia Rink, Frank Moraw: *Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933–1945. Biographisches Lexikon mit Texten.* Hg. vom Förderkreis Begegnung, Heidelberg 2011, S. 45. Vgl. den Beitrag von Almut Agnes Meyer zu Elisabeth von Thadden und von Reinhard Riese zu Marie Baum in diesem Band.

37 Ebd., S. 55; Moraw (Anm. 17), S. 544–46.

38 Die Taufe von Liese Hachenburg ist ein Beispiel für viele undokumentierte Taufen von Juden.

39 Seiner Gemeinde in Heiliggeist verschwieg Maas die Taufe. Er berichtete nur von fünf Kindertaufen im Januar 1935 (Gemeindeblatt Heiliggeist Heidelberg, 1935, S. 55). Zu Marie Clauss vgl. den Beitrag von Renate Marzolf in diesem Band.

40 Ebd., vgl. auch Beitrag von Ingrid Moraw zum Ehepaar Paul und Else Hirsch in diesem Band.

41 Pepperl (wie Anm. 22), S. 57.

42 Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 36), S. 55.

43 Siehe die Hinweise auf Elisabeth Hachenburg in den Beiträgen von Renate Marzolf zu Marie Clauss und Leontine Goldschmidt, geb. Edle von Portheim.

44 Schadt, Caroli (wie Anm. 28), S. 106; Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 36), S. 115.

45 LKA (wie Anm. 1), SpA 3778: Visitationsbericht Heidelberg, 1933.

Dieses Vorgehen gegen Annemarie Fraenkel müsste für Maas eine Warnung gewesen sein. Annemarie Fraenkel war Tochter des bekannten Arztes und Gründers des Krankenhauses Speyererhof Prof. Dr. Albert Fraenkel (1864–1938),⁴⁶ der die Strophantinterapie bei Herzinsuffizienz entwickelt hatte. Die Familie Fraenkel unterstützte die Arbeit von Maas bereits in den 1920er Jahren auch finanziell: „Zuerst gründeten wir die sogenannte ‚Notgemeinschaft.‘ Bei ihr half mir in geistvoller gütiger Weise Professor Dr. Fraenkel, der nicht bloß einer der größten Herzärzte war, sondern ein warmes Herz für unsere Nöte hatte.“⁴⁷

Als Fraenkel am 22. Dezember 1938 verstarb, hielt Maas am 27. Dezember 1938 auf dem Bergfriedhof in Heidelberg im „kleinen Kreise“ die Trauerrede über Johannes 15,16. Maas schwieg „über so viel äußere Dinge“⁴⁸ und würdigte diesen großen Arzt. Auf seinem Manuskript strich Hermann Maas das Wort „Bestattung“ durch und schrieb Trauerfeier darüber, da sich die Stadtverwaltung weigerte, die Urne auf dem Bergfriedhof im Familiengrab der Familie Anschütz – die Tochter Elisabeth war mit dem Landgerichtspräsidenten und Sohn des Heidelberger Staatsrechtlers Gerhard Anschütz, Hans Anschütz, verheiratet – beisetzen zu lassen. Auch eine Vermittlung von Maas auf das Angebot, „daß die Urne bei ihm beigesetzt werden könnte“⁴⁹, hatte keinen Erfolg. Bis zur Überführung auf den Heidelberger Bergfriedhof 1947 befand sich die Urne auf dem Friedhof Ruvigliana bei Lugano.⁵⁰

Elisabeth von Thadden⁵¹

Die am 29. Juli 1890 in Mohrungen (Ostpreußen) geborene und am 8. September 1944 in Berlin hingerichtete Pädagogin Elisabeth von Thadden war eine enge Mitarbeiterin von Maas in Heidelberg. 1905 war sie als Schülerin des Viktoria-Pensionats in Baden-Baden das erste Mal in Baden. Im elterlichen Gut in Trieglaff lernte sie 1916 Friedrich Siegmund-Schultze kennen. Gemeinsam organisierten sie eine „Kinderlandverschickung“. In dem von Marie Baum gegründeten Kinderdorf Heuberg auf der Schwäbischen Alb arbeitete Elisabeth von Thadden ab April 1921 mit. Am 13. September 1934 besuchte Maas das Kinderdorf Heuberg.⁵² Wahrscheinlich traf er dort Elisabeth von Thadden. So kannte diese mit Siegmund-Schultze⁵³ und Marie Baum zwei weitere enge Mitarbeiter

46 Peter Drings, Jörg Thierfelder, Bernd Weidemann, Friedrich Willig (Hgg.): Albert Fraenkel – Ein Arztleben in Licht und Schatten 1864–1938, Landsberg 2004.

47 Hermann Maas: Schwester Lilli Hausrath 80 Jahre alt und unsere Heiliggeist Gemeinde (Ms. in the Archive of the Heiliggeistkirche, Heidelberg: Number 61 in the Thomas register).

48 Worte gesprochen bei der Trauerfeier von Prof. Dr. Albert Fraenkel auf dem Bergfriedhof in Heidelberg am 27.12.1938 (Sammlung Albrecht Lohrbächer, Weinheim).

49 GLA 59/9/2588: Hans Anschütz im Spruchkammerverfahren gegen Bürgermeister Max Genthe am 5.4.1948; abgedruckt bei Moraw (wie Anm. 17), S. 517.

50 Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 36), S. 114.

51 Vgl. hierzu den Beitrag von Almut Agnes Meyer zu Elisabeth von Thadden in diesem Band.

52 Gemeindeblatt Heiliggeist Heidelberg, 1924, S. 286.

53 Auf dem Schreibtisch von Elisabeth von Thadden stand ein Bild Siegmund-Schultzes. Siehe

von Maas, als sie 1926 nach Heidelberg kam. Am 1. Januar 1927 gründete sie in Wieblingen bei Heidelberg das „Evangelische Landerziehungsheim für Mädchen Schloß Wieblingen“. Über die Schülerinnen der Frauenschule schrieb Elisabeth von Thadden:

„Sie [sc. die Schülerinnen] sollen draußen den Blick weiten. Sie sollen trotz aller Schwierigkeiten versuchen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, denn gerade die Erlebnisse und Erfahrungen, die ihnen im außerfamiliären Raum ein Berufsleben schenken, können der Familie später zum Reichtum und Segen werden“.⁵⁴

Das Verhältnis zu den Wieblinger Pfarrern, dem eher deutschnational orientierten Heinrich Neu (1864–1963), der bis 1933 amtierte und dem überzeugten Nationalsozialisten und Anhänger der *Deutschen Christen* Hans Bähr war äußerst schlecht. Mit Hans Bähr konnte es keine Zusammenarbeit geben. Aber schon in den Anfangsjahren des Wieblinger Landerziehungsheimes erteilte Adolf Nieden, der Pfarrer der Kapellengemeinde Heidelberg, dort den Religions- und Konfirmationsunterricht. Neu beschwerte sich darüber am 2. April 1929 beim Evangelischen Oberkirchenrat. Auch Pfarrer Nieden forderte vom OKR Klarheit, „wo in Zukunft die Töchter des Erziehungsheimes konfirmiert werden sollen“.⁵⁵ Bereits eine Woche später, am 9. April 1929, schrieb der OKR an die Pfarrer Neu und Nieden: „An und für sich kann selbst die Konfirmation durch Pfarrer Nieden innerhalb der Anstalt vollzogen werden. Um jedoch Ungelegenheiten und Unfrieden, die leicht entstehen könnten, zu beseitigen, ordne ich an, daß, solange die Anstalt durch Pfarrer Nieden betreut wird, auch die Konfirmation in Heidelberg stattfindet.“⁵⁶ Dadurch wurde die Beziehung zu Pfarrer Neu, der seine Autorität untergraben sah, noch stärker zerrüttet. Als Pfarrer Nieden gesundheitsbedingt diese Mehrbelastung nicht weiter ausüben konnte, sprang Maas ein und übernahm die Konfirmanden des Wieblinger Erziehungsheimes.⁵⁷ Ab 1935 übernahm Maas zudem noch einige Stunden Religionsunterricht, was die Bindung zwischen ihm und der Wieblinger Schule noch enger werden ließ.⁵⁸ 1931 besuchten einige Schülerinnen mit dem Heidelberger Dekan Schlier die Heidelberger Synagoge. Es kann gut sein, dass dieser ungewöhnliche Besuch von Maas vermittelt wurde.⁵⁹

Hermann Maas: Friedrich Siegmund-Schultze. Ein Bahnbrecher christlicher Solidarität, in: Günter Gloede (Hg.): Ökumenische Profile Heft II/4, Berlin 1970, S. 251–63; derselbe Artikel in Hermann Maas: Friedrich Siegmund-Schultze – Ein Bahnbrecher christlicher Solidarität, in: Günter Gloede (Hg.): Ökumenische Gestalten. Gestalten der Einen Kirche in aller Welt, Berlin 1970, S. 99–108.

54 Matthias Riemenschneider, Jörg Thierfelder (Hgg.): Elisabeth von Thadden. Gestalten – Widerstehen – Erleiden, Karlsruhe 2002, S. 79f.

55 LKA (wie Anm. 1), SpA 13329: Wieblingen.

56 Ebd.

57 Riemenschneider (wie Anm. 53), S. 86.

58 Rüdiger Baron: Reformpädagogik und evangelische Schule im 20. Jahrhundert, Münster u.a. 2011, S. 72.

59 Ebd., S. 73.

In einem Bericht des Sicherheitsdienstes (SD) über Elisabeth von Thadden vom 24. März 1941 heißt es: „Vor der Machtergreifung war sie stramm deutsch-national, dann volksskonservativ, freilich mit Beziehungen zur Gegenseite, etwa zum badischen Zentrum wie zu Nationalsozialisten (wie Exzellenz von Reichenau).“⁶⁰ Die Betonung des Nationalen und des Christlichen fanden bei von Thadden Anklang. Ihre Erziehung und ihre Herkunft taten ein weiteres dazu. Ihre Schwester erinnerte sich: „In uns Ostdeutschen, die wir durch Jahrhunderte hindurch im Luthertum und im preußischen Staat erzogen worden sind, steckt so viel Treue gegenüber Obrigkeit, dass es zunächst einmal nahe lag zu sagen: Lass sie versuchen zu zeigen, was sie können. Meine Schwester war ganz besonders geneigt mitzumachen und zu helfen, wo anscheinend gute Arbeit angefangen wurde.“⁶¹ Elisabeth von Thadden setzte sich bei dem befreundeten Oberst und Reichswehroffizier Walter von Reichenau (1884–1942), den sie über das Viktoria-Pensionat kannte, für Maas ein, der nach seiner Rückkehr aus Palästina Predigtverbot bekam. Sie erhielt am 14. Juli 1933 über den Heidelberger Anwalt folgende Auskunft:

„Der Ordnung halber bestätige ich Ihnen auf Wunsch unser soeben geführtes Telefongespräch, in dem ich Sie von der gestrigen Unterredung mit Exzellenz von Reichenau und Herrn [SA-]Stabsleiter Röhm in Kenntnis setzte. Aufgrund des abgeschlossenen Kirchenvertrags greift der Staat nicht in Kirchenfragen ein und somit kann Herr Pfarrer Maas am 23. d. Mts. und auch sonst predigen. Da dieser Angelegenheit auch außenpolitisch Bedeutung beizumessen ist, so wird von Parteiseite aus für Ruhe und Ordnung gesorgt werden.“⁶²

Auch durch die Bekanntschaft mit Maas, der von 1936 bis 1939 an ihrer Schule unterrichtete und „Hausseelsorger“ in Wieblingen war, kam der Bruch mit dem Nationalsozialismus. Am 1. November 1934 trat Elisabeth von Thadden der Bekennenden Kirche bei. Die Beitrittserklärung unterschrieb Pfarrer Maas.⁶³ Bis 1938 besuchten Schülerinnen jüdischer Abstammung, so genannte *Halbjüdinnen*, die Wieblingen Schule. Bei einem Einstellungsgespräch sagte Elisabeth von Thadden zu einer nach den Nürnberger Rassegesetzen betroffenen Mutter: „Ihre Tochter ist sehr willkommen bei mir, es ist selbstverständlich, daß sie hier nicht isoliert sein wird. [...] Sie helfen mir, meine Kinder zu aufgeschlossenen und verständnisvollen Menschen zu erziehen.“⁶⁴ Von Thadden war stets bereit, Juden zu helfen, machte aber auch 1939 einer Mutter deutlich, dass sie nicht für die Sicherheit ihrer Tochter bürgen könne und empfahl ein Internat in der Schweiz. Es kam vor, dass jüdische Schülerinnen in Wieblingen „versteckt“ wurden, bis sie von Elisabeth von Thadden und Maas ins sichere Ausland gebracht werden konnten. Mit großer Empörung reagierte Elisabeth von Thadden, als Maas sie über die Pogromnacht vom 9./10. November 1938 informierte. Eine ehemalige

60 Riemenschneider (wie Anm. 53), S. 96.

61 Ebd., S. 98.

62 Ebd., S. 103.

63 Ebd., S. 107.

64 Ebd., S. 110.

Schülerin erinnerte sich nach dem Krieg daran, „daß Elisabeth voller Zorn vor dem Abendessen im Eß-Saal gesagt habe, von heute an schäme sie sich, eine Deutsche zu sein“. ⁶⁵ Elisabeth von Thadden besuchte mit ihren Schülerinnen sonntags nicht den Gottesdienst in Wieblingen, sondern sie fuhren in die Heidelberger Altstadt in die Heiliggeistkirche zu Pfarrer Maas. Die damalige Schülerin Marianne Weber erinnerte sich, „zur Predigt von Maas zu gehen sei ein Bekenntnis, ein christliches Wagnis. Maas habe auch entsprechend gesprochen.“ ⁶⁶

Maria Sello

Eine weitere Kontaktfrau für Maas war die Jüdin Maria Sello, die ab dem Juni 1931 ein Praktikum als Gemeindegemeindefürsorgerin in der Heiliggeistgemeinde absolvierte ⁶⁷ und von 1937 bis 1941 in der Berliner Zentrale der Bekennenden Kirche arbeitete. Marga Meusel nahm sie dort auf. ⁶⁸ Auch ihr Vater Dr. Arthur Sello war viel für das Büro Grüber unterwegs. ⁶⁹

Wilhelm Bender

Es waren überwiegend Frauen, die Maas bei seinen Aktionen für verfolgte Juden in Heidelberg halfen. Doch gab es mit Wilhelm Bender ⁷⁰ auch einen Mann als Helfer. Selbst in der Heidelberger Gestapo fand Maas Unterstützung für seine Rettungstaten: „Einmal soll ein Gestapo-Mann gesagt haben: ‚Herr Pfarrer, heute geht es um Ihren Kopf, woraufhin der Pfarrer antwortete: ‚Wenn es so steht, dann will ich Ihnen wenigstens sagen, weshalb ich den riskiere.‘ Der Gestapo-Mann wurde später sein heimlicher Helfer.“ ⁷¹ In seinem Lebensrückblick schrieb Maas über dieses Verhör: „Es habe sich gelohnt, das Protokoll zu machen, der B. war unser heimlicher Helfer.“ ⁷²

Dieser Gestapo-Mann – Maas’ Helfer und gleichzeitig Gegenspieler – war Wilhelm Bender (geb. 4. Juni 1894), der von 1941 bis 1945 stellvertretender Leiter der Gestapo Heidelberg und seit dem 5. Mai 1933 Mitglied der NSDAP war.

⁶⁵ Ebd., S. 112.

⁶⁶ Jörg Thierfelder: Hermann Maas und die badische Landeskirche im Dritten Reich, in: Uwe Uffelmann (Hg.): Das Land zwischen Rhein und Odenwald. Eine Ringvorlesung zur Region, Villingen-Schwenningen 1987, S. 158–171, Zit. S. 165.

⁶⁷ Genau 60 Jahre später schrieb die 82-jährige Maria Sello über ihr Praktikum bei Hermann Maas. Wieder in Berlin zurück, blieb der Kontakt dennoch bestehen. Maas „half mir, da ‚christliche Nichtarierin‘ durch die grausame Hitlerzeit mit vielen, vielen Trostbriefen, schriftlichen Ratschlägen und hilfreichen Besuchen in Berlin (LKA (wie Anm. 1), NL Maas 58/1: Gästebuch des Hermann-Maas-Archivs u. -Studienzentrums Heidelberg, Heiliggeiststr. 17, eröffnet zum Beginn der Woche der Brüderlichkeit am Sonntag, den 3. März 1991).

⁶⁸ Zu Hartmut Ludwig vgl. <http://www.stthomas-berlin.de/allerlei/2007/meusel.htm> (22.6.2012).

⁶⁹ Pepperl (wie Anm. 22), S. 57.

⁷⁰ Zum „Fall Bender“ vgl. die Beiträge Norbert Giovannini: Herr und Frau Courage; ders.: Brandstifters Biedermann in diesem Band.

⁷¹ Prälat D. Hermann Maas gestorben, in: Aufbruch vom 11.10.1970.

⁷² Keller (wie Anm. 4), S. 93.

Aus der Kirche trat Bender 1941 aus.⁷³ Bender konnte bei den Verhören sehr grausam sein. Er war aber auch schlau genug, sich einige jüdische „Freunde“ zu halten, von denen er sich einen Nutzen versprach. 1945 wurde er interniert; am 28. November 1947 verurteilte ihn die Spruchkammer zu einem Jahr auf Bewährung und 800 RM Strafe. Er wurde als „Belastet“ eingestuft.⁷⁴ Am 16. Februar 1948 wurde die Gerichtsverhandlung wieder aufgenommen. Bender stellte eine Liste mit Namen zusammen, die ihn entlasten sollten. Auch Maas stand auf der Liste.⁷⁵ Am 12. Mai 1948 wurde Bender aus dem Internierungslager Ludwigsburg entlassen. Bei den Verhandlungen verkaufte sich Bender als Helfer der Juden, der immer wieder habe Akten verschwinden lassen oder sie auf dem Stapel nach unten habe wandern lassen, was er im Fall des Jugendlichen Arie (Alfred) Flor wohl auch tat.

„Ich sage die volle Wahrheit. Ich war bei den Juden sehr bekannt, sie sind alle zu mir gekommen. Ab 1938 hatte ich kein Judenreferat mehr [...]. Bei uns waren vorläufige Maßnahmen. Ein kleiner Gestapomann konnte niemanden ins KZ bringen. Das ging alles von Berlin aus. [...] Am meisten hatte ich mit der Kirchenüberwachung zu tun. Da kam nicht eine einzige Verhaftung vor.“⁷⁶

Else Hirsch bestätigte Benders Aussage:

„Dabei habe sich über die Jahre ein gewisses Vertrauensverhältnis entwickelt. Bender habe ihr, wenn das Gespräch auf ihren Mann kam, versichert, dass sie nichts zu befürchten brauche und dass er immer einen Ausweg finden werde.“⁷⁷

In diesem Verfahren wurde Bender weiter zitiert:

„Durch meine Tätigkeit in den Jahren 1934 bis 1938 kam ich mit dem Großteil der Geistlichkeit und der Judenschaft in Berührung und ich glaube ohne Überheblichkeit sagen zu können, daß sich auch nicht ein einziger Geistlicher oder Jude in der Tat über mich beklagen wird oder sagen kann, er sei von mir unmenschlich oder unwürdig behandelt worden. Vielmehr stand meine Person auch in diesen Kreisen in gutem Ansehen und Ruf und viele wandten sich mit ihren Anliegen bis in die letzte Zeit vor dem Zusammenbruch an mich, ja sogar heimlich in meiner Privatwohnung. [...] Die Rücksichtnahme auf der Erhaltung meiner Existenz setzte mir selbstverständlich Grenzen.“⁷⁸

Im Entnazifizierungsverfahren 1948 von Wilhelm Bender äußerte sich Maas über den Gestapo-Beamten:

73 Michael Stolle: Die Geheime Staatspolizei in Baden: Personal, Organisation, Wirkung und Nachwirken einer regionalen Verfolgungsbehörde im Dritten Reich (Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, 6), Konstanz 2001, S. 349.

74 GLA Ztr.Spr.K. 465a/B/SV/1.977: „Spruch“ im Internierungslager Ludwigsburg, 28.11.1947. Vgl. Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 36), S. 107f.

75 Ebd. Liste von Wilhelm Bender an die Spruchkammer vom 25.4.1948.

76 Ebd. Kurt Rau, Betr. Spruchkammersache Wilhelm Bender vom 6.7.1948. Zu Alfred Flor vgl. Norbert Giovannini, Frank Moraw (Hgg.): *Erinnertes Leben. Autobiographische Texte zur jüdischen Geschichte Heidelbergs*, Heidelberg 1998, S. 335–339.

77 Moraw (wie Anm. 17), S. 107.

78 GLA Ztr.Spr.K. 465a/B/SV/1.977: Schriftliche Zeugenvernehmung von Wilhelm Bender, Lagerspruchkammer 75, Kornwestheim.

„Ich erinnere mich besonders an die Art und Weise, wie er in unseren Versammlungen der Bekennenden Kirche beiwohnte, ohne darauf bedacht zu sein, nun Dinge zu finden, die zu einem Verbot oder zu einer Verhaftung oder Bestrafung von uns [...] führen mußten. [...] Ich erinnere mich noch besonders an ein sehr langes Gespräch, bei dessen Beginn ich meine Verhaftung als unvermeidlich ansah, weil eine Anzeige erfolgt war gegen mich, nach der ich einen grauenhaften Vorgang im KZ Oranienburg, dem ein Freund von mir zum Opfer fiel, empört weitererzählte und auch in meiner Predigt berührte. Er hat mir damals die Möglichkeit gegeben, ihm das Protokoll unsrer Unterredung in die Feder zu diktieren.“⁷⁹

Hermann Maas – Internationales und nationales Engagement

Vor allem durch die Mitarbeit im Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen konnte Hermann Maas international helfen. Zu nennen sind hier die Tagungen des Weltbundes in Fanö (1934), in Chamby sur Montreux am Genfer See (1936), Larvik (1938) und die Gründung des International Christian Committee for German Refugees in London (1936).⁸⁰ In nationalen Netzwerken war Maas ab 1938 in der „Kirchlichen Hilfsstelle für evangelische Nichtarier“, das spätere „Büro Grüber“, mit Sitz in Berlin eingebunden. Ursprünglich hätte Maas die Hilfsstelle in Berlin leiten sollen. Pastor Heinrich Grüber erinnerte sich:

„Es ging zunächst darum, einen Mann zu gewinnen, der von der Kirche freigestellt wurde und hauptamtlich die Hilfsstelle leiten konnte. Ich schlug Pfarrer Maas aus Heidelberg vor, der auf diesem Gebiet Erfahrung besaß, und den man nicht nur im Ausland, sondern auch in Deutschland als Freund der jüdischen Mitmenschen kannte. Pfarrer Maas wollte seine bisherige Arbeit in Heidelberg aber nicht aufgeben.“⁸¹

Zum 85. Geburtstag von Maas schrieb Grüber im August 1962:

„Als wir im Kreise der Bekennenden Kirche die Möglichkeit der Hilfe für die Verfolgten überlegten, hatten wir unsere ganze Hoffnung auf Hermann Maas gesetzt. Er wäre der gegebene Leiter der damals ins Leben gerufenen Hilfestelle gewesen, aber er glaubte, seine Gemeinde in Heidelberg und seine vielen jüdischen Freunde in seiner Heimat nicht verlassen zu dürfen.“⁸²

Wenn man bedenkt, dass noch kurz vor der Einrichtung des Büros Grüber das Flehen und Bitten von Maas nach einer nationalen Hilfsstelle unerhört blieb, wuchs dieses sehr schnell. Bereits im März 1939 verfügte Grübers Organisation

79 Frank Moraw: Maas wurde schon 1933 als ‚Judenpfarrer‘ verunglimpft: Forschungserkenntnisse zeigen, wie sich der Heiliggeistpfarrer mit der Gestapo auseinandersetzte und wie er trotz Nazi-Diktatur international vernetzt war, in: Rhein-Neckar-Zeitung vom 10.2.2009.

80 Markus Geiger: Hermann Maas – Eine Liebe zum Judentum. Leben und Wirken des Heidelberger Heiliggeistpfarrers und badischen Prälaten, Heidelberg 2016, S. 236–254.

81 Grüber (wie Anm. 9), S. 105.

82 Heinrich Grüber: Liebe zu Israel – Zum 85. Geburtstag von Prälat D. Hermann Maas, in: Gemeindegruss. Evangelisches Sonntagsblatt für Stadt und Land [Kaiserslautern] vom 12.8.1962 (no page number. No. 86 in the Thomas register of the Archive of the Heiliggeistkirche, Heidelberg).

über 22 Hilfsstellen, die über das gesamte Reich verteilt waren. Es entstand ein flächendeckendes Netz. Maas war für Heidelberg und Baden zuständig.⁸³

Hermann Maas – Sein Engagement in Heidelberg und der Region

Maas setzte sich nicht nur für die verfolgten Juden auf nationaler und internationaler Ebene ein, sondern er half, wo und wie er konnte, auch in Heidelberg und Umgebung. Für die Nationalsozialisten war er „der Judenpfarrer“. Maas setzte sich für Glaubensjuden und nichtarische Christen ein. Äußeres Zeichen war das Anbringen einer Mesusa – einer jüdischen Türpfostenkapsel, an der rechten Tür seines Pfarrhauses,⁸⁴ damit „meine jüdischen Freunde wissen sollen, daß sie bei mir sicher sind.“⁸⁵ Maas selber schrieb in seinen Worten über die Mesusa: „Die Mesusa aber brachte ich 1933 am rechten Pfosten meiner Eingangstür an, damit jeder jüdische Besucher – und wie viele waren es täglich – wusste, daß hinter die-



Hermann Maas in seinem Arbeitszimmer (Foto: Joachim Hartmann, Markus Geiger)

83 Zu weiteren internationalen Vernetzungen von Hermann Maas vgl. den Beitrag von Norbert Giovannini: Herr und Frau Courage in diesem Band.

84 Im Pfarrhaus in der Hirschstraße 17 wohnte nicht nur die Familie Maas, sondern auch die Familie Oestreicher. Leider ist nicht belegt, wie Pfarrer Oestreicher zur Anbringung der Mesusa stand.

85 Hermann Maas: George Vidai. Ein wahrer Freund des jüdischen Volkes, in: Aufbau. Deutsch-jüdische Wochenzeitung. New York vom 25.11.1960, abgedruckt bei Keller (wie Anm. 4), S. 88.

ser Tür einer auf sie warte, der sie liebe und helfen wolle, so gut er könne.“⁸⁶ Vor allem für die orthodoxen Juden war die Mesusa ein Türöffner. Sie nahm ihnen die Unsicherheit, in einem Pfarrhaus um Hilfe zu bitten.⁸⁷

Die Hilfe von Maas in der Region Heidelberg und Mannheim war vielfältig. Es war seelsorgerliche und materielle Hilfe. Es waren auch „Kleinigkeiten“, alltägliche Begebenheiten, die in Erinnerung blieben. So als Maas z.B. die Kohlen des Philosophen Karl Jaspers⁸⁸ und seiner jüdischen Frau in den dritten Stock ihres Hauses in der Plöck in Heidelberg trug⁸⁹ – und dies nicht nur einmal! Dies sind weitere Beispiele: Maas besorgte einer jüdischen Familie 1937 einen Grabstein für den Familienvater. Er schenkte einem 13 Jahre alten Heidelberger Mädchen eine Regenjacke, als sie 1939 emigrierte.⁹⁰ Maas schrieb unzählige Briefe, Karten und führte seelsorgerliche Gespräche, um Trost zu spenden. Einer verunsicherten und ängstlichen jüdischen Frau, Annemarie Conzen, sprach Maas Mut zu: „Aber freuen Sie sich doch, dass Sie dem Volke Israel angehören dürfen!“⁹¹ Dies war für sie etwas ganz Neues, denn bisher hatte sie ihr Judentum nur als Fluch und Last betrachtet. Der Heidelberger Pfarrer Maas gab Annemarie Conzen Empfehlungen für einen Freundeskreis in Berlin mit. Dies waren Personen aus dem Widerstand.⁹² Annemarie Conzen war Nachbarin des Admirals Canaris und wurde als Teilnehmerin des „Unternehmens Sieben“ 1942 gerettet.⁹³ Einer anderen Frau, einer *Halbarierin*, vermittelte Maas 1937 eine Krankenschwesterausbildung in Stettin und später Papiere für eine Ausreise in die USA.⁹⁴

Während der Pogromnacht vom 9. November 1938 und bei der Deportation der Jüdinnen und Juden aus Baden, der Pfalz und dem Saarland nach Gurs am 22. Oktober 1940 half Hermann Maas in Heidelberg und Mannheim so gut er konnte.⁹⁵

Auch in den folgenden Jahren blieb Maas unermüdlich in seinem Einsatz für die Verfolgten: Nach Kriegsbeginn half er denen, die auch unter wirtschaftlicher Not zu leiden hatten und oft in ärmlichen Verhältnissen lebten, indem er ihnen Lebensmittel, Fleischmarken und Geld besorgte. Täglich hatte er Besuch von

86 Hermann Maas: Israel – Volk und Land, in: Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz, vom 3. Aug. 1962, S. 23 (schwarzer Ordner: Nummer 84 in the Archives of the Heiliggeist Kirche, Heidelberg, in the Thomas register).

87 Stadtarchiv Karlsruhe: 8/Sts 13, Nr. 230, S. 3: Karl Herrmann, Mai 1990.

88 Mit dem Ehepaar Jaspers war Maas, so Kornelie Hartmann, sehr eng befreundet: „Mit Jaspers bin ich auf dem Schoß gesessen“, erinnerte sie sich in einem Gespräch im Februar 2008 mit dem Verfasser.

89 Im Erdgeschoss dieses Hauses unterhielt die Evangelische Kirche eine Einrichtung für Jugendliche.

90 Pepperl (wie Anm. 22), S. 47ff.

91 Annemarie Conzen: Zum Gedenken für Prälat D. Hermann Maas in Heidelberg. Buenos Aires 1974, Privatbesitz von Brigitte Scherr, Schwetzingen. Kopie im Besitz des Verfassers.

92 Ebd.

93 Mehr dazu in Röhm, Thierfelder (wie Anm. 8), Bd. 4/1, S. 416.

94 Pepperl (unveröff. Materialband) (wie Anm. 22), S. 48.

95 Geiger (wie Anm. 78), S. 271–303; vgl. Beitrag von Norbert Giovannini: Herr und Frau Courage im vorl. Band.

Verfolgten, die auf dem Flur warteten. Er ließ in seiner Hilfsarbeit nicht nach und empfand es als seine Pflicht, zu helfen.⁹⁶ Über sein eigenes Empfinden schrieb er an Esther Simpson: „Wir gehen ja wie die Gehetzten durch unsere Tage und doch in einem eigentümlichen Hochgefühl der Verbundenheit mit den Aufrechten, [...] den Verfolgten, den vielen, vielen jüdischen Freunden.“⁹⁷ Etwas später schrieb er ihr über die schwierige politische Lage: „Umso weniger dürfen wir loslassen und verzweifeln. Wir wollen uns lieber zu Tode hoffen als im Zweifel untergehen. Darum werde ich mich auch an jene Begrenzung der Arbeit [...] nicht halten.“⁹⁸

Wie vielen Verfolgten Maas zwischen 1933 und 1945 helfen konnte, wird immer ein Geheimnis bleiben. Viele Dokumente sind vernichtet und er selbst sprach nach 1945 wenig darüber.⁹⁹ Maas setzte sich gleichermaßen für Glaubensjuden und für getaufte Juden ein. Menschen, denen Maas half, waren u.a. Martha und Paul Rosenzweig, Alfred Flor, Familie Fisch, Alfred Hirsch und Hans Reiss.¹⁰⁰



Hermann Maas (Foto:
Joachim Hartmann,
Markus Geiger)

96 Stadtarchiv Karlsruhe: 8/Sts 13, Nr. 230, S. 2: Karl Herrmann, Mai 1990.

97 Hermann Maas an Esther Simpson vom 6.4.1935, abgedruckt im unveröffentlichten Materialband von Claudia Pepperl (vgl. Anm. 22), S. 26.

98 Hermann Maas an Esther Simpson vom 14.4.1935, abgedr. in: Pepperl: Materialband (wie Anm. 94), S. 32.

99 Vgl. Marie Baum (wie Anm. 29), S. 100.

100 Diese Fälle werden hier ausführlich beschrieben: <http://opus.ph-heidelberg.de/frontdoor/index/index/docId/51>, S. 296–304 (24.6.2015).

Claudia Pepperl sowie Norbert Giovannini, Claudia Rink und Frank Moraw haben weitere Beispiele des Eintretens von Maas für verfolgte Juden im Dritten Reich beschrieben.¹⁰¹ Sie nennen Hedwig Basnizki (verh. Hedwig Hesse) und Dora Basnizki (verh. Dwora Kaufmann) (geb. 1923),¹⁰² Walter Ludwig und Julius Paul Durlacher (geb. 1927) und die Brüder Rolf und Ernst Kaufmann-Bühler, die im April 1939 mit Hilfe von Maas durch einen Kindertransport nach Großbritannien gerettet wurden. Alle Fälle machen deutlich, dass es für Maas, trotz aller Schwierigkeiten, eine Herzensangelegenheit war zu helfen. Wenn es ihm möglich war, schenkte er den meist jungen Menschen etwas Persönliches. Cecily Nabarro erinnerte sich an einen von Maas zur Ausreise geschenkten Regenmantel.¹⁰³ Der Tochter des Schauspielers Walter Jensen gab Maas ein Deutsch-Englisches Wörterbuch.¹⁰⁴ Ein weiteres Zeichen für den Einsatz für die Verfolgten von Maas als Heidelberger Pfarrer waren die mindestens 16 Taufen von Juden zwischen 1919 und 1940. Das Taufbuch für den 1. Bezirk der Heiliggeistkirche belegt die Taufen von Alice Böhm, Walter Ernst Nöther, Elisabeth Marianne Grunbaum, Paula Mayer, Hans Peter Leiser, Bruno Fritz Gaus, Martin Wolfgang Kahn, Klaus George, Josef Kahn, Lisa Klein, George Herbert Höhne, Marianne Oettingen, Liese Hachenburg, Hans Heinrich Hachenburg, Anna Herrmann (unklar, ob sie jüdisch war), Therese Matschet und Hans Flor (Peterskirche). 1936 ermöglichte Maas Walter Norton (1919–2008), der am 2. Mai 1920 von Maas¹⁰⁵ getauft wurde, und dessen Mutter die Ausreise von Mannheim nach England. Erst im Alter erfuhr Norton aus Briefen seiner Mutter, dass Maas ihnen das Leben gerettet hatte. Aus Dankbarkeit wurde Norton Initiator und mit 100.000 DM Hauptgeldgeber der Hermann-Maas-Stiftung, die 1988 gegründet wurde.¹⁰⁶

101 Pepperl (wie Anm. 22) und Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 36).

102 Giovannini, Moraw (wie Anm. 74), S. 43. Dora Basnizki sprach darüber 2006: „Meine Schwester Hedwig kam Anfang 1939 mit einem Kindertransport nach England.“; „Der Heidelberger Pfarrer Hermann Maas hatte diesen organisiert“; „Dora Kaufmann berichtete Schülerinnen und Schülern des Helmholtz-Gymnasiums von ihrem Leben.“ (Stadtblatt – Amtsanzeiger der Stadt Heidelberg 14. Jahrgang – Ausgabe Nr. 22 vom 21.5.2006; vgl. auch http://ww2.heidelberg.de/stadtblatt-online/index.php?artikel_id=881 (16.1.2013)).

103 „When I left Heidelberg to come to England, Pfarrer Maas gave me a beautiful navy overcoat, which I treasured for a long time.“ Cecily Nabarro an das Simon Wiesenthal Center im Frühjahr 1994, abgedr. in: Pepperl: Materialband (wie Anm. 93), S. 67.

104 Ebd.

105 Maas wohnte in seiner Mannheimer Zeit unweit der Villa Norton in Mannheim am Bismarckplatz (Gespräch von Hilde Bitz und Markus Geiger vom 11.11.2011).

106 Walter E. Norton wurde am 20.11.1919 als Walter Noether in Heidelberg geboren, am 2.5.1920 durch Pfarrer Maas getauft und am 11.3.1934 in der Christuskirche in Mannheim konfirmiert. Er war der dritte Sohn des Familienunternehmens Josef Noether & Co. in Mannheim. Gemäß seinem Wunsch wurde der Vater F. S. Noether im Familiengrab in Mannheim beigesetzt. Die Mutter ist auf Rat von Maas mit Walter und seinem Bruder im Jahr 1936 nach England ausgewandert, wo sie ein zweites Leben begonnen haben. Walter E. Norton gründete 1952 seine eigene Firma W. E. Norton (Machine Tools) Ltd., wurde dann Präsident von The British Association of Machine Tool Merchants und erwarb zwischen 1960 und 1970 viele andere Handels- und Fabrik-Gesellschaften. In Erinnerung an die schweren Jahre zwischen 1933 und 1945 rief Walter E. Norton die Hermann-Maas-Stiftung ins Leben, im Gedenken an Prä-



Pfarrer Hermann Maas im Talar und seine Frau Cornelia (Foto: Joachim Hartmann, Markus Geiger)

lat Maas, der lebenslänglicher Freund seiner Eltern war und unter Lebensgefahr sich für unzählige Kinder eingesetzt hatte, damit sie Deutschland verlassen konnten und damit dem sicheren Tod entkommen sind (vgl. den Lebenslauf von Walter E. Norton bei LKA (wie Anm 1), NL Maas 88/50; dort auch das Vorwort zum Findbuch Hermann Maas). Werner Keller war von 1988–1999 Pfarrer der Pfarrstelle II an der Heiliggeistkirche in Heidelberg.

Weiteren Verfolgten, denen Maas half, waren die Lehrerfamilie Durlacher aus der Heidelberger Hauptstraße,¹⁰⁷ Pfarrer Paul Leo,¹⁰⁸ Pfarrer Ernest Gordon,¹⁰⁹ Pfarrer Wilhelm Karle,¹¹⁰ die schon genannte Dora Basnizki,¹¹¹ Rolf und sein Bruder Ernst Kaufmann-Bühler,¹¹² Dora Basnizkis Schwester Hedwig,¹¹³ Hedy Wachenheimer¹¹⁴ und Leni Dina Blum.¹¹⁵ Vielen Ungenannten verhalf Maas zur Ausreise und rettete damit ihr Leben. Bei einem Besuch jüdischer ehemaliger Heidelberger 1983 in ihrer Heimatstadt sprach ein 1940 Ausgewanderter aus, was für die meisten der Gruppe ebenso galt: „Wenn ich heute lebe, habe ich das nur dem Pfarrer Maas zu verdanken. Nur ihm.“¹¹⁶

Hermann Maas – Sein Vermächtnis

In einem Ordner bei Kornelie Hartmann, der Tochter von Hermann Maas, fand ich einen undatierten Aufsatz, den Maas in den 60er Jahren geschrieben hat, der eine Art Vermächtnis enthält. Sein Titel: Religion und Weltfrieden.

„Begegnungen! Wir müssen Begegnungen organisieren und herbeiführen zwischen den Menschen der verschiedenen Völker. Diese Begegnungen können ein tragisch Ding sein. Man sieht einmal dabei die Verschiedenheit, die Fremdheit, das andere. Es ist nun einmal so bestimmt in der Schöpfung, dass in dieser Welt eine ungeheure Fülle verschiedenster Farben und Töne lebendig ist. Aber auf der anderen Seite wird man durch solche Begegnungen auch verwandelt. Es spinnen sich neue Fäden. Man lernt voneinander. Man weiß endlich einmal etwas Sichereres voneinander. Man tauscht Erlebnisse aus.“¹¹⁷

107 Frank Moraw: Die Juden werden abgeholt, in: Rhein-Neckar-Zeitung vom 12.10.2010.

108 Ronald Webster: German “Non-Aryan” Clergymen and the Anguish of Exile after 1933, in: Journal of Religious History. Volume 22, Issue No. 1, February 1998, S. 88.

109 Ebd., S. 96.

110 Herbert Wäldin: Christuskirche Mannheim 1911–1961, Mannheim 1961, S. 96ff.

111 Dora Kaufmann berichtete Schülerinnen und Schülern des Helmholtz-Gymnasiums von ihrem Leben, in: Stadtblatt – Amtsanzeiger der Stadt Heidelberg vom 21.5.2006.

112 Frank Moraw: Heidelberg – Theresienstadt – Heidelberg. Zur letzten Deportation aus Heidelberg im Februar 1945, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt, Jg. 14, 2009, S. 91–120, hier S. 104f.

113 „Durch Unterstützung von Pfarrer Hermann Maas, bei dem ich kurz zuvor mit meinem Vater einen Besuch gemacht hatte, wurde ich im April 1939 bei Nacht und Nebel mit einem Kindertransport nach England über den Kanal gebracht. Der Abschied von den Eltern am Frankfurter Bahnhof war ein bitteres Ereignis. Wir alle, Eltern und Kinder, weinten“. Hedwig Hesse: Dies wäre in kurzen Zügen eine lange Geschichte, in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 74), S. 123.

114 Hedy Wachenheimer (später Epstein) gelang es, mit einem von Maas organisierten Kindertransport am 18.5.1939 nach England auszureisen, vgl. <http://www.dreyeck-info.de/dia/artic-le.php?site=2&action=article&id=29> (28.1.2013).

115 Leni Blum emigrierte im September 1938 nach London. Dort besorgte Maas ihr noch im Herbst 1939 „eine Stelle an einer grauenhaften Internatsschule“. Giovannini, Moraw (wie Anm. 74), S. 209.

116 Erinnerungen in Haifa an Heidelberger Jugendzeit, Stadt lud zum Treffen in Israel – Ein Wiedersehen nach Jahren, in: RNZ vom 14./15.5.1983 (LKA (wie Anm. 1), NL Maas 74/2).

117 Hermann Maas: Religion und Weltfriede, ohne Datum, Ordner Kornelie Hartmann, S. 5f.

Alfons Beil – Ein couragierter katholischer Geistlicher

JOACHIM MAIER

Alfons Beil¹ wurde am 3. September 1896 in Gutenstein bei Sigmaringen als viertes Kind des Maurers Hermann Beil und seiner Frau Theresia geb. Längle geboren. Alfons hatte acht Geschwister, davon waren drei ältere kurz nach der Geburt verstorben. Nach der Volksschule besuchte Alfons von 1910 bis 1914 die Lendersche Lehranstalt in Sasbach und danach das Berthold-Gymnasium in Freiburg. Dort legte er 1915 das Notabitur ab; von 1915 bis 1918 nahm er am Weltkrieg teil und wurde zweimal verwundet. Von 1919 bis 1925 absolvierte er das Studium der Philosophie und der Katholischen Theologie am Collegium Germanicum-Hungaricum an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom. 1921 wurde er zum Dr. phil., 1925 zum Dr. theol. promoviert. 1924 empfing er die Priesterweihe. Von 1925 bis 1932 war Beil Vikar in Mosbach, danach bis Anfang 1934 Spiritual im Mutterhaus der Barmherzigen Schwestern in Freiburg, von 1934 bis 1936 Pfarrverweser in Tiefenbach. Seit Oktober 1936 wirkte Beil in Heidelberg, zunächst bis 1948 als Kurat an St. Albert; 1948 erfolgte seine Investitur zum Pfarrer. Von 1950 bis 1969 war er Dekan des Kapitels Heidelberg. Nach seinem Ruhestand 1971 wirkte er weiter bis 1996 als Subsidiar in St. Michael.



Alfons Beil um 1930 (Foto: Stadtarchiv Heidelberg)

1 Quellen und Literatur: Alfons Beil: Umkehr. Gedanken zur gegenwärtigen Prüfung, 1948; Alfons Beil: Aus meinem Leben. Erfahrungen, Zeugnisse, Fragen, 1989 als Manuskript gedruckt; Gespräch mit Studierenden an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, 30.1.1985 (Transkript im Erzbischöflichen Archiv Freiburg); Gespräch am Kurfürst-Friedrich-Gymnasium Heidelberg mit Frank Moraw und Rainer Ast: Möglichst viel Selbsterlebtes der Vergessenheit entreißen, in: RNZ Nr. 110 vom 13./14.5.1995; Ekkehard Blattmann: Reinhold Schneider im Roten Netz, Frankfurt 2001, S. 474f., 816–820; Joachim Maier: Aufrecht durch ein ganzes Jahrhundert. Der Heidelberger Pfarrer Alfons Beil (1896–1997), in: A. Hanschmidt, Bernd Ulrich Hucker (Hgg.): Persönlichkeit und Zeitgeschehen. Festgabe für Joachim Kuropka, Vechta 2001, S. 183–203; Joachim Maier: Alfons Beil, Geistlicher, in: Baden-Württembergische Biographien 7 (erscheint 2019); Michael Raske: Wittig ist ein Prophet. Aus den Tagebuchaufzeichnungen von Alfons Beil, in: Josef Hainz (Hg.): Abschied vom Gott der Theologen. Zum Gedenken an Joseph Wittig (1879–1949) – fünfzig Jahre nach seinem Tod, Espenhain 2000, S. 93–117; Michael Raske: Zeitgenosse des Jahrhunderts. Alfons Beil – Zeuge der Hoffnung wider alle Hoffnung – wird 100 Jahre alt, in: Imprimatur. Nachrichten und kritische Meinungen aus der katholischen Kirche, 1996, S. 226–228; E. Seng (†) (Hg. von Christoph Schmider): Ein prophetischer Christ: Alfons Beil (1896–1997). Bausteine zu seiner Biografie, in: Freiburger Diözesanarchiv 136 (2016), S. 287–363.

Alfons Beil starb am 1. März 1997 in Heidelberg. Er wurde auf dem Bergfriedhof beerdigt.

Das Leben von Alfons Beil ist gekennzeichnet von Eigenständigkeit und Geradlinigkeit. Schon früh suchte er die Nähe zur Bibelbewegung, zur Ökumene und zur Liturgischen Bewegung. So wurde er zu einem Wegbereiter des Zweiten Vatikanischen Konzils. In seiner Seelsorgepraxis und in seiner literarischen Tätigkeit ging Beil „den Weg des Dienstes in der Kirche und der ausdauernden Erneuerung ‚von unten‘.“² Die Weltverantwortung des Christen schloss für ihn auch politisches Engagement ein: Er mahnte Kirche und Gesellschaft eindringlich zur Umkehr, setzte sich für Frieden und Versöhnung zwischen den Völkern (vor allem zu Frankreich und Polen) ein und bekannte sich zu der von den Bischöfen Lateinamerikas gewollten „Option für die Armen“. Dabei war Beil streitbar und unbequem. Konflikte in Kirche und Öffentlichkeit scheute er nicht.

Während des Ersten Weltkrieges war Beil zweimal verwundet worden, worunter er zeitlebens litt, auch physisch. Eigene Erfahrungen im Krieg und die Lektüre von Schriften wie „Weltpolitik und Weltgewissen“ des Pädagogen Friedrich Wilhelm Förster bestärkten ihn in seiner Entscheidung für einen ethischen Pazifismus auf christlicher Grundlage. Tiefen Eindruck hatte bei ihm ein von Papst Benedikt XV. am Allerseelentag 1919 für sämtliche nationalen Kollegien angeordnetes Requiem für die Gefallenen aller Völker in der Laterankirche hinterlassen, weil hier die im Krieg verfeindeten Gegner zusammen beteten. Beil entwickelte ein besonderes Interesse an der von Carl Muth begründeten und geleiteten Kulturzeitschrift *Hochland*. Sie half „der katholischen Literatur aus ihrem jämmerlichen Ghetto-Dasein heraus“ und förderte das Bekenntnis zur Republik.³ Noch mehr bedeutete Beil die 1923 begründete *Rhein-Mainische Volkszeitung* und der Kontakt zu deren Schriftleiter Walter Dirks (1901–1991). „Die Aufgeschlossenheit und in die Zukunft weisende Dynamik der Zeitung ermöglichte es einem, trotz der vielen betrüblichen Erscheinungen in einer Welt rabiaten Nationalismus und in einer Kirche starren und oft sturen Beharrens zu hoffen.“⁴

Der wieder erstarkende Nationalismus überlagerte jedoch früh die Ansätze zu einer Aussöhnung zwischen den Völkern. Beil erlebte den Aufstieg des italienischen Faschismus und wurde Zeuge brutaler Ausschreitungen gegen politische Gegner. Auch in Deutschland spürte er das Fortwirken des Nationalismus, dann den Aufstieg des Nationalsozialismus, wogegen er 1931 bis 1933 im *Pfälzer Boten* und in *Der Seelsorger* schrieb. Nach 1933 wählte Beil den Weg der Nicht-Anpassung, als Widerstand bezeichnete er seine Haltung nie. Er hörte ausländische Sender, teilweise gemeinsam mit einem katholischen Arzt. Anfang 1935 erhielt Beil aus der Schweiz die Schrift „St. Ambrosius und die deutschen Bischöfe“

2 Raske: Wittig (wie Anm. 1), S. 116.

3 Beil: Leben (wie Anm. 1), S. 8., Beil selbst veröffentlichte 1931 im *Hochland* unter dem Pseudonym A. Bieler den Aufsatz „Nochmals: Romanität oder Katholizität?“ Darin kritisierte er auch den in der katholischen Kirche stark beförderten Zentralismus.

4 Beil: Leben (wie Anm. 1), S. 9.

von Waldemar Gurian (1902–1954), worin der Verfasser das Schweigen der deutschen Bischöfe nach dem „Röhm-Putsch“ vom 30. Juni 1934 verurteilte. Beil gibt die Schrift in seiner Autobiographie wieder.

Von Heinrich Höfler, dem Leiter der Presseabteilung im Deutschen Caritasverband in Freiburg, erhielt Beil während des Zweiten Weltkrieges das Sonett „Allein den Betern kann es noch gelingen“ von Reinhold Schneider. Beil schrieb es ohne Quellenangabe ab und hängte es an die Kirchentüren von St. Albert. Bei einer Vorladung bei der Gestapo am 15. April 1943 konnte Beil glaubhaft machen, dass er das Gedicht nicht als Angriff auf den Staat verstehe. Als Namen des Autors nannte er „einen gewissen Herrn Reinhold“. Schon 1940 und 1942 war Beil von der Gestapo verhört worden. Verhaftet wurde er nie. Diesmal erhielt er einen schweren Verweis.

Die 1933 einsetzende Judenverfolgung forderte Beil mehrfach zu Stellungnahme und zum Handeln heraus. In Freiburg suchte er nach dem Boykott jüdischer Geschäfte im April 1933 den in der Nähe wohnenden Rabbiner auf. Er wusste um die Verantwortung der Kirche für die Verfolgung der Juden und empfand seinen Besuch als „heilsame Beschämung“⁵.

In Heidelberg hatte Beil Kontakt zu dem Regisseur und Schauspieler Otto Rubens (geb. 1885 in Köln). Rubens war seit 1921 mit Maria Rupprecht geb. Trapold (geb. 1891) verheiratet und zur katholischen Kirche konvertiert.⁶ Rubens war, zum Teil gemeinsam mit seiner Frau, u.a. beim Stadttheater Freiburg, am Sommertheater Haarlaß in Heidelberg und bis Frühjahr 1933 beim Stadttheater in Aarau/Chur und in Rheinfelden engagiert. 1933 wurde ihm die Aufnahme in die Reichskulturkammer verweigert, ebenso seiner Frau. Beide Eheleute erhielten Arbeitslosenunterstützung, litten aber bittere Not. Die Ehe wurde 1936 zivil geschieden. Die (nichtjüdische) Frau erhielt im Juni 1938 eine Anstellung bei der Stadt Heidelberg und sicherte so den Lebensunterhalt des Paares.⁷ „Sie kamen dann bei mir im Pfarrhaus öfters zusammen, betrachteten sich weiter als Ehepaar und konnten sich also so treffen.“⁸

Bevor die badischen Juden im Oktober 1940 nach Frankreich verschleppt wurden, kam Rubens zu Beil und erklärte ihm seine Absicht, sich das Leben zu nehmen („hatte den Strick dabei“⁹); denn er wisse, dass sie umgebracht werden

5 Beil: *Leben* (wie Anm. 1), S. 14.

6 Gespräch an der PH 1985; Gespräch am KFG 1995 (wie Anm. 1).

7 Angaben zum Verfolgungsvorgang in: GLA 480 EK 31324/1–3 (Einsichtnahme und Zusammenfassung Norbert Giovannini). Vgl. auch die dünne Akte (7 Blatt) im Staatsarchiv Ludwigsburg EL 350 I Bü 47913 (Maria Rupprecht-Rubens). Sie enthält nur den Vorgang der Beschwerde, die die Ehefrau an das Justizministerium Württemberg-Baden (Stuttgart) richtete über die schleppende Bearbeitung des bei der Landesbezirksstelle für Wiedergutmachung Karlsruhe anhängigen Entschädigungsverfahrens für Otto Rubens. Die Akte bestätigt, dass die Ehe zivilrechtlich in beiderseitigem Einverständnis geschieden wurde („Scheinscheidung“), um der Frau eine Anstellung bei der Stadt zu verschaffen, und dass sich beide weiter als Ehepaar verstanden. Beide Akten enthalten keinerlei Hinweis oder Beleg für die von Beil gewährte Hilfe.

8 Gespräch an der PH 1985, Transkript (wie Anm. 1), S. 16f.

9 Gespräch am KFG 1995; ähnlich im Gespräch an der PH 1985 (wie Anm. 1).

würden. Beil konnte ihn von seinem Vorhaben abbringen. Da die Wohnung von Rubens bereits versiegelt war, boten ihm Beil und ein Lehrer Unterkunft an. „Er übernachtete dann mehrere Tage bald bei ihm, bald bei mir.“¹⁰ So entging Rubens der Deportation nach Gurs. Er wollte Beil und den Lehrer jedoch nicht länger in Gefahr bringen und tauchte für einige Zeit bei Verwandten in Köln unter. Dann kehrte er wieder nach Heidelberg zurück, suchte Alfons Beil auf und meldete sich danach bei der Gestapo. Diese nahm die Personalien auf und gab Rubens den Schlüssel zu seinem Zimmer in der Gaisbergstraße.¹¹ Mitte 1941 meldete sich Rubens in die Häuserstraße 41 um. Im April 1942 wurde Otto Rubens nach Izbica deportiert.¹² Es gelang ihm noch, aus dem Arbeitslager Augustovska im Kreis Krasnystaw im Distrikt Lublin Briefkontakt zu seiner Frau und zu Beil aufzunehmen. Beil schickte ihm einige Monate lang Geld, jeweils 10 Mark. Dazu benötigte Beil die Mitwirkung des befreundeten Arztes Dr. Zeile, der bereit war, die Zahlung auf seinen Pass zu veranlassen.

In dem zuletzt angekommenen Brief schilderte Rubens seine katastrophale gesundheitliche Lage (Herzleiden, Wasser, Asthma). Rubens wurde nach dem Krieg zum 30. September 1942 für tot erklärt. Seine Frau starb 1981 in Heidelberg.

Beil hörte, zunächst durch Mitteilungen des befreundeten Arztes Dr. Zeile, auch vom Massaker in Babi Jar bei Kiew im September 1941, bei dem etwa 30 000 Juden ermordet wurden. Während eines Heimaturlaubs suchte 1942 ein junger Mann, Mitglied der Gemeinde St. Albert, seinen Pfarrer auf und erzählte, dass er selbst mit dem Maschinengewehr an der Mordaktion mitgewirkt habe. Dass Beil den Täter in seinem Bekenntnis „nicht weiter“ brachte, bewegte ihn nachhaltig und stellte ihm die Frage nach der persönlichen Schuld.¹³ Es bleibt offen, ob Beil den Täter zur Selbstanzeige gedrängt oder gar eigene Schritte zu einer Strafverfolgung unternommen hat. Den Namen des Täters – „er lebt noch hier“ (1995) – gab er nicht preis.

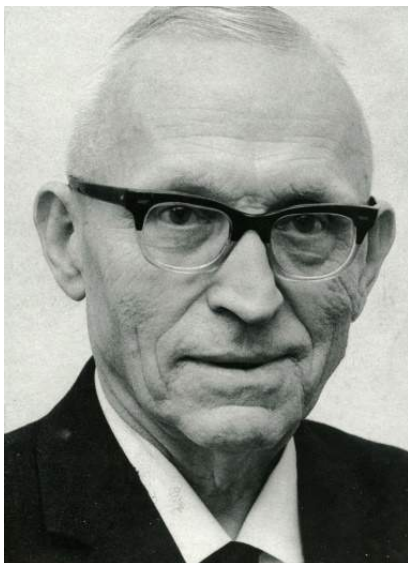
Beil gehörte auch dem „Sonntagskreis“ um Marianne Weber an; wahrscheinlich lernte er dort den evangelischen Pfarrer Hermann Maas (1877–1970) kennen. In Zeitzeugengesprächen erinnert Beil an ein Treffen 1942 im Marienhaus am Bismarckplatz, an dem neben Maas auch Marie Baum (1874–1964), Gertrud Luckner (1900–1995) und Pfarrer Richard Hauser (1903–1980) teilnahmen. Sie berieten über Möglichkeiten, den Juden zu helfen. Beil erinnerte sich an die Befürchtung von Gertrud Luckner angesichts des Schweigens der Kirche: „Wenn es sich nach dem Zusammenbruch darum handeln wird, dem Sieger gegenüber für unser Volk Fürsprache einzulegen, wird niemand da sein, der es mit innerer

10 Gespräch an der PH 1985, Transkript S. 17; ähnlich im Gespräch am KFG 1995 (wie Anm. 1).

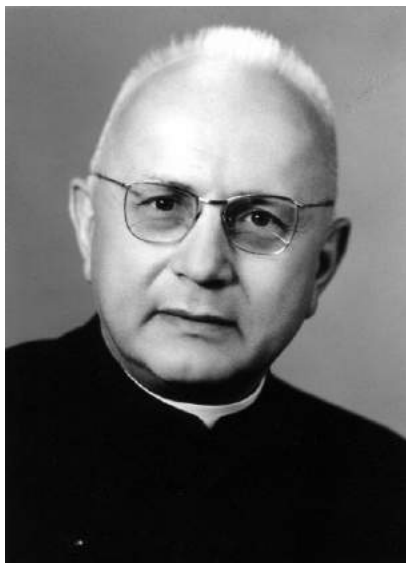
11 Gespräch am KFG 1995; ähnlich im Gespräch an der PH 1985 (wie Anm. 1).

12 www.bundesarchiv.de/gedenkbuch (Stand 2.5.2018) nennt als Datum den 22.4.1942; das Gedenkbuch Baden-Württemberg den 24.4.1942. Tatsächlich wurde Rubens am 26.4.1942 über Stuttgart nach Izbica deportiert; vgl. Deportationsliste http://www.statistik-des-holocaust.de/list_ger_swd_420426.html.

13 Gespräch an der PH 1985; Gespräch am KFG 1995 (wie Anm. 1).



Alfons Beil, Aufnahme 1974 oder 1976
(Foto: Alfred Dammer, Stadtarchiv Heidelberg)



Dekan Richard Hauser (Foto: Gärtner,
Universitätsarchiv Heidelberg Pos I 01235)

Zuständigkeit wird tun können.' Genauso ist es gekommen."¹⁴ In die Rettungsbemühungen von Hermann Maas war Beil demnach nicht weiter eingebunden.

Nach der Katastrophe von 1945 verlangte Beil Neubesinnung und Neubeginn statt Restauration und Wiederherstellung des Früheren. In seiner Schrift „Umkehr. Gedanken zur gegenwärtigen Prüfung“ von 1948 mahnte er neben dem persönlichen Schuldbekenntnis in der Messe auch ein öffentliches Schuldbekenntnis der Kirche an. Als „Kollektivschuld im engeren Sinn“ bezeichnete Beil „die persönliche Schuld, über die man sich im Banne einer Massensuggestion hinwegtäuscht.“¹⁵ Unter Hinweis auf Reinhold Schneider betonte er: Es gibt „keine Flucht vor dieser Schuld.“¹⁶ Das galt auch für ihn selbst: „Wer [...] wie ich jene Jahre in einem Alter erlebte, in denen man im Vollsinn Verantwortung trägt und sie überlebt hat, kann sich, was immer er für sich anführen könnte, nicht ohne auch persönliche Schuld fühlen.“¹⁷

Beils politisches Engagement entfaltete sich nun in der katholischen Friedensbewegung Pax Christi, in der Anklage des Rüstungswahns und in der Teilnahme an Sitzblockaden in Heidelberg. Mit Reinhold Schneider stritt Beil 1950/51 um dessen radikale Bergpredigtauslegung und hielt dem Dichter vor, in

14 Beil: Leben (wie Anm. 1), S. 20.

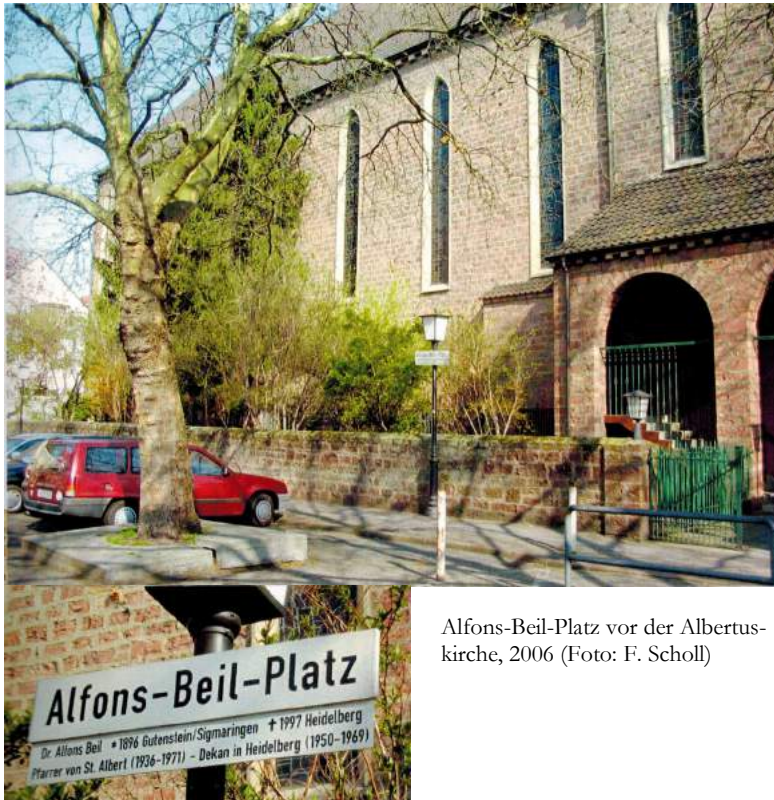
15 Beil: Umkehr (wie Anm. 1), S. 8.

16 Beil: Umkehr (wie Anm. 1), S. 38.

17 Gedenkgottesdienst zum Kriegsende im Jahr 1985; zit. nach Dieter Haas, in: RNZ vom 6.3.1997; ähnlich im Gespräch am KFG 1995 (wie Anm. 1).

„ostzonalen Blättern“ seinen „Namen für eine Friedensaktion hergegeben“ zu haben, „für die Frieden bedeutet: Unterwerfung der Welt unter die Sowjet-Herrschaft.“¹⁸ Beil war Mitglied im *Bensberger Kreis*, der sich u.a. früh für ein erneuertes Verhältnis zwischen Polen und Deutschland einsetzte. Auch in der jüdisch-christlichen Begegnung war Beil bis ins hohe Alter aktiv.

In der Heidelberger Südstadt wurde 1987 der Pfadfinderstamm „Alfons Beil“ der ev. Markusgemeinde und der kath. Gemeinde St. Michael gegründet; in Erinnerung an ihn heißt der Albertusplatz neben der Kirche St. Albert seit 2002 „Alfons-Beil-Platz“.



Alfons-Beil-Platz vor der Albertuskirche, 2006 (Foto: F. Scholl)

18 24.6.1951; zit. nach Blattmann: Schneider (wie Anm. 1), S. 820.

Von der Christenpflicht eines Pfarrers. Otto Däublin

REINHARD RIESE

Der Übertritt vom jüdischen zum protestantischen Glauben schon mit 16 Jahren gewährte ihr „den Schutz der evangelischen Kirche im 3. Reich und darüber hinaus bis an ihr Lebensende [...], namentlich durch den langjährigen Rohrbacher Pfarrer Däublin und den Heidelberger Stadtpfarrer und späteren Dekan Hermann Maas“.¹ Mit diesen Worten beschreibt Werner Kaufmann-Bühler einen zentralen Aspekt im Leben seiner Mutter Elisabeth Kaufmann-Bühler, geb. Schoenflies (1900–1991).

Das Pfarrhaus in Rohrbach war „vor allem in den schweren Jahren des Krieges ein Eldorado für die Kinder, eine stille Insel aber auch für die vielen Menschen, die während all der vielen, oft so unruhigen Jahre durch unser Haus gingen.“² So blickt Otto Däublin, seit 1938 Pfarrer in Rohrbach, in bescheidener, eher andeutender Weise zurück.

Däublin (1900–1975)³ entstammte einer Pfarrersfamilie in Hohensachsen, hatte in Heidelberg, Erlangen und Leipzig Theologie studiert und seine erste Pfarrstelle in Rippenweiler-Heiligkreuz-Oberfloekenbach im Odenwald angetreten, 1926 als Vikar, 1931 als Pfarrer. Das Visitationsprotokoll des Oberkirchenrates vom 23. Oktober 1936 bescheinigt ihm, sein Amt „mit voller Treue und mit Einsatz Ihrer ganzen Kraft“ auszuüben und wünscht ihm „die bisherige Freudigkeit und Geduld, die sich nicht verbittern und entmutigen läßt durch die Anfeindungen und Schwierigkeiten, die sich heute mehr denn je den Dienern am Evangelium bei ihrer Arbeit entgegenstellen“.⁴



Pfarrer Otto Däublin (Quelle: Landeskirchliches Archiv Karlsruhe 6629, PA Däublin)

1 Werner Kaufmann-Bühler: Elisabeth Kaufmann-Bühler, geb. Schoenflies. Ein Portrait. Manuskript [2004], S. 3 (Archiv R. Riese).

2 Otto Däublin: Die Evangelische Kirchengemeinde Heidelberg-Rohrbach, in: 1200 Jahre Rohrbach 766–1966, Heidelberg 1966, S. 53–55 (Zit. S. 53).

3 Landeskirchliches Archiv Karlsruhe (LKAK) 6629–6631: PA Otto Däublin.

4 LKAK 6229: Visitationsprotokoll vom 23.10.1936.

Dieser Beurteilung lässt sich entnehmen, dass Däublin dem NS-Regime kritisch gegenüberstand und er deswegen manche Probleme zu bewältigen hatte. Um seinen – bis dahin fünf – Kindern den Schulbesuch zu erleichtern, bewarb er sich 1938 um die Pfarrstelle in Heidelberg-Rohrbach und trat dieses Amt am 1. November 1938 an. Auch hier geriet er rasch in das Visier der örtlichen NS-Größen. Seine Predigten wurden von Spitzeln überwacht; neunmal wurde er wegen seiner Äußerungen von der Gestapo vorgeladen und verhört.⁵ Ein besonders unangenehmer Kontrahent war der Ortsgruppenleiter der NSDAP und Rektor der Volksschule Arnulf Link (1891–1974). Dieser habe – so wird berichtet – eine Liste politisch missliebiger Personen geführt, die in einer Krisensituation des NS-Systems verhaftet werden sollten: darunter auch Däublin und sein regimekritischer katholischer Amtskollege Otto Schneider.⁶

Als im Jahre 1940 Hermann Maas auf Druck der NSDAP wegen seiner „judenfreundlichen“ Haltung als Heidelberger Standortpfarrer abgesetzt wurde, schlug der Oberkirchenrat Otto Däublin als Nachfolger vor; der evangelische Militärbischof der Wehrmacht beauftragte ihn zum Jahresanfang 1941 mit der nebenamtlichen Militärseelsorge für die Garnison in Heidelberg. Die Vergütung dafür betrug 60–75 RM im Vierteljahr. Gegen den Protest aus den Reihen der „Deutschen Christen“ hielt die Kirchenbehörde an Däublin fest.⁷ Offensichtlich war seine nationale Gesinnung unbestritten, ohne dass er Nationalsozialist gewesen wäre.

Wegen der gewachsenen Arbeitsbelastung bemühte sich Däublin um die Anstellung einer Gemeindehelferin oder wenigstens einer Schreibhilfe. Dies scheiterte an der nationalsozialistisch gesteuerten Finanzabteilung beim Oberkirchenrat, die eine Entscheidung zugunsten des regimekritischen Pfarrers immer wieder hinauszögerte.⁸ In der Rohrbacher Kirchengemeinde fand Däublin mit dem zwangspensionierten Gymnasiallehrer Erich Kaufmann-Bühler (1899–1967) einen geeigneten Ersatz. Im Februar 1941 stellte er diesen als „freiwillige Arbeitskraft“ und „Sekretär“ ein und überließ ihm die von der Wehrmacht gezahlte Aufwandsentschädigung.⁹ Auf diese Weise konnte Däublin die materielle Not der Familie Kaufmann-Bühler etwas lindern, die unter der Diskriminierung durch die NS-Rassenpolitik sehr zu leiden hatte. Das Schicksal dieser Familie wird in einem eigenen Text dargestellt.

Wegen seiner *nichtarischen* Abstammung war Erich Kaufmann-Bühler¹⁰ zum 1. April 1934 aus dem Schuldienst entlassen worden. Von Juli 1936 bis Januar

5 GLA 465f 1015, Spruchkammerakte Kurt Hack, fol. 15: Entlastungszeugnis von Otto Däublin vom 6.5.1945.

6 Telefonisches Gespräch mit Karl-Dietrich Däublin am 22.2.2011.

7 LKAK 4170: Ev. Feldbischof der Wehrmacht an den Oberkirchenrat Karlsruhe vom 2.12.1940; Briefwechsel im Jahre 1941.

8 LKAK SpA 24419 und SpA 15710: Anträge Däublins aus den Jahren 1940–1942.

9 Pfarrarchiv Heidelberg-Rohrbach West Nr. 96 und LKAK SpA 24419. Eher beiläufig informierte Däublin den Oberkirchenrat in einem als „persönliches Wort“ charakterisierten Brief vom 12.4.1941 über diese Maßnahme, von der die Finanzabteilung eher nichts wissen sollte.

10 Dazu Reinhard Riese: Erich Kaufmann-Bühler (1899–1967). Eine biographische Studie, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Jg. 16, 2012, S. 123–155 und den Aufsatz in diesem Band.

1939 war er als wissenschaftliche Hilfskraft beim Oberkirchenrat Karlsruhe mit der Fertigstellung des „Badischen Pfarrerbuches“ beschäftigt. Seit ihrer Einrichtung im Mai 1938 übte die Finanzabteilung massiven Druck auf den Oberkirchenrat aus, dieses Beschäftigungsverhältnis zu beenden. Als verlängerter Arm der NS-Regierung bezweckte sie „die ‚Aushöhlung‘ der Kirchenleitung und die Okkupation möglichst vieler kirchlicher Angelegenheiten [...] durch eine staatliche Einrichtung im Zentrum der kirchlichen Verwaltungsstrukturen“.¹¹ Zum Jahresende 1938 musste der Oberkirchenrat dem Druck nachgeben und die Anstellung von Kaufmann-Bühler beenden.

In der Zeit der Verfolgung und Diskriminierung baute Erich Kaufmann-Bühler in Rohrbach ein kleines persönliches Netzwerk regimekritischer Bekannter auf. Zu ihnen gehörte auch der gleichaltrige Otto Däublin. Die Ablehnung des NS-Systems und eine protestantisch geprägte Bildung waren die Basis für die persönliche Beziehung und den intellektuellen Austausch zwischen beiden. Auch durch seine Kinder hatte Däublin Einblick in die Ausgrenzung und Bedrängnis der Familie Kaufmann-Bühler.

Im Jahre 1944 geriet Kaufmann-Bühler erneut ins Visier der Finanzabteilung.¹² Sie untersagte Pfarrer Däublin dessen Beschäftigung und verlangte ultimativ das sofortige Ende der Zahlungen. In einem Schreiben an den Oberkirchenrat widersetzte sich Däublin der Anweisung. Dabei argumentierte er auf zwei Ebenen: Einerseits handle es sich nicht um Finanzmittel der badischen Landeskirche (pragmatisch); andererseits gebiete einem Geistlichen die „Christenpflicht“, Menschen in solch schlimmer Not zu helfen (christlich-ethisch). Erstaunlicherweise akzeptierte der Oberkirchenrat das letztere Argument: Wenn es Däublin als seine „Christenpflicht“ ansehe, könne er die finanzielle Unterstützung fortsetzen. Diese Hilfe hat dazu beigetragen, dass die Familie Kaufmann-Bühler die NS-Zeit überlebte. Otto Däublin hatte auf seine Weise die „Freiheit eines Christenmenschen“ als Verpflichtung zur tätigen Nächstenliebe verstanden.

11 Otto Wennemuth: Die badische Kirchenleitung im dritten Reich, in: Otto Wennemuth (Hg.): Unterdrückung – Anpassung – Bekenntnis. Die Evangelische Kirche in Baden im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit (Veröffentlichungen des Vereins für Kirchengeschichte in der Evangelischen Landeskirche in Baden. Bd. 63), Karlsruhe 2009, S. 58–65 (Zit. S. 59) und Johannes Frisch: Einsetzung und Wirken der Finanzabteilung in Baden 1938–1945, in: ebd. S. 67–81; jetzt umfassend Hauke Marahrens: Praktizierte Staatskirchenhoheit im Nationalsozialismus. Die Finanzabteilungen in der nationalsozialistischen Kirchenpolitik und ihre Praxis in den Landeskirchen von Hannover, Braunschweig und Baden (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte. Reihe B, Bd. 59), Göttingen u.a. 2014, S. 405ff.

12 Die Kenntnis darüber verdanke ich Pfarrer Hans Kratzert (erster Hinweis am 22.12.2011), der den Briefwechsel während seines Vikariats in Rohrbach in der Amtszeit von Otto Däublin eingesehen hat. Intensive Recherchen in Heidelberg und Karlsruhe erbrachten nur den knappen Hinweis auf die Anstellung von Kaufmann-Bühler (s. Anm. 9), aber keinen Beleg für die geschilderte Kontroverse. Dies rührt wohl daher, dass es sich nicht um ein offizielles innerkirchliches Dienstverhältnis handelte.

Marie Baum – „Teil des anderen Deutschlands“

REINHARD RIESE



Marie Baum an ihrem 80. Geburtstag, 23. März 1954
(Foto: R. Lebeck, Quelle: Stadtarchiv Heidelberg
BILDA 1175)

Ohne Zweifel war Marie Baum die engste Mitarbeiterin von Pfarrer Hermann Maas und half vielen Menschen, die vom NS-Regime bedroht und verfolgt wurden. Der vorliegende Text, der sich auf die publizierte Literatur¹ stützt, möchte Marie Baum würdigen.

Marie Baum stammte aus einer großbürgerlichen Danziger Ärztfamilie. Um studieren zu können, legte sie ihr Abitur in Zürich ab, studierte dort Naturwissenschaften mit dem Hauptfach Chemie und promovierte im Jahre 1899. Ihre anschließende Berufslaufbahn ist von einer auffallenden Diskontinuität gekennzeichnet; im badischen Staatsdienst hielt sie es zweimal nur wenige Jahre aus. Zunächst war sie in der Patentabteilung der Firma AGFA beschäftigt, bevor sie – ihrem sozialen Impetus folgend – Fabrik-

1 Eine Studie, die Akten und Archivmaterial auswertet, konnte für Marie Baum im Rahmen dieses Bandes nicht realisiert werden. Marie Baum: Rückblick auf mein Leben, Heidelberg 1950; Marie Baum: Vergessene und Unvergessene aus der Stadt Heidelberg, in: Hermann Maas, Gustav Radbruch, Lambert Schneider (Hgg.): Den Unvergessenen. Opfer des Wahns 1933 bis 1945, Heidelberg 1952, S. 98–104; Heide-Marie Lauterer: „Weil ich von dem Einsatz meiner Kräfte die Überwindung der Schwierigkeiten erhoffte.“ Marie Baum (1874–1964). Frauenbewegung und Beruf, in: Peter Blum (Hg.): Frauengestalten. Soziales Engagement in Heidelberg (Schriftenreihe des Stadtarchivs Heidelberg, H. 6), Heidelberg 1995, S. 55–116; Heide-Marie Lauterer: Das andere Deutschland: Marie Baum, in: Jürgen C. Heß, Hartmut Lehmann, Volker Sellin (Hgg.): Heidelberg 1945 (Transatlantische Historische Studien. Bd. 5), Stuttgart 1996, S. 294–309; Petra Schaffroth: Marie Baum. Ein Leben in sozialer Verantwortung. Katalog zur Ausstellung im Universitätsmuseum Heidelberg 19. Oktober 2000 – 20. Januar 2001 (Archiv und Museum der Universität Heidelberg 4), Ubstadt-Weiher 2000; Petra Schaffroth: Nachlassverzeichnis Dr. Marie Baum. Ein Leben in sozialer Verantwortung, Heidelberg 2000.

inspektorin im badischen Innenministerium wurde (1902–1907). Erstmals bekleidete eine Frau dieses Amt. Nach einem sozialwissenschaftlichen Fortbildungsemester in Heidelberg wechselte sie 1907 in die Organisation der Sozialfürsorge nach Düsseldorf und kam in Kontakt zu führenden Köpfen der Frauenbewegung. Nach der Novemberrevolution 1918 startete sie zwei neue Karrieren: als Abgeordnete der DDP in der Nationalversammlung (1919–1921) und als Referentin bzw. Oberregierungsrätin für Wohlfahrtspflege im badischen Innenministerium (bis 1926). Von 1919 bis 1931 war sie Vorstandsmitglied Deutscher Frauenvereine.

Neben ihren praktischen Erfahrungen erwarb sie sich durch zahlreiche Publikationen und Vorträge den Ruf einer anerkannten Sozialwissenschaftlerin. Diese Fähigkeiten honorierte die Philosophische Fakultät der Universität Heidelberg und übertrug ihr 1928 einen Lehrauftrag für soziale Fürsorge und Wohlfahrtspflege am Institut für Sozial- und Staatswissenschaften – damit war sie zur (nicht-habilitierten) Hochschuldozentin geworden. Sie zog endgültig nach Heidelberg und lebte bis zu ihrem Tode unterhalb des Schlosses im Haus Friesenberg 1. Zu ihrem hiesigen Freundeskreis gehörten u.a. Elisabeth von Thadden, Marianne Weber und Gustav Radbruch. Die wachsende Präsenz der Nationalsozialisten auf der Straße erlebte sie zusammen mit ihrer engen Freundin, der Dichterin Ricarda Huch (1864–1947). Am Tag des *Judenboykotts*, dem 1. April 1933, wurde sie von SA-Männern daran gehindert, das Geschäft eines jüdischen Ladeninhabers zu betreten. Am 1. Mai 1933 flüchtete sie mit Gleichgesinnten vor den lärmenden braunen Aufmärschen auf den Heiligenberg.

Als Enkelin von Rebecka Mendelssohn-Bartholdy galt Baum nach der NS-Rassenideologie als *Vierteljüdin*; deshalb entzog ihr das Karlsruher Kultusministerium am 28. Juli 1933 den Lehrauftrag. Maria von Graimberg (1879–1965), die Leiterin der Katholischen Frauenschule, stand den neuen Machthabern genauso ablehnend gegenüber und bewies Solidarität: Im Sommer 1934 konnte Marie Baum dort an fünf Abenden einen Kurs „Über Haus und Familie“ abhalten.²

In den Jahren der NS-Diktatur war Marie Baum die engste Mitarbeiterin des Heiligeist-Pfarrers Hermann Maas (1877–1970) bei seinen Hilfsaktionen für *Nichtarier* christlichen oder jüdischen Glaubens.³ Bis 1938 fand diese Hilfe nach Baums eigenen Angaben „auf legalem Boden“⁴ statt. Da galt es, einerseits ganz praktische Unterstützung bei der Vorbereitung der Emigration zu leisten: Auswanderungs- und Visumsanträge zu formulieren, die nötigen Devisen zu beschaffen, Kurierdienste zu leisten, mit Ansprechpartnern im Ausland zu korrespondieren. Andererseits leistete Marie Baum moralische Hilfe und sprach den Diskriminierten Mut zu. „Ihre Arbeit in der Hilfe für bedrohte Nichtarier war eine extreme Form sozialer Arbeit, der sie sich aus dem Mitleiden mit den Be-

2 Vgl. dazu den Beitrag von Petra Nellen über Maria von Graimberg.

3 Dazu der Aufsatz von Markus Geiger über Hermann Maas sowie weitere Beiträge, bei denen das Wirken von Maas und Baum erwähnt wird.

4 Baum: Rückblick (wie Anm. 1), S. 279.

troffenen verpflichtet fühlte.“⁵ In die Bemühungen von Maas, 1938/39 möglichst viele Kinder und Jugendliche durch die Kindertransporte ins Ausland, besonders nach England und damit in Sicherheit zu bringen, war sie ebenfalls einbezogen.

Seit der *Reichspogromnacht* vom November 1938 und verstärkt seit Beginn des Zweiten Weltkrieges musste die Hilfsarbeit immer mehr auf illegale Weise geschehen. Bei den Deportationen im Oktober 1940 nach Gurs und im Februar 1945 nach Theresienstadt war Marie Baum besonders gefordert. Oft war sie es, die auf Bitten von Arthur Strauß, dem Vertreter der verbliebenen jüdischen Bürger, die betroffenen Menschen über den Gestapo-Befehl und über ihr bevorstehendes Schicksal informierte. Sie leistete seelsorgerischen Beistand – vor der Deportation oder vor dem Selbstmord, zu dem sich manche für diesen Fall entschieden hatten. In einigen Fällen gelang es, den Abtransport durch Medikamente zu verhindern, die die unermüdlich tätige Ärztin Marie Clauss beschaffte.⁶

Von der großen Zahl der Verfolgten, denen Marie Baum geholfen hat, sind die wenigsten namentlich bekannt. In dieser Zeit vermied man es aus Vorsicht, schriftliche Aufzeichnungen zu machen, da man immer mit Hausdurchsuchungen durch die Gestapo rechnen musste, was Baum im Jahre 1941 widerfuhr. In ihren Erinnerungen von 1950/52 nennt sie einige Opfer, deren Schicksal sie besonders berührt und denen sie wohl beigestanden hat: Leontine Goldschmidt, Elisabeth Hachenburg, Anna und Klara Hamburger, Elisabeth Kaufmann-Bühler, Maria Krehbiel, Katharina von Künßberg, Gertrud und Hugo Merton, Alfred Mombert, Mathilde und Josef Reis, Zilla und Maximilian Neu, Anna Traumann, Violetta von Waldberg, Marie und Martin Zade.⁷

Durch ihre Hilfstätigkeit und ihre Auslandskontakte geriet Baum in das Visier der Gestapo. Mehrfach wurde sie verhört. Am 21. November 1941 durchsuchten vier Beamte stundenlang ihre Wohnung und beschlagnahmten alle für ihre Tätigkeit wichtigen Unterlagen – Kartei, Briefe, Akten – aber auch persönliche Schriftstücke und Bücher. Drei Briefe, die sie sehr belastet hätten, fielen der Gestapo glücklicherweise nicht in die Hände, weil Baum sie ausgeliehen hatte (Briefe des Bischofs von Galen) bzw. weil sie sie mutig im letzten Augenblick verstecken konnte. „Während der Durchsuchung verließ mich meine Ruhe keinen Augenblick. Ja, fast möchte ich sagen, daß ich diese zugespitzten Lagen liebe, weil sie eine lebhaft empfindung zuströmender Kraft vermitteln.“⁸

Die nachhaltigen Eindrücke, die die brutale Gewalt des NS-Regimes und die Not ihrer jüdischen Mitbürger bei ihr hinterließen, führten sie zum christlichen

5 Lauterer (wie Anm. 1), S. 99.

6 Vgl. dazu die Beiträge von Frank Engehausen über Arthur Strauß und von Renate Marzollf über Marie Clauss.

7 Baum: *Leben* (wie Anm. 1), S. 279–284; Baum: *Vergessene* (wie Anm. 1), S. 100–104; ergänzt durch die Angaben in: Norbert Giovannini, Claudia Rink, Frank Moraw: *Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933–1945. Biographisches Lexikon mit Texten*. Hg. vom Förderkreis Begegnung, Heidelberg 2011.

8 Baum: *Leben* (wie Anm. 1), S. 285–287, Zit. S. 287.

Glauben. Zu ihrem 90. Geburtstag rühmte Hermann Maas ihre Humanität und ihre Empathie: „Wo sie stand, leuchtete ihre Losung ‚et lux lucet in tenebris‘. [...] Wie hat Marie Baum in diesen grausamen Jahren all‘ das Böse in lauter Güte, Hingabe und Opfer für die Gekränkten, Verfolgten zumal des jüdischen Volkes verwandelt. Sie war damals die liebe, zarte, bescheidene Frau, die ihre Lebensmittelkarten verschenkte und mit den Hungernden hungerte, mit den Weinenden weinte, für die Gefangenen betete, über das Böse in heiligem Zorn zürnte, die die Hoffnung nie fahren ließ.“⁹

Im Rückblick nach dem Ende der NS-Diktatur hat es Marie Baum bedauert, dass sie – wie die meisten Deutschen – „in dieser [NS-]Bewegung nicht früh genug den dämonischen Machtwillen“ erkannt hatte.¹⁰ Nach der Deportation nach Gurs schreibt sie selbstkritisch: „Ich habe lange Zeit unter dem Gewissensdruck gestanden, daß auch ich [wie der Mannheimer Arzt Dr. Eugen Neter] die Vertriebenen hätte begleiten sollen.“ Ihr damaliges Nichthandeln bezeichnet sie als ein „Versagen im Lichte absoluter göttlicher Forderung“, als eine „metaphysische Schuld“.¹¹ Zur eigentlichen Widerstandsbewegung hatte Marie Baum keinen Kontakt. Aber dadurch dass sie sich – manchmal unter Lebensgefahr – für die Verfolgten einsetzte, hat sie große Resistenzkraft gegenüber dem Regime bewiesen und war „Teil des anderen Deutschland“¹²

Inzwischen 71-jährig nahm Marie Baum nach Kriegsende ihre gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Aktivitäten wieder auf. Sie war Gründungsmitglied der 1946 wieder eröffneten Elisabeth-von-Thadden-Schule, trat in die gerade gegründete CDU ein und hielt seit dem WS 1945/46 wieder Vorlesungen am Institut für Sozial- und Staatswissenschaften. Ihr besonderes Anliegen war es, die jungen Menschen zur Demokratie zu erziehen und neue Gesprächsformen zwischen Lehrenden und Lernenden zu fördern. Dies verwirklichte sie seit Juni 1946 in ihrem Lieblingsprojekt, der Verbindung „Friesenberg“.

Die Universität Heidelberg verlieh ihr 1949 das Ehrenbürgerrecht. Die Stadt ehrte sie, indem sie der Hauswirtschaftlichen (Berufs-)Schule 1975 den Namen Marie-Baum-Schule gab. Erst fünf Jahre ist es her, dass der Gemeinderat ihr zu Ehren eine Straße in der Bahnstadt nach ihr benannte.¹³ Die Erinnerung an diese mutige Heidelbergerin bleibt also bewahrt.

9 Hermann Maas: Frau Dr. Marie Baum zum 90. Geburtstag am 23. März 1964, zit. nach Markus Geiger: Hermann Maas – Eine Liebe zum Judentum. Leben und Wirken des Heidelberger Heiliggeistpfarrers und badischen Prälaten (Buchreihe der Stadt Heidelberg. Bd. XVII), Heidelberg u.a. 2016, S. 229; vgl. den Beitrag desselben Verfassers in diesem Band.

10 Baum: Leben (wie Anm. 1), S. 273.

11 Baum: Leben (wie Anm. 1), S. 284.

12 So ihre Selbstbeschreibung in Baum: Leben (wie Anm. 1), S. 302.

13 Hansjoachim Räther: Die Heidelberger Straßennamen. Straßen, Gassen, Wege, Plätze und Brücken in Heidelberg, Heidelberg 2015, S. 231.

Elisabeth von Thadden und Philipp Leibrecht

ALMUT AGNES MEYER

Elisabeth von Thadden

1927 eröffnete die damals 37-jährige Elisabeth von Thadden eine Internatsschule auf dem Gelände des Freiherrn von La Roche im Heidelberger Vorort Wieblingen. Der Name „Evangelisches Landerziehungsheim für Mädchen, Schloss Wieblingen e.V.“ bedeutete nicht, dass dezidiert Anliegen der Reformpädagogik verfolgt wurden. Elisabeth von Thadden knüpfte – entsprechend ihrer Herkunft aus preußisch-konservativem Landadel – eher an den Stil des Viktoria-Pensions in Baden-Baden an, das sie 1905–1907 besucht hatte. Andererseits war sie, die schon früh Verantwortung in der Familie und weit darüber hinaus übernommen hatte, in der 1908 von Alice Salomon gegründeten Sozialen Frauenschule in Berlin-Schöneberg zur Wohlfahrtspflegerin ausgebildet worden und damit in Kontakt zur (liberalen) Frauenbewegung gekommen. Dieser gehörte auch die in Heidelberg wohnende und wirkende Sozialwissenschaftlerin und Sozialreformerin Dr. Marie Baum¹ an, die Elisabeth von Thadden 1921 ihre erste Arbeitsstelle im Kinderdorf Heuberg auf der Schwäbischen Alb vermittelt hatte.



Elisabeth von Thadden in ihrem Wohn- und Arbeitszimmer im „Evangelischen Landerziehungsheim für Mädchen, Schloss Wieblingen e.V.“ (Foto: Archiv der Elisabeth-von-Thadden-Schule, Heidelberg-Wieblingen)

1 Vgl. den Beitrag von Reinhard Riese in diesem Band.

Dem Nationalsozialismus gegenüber, der sich zunächst ja auch christlich darstellte, war sie nicht abgeneigt, unterstützte dessen soziale Aktionen und übernahm Formulierungen z.B. in den Schulprospekt, freilich in ihrem eigenen Sinne.² Doch bereits 1934 positionierte sich Elisabeth von Thadden eindeutig gegen das NS-Regime: Als überzeugte Christin war für sie die Übernahme des *Arierparagraphen* in die Evangelische Kirche inakzeptabel. Sie trat der *Bekennenden Kirche* bei, in Heidelberg vertreten durch die „Evangelische Bekenntnisgemeinschaft“ unter Leitung von Pfarrer Hermann Maas.³ Mit ihm arbeitete sie dann eng zusammen, und schon 1933 hatte sie für ihn, den diffamierten „stadtbekannten Judenfreund“, ihre Beziehung zu dem einflussreichen Oberst von Reichenau eingesetzt. Auch in ihrem Bekanntenkreis waren nun Menschen von den NS-Rassegesetzen betroffen: Alice Salomon – 1914 getauft – wurde von den Machthabern 1933 kaltgestellt, Marie Baum verlor ihren Lehrauftrag an der Universität Heidelberg; denn eine ihrer Großmütter war eine geborene Mendelssohn.



Leseabend am Kamin bei Elisabeth von Thadden. Ca. 1930 (Foto: Archiv der Elisabeth-von-Thadden-Schule)

- 2 Vgl. Jörg Thierfelder: Von der Kooperation zur inneren Distanzierung. Elisabeth von Thadden in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Matthias Riemenschneider, Jörg Thierfelder (Hgg.): Elisabeth von Thadden. Gestalten – Widerstehen – Erleiden, Karlsruhe 2002, S. 96–133, hier S. 96–102. Almut Agnes Meyer: Elisabeth von Thadden (1890–1944). Pädagogin aus christlichem Geist im Konflikt mit dem Nationalsozialismus, in: Lebensbilder aus der Evangelischen Kirche in Baden im 19. und 20. Jahrhundert. Im Auftrag des Evangelischen Oberkirchenrates Karlsruhe hg. durch den Verein für Kirchengeschichte in der Evangelischen Landeskirche in Baden von Johannes Ehmann, Band 5: Kultur und Bildung, hg. von Gerhard Schwing, 2007, S. 472–495. Siehe auch: <http://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/elisabeth-von-thadden/> (Verf. Barbara Hohmann), eingesehen 28.2.2019.
- 3 Vgl. den Beitrag von Markus Geiger in diesem Band.

Ihre Schülerinnen, unter denen sich natürlich *Nichtarische* befanden, schirmte Elisabeth von Thadden soweit möglich von NS-Einflüssen ab: So entstand eine schulinterne, von der Sportlehrerin geleitete BDM-Gruppe, die nur bei besonderen Anlässen mit Hakenkreuzfahnen (wie Fotos belegen) durch Wieblingen marschierte. Nach nur einem Jahr brach Elisabeth von Thadden zu Ostern 1934 auch die Beziehung zum evangelischen Ortspfarrer Bähr ab, der *Deutscher Christ* und schon seit 1932 Mitglied der NSDAP war.⁴

Mit ihren Schülerinnen besuchte sie den Gottesdienst in der Heiliggeistkirche bei Pfarrer Hermann Maas, der auch einige von ihnen konfirmierte.

Welcher Geist herrschte, belegt folgende Episode: Zwei Schülerinnen, die Abitur machen wollten, was in Wieblingen noch nicht möglich war, hatten in ihrer Mannheimer Schule ein Referat über die Juden im Dritten Reich zu halten. Beatrix von Bismarck begann: „Die Behandlung der Juden im Dritten Reich ist unwürdig“. Das führte sofort zu einem Eklat und dem Verweis der beiden Mädchen von der Schule, die dann vor das Jugendparteigericht in Karlsruhe zitiert wurden. Dass ihnen – wegen Minderjährigkeit – nichts weiter passierte, aber auch Elisabeth von Thadden nicht zur Verantwortung gezogen wurde, war eine glückliche Fügung. Immer musste ja damit gerechnet werden, dass eine freimütige Äußerung oder ein zufälliger Umstand zur Denunziation führte und damit auch Unbeteiligte bzw. Schutzsuchende in Gefahr gerieten.⁵

Insofern ist einsichtig, dass riskante Maßnahmen zum Schutz von *rassisch* Verfolgten nur durch ein „Ondit“ heute bekannt sind. So sollen immer wieder Mädchen jüdischer Herkunft für kurze Zeit im Internat gelebt haben, bis es Hermann Maas gelang, sie mit einem Kindertransport nach England in Sicherheit zu bringen. Aus Wien suchten einige *Halbjüdinnen* im Internat Zuflucht, die Elisabeth von Thadden dann, als die Lage brenzlich wurde, auf Gütern in Pommern untergebracht haben soll.

Bei diesen Aktionen spielte die Religionszugehörigkeit gar keine Rolle. Dass Elisabeth von Thadden grundsätzlich keine Vorurteile gegen Juden hatte, beweist die Tatsache, dass sie schon 1932 mit Schülerinnen in Begleitung von Dekan Otto Schlier die Heidelberger Synagoge besuchte.

Offensichtlich hatte Elisabeth von Thadden auch Kontakt zu *nichtarischen* Heidelbergern: Der seit 1893 in Heidelberg lehrende Literaturwissenschaftler Prof. Max von Waldberg, der 1933 seine Lehrtätigkeit aufgab und dem 1935 die Lehrerlaubnis (*venia legendi*) entzogen wurde, übergab seinen Flügel (der sogar den Krieg überstand) und wertvolle Haushaltsgegenstände an die Wieblingen Schule, bevor er am 6. November 1938 im Alter von 80 Jahren verstarb.⁶

4 Hierzu Jakob Bühler, Walter Petschan: *Wieblingen Erinnerungen*, Heidelberg 2017.

5 Bei Thierfelder (wie Anm. 2) werden auch erwähnt Irmgard Zarden und Dagmar Späth aus Berlin, die 1937 aufgenommen wurden. Siehe S. 109 mit Bild von Irmgard Zarden von 1937/1938. Zu den Vorgängen um Bea von Bismarck und Orwana von Sanden-Guja vgl. ebd. S. 113 und S. 131, Anm. 52.

6 Zu Waldberg siehe Norbert Giovannini, Claudia Rink, Frank Moraw: *Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933–1945. Biographisches Lexikon mit Texten*. Hg. vom Förderkreis Begegnung, Heidelberg 2011, S. 426.



Elisabeth von Thadden (Foto: Archiv der Elisabeth-von-Thadden-Schule)

Elisabeth von Thadden soll sich auch unbefangen auf der Straße mit Menschen unterhalten haben, die den Judenstern tragen mussten. Ihr wohlgesonnene Bekannte sollen dann die Straßenseite gewechselt haben. Gefährlich war eben diese Art der spontanen Zuwendung zu Menschen, die dazu beitrug, dass Elisabeth von Thadden – nachdem die Schule 1939 nach Tutzing am Starnberger See verlegt worden war, aber bereits zwei Jahre später nach Konflikten mit den bayerischen

Behörden wieder nach Wieblingen umsiedelte – 1941 ihr Arbeitsfeld endgültig verlor, als die Schule verstaatlicht wurde.⁷

Und nicht zuletzt ist es diese elementare Zuwendung und das unmittelbare Vertrauen in Menschen gewesen, das Elisabeth von Thadden in die dramatische Gefährdungssituation gebracht hat. Wegen einer unbedachten Bemerkung denunziert, wurde sie von dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und im September 1944 schließlich hingerichtet.⁸

Philipp Leibrecht

Die Verstaatlichung der Wieblinger Internatsschule führte 1941 zu einem neuen Namen, aber substantiell gab es keine Änderungen in der „Schule Schloss Wieblingen – Oberschule für Mädchen. Deutsche Heimschule“. Zu verdanken war das dem Staatskommissar Prof. Philipp Leibrecht, der nach seiner Ernennung am 16. Mai 1941 „mit der Vollmacht zur Schulaufsicht über das private Unterrichtsunternehmen“ sich mehrmals mit Elisabeth von Thadden traf, bis am 2. Juli 1941 die Verstaatlichung vollzogen wurde. Leibrecht war seit 1933 Parteimitglied, aber kein überzeugter Nazi mehr, wie sich aus den erhaltenen privaten Tagebuchaufzeichnungen eindeutig ergibt; so strebte er schulintern keine ideologischen Änderungen an. Seine Parteimitgliedschaft war gerade der Mantel, unter dem er in Wieblingen nonkonform wirkte.⁹

7 Zum Umzug nach Tutzing, der Aufrechterhaltung einer Dependance in Wieblingen und den Konflikten mit der Gestapo und dem Sicherheitsdienst (SD) in Bayern vgl. Thierfelder (wie Anm. 2), S. 114–123.

8 Vgl. Uta Horeld, Matthias Riemenschneider: Die letzten Jahre – Berlin 1941 bis 1944, in: Thierfelder (wie Anm. 2), S. 134–157.

9 Dr. Philipp Leibrecht, am 4.1.1894 in Mannheim geboren, hatte in Freiburg studiert (Germanistik, Geschichte, Latein) und 1918 promoviert. Bis 1924 katholisch, dann evangelisch. Nach

Am „Tag der Hausmusik“ 1942 endete das Schulkonzert mit dem Chor „Ehre sei dir, Gott“ aus Bachs Weihnachtsoratorium. Wer damals Ohren hatte zu hören, verstand, welcher Geist vorherrschte. Der Andrang von Schülerinnen – Töchter von Beamten konnten ja nun auch die Schule besuchen – überstieg bei weitem ihre Kapazität, denn in entsprechenden Kreisen wurde eben diese an das NS-Regime nicht angepasste Atmosphäre geschätzt.

Aufschlussreich ist auch, was Leibrecht über die erste schriftliche Reifeprüfung im Februar 1942 notiert, nämlich die vier Themen des deutschen Aufsatzes: Das erste Thema „Heinrich von Kleist. Ein deutscher Dichter im Schicksal der Nation“ wählten 13 der 21 Abiturientinnen, drei das zweite Thema, vier das dritte Thema und nur eine einzige Schülerin das vierte Thema mit einem Zitat von Hitler. Im offiziellen Schultagebuch sind allein die gestellten Themen vermerkt.

Schülerinnen, die Nachhilfe brauchten, vermittelte Leibrecht an Lehrerinnen, die aus *rassistischen* Gründen aus dem öffentlichen Schuldienst entlassen waren und mit Privatunterricht ihr Leben fristen mussten. Eine von diesen war die 1889 in Antwerpen geborene Helene Preetorius, die nach dem Lehramtsstudium seit 1927 an der Heidelberger Mädchenrealschule (heute Hölderlin-Gymnasium) unterrichtet hatte und 1933 aus dem Schuldienst entlassen worden war. 1946 wurde sie an der Wieblinger Schule als Lehrerin angestellt, 1951 zur Studienrätin ernannt.

Einer Schülerin, der 1942 in Dessau der Abschluss verwehrt wurde (*Mischlinge ersten Grades* durften generell ab 1943 keine staatlichen Schulen mehr besuchen), ermöglichte Leibrecht noch das Abitur 1943 – wahrscheinlich durch Verschleierung ihres „Personenstandes“.

Eine andere *Halbjüdin*, die noch Elisabeth von Thadden als Schülerin aufgenommen hatte, hochbegabt, wurde von Leibrecht 1943 überaus freundlich ver-



Philipp Leibrecht, 1940 (Foto: privat, Thomas Leibrecht, Heidelberg)

Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg 1919 Staatsexamen und Gymnasiallehrer in Karlsruhe, Lehr- und ab April 1939 Professor am Heidelberger Kurfürst-Friedrich-Gymnasium (KFG). Seit 1951 erneut Lehrtätigkeit am KFG und im Neuenheimer Lehrerseminar. Für Hinweise danken wir Dr. Thomas Leibrecht, Heidelberg.



Abiturientinnen der „Schule Schloss Wieblingen – Oberschule für Mädchen. Deutsche Heimschule“ 1942 (Foto: privat, Thomas Leibrecht, Heidelberg)

abschiedet: „Es wird nicht mehr lange dauern; du wirst schon noch studieren.“ Und im März 1945 ließ er dieser jungen Frau, die in der Zwischenzeit im Kindergarten der Providenzgemeinde eine Beschäftigung gefunden hatte, den sog. „Reifevermerk“ zukommen, der zum Studium berechtigte. Dieses nahm dann die Betroffene sofort nach der Wiedereröffnung der Universität 1945 auf.

Die schulische Odyssee dieser Schülerin zeigt deutlich, wie sehr „das Thadden“ zunehmend zu einem Refugium geworden war. 1933 war das Mädchen in Mannheim-Neuostheim eingeschult und sofort das Opfer antisemitischer Attacken eines Lehrers geworden. Die Eltern, die der Christengemeinschaft nahestanden, schickten sie deshalb 1935 in ein anthroposophisches Kinderheim in Malsch bei Karlsruhe, später besuchte sie das Institut Mertens in Heidelberg, eine staatlich genehmigte höhere Lehranstalt in der Gaisbergstraße. Nach deren Schließung folgte ein Intermezzo in der katholischen St. Raphael-Schule in Neuenheim, bis zu deren Schließung 1940. Mit 22 Mitschülerinnen wechselte das Mädchen auf das Wieblingener Landerziehungsheim, das immer Klassen für Externe offen hielt. Ihre Mutter notierte in ihrem Tagebuch, dass sie am 7. Juni 1940 eine erfreuliche Begegnung mit Frau von Thadden hatte, die für Elterngespräche aus Tutzing angereist war. Die naturwissenschaftlich begabte Schülerin fühlte sich schnell wohl in der neuen Schule, dank Lehrerinnen wie Paula Schenkel und Dr. Leiber, und wurde sogar Klassenbeste. Am Ende des Schuljahrs im Juli 1941 zeichnete sie Elisabeth von Thadden mit einem Preis „für besondere Haltung und Leistung in der Schule“ aus. Vielleicht illustriert gerade diese Preisverleihung an eine *Halbjüdin* im Jahr 1941 die ungebrochen unangepasste Haltung Elisabeth von Thaddens, die zu diesem Zeitpunkt faktisch schon amtsenthoben war.

„Staatskommissar“ Philipp Leibrecht garantierte die Weiterführung der Schule im Geist ihrer Gründerin. Keine Schülerin musste gehen, alle Lehrerinnen konnten bleiben und wurden sogar in den Staatsdienst übernommen. Hinter einer Fassade, die ganz den NS-Vorgaben entsprach, lief der Internats- und Unterrichtsbetrieb wie gewohnt weiter. Erst 1943 mussten auf Druck der Behörden *Halbjüdinnen* die Schule verlassen.

Erinnerungswürdig ist, dass die Mutter dieser 1941 ausgezeichneten Schülerin für Prof. Leibrecht in dessen Entnazifizierungsverfahren ein positives Zeugnis ablegen konnte. Sie selbst war der Deportation jüdischer Partner aus so genannten *privilegierten Mischehen* nach Theresienstadt im Februar 1945 entgangen, weil sie von einer hilfreichen Ärztin mit einer Fieberspritze transportunfähig gemacht wurde.

„Stille Helfer“ waren auch Leibrechts Familienangehörige. Seine Tochter Irmtraud, verh. August, erinnert sich 2017 in einem Brief: Im Nachbarhaus Zähringerstraße 1 wohnte der jüdische Arzt Dr. Alfred Simon. Da sich seine arische Frau nicht scheiden ließ, wurde er nicht deportiert, durfte aber wie auch seine Frau nicht arbeiten. So fehlte der Familie jegliche Existenzgrundlage. Leibrechts Kinder, Gisela, Walter und Irmtraud, brachten den Nachbarn regelmäßig Lebensmittel und anderes, und – glücklicherweise – niemand erstattete Anzeige!¹⁰



Abiturientinnen 1942 mit Philipp Leibrecht (vorne in der Mitte), links daneben die neue Internatsleiterin Frau Holler. Unter den Schülerinnen befindet sich Maria von Wedemeyer, die spätere Braut von Dietrich Bonhoeffer (Photo: privat, Thomas Leibrecht, Heidelberg)

10 Zur Familie Dr. med. Alfred Sally Simon, seiner Ehefrau Hildegard Simon, geb. Müller und dem Sohn Franz Simon siehe Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 6), S. 386–387. Alfred Simon ist im Februar 1944 verstorben.

„... eine Insel im Sturm“. Maria von Graimberg und die Katholische Soziale Frauenschule

Mit einem Blick auf Marie Baum und Marianne Weber

PETRA NELLEN

Im Kornmarkt 5 in Heidelberg lebte bis 1940 das Ehepaar Anna und Hermann Heinemann. Sie gehörte der katholischen, er der jüdischen Glaubensgemeinschaft an. Nach der Deportation der meisten jüdischen Bürger nach Gurs im Oktober 1940 übernahm Hermann Heinemann vorübergehend die Pflege des jüdischen Friedhofs, vermutlich des alten jüdischen Friedhofs in der Klingenteichstraße.

Setzen wir dieses Ereignis in Beziehung zur Katholischen Sozialen Frauenschule, deren Gründerin und Inspiratorin Maria von Graimberg war, sowie zum Palais Graimberg, das diese ungewöhnliche Einrichtung beherbergte.

Maria von Graimberg ist eine der zentralen Frauenfiguren der Heidelberger Stadtgeschichte. Im Unterschied zu vielen anderen ist ihre Präsenz im Heidelberger Stadtbild unübersehbar. Am Kornmarkt, zu Füßen des Heidelberger Schlosses, befindet sich das Palais Graimberg, das ihr Großvater Charles de Graimberg, ein französischer Adliger, 1839 erworben hatte. Die ursprüngliche Bausubstanz des Palais stammt aus dem Jahr 1743. 1818 wurde dieses Gebäude mit dem Nachbargebäude und einem Gartengrundstück von der reformierten Kirche erworben und diente bis zum Verkauf an Graimberg als reformierte Schule. Charles de Graimberg ließ umfangreiche bauliche Veränderungen vornehmen, da er nicht nur darin wohnen, sondern vor allem seine Altertumssammlung präsentieren und Besuchern zugänglich machen wollte.¹



Blick auf das Palais Graimberg zu Füßen des Heidelberger Schlosses 1951 (Foto: Stadtarchiv Heidelberg BILDA 20162)

¹ Zur Biografie Charles de Graimbergs vgl. Anja-Maria Roth: Louis Charles François de Graimberg (1774–1864). Denkmalpfleger, Sammler, Künstler (Buchreihe der Stadt Heidelberg, Bd. 8), Heidelberg, 1999. Zur Baugeschichte des Palais Graimberg vgl. Brita von Decken-Sachs:

Seine Enkelin Maria von Graimberg jedoch knüpfte an die Bildungstradition des Hauses an und gründete hier 1911 die erste katholische Soziale Frauenschule Deutschlands. Bei deren Eröffnung am 26. April 1911 gab es zunächst lediglich drei Schülerinnen und eine Lehrerin. Doch im Laufe ihrer 39-jährigen Tätigkeit bildete Maria von Graimberg mehr als 1000 Frauen zu professionellen Sozialarbeiterinnen aus. Sie lebte hier zusammen mit den Internatsschülerinnen, ihrer Schwester Camilla und ihrer Mutter. Im Herbst des Gründungsjahres kam Theodora Aberle hinzu, zunächst als Schülerin, nach Abschluss der Ausbildung als Schulsekretärin und nach einem Studium der Volkswirtschaftslehre als Dozentin. Wie eng und freundschaftlich diese Verbindung gewesen sein muss, zeigt sich u.a. darin, dass Maria von Graimberg in ihrem Testament Theodora Aberle ein lebenslanges Wohnrecht am Kornmarkt 5 einräumte.

Die Schulgründung stand im Zusammenhang mit der Professionalisierung der sozialen Wohlfahrtspflege und der Sozialen Arbeit, die sich in dieser Zeit als Berufsfeld für Frauen entwickelte. Erste Ausbildungsmöglichkeiten hatten zunächst Kurscharakter und waren in Berlin entstanden; so gründeten z.B. 1893 Jeanette Schwerin die konfessionell nicht gebundenen „Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“ oder 1904 Adolf Stöcker den protestantischen „Kursus zur Ausbildung für christliche Liebestätigkeit im Kapellenheim“. In München wurden 1909 Kurse des Katholischen Frauenbundes eingerichtet. Zeitgleich mit der weltanschaulichen Differenzierung ging die fachliche Professionalisierung einher, die zur Gründung der nicht konfessionellen „Sozialen Frauenschule in Berlin“ 1908 unter der Leitung von Alice Salomon und der ebenfalls in Berlin 1909 von Bertha Gräfin von der Schulenburg eröffneten protestantischen „Sozialen Frauenschule“ führte. Eine katholische Soziale Frauenschule fehlte noch – und diese Lücke plante Maria von Graimberg zu schließen. Pate standen nicht nur die institutionellen Vorläufer und ihre Kontakte zu Protagonistinnen der Frauenbewegung, sondern auch und vor allem der katholische Hochschullehrer und spätere Kardinal von München und Freising Michael Faulhaber.²

Der erste Lehrplan wurde in Veröffentlichungen der Frauenbewegung vernichtend kritisiert. Zuviel Literatur, Fremdsprache und Kunstgeschichte, zu wenig Fachkunde – so urteilte der Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) in seiner Zeitschrift „Die Frau“. Unter der Überschrift „Sozialer Dilettantismus“ wurde Graimbergs Konzept als „Selecta plus Sozialwissenschaft“ abgekanzelt.³ Natürlich überarbeitete, revidierte und modernisierte Graimberg den Lehrplan kontinuierlich. Den antisemitischen Forderungen der NS-Schulpolitik allerdings verweigerte sie sich standhaft und bis zuletzt, auch wenn damit der Fortbestand der Schule und damit ihr Lebenswerk gefährdet war.

Der Kornmarkt in Heidelberg (Kunsthistorisches Institut der Universität Heidelberg. Veröffentlichungen zur Heidelberger Altstadt. Hg. von Peter Anselm Riedl, H. 17), Heidelberg 1983.

2 Susanne Zeller: Maria von Graimberg. Vierzig Jahre Sozialarbeiterinnenausbildung in Heidelberg, Freiburg 1989, S. 40.

3 Die Frau, 18/1910, Heft 10.



Maria von Graimberg (links) (Foto: Stadtarchiv Heidelberg BILDA 4404)

Als am 26. April 1911 der Unterricht aufgenommen wurde, war die konfessionelle Orientierung der Schule konstitutiv. Bereits 1910 wurde in der Presse davon gesprochen, dass „eine soziale Frauenschule für Katholikinnen“⁴ eröffnet werde. Die „soziale Erziehungs- und Selbsterziehungsarbeit sollte getragen sein von katholischen Erziehungsidealen, die Berufsarbeit sollte Gottesdienst sein“.⁵

Wenn auch tief verwurzelt im katholischen Glauben gab es für Graimberg im Schulleben keine konfessionellen Schranken. Trotz der katholischen Orientierung nahm sie auch jüdische junge Frauen auf. So berichtet die ehemalige Schülerin Honora Friedmann Reis, New York, in einem Brief vom 26. Juli 1975:

„Im Herbst 1927, kurz vor Semesterbeginn, bat ich um Aufnahme in die S.F.H. Damals traf ich Gräfin Maria Graimberg. In ihrer Güte und Aufgeschlossenheit erließ sie mir alle Erläuterungen darüber, warum ich, eine Jüdin, in die KATHOLISCHE SOZIALE FRAUENSCHULE kommen wollte. [...] In den Jahren 1927–1929 war

4 Vgl. Ulrike Kayser: Die ersten Ausbildungsstätten für soziale Berufsarbeit und ihre Leiterinnen. Berlin 1997 (unveröffentlichte Diplomarbeit). Zit. nach: Manfred Berger: Graimberg-Belleau, Maria Antoinette Josephine Theresia Franziska Gräfin von, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon (BBKL), Bd. 21, Bautz, Nordhausen 2003, Sp. 517–526, S. 2 des Online-Abrufs vom 27.1.2018.

5 Vgl. U. Ried: Zur Geschichte der katholischen und sozialen Frauenschulen, in: Caritas 1925, H. 6, S. 175–180, 216–220; zit. nach Berger (wie Anm. 4).

ich verschiedentlich auch Mitbewohnerin im Graimbergischen Hause. Die Adventszeit, die Weihnachtsfeste, die Gottesdienste im Kloster Stift Neuburg haben in mir immer mehr Verehrung für das Glaubensbezeugnis anderer ausgelöst. Es wurde aber auch als selbstverständlich angesehen, wenn ich an jüdischen Feiertagen abwesend war. In diesem praktischen Zusammenleben wuchs die Einigung in den ewigen Werten.“⁶

Auch bei der Auswahl des Lehrpersonals gab es keine konfessionellen Ausschlusskriterien. Bereits in den Anfangsjahren der Schule wurde Marie Berta Coppius, Protestantin mit jüdischen Vorfahren, auf der DozentInnenliste geführt.⁷ Nach Heidelberg war Coppius 1906 als Vertreterin der beurlaubten Leiterin des Fröbelschen Kindergartens gekommen. 1911 wurde sie verbeamtet. „Seit 1921 gehörte sie dem ‚Sonderausschuss für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge‘ an, in den auch Camilla Jellinek und Maria von Graimberg gewählt wurden.“⁸

Ihren Schülerinnen empfahl sie, auch Vorlesungen an der Universität Heidelberg zu hören. Im Sommersemester 1914 besuchten sie z.B. die Vorlesung von Prof. Hermann Levy über die Geschichte der Nationalökonomie.⁹ Als der Sozialwissenschaftlerin und Sozialpolitikerin Marie Baum 1933 wegen ihrer jüdischen Vorfahren aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums



Maria von Graimberg im Kreise Ihrer Dozentinnen, Dozenten und Schülerinnen 1930. Links neben Maria von Graimberg (1. Reihe, 2. v. rechts) sitzen Benediktiner-Abt Graf Adalbert von Neipperg (Stift Neuburg) und der langjährige Lehrer der Sozialen Frauenschule Emil Joseph Viernseis. (Foto: Stadtarchiv Heidelberg BILDA 4404)

6 Honora Friedmann Reiss an Marga Feist, 26.7.1975. StAH Nachlass Maria von Graimberg.

7 Vgl. StAH Nachlass Maria von Graimberg.

8 Ann Isabel Blum: „Mutter von vielen“ – Marie Berta Coppius und der Weststadt-Kindergarten, in: Frauengestalten. Soziales Engagement in Heidelberg (Schriftenreihe des Stadtarchivs Heidelberg. H. 6), Heidelberg 1995, S. 32.

9 Vgl. StAH Nachlass Maria von Graimberg.

vom 7. April 1933 die Lehrerlaubnis an der Universität Heidelberg entzogen wurde, lud Maria von Graimberg sie ein, Unterricht an der sozialen Frauenschule zu geben. 1934 hielt Baum dort fünf Doppelstunden zum Thema „Haus und Familie“.¹⁰

Schule und Unterricht im Nationalsozialismus

Die Probleme der Schule betrafen zwei Bereiche. Zum einen widersprach die Existenz einer, insbesondere konfessionell ausgerichteten Privatschule, den *Gleichschaltungsbemühungen* des Naziregimes. Zudem weigerte sich Maria von Graimberg, die Schule im nationalsozialistischen Geiste zu führen und die Unterrichtsinhalte entsprechend anzupassen. Daneben und in der Folge davon kam es zu wachsenden und für die Einrichtung existenzbedrohenden finanziellen Engpässen. Ein Schicksal, das viele Einrichtungen betraf, die sich dem Zugriff der Nationalsozialisten entzogen haben.

Die Anmeldezahlen nahmen stetig ab, da ab 1933 die „Arbeitsämter [...] vor dem Besuch der Schule warnten. Der Staatszuschuss fiel weg seit 1934; die Erziehungsbeihilfen seit 1939.“¹¹ Vor allem die Bezahlung der Dozentinnen und Dozenten war ab 1935 gefährdet.¹² Die Situation wurde so prekär, dass sich Maria von Graimberg zunächst an Kardinal Faulhaber wandte, der ihr seit der Gründung der Sozialen Frauenschule stets zur Seite gestanden hatte. Am 15. April 1935 trafen sich die Graimberg-Schwestern mit ihm und sprachen über ihre Sorge um das Haus.¹³ Das Gespräch mit Faulhaber scheint allerdings nicht den gewünschten Erfolg gehabt zu haben, denn sie wandten sich daraufhin an Prälat Benedict Kreutz, den Präsidenten des Deutschen Caritasverbandes Freiburg. Dieser half umgehend, so dass die Dozentengehälter ausbezahlt werden konnten.¹⁴

Mit den Übergangsbestimmungen des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 27. Januar 1934 für „Nationalsozialistische Frauenschulen für Volkspflege“ sollten die Lehrinhalte der neuen Ideologie angepasst werden. Abschnitt A „Nationalsozialistische Weltanschauung und Lebenseinstellung“ mit den Gliederungspunkten a) Rassenkunde (mit nationalsozialistischer Auswertung), b) Grundzüge der Rassengeschichte, c) Deutsche Geschichte in nationalsozialistischer Beleuchtung, d) Deutsche Volkserziehung und e) Adolf

10 Petra Schaffrodt: Nachlassverzeichnis Dr. Marie Baum. Ein Leben in sozialer Verantwortung, Heidelberg 2000, S. 33. Das Manuskript zur Vorlesung befindet sich in der UB HD (Heid. Hs. 3675 F2-2).

11 Angabe Maria von Graimbergs in der „Educational Situation Survey Form“ der amerikanischen Militärbehörde, 5.10.1945. StAH Nachlass Maria von Graimberg.

12 Zeller (wie Anm. 2), S. 89.

13 Kritische Online-Edition der Tagebücher Michael Kardinal von Faulhabers (1911–1952). EAM, NL Faulhaber 10016, Tagebucheintrag vom 15.04.1935, S. 72f. Verfügbar unter: http://www.faulhaber-edition.de/dokument.html?docidno=10016_1935-04-15_T01. Online-Abruf am 25.2.2018.

14 Zeller (wie Anm. 2), S. 91. Sie nimmt Bezug auf eine Aktennotiz Kreutz vom 6.7.1935.

Hitler und die Geschichte der N.S.D.A.P.¹⁵, stand in diametralem Gegensatz zum Geist der Heidelberger Frauenschule. Nicht mehr die *Caritas*, die allen Bedürftigen zu Gute kommen sollte, stand im Zentrum, sondern mit Nachdruck wurde die Ausrichtung auf die *Volksgesundheit* verlangt – und damit zu einer Auslese von *unwerter* und *wertvoller* Klientel, auch im Fürsorgebereich. Allerdings scheinen die Bestimmungen zunächst nur zögerlich in der Schulpraxis umgesetzt worden zu sein.¹⁶ 1939 mehrten sich die Anzeichen, dass das Regime anstrebte, private Schulen grundsätzlich und endgültig zu schließen.¹⁷

Für die Heidelberger Katholische Soziale Frauenschule wurde die Situation 1943 endgültig existenzbedrohend. „Bis 1943 hatte sich die Schule einer stillschweigenden Duldung durch den NS erfreut. Wie aus einer Beschwerdeschrift des hiesigen Kreisleiters [Wilhelm Seiler, PN] an die Gauleitung der Partei hervorgeht, hatte sich dieser allerdings seit Jahren erfolglos bemüht, die Schule zu beseitigen.“¹⁸ Eine unmittelbare Folge von Seilers Beschwerde war, dass ab Januar 1943 die Schülerinnen nicht mehr beim Stadtjugendamt praktizieren konnten und somit ein wesentlicher Ansprechpartner für den praktischen Teil der Ausbildung entfiel. Von der Gauleitung wurde der Beschwerde jedoch nicht nachgegangen, sondern sie wurde ohne unmittelbare Folgen über das Kultusministerium an das Innenministerium weitergeleitet.

Die folgende Entwicklung ist einer „Denkschrift“ zu entnehmen, die Susanne Zeller Maria von Graimberg zuschreibt.¹⁹ Unmittelbarer Anlass der Beschwerde war ein Prospekt, der die Schule gleichzeitig als katholische und staatlich anerkannte Einrichtung auswies. Als vorläufige Maßnahme sollte seitens des Ministeriums eine Staatskommissarin bestellt werden – wie dies auch in der Heidelberger Elisabeth-von-Thadden-Schule praktiziert wurde; die Schule sollte ihren Prospekt moderater gestalten, „ohne jedoch den katholischen Charakter der Schule zu verleugnen“²⁰, was Maria von Graimberg ein dringendes Bedürfnis war. „Die Schule hieß immer: Katholische Frauenschule Heidelberg und Maria von Graimberg hat vor allem ab 1933 dafür gekämpft, dass dieser Name erhalten blieb.“ So im Rückblick Hildegard Paeffgen, die als Kind und junge Frau ebenfalls im Kornmarkt 5 wohnte.²¹

Die Ablehnung einer Staatskommissarin hätte die Schließung der Schule nach sich gezogen. Deshalb berief Maria von Graimberg eine „Schulkonferenz“ ein, in der sich insbesondere die „geistlichen Herren“ dafür aussprachen, eine

15 Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung Preußens, 76/1934, Heft 16, S. 46f. Zit. nach Zeller (wie Anm. 2), S. 84.

16 Vgl. Zeller (wie Anm. 2), S. 86.

17 Vgl. Zeller (wie Anm. 2), S. 92–97.

18 Maschr. Dokument, vermutlich von Maria von Graimberg gegen Ende des Jahres 1946 verfasst. StAH Nachlass Maria von Graimberg.

19 Zeller (wie Anm. 2), S. 97ff.

20 Denkschrift über den Kampf der Sozialen Frauenschule Heidelberg um ihr Bestehen in den letzten 12 Jahren. Zit. nach Zeller (wie Anm. 2), S. 98.

21 Brief von Hildegard Paeffgen, geb. Mohn, 10.4.1988, an Susanne Zeller. StAH Nachlass Maria von Graimberg.

Schulkommissarin zu akzeptieren, sofern dies den konfessionellen Charakter der Schule nicht beeinträchtigte. Angesichts der Tatsache, dass diese Funktion eine Nationalsozialistin ausüben würde, war dies eigentlich eine unrealistische Option.

Allerdings kam ein Kontakt mit der avisierten Person, Leiterin der N.S.V.-Schule Mannheim, „Fräulein“ Dr. Rocholl, über ein Jahr lang nicht zustande. Erst im Februar 1944 erschien dann – unangemeldet – im Auftrag des Innenministeriums zur Visitation der Heidelberger Anstalt eine Pgin. Rilke, die die neu zu errichtende N.S.V.-Schule in Freiburg leiten sollte. Ihr Bericht bescheinigte der Schule einerseits einen guten fachlichen Unterricht, bemängelte jedoch die fehlende nationalsozialistische Ausrichtung. Dies zeige sich vor allem darin, dass für den Nationalsozialismus keine Werbung betrieben werde. Der Unterricht in Rassenkunde fehle gänzlich. Die einzige hauptamtliche Lehrerin, Theodora Aberle, sei nicht Mitglied der NSDAP oder des N.S.V. Dieses Ergebnis ließ vorderhand nur zwei Handlungsoptionen erwarten: die Anpassung der Schule an den Nationalsozialismus oder ihre fremdgesteuerte Gleichschaltung.

In der folgenden Besprechung im Innenministerium am 9. März 1944 wurden diese Optionen zwischen den Ministerialräten Straub und Goldschmidt einerseits sowie Maria von Graimberg und Aberle als Vertreterinnen der Schule andererseits erörtert. Bemerkenswert ist die Haltung Straubs, die aus der Graimberg-schen Denkschrift hervorgeht. Demnach war er um ein offenes Gespräch bemüht, entschuldigte sich gar für den unangekündigten Besuch von Pgin. Rilke und erklärte dies als Initiative der Reichsleitung der NSDAP. Da Maria von Graimberg es ablehne, die Schule im Sinne der NS-Ideologie zu führen, müsse entweder ein Staatskommissar zur Kontrolle der Schule ständig vor Ort sein oder aber die Schule geschlossen werden. Als Übergangslösung stellte Straub in Aussicht, dass erstens der aktuelle Jahrgang noch zu Ende geführt werden könne, ebenso neue Schülerinnen aufgenommen werden könnten, diese aber gegebenenfalls ihre Ausbildung an einer N.S.-Schule zu Ende führen müssten. Aufschlussreich ist der Hinweis Straubs „die Zeit rücke dadurch weiter und es ergäben sich vielleicht bis dahin neue Gesichtspunkte“.²² Eine bemerkenswerte Formulierung! Eine Anpassung des Lehrplans schien aber unumgänglich. Maria von Graimberg sagte zu, Rassenkunde und Nationalpolitik als Unterrichtsfach aufzunehmen bzw. durch geeignete Lehrkräfte unterrichten zu lassen.

Als am 1. April 1944 in gleicher personeller Zusammensetzung ein weiteres Gespräch stattfand, sagte Straub nicht nur die Befürwortung eines dritten Wegs – „die Weiterführung der Schule bis auf weiteres“²³ – zu. Er sprach sich auch dafür aus, die Angelegenheit an das Reichserziehungsministerium in Berlin weiterzuleiten, um es der Zuständigkeit des Gaustabsamtes und somit dem Einfluss des Kreisleiters Seiler zu entziehen. Die von Straub offensichtlich kalkulierte zeitliche Verzögerung trat ein, die Prüfungen in der Schule konnten am 6. und

22 Denkschrift (wie Anm. 20), S. 99.

23 Denkschrift (wie Anm. 20), S. 100.

7. Februar 1945 ohne behördliche Einmischung stattfinden. Am 30. März zogen die Amerikaner in Heidelberg ein.

Möglicherweise hat Graimberg hier von der indifferenten Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus profitiert, wie sie in Teilen der badischen höheren Beamtschaft vorlag. Im Forschungsprojekt „Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus“ wurde der Frage nachgegangen, „welcher Typologie von Verwaltungshandeln die administrative Praxis in der NS-Zeit gehorchte“²⁴, also mit welchen bürokratischen Abläufen, Leitbildern des Beamtentums oder Einstellungsmustern Beamte ihren Dienst versahen.²⁵ Eine wichtige Feststellung ist, dass sie, trotz des Übergangs der Hoheitsrechte von der Landes- auf die Reichsebene durchaus über Entscheidungs- und Handlungsspielräume – im positiven wie im negativen Sinne – verfügten.²⁶ Diese scheinen im Fall der Katholischen Sozialen Frauenschule in Heidelberg zu deren Gunsten genutzt worden zu sein. Grundsätzlich ist festzustellen, dass sowohl im badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts als auch im badischen Innenministerium unter den biografisch erfassten höheren Beamten jeweils bis auf eine Person alle Parteimitglieder waren.²⁷ Bei der Bewertung der hohen Mitgliederrate bleibt es jedoch fraglich, „ob es sich im Einzelfall um überzeugte Nationalsozialisten oder um simulierende Parteigänger gehandelt hat“.²⁸ Rudolf Goldschmidt z.B., der 1944 als Referent im Innenministerium und Leiter des Landeswohlfahrts- und Jugendamtes an den Besprechungen teilnahm, trat 1937 in die NSDAP ein, galt aber „als politisch nicht zuverlässig“.²⁹

Die Quellen belegen, dass weder Straub noch Goldschmidt an einer Eskalation der Schulfrage interessiert waren. Im Gegenteil wirkten sie darauf hin, dass sich die unausweichlich scheinende Schulschließung verzögerte. Ob sie dies aus inhaltlicher Überzeugung oder aus der Überlegung heraus taten, dass das Ende der NS-Diktatur nur noch eine Frage der Zeit sei, lässt sich im Nachgang nicht mehr entscheiden. In einer Quelle beschreibt Maria von Graimberg Straub als eine Person, die „sich für uns in einer so entschiedenen Weise eingesetzt hatte“³⁰. Sie zitiert aus einem an sie gerichteten Brief Straubs: „So blicke denn auch ich auf unsere gemeinsame Arbeit mit Stolz u. Freude zurück, in dem Bewusstsein, an der Erhaltung hoher Werte beteiligt gewesen zu sein, die sich nun wieder frei zum Segen unseres so schwer geprüften Volkes entfalten können.“³¹ Letztlich

24 Wolfram Pyta: Einleitung. Spezifika des Projekts, in: Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Zusammenfassung zentraler Forschungsergebnisse, Heidelberg 2017, S. 8 (Pdf-Dokument unter <http://ns-ministerien-bw.de/2017/05/zusammenfassung-zentraler-forschungsergebnisse-2017/>) (Abruf am 7.10.2017).

25 Ebd.

26 Ebd.

27 Vgl. Frank Engehausen: Die NSDAP-Mitgliedschaft badischer und württembergischer Ministerialbeamter, in: Geschichte der Landesministerien (wie Anm. 24), S. 35.

28 Frank Engehausen (wie Anm. 27), S. 36.

29 Geschichte der Landesministerien (wie Anm. 24), S. 45.

30 Dokument (wie Anm. 18).

31 Ebd.

bleibt aber hier – wie so oft – die Frage offen, ob diese Zeilen seiner inneren Überzeugung entsprachen oder dem Kalkül entsprangen, sich in einem konkreten Fall entlastend als Gegner des NS-Systems zu gerieren.

Im August 1945 beantragte Maria von Graimberg die Wiedereröffnung der Katholischen Sozialen Frauenschule. In einem Schreiben vom 1. Oktober 1945 an die amerikanische Militärbehörde wiederholte sie ihr Anliegen mit dem Hinweis: „Die Soziale Frauenschule hat in den letzten 12 Jahren wegen ihres konfessionellen Charakters mehrmals in Gefahr gestanden, aufgelöst zu werden. Einzelheiten über das Vorgehen der Partei gegenüber der Schule habe ich im Beiblatt zum Fragebogen vermerkt.“³² Nur wenige Tage später erhielt sie am 5. Oktober 1945 vom Stadtschulamt, „im Einvernehmen mit dem Herrn Erziehungs-offizier der Militärregierung“³³ die vorläufige Genehmigung.

Hilfe in der Not

Maria von Graimberg blieb in den Jahren 1933 bis 1945 ihrer tief im Religiösen verwurzelten moralischen Haltung treu. Sie kann zu den Helferinnen gezählt werden, die sich während des Nationalsozialismus der herrschenden Ideologie widersetzen und geholfen haben, wo es möglich war. Angesichts des Überwachungsapparates ist es nicht erstaunlich, dass Belege darüber nur vereinzelt zu finden sind und – wenn überhaupt – dann als erinnerndes Dokument. Maria von Graimberg war keine Widerstandskämpferin in dem Sinne, dass sie unter Einsatz ihres Lebens agiert hätte. Bekannt sind die kleineren Unterstützungsleistungen und der Kampf um die ideologische Ausrichtung der Schule, die deutlich von ihrer anti-nationalsozialistischen Haltung zeugen.

Inwieweit sie jüdische Mitbürger schützte und Verfolgten Asyl in ihrem Haus gewährte, ist nur schwer zu belegen. Sicher ist, dass das eingangs erwähnte Ehepaar Anna und Hermann Heinemann (sie katholischen, er jüdischen Glaubens) bis 1940 in ihrem Haus lebte. Am 30. September 1940 allerdings mussten sie in das *Judenhaus* Marktplatz 7 umziehen, am 5. Januar 1942 dann in die Mantelgasse 3. Ab dem 15. Juli 1945 lebten sie wieder am Marktplatz 7. Hier sind auch beide verstorben, Hermann Heinemann am 25. Oktober 1945, Anna Heinemann 1966.³⁴

In der Literatur wird über Maria von Graimbergs Einsatz für eine *nichtari-sche* Schülerin im Jahre 1937 berichtet, deren Verbleib an der Schule und deren finanzielle Unterstützung sie mit Hilfe von Prälat Benedict Kreutz erreichen konnte.³⁵ In ihm fand Maria von Graimberg offenbar einen verlässlichen Helfer,

32 Angabe Maria von Graimbergs in der „Educational Situation Survey Form“ der amerikanischen Militärbehörde, 5.10.1945, StAH Nachlass Maria von Graimberg.

33 Schreiben des Stadtschulamtes, Abt. Privatschulen, Privatunterricht, vom 5.10.1945 an Maria von Graimberg, StAH Nachlass Maria von Graimberg.

34 Norbert Giovannini, Claudia Rink, Frank Moraw: *Erinnern – Bewahren – Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933–1945. Biographisches Lexikon mit Texten.* Hg. vom Förderkreis Begegnung, Heidelberg 2011, S. 161.

35 Zeller (wie Anm. 2), S. 100f. Auch: Berger (wie Anm. 4), S. 4.

hatte er doch schon 1935 der Schule in einem finanziellen Engpass unter die Arme gegriffen. Die ehemalige Schülerin Honora Friedmann Reiss berichtete: „Während meiner Ausbildungszeit unternahm ich verschiedentlich die künstlerische Ausgestaltung von Festlichkeiten. Noch im Jahre 1937 erbat Gräfin Maria meine Mithilfe.“³⁶

Anlässlich eines Buchprojekts in den 1970er Jahren über Maria von Graimberg und die Katholische Soziale Frauenschule trafen sich sechs ehemalige Schülerinnen in Heidelberg. Von der Zusammenkunft am 11. Februar 1978 existiert ein maschinenschriftliches Protokoll, das stichwortartig eine Einschätzung der Person Maria von Graimbergs gibt. „Susi Lenz [ehemalige Schülerin, Neckarge-münd, PN] erzählt von 1942 bis 1944 von ihrer Schutzhaft, ihre[r] Aufnahme in die SFH, von ihrer [vermutlich Graimbergs, PN] Kühnheit im Unterricht und bei ihrem Examen.“³⁷ Eine häufige und distanzierend gemeinte Redewendung Graimbergs muss „Hitler sagt“ gewesen sein, wie das Protokoll erwähnt, in dem auch der Hinweis enthalten ist, dass sie „verdächtige Jugendliche in die Schule ein[stellte]“.

Recherchen über Susi Lenz vervollständigen die stenographisch wirkenden Notizen des Protokolls und erhellen einerseits die biografischen Daten der ehemaligen Schülerin, untermauern aber zugleich Graimbergs Ablehnung des Nationalsozialismus und ihre Unterstützung von Verfolgten.

Susi Lenz wurde am 1. Februar 1907 in Offenbach a.M. geboren. In den 1930er Jahren arbeitete sie als Verkäuferin bei der Firma Mehl in Offenbach a.M.-Bürgel. Vom 22. Februar bis 15. Juli 1938 verbüßte sie eine Haftstrafe in Frankfurt a.M. und Darmstadt „wegen Herstellung und Verbreitung staatsfeindlicher Schriften“. Nach der Haftentlassung wurde sie von dem ebenfalls politisch verfolgten Arzt Dr. P. Kallab in Offenbach a.M. gegen geringes Entgelt beschäftigt. Ab dem 1. Juli 1942 wohnte sie gemeinsam mit ihrer Mutter und Schwester in Heidelberg in der Unteren Straße 11.

Der Umzug nach Heidelberg erfolgte laut Wiedergutmachungsakte einerseits aus gesundheitlichen Gründen. Nicht nur die Mutter hatte gesundheitliche Probleme; Susi Lenz erkrankte, vermutlich aufgrund der Haftbedingungen, an Lungentuberkulose. Andererseits plante sie eine Ausbildung zur Sozialarbeiterin. Der Besuch der Frankfurter Ausbildungsstätte kam nicht infrage, da sie unter nationalsozialistischer Leitung stand. So bewarb sie sich in Heidelberg und konnte von 1942 bis 1944 in der Heidelberger Katholischen Sozialen Frauenschule ihre Ausbildung absolvieren. Susi Lenz kam aus einem katholischen Umfeld und konnte vermutlich deshalb – trotz oder gerade wegen der verbüßten Haftstrafe – auf Unterstützung durch Maria von Graimberg hoffen.

Was war ihr zur Last gelegt worden? Am 22. Februar 1938 wurde sie

36 Honora Friedmann Reiss an Marga Feist, 26.7.1975, StAH Nachlass Maria von Graimberg.

37 Maschr. Protokoll einer Zusammenkunft ehemaliger Schülerinnen der Katholischen Sozialen Frauenschule vom 11.2.1978, StAH Nachlass Maria von Graimberg.

„im Zusammenhang mit einer Strafsache gegen einen Herrn Kuhn mit ungefähr 16 weiteren Personen von der Gestapo in Frankfurt verhaftet [...]. Das ‚Vergehen‘ bestand offenbar darin, dass sie Anti-NS-Schriften aus dem Katholischen Umkreis mit anderen Gleichgesinnten gelesen und diskutiert hat.“³⁸

Im Schreiben der Staatsanwaltschaft Stuttgart an die Landesbezirksstelle für Wiedergutmachung vom 16. August 1951 liest sich das folgendermaßen:

„S.L. war Angehörige der kath. Jugendgruppe in Offenbach. Lt. einer Zeugin Gruppenführerin. Sie habe sich aufgrund ihrer religiösen Einstellung nach 1933, an der Verbreitung von Schriften kath. Persönlichkeiten antinationalsozialistischen Inhalts beteiligt. Das Verfahren wegen Vergehen gegen das Heimtückegesetz wurde aufgrund § 2 Abs. 2 des Straffreiheitsgesetzes vom 30.4.1938 durch den Oberstaatsanwalt beim Landgericht Darmstadt am 10.10.1938 eingestellt.“³⁹

Die gelebte antinazistische Haltung am Kornmarkt 5 dokumentiert auch der Brief vom 10. April 1988 einer ehemaligen Bewohnerin, Hildegard Paeffgen, geb. Mohn, an die Historikerin Susanne Zeller.⁴⁰ Als Paeffgen zwölf Jahre alt war, zog ihre Familie um 1936⁴¹ in den Kornmarkt 5. Ihre Angaben sind kursorischer Natur; sie schlägt Frau Zeller ein Treffen in Heidelberg vor, um ausführlicher berichten zu können.

Doch auch die kurzen Ausführungen bestätigen die in der Regel allgemein gehaltenen Angaben über Graimbergs Hilfeleistungen in der NS-Zeit:



Ansicht der Kapelle im Palais Graimberg aus dem Jahr 1965, die vorübergehend auch als Trauzimmer des Standesamtes genutzt wurde. (Foto: Stadtarchiv Heidelberg BILDA 13120)

38 GLA 480/3007, Wiedergutmachungsakte Susi Lenz.

39 Ebd.

40 StAH Nachlass Maria von Graimberg.

41 Vgl. Stadt-Adreßbuch der Kreishauptstadt Heidelberg nebst den Stadtteilen Handschuhsheim, Kirchheim, Wiebilingen, Rohrbach und den zur Stadt gehörenden Siedlungen sowie den Gemeinden Ziegelhausen und Leimen für das Jahr 1936. UB Online-Ressource, Abruf am 4.3.2018. In diesem Jahr ist erstmals der Glasermeister Emil Mohn verzeichnet. Bis 1935 wird hier der Schlosser Peter Volz geführt.

„Die ganzen Jahre haben wir am Kornmarkt mit Maria und Camilla von Graimberg in sehr engem Kontakt gelebt. Wie auch mit Josefa Mahle, Fräulein Dr. Aberle, Fräulein Graf u.v.a. Ich wurde von diesem Haus und dem Leben darin sehr geprägt. [...] Die schlimmen Jahre ab 1933 haben die Bewohner des Hauses gemeinsam erlebt und getragen. [...] Und gerade in dieser Zeit habe ich sehr viele Erfahrungen gemacht, da meine Eltern politisch ganz auf der Ebene von den übrigen Bewohnern am Kornmarkt 5 waren und mithalfen, politisch und jüdisch verfolgte Menschen über Tage und Wochen zu beherbergen und diese Dinge verbanden sehr. Wir sahen das Haus Kornmarkt 5 viele Jahre als eine Insel im Sturm und verbrachten manche Nächte bei Angriffen auf Mannheim alle gemeinsam in unserer Küche, die als ehemalige Kapelle ein Gewölbe hat.“

So erhält die bisher nicht oder nur wenig belegte Einschätzung, dass von Deportation bedrohte Menschen in Graimbergs Haus Unterschlupf hätten finden können, da das Haus aufgrund der Schule und mehrerer Mieter schwierig zu kontrollieren gewesen sei,⁴² eine zeitgenössische Untermauerung. Der Kornmarkt 5 war offenbar ein Ort, in den die Nazi-Ideologie nicht einzudringen vermochte. Dem katholischen Wertekodex verpflichtet, handelte die prägende Gestalt Maria von Graimbergs nicht nur im Sinne der *Caritas*, indem sie professionelle Sozialarbeiterinnen ausbildete. Ebenso verfügte sie über eine selbstverständliche Offenheit gegenüber Andersgläubigen, sofern diese mit ihren eigenen Werthaltungen übereinstimmten. Dann waren sie im Kornmarkt willkommen, wurden Teil der Gemeinschaft und im Zweifelsfall geschützt.

Heidelberger Netzwerke

„Als ab 1940 die ersten großen Deportationen Heidelberger Mitbürger und Mitbürgerinnen jüdischer Herkunft nach Gurs in Frankreich begannen, muss nach Aussagen von Zeitzeuginnen das Haus am Kornmarkt 5 eine Adresse gewesen sein, von der viele bedrohte und verfolgte Menschen wussten. Maria von Graimberg soll in einer kleinen Dachkammer [...] solchen Hilfesuchenden zeitweise Asyl gewährt haben.“⁴³

Hierbei ist eine enge Verbindung Maria von Graimbergs zu Hermann Maas und Marie Baum zu vermuten.

Hermann Maas, dessen Einsatz so vielen jüdischen Bewohnern Heidelbergs während des Nationalsozialismus geholfen hat, war wie Maria von Graimberg Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Als 1918 das allgemeine Wahlrecht eingeführt wurde, und damit auch Frauen das aktive und passive Wahlrecht erhielten, setzte sie sich entschieden für die Teilnahme der Frauen an den demokratischen Mitbestimmungsrechten ein. Sie selbst machte im Rahmen der Kommunalpolitik Gebrauch vom passiven Wahlrecht. 1919 kandidierte sie auf der Liste der Zentrumspartei und war bis zum sogenannten *Gleichschaltungsgesetz* am 26. April 1933 kontinuierlich in diesem Gremium vertreten.

42 Vgl. Berger (wie Anm. 4), S. 4.

43 Zeller (wie Anm. 2), S. 101.

Wie sich die Beziehung zwischen Hermann Maas und Maria von Graimberg im Nationalsozialismus konkret gestaltete, lässt sich nicht belegen. Seine Wertschätzung kann nur aus Quellen der 1960er Jahre rückblickend erschlossen werden. So nennt er in der Festschrift zum 50jährigen Jubiläum der Katholischen Sozialen Frauenschule 1911–1961 „Soziale Grüße“ vom Januar 1962 Maria von Graimberg eine „gütige, tapfere und kluge Leiterin“, deren Arbeit er mit „Bewunderung und herzlichem Dank verfolgt“.⁴⁴ Anlässlich ihres Todes schreibt er in einem Nachruf, gerichtet an die Leitung der Schule: „Ich durfte in den 50 Jahren, die ich nun hier lebe, in Verehrung und Dankbarkeit zu der Verewigten aufschauen und denke bewegt an viele Begegnungen und tieferische Gespräche mit ihr. Gottes Segen liege auf ihrem großen Werk der Liebe.“⁴⁵

Konkrete Verbindungen zwischen der Sozialwissenschaftlerin und Sozialpolitikerin Marie Baum⁴⁶ und Maria von Graimberg in der Hilfe für Verfolgte des NS-Regimes zu belegen ist ebenso schwierig. Die Bezugspunkte beider Frauen sind evident. Ihr gemeinsames Thema war die Professionalisierung der Sozialarbeit und die Einführung einer zielgerichteten Ausbildung. Maria von Graimberg konzentrierte ihre Energie auf die Gründung, die kontinuierliche Verbesserung und den Erhalt der Schule sowie die Vernetzung mit den Sozialen Frauenschulen. 1918 erreichte sie z.B. die Aufnahme der Heidelberger Schule in die Konferenz der Sozialen Frauenschulen.⁴⁷

Marie Baum hingegen, promovierte Chemikerin und akademisch geschult, legte – neben praktischen Tätigkeiten als badische Fabrikinspektorin, Geschäftsführerin des Vereins für Säuglingspflege Düsseldorf oder Leiterin der Sozialen Frauenschule Hamburg gemeinsam mit Gertrud Bäumer – zusammen mit Soziologen und Akteurinnen der Frauenbewegung die Grundlagen für die wissenschaftliche Fachdisziplin Sozialarbeit.⁴⁸ Mit ihrer beruflichen Umorientierung von der Tätigkeit als Chemikerin hin zur Sozialen Arbeit erfüllte sie von dieser Zeit an eher das konventionelle Frauenbild mit dem Modell der geistigen Mütterlichkeit. Gleichzeitig aber verwirklichte sie ihren intellektuellen Anspruch, indem sie eine Vielzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen zu aktuellen sozialen Themen initiierte und publizierte. In den Jahren 1928–1933 und 1946–1952 lehrte sie am Institut für Sozial- und Staatswissenschaften der Universität Heidelberg.

Berührungspunkte zwischen beiden Frauen lassen sich im Zusammenhang mit der Katholischen Sozialen Frauenschule zweifelsfrei belegen. Als Referentin

44 Soziale Grüße 1962, S. 9, StAH, Nachlass Maria von Graimberg.

45 Brief Hermann Maas an die Leitung der Fachschule für Sozialarbeit, 16.6.1965, StAH Nachlass Maria von Graimberg.

46 Vgl. hierzu den Beitrag von Reinhard Riese über Marie Baum.

47 Brief Alice Salomon an Maria von Graimberg vom 18.2.1918, StAH Nachlass Maria von Graimberg.

48 Vgl. Walburga Hoff: Im Zwiespalt zwischen Wissenschaft und weiblicher Kulturmission. Marie Baum und das Problem der Disziplinbildung Sozialer Arbeit, in: Sonja Häder, Ulrich Wiegmann (Hgg.): An der Seite gelehrter Männer. Frauen zwischen Emanzipation und Tradition, Bad Heilbrunn 2017, S. 104–127.

für Wohlfahrtspflege im badischen Arbeits- bzw. Innenministerium (1919–1926) gehörte Marie Baum der staatlichen Prüfungskommission für die Heidelberger Schülerinnen an. Als sie 1926 aus dem Staatsdienst austrat, legte sie gegenüber Maria von Graimberg in einem persönlichen Schreiben ihre Beweggründe für diesen Schritt dar.⁴⁹ Außerdem nahmen wohl die Schülerinnen auch an Veranstaltungen teil, die Marie Baum über Soziale Fürsorge und Wohlfahrtspflege am Institut für Sozial- und Staatswissenschaften abhielt, bis ihr der Lehrauftrag im Juli 1933 entzogen wurde. 1934 erteilte sie dann auf Graimbergs Einladung Unterricht an der Sozialen Frauenschule.

Über diese Details hinaus sind jedoch keine Verbindungen insbesondere aus der Zeit des Nationalsozialismus zu finden. In Marie Baums Lebenserinnerungen ist ein ausführliches Kapitel der NS-Zeit gewidmet. „In Heidelberg bildete den Mittelpunkt der Hilfeleistung für die ‚Nichtarier‘ Stadtpfarrer Hermann Maas, [...] dessen engste Mitarbeiterin ich viele Jahre hindurch sein durfte.“⁵⁰ Unter anderem half sie dabei, Kinder und Jugendliche außer Landes zu bringen und kümmerte sich um die Beschaffung von Devisen aus dem Ausland für Auswandernde. Aufgrund dieser Aktivitäten geriet Marie Baum selbst unter Beobachtung durch die Gestapo und wurde verhört. Bei einer Hausdurchsuchung am 21. November 1941 wurden für die Hilfsarbeit wichtige Unterlagen wie Kartothek und Korrespondenz beschlagnahmt.

Marie Baum beschrieb das Schicksal einer ganzen Reihe Heidelberger jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger – die Namen zwar oft abgekürzt, so aber doch meistens identifizierbar. Es ist deutlich zu erkennen, welche aktive Rolle sie selbst damals einnahm, wie sie Pfarrer Maas unterstützte und dass ein enges Vertrauensverhältnis zur Ärztin Marie Clauss bestand. Zu Maria von Graimberg und dem Kornmarkt 5 jedoch findet sich keine Andeutung.

Neben der Tatsache, dass das Schweigen über persönliche Netzwerke selbstverständlich auch dem gegenseitigen Schutz diene, kann im Verhältnis von Marie Baum und Maria von Graimberg wohl eine intellektuelle Distanz vermutet werden.

Marie Baum gehörte dem Kreis um Marianne Weber an, zu dem unter anderem Akademikerinnen und Professorengattinnen wie Camilla Jellinek oder Marie-Luise Gothein gezählt wurden, die sich mit Fach- oder auch allgemeinen gesellschaftlichen Themen wissenschaftlich auseinandersetzten und publizierten. Seinen wesentlichen Beitrag sah der Weber-Kreis vornehmlich in einer „Kulturmission der Frau“, nicht in der ökonomischen Dimension der weiblichen Berufstätigkeit. Möglicherweise kann hier eine Parallele zu Meike Sophia Baaders These gezogen werden, nach der die Pflanzengenetikerin Gerta von Ubisch nicht in den Weberschen Kreis aufgenommen wurde, „weil sie als Naturwissenschaftlerin von der Diskussion um die ‚kulturelle Frage‘ und die ‚höchsten Kulturwerte‘,

49 Brief Marie Baums an Maria von Graimberg vom 30.6.1926, StAH Nachlass Maria von Graimberg.

50 Marie Baum: Rückblick auf mein Leben, Heidelberg 1950, S. 279.

dem zentralen Interesse des Weber-Kreises, ausgeschlossen blieb.⁵¹ Dabei gab es einiges Verbindendes zwischen Gerta von Ubisch, der ersten in Baden habilitierten Frau, und dem Weber-Kreis: Ihre Mutter war eine Freundin Marie Baums, durch die sie überhaupt auf das Frauenstudium aufmerksam geworden war. Die Familien Weber und Ubisch verkehrten in Berlin gesellschaftlich miteinander. Schließlich war Gerta von Ubischs Großonkel, Levin Goldschmidt, Max Webers Doktorvater.

Maria von Graimbergs Ziel, professionelle Sozialarbeiterinnen auszubilden, die eine karitative Tätigkeit als Beruf ausüben würden, unterschied sich wesentlich von dem des Weber-Kreises. Ihren Schülerinnen riet sie, nicht nur den sozialen Aspekt ihrer Arbeit in den Vordergrund zu stellen, sondern auch für die eigenen Rechte als Arbeitnehmerinnen einzutreten. 1916 gründete sie z.B. den Berufsverband „Verein katholischer Sozialbeamtinnen Deutschlands“.



Marianne Weber (Foto: Universitätsarchiv Heidelberg Pos I 03213)

Möglicherweise ist hier einer der tieferliegenden Gründe zu finden, warum keine weitreichenden Belege über eine Kommunikation zwischen Maria von Graimberg und Marie Baum zu finden sind – auch wenn sie im Konkreten, der Hilfe von Verfolgten durch das Nazi-Regime, der gleichen Überzeugung folgten.

Maria von Graimbergs Bedeutung für die Stadt Heidelberg kommt nicht nur durch verschiedene Ehrungen zum Ausdruck. Als zweite Frau nach Anna Blum (Verleihung 1913) verlieh ihr die Stadt Heidelberg 1964 die Ehrenbürgerinnenwürde. Bis heute sind zwei weitere Ehrenbürgerinnen hinzugekommen: die Dichterin Hilde Domin und die frühere Oberbürgermeisterin Beate Weber. In den Laudationes auf Maria von Graimberg anlässlich der Verleihung finden sich indes keine Hinweise auf ihre Unterstützertätigkeit für Verfolgte und ihre mutige und konsequente Distanz gegenüber den Zumutungen des NS-Regimes.

51 Meike Sophie Baader: „Wissenschaften als Beruf“ in den Naturwissenschaften, in: Hubert Treiber, Karol Sauerland (Hgg.): Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise. Zur Topographie der „geistigen Geselligkeit“ eines „Weltdorfes“: 1850–1950, Heidelberg 1995, S. 446.

Leopold Perels. Von der Solidarität der juristischen Fachkollegen

KLAUS-PETER SCHROEDER

In den vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und die Epoche des Nationalsozialismus bis hin zu den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland sich erstreckenden Lebenslinien Leopold Perels findet sich die gesamte Tragik eines deutschen Rechtsgelehrten jüdischer Herkunft in nahezu einmaliger, bitterer Weise verdichtet. Er zählte zu den ersten Heidelberger Hochschullehrern, die einen Tag vor dem Erlass des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 durch das badische NS-Kultusministerium aus rassistischen Gründen aus dem Universitätsdienst beurlaubt wurden.¹

Gemäß der Durchführungsverordnung vom 11. April 1933 galt als „nichtarisch“, „wer von [...] jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt.“ Leopold Perels' Vater Ferdinand Perels hatte jüdische Eltern; daher war sein Sohn Leopold nach der Veterinärterminologie der 1935 erlassenen Nürnberger Rassegesetze ein „jüdischer Mischling 1. Grades“.

Mit der Ausdehnung auch auf die nichtbeamteten Hochschullehrer ging die Durchführungsverordnung zwar über den Titel, nicht aber über das Ziel des Gesetzes hinaus. Den neuen Machthabern ging es einzig um eine nur dürftig verbrämte „rechtmäßige“ Verdrängung nicht länger erwünschter Persönlichkeiten aus rassistischen oder politischen Gründen.

Zunächst konnten das Rektorat und die Juristische Fakultät allerdings erreichen, dass die Beurlaubungen für das Sommersemester 1933 ausgesetzt wurden, um den Lehrbetrieb aufrecht zu erhalten.²

Am 18. August 1933 teilte das Badische Kultusministerium dem ordentlichen Honorarprofessor Leopold Perels mit, dass Reichsstatthalter Wagner ihm aufgrund der Entschliebung vom 2. August 1933 gemäß § 3 Abs. 2 GWBeamtG in Verbindung mit Nr. 8 zu § 7 der dritten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Beamtentums die Lehrbefugnis endgültig entzogen habe.³ Da sein überaus kärgliches Privatdozentenstipendium seit Ende November 1933 ebenfalls einbehalten wurde, stand der damals 58-jährige Perels nahezu mittellos da. Vergeblich setzte sich die Fakultät unter ihrem Dekan Wil-

1 Vgl. Birgit Vezina: Die „Gleichschaltung“ der Universität Heidelberg im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung, Heidelberg 1982, S. 26ff.; (Universitätsarchiv Heidelberg (UAH) B 3026/4a).

2 Klaus-Peter Schroeder: Entrechtet, deportiert und vergessen: Der Heidelberger Rechtsgelehrte Leopold Perels (1875–1954), in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 163 (2015), S. 277–299, hier S. 278f.

3 Dorothee Mußnug: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Zur Geschichte der Ruprecht-Karls-Universität nach 1933, Heidelberg 1988, S. 28ff., 122ff.

helm Groh beim Karlsruher Ministerium dafür ein, „von einer Kündigung des von allen geschätzten Kollegen abzusehen.“⁴ Sie fühle sich verpflichtet, für ihn Sorge zu tragen, da er bei seinem Alter und seinem schweren Gehörleiden nicht mehr in der Lage sei, sich eine neue Existenz aufzubauen. Nachdrücklich wies die Fakultät, unterstützt von dem Rektorat, darauf hin, dass Perels hauptamtlich am Wörterbuch der älteren deutschen Rechtssprache, welches von der Berliner Akademie der Wissenschaften herausgegeben wurde, beschäftigt sei; darüber hinaus biete Perels als einziger in der Fakultät „zur Vervollständigung des Stundenplans“ Kollegs über badisches Privatrecht an. Daraufhin wurde die Beurlaubung zunächst ausgesetzt, aber im August 1933 mit dem bereits erwähnten Entzug der Lehrbefugnis und der Honorarprofessur seine Entlassung aus dem Universitätsdienst endgültig realisiert.

Auch in der Folgezeit gab die Heidelberger Fakultät nicht auf: Nach Rückkehr aus dem Urlaub wandte sich Dekan Groh, der Perels' verzweifelte Situation aus eigener Anschauung kannte und ihm sein „tiefstes kollegiales Bedauern“ übermittelt hatte, mit einem weiteren Schreiben nach Karlsruhe, über das er Perels unterrichtete:

„Wie ich Ihnen ja schon früher andeutete, und wie Sie wohl dieser Tage von Herrn Gutzwiller gehört haben, sind wir bemüht gewesen, Ihnen die Möglichkeit wissenschaftlicher Arbeit und sonstiger Hilfe in den Instituten für ausländisches Recht und für geschichtliche Rechtswissenschaft zu verschaffen. Ich habe über diese unsere Absichten vorgestern mit dem Herrn Hochschulreferenten gesprochen und dessen grundsätzliche Zustimmung zu unseren Plänen erhalten. Sobald die von mir erbetene schriftliche Bestätigung vorliegt, werde ich Ihnen weitere Nachricht zukommen lassen.“



Leopold Perels (1875–1954) (Foto: Universitätsarchiv BA Pos II 00074)

4 Siehe das Schreiben Grohs unter dem 9.9.1933 (UAH, PA 5272). Zu Wilhelm Groh, dem späteren Rektor der Heidelberger Universität, vgl. die Studie von Paul Christopher Leo: Wilhelm Groh – Erster Rektor der Ruperto Carola in der NS-Zeit, Hamburg 2012; Klaus Peter Schroeder: „Eine Universität für Juristen und von Juristen“. Die Heidelberger Juristische Fakultät im 19. und 20. Jahrhundert, Tübingen 2010, S. 476ff.

Im Rahmen einer handschriftlichen Notiz konnte dann Dekan Groh am 28. September 1933 vermelden, dass von Seiten des Hochschulreferenten „keine Einwendungen gegen den Plan der Fakultät, für Herrn Perels zu sorgen“, bestehen.⁵

An der Spitze des Instituts für Ausländisches Recht stand bis zu seinem Wechsel nach St. Gallen Max Gutzwiller, dem Eugen Ulmer nachfolgte.⁶ Das Institut für geschichtliche Rechtswissenschaft wurde gemeinsam von Ernst Levy, Max Gutzwiller, Heinrich Mitteis und Eberhard von Künßberg geleitet. Nach deren Ausscheiden führte Hermann Krause als Direktor das Institut und die damit zusammenhängende Verwaltung der „Stiftung von 1916“, deren Interessen er gegenüber der Universitätsverwaltung hartnäckig verfocht.⁷ In aller Deutlichkeit ließ Krause den für die Kassenverwaltung zuständigen Universitätsangestellten wissen, dass ihm „unklar“ sei, „welche Zwecke durch den dauernden Hinweis auf den nichtarischen Charakter [sc. der Stiftung] verfolgt werden sollen“, diene doch die Stiftung ausschließlich der rechtshistorischen Forschung. Aus den Mitteln der Stiftung erhielt Perels nunmehr einen monatlichen Zuschuss in Höhe von 282,50 RM bis zu seiner Deportation im Oktober 1940. Er war der einzige Heidelberger Dozent, der auch nach der Entlassung aus rassistischen Gründen dank der massiven Unterstützung Hermann Krauses und Eugen Ulmers für ein bescheidenes Salär weiterhin an der Universität wissenschaftlich arbeiten konnte.

Geboren wurde Leopold Perels am 7. März 1875 als Sohn eines hohen Ministerialbeamten in Kiel. Nach dem Umzug der Familie 1877 in die Reichshauptstadt, wo sein Vater Ferdinand Perels an herausgehobenen Positionen im Reichsmarineamt diente, besuchte Leopold Perels das Königlich Französische Gymnasium. Zum Wintersemester 1893/94 nahm er das Studium der Rechtswissenschaften auf, welches ihn über Göttingen, Heidelberg, Berlin wieder zurück an die Universität seiner Vaterstadt Kiel führte. Am 20. November 1896 legte er am Königlichen Kammergericht in der Reichshauptstadt das Referendarexamen mit Prädikat ab und promovierte 1898 bei Josef Kohler zu einem Thema, das unverkennbar Bezüge zu seiner schleswig-holsteinischen Heimat aufweist: „Strandungsdelikte im deutschen Recht“. 1902 bestand Perels wiederum mit ausgezeichnetem Erfolg das Assessorexamen in Berlin. Nach einer kurzen Tätigkeit als Hilfsrichter an den Amtsgerichten Berlin und Charlottenburg ließ er sich zu wissenschaftlichen Zwecken im November 1903 beurlauben; sein Weg führte ihn zu Richard Schroeder nach Heidelberg.⁸

Nur wenige Jahre zuvor hatte die Philosophisch-Historische Klasse der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin auf Anregung der Rechtshistoriker Heinrich Brunner und Karl von Amira wie auch des Philologen

5 UAH, PA 781.

6 Zu Eugen Ulmer vgl. Schroeder (wie Anm. 4), S. 486ff.; Dagmar Drüll: Heidelberger Gelehrtenlexikon 1803–1932, Heidelberg 1986, S. 274.

7 Zu Hermann Krause vgl. Schroeder (wie Anm. 4), S. 550ff.

8 Siehe zu diesen Angaben Drüll (wie Anm. 6), S. 68f.

Karl Weinhold Ende 1896 eine „Commission für das Wörterbuch der älteren deutschen Rechtssprache“ eingesetzt. Diese legte die Grundzüge und Ziele des Vorhabens fest.⁹ Von Anfang an war das Rechtswörterbuch interdisziplinär ausgerichtet. Zum wissenschaftlichen Leiter jenes überaus anspruchsvollen „Riesenwerks“ konnte der renommierte Heidelberger Rechtsprofessor Richard Schroeder gewonnen werden.¹⁰ Unterstützt wurde er bei den mühseligen und zeitintensiven Arbeiten von einer Reihe qualifizierter Mitarbeiter. Zu diesem in unregelmäßigen Abständen wechselnden Stab zählte neben Eberhard Freiherr von Künßberg auch Leopold Perels.¹¹ Schroeder war es, der ihm die akademische Laufbahn an der Heidelberger Ruperto-Carola eröffnete. Ausgewiesen durch glänzende Examina habilitierte er sich am 21. Dezember 1905 mit einer – wiederum „maritimen“ – Studie zur Stellung des Kapitäns im deutschen Seehandelsrecht. Seine Schwerhörigkeit behinderte ihn im Rahmen der Vorlesungen nicht weiter, einzig an mündlichen Prüfungen konnte er nicht teilnehmen. Auf keinerlei Widerspruch stieß daher die Ernennung von Perels am 2. März 1912 zum außerordentlichen Professor an der Ruperto Carola. In den nachfolgenden Semestern bot er Vorlesungen zum Bürgerlichen Recht, Handels- und Seerecht an.

Im Vordergrund seiner Interessen stand aber die Arbeit am Rechtswörterbuch, in dessen erstem Band Leopold Perels als einer der frühesten Mitarbeiter benannt ist; sie blieb sein eigentliches wissenschaftliches Haupttätigkeitsfeld. Gewaltsam unterbrochen wurden seine Studien für einige Jahre durch den Ersten Weltkrieg, von dessen Ausbruch er auf einer längeren Reise durch Spanien überrascht wurde. Wegen der kriegsbedingt verhängten Verkehrssperre war es ihm nicht mehr möglich, nach Deutschland zurückzukehren. Ohne zu zögern stellte Perels sich am 4. August 1914 mit seinen hervorragenden Spanischkenntnissen dem Deutschen Generalkonsulat in Barcelona zur Verfügung. Nach dem spanischen Intermezzo und der Rückkehr im Herbst 1919 nach Heidelberg bemühte sich die Juristische Fakultät intensiv darum, Perels Position innerhalb des Lehrkörpers zu stärken, denn eine wirtschaftliche Sicherheit konnte ihm der zunächst auf zwei Jahre befristete, dann jedoch dauerhaft gewährte Lehrauftrag nicht bieten. Vor dem Hintergrund der überaus angespannten finanziellen Lage des Landes Baden vermochte sich das zuständige Karlsruher Kultusministerium aber nicht dazu entschließen, den Vorschlägen der Fakultät zu folgen. Er musste sich damit bescheiden, in Anerkennung seiner Verdienste am 18. Juni 1928 zum or-

9 Vgl. Andreas Deutsch: Von ‚tausend Wundern‘ und einem ‚gewaltigen Zettelschatz‘, in: ders. (Hg.): Das Deutsche Rechtswörterbuch – Perspektiven, Heidelberg 2010, S. 22–45.

10 Zu Richard Schroeder vgl. Meike Webler: Leben und Werk des Heidelberger Rechtshistorikers Richard Carl Heinrich Schroeder (1838–1917). Ein deutscher Rechtshistoriker an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert, Berlin 2005.

11 Zu Künßberg siehe René Schörsch: Eberhard Georg Otto Freiherr von Künßberg (1881–1941). Vom Wirken eines Rechtshistorikers, Frankfurt am Main 2010; Klaus-Peter Schroeder: Eberhard Freiherr von Künßberg (1881–1941), in: Andreas Deutsch (Hg.): Rechtswörterbuch (wie Anm. 9), S. 47–61.

dentlichen Honorarprofessor ernannt zu werden.¹² Auch der Anfang Dezember 1928 von der Juristischen Fakultät an das Ministerium gerichtete Antrag auf Einrichtung eines planmäßigen Extra-Ordinariats wurde trotz der Fürsprache Radbruchs am 30. Dezember 1928 abschlägig beschieden.¹³

Eine außergewöhnlich innige Freundschaft verband ihn mit Eberhard Freiherr von Künßberg. Im gemeinsamen kollegial-freundschaftlichen Gleichklang widmeten sich beide der Erfassung des juristischen Wortschatzes. Mit unverbrüchlicher Loyalität unterstützte ihn Künßberg in den schweren Zeiten der Hitlerei. Künßberg, selbst *rassisch belastet* aufgrund seiner *volljüdischen* Ehefrau, scheute sich nicht, in den jährlichen Arbeitsberichten seinem Kollegen für die aufopfernde Mitarbeit am Wörterbuch öffentlich zu danken.¹⁴ Als 1939 die Situation für Perels immer bedrohlicher wurde, versteckte ihn Künßberg für eine kurze Zeitspanne im Keller des Wörterbucharchivs.¹⁵

Von einem Tag zum anderen wurde Perels Mitte Oktober 1940 aus seiner vertrauten Umwelt herausgerissen und in ein Milieu verpflanzt, auf das er in keiner Weise vorbereitet war. Am 22. Oktober 1940 drangen zwischen vier und sieben Uhr morgens Gestapobeamte in die Wohnung von Leopold Perels ein. Mit knappen Worten wurde er über seine Ausweisung informiert. Während des Abtransports zu dem im Heidelberger Hauptbahnhof bereit stehenden Zug begleiteten ihn Eberhard von Künßberg und Gustav Radbruch; die drei Freunde sollten sich niemals mehr wiedersehen. Keiner wusste, wohin die Fahrt ging. Nach drei Tagen, am 25. und 26. Oktober, erreichten die 6500 deportierten Badener und Pfälzer den Bahnsteig der Stadt Oloron-Sainte-Marie am Fuß der Pyrenäen. Untergebracht wurden sie nach einer kurzen Autofahrt in dem auf sumpfigen Lehm Boden, ehemals für und von Flüchtlinge(n) des spanischen Bürgerkrieges errichteten „Champ des Gurs“. ¹⁶ Zu den Deportierten gehörten neben badischen Arbeitern und Angestellten, Hausfrauen und Professoren ebenso Dichter wie Alfred Mombert und Musiker wie Alexander Sander, der als Konzertmeister dreißig Jahre lang bei der Heidelberger Oper tätig war. Trotz der nahezu unvorstellbaren Bedingungen in der „Baracken-Finsternis“ von Gurs überlebte Leopold Perels wie durch ein Wunder. Am Heidelberger Synagogenplatz erinnern 18 Tafeln an die jüdischen Bürger und Bürgerinnen, die in den Jahren der Hitlerei deportiert, ermordet und in den Tode getrieben wurden; unter ihnen befindet sich auch der Name von Leopold Perels. Von Gurs aus führte der weitere Leidens-

12 Siehe Klaus-Peter Schroeder: „Sie haben kaum Chancen, auf einen Lehrstuhl berufen zu werden“. Die Heidelberger Juristische Fakultät und ihre Mitglieder jüdischer Herkunft, Tübingen 2017, S. 196.

13 Vgl. Schroeder (wie Anm. 2), S. 289f.

14 Vgl. Schroeder (wie Anm. 12), S. 198.

15 Siehe Schorsch (wie Anm. 11), S. 194.

16 Siehe Paul Sauer: Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1945. Statistische Ergebnisse der Erhebungen der Dokumentationsstelle bei der Archivdirektion Stuttgart und zusammenfassende Darstellung, Stuttgart 1969, S. 268f.

weg Perels‘ – seinem Bericht zufolge – in das Konzentrationslager von Douadic (Indre), dann nach Chateau de Gondeau (Dordogne) und von dort aus in das Chateau Le Rox.¹⁷

Mit aller ihm noch verbliebenen Kraft betrieb Perels nach Befreiung und Kriegsende seine Rückkehr in die Heidelberger Heimat. Sofort nahm der 71-jährige Perels Ende Mai 1946 Kontakt mit seinem alten Freund und Wegbegleiter Gustav Radbruch auf. Als amtierender Dekan setzte sich Radbruch unverzüglich für seine Wiedereinstellung an der Ruperto Carola ein. Allerdings stieß Perels bei der Beschaffung der notwendigen Papiere für die Ausreise aus Frankreich auf erhebliche Schwierigkeiten. Am 23. November 1949 verstarb Radbruch, ohne dass sich an der Situation seines Freundes Perels etwas verändert hätte. Den 75. Geburtstag von Leopold Perels nahm der damalige Dekan Karl Engisch, der ihn noch aus den dreißiger Jahren gut kannte, zum Anlass für eine sehr persönlich verfasste Glückwunschartikel.¹⁸ Nur wenige Tage später erhielt Engisch das Schreiben eines Heidelberger Kollegen, der ihn über die äußerst schwierige Lebenssituation von Perels informierte. Aber weiterhin musste Perels in trostloser Lage in Frankreich ausharren.¹⁹ Einen kleinen Rest wissenschaftlicher Tätigkeit konnte er mühselig genug mit Korrekturlesen beim Deutschen Rechtswörterbuch aufrechterhalten, das sich nach einer schwierigen Phase unter seinem neuen Leiter Otto Gönnerwein allmählich wieder konsolidierte.²⁰ Nunmehr setzte sich dieser für ein bescheidenes „Ehrenhonorar“ für Perels bei der Heidelberger Akademie der Wissenschaften ein, welche die Trägerschaft des Wörterbuches übernommen hat.²¹

Merkwürdig bleibt, dass Perels keinen Antrag auf Wiedereinbürgerung stellte, der nach Art. 116 II GG auch von ihm verlangt wurde. Nicht zu Unrecht war er freilich der Ansicht, dass er sich niemals aus Deutschland hatte ausbürgern lassen; die 1949 begründete Bundesrepublik sah er daher als Nachfolgestaat des Deutschen Reichs in der Pflicht, die Ausbürgerung ohne sein Zutun wieder rückgängig zu machen. Aber erst lange Jahre später stellte eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1968 klar, dass Verfolgte, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die deutsche Staatsangehörigkeit aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen worden war, dadurch die deutsche Staatsangehörigkeit nicht verloren haben.²²

Die Wiedergutmachung für entlassene Hochschullehrer begann in den fünfziger Jahren und zog sich über Gebühr lange hin. Den Betroffenen wurde oft erst nach eigener Initiative und beschwerlichem Verfahren eine Entschädigung oder

17 Vgl. Schroeder (wie Anm. 12), S. 200f.

18 UAH, PA 781 (23.3.1950). – Zu Karl Engisch s. Schroeder (wie Anm. 4), S. 537ff.

19 Zu den weiteren Einzelheiten s. Schroeder (wie Anm. 2), S. 205ff.

20 Vgl. Joachim Schäfer: Otto Gönnerwein (1896–1963). Verwaltungsmann – Politiker – Rechtsgelehrter, Aachen 2013, S. 141ff.

21 Schreiben Gönnerwein vom 4.4.1950 an den Präsidenten der Heidelberger Akademie (Archiv des Deutschen Rechtswörterbuchs, Akten Gönnerwein 1949–1963).

22 BVerfGE 23, 98.

die Wiedereinstellung gewährt. Verantwortlich dafür waren die staatlichen Gesetze, die mit immer neuen Hürden eine schnelle und unkomplizierte Rehabilitation verhinderten. Auch bei Leopold Perels waren bürokratische Hemmnisse mitverantwortlich, dass eine rasche und für alle Seiten befriedigende Lösung seines Restitutionsverfahrens nicht gelang.²³

Keineswegs untätig blieb in diesen ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland die Heidelberger Fakultät: Um die gesetzlich für Restitutionsansprüche vorgesehenen Fristen zu wahren, reichte ihr Dekan Karl Engisch unter dem 30. März 1950 für Perels einen Antrag bei der Karlsruher Landesbezirksstelle für Wiedergutmachung ein. Aus seinem erzwungenen Exil informierte Perels den „Öffentlichen Anwalt“, der Verfolgte zu betreuen und ihre Entschädigungsansprüche unentgeltlich zu vertreten hatte, Ende August 1950 darüber, dass er schon 1948 beim Zentral-Anmeldeamt in Bad Nauheim seine Schäden „vorläufig angemeldet“ und sie bei der Landesbezirksstelle in Karlsruhe wiederholt habe. Der bürokratische Spießrutenlauf fand aber noch kein Ende. Perels war augenscheinlich überfordert und ersuchte die Heidelberger Fakultät um weitere Unterstützung seiner Anliegen, insbesondere um eine „Beitragsabschätzung der Wiedergutmachungsforderung.“ Aufgrund einer schweren Erkrankung Engischs verzögerte sich die Antwort. Aber unter dem 20. September 1950 konnte ihm Eugen Ulmer mitteilen: „Was schließlich die Höhe der Wiedergutmachungsforderung betrifft, so halte ich Ihre Berechnungsweise für durchaus sachgemäß. Ich würde vom Durchschnittseinkommen vor 1933 ausgehen, abzüglich der 240 M für die Zeit von Dez. 1933 bis Okt. 1940.“²⁴

Schon zuvor hatte das Amt für Wiedergutmachung jedoch Perels darüber informiert, „dass die Stipendien für Privatdozenten nur in stets widerruflicher Weise für die Dauer von ein bis zwei Jahren gewährt worden sind. Es erscheint hiermit fraglich, ob das Ihnen seinerzeit widerruflich bewilligte Stipendium bei dem Wiedergutmachungsantrag Berücksichtigung finden kann.“²⁵ Nun versiegte die Korrespondenz zwischen der Fakultät und Perels über einen langen Zeitraum hinweg. Man überließ es wohl ihm, die notwendigen Belege eines Schadensnachweises für die Wiedergutmachungsanträge zu besorgen. Unter dem 4. September 1951 wird die Landesbezirksstelle für Wiedergutmachung darüber benachrichtigt,

„dass Perels den Betrag von RM 3123,93 für Judenvermögensabgabe auch an das Finanzamt Heidelberg bezahlt hat. Wir ersuchen, die ihm dafür zustehende Entschädigung umgehend auf das Sperrkonto Nr. 15659 bei der Südwestbank, Filiale Heidelberg, zu überweisen, damit vom Öffentlichen Anwalt in Heidelberg beim Wirtschaftsministerium der Transfer der Reisekosten von Frankreich in das Bundesgebiet beantragt werden kann. [...] Da der Antragsteller also demnächst nach Deutschland kommt, sind die für die Entscheidung der Ansprüche wegen Schadens im wirtschaftlichen Fortkommen notwendigen Ermittlungen umgehend einzuleiten.“²⁶

23 Ausführlich hierzu Schroeder (wie Anm. 2), S. 297ff.

24 UAH, PA 781.

25 Schreiben vom 26.6.1950 (UAH, PA 781).

26 UAH, PA 781.

Voller Zuversicht hatte Perels der Behörde noch Ende September 1950 mitgeteilt, dass er „baldmöglichst“ beabsichtige „heimzukehren und, sobald es sein Gesundheitszustand erlaubt, die Lehrtätigkeit wieder aufzunehmen.“²⁷ Exakt ein Jahr später informierte ihn der Öffentliche Anwalt, Dr. Heumann, darüber, dass inzwischen die Genehmigung zur Überweisung von 299,88 DM vorliege. Dieser Betrag sei bestimmt zur Begleichung der Fahrt- und Umzugskosten von Dordogne nach Heidelberg:

„Ich bitte Sie um sofortige Mitteilung, ob Sie nunmehr bereit sind, nach Heidelberg zu übersiedeln. [...] Gleichzeitig bitte ich um Mitteilung, ob Sie in Heidelberg eine Unterkunft bei Verwandten haben, oder ob Sie anderweitig untergebracht werden müssen. Vielleicht wäre es möglich, Sie im Jüdischen Altersheim vorläufig unterzubringen. Falls Sie dies wünschen sollten, würde ich um eine entsprechende Mitteilung bitten.“²⁸

Perels ließ dieses Schreiben unbeantwortet; da er aber auch nicht nach Deutschland zurückkehrte, ruhte seine Angelegenheit vorläufig. Das Amt für Wiedergutmachung wusste seit geraumer Zeit um den schlechten Gesundheitszustand von Leopold Perels, der einen schriftlichen Kontakt erschwerte. Denn der Heidelberger Amtsgerichtsdirektor Krall hatte den zuständigen Amtsleiter telefonisch darüber in Kenntnis gesetzt und ihm zugleich mitgeteilt, dass Perels „ein etwas umständlicher Herr sei, woran es liegen könne, daß die Sache noch nicht entschieden sei.“²⁹ Positiv beschieden war mittlerweile sein Antrag auf Haftentschädigung vom 19. Juni 1950 in Höhe von 6900 DM, die ihm auf das bereits benannte Sperrkonto überwiesen wurden. Perels konnte darüber aber nur bei einem Aufenthalt in Deutschland verfügen.

Gegen Ende des Jahres 1951 wandte sich Eugen Ulmer noch einmal an seinen Fakultätskollegen Wolfgang Kunkel, um ihn auf die Notlage von Perels hinzuweisen.

„Auf Ihr Schreiben vom 11.12.1951 betr. die Anfrage der Deutschen Forschungsgemeinschaft wegen materieller Sicherung deutscher Gelehrter weise ich namens der hiesigen Juristischen Fakultät auf Prof. Dr. Perels hin. [...] Angesichts des Alters von Prof. Perels sowie seines Gehörleidens kommt für ihn eine Lehrtätigkeit im Ausland nicht in Frage. Wie mir bekannt ist, befindet er sich wirtschaftlich in sehr bedrängter Lage. Eine Unterstützung von Prof. Perels wäre dringend erwünscht.“³⁰

Auch dieser Vorstoß verlief, soweit es die archivalische Überlieferung erkennen lässt, im Sande. Aber der Öffentliche Anwalt wurde in der Angelegenheit von Leopold Perels unter dem 16. November 1953 ein weiteres Mal aktiv. Nunmehr stand der Antrag auf Wiedergutmachung des beruflichen und finanziellen Schadens durch den Entzug der Lehrerlaubnis zur Entscheidung an.

27 Schreiben Perels vom 23.9.1950 (Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA), 480/11531).

28 Schreiben Heumann vom 25.9.1951 (GLA, 480/11531).

29 Aktennotiz vom 16.5.1951 (GLA, 480/11531).

30 Schreiben vom 19.12.1951 (UAH, PA 781).

„Da das Land Baden-Württemberg gemäss § 22 WGöD wiedergutmachungspflichtig ist, wird gebeten, eine Entscheidung über die zu gewährende Ausgleichsentschädigung mit grösstmöglicher Beschleunigung zu treffen. Der 78jährige Antragsteller, der aus gesundheitlichen Gründen noch nicht von Frankreich nach Deutschland zurückkehren konnte, ist auf seine Entschädigung dringend angewiesen. Er benötigt sie zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes.“³¹

Die bürokratischen Mühlen drehten sich beharrlich weiter, denn das Landesamt für Wiedergutmachung war von einer Eilbedürftigkeit keinesfalls überzeugt. Vielmehr bat die Behörde Perels um Nachweis, „welches Einkommen Sie im Schadenszeitraum vom 1.12.1933 bis 31.3.1950 durch die anderweitige Verwendung ihrer Arbeitskraft erzielt haben. Die Nachweise sind durch Vorlage von Originalbescheinigungen der in Frage kommenden Arbeitgeber zu führen. Bei Mangel von Originalnachweisen und für die Zeit etwaiger Arbeitslosigkeit kann auch eine eidesstattliche Erklärung abgegeben werden.“³²

Eine undatierte Aktennotiz, wohl aus der Feder des 1944 an die Ruperto Carola berufenen Konkursrechtlers Friedrich Weber, nahm gleichfalls auf die bedrängte Situation von Leopold Perels Bezug.

„Herr Pleve hat mir gestern telefonisch mitgeteilt, daß der alte Kollege Perels in Périgueux, Hotel Fénélon, in trostlosen Verhältnissen lebe. Er fragte, ob denn die Fakultät nichts für ihn zu tun gedächte. Ich habe ihm erwidert, daß ich über das frühere Verhältnis des Herrn Perels zu unserer Fakultät nichts wisse und seine Frage dem Herrn Dekan weitergeben werde.“³³

Jene Zeilen bildeten wohl für den damaligen Dekan Wolfgang Kunkel Anlass genug, sich erneut mit der „causa Perels“ zu befassen. Unter dem 3. März 1954 schrieb er an Perels, welcher immer noch in Frankreich weilte.

„Anlässlich einer Überprüfung aller Personalakten früherer Mitglieder unserer Fakultät musste ich zu meinem Bedauern feststellen, dass aus Ihren Akten nicht zu entnehmen ist, wie das s. Zt. eingeleitete Wiedergutmachungsverfahren ausgegangen ist. Das Schreiben, das Herr Kollege Ulmer am 20.9.1950 an Sie gerichtet hat, ist das letzte Schriftstück, das die Akten enthalten. Ich möchte Sie nun um Mitteilung bitten, wo das Wiedergutmachungsverfahren z. Zt. anhängig ist und in welchem Stadium es sich befindet, damit die Fakultät Sie nach Kräften in dieser Angelegenheit unterstützen kann.“³⁴

Eine Antwort auf seine Anfrage erhielt Kunkel nicht mehr: Am 25. März 1954 war Leopold Perels verstorben und hatte am 27. März seine letzte Ruhestätte auf dem Friedhof von Périgueux gefunden. Der Inhaber des Hotels „Fénélon“, in dem Leopold Perels seine letzten Lebensjahre verbrachte, teilte auf Nachfrage der Fakultät noch mit, „dass sein Hinscheiden seine Freunde überrascht hat, weil er nur sehr kurze Zeit krank war, obwohl sein Zustand uns ver-

31 Zit. nach Schroeder (wie Anm. 12), S. 207.

32 Schreiben vom 1.12.1953 (GLA, 480/11531).

33 UAH, PA 781.

34 UAH, PA 781.

pflichtet hatte, ihn in ein Krankenhaus zu geben.“³⁵ In der Sitzung vom 2. Juni 1954 befasste sich die Heidelberger Juristische Fakultät unter dem Vorsitz ihres Dekans Friedrich Weber noch einmal am Rande mit dem Ableben ihres früheren Kollegen Leopold Perels. In wenigen Zeilen führt das Protokoll aus: „Herr Weizsäcker hat für den verstorbenen Prof. Perels in der im Druck befindlichen Nummer der *Ruperto Carola* einen Nachruf geschrieben. Eine weitere Ehrung durch die Fakultät erscheint nicht erforderlich.“³⁶ Damit aber nicht genug: Noch Ende Januar 1955 erinnerte das Landesamt für Wiedergutmachung Perels daran, nun endlich die unter dem 1. Dezember 1953 erbetenen Nachweise vorzulegen. Mit dem Vermerk „décédé“ kam das Schreiben am 2. Februar 1955 auf postalischem Weg ungeöffnet wieder zurück. Für die Behörde war damit der „Fall Perels“ endgültig erledigt: „die Akte kann ausgesondert werden.“³⁷

35 Schreiben vom 7.5.1954 (UAH, PA 781).

36 Nachruf auf Leopold Perels, in: *Ruperto Carola* 13/14 (1954), S. 49.

37 Aktenvermerk vom 8.3.1955 (GLA, 480/11531).

Stefanie Pellissier und das Ehepaar Alfred und Margarete Polack. Vierzig Jahre Freundschaft¹

CLAUDIA RINK

Am 25. Oktober 1946 kehrt Margarete Polack aus Frankreich nach Heidelberg zurück. Sie kehrt zurück in die Stadt, aus der sie am 22. Oktober 1940 vertrieben wurde, in welcher sie einst mit ihrem Mann, einem Chemiker, ein gutes Leben geführt hatte, gesellschaftlich anerkannt war und einen großen Freundes- und Bekanntenkreis gehabt hatte. Sie bewohnten eine Wohnung in der Heidelberger Weststadt, ausgestattet mit einer wertvollen Bibliothek und einem Radio. An Musik interessiert, hörte man gerne gemeinsam Konzerte im Rundfunk; der Ehemann, ein hervorragender Cellospieler, war selbst einst häufig dort zu hören. Jetzt, nach sechs Jahren – Margarete Polack ist 74 Jahre alt – krank, allein und völlig mittellos, kehrt sie zurück nach Heidelberg und zieht wieder in die Weststadt. Sie wird aufgenommen von einer Frau, mit der sie schon vor ihrer Deportation befreundet war, sogar in einer gemeinsamen Wohnung gelebt hatte.

Wer ist diese Frau, die Margarete Polack „meine Pflegetochter“ nennt? Sie heißt Stefanie Pellissier. Und wer waren die Menschen, um die sie sich gekümmert hat?

Obwohl in Heidelberg seit 1994 eine Straße nach ihr benannt ist, ist Stefanie Pellissier heute nur noch wenigen bekannt. Im Straßennamenbuch² und bei Wikipedia ist zu lesen: „... Pianistin, Organistin und Chorleiterin. [...] Sie gründete 1929 zusammen mit Ida Dehmel die Heidelberger Gruppe der GEDOK (Gemeinschaft deutscher und oesterreichischer Künstlerinnen). 1973 erhielt sie für ihre Aktivitäten in Kunst und öffentlichem Leben als erste Frau die Heidelberger Bürgermedaille.“

Stefanie Pellissier gehört zweifellos zu den Menschen, die – ungeachtet der Gefahr, der sie sich aussetzten – für Menschen eingetreten sind, die aufgrund ihrer *Rassenzugehörigkeit* von den Nationalsozialisten verfolgt und ermordet wurden. Sie gehörte keiner politischen Gruppierung an, auch keinem uns bekannten Netzwerk, das sich für Verfolgte einsetzte. Sie half aus Freundschaft, Menschlichkeit und Anstand. Sie bewies „Zivilcourage in einer Zeit als diese Charaktereigenschaft nicht nur ein schönes Wort, sondern eine lebensgefährliche Tugend war“, so steht es in einem Nachruf der RNZ im Januar 1982.

1 Ich danke Orah Young, der Urgroßnichte Alfred und Margarete Polacks, für den Hinweis auf Stefanie Pellissier. Ihre Informationen stammen aus den Erzählungen ihrer Mutter, Susanne Moyal, geb. Polack, die in Heidelberg aufgewachsen ist. Orah Young besuchte im Sommer 2016 Heidelberg, um die ehemaligen Orte ihrer Familie kennenzulernen.

2 Hansjoachim Räther: Die Heidelberger Straßennamen. Straßen, Gassen, Wege, Plätze und Brücken in Heidelberg (Beiträge zur Heidelberger Stadtgeschichte, Bd. 1), Heidelberg 2015, S. 330.

Die Freundschaft zwischen dem Ehepaar Polack und Stefanie Pellissier begann 1915 und dauerte bis zum Tod Margarete Polacks 1953. Sie hatte auch Bestand während der für das Ehepaar schweren Zeiten des Nationalsozialismus. Im Folgenden soll anhand der „Biografischen Notizen“ von Stefanie Pellissier³, der Heidelberger Adressbücher⁴ und der *Wiedergutmachungsakten* im Generallandesarchiv Karlsruhe⁵ dieses freundschaftliche Verhältnis näher beleuchtet werden.

Stefanie Pellissier wurde am 19. September 1893 in Mannheim geboren. Früh in ihrem Leben hat sie Verantwortung für sich und andere übernommen. Sie war die Jüngste von drei Mädchen und die Tochter eines Mannheimer Musiklehrers. Durch die Familie gefördert, lernte sie schon sehr früh Geige und Klavier spielen. Mit 15 Jahren verließ sie die Schule, um sich ganz der Musik zu widmen. Sie begann ihre sechsjährige Ausbildung als Pianistin bei einem Mannheimer Musikhochschullehrer. Die Ausbildung finanzierte sie durch eigenen Klavierunterricht. Pläne, ihr Studium in Paris fortzusetzen, durchkreuzte der Erste Weltkrieg. So begann sie im September 1914 ein Studium in der Meisterklasse von Professor Max von Pauer in Stuttgart. Der plötzliche Tod ihres Vaters im Jahr 1919 durch eine Grippeepidemie zwang sie, ihr Studium aufzugeben und für ihre Mutter und eine ältere Schwester, die völlig ohne Auskommen waren, zu sorgen. Sie musste den Unterhalt für die kleine Familie verdienen und übernahm kurzerhand die Schüler ihres Vaters.

Nach dem Tod der Mutter 1925 und nachdem ihre Schwester eine Anstellung gefunden hatte, zog Stefanie 1928 von Mannheim nach Heidelberg zu dem jüdischen Ehepaar, Dr. Alfred⁶ und Margarete Polack in die Kleinschmidtstraße 42. So berichtet Pellissier in ihren biografischen Notizen, die sie im September 1980 aufzeichnete. 1932 zog die kleine Wohngemeinschaft in die Schillerstraße 18.⁷ Sie bewohnten dort eine Wohnung im 3. Stock und hatten einen Telefonanschluss, der laut Adressbuch sowohl auf Polack als auch auf Pellissier angemeldet war, ab 1940 dann nur noch auf Pellissier, denn Juden war es nicht mehr erlaubt ein Telefon zu besitzen.

In ihren biografischen Notizen schreibt Pellissier, dass sie ihre jüdischen Freunde 1915 im Sommerurlaub kennengelernt habe, dass „Dr. Polack als Chemiker erblindet“ war und „ausgezeichnet Cello“ spielte, auch dass beide gemeinsam des Öfteren im Rundfunk Konzerte gaben. Während des Ersten Weltkrieges

3 StAH Akte zu Stefanie Pellissier.

4 Heidelberger Adressbücher, Online zugänglich.

5 GLA 480/615/1, Margarete Polack.

6 Laut Totenschein ist Dr. Alfred Polack, geb. 4.9.1874, der Sohn von Leopold Polack und Zernine Polack, geb. Fries aus Hamburg und nicht der Sohn von Helene Polack, geb. Fries, wie es in Giovannini, Rink, Moraw: *Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs 1933–1945. Biographisches Lexikon mit Texten.* Hg. vom Förderkreis Begegnung, Heidelberg 2011, S. 333f. heißt. Er ist ihr Neffe. Die Eheschließung von Margarete und Alfred Polack war am 30.5.1901 in Paris.

7 In einer E-Mail vom 8.2.2019 berichtet Orah Young, dass ihre Mutter Susanne Polack, verheiratete Moyal erzählte, bei dem Verhältnis habe es sich um eine Art „Ménage à trois“ gehandelt.

musizierten sie im Lazarett vor Verwundeten und man traf sich häufig zur Hausmusik im Hause Polack.

Der 1874 in Hamburg geborene Chemiker Alfred Polack arbeitete bei IG-Farben in Ludwigshafen (BASF), wo er durch einen Betriebsunfall das Augenlicht verlor. Von 1920 bis 1939 war er dort „in freiem Mitarbeiterverhältnis“ beschäftigt. In Stefanies Notizen lesen wir, dass „meine Freunde einen großen Freundes- und Bekanntenkreis“ in Heidelberg hatten, wodurch sie sehr bald auch in Heidelberg einen „schönen Schülerkreis“ bekam und dadurch in der Lage war, einen Teil ihres Lebensunterhalts bestreiten zu können. Ihren Mannheimer Schülerkreis behielt sie weiter, „bis ihr dortiges Musikzimmer ausgebombt wurde“.

In Heidelberg wurde ihr 1939 durch den hochangesehenen Pfarrer der Bonifatiuskirche, August Dietrich (1877–1950), das Amt der Organistin und der Chorleiterin an dieser Kirche übertragen. Einer ihrer größten Erfolge war 1940 die Aufführung eines Oratoriums von Joseph Haas mit 160 Mitwirkenden einschließlich des Städtischen Orchesters. Der Andrang soll so groß gewesen sein, dass man eine zweite Aufführung plante. Das Städtische Orchester sagte jedoch ab, da ihm die Kreisleitung der NSDAP verboten hatte, ein weiteres Mal in einer Kirche zu spielen. Im Umgang mit der Absage zeigte sich nun Pellissiers Mut und ihre Unerschrockenheit. Sie wandte sich unbeeindruckt vom Verbot an das Orchester des Mannheimer Nationaltheaters, das ihr sofort eine Zusage gab, und so konnte die Aufführung erneut in der Bonifatiuskirche stattfinden. Dies brachte ihr Angebote für Gastspiele in Mannheim und weiteren Städten der Pfalz ein, aber auch die Einbestellung zum Kreisleiter der NSDAP, Wilhelm Seiler. Man warf ihr vor, sie organisiere große Konzerte in der Kirche nur für Katholiken. Worauf sie treuherzig meinte, dass mindestens ebenso viele Protestanten wie Katholiken da gewesen seien, da bei einem Kirchenkonzert nicht nach der Religion gefragt würde. Der Kreisleiter gab schließlich nach, weil er in Stefanies Vater seinen ehemaligen hoch verehrten Musiklehrer erkannte.

Jahre zuvor hatte sich Stefanie Pellissier mutig und beherzt gezeigt, als die Jahrestagung der GEDOK 1932 in Karlsruhe mit der Begründung abgesagt wurde, dass eine Tagung mit einer jüdischen Vorsitzenden nicht durchgeführt werden könnte. Ida Dehmel, die Präsidentin des Bundesverbandes, war diese Jüdin gewesen. Sie wandte sich an Pellissier und fragte, ob die Tagung in Heidelberg stattfinden könnte. Stefanie Pellissier gab unbeirrt ihre Zusage und innerhalb weniger Wochen bereiteten sie die Tagung vor. Es war gleichzeitig Ida Dehmels letzte Tagung, denn 1933 kam es zur Gleichschaltung: Jüdische Vorsitzende wurden ihrer Posten enthoben, und Ida Dehmel wurde bei einer Mitgliederversammlung in Hamburg von S.A.-Leuten aus dem Saal geprügelt. Hier bewies Stefanie Pellissier erneut ihre Solidarität. Als sie von dieser Ungeheuerlichkeit erfuhr, berief sie noch für den nächsten Tag eine Mitgliederversammlung ein, bei der beschlossen wurde, den Ortsverband aufzulösen, um der *Gleichschaltung* zuvorzukommen. Ihre Freundin, Ida Dehmel, hat sich 1942 in Hamburg das Leben genommen.

Leider erfahren wir aus Stefanie Pellissiers Notizen nichts über die Eheleute Polack in der Zeit des Nationalsozialismus, dafür aber aus den *Wiedergutmachungsakten* aus den Jahren 1947 bis 1953. Darin findet sich ein Brief von Pellissier an die *Wiedergutmachungsbehörde*, worin sie sehr ausführlich über die Einschränkungen und das Leid des Ehepaars Polack ab 1933 schreibt: Sie litten unter dem Verbot, Konzerte-, Theater- und sonstige öffentliche Veranstaltungen zu besuchen – „Als künstlerische Menschen haben sie sehr darunter gelitten.“ – und dem entwürdigenden Tragen der jüdischen Vornamen Sara und Israel sowie dem Erhalt der Kennkarte mit einem großen „J“ darauf. Ab dem Jahr 1938 musste das Paar mehrere Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen, bei denen ihnen Lebensmittel, wie Öl, Konservendosen, Fleischkonserven und Seife weggenommen wurden. Tief getroffen hat sie die Beschlagnahmung des Radios; der Telefonanschluss wurde ihnen gekündigt. Ebenso mussten sie alle Wertgegenstände, Silberbesteck und sonstigen Schmuck abliefern, einer wertvollen Bibliothek wurden sie beraubt.

Stefanie Pellissier schreibt auch, dass das Ehepaar Polack gezwungen wurde, in ein jüdisches Haus zu ziehen. Offensichtlich ist dieser Umzug ein Beispiel für die in diesen Monaten zahlreich durchgeführten Entmietungen und Einweisungen in sogenannte *Judenhäuser*. Der Anstoß dazu kam zwar aus Berlin, aber in Heidelberg wurde er gerne aufgenommen und umgesetzt. Kreisleiter Wilhelm Seiler berichtet in seinen Amtstagebüchern dazu: „Die Sitzung findet statt [9. Januar 1940] wegen der Juden in arischen Häusern und der Arier in jüdischen Häusern. Es wird mit der Stadt ein scharfes Vorgehen zur Bereinigung der Frage abgesprochen, sodass in einem Vierteljahr etwa die Juden unter sich sein werden.“ Beachtenswert und sehr ungewöhnlich ist, dass Stefanie Pellissier diesen Umzug mitmachte, sie berichtet davon in dem genannten Schreiben. Am 1. April 1940 ziehen sie gemeinsam in die Zähringerstraße 15. Sich zu seinen jüdischen Freunden zu bekennen, kam nicht allzu häufig vor, wenn man bedenkt, dass Andere die Straßenseite wechselten, wenn ihnen jüdische Freunde, Nachbarn oder Bekannte zufällig dort begegneten.

All diese Schikanen, Repressalien und Bedrohungen trafen Alfred Polack so sehr, dass er zwei Tage nach dem Umzug eine schwere Angina pectoris erlitt, „von der er sich nicht wieder erholte“ – wie es im Gutachten seiner Ärztin Marie Clauss⁸ heißt. 14 Tage später am 15. April 1940 ist er daran gestorben. Marie Clauss bestätigt diesen ursächlichen Zusammenhang in ihrem Schreiben an die *Wiedergutmachungsbehörde*. Sie sieht seinen Tod, des bis dahin „vollkommen gesunden Mannes“, eindeutig in den „Verfolgungen und Ängste[n] und zuletzt [in dem] erzwungene[n] Wohnungswechsel“.

Das sogenannte *Judenhaus*⁹, in dem Stefanie Pellissier und die Polacks nun seit April 1940 wohnten, gehörte dem Gynäkologen Prof. Dr. Maximilian (Den-

8 Zu Marie Clauss vgl. den Beitrag von Renate Marzolff in diesem Band.

9 Norbert Giovannini, Claudia Rink: Ghetto ohne Ghetto. Hinweise zu den Judenhäusern in Heidelberg 1938–1945, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Jg. 14, 2010, S. 75–99.

ny) Neu und seiner Frau Zilla Neu¹⁰. Neu führte dort seit 1919 eine gynäkologische Praxis mit einer angeschlossenen Klinik für Geburtshilfe und Frauenkrankheiten, bis ihm 1933 die Kassenzulassung und die Lehrbefugnis an der Universität entzogen wurden; jetzt durfte er nur noch jüdische Patienten behandeln. Das Berufsverbot 1938 für *nichtarische* Ärzte bedeutete schließlich das totale Aus für seine Praxis und Klinik. Weitere jüdische Bewohnerinnen des Hauses waren Adele Bock und Nanny Schneider, geb. Bock. Die drei Frauen, Margarete Polack, die Schwestern Adele Bock und Nanny Schneider wurden im Oktober 1940 von hier nach Gurs deportiert. Die Eheleute Maximilian und Zilla Neu haben sich am selben Tag das Leben genommen, um der Deportation zu entgehen. Margarete Polack war zu diesem Zeitpunkt 68 Jahre alt.

Orah Young schreibt, Stefanie Pellissier habe Margarete Polack aus dem Lager Gurs herausgeholt, gemeint ist wohl die Verlegung nach Récébédou am 18. März 1941, wohin ältere Menschen in dieser Zeit verlegt wurden. Es wäre sehr interessant zu erfahren, wie ihr das von Heidelberg aus gelungen ist. Chancen auf „Befreiung“ gab es über Hilfsorganisationen oder das Rote Kreuz. Meistens jedoch ohne Erfolg. Auch berichtet Young von einem Besuch Pellissiers 1941 vermutlich im Lager Récébédou.¹¹

Margarete Polack hat Gurs überlebt und kehrte im Oktober 1946 nach Heidelberg zurück.¹² Sechs Jahre hatte sie in französischen Lagern und Hospizen verbracht: Gurs, Récébédou, Noé, Lons-le-Saunier und Mâcon.¹³ 1942 erlitt sie in Récébédou einen Schlaganfall, der im Lager entsprechend nicht fachgemäß behandelt wurde und bei ihr eine halbseitige Lähmung und Sprachstörungen hinterlassen hat. In diesem Zustand, krank und völlig verarmt, ist sie in Heidelberg angekommen und fand Unterschlupf bei ihrer Freundin und „Pflegetochter“ Stefanie Pellissier, die mittlerweile in der Häusserstraße 22 wohnte.

Pellissier kümmerte sich nun in den folgenden Jahren hingebungsvoll um die kranke Freundin, die 1947 durch einen Sturz, verursacht durch die halbseitige Lähmung, einen Oberschenkelhalsbruch erlitten hatte und nun völlig auf fremde Hilfe angewiesen war. Pellissier unterstützte sie auch zusammen mit dem CDU

10 Dazu der Beitrag von Maike Rotzoll und Klaus Wiedemann in diesem Band.

11 Als deutsche Staatsbürgerin hatte sie die Möglichkeit, in dieser Zeit dort hinzureisen.

12 Orah Young berichtet, Pellissier habe vom Bürgermeister die Erlaubnis erhalten, Margarete Polack nach Heidelberg zurückzuholen. Für die Rückkehr nach Heidelberg war die Einwilligung der amerikanischen Militärregierung notwendig. Dieses Prozedere kennen wir z.B. auch von Rositta Oppenheimer, um deren Einreisegenehmigung sich Pfarrer Hermann Maas im April 1946 bemüht hat. Siehe Norbert Giovannini, Frank Moraw (Hgg.): *Erinnertes Leben. Autobiographische Texte zur jüdischen Geschichte Heidelbergs*, Heidelberg 1998, S. 272. Im GLA findet sich auch eine eidesstattliche Erklärung von Rositta Oppenheimer, worin sie erklärt, dass sie zusammen mit Margarete Polack nach Gurs verschleppt wurde, sie dort zusammen im gleichen Ilot untergebracht waren, und dass sie sich im August 1942 im Lager Noé wieder begegnet sind.

13 GLA 480/615/1: Vom 22.10.1940 bis 18.3.1941 in Camp de Gurs, vom 18.3.1941 bis 3.8.1942 in Camp de Récébédou, vom 3.8.1942 bis 17.8.1943 in Camp de Noé, vom 17.8.1943 bis 26.10.1943 im Hospice in Lons de Saulnier, vom 26.10.1943 bis 25.10.1946 im Hospice départementale in Mâcon (Saône et Loire).

Stadtrat Peter Ditton, in dem zermürbenden, langen und zähen Kampf durch die bürokratischen Institutionen, um Haftentschädigung, Hinterbliebenenrente und *Wiedergutmachung* zu erhalten. An Margarete Polacks immer schwächer und undeutlicher werdender Unterschrift, ist zu erkennen, dass sie selbst kaum mehr in der Lage war, diesen komplizierten und aufwendigen Schriftverkehr zu bewältigen. Sie war völlig auf die Hilfe ihrer Freundin angewiesen. Es ist erschütternd zu lesen, wie Antrag um Antrag gestellt wurde, Unterlagen und Beweise für das erlittene Leid erbracht werden mussten, ärztliche Atteste um Atteste geliefert wurden, die dann misstrauisch angenommen und infrage gestellt, schließlich zu einer Ablehnung der Ansprüche führten. Lebensunterhalt, Krankenhauskosten, dringende Pflegeunterstützung, all das hat Pellissier mit ihrem schmalen Budget finanziert, und sie bittet im Juli 1952 inständig in einem Brief an die Landesbezirksstelle für *Wiedergutmachung*, „um alsbaldige Abwicklung der ganzen Angelegenheit“, da sie nicht mehr wusste, wie sie diese Ausgaben für Frau Polack noch decken solle. Margarete Polack starb am 2. Dezember 1953 in Heidelberg.



Das Grab von Alfred und Margarete Polack auf dem jüdischen Friedhof beim Bergfriedhof. (Foto: privat)

Die Bedeutung der Freundschaft Stefanie Pellissiers für die Eheleute Polack kann man nicht hoch genug einschätzen, besonders während der Jahre, als ihre Freiheit immer mehr mit Füßen getreten wurde, sie immer mehr isoliert und diskriminiert wurden und sich die Umwelt immer feindseliger ihnen gegenüber gestaltete. Vermutlich war Pellissier für das ältere Ehepaar eine der wenigen Bezugspersonen in ihrem damaligen Leben. Was es wiederum für Pellissier bedeutete, zu dieser Freundschaft zu stehen, ob sie Repressalien und Anfeindungen ausgesetzt war, erfahren wir nicht aus ihren Aufzeichnungen. Es war wohl nicht die Art dieser kleinen zurückhaltenden Frau, als die sie beschrieben wird, über „Kämpfe, Entbehrungen, Opfer und Enttäuschungen“, die sie in der NS-Zeit und auch danach erlebte, große Worte zu machen.

Stefanie Pellissier, von ihren Freunden liebevoll Pelli genannt, war zeit ihres Lebens in Heidelberg keine unbekannte Frau, sie wurde geliebt und geehrt. Sie war hoch geachtet als eine im Kunst- und Kulturbereich engagierte Frau, die drei Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg in Heidelberg die GEDOK wiedergegründet hat und zwanzig Jahre lang ihre Vorsitzende war, die den Landesverband der Deutschen Tonkünstler und Musiklehrer in Baden-Württemberg mitgründete und Gründungsmitglied des Heidelberger Soroptimistenclubs war. Sie wird in



Stefanie Pellissier um 1980 (Foto: privat)

den Nachrufen bewundernd als couragierte und sehr entschiedene Anwältin ihrer Sache beschrieben, als unerschrocken gegen alle Widerstände, engagiert und energisch, respektiert wegen ihrer Charakterstärke, aber auch als warmherziger und aufrechter Mensch, der „keine anderen Waffen als Idealismus, Lebenszuversicht, Treue und sorgende Menschenliebe, freilich auch die hohe Liebe zur Musik, und die nicht zuletzt ökonomische Begabung bei schmalen Einkünften“ hatte. Dass Stefanie Pellissier auch in Zeiten großer Not ihren jüdischen Freunden die Treue hielt, sich zu ihnen bekannte und sie unterstützte, wird nicht erwähnt.

Die „badische Judendeportation“ und das Schicksal von Maximilian und Zilla Neu

MAIKE ROTZOLL UND KLAUS WIEDEMANN

„Im Jahre 1940“, so schrieb die Heidelbergerin Marie Baum (1874–1964) aus dem Rückblick von 1952, „traf die Juden als erste eines größeren Bezirkes die Austreibung in ein unbekanntes Schicksal; sie wurden in das in den Pyrenäen im damals noch unbesetzten Frankreich gelegene Lager Gurs verbracht, eine Unterkunft von übelster Beschaffenheit.“¹ „Übelste Beschaffenheit“ – das klingt noch sehr maßvoll, geradezu euphemistisch, wenn man sich die Bedingungen vor Augen führt, in die sich die über 6.500 badischen und pfälzischen Juden, darunter etwa 450 aus Heidelberg und Umgebung, in Gurs einfinden mussten. Das Lager, einige Jahr zuvor zur Internierung republikanischer Kämpfer des spanischen Bürgerkriegs errichtet, bestand aus hunderten von Baracken hinter Stacheldraht und versank im Schlamm; Familien wurden durch die strenge Aufteilung in Frauen und Männer getrennt.² Im harten Winter 1940/41 starben bereits viele der aus Baden Kommenden, meistens ältere Menschen. Wer eine Zukunftsperspektive anderswo gesehen hatte, war meist schon vor Oktober 1940 emigriert. Doch trotz der vielen Toten pro Tag in Gurs, trotz der späteren Transporte in die Vernichtung nach Osten: Etwa ein Viertel der badischen Juden hatte die Chance, Gurs zu überleben, durch Flucht, durch Auswanderung noch aus Frankreich in andere Länder.³

Aber das konnte in Heidelberg am 22. Oktober 1940 niemand wissen, als in den frühen Morgenstunden Polizisten an den Wohnungstüren jüdischer Einwohner klingelten und die Nachricht überbrachten, man habe sich innerhalb einer oder zwei Stunden mit wenig Gepäck am Bahnhof einzufinden. Auch Maximilian (1877–1940) und Zilla Neu, geb. Baruch (1885–1940) wussten es nicht, und zu Illusionen hatten sie keinen Anlass. Sie handelten entschlossen. Wahrscheinlich hatten sie kaum Zeit, auf die eigene Geschichte zurückzublicken.

Maximilian Neu wurde am 5. April 1877 in eine jüdische Familie geboren, die in Freinsheim, damals Bayerische Rheinpfalz, lebte.⁴ Seine Eltern starben früh,

1 Marie Baum: Vergessene und Unvergessene aus der Stadt Heidelberg, in: Hermann Maas, Gustav Radbruch, Lambert Schneider (Hgg.): Den Unvergessenen. Opfer des Wahns 1933 bis 1945, Heidelberg 1952, S. 100. Zu Marie Baum vgl. den Beitrag von Reinhard Riese in diesem Band.

2 Vgl. u. a. Norbert Giovannini, Claudia Rink, Frank Moraw: Gurs und andere Lager, in: Norbert Giovannini, Claudia Rink, Frank Moraw: Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933–1945. Biographisches Lexikon mit Texten. Hg. vom Förderkreis Begegnung, Heidelberg 2011, S. 21–25, hier S. 21f.

3 Ebd. S. 22.

4 Folgende archivalische Quellen zu Maximilian Neu und seiner Frau sind bekannt: UAH, PA 1091; PA 5153; H-III-111/139 (fol. 312–317); StudA Neu, Maximilian (1899) und (1901);



Zilla (Louise) Neu, geb. Baruch (1885–1940) und Maximilian Neu (1877–1940). Vermutlich 1912. (Foto: Privatbesitz Michael Goerig)

später sollte er sie als „freireligiös“ bezeichnen.⁵ 1887 schrieb er sich an der Universität Heidelberg für Medizin ein.⁶ Nach der ärztlichen Vorprüfung „genügte“ Neu, wie er in seinem handschriftlichen Lebenslauf festhielt, 1899 seiner „Dienstpflicht mit der Waffe“ beim Königlich Bayerischen 2. Infanterieregiment „Kronprinz“ in München und studierte dort auch.⁷ Mit dem Wintersemester 1900 zurück in Heidelberg⁸, forschte er neben dem Studium an der Medizinischen Klinik unter Prof. Wilhelm Erb (1840–1921) und am Pharmakologischen

Rep. 27/913. StAH 243/6, Stadt Heidelberg Landschaftsamt, Unterlagen über Beisetzung; GLA 235/2341 u. Ek 10213. Biografische Angaben finden sich in: Isidor Fischer (Hg. u. Bearb.): Biographisches Lexikon der hervorragenden Ärzte der letzten fünfzig Jahre. Bd. 2, 1933, S. 1107; O. Herbert Gawliczek: Chronik der Ärzte Heidelbergs. Ein Fragment, Mannheim 1985, S. 138; Dagmar Drüll: Heidelberger Gelehrtenlexikon 1803–1932, Heidelberg 1986, S. 190; Dorothee Mußnug: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Zur Geschichte der Ruprecht-Karls-Universität nach 1933, Heidelberg 1988, S. 34–35, 54, 113, 136, 138; Cécile Mack: Die Badische Ärzteschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt 2001, S. 96; Ralf Bröer: Geburtshilfe und Gynäkologie, in: Wolfgang U. Eckart, Volker Sellin, Eike Wolgast (Hgg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg 2006, S. 850–852; Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 2), S. 311.

5 Vgl. die von Neu persönlich ausgefüllte „Standesliste“ (nach 1914) in der Personalakte UAH, PA 1091. Ebenso in dem von ihm handschriftlich abgefassten Lebenslauf anlässlich der Habilitation 1908, Bl.1–4, UAH, PA 5153.

6 UAH, StudA Neu, Maximilian (1899).

7 Auf dem ersten Blatt des Lebenslaufs UAH, PA 5153.

8 UAH, StudA Neu, Maximilian (1901).

Institut unter Prof. Rudolf Gottlieb (1864–1924) über Blutdruckmessung. Er gewann mit seiner Arbeit 1900 einen Preis der Fakultät, als Promotion wurde sie 1902 angenommen.⁹ Dies war auch das Jahr seiner Approbation. Danach diente er als einjährig-freiwilliger Arzt, wieder in München. Im April 1904 begann er als Volontärassistent seine eigentliche Laufbahn als Gynäkologe und Geburtshelfer in Heidelberg, wurde 1905 klinischer Assistent und 1908 Oberarzt der Klinik, bereits seit 1907 zum nichtetatmäßigen Beamten bestellt.

Aus der wissenschaftlichen Arbeit zu dem gerade 10 Jahre früher entdeckten Wirkstoff aus dem Nebennierenmark entstand die 1908 abgeschlossene Habilitationsschrift Maximilian Neus: „Untersuchungen über die Bedeutung des Suprarenins für die Geburtshilfe“. Er konnte zeigen, dass die nach langwieriger Entbindung gefürchteten, häufig tödlichen Nachblutungen aus der Gebärmutter durch die Substanz (heute meist als Adrenalin bezeichnet) gemildert oder beendet werden konnten.¹⁰ Seinen handschriftlichen Lebenslauf verfasste er im Rahmen des Habilitationsverfahrens 1908. „Meine Ferien“, so heißt es dort am Schluss, „benutzte ich jeweils, neben der Erholung, teils zur eigenen Arbeit und Fortbildung, teils zu Reisen nach anderen klinischen Instituten oder auch zum Besuche von wissenschaftlichen Kongressen.“¹¹ So assistierte er in den Sommermonaten 1902/03 bei Dr. Albert Fraenkel (1864–1938), dem Entdecker der intravenösen Strophanthin-Behandlung, an dessen „Diätetischer Kuranstalt Villa Hedwig“ in Badenweiler.¹¹ Einen wesentlichen Beitrag hat Maximilian Neu für die Entwicklung der Allgemeinnarkose geleistet, nämlich die exakte Dosierung von Lachgas und Sauerstoff über die gerade erst patentierten Rotameter-Gasflussmesser. Er entwickelte dazu einen eigenen Narkoseapparat, einen Urahn heutiger Narkosegeräte. Am 26. Juli 1910 trug Neu vor dem „Naturhistorisch-Medizinischen Verein“ in Heidelberg über sein Narkoseverfahren vor. Am gleichen Tag demonstrierte er es während einer Operation durch den gynäkologischen Ordinarius Carl Menge (1864–1945).¹²

Während des Ersten Weltkrieges wurde Neu, dem 1914 der Titel „außerordentlicher Professor“ verliehen worden war¹³; als Oberarzt der Klinik unabhkömmlich gestellt und war mit der Leitung des der Frauenklinik angegliederten chirurgischen Vereinslazarettes beauftragt. Nach 1919 verließ er die Klinik, und ließ sich in eigener Praxis in der Brückenstraße 51 nieder. Bis 1933 hielt er dane-

9 Zur Promotion finden sich Dokumente im UAH H-III-111/139 (Bl. 312–317). Veröffentlichung der Dissertation: Maximilian Neu: Experimentelle u. klinische Blutdruck-Untersuchungen mit Gärtner's Tonometer, Med. Diss. Heidelberg 1902, in: Verhandlungen des Naturhistorisch-Medizinischen Vereins zu Heidelberg Bd. 7, S. 211–365.

10 Maximilian Neu: Untersuchungen über die Bedeutung des Suprarenins für die Geburtshilfe. Eine experimentelle u. klinische Studie (Habilschr. Heidelberg 1908), in: Archiv für Gynäkologie 85, 1908, S. 617–711.

11 UAH, PA 5153, Handschriftlicher Lebenslauf, Bl. 3.

12 Maximilian Neu: Ein Verfahren zur Stickoxydulsauerstoffnarkose, in: Münchner Medizinische Wochenschrift 57, 1910, S. 1873–1875; Maximilian Neu: Die Stickoxydul-Sauerstoff-Narkose, in: Archiv für klinische Chirurgie 95, 1911, S. 550–557.

13 UAH, PA 1091.

ben gut besuchte Veranstaltungen in seinem Fachgebiet ab.¹⁴ 1919 kaufte er das Villenanwesen Zähringerstraße 15, um dort eine Privatklinik und Entbindungsanstalt einzurichten.¹⁵ Die „Privatklinik für Geburtshilfe und Frauenkrankheiten“ war 1929 mit 16 Betten ausgestattet.¹⁶ Die Einrichtung genoss wohl einen sehr guten Ruf; denn Neu war wegen des fürsorglichen Umgangs und seiner Sorge um die Wiederherstellung des äußeren Erscheinungsbildes der Wöchnerinnen sehr geschätzt.¹⁷ Im Garten des Anwesens hielt man nach mündlicher Überlieferung zeitweise Störche als Ausweis des Betriebszwecks.¹⁸ Maximilian Neu und seine Frau Louise (genannt Zilla) – sie waren seit 1912 verheiratet – zogen 1928 in die Zähringerstraße 19 und schließlich 1934 in die Klinik selbst. Eigene Kinder hatten sie nicht.



Zähringerstraße 15, Wohnhaus und Privatklinik für Geburtshilfe und Frauenkrankheiten von Prof. Dr. Maximilian Neu seit 1920 (Foto: privat, Michael Goerig)

sehr geschätzt.¹⁷ Im Garten des Anwesens hielt man nach mündlicher Überlieferung zeitweise Störche als Ausweis des Betriebszwecks.¹⁸ Maximilian Neu und seine Frau Louise (genannt Zilla) – sie waren seit 1912 verheiratet – zogen 1928 in die Zähringerstraße 19 und schließlich 1934 in die Klinik selbst. Eigene Kinder hatten sie nicht.

Mit Beginn der NS-Herrschaft wurde Maximilian Neu wie zahlreiche andere jüdische Hochschullehrer aus der Universität gedrängt. Er selbst wird sich kaum noch als jüdisch betrachtet haben: Er hatte sich 1918 evangelisch taufen lassen.¹⁹ Doch mit Schreiben vom 20. April 1933 wurde er „nun als außerordentlicher Professor der Universität bis auf Weiteres beurlaubt“. ²⁰ Neu konnte zwar zunächst noch eine Ausnahmeregelung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ in Anspruch nehmen, doch im Oktober 1933 wurde ihm die Lehrbefugnis endgültig entzogen.²¹

14 Die Veranstaltungen sind dokumentiert in UAH, Rep. 27/913.

15 StAH 243/6. Hier findet sich der Schriftwechsel über ein Gesuch Neus zur Errichtung einer Entbindungsanstalt in der Zähringerstraße 15. Das Gesuch wurde am 18.8.1919 zunächst abgelehnt, am 4.9.1919 unter bestimmten Bedingungen (u.a. keine Aufnahme von Personen mit ansteckenden Krankheiten und von Geisteskranken [sic!]).

16 Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): Wohlfahrts- und ähnliche Heime in Baden im Jahr 1929, Karlsruhe 1929, S. 74f.

17 So berichtet Frau B. Wenger (die 1924 in der Geburtsklinik Neus auf die Welt kam) in einem Zeitzeugengespräch am 14.10.2010 mit Klaus Wiedemann.

18 So berichtet Frau Dr. I. Scheer, Mannheim, Witwe eines in Neus Klinik Geborenen, in einem Zeitzeugengespräch im Oktober 2010 mit Michael Goerig, Hamburg.

19 Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 2), S. 311. Neu hatte zu Beginn seiner Tätigkeit die Frage der Religionszugehörigkeit noch mit „israelitisch“ beantwortet, später mit „freireligiös“.

20 Schreiben Rektor W. Andreas vom 20.4.1933, UAH, PA 5153.

21 Schreiben des Karlsruher Ministerium für Kultur, Unterricht und Justiz vom 27.9.1933, UAH, Rep. 27/913.

Im Zuge der schrittweisen Entrechtung der jüdischen Bevölkerung, dem Entzug der Kassenzulassung für jüdische Ärzte 1933 und der einsetzenden Ächtung *arischer* Patienten, die an den ihnen vertrauten jüdischen Ärzten festhielten, verschwand Neus Privatklinik 1936 aus dem Branchenverzeichnis. Er konnte sie unter der Rubrik *Nichtarische Ärzte* als Privatpraxis bis zum Berufsverbot für jüdische Ärzte 1938 weiterführen.

In früherer Zeit war Maximilian Neu mit dem Kaufmann Heinrich Diffené (1873–1917) befreundet gewesen, der in der Kleinschmidtstraße 19, also ganz in der Nähe der späteren Wohnungen der Neus wohnte.²² Nach dessen Tod im Ersten Weltkrieg wurde Neu „Ziehvater“ für Heinrich Diffénés Sohn Karl-Heinz (1915–2004), und setzte die enge nachbarschaftliche Beziehung fort, die sich auch während des Nationalsozialismus bewähren sollte. Frau Marie Diffené, geb. Knecht (1875–1955) erledigte Besorgungen für das Ehepaar, als es schwierig wurde, sich auf der Straße zu zeigen. Sie bot – so die mündliche Überlieferung – später auch ihre Wohnung zum Übernachten an, damit das Ehepaar bei Gefahr nicht zuhause angetroffen würde, doch dieses Angebot wurde nicht angenommen.²³

Die zunehmende Entrechtung der jüdischen Bevölkerung teilte das Ehepaar Neu offenbar ohne Emigrationspläne. Sie glaubten wohl, von der existentiellen Bedrohung nicht wirklich gemeint zu sein. Falls doch, so sei er vorbereitet, wurde eine Aussage Maximilian Neus in der Familie Diffené tradiert. Die Bereitschaft zum Suizid wurde nicht selten für die Gefährdeten zu einer letzten Bastion – so schrieb Karl Jaspers (1883–1969) in seinem Tagebuch aus der Zeit des Nationalsozialismus über die „tägliche Vergewisserung der Todesbereitschaft“ (1. April 1939).²⁴ Maximilian und Zilla Neu hatten schon in ihrem gemeinsamen Testament vom August 1938 einen Teil ihres Vermögens Pfarrer Hermann Maas (1877–1970) für wohltätige Zwecke vermacht – noch vor dem Pogrom vom 9./10. November 1938 also.²⁵ Am Tag nach der sogenannten „Reichskristallnacht“, als sich ein letztes Mal die Aggressivität der SA an der jüdischen Bevölkerung abregieren durfte und bevor der kalte Terror der SS die Vernichtung industrieeähnlich umzusetzen begann, war ein großer Teil der Männer aus Heidelberger jüdischen Familien nach Dachau transportiert worden. Maximilian Neu fehlt auf der Liste.²⁶ Sein „Ziehsohn“, Karl-Heinz Diffené, berichtete später,

22 Die Aussagen des 2004 verstorbenen Karl-Heinz Diffené gehen zurück auf ein im Jahr 1986 mit Michael Goerig, Hamburg (mit der Mannheimer Familie Diffené verwandt) geführtes Zeitzeugeninterview. Für die telefonische Auskunft vom 19.7.2011 über die Lebensdaten der Diffené-Familienmitglieder danken wir Frau Illa Senk, Mannheim.

23 So berichtet Frau B. Wenger in einem Zeitzeugengespräch am 14.10.2010 mit Klaus Wiedemann.

24 Karl Jaspers: Tagebuch 1937–1942, in: Karl Jaspers: Schicksal und Wille. Autobiographische Schriften, München 1967. Zu Jaspers vgl. den Beitrag von Bernd Weidmann in diesem Band.

25 Frank Moraw: Die nationalsozialistische Diktatur (1933–1945), in: Peter Blum (Hg.): Geschichte der Juden in Heidelberg, Heidelberg 1996, S. 440–555, hier S. 517 u. S. 531. Zu Hermann Maas vgl. den Beitrag von Markus Geiger in diesem Band.

26 Wir danken Norbert Giovannini für die Auskunft vom 25.9.2010, dass der Name von Maximilian Neu auf der Liste der am 10.11.1938 nach Dachau verbrachten jüdischen Männer nicht zu finden ist. Grund ist wahrscheinlich, dass Männer über 60 Jahren in der Regel auch nicht

noch vor der Deportation nach Gurs habe man ihn „schon einmal abholen wollen“. Dabei muss es sich um die Geschehnisse des Pogroms von 1938 gehandelt haben. Doch damals habe sich die Nachbarschaft schützend vor ihn gestellt: Dieser „Wohltäter der Menschheit“ dürfe nicht abgeholt werden. Mit ihrer Forderung hätten die Bewohner der Weststadt sich durchgesetzt. Wenn Karl-Heinz Diffenés Erinnerung nicht trügt, so handelt es sich hier um einen der außerordentlich seltenen Berichte über erfolgreichen Widerstand der *arischen* Bevölkerung gegen den Abtransport ihrer jüdischen Nachbarn. Doch etwa zwei Jahre später gab es keinen glücklichen Ausgang.

Den Abend des 21. Oktober 1940 verbrachten Maximilian und Zilla Neu in ihrer Wohnung mit Pfarrer Hermann Maas, dessen erklärtes Ziel es war, Christen jüdischer Herkunft und überhaupt jüdischen Mitbürgern zu helfen. Zu diesem



Zilla (Louise) Neu und Maximilian Neu (Foto: privat, Michael Goerig)

Zeitpunkt wussten sie jedoch noch nichts von der „Aktion“, die für den folgenden Morgen geplant war.²⁷ Dem Polizeibeamten, der sie am Morgen des 22. Oktober abholen sollte, waren sie wohl persönlich bekannt, und er entschuldigte sich für die ihm auferlegte Pflicht. Das Paar bat ihn, sich noch zum Zähneputzen zurückziehen zu dürfen.²⁸ Dann nahmen sie auf ihrem Bett *Zyankali*. Sie wurden am 25. Oktober 1940 von Hermann Maas im *Nichtarierfeld* des Bergfriedhofs beigesetzt, obwohl dies den Behörden nicht genehm war. 1949 ließ Hermann Maas, zurückgekehrt aus der Zwangsarbeit in Frankreich an die Heiliggeistkirche in Heidelberg, das Ehepaar Neu auf den allgemeinen Teil des Bergfriedhofs umbetten. Das von ihm erworbene Nutzungsrecht für das Grab erlosch 1981.²⁹

nach Dachau deportiert wurden.

27 Moraw (wie Anm. 25), S. 531.

28 So berichtet Frau B. Wenger in einem Zeitzeugengespräch am 14.10.2010 mit Klaus Wiedemann.

29 Nach den Unterlagen des Landschaftsamtes Heidelberg fand die Beerdigung am 25.10.1940 auf dem „Nichtarierfeld“ des Bergfriedhofs statt. Am 11.8.1949 fand die Umbettung in das Grab U 427 statt. Hierfür hatte Maas das Nutzungsrecht erworben. Dies lief 1980 ab und wurde laut Beschluss vom 19.2.1981 eingezogen.

In Stadt und Universität wird selten an Maximilian Neu und an seine Frau Zilla erinnert.

Die Gesten von Hilfsbereitschaft, die im Zusammenhang mit dem Schicksal des Ehepaar Neu aufscheinen, so hilflos sie letztlich auch waren, mögen außergewöhnlich sein. Doch letztlich unterstreicht gerade dies das Fazit von Marie Baum, im Rückblick von 1952: „Es ist schwer, ohne Bitterkeit an diese Zusammenhänge zu denken, die eben doch nicht anders als aus einem Mangel echter Brüderlichkeit zu erklären sind.“³⁰ Die erstaunliche Reibungslosigkeit, mit der die „badische Judendeportation“ umgesetzt wurde, machte sie zum Vorbild für die späteren Deportationen nach Osten.³¹

30 Marie Baum (wie Anm. 1), S. 98f.

31 Vgl. u.a. Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 2), S. 21.

Schutz vor der drohenden Deportation. Emil Henk versteckt Gertrud Jaspers¹

BERND WEIDMANN

Lange Zeit sah es so aus, als würden Karl und Gertrud Jaspers von der systematischen Verfolgung des NS-Regimes verschont bleiben. Die sogenannten *Mischehen* – Gertrud Jaspers war Jüdin – besaßen einen Sonderstatus. Zwar verboten die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 die Eheschließung zwischen Menschen *arischer* und jüdischer Herkunft, doch bestehende *Mischehen* behielten mangels anderweitiger Regelung ihre Gültigkeit. Initiativen, ihre Auflösung doch noch gesetzlich zu ermöglichen, etwa auf dem Wege einer Zwangsscheidung, gab es bis zuletzt, scheiterten aber stets am Veto Hitlers, der eine nicht kalkulierbare, womöglich weite Kreise ziehende Unruhe unter den *arischen* Familienangehörigen um jeden Preis vermeiden wollte.²

Als die nationalsozialistische „Judenpolitik“ mit der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938



Gertrud Jaspers, 1934 (Foto: Deutsches Literaturarchiv Marbach)

- 1 Bei der Recherche für diesen Text haben mich verschiedene Personen unterstützt, denen ich ausdrücklich danken möchte: zunächst Georg Hartmann (Deutsches Literaturarchiv, Marbach am Neckar), ferner – in alphabetischer Reihenfolge – Petra Behrens (Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin), Günther Berger (Stadtarchiv Heidelberg), Petra Castellaneta (Marchivum, Mannheim), Dirk Fonfara (Karl-Jaspers-Gesamtausgabe, Heidelberg), Peter Kayser (Neckargemünd), Daniel Kress (Staatsarchiv Basel-Stadt), Martin Luchterhandt (Landesarchiv Berlin), Andrea Meyer Ludowisy (Senate House Library, University of London), Helmuth Mojem (Deutsches Literaturarchiv, Marbach am Neckar) und Sabrina Zinke (Universitätsarchiv Heidelberg).
- 2 Vgl. Marius Hetzel: Die Anfechtung der Rassenmischehe in den Jahren 1933–1939. Die Entwicklung der Rechtsprechung im Dritten Reich: Anpassung und Selbstbehauptung der Gerichte, Tübingen 1997, S. 48, 149, 167–169; Andreas Rethmeier: „Nürnberger Rassegesetze“ und Entrechtung der Juden im Zivilrecht, Frankfurt am Main u.a. 1995, S. 235–238.

eine neue Dimension erreichte, führten solche Überlegungen zu einer vorläufigen Besserstellung der in *Mischehen* lebenden Juden. Ein von Hermann Göring an alle Reichs- und Landesbehörden versandter Führererlass vom 28. Dezember 1938 gewährte sämtlichen *Mischehen* mit Ausnahme der kinderlosen Ehe zwischen einem jüdischen Mann und einer *deutschblütigen* Frau bestimmte Vergünstigungen.³ Im nationalsozialistischen Verwaltungsjargon sprach man bald von der *privilegierten Mischehe*. Wer wie Gertrud Jaspers unter diese Kategorie fiel, blieb von den schlimmsten Verfolgungsmaßnahmen verschont. So konnten in *privilegierter Mischehe* lebende Juden ihre Wohnung behalten⁴, waren von der öffentlichen Kennzeichnungspflicht (*Judenstern*) befreit⁵ und von der Deportation ausgenommen⁶. Dass diese „Privilegierung“ keineswegs vor Schikanen schützte, ist mittlerweile längst bekannt, nachdem sich bis in die 1980er Jahre das Vorurteil gehalten hat, die Diskriminierung von *Mischehen* sei vergleichsweise gering gewesen.⁷ Versuche, die Partner durch permanente Gängelung zur Auflösung der Ehe zu bewegen, nahmen mit dem Scheitern einer rechtlichen Regelung zu. Allein die ständige Angst, konkrete Maßnahmen könnten auch sie treffen, erzeugte bei den Betroffenen einen psychischen Druck, der kaum auszuhalten war, auf die Dauer zermürend wirkte und nicht wenige in den Freitod trieb.

Karl und Gertrud Jaspers bildeten hier keine Ausnahme. Wie andere *privilegierte Mischehen* auch hatten sie unter demütigenden Schikanen, vagen Gerüchten und akuten Bedrohungen zu leiden. Andererseits genoss Gertrud Jaspers durch die internationale Reputation ihres Mannes einen gewissen Schutz. Nachdem Karl Jaspers 1937 vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden war, blieb er lange unbehelligt. Erst spät, im Winter 1942/43, rückte er in den Fokus der Reichsschrifttumskammer.⁸ Zu diesem Zeitpunkt hatte er die Umarbeitung der *Allgemeinen Psychopathologie* abgeschlossen und ein neues Werk, *Grundsätze des Philosophierens*, begonnen. Gertrud Jaspers konnte deshalb nach der Befreiung von der NS-Diktatur schreiben, dass ihr Mann „bis auf den Winter 1944/45,

3 Vgl. Paul Sauer (Bearb.): Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1945, II. Teil, Stuttgart 1966, Nr. 339, S. 84, sowie zum Kontext Ursula Büttner: Die Not der Juden teilen. Christlich-jüdische Familien im Dritten Reich. Beispiel und Zeugnis des Schriftstellers Robert Brendel, Hamburg 1988, S. 41–46.

4 Vgl. Sauer (wie Anm. 3), Nr. 339, S. 84.

5 Vgl. Joseph Walk (Hg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Heidelberg, Karlsruhe 1981, IV 229, S. 347.

6 Vgl. das Merkblatt für die Deportation der pfälzischen Juden nach Gurs am 22.10.1940, in: Sauer (wie Anm. 3), Nr. 437, S. 236, sowie die Richtlinien des Reichssicherheitshauptamts für die Transporte nach Auschwitz und Theresienstadt vom 20.2.1943, in: Wolf Gruner: Widerstand in der Rosenstraße. Die Fabrik-Aktion und die Verfolgung der „Mischehen“ 1943, Frankfurt am Main 2005, S. 50 bzw. 51.

7 Vgl. dazu Büttner (wie Anm. 3), S. 70.

8 Vgl. die einschlägigen Dokumente in: Karl Jaspers: Gesamtausgabe, Bd. III/8.1: Ausgewählte Verlags- und Übersetzerkorrespondenzen, hg. von Dirk Fonfara, Basel 2018, S. 615–628, sowie den entsprechenden Abschnitt in der Einleitung des Herausgebers, ebd., S. LXXXI–LXXXV.

der sehr gefährlich für uns war, immer gearbeitet“⁹ habe.

In jenem Winter allerdings musste sie dreimal untertauchen, jedes Mal war sie bei Emil Henk versteckt. Der 1893 geborene Sohn eines Heidelberger Kaufmanns und Spediteurs hatte damals bereits ein bewegtes Leben hinter sich.¹⁰ Er war im Wandervogel aktiv, nahm als Soldat am Ersten Weltkrieg teil und wurde während seines Studiums in Heidelberg ein enger Vertrauter des Literaturhistorikers Friedrich Gundolf. Eigentlich wollte er Schriftsteller werden und lebte vorübergehend in Positano¹¹, doch die Freundschaft mit Theodor Haubach und Carlo Mierendorff hatte seine Leidenschaft für die Politik geweckt. Mitte der 1920er Jahre trat er in die SPD ein. In Techniken der Illegalität geschult, gründete er 1933 unter dem Decknamen „Rechberg“ eine Widerstandsgruppe, die im nordbadischen, südhessischen und pfälzischen Raum aktiv



Emil Henk (1893–1969), sozialdemokratischer Politiker, Journalist, Untertuner und Widerstandskämpfer (Rechberg-Gruppe). Mitwirkung im Kreisauer Kreis. 1952 bis 1956 Landtagsabgeordneter Wahlkreis Heidelberg-Land (Foto: privat, Henk)

-
- 9 Gertrud Jaspers an Aline Mayrisch, 24.4.1946, in: Aline Mayrisch – Karl Jaspers, Briefwechsel 1938–1946, hg. von Tony Bourq, in: *Galerie. Revue culturelle et pédagogique* 11 (1993), S. 394–404, hier: S. 402. Jaspers selbst blickte im Abstand der Jahre mit Ironie und Zynismus auf diese Zeit zurück: „Meine Frau und ich haben in diesen letzten Jahren Angst ausgestanden, aber wir lebten still. Später habe ich diese Zeit wohl so aufgefaßt: Ich habe von Hitler 8 Jahre Urlaub bekommen; ohne diesen Urlaub hätte ich meine spätere Philosophie nie ausarbeiten und nicht die Kenntnisse für meine Geschichte der großen Philosophen erwerben können.“ (Karl Jaspers: *Karl Jaspers – Ein Selbstporträt*, in: ders.: *Schicksal und Wille. Autobiographische Schriften*, hg. von Hans Saner, München 1967, S. 15–38, hier: S. 36)
- 10 Vgl. zum Folgenden Hans-Martin Mumm: Emil Henk. Wandervogel, Georgeaner, Widerständler, in: *Gaisberg-Rundblick* 6 (2010), Nr. 4 (August/September), S. 18. Jetzt auch ders.: Theodor Haubach und Emil Henk. Zwei Georgeaner im Widerstand gegen Hitler, in: *Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt*, Jg. 23, 2019, S. 117–136.
- 11 Vgl. Fabian von Schlabrendorff: Weg und Vermächtnis Emil Henks, in: Richard Henk (Hg.): *In memoriam Emil Henk 1893–1969. Erinnerungen seiner Freunde*, Heidelberg 1970, S. 55–62, hier: S. 58.

war.¹² Nachdem sie 1934 aufgefliegen war, wurde er zu zwanzig Monaten Gefängnishaft verurteilt.

Henk führte die Hilfsaktion für Gertrud Jaspers allerdings nicht allein durch. Informationen über bevorstehende Maßnahmen der Gestapo erhielt er von der Polizeiarztin Gretha Schellworth aus Berlin. Vor Ort war ein kleiner, enger Kreis von Getreuen eingeweiht. Den meisten dieser Helfer, allen voran Emil Henk, blieb Gertrud Jaspers ein Leben lang dankbar verbunden.

Schikanen, Gerüchte, Bedrohungen

Obwohl man es hätte besser wissen können, ließ man nichts unversucht, Jaspers zu einer Trennung zu bewegen. Wiederholt teilte man ihm mit, das Einfachste wäre doch und alle Probleme wären gelöst, wenn er sich scheiden ließe.¹³ Auch eine Scheinscheidung wurde ihm angeraten: Seine Frau könne gerettet werden, wenn sie eine Scheinehe mit einem Ausländer eingehe.¹⁴ Ein besonders perfider Versuch, das Ehepaar auseinanderzudividieren, war die Genehmigung von Vorträgen im Ausland unter der Bedingung, dass Jaspers die Reise allein, ohne seine Frau, antrete.¹⁵

Schikanen wie diese waren eine Demütigung, stellten aber keine ernsthafte Bedrohung dar. Ganz anders lagen die Dinge, wenn Jaspers um seine Gesundheit fürchten musste, was häufig der Fall war. Von Kindheit an chronisch lungenkrank, bedeutete jeder grippale Infekt eine dramatische Schwächung seines ohnehin nicht guten Gesamtzustandes.¹⁶ Tag für Tag, ein Leben lang, forderte die Krankheit ihren Tribut, doch während der NS-Zeit hing plötzlich auch das Schicksal seiner Frau von seinem Wohlergehen ab. Das wurde ihm schmerzlich bewusst, als er im Winter 1941/42 an einer lebensgefährlichen Lungenentzündung erkrankte.¹⁷ Wäre er gestorben, hätte Gertrud ihren Schutzstatus verloren. Umso größer war dann die Erleichterung, als er allmählich zu genesen begann. Die wiederholt geäußerte Dankbarkeit lässt erahnen, was beide während dieser

12 Vgl. Emil Henk: Sozialdemokratischer Widerstand im Raum Mannheim, in: 100 Jahre SPD in Mannheim. Eine Dokumentation, hg. von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Kreis Mannheim, Mannheim 1967, S. 68–73, hier: S. 70; Günter Braun: Die Sozialdemokraten, in: Erich Matthias, Hermann Weber (Hgg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984, S. 91–205, hier: S. 139–184; Friederike Reutter: Verfolgung und Widerstand der Arbeiterparteien in Heidelberg (1933–1945), in: Jörg Schadt, Michael Caroli (Hgg.): Heidelberg unter dem Nationalsozialismus. Studien zu Verfolgung, Widerstand und Anpassung, Heidelberg 1985, S. 469–550, hier: S. 524–531.

13 Vgl. Jaspers: Karl Jaspers – Ein Selbstporträt (wie Anm. 9), S. 35–36, sowie zum Kontext Hans Saner: Überleben mit einer Jüdin in Deutschland. Karl und Gertrud Jaspers in der Zeit des Nationalsozialismus, in: ders.: Erinnern und Vergessen. Essays zur Geschichte des Denkens, Basel 2004, S. 97–130, hier: S. 111–113.

14 Vgl. Jaspers: Tagebuch 1939–1942, in: Jaspers: Schicksal (wie Anm. 9), S. 143–163, hier: S. 162.

15 Vgl. Saner (wie Anm. 13), S. 120–121.

16 Vgl. die 1938 verfasste Krankheitsgeschichte in: Jaspers: Schicksal (wie Anm. 9), S. 109–142.

17 Vgl. Wilhelmine Drescher: Erinnerungen an Karl Jaspers in Heidelberg, Meisenheim am Glan 1975, S. 40.

Wochen durchgemacht, welche Angst sie ausgestanden haben müssen: „Ich bessere mich langsam, muss aber noch viel Geduld haben. Glückliche und dankbar sind wir beide, dass ich es überstanden habe. Es war eine gütige Vorsehung!“¹⁸ – „Mein Befinden wird besser, ist aber noch nicht gut. [...] Aber wie dankbar sind wir, dass ich noch lebe! Und es wird nun bald gewiss wieder völlig gut werden. Ich glaube es zu fühlen.“¹⁹ – „Zunächst bin ich so dankbar, dass ich in solchem Zustande noch am Leben bin und nicht durch vorzeitigen Tod das Unheil bewirkt habe.“²⁰

Die Tatsache, dass Gertruds Schutzstatus an einem seidenen Faden hing, war Jaspers freilich schon viel früher bewusst geworden. Weder das Verhalten der Bevölkerung noch die Maßnahmen des Regimes gaben Anlass, sich in Sicherheit zu wiegen. Als im Juli 1938 der Kennkartenzwang²¹ und einen Monat später der Vornamenzwang²² eingeführt wurden, war auch Gertrud Jaspers betroffen. Am 29. Oktober 1938 schrieb sie dem Standesamt Berlin-Zehlendorf, wo sie 1910 geheiratet hatte: „Hierdurch zeige ich an, dass ich gemäß der Verordnung vom 17. August 1938 als Jüdin den zweiten Vornamen Sara führe.“²³ Sowohl dieses Schreiben wie die am 8. Februar 1939 ausgestellte, mit einem großen gelben J versehene Kennkarte unterzeichnete sie mit „Gertrud Sara Jaspers“. Solche Maßnahmen sollten die in *privilegierter Mischehe* lebenden Juden daran erinnern, dass ihre Besserstellung jederzeit ein Ende haben konnte, und sie verfehlten ihre Wirkung nicht. Jaspers gab sich jedenfalls keinen Illusionen hin. Am 17. März 1939 notierte er in seinem Tagebuch: „Die Bedrohungen müssen klar vor Augen stehen. Jetzt schon können wir in Hotels kaum unterkommen – wird die Wohnung genommen, sind wir obdachlos – werden Mischehen allgemein für nichtig erklärt, sind wir machtlos – es bleibt nur der Tod.“²⁴ In der Absicht begonnen,

18 Karl Jaspers an Erna Dugend, 18.1.1942, Deutsches Literaturarchiv Marbach, Nachlass Karl Jaspers (im Folgenden: DLA, A: Jaspers).

19 Karl Jaspers an Erna Dugend, 31.1.1942, ebd.

20 Karl Jaspers an Erna Dugend, 18.2.1942, ebd.

21 „Juden, die deutsche Staatsangehörige sind, haben unter Hinweis auf ihre Eigenschaft als Jude bis zum 31.12.38 die Ausstellung einer Kennkarte zu beantragen. Bei allen mündlichen Anträgen an Behörden haben sie die Kennkarte unaufgefordert vorzulegen, bei schriftlichen Anträgen auf ihre Eigenschaft als Juden hinzuweisen und Kennort und Kennnummer der Kennkarte anzugeben.“ (Walk, wie Anm. 5, II 506, S. 233)

22 „Juden, die keinen Vornamen führen, der in dem vom Innenministerium am 18.8.38 herausgegebenen Runderlaß als jüdischer Vorname angeführt ist, haben vom 1.1.39 ab als weiteren Vornamen den Namen ‚Israel‘ (für männliche Personen) oder ‚Sara‘ (für weibliche Personen) anzunehmen.“ (Ebd., II 524, S. 237)

23 Landesarchiv Berlin, B Rep. 210 Nr. 1984 (Standesamt Zehlendorf). Eine Kopie des Schreibens befindet sich seit 2007 im Nachlass von Karl Jaspers im Deutschen Literaturarchiv Marbach.

24 Karl Jaspers: Tagebuch 1939–1942, in: Jaspers: Schicksal (wie Anm. 9), S. 153. – Zu den Schwierigkeiten, in einem Hotel unterzukommen, schreibt Wilhelmine Drescher (wie Anm. 17), S. 31: „Juden durften in keinem Hotel übernachten, was für Jaspers und Frau die Folge hatte, daß sie die Eltern in Oldenburg nicht mehr besuchen konnten, weil die Reiseunterbrechung in Frankfurt am Main mit der Übernachtung im Hotel nicht mehr möglich war.“

das Pro und Contra einer Emigration zu erwägen, wird das Tagebuch bald zu einer Verständigung über die Legitimität einer gemeinsamen Selbsttötung.

Gertrud Jaspers,
Kennkarte 1939
(Foto: Yad Vashem
Item ID 4034859 Ju-
denkartei/„Volkskar-
tei Heidelberg“)



Eine auf den ersten Blick harmlose Schikane machte Jaspers im Sommer 1942, dem Jahr der Wannseekonferenz, bewusst, dass die Besserstellung von Juden in *Mischehen* allmählich zurückgenommen werden sollte. Seine Frau hatte von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland die Mitteilung erhalten, dass die Beschäftigung von *deutschblütigen* Hausangestellten im Haushalt einer *Mischehe* unerwünscht und ein bestehendes Beschäftigungsverhältnis deshalb aufzulösen sei.²⁵ Jaspers war sofort klar, was das bedeutete. In seinem Tagebuch hielt er fest: „Uns soll durch eine Aktion außerhalb des Gesetzes die Hausangestellte genommen werden. Es ist erstmalig eine Aktion, die auch die ‚privilegierten Mischehen‘ trifft. Daher empfinde ich den Wendepunkt.“²⁶ In der Tat musste man in besagter Mitteilung einräumen, dass die Maßnahme nicht vom Gesetz gedeckt war: „Ungeachtet der Regelung nach § 3 des Gesetzes zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. 9. 1935 (RGBl. I S. 1146) erscheint es unerwünscht, daß deutschblütige Hausangestellte bei Juden weiterhin beschäftigt werden und wohnen.“²⁷ Um jedes Missverständnis auszuschließen, wies man ausdrücklich darauf hin, „daß die Anordnung auch auf Juden in privilegierter Mischehe Anwendung findet, ganz gleich, ob der Mann oder die Frau Ju-

25 Karl Jaspers an den Minister des Innern als Aufsichtsbehörde der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 30.8.1942, Abschrift, Universitätsarchiv Heidelberg (UAH) PA 4369.

26 Jaspers: Tagebuch 1939–1942, in: Jaspers: Schicksal (wie Anm. 9), S. 161.

27 Sauer (wie Anm. 3), Nr. 434, S. 223f. Das Gesetz betraf allein jüdische Haushalte; *deutsch-jüdische* Haushalte fielen nicht unter die Regelung: „Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen.“ (Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15.9.1935, § 3, in: Reichsgesetzblatt I, 1935, Nr. 100, S. 1147)

den sind.“²⁸ Damit schien einzutreten, was Jaspers bereits drei Jahre zuvor befürchtet hatte: dass *Mischehen* allgemein für nichtig erklärt werden, auch wenn der konkrete Anlass – das Verbot, eine *deutschblütige* Hausangestellte zu beschäftigen – nur ein erster Schritt sein mochte.

Jaspers reagierte, wie er bisher immer reagiert hatte, und lotete den behördlichen Ermessensspielraum aus. Über die Vermittlung des badischen Kultusministers und Rektors der Universität Heidelberg Paul Schmitthenner ersuchte er den Reichsinnenminister, ihm die Hausangestellte zu belassen. Seine Frau, die für seine Gesundheit Sorge und seine Arbeit unterstütze, sei physisch außerstande, den Haushalt allein zu führen.²⁹ Diese Argumentation schien zu überzeugen, denn Jaspers durfte seine Hausangestellte zunächst behalten.³⁰ Als dann aber einige Wochen später die Bewilligung zurückgenommen wurde³¹, versuchte er, eine generelle Sonderbehandlung zu erwirken, um vor zukünftigen Maßnahmen gegen *privilegierte Mischehen* gewappnet zu sein. Erneut wandte er sich an Schmitthenner, der ihn auch diesmal nicht im Stich ließ. Schmitthenner schaltete den Reichsstudentenführer und Gauleiter von Salzburg Gustav Adolf Scheel ein. Jaspers habe „die Befürchtung, durch etwaige künftige Massnahmen gegen jüdische Mischehen betroffen zu werden“, und da mit Sicherheit damit zu rechnen sei, „dass im Falle solcher Massnahmen Ausnahmen zugelassen werden“, komme es darauf an, in Berlin „zu erreichen, dass J. als Ausnahmefall behandelt würde.“³² In einem Schreiben an das Unterrichtsministerium in Straßburg hob Schmitthenner die Dringlichkeit dieses Versuchs hervor: „Da es erfahrungsgemäss im Falle des Eintretens besonderer Massnahmen gegen jüdische Mischehen zu spät ist[,] um eine Ausnahmegenehmigung zu erwirken, müßte diese schon jetzt vorsorgend erwirkt werden.“³³ Doch seine Bemühungen blieben erfolglos. Aus Berlin erhielt er die Mitteilung, dass die Anerkennung einer Ausnahme für Jaspers „zu gegebener Zeit erneut überprüft“³⁴ werden müsse.

Von da an war Jaspers zunehmend besorgt. Drangen vage Gerüchte zu ihm vor, fragte er bis ins Einzelne nach, um ihren Wahrheitsgehalt zu ermitteln. Das konnte so weit gehen, dass die Überbringer sich entschuldigten, ihn durch unkritische Weitergabe des Gehörten beunruhigt zu haben, und noch einmal aktiv wurden, um Genaueres zu erfahren. So erging es beispielsweise Wilhelmine Drescher, einer früheren Schülerin, die mit ihrer Mutter in Heidelberg wohnte und später, als es darum ging, Gertrud Jaspers zu verstecken, eine gewisse Rolle spie-

28 Sauer (wie Anm. 3), Nr. 434, S. 224.

29 Schreiben Jaspers (wie Anm. 25), UAH PA 4369.

30 Geheime Staatspolizei Karlsruhe an den badischen Kultusminister, 22.9.1942, Abschrift, und Karl Jaspers an Paul Schmitthenner, 1.10.1942, UAH PA 4369; vgl. Karl Jaspers: Tagebuch 1939–1942, in: Jaspers: Schicksal (wie Anm. 9), S. 162.

31 Geheime Staatspolizei Karlsruhe an den badischen Kultusminister, 6.11.1942, Abschrift, UAH PA 4369.

32 Paul Schmitthenner an Gustav Adolf Scheel, 29.11.1942, UAH PA 4369.

33 Paul Schmitthenner an das Unterrichtsministerium Straßburg, 3.12.1942, UAH PA 4369.

34 Otto Ohlendorf an Paul Schmitthenner, 22.1.1943, UAH PA 4369.

len sollte. Sie hatte in Münster von bevorstehenden Maßnahmen gegen *Mischehen* gehört und ihre Mutter gebeten, Jaspers zu verständigen. Weil das offensichtlich nicht ausreichte, sah sie sich genötigt, ihre Mitteilung zu präzisieren.

„Es handelt sich um folgendes: Hier wurde behauptet, daß alle Mischehen getrennt würden und der jüdische Teil in Zwangsarbeit müßte, und zwar, das Gesetz wäre schon beschlossen, es stehe nur der Ausführungstermin noch nicht fest. Quelle für dieses Gerücht sollte der Fürstbischof von Münster sein, der einen Geistlichen – Bruder einer Kollegin – beauftragte, sich



Karls Jaspers (Foto: Universitätsarchiv, BA Pos I 01498)

all dieser katholischen Familien besonders anzunehmen. – Unterdessen war ich bei Behnke und hat auch dieser Erkundigungen eingezogen bei Geistlichen. Danach liegt eine Nachricht im katholischen Blättchen vor, daß es gewisse Kreise gäbe, die in gewissen Gauen Deutschlands darauf [Trennung der Mischehen] drängten und daß darum die Geistlichen gehalten werden, die katholischen Mischehen besonders zu betreuen.“³⁵

Wie angespannt die Situation zu diesem Zeitpunkt war, geht aus dem Schluss des Briefes hervor. Er macht deutlich, dass man bei der Beurteilung von Gerüchten auf Vermutungen und Indizien angewiesen blieb und ohne verlässliche Informanten im Dunkeln tappte.

„Seien Sie nicht böse, daß ich nun auch noch mit so etwas komme, doch dachte ich[,] Sie wissen dasselbe aus

35 Wilhelmine Drescher an Karl Jaspers, 13.7.1943, DLA, A: Jaspers. Clemens August Graf von Galen (1878–1946), Fürstbischof von Münster, galt seit seinen drei Predigten gegen die Nationalsozialisten im Sommer 1941 als mutiger Anwalt der Menschenrechte und der Menschenwürde, zur Verfolgung der Juden schwieg er jedoch (vgl. Hubert Wolf: Clemens August Graf von Galen. Gehorsam und Gewissen, Freiburg u.a. 2006, S. 100–126). Der Mathematiker Heinrich Behnke (1898–1979) hatte im Sommersemester 1922 bei Jaspers studiert und blieb ihm über Jahrzehnte freundschaftlich verbunden (vgl. Heinrich Behnke: Semesterberichte. Ein Leben an deutschen Universitäten im Wandel der Zeit, Göttingen 1978, S. 50). Er lehrte ab 1927 an der Universität Münster. Von seiner Freundschaft mit Jaspers zeugt ein umfangreicher Briefwechsel (vgl. Uta Hartmann: Über den Briefwechsel zwischen Karl Jaspers und Heinrich Behnke, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 30, 2007, S. 33–47). Das Gerücht, wonach die Verabschiedung eines Gesetzes zur Scheidung von *Mischehen* unmittelbar bevorstehe, ging wohl vom „Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin“ aus (vgl. Jana Leichenring: Katholiken in der Rosenstraße: Das „Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin“ und die „Mischehen“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 52, 2004, S. 37–49, hier: S. 46–48).

anderer Quelle, wodurch die Wahrscheinlichkeit erheblich zugenommen hätte, und daß auch wir dauernd beunruhigt sind, wie sollte das nicht der Fall sein? – Außerdem ist es nötig[,] rechtzeitig orientiert zu sein, sofern man etwas unternehmen will. Haben Sie denn gar niemanden, von dem Ihnen rechtzeitig eine richtige Auskunft zukommt, der Ihnen zum mindesten angeben kann[,] auf welchem Boden diese Gerüchte gewachsen sind, d.h. daß gar nichts vorliegt, oder doch.“³⁶

Mehr als ein Gerücht waren die Nachrichten, die Jaspers von der später so genannten September-Aktion erhielt. In den großen Städten des Rheinlandes wurden ab dem 12. September 1944 die in *Mischehe* lebenden Juden aufgefordert, sich an Sammelstellen einzufinden, von wo aus sie auf verschiedene Arbeitslager verteilt wurden.³⁷ Es handelte sich um die erste systematische Deportation von Juden, die in *Mischehe* lebten.³⁸ Gegenüber der Schwester spielte Jaspers die Aktion noch etwas herunter: „Du hast vielleicht von Ereignissen im Rheinland gehört, die uns angehen und natürlich Sorge machen. Es war vor etwa 5 Wochen, bisher nirgends sonst. Die Beteiligten sind begreiflicherweise in Unruhe, aber beruhigen sich auch wieder schnell. Es kann immer plötzlich aus heiterem Himmel ein Schlag erfolgen. Möchte es gut gehen!“³⁹ Gegenüber Schmitthenner, den er auch diesmal wieder bemühte, muss Jaspers seine Sorgen jedoch deutlicher geäußert haben. Das legt ein Schreiben Schmitthenners an den Sicherheitsdienst des Reichsführers SS nahe: „In Heidelberg ist bekannt geworden, dass bei Evakuierungsmassnahmen in Westdeutschland bei Mischehen die nicht arische Ehefrau von ihrem Ehemanne zwangsweise getrennt worden sei.“⁴⁰ Jaspers habe nun, so fuhr Schmitthenner fort, „sehr starke Befürchtungen, dass evtl. eine ähnliche Massnahme auch in Heidelberg durchgeführt werden könnte und dass seine Ehefrau von ihm getrennt werden würde.“ Schmitthenner gab deshalb zu bedenken, ob man die in einem früheren Schreiben in Aussicht gestellte Überprüfung der Möglichkeit einer Sonderbehandlung nicht „schon jetzt in einem für Prof. Dr. Jaspers positiven Sinne durchführen könnte, da im Falle einer evtl. Evakuierung hierzu kaum die Zeit vorhanden sein dürfte.“

Als im Februar 1945 die in *Mischehe* lebenden Heidelberger Juden nach Theresienstadt deportiert wurden⁴¹, war Gertrud Jaspers zwar nicht darunter, aber stärker gefährdet denn je. So wurde Schmitthenner ein weiteres und letztes Mal

36 Brief Drescher (wie Anm. 35).

37 Vgl. Sigrid Lekebusch: Not und Verfolgung der Christen jüdischer Herkunft im Rheinland 1933–1945. Darstellung und Dokumentation, Köln 1995, S. 126–129.

38 Von der Fabrik-Aktion am 27.2.1943 waren die in *Mischehe* lebenden Juden noch ausgenommen. Zwar wurden auch sie an diesem Tag aus den Betrieben geholt und in eine Sammelstelle verbracht, doch sollten sie diejenigen Juden ersetzen, die bisher in jüdischen Einrichtungen gearbeitet hatten, nun aber nach Auschwitz oder Theresienstadt deportiert wurden. Vgl. Gruner (wie Anm. 6), S. 118–129.

39 Karl Jaspers an Erna Dugend, 23.10.1944, DLA, A: Jaspers.

40 Paul Schmitthenner an den Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, 25.10.1944, UAH PA 4369.

41 Vgl. Frank Moraw: Heidelberg – Theresienstadt – Heidelberg. Zur letzten Deportation aus Heidelberg im Februar 1945, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt, Jg. 13, 2009, S. 91–122.

aktiv. Wieder schrieb er an den Sicherheitsdienst des Reichsführers SS. Er beklagte, dass eine Antwort auf sein Schreiben vom 25. Oktober 1944 noch nicht eingegangen sei, und betonte die Dringlichkeit der Angelegenheit.

„In der Zwischenzeit sind nun bei einer Anzahl von Mischehen in Heidelberg diese Trennungen des jüdischen Eheteils von dem arischen Teil auch bereits durchgeführt worden. Die Gefahr einer Trennung der Ehefrau von Professor Dr. Jaspers von ihrem Ehemann ist daher ausserordentlich näher gerückt. Ich darf wiederholt darauf aufmerksam machen, dass eine solche Trennung, bei dem mir persönlich bekannten Gesundheitszustand von Professor Dr. Jaspers für diesen die schwerstwiegenden Folgen haben müsste.“⁴²

Doch Jaspers und seine Frau hatten längst Hilfe von anderer Seite erhalten. Während Schmitthenner sich um eine Ausnahmegenehmigung bemühte, war Gertrud Jaspers dreimal bei Emil Henk in der Kaiserstraße 33 versteckt.

Emil Henk und das Versteck in der Kaiserstraße 33

Am 30. März 1945, einem Karfreitag, marschierten amerikanische Truppen in Heidelberg ein. Tags darauf schrieb Gertrud Jaspers, noch ganz überwältigt von den Ereignissen, ihrem Bruder Gustav und ihrer Schwägerin Flora einen Brief ins englische Exil, obwohl sie wusste, dass sie ihn vorerst nicht würde abschicken können. Darin schildert sie zunächst die bedrohliche Situation während der vorausgegangenen Wochen, um dann zu erwähnen, dass sie seit dem Herbst 1944 dreimal untertauchen musste.

„Mein lieber Bruder, mein liebes Florchen, noch erfassen wir es nicht, wir sind gerettet. Die Amerikaner haben Heidelberg besetzt. Noch wenige Wochen weiter, und man hätte uns getrennt, um den Wahn zu Ende zu führen. Vor 5 Wochen hat man noch überall in Deutschland (in Berlin nicht) die Juden aus den Mischehen nach Theresienstadt abtransportiert, ob sie da zu Grunde gehen oder nicht, ist nicht zu sagen, man setzte die Altersgrenze auf 60 Jahre, so war ich nicht dabei. Aber sowohl in Stuttgart wie hier äusserte man von seiten der Geh. Staatspolizei: ‚die anderen werden nachgeholt.‘ Man lebte in Angst, wenn es morgens früh oder abends klingelte. Es war aber nicht so wie gelegentlich bei den Abtransporten, dass man plötzlich geholt wurde, sondern man wurde benachrichtigt, dass man sich nach drei Tagen einzufinden hatte. Ich wäre dann zu einem deutschen Menschen gegangen, dem ich innig u. dankbar verbunden bin, bei dem ich seit Okt. 3× auf Warnungen hin aus Berlin versteckt war. Jedesmal ging ich gegen Abend, von Karl begleitet, und traf mich unterwegs mit dem Freunde.“⁴³

Den Namen des Freundes erwähnte Gertrud Jaspers nicht, genauso wenig ging sie auf die näheren Umstände ihres Untertauchens ein: wann genau und für wie lange, vor allem aber wo sie sich versteckt hatte. Das schien nun, da sie gerettet war, nicht mehr so wichtig. Möglicherweise traute sie auch der neuen Situation

42 Paul Schmitthenner an den Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, 2.3.1945, UAH PA 4369.

43 Gertrud Jaspers an Gustav und Flora Mayer, 31.3.1945, Gustav Mayer Papers, International Institute of Social History, Amsterdam.

noch nicht recht und verschwieg weitergehende Angaben mit Bedacht. So legen es zumindest die Worte nahe, mit denen sie am Ostersonntag ihren Brief fortsetzte: „Die Amerikaner sind in Fülle da, ein Rückschlag nicht mehr zu fürchten.“⁴⁴ Immerhin erwähnte sie am 13. April (ihr zwei Wochen zuvor begonnener und noch nicht abgeschickter Brief war mittlerweile in ein briefliches Tagebuch übergegangen), dass sie erstmals am 5. Oktober 1944 versteckt war.⁴⁵

Zwei Monate später, als die Ereignisse um die Rettung schon etwas weiter zurücklagen, informierte Jaspers seine Schwester in Oldenburg. Zwar nannte er den Namen des Freundes und die Dauer des ersten Untertauchens, doch weiter ins Detail ging auch er nicht: „Trudelein wäre im Ernstfall versteckt gewesen bei einem Freunde, Emil Henk, der sich tapfer und rührend für uns bemüht hat. Sie war dreimal dort, zum ersten Mal im Oktober 44 zwei Wochen, als es zum ersten Mal akut drohend schien auf Grund von Nachrichten aus Berlin.“⁴⁶ Der Umstand, dass Gertrud Jaspers dreimal versteckt war, bildete die einzig wichtige, einzig nennenswerte Information. Das wird in den Briefen der folgenden Monate noch deutlicher: „Von den Gefahren der letzten Monate vor Eintreffen der Befreier mag ich gar nicht erzählen (meine Frau war drei Mal versteckt). Es ist wie ein Wunder, daß wir leben, und ein zweites Wunder, daß Heidelberg unversehrt ist (außer den gesprengten Brücken).“⁴⁷ Und ganz ähnlich an einen anderen Adressaten: „Wir leben. Es ist wie ein Wunder. Dazu in unversehrter Wohnung. Meine Frau war dreimal vor der Gestapo versteckt bei guten, neuen, mutigen Freunden (die Sie noch nicht bei uns gesehen haben).“⁴⁸

Allerdings gibt der immer wiederkehrende Hinweis, Gertrud Jaspers sei ab Oktober 1944 dreimal versteckt gewesen, einen wichtigen Anhaltspunkt für die Recherche in Briefen an die Familie und Freunde, die während der letzten Monate des NS-Regimes geschrieben wurden. Bisher ist man davon ausgegangen, dass Gertrud Jaspers zweimal untertauchte, ohne den Zeitraum genauer bestimmen zu können.⁴⁹ Nun aber werden dank der konkreten Zeitangabe verschlüsselte

44 Ebd.

45 Ebd.: „Ich wäre zu einem lieben deutschen Menschen ins Versteck gegangen, der seit d. 5. Okt. mich dreimal beherbergte, weil er aus Berlin orientiert war, dass Mischehen in Gefahr waren.“ In den kontinuierlich fortgesetzten Brief bezog Gertrud Jaspers bald ihre anderen Brüder mit ein. Zu diesem „epistolarischen Tagebuch“, bestehend aus sogenannten „Zero Letters“, vgl. Lars Fischer: Vorgestellt: Gertrud Mayer-Jaspers, 1879–1974, in: Medaon. Magazin für Jüdisches Leben in Forschung und Bildung 7, 2013, Nr. 13, S. 1–14, hier: S. 9.

46 Karl Jaspers an Erna und Eugen Dugend, 16.6.1945, DLA, A: Jaspers.

47 Karl Jaspers an Oskar Hammelsbeck, 11.8.1945, in: Briefwechsel Karl Jaspers – Oskar Hammelsbeck 1919–1969, hg. von Hermann Horn, Frankfurt am Main u.a. 1986, S. 65. Vgl. auch Gertrud Jaspers an Oskar Hammelsbeck, 1.1.1946: „Im letzten Winter war ich dreimal versteckt, von Berlin gewarnt, aber akut war es für mich alte Frau erst zuletzt, und da gewannen die Amerikaner das Rennen. Es war wie ein Wunder.“ Ebd. S. 67.

48 Karl Jaspers an Maria Salditt, 13.8.1945, Abschrift Salditt, DLA, A: Jaspers. Vgl. Maria Salditt: Erinnerung an Karl Jaspers, in: Klaus Piper, Hans Saner (Hgg.): Erinnerungen an Karl Jaspers, München, Zürich 1974, S. 91–105, hier: S. 99.

49 Vgl. Hans Saner: Karl Jaspers, Reinbek bei Hamburg ¹²2005, S. 48; ders.: Überleben (wie Anm. 13), S. 125. Saner hatte diese Information von Gertrud Jaspers erhalten (Hans Saner an

briefliche Äußerungen sichtbar, die man sonst womöglich überlesen hätte. Danach war Gertrud Jaspers im Oktober 1944 knapp zwei Wochen, im November 1944 eine Woche und im Januar 1945 wenige Tage versteckt.

Für die Familie in Oldenburg chiffrierte man das Untertauchen als Arztbesuch. So schrieb Gertrud Jaspers Anfang November 1944 an ihre Schwägerin Erna Dugend, dass sie

„im Oktober einer Konsultation wegen verreisen musste. Für unsere Umgebung war ich in Frankfurt, des Frauenleidens wegen suchte ich in Wirklichkeit einen Arzt auf, der näher wohnt, der mein Leiden zu bessern sich erbot. Es hat mir gut genützt, u. zur gegebenen Zeit muss ich den Besuch wiederholen. Bei der heutigen Schwierigkeit des Reisens war der Entschluss ein schwerwiegender. Es war wie ‚Grenzsituation‘. – Dem Arzte bin ich so sehr dankbar. Ich hatte trotz der Behandlung viel Zeit u. las fast den ganzen Tag. So den II. Band der Philosophie, über griech. Tragödie von Alfred Weber, Shakespeare u. Gundolf über die gelesenen Werke. Kally konnte nichts arbeiten, hatte viel mit dem Haushalt zu tun, u. wir waren unbeschreiblich glücklich nach 12 Tagen, als ich abends von der Bahn nach Hause kam. Die Operation war vorläufig nicht nötig. [...] Übrigens weiss niemand von meiner Reise, da wir über die peinliche Krankheit nicht sprechen mochten, auch nicht die Überbringerin meiner Grüsse.“⁵⁰

Als Gertrud Jaspers diese Zeilen schrieb, stand sie noch ganz unter dem Eindruck des Untertauchens, obwohl sie bereits seit über zwei Wochen wieder zu Hause war: „Es geht uns durchaus leidlich. Ich bin vorerst noch sehr beeindruckt von d. Rückkehr, es war doch die Sorge eines ärztl. Eingriffes so akut, dass der Abschied ungeheuerlich mir war.“⁵¹ Was die vorübergehende Trennung bedeutete, wird deutlich, wenn man sich noch einmal die Ausgangssituation vergegenwärtigt. In den vorangegangenen Jahren hatte Gertrud Jaspers wiederholt angeboten, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, damit ihr Mann unbehelligt weiterarbeiten und sein Werk vollenden könne.⁵² Jaspers selbst duldete diese Option nicht und war, sollte es keine andere Möglichkeit geben, zu absoluter Solidarität entschlossen: „Die Grundlage [...] unseres Tuns muß bleiben, daß wir beide uns von einander nicht trennen. Daß die Welt, die uns durch Rassenklassifikation trennen will, nicht in uns eindringt, wir *absolut* solidarisch und nicht unter Bedingungen solidarisch bleiben.“⁵³ Das war ihm schon im März 1939 klar. Eineinhalb Jahre später, im November 1940, notierte er dazu noch einmal in aller Deutlichkeit: „Mächte, die sie zwingen zu sterben, töten auch mich. Diese Soli-

Emil Henk, 22.7.1968, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin). Nach Henks eigener Erinnerung war Gertrud Jaspers sogar „nur einmal“ bei ihm versteckt (Emil Henk an Hans Sanner, 25.7.1968, Durchschlag, ebd.).

50 Gertrud Jaspers an Erna Dugend, 5.11.1944, DLA, A: Jaspers. Karl Jaspers: Philosophie, Bd. 2: Existenzerhellung, Berlin 1932; Alfred Weber: Das Tragische und die Geschichte, Hamburg 1943; Friedrich Gundolf: Shakespeare. Sein Wesen und Werk, 2 Bde., Berlin 1928.

51 Gertrud Jaspers an Erna Dugend, 5.11.1944, DLA, A: Jaspers.

52 Vgl. Karl Jaspers: Tagebuch 1939–1942, in: Jaspers: Schicksal (wie Anm. 9), S. 158, 160–161.

53 Ebd., S. 155.



Gertrud Jaspers, 1938/39 (Foto: Deutsches Literaturarchiv Marbach)

darität ist absolut.“⁵⁴ Für den Fall, dass Gertrud Jaspers überraschend abgeholt werden würde, hatte man Vorkehrungen zu einer gemeinsamen Selbsttötung getroffen. Zyankali und andere Mittel lagen bereit⁵⁵, außerdem eine Anweisung, wie ein zu Hilfe gerufener Arzt sich zu verhalten habe⁵⁶. Nun aber war eine Situation eingetreten, in der eine gemeinsame Selbsttötung im strengen Sinn, also in der Gegenwart des anderen, nicht mehr möglich war. Wenn das Ganze aufflog, musste jeder für sich allein seinem Leben ein Ende setzen. Diese schreckliche Vorstellung mochte beiden durch den Kopf gehen, als sie sich voneinander verabschiedeten. An diesen Moment konnte sich Henk noch Jahrzehnte später erinnern: „Ich erinnere mich noch genau an den Abend, wo das Ehepaar Jaspers durch die dunklen Strassen von Heidelberg ging und sich mit mir an einer Ecke traf. Es war ein sehr schmerzlicher Abschied und ich glaube zu wissen, dass es

die erste Trennung im ganzen Leben dieser beiden alten Leute war. Es war erschütternd.“⁵⁷

Henk brachte Gertrud Jaspers in seinem Haus in der Kaiserstraße 33 unter. Sie bezog als „Frau Widmann“⁵⁸ das Zimmer seiner nach Oberstdorf verreisten Mutter, das im ersten Obergeschoss lag, während er selbst im zweiten Obergeschoss wohnte.⁵⁹ Für Gertrud Jaspers, die auf unbestimmte Zeit in eine fremde Wohnung eines ihr bis dahin kaum vertrauten Menschen ging, muss der psychische Druck enorm gewesen sein. Henk gelang es allerdings, sie „so einzugewöhnen, dass sie zeitweise ganz vergass, dass sie versteckt ist, und die Aufregung verlor.“⁶⁰ Die erwähnte Lektüre des zweiten Bandes der *Philosophie*, des Hauptwerks ihres Mannes, dürfte ihr dabei geholfen haben. Gertrud Jaspers las das Buch, wie es vom Titel her gelesen werden wollte: als Existenzzerhellung. Auf

54 Ebd., S. 158.

55 Vgl. die eindringliche Schilderung in: Karl Jaspers an Hannah Arendt, 17.8.1966, in: dies.: Briefwechsel 1926–1969, hg. von Lotte Köhler und Hans Saner, München, Zürich 1987, S. 687.

56 Vgl. Saner: Überleben (wie Anm. 13), S. 126–127.

57 Emil Henk an Hans Saner, 25.7.1968 (wie Anm. 49), bzw. Saner: Überleben (wie Anm. 13), S. 126.

58 Vgl. Gertrud Jaspers an Emil Henk, o.D. [nach dem 23.2.1953], Archiv Peter Kayser. Unter ihren Namen am Ende des Briefes hatte Gertrud Jaspers die Worte „einst: Frau Widmann“ gesetzt.

59 Vgl. Henk an Saner (wie Anm. 49); Saner: Überleben (wie Anm. 13), S. 125–126.

60 Henk an Saner (wie Anm. 49).

sechs Seiten, die Jaspers mit der Notiz „Trudelein, als sie Oktober 1944 bei Henk versteckt war, und unsere Philosophie las“⁶¹ aufbewahrt hat, exzerpierte sie die zentralen, zu ihrer Selbstverständigung in der gegenwärtigen Situation erforderlichen Äußerungen. Die Zusammenstellung beginnt mit einer Äußerung über Gelassenheit aus dem dritten Hauptteil des Bandes und gibt der beabsichtigten Selbstverständigung das zu erreichende Ziel vor: „Gelassenheit als Moment des absoluten Bewusstseins steht in den Grenzsituationen.“⁶² Die treffsicher ausgewählten Stellen, die darauf folgen, dokumentieren die Bemühung um ein Selbstwerden in der Grenzsituation des Todes. Von besonderer Eindringlichkeit ist dabei ein Exzerpt, das Gertrud Jaspers ausdrücklich auf den Abschied von ihrem Mann bezogen hat: „Der Augenblick als die Identität von Zeitlichkeit und Zeitlosigkeit ist die Vertiefung des faktischen Augenblicks zur ewigen Gegenwart. (5. Okt.)“⁶³ Ein weiteres Exzerpt gewährt Einblick in ihren Glauben: „Der ganz auf sich Stehende erfährt angesichts der Transcendenz am entschiedensten jene Notwendigkeit, die ihn ganz in die Hand seines Gottes legt.“⁶⁴

Der zweite Aufenthalt bei Henk im November 1944 fiel kürzer aus als der erste. Wieder berichtete Gertrud Jaspers ihrer Schwägerin davon, aber diesmal schon mit deutlich weniger Worten: „Im November musste ich wieder – diesmal nur eine Woche – verreisen, aber was dies an seelischer Erschütterung mit sich brachte, wir mussten glauben, es wäre für unabsehbare Zeit oder für immer – kannst Du Dir denken. Kally kam seitdem nicht wieder in die Arbeit, nahm sehr ab.“⁶⁵ In ihrem Unterschlupf setzte sie die Lektüre des zweiten Bandes der *Philosophie* fort, doch unter der Datumsangabe „Nov. 44“ finden sich lediglich zwei Exzerpte.

Vom dritten Aufenthalt bei Henk im Januar 1945 ist dagegen kaum etwas bekannt. Es gibt weder einen Brief an die Schwägerin noch Exzerpte aus dem zweiten Band der *Philosophie*. Allerdings gibt es einen Brief an die Freundin Berthe Schlüter vom 16. Januar, der unmittelbar vor dem Untertauchen in großer Erregung geschrieben ist: „Meine liebe Berthe, gleich fahre ich ab nach Frkft. Heute kam Dein lieber, trauriger 2. Brief. Ich antwortete längst auf d. ersten. Arme Madely! Kann Dir jetzt d. Gewünschte nicht schreiben, habe es zu eilig u. zuviel im Kopf. Hdbg. wurde G. s. D. nicht bombardiert. Alles steht noch.“⁶⁶ Im Vergleich zu den anderen Briefen an Berthe Schlüter ist die Schrift hier viel größer und sehr unruhig, auch die Abkürzungen sind zahlreicher. Offensichtlich war die Warnung aus Berlin äußerst dringend. Höchste Vorsicht war geboten, denn anders als sonst schloss der Brief nicht mit „Deine Gertrud“, sondern mit „Deine

61 DLA, A: Jaspers.

62 Vgl. Jaspers: *Existenzerhellung* (wie Anm. 50), S. 291.

63 Vgl. ebd., S. 126.

64 Vgl. ebd., S. 200.

65 Gertrud Jaspers an Erna Dugend, 16.12.1944, DLA, A: Jaspers.

66 Gertrud Jaspers an Berthe Schlüter, 16.1.1945, DLA, A: Jaspers: Gertrud Jaspers. – Berthe Schlüter war mit Karl und Gertrud Jaspers seit 1918 befreundet. Zur Zeit des Briefes war sie im Allgäu und besuchte ihre schwangere Tochter, die dort Schutz und Erholung suchte.

Freundin“, und auf dem Kuvert fehlte der Absender. Dagegen war der Brief, mit dem Gertrud Jaspers am 23. Januar ihre Rückkehr aus dem Versteck mitteilte, wieder geschrieben wie sonst, gleichmäßig ruhig und in kleinerer Schrift: „Meine liebe Berthe, ich bin schon seit einigen Tagen wieder beim Kallymann.“⁶⁷ Es schien, als habe man sich mittlerweile an das Untertauchen gewöhnt. „Uns geht es ganz leidlich. Wir arbeiten beide wieder.“⁶⁸ Doch die Bedrohung hielt an, nach der Deportation im Februar wurde sie sogar akut: „Noch bin ich nicht zum Arzte bestellt.“⁶⁹ Da man mit einer Verhaftung rechnete und dann alles sehr schnell gehen musste, ließ Gertrud Jaspers ihre Koffer vorsorglich bei Henk deponieren.⁷⁰

Für Henk bedeuteten die drei Aufenthalte ein hohes Risiko. Nachdem er im Oktober 1934 verhaftet und zu 20 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, stand er unter Beobachtung und musste alles, was er tat, mit großer Vorsicht angehen. Über seine Freunde Carlo Mierendorff und Theodor Haubach hielt er Kontakt zum Widerstand, sodass unbedachte Aktionen nicht nur ihm selbst, sondern auch anderen zum Verhängnis werden konnten. Dass er Gertrud Jaspers überhaupt versteckte, war letztlich aus der Not geboren und keineswegs beabsichtigt.

Henk hatte das Ehepaar Jaspers während des Zweiten Weltkriegs kennengelernt. Der Kontakt wurde durch Haubach vermittelt⁷¹ und stand ganz im Zeichen der Politik: „Über meinen ermordeten Freund und Mitbeteiligten am 20. Juli 1944 Dr. Theo Haubach habe ich während des Krieges Kontakt mit der Familie Jaspers bekommen. Einige Jahre war ich alle 14 Tage zur politischen Aussprache bei Familie Jaspers, die für beide Seiten einen informatorischen Charakter hatte.“⁷² Jaspers schätzte den neuen Gesprächspartner sehr, denn Henk „war damals, besonders in bezug auf die militärische Lage, sehr klug, machte gute und begründete Voraussagen. Das war damals, als man mit fast niemandem sprechen konnte, und fast alle [...] den deutschen Sieg wünschten, herrlich.“⁷³ Auch der Widerstand muss in den Gesprächen mit Henk ein Thema gewesen sein: „Ich hörte von ihm in der Kriegszeit viele von den Namen, die später bekannt wurden. Er selbst ist durch glückliche Zufälle dem Unheil entgangen, da seine Mitwisserschaft nicht entdeckt wurde.“⁷⁴ Durch Henk und Jobst von der Groeben lernte Jaspers auch einige Regimegegner kennen, darunter Eugen Gerstenmaier und Werner von Trott zu Solz: „Sie besuchten mich, wir waren im Gespräch ei-

67 Jaspers an Schlüter, 23.1.1945, ebd.

68 Ebd.

69 Jaspers an Schlüter, 12.3.1945, ebd.

70 Vgl. Gertrud Jaspers an Erna und Eugen Dugend, 18.6.1945, DLA, A: Jaspers.

71 „Ein lieber, begabter Schüler Karls, gegen 50 Jahre alt, der 4 Jahre Konzentrationslager überstand, vermittelte uns die Freundschaft mit meinem Gastfreund. Er hiess Theodor Haubach.“ (Gertrud Jaspers an Gustav und Flora Mayer, 31.3.1945, wie Anm. 43).

72 Emil Henk an Hannah Arendt, 4.3.1964, Box 43, Hannah Arendt Papers, Manuscript Division, Library of Congress, Washington, D.C.

73 Karl Jaspers an Hannah Arendt, 25.4.1964 (wie Anm. 55), S. 587–588.

74 Karl Jaspers an Hannah Arendt, 25.7.1963 (wie Anm. 55), S. 548–549.

nig, aber sie hatten keine Wünsche an mich und sagten nichts von ihren Plänen. Auch wußten sie von meiner Krankheit.“⁷⁵

Ein besonderes Treffen fand am 22. oder 23. Juli 1944 statt, kurz nach dem missglückten Attentat auf Hitler.⁷⁶ Henk brachte Haubach mit, der nach Heidelberg gekommen war, um am 29. Juli bei der Hochzeit von Henks Sohn Richard die Rolle des Trauzeugen zu übernehmen.⁷⁷ Man besprach die aktuellen Gefahren und kümmerte sich besonders um Gertrud Jaspers: „Haubach und Henk waren rührend um meine Frau besorgt.“⁷⁸ Das Wort schien allerdings Haubach zu führen. Er gab Gertrud Jaspers „Anweisungen“ und „stellte die gefährliche Situation (es war Ende Juli 44) mit voller Helligkeit dar“⁷⁹, während Henk eher im Hintergrund blieb. Vielleicht wurde bei diesem Treffen auch die Möglichkeit erörtert, Gertrud Jaspers aus Berlin über bevorstehende Aktionen der Gestapo zu informieren. Henk, so wurde jedenfalls verabredet, sollte die Anrufe entgegennehmen und das Ehepaar warnen. Gertrud Jaspers wäre dann bei einer „einfachen Bürgerfrau“⁸⁰ untergetaucht.



Theodor Haubach (1896–1945), sozialdemokratischer Politiker, Publizist und Widerstandskämpfer. Am 23. Januar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet (Quelle: Walter Hammer 1955)

- 75 Ebd., S. 549. Vgl. auch Karl Jaspers an Karl Heinrich Bauer, 23.8.1964, in: dies.: Briefwechsel 1945–1968, hg. von Renato de Rosa, Heidelberg u.a. 1983, S. 75. Ähnlich wie Henk trat der Psychiater Jobst von der Groeben (1915–1981) während des Zweiten Weltkriegs in engere Beziehung zu Jaspers. Als es später im Rahmen eines Entnazifizierungsverfahrens zu Missverständnissen kam, setzte sich Jaspers für ihn ein: „Herr Jobst von der Groeben ist mir seit mehreren Jahren bekannt und seit 1943 zum vertrauten Freunde geworden. Damals erzählte er mir von seinen Besprechungen mit dem General von Tresskow [sic!], von den bestehenden Plänen und ständigen Verhinderungen, und von seiner Teilnahme als Vermittler zwischen seinem Berliner Freunde und den Frontgeneralen.“ (Karl Jaspers an Jobst von der Groeben, 5.6.1947, Beilage, DLA, A: Jaspers) Vgl. auch Karl Jaspers an Hannah Arendt, 19.9.1948 (wie Anm. 55), S. 150–151.
- 76 Zur Datierung vgl. Karl Jaspers an Hannah Arendt, 25.4.1964 (wie Anm. 55), S. 587, bzw. Karl Jaspers an Karl Heinrich Bauer, 23.8.1964 (wie Anm. 75), S. 75. – Zu dem Treffen vgl. Karl Jaspers: Doktor der Philosophie, in: Walter Hammer (Hg.): Theodor Haubach zum Gedächtnis, Frankfurt am Main 1955, S. 14–17, hier: S. 17.
- 77 Vgl. Peter Zimmermann: Theodor Haubach (1896–1945). Eine politische Biographie, München, Hamburg 2004, S. 408. Zur Heirat Richard Henks mit Gertrud Henk, geb. Roos vgl. die Vermählungsanzeige in: DLA, A: Jaspers.
- 78 Karl Jaspers an Hannah Arendt, 25.4.1964 (wie Anm. 55), S. 587.
- 79 Karl Jaspers an Hannah Arendt, 25.7.1963 (wie Anm. 55), S. 549.
- 80 Saner: Überleben (wie Anm. 13), S. 125.

Doch als im Oktober 1944 das erste Mal eine Warnung erfolgte, kam gerade der Ehemann jener einfachen Bürgersfrau auf Urlaub, sodass der ganze Plan zu scheitern drohte. Henk überlegte, ob er Gertrud Jaspers bei sich verstecken sollte. Würde sie der Situation gewachsen sein? Sie musste instruiert werden, doch war sie für die elementaren Techniken des Untertauchens empfänglich? Er kannte sie kaum, da sie an seinen Gesprächen mit Jaspers in der Regel nicht teilnahm. Nach längerem Schweigen bot Henk seine Unterstützung an.⁸¹

Wie sich herausstellen sollte, waren seine Sorgen unbegründet. Gertrud Jaspers gewöhnte sich schnell an die neue Situation. Sie verhielt sich so unauffällig, dass niemand im Hause etwas mitbekam. Henk muss die Aktion verständnisvoll organisiert haben, jedenfalls wurde er später von Gertrud Jaspers als „feinführend u. tapfer“ charakterisiert: „Er kannte nur Karl, wagte es, mich zu sich zu nehmen. Für uns ein wunderbares Erleben.“⁸²

Gretha Schellworth, die Informantin aus Berlin

Obwohl Henk zweifellos die Hauptlast trug, wäre die ganze Hilfsaktion für Gertrud Jaspers ohne die Polizeiarztin Gretha Schellworth nicht möglich gewesen. Sie musste die Nachrichten über drohende Transporte in Baden beschaffen und rechtzeitig weiterleiten, was nicht einfach und nicht ungefährlich war. Von ihr hing einiges ab.

Dennoch taucht ihr Name in den Briefen und Erinnerungen aus den Wochen und Monaten nach der Befreiung Heidelbergs nicht auf. Wenn Jaspers oder seine Frau die Warnungen aus Berlin erwähnten, fiel, wenn überhaupt⁸³, lediglich der Name Haubachs. Dabei konnte der (falsche) Eindruck entstehen, Haubach selbst habe zum Hörer gegriffen und die Warnung ausgesprochen. So hielt Gertrud Jaspers einmal fest: „Auf Rat aus Berlin durch den Schüler meines Mannes Theodor Haubach (später gehenkt) musste ich mich drei Mal vom Okt. 44 an verstecken, da die Juden aus Mischehen deportiert wurden.“⁸⁴

Dass der Name Schellworths nicht fiel, ist zunächst darauf zurückzuführen, dass man ihn im Hause Jaspers lange nicht kannte: Um die Informantin zu schützen, musste er geheim bleiben. Womöglich erfuhr man ihn erst im Frühjahr 1947, als Schellworth nach Heidelberg zu Besuch kam. „Heute besucht mich ein 2. × die Ärztin aus Berlin, die so treu an Henk telefonierte, wenn ich mich verstecken musste, sie kannte Kally als Hörerin. Ein guter und kluger Mensch, ganz kaputt vom Naziregime seelisch.“⁸⁵ Doch Schellworths Name wurde nicht ein-

81 Vgl. Saner: Überleben (wie Anm. 13), S. 125.

82 Gertrud Jaspers an Gustav und Flora Mayer, 31.3.1945 (wie Anm. 43).

83 Oft war nur von den „Nachrichten aus Berlin“ (Karl Jaspers an Erna und Eugen Dugend, 16.6.1945, DLA, A: Jaspers) die Rede oder es hieß „von Berlin gewarnt“ (Gertrud Jaspers an Oskar Hammelsbeck, 1.1.1946, wie Anm. 47, S. 67).

84 Undatierte Notiz von Gertrud Jaspers, DLA, A: Jaspers.

85 Gertrud Jaspers an Erna Dugend, 4.4.1947, ebd. – Vgl. zu diesem Besuch Gretha Schellworth an Gertrud Jaspers, 17.9.1947, ebd. Sie datiert ihn irrtümlicherweise auf den Mai.

mal hier genannt, und so wundert es auch nicht, dass man ihn bald wieder vergaß. Als Hans Saner 1968 für die von Radio Köln ausgestrahlte Sendereihe „Warum sie in Deutschland geblieben sind“ einen Bericht über das Ehepaar Jaspers verfasste, konnten sich beide nicht mehr daran erinnern.⁸⁶

Darüber hinaus ist die fehlende Präsenz Schellworths in den Briefen und Erinnerungen der Nachkriegszeit ein Indiz dafür, dass man Haubach als den eigentlichen Initiator der Hilfsaktion wahrgenommen hatte. In der Tat war er mit Schellworth seit Langem befreundet und soll sie noch vor seiner Verhaftung am 9. August 1944 in ihrer Wohnung getroffen haben.⁸⁷ Wenn die Vermutung stimmt, dass die Hilfsaktion für Gertrud Jaspers am 22. oder 23. Juli in Heidelberg geplant wurde, kann man davon ausgehen, dass Haubach, als er Anfang August wieder in Berlin eintraf, Schellworth aufsuchte, um sie in den Plan einzuweißen.

Schellworth, 1898 in Hamburg als Tochter des Kaufmanns Heinrich Stange geboren, kannte Henk und Haubach aus ihren Studienjahren 1918–1921 in Heidelberg.⁸⁸ Zu Beginn ihres Medizinstudiums nahm sie sich die Zeit, Veranstaltungen in Philosophie und Germanistik zu belegen. Bereits in ihrem ersten Semester besuchte sie Jaspers' Vorlesung über die „Psychologie des abnormen Seelenlebens“⁸⁹, in ihrem dritten, dem Sommersemester 1919, Gundolfs Vorlesung „Die romantische Schule“ einschließlich der dazugehörigen Übungen sowie drei Veranstaltungen bei Hans Driesch: die beiden Vorlesungen „Grundlinien der Geschichte der Philosophie bis auf Leibniz“ und „Das metaphysische Problem“ sowie die Übungen über Bergsons „Essai sur les données immédiates de la conscience“.⁹⁰ Hier, in den Vorlesungen von Gundolf und Driesch, saß auch Haubach.⁹¹ Henk dürfte sie dagegen bei Gundolf kennengelernt haben, mit dem sie bald eine erotische, über ihre Heidelberger Studienzeit hinausreichende Beziehung einging.⁹² Auch die enge Freundschaft mit Paul und Hedwig Eppstein ging auf die Heidelberger Studienzeit zurück.⁹³

86 Vgl. Saner an Henk, 22.7.1968 (wie Anm. 49).

87 Vgl. Petra Behrens: Hilfen für Verfolgte durch Mediziner des Staatskrankenhauses der Polizei, in: Barbara Orth (Hg.): Gestapo im OP. Bericht der Krankenhausärztin Charlotte Pommer, Berlin 2013, S. 120–129, hier: S. 128, Anm. 29.

88 Vgl. UAH, StudA Greta Stange. Die 1928 geschlossene Ehe mit dem Nervenarzt Walter Schellworth wurde nach ihren eigenen unterschiedlichen Angaben 1935 oder 1937 wieder geschieden (vgl. die beiden Lebensläufe in: Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01 Nr. 4568). Zu ihrer Biographie vgl. Behrens (wie Anm. 87), S. 125. Die Änderung ihres Vornamens von Greta zu Gretha hing möglicherweise mit ihrem neuen Familiennamen zusammen.

89 UAH, Rep. 29/244, 187a.

90 Ebd., Rep. 29/302, 823.

91 Ebd., Rep. 29/293, 1458a.

92 Vgl. Friedrich Gundolf an Greta Stange, 22.2.1925, in: Gundolf Briefe. Neue Folge, hg. von Lothar Helbing und Claus Victor Bock, Amsterdam 1965, S. 200–201. Die gesamte Korrespondenz zwischen Gundolf und Stange, 26 Briefe, 6 Karten und 8 Gedichte aus den Jahren 1921–26, befindet sich, größtenteils in einer Abschrift Grete Hupperts, in der Senate House Library, University of London, Nachlass Friedrich Gundolf.

93 Vgl. Gretha Schellworth an Lothar Eppstein, 4.11.1947 u. 10.5.1951, Marchivum, Nachlass Paul Eppstein, 27/2002_00028.

Haubach hätte Schellworth freilich nicht in die Hilfsaktion für Gertrud Jaspers einbezogen, hätte er an ihrer Zuverlässigkeit gezweifelt. Er wusste, dass er auf sie zählen konnte, denn sie arbeitete eng mit ihm im Widerstand zusammen.⁹⁴ Die Verständigung Henks durch ein geheimes Kennwort war nicht ihre erste konspirative Tätigkeit. Seit 1940 als Vertragsärztin an das Staatskrankenhaus der Polizei in Berlin dienstverpflichtet, gelangte sie über Vertraute im Polizeiapparat an Informationen, die für einige Menschen lebensrettend wurden. So warnte sie zwei Jüdinnen im Februar 1943 vor der Fabrik-Aktion und unterstützte die Untergetauchten materiell und medizinisch.⁹⁵

Ähnlich engagiert war auch ihre Hilfe für Karl und Gertrud Jaspers. Die Absprache mit Henk sah vor, dass sie nach jeder Warnung wieder Entwarnung gab, doch darüber hinaus meldete sie sich gelegentlich, um über die allgemeine Lage zu berichten und gegebenenfalls den Druck aus der Situation zu nehmen: „Von Berlin bekamen wir bessere Nachrichten für uns im Augenblick.“⁹⁶ Wie sehr sie den beiden verbunden war, zeigt ein Brief an Gertrud Jaspers aus der Nachkriegszeit, in dem sie ihren Entschluss mitteilte, zu ihrer Familie nach Argentinien zurückzukehren. Die Sorge für das Wohl ihrer ehemaligen Schutzbefohlenen war ungebrochen. Aus der Zeitung und von ihrem Besuch in Heidelberg wusste sie, wie stark Jaspers seit 1945 gefragt, aber eben auch körperlich in Anspruch genommen war. Auf die Vorlesungen anspielend, die er gerade in Basel gehalten hatte⁹⁷, und einen früheren therapeutischen Rat bekräftigend, meinte sie deshalb: „Ich hoffe, Sie haben in der Schweiz nicht nur Arbeit, sondern auch etwas Erholung gefunden. Hat ihr Gatte sich entschlossen, einen Versuch mit Penicillin-Dämpfen zu machen? Immer wieder werden in der med. Lit. die guten Resultate von Penicillin bei Bronchiektasien erwähnt.“⁹⁸ Diese Fürsorge war insofern rührend, als Schellworth selbst sie viel dringender gebraucht hätte. Die Gräueltaten des NS-Regimes, aber auch die Enttäuschungen der Nachkriegszeit lasteten so schwer auf ihr, dass sie Deutschland verlassen wollte. Etliche Freunde wie Haubach oder die beiden Eppsteins waren tot, und unter den wenigen, die noch lebten, hatte Henk ihr gerade die Freundschaft gekündigt.⁹⁹ Einzig Jaspers, dessen Vorlesung über die „Psychologie des abnormen Seelenlebens“ sie als Erstsemester im Sommer 1918 gehört hatte, stand noch für ein anderes Deutschland, doch er blieb für sie unnahbar: „Wäre ich nicht so befangen, würde ich wohl Ihrem

94 Vgl. Behrens (wie Anm. 87), S. 128.

95 Vgl. ebd., S. 126–127.

96 Gertrud Jaspers an Erna Dugend, 16.12.1944, DLA, A: Jaspers.

97 Vgl. Karl Jaspers: *Der philosophische Glaube*, München 1948.

98 Gretha Schellworth an Gertrud Jaspers, 17.9.1947, DLA, A: Jaspers.

99 „Der Henko hat mir seine Freundschaft ‚gekündigt‘ – das bestätigt mir zwar all jene Zweifel an ihm, die ich Ihnen schon s. Zt. [anlässlich ihres Besuches in Heidelberg im April 1947] äusserte – tat mir aber sehr weh, da wir doch unsere Freunde trotz ihrer Fehler lieben u. ja auch ebenso geliebt werden wollen –.“ (Ebd.)

Gatten selbst ein paar Worte schreiben – ihm, an dem ich nun seit fast 30 Jahren mit so viel Verehrung u. Liebe hänge.“¹⁰⁰

Die Vergangenheit holte Schellworth allerdings auch in Argentinien ein. Als ihr zufällig einige Bilder und ein Gedicht Paul Eppsteins in die Hände fielen, nahm sie den Kontakt mit dessen Bruder wieder auf. Sie erzählte vom letzten Treffen mit Paul Eppstein am Vorabend seiner Deportation nach Theresienstadt, um dann einzuräumen: „Ich hätte Ihnen das lange schreiben sollen – aber ich habe nie gewagt bisher, an diese grausige Zeit zurückzudenken. Es war ja fast schwerer leiden zu sehen als selbst zu leiden.“¹⁰¹

Gretha Schellworth muss eine faszinierende Frau gewesen sein. Unbekümmert und selbstverschwenderisch dem Augenblick sich überlassend¹⁰², tat sie sich schwer, ihrem Leben eine Richtung zu geben. Vielleicht liegt in dieser Ambivalenz das Geheimnis ihrer Hilfsbereitschaft. Wer mit sich selbst wenig vorhat, ist, wenn er wach durchs Leben geht, gegenüber der Not anderer umso aufgeschlossener. Gundolf, der kein tieferes Interesse an ihr zeigte und sie, das „schöne und freudenspendende Mädchen“¹⁰³, auf eine „Gefährtin für die leichten und hellen Stunden“¹⁰⁴ reduzierte, sah nur die eine, die vordergründige Seite ihres Wesens: Sie „hat wohl überhaupt keinen Willen oder Plan, sondern folgt jedem Wind und jedem Trieb.“¹⁰⁵ Schellworth selbst ließ später, als Gundolf bereits einige Jahre tot war, gegenüber dessen Frau die andere, die düstere Seite durchblicken: „Ich führe seit Jahren ein Wanderleben. Meine Ehe ist geschieden – zum Niederlassen kann ich mich nicht entschliessen, im Sommer vertrete ich; den ganzen Winter bin ich in Rom. Hoffentlich kann ich auch in diesem Jahr wieder hin.“¹⁰⁶ Erst mit ihrer dauerhaften Rückkehr nach Argentinien schien ihr Leben in festere Bahnen zu gelangen, ohne dass sie ihre Hilfsbereitschaft, ihr unbedingtes Engagement für andere, verloren hätte. Auf Anna See, eine böhmische Jüdin, die 1939 mit ihrer Familie nach Bolivien emigriert und 1949 nach Buenos Aires gezogen war, machte sie jedenfalls einen großen Eindruck.

„Frau Dr. Schellworth zu beschreiben ist nicht leicht. Diese wunderbare Frau nahm mich vom ersten Moment unserer Bekanntschaft gefangen. Sie lebte allein, unabhän-

100 Ebd.

101 Schellworth an Eppstein, 10.5.1951 (wie Anm. 93).

102 Das geht aus Formulierungen Sonja Okuns und Friedrich Gundolfs hervor. Am 6.4.1917 notierte die 18-jährige Okun in ihrem Tagebuch: „Überhaupt mit Greta stehe ich jetzt ganz gut. Nicht gerade befreundet, aber man versteht sich eben. Will mich auch mit ihr mal wieder ordentlich besaufen! Der Spaß kostet nur so viel Geld. Warum hat man nicht einen vermögenden Freund! Ekelhaft.“ (Zit. n. Carmen Renate Köper: *Das kurze Leben der Sonja Okun. Geliebt – verlassen – vernichtet*, Frankfurt am Main 2007, S. 38). Gundolf schrieb einmal: „Ich lese jetzt wieder in dem Hörsaal, über dessen Kathederbrüstung einst die erfolgekrönten Beine der erobungslustigen Argentinierin baumelten.“ (Friedrich Gundolf an Greta Stange, 6.11.1923, wie Anm. 92, S. 200–201, Anm. 260)

103 Gundolf an Stange, 4.1.1924 (wie Anm. 92).

104 Gundolf an Stange, 20.12.1923, ebd.

105 Gundolf an Elisabeth Salomon, o.D., Poststempel 10.6.1921, DLA, A: Gundolf.

106 Gretha Schellworth an Elisabeth Gundolf, 20.5.1938, Nachlass Friedrich Gundolf (wie Anm. 92).

gig, hatte mit Hilfe ihres wohlhabenden Bruders, Herrn Stange, ihre Examina in Buenos Aires bestanden und hatte ihre eigene Praxis. Sie war um 15 Jahre älter als ich. Ich verehrte diese Frau in einer beinahe unnatürlichen Art. Sie besaß viele Schützlinge; machte die Probleme anderer zu ihren eigenen. Es schien eine rätselhafte Kraft von ihr auszugehen.“¹⁰⁷

Ein kleiner Kreis von Getreuen

An der Hilfsaktion für Gertrud Jaspers haben außer Henk und Schellworth noch andere Personen mitgewirkt. Dazu zählen nicht nur Helfer wie Walburga Roth und Alexander Mitscherlich, die an der Durchführung unmittelbar beteiligt waren. Es gab auch Frauen wie Ester Steinhauser und Wilhelmine Drescher, die ihrerseits ein Versteck angeboten hatten.

Ursprünglich hätte Gertrud Jaspers bei Ester Steinhauser unterkommen sollen, jener bereits erwähnten „einfachen Bürgersfrau“, deren Mann überraschend Heimaturlaub bekommen hatte. Sie war eine geborene Bertolini, ihr Vater Vincenzo Bertolini besaß eine Südfrüchtegroßhandlung in der Hauptstraße 123. Wie ihre Eltern wohnte sie mit ihrem Mann Hans Steinhauser in der Hauptstraße 120 schräg gegenüber dem Geschäft. Wahrscheinlich waren es die Eltern und nicht Ester selbst, die das Angebot eines Verstecks unterbreitet hatten. Das lässt zumindest die folgende Erinnerung aus der Nachkriegszeit vermuten: „Meist gab es die letzten 14 Tage höchstens Salat, jetzt haben wir die ersten Gemüse: Erbsen, gelbe Rüben. Das Geschäft, das mir schickte, ist italienisch (Bertolini), die durch Anbieten des Verstecks für mich zu Freunden uns wurden.“¹⁰⁸ Von Ester Steinhauser war hier nicht ausdrücklich die Rede, und auch sonst sprach man immer nur von den Bertolinis.¹⁰⁹ Umso wertvoller ist daher eine Äußerung kurz vor Weihnachten 1945, in der Gertrud Jaspers neben den Umständen der gescheiterten Aktion besonders die Entschlossenheit und den Charakter der jungen Frau schildert: Zum Fest habe sie Ester Steinhauser, „die mich nur nicht versteckt hat, weil ihr deutscher Mann am 5. Okt. vorigen Jahres auf Urlaub kam, noch eingeladen, sie war froh darüber. Ihr Mann ist in amerik. Gefangenschaft. Sie ist eine Persönlichkeit von Rang, ohne höhere Bildung leider, was nicht nachzuholen ist. Es ist Freundschaft zwischen uns entstanden, sie ist so gut wie sie klug ist.“¹¹⁰

Auch Walburga Roth, die man schon aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg kannte, und Wilhelmine Drescher, die frühere Schülerin, standen für ein Versteck zur Verfügung, doch bei ihnen war es ähnlich wie bei Ester Steinhauser: Sie schieden aus, weil sie unerwartet andere Personen aufnehmen mussten. „Frau

107 Anna See: Wo ist denn Peters Schaukelpferd geblieben? Emigration vor den Nazis. Erinnerungen, Hamburg 2002, S. 247.

108 Gertrud Jaspers an Erna Dugend, 20.6.1946, DLA, A: Jaspers.

109 So auch gegenüber Erwin Wickert, der von Gertrud Jaspers vernommen haben will, „der Obsthändler Bertolini in der Hauptstraße“ habe sie „versteckt“ (Erwin Wickert: Mut und Übermut. Geschichten aus meinem Leben, München 1993, S. 282).

110 Gertrud Jaspers an Erna Dugend, 21.12.1945, DLA, A: Jaspers.

Roth war natürlich immer bereit, konnte aber nicht mehr, da ihre Nazi-Geschwister bei ihr wohnten“.¹¹¹ Von der Aufnahmebereitschaft Wilhelmine Dreschers sind wir etwas besser unterrichtet, da wir den Entwurf eines Gutachtens für sie besitzen. Daraus geht hervor, dass Gertrud Jaspers gegebenenfalls auch bei ihr hätte untertauchen können. Jaspers hatte zunächst geschrieben: „In den letzten Jahren bis 1945 hatten meine Frau und ich stets den Hausschlüssel Dreschers bei uns, um in der Not einer plötzlichen Gestapo-Aktion bei ihnen Unterschlupf finden zu können und bei ihrer Abwesenheit in ihre Wohnung Zugang zu haben.“ Gertrud Jaspers strich diesen Satz jedoch und ersetzte ihn durch eine andere Formulierung: „Sie waren bereit, meiner Frau Aufnahme zu gewähren, wenn die Bedrohung durch d. Gestapo akut würde. Wir hatten bis zuletzt ihren Hausschlüssel, obwohl nach d. Bombardement Münchens die alte Grossmutter mit ihrem Mädchen das Unternehmen gefährdete.“¹¹² In Wilhelmine Dreschers Erinnerungen heißt es dazu lapidar:

„Zuerst hatten meine Mutter und ich vereinbart, Frau Jaspers jederzeit aufzunehmen. Nach den Bombenangriffen auf München kamen meine Großmutter und deren Köchin zu mir und die Sicherheit war dadurch nicht mehr gewährleistet. Frau Jaspers verschwand dann bei Emil Henk.“¹¹³

In Alexander Mitscherlich fand Henk einen Verbündeten, der ähnliche Erfahrungen mit dem Nazi-Regime gemacht hatte und deshalb für die Durchführung der Aktion gut geeignet war. Weil er dem Widerstandskreis um Ernst Niekisch angehört hatte, saß er 1937/38 drei Monate in Untersuchungshaft.¹¹⁴ In dieser Zeit hatte er gelernt, unter schwierigen Bedingungen die Nerven zu behalten und keine leichtfertigen Fehler zu machen.¹¹⁵ Das sollte ihm nun von Nutzen sein. Mitscherlich hatte die Aufgabe, Gertrud Jaspers in ihr Versteck in der Kaiserstraße zu begleiten, wenn Henk selbst nicht vor Ort war oder es für ihn zu gefährlich schien.¹¹⁶ Darüber hinaus schaute er gelegentlich nach ihr, solange sie sich dort aufhielt, und versorgte sie mit Büchern.¹¹⁷ In seiner Autobiographie hat er dieses Engagement leider nicht weiter ausgeführt.¹¹⁸

Den eigentlichen Botendienst zwischen der Wohnung in der Plöck und dem Versteck in der Kaiserstraße übernahm jedoch Walburga Roth. Sie „machte den Vermittler, alle Tage ging sie zwischen dem Ehepaar hin und her.“¹¹⁹ Überhaupt war sie in all den Monaten der Bedrohung die engste Vertrauensperson. In den

111 Karl Jaspers an Erna und Eugen Dugend, 16.6.1945, ebd.

112 Undatierter Entwurf eines Gutachtens für Wilhelmine Drescher, ebd.

113 Drescher (wie Anm. 17), S. 32.

114 Vgl. Martin Dehli: *Leben als Konflikt. Zur Biographie Alexander Mitscherlichs*, Göttingen 2007, S. 71–73.

115 Vgl. Alexander Mitscherlich: *Ein Leben für die Psychoanalyse. Anmerkungen zu meiner Zeit*, Frankfurt am Main 1980, S. 117–118.

116 Vgl. Dehli (wie Anm. 114), S. 124.

117 Vgl. Saner: *Überleben* (wie Anm. 13), S. 126.

118 „Ich hatte Jaspers durch einen Kreis von Anti-Nazis kennengelernt. Wir bereiteten damals eine Fluchtunterkunft für Frau Jaspers vor, auf die sie sich wahrscheinlich gefahrlos jederzeit hätte zurückziehen können.“ (Mitscherlich, wie Anm. 115, S. 123–124)

Vorkehrungen zu einer gemeinsamen Selbsttötung spielte sie eine entscheidende Rolle. Die bereits erwähnte Anweisung, wie ein zu Hilfe gerufener Arzt sich zu verhalten habe, nannte sie an erster Stelle: „Im Falle unserer Bewusstlosigkeit oder unseres Todes bitte ich: Sofort Frau Walburga Roth, Heidelberg, Bergheimerstrasse 85 zu benachrichtigen.“¹²⁰ Besonders heikel war ihre Aufgabe, falls die Hilfsaktion für Gertrud Jaspers zu scheitern drohte:

„Für den Fall, dass intensiv nach Frau Jaspers gesucht werden sollte und Jaspers gezwungen wäre, sich einer Verhaftung zu entziehen, sollte Frau Roth, um Henk nicht zu gefährden, Frau Jaspers abholen, mit ihr in den Wald gehen und dort bei ihr bleiben, bis das Zyankali seine Wirkung getan hatte.“¹²¹



Gertrud und Karl Jaspers
1963 (Foto: Universitätsarchiv Heidelberg)

119 Drescher (wie Anm. 17), S. 32. Im Rückblick auf den ersten Aufenthalt bei Henk werden diese Botengänge angedeutet: „Walburga, die mich besuchte, brachte Deinen Brief über Ennos Erkrankung mit, ich war in beklemmender Angst u. meine Gedanken soviel bei Euch und den lieben Beiden.“ (Gertrud Jaspers an Erna Dugend, 5.11.1944, DLA, A: Jaspers)

120 Anweisung vom 24.2.1944, ebd.

121 Saner: Überleben (wie Anm. 13), S. 126.

Man wird nicht davon ausgehen können, dass alle diese Personen in engem Austausch miteinander standen und so etwas wie eine konspirative Gruppe bildeten. Hans Saner schreibt sogar, dass lediglich Mitscherlich und Roth in die Aktion eingeweiht waren.¹²² Doch auch wenn Bertolinis und Drescher den Ort des Verstecks nicht gekannt haben sollten, so haben sie immerhin gewusst, dass es gelungen ist, Gertrud Jaspers woanders zu verstecken. Als Hans Steinhauser, Esters Ehemann, nach seinem Urlaub wieder ins Feld musste, wurde das ursprüngliche Angebot selbstverständlich erneuert: „Bertolini’s waren in Reserve, falls bei Henk etwas passieren sollte (Bomben oder anderes).“¹²³ Diese Hilfsbereitschaft von Menschen, die man teilweise erst kurz oder bisher kaum kannte, war für Jaspers rührend und unfassbar zugleich. Seinen Bericht an die Schwester und den Schwager über die letzten Monate vor der Befreiung Heidelbergs schloss er mit den Worten: „So war es zuletzt bei uns auf mannigfache Weise vorbereitet, bei lauter neuen Freunden, die aktiv ihrerseits an uns herantraten, wie ein Wunder.“¹²⁴

Lebenslange Dankbarkeit: Gertrud Jaspers und Emil Henk nach 1945

Wann immer Karl und Gertrud Jaspers auf Henk zu sprechen kamen, haben sie ihn als ihren Freund bezeichnet. Die Intensität dieser Freundschaft differierte bei beiden allerdings erheblich. Bei Gertrud war sie leidenschaftlich und unbedingt, bei ihrem Mann distanzierter. Äußerlich wurde das schon daran sichtbar, dass sie mit Henk per Du war, Jaspers dagegen beim Sie blieb. Entsprechend verschieden war auch der Ton im brieflichen Umgang: zwischen ihr und Henk vertraut, zwischen ihm und Henk verhalten.

Man wird die Gefühle, die Gertrud Jaspers ihrem Helfer entgegenbrachte, zunächst aus der Situation heraus verstehen müssen. In einer Zeit, da immer mehr Menschen, auch solche, die man eigentlich für Freunde gehalten hatte, zu ihr auf Distanz gingen, wurde sie von jemandem versteckt, der sie kaum kannte und selbst gefährdet war. Diese Selbstlosigkeit verband für immer. Nicht einmal durch den Umzug nach Basel, wohin Jaspers 1948 berufen worden war, riss die Beziehung ab. Eher das Gegenteil war der Fall. Der erste Brief aus der Schweiz war voller Wärme und Zuneigung: „Mein lieber Henko, glaube ja nicht, dass ich nicht oft Deiner gedacht habe und nicht oft Dich herbeigesehnt hätte – aber zum Schreiben fehlt mir die Kraft.“¹²⁵ Im weiteren Verlauf des Briefes erinnerte Gertrud Jaspers noch einmal an das Wunder, dass ihr der selbstlose Helfer unversehens zu einem geliebten Freund geworden war: „Wenn ich Deiner gedenke, bin ich voll Freude und Dankbarkeit, dass Du so bist, wie Du bist – statt eines Unterschlupfes allein fanden wir uns. Das ist doch selten.“ In der Folge kam es deshalb immer wieder zu Besuchen und Begegnungen. „Zwischen Weihnachten

122 Vgl. ebd.

123 Karl Jaspers an Erna und Eugen Dugend, 16.6.1945, DLA, A: Jaspers.

124 Ebd.

125 Gertrud Jaspers an Emil Henk, 4.6.1948, Archiv Peter Kayser.

und Neujahr kommt Herr Henk, bei dem ich 1944 bis 1945 dreimal versteckt war.¹²⁶ Gelegentlich suchte Henk von sich aus den Kontakt, so etwa im Frühjahr 1957, als er aus dem Urlaub in der Provence seinen Besuch ankündigte.¹²⁷ Treibende Kraft der Verbindung war jedoch eindeutig Gertrud. Regelmäßig schrieb sie ihm zum Geburtstag und litt darunter, dass er so gut wie nie antwortete.¹²⁸ An seinem Leben nahm sie großen Anteil und suchte ihrerseits zu helfen, wenn sie glaubte, er stehe sich selbst im Wege. Dann konnte ihre Fürsorge nahezu mütterlich sein.¹²⁹ Das wird besonders deutlich an der Art und Weise, wie sie ihm den Kontakt zu Hannah Arendt vermittelte.

Henk hatte Golo Manns Rezension von Hannah Arendts Eichmann-Buch gelesen, in der es unter anderem um die Bewertung des deutschen Widerstands gegen Hitler ging.¹³⁰ Der Rezensent wies die These der Autorin, die Männer des 20. Juli seien nicht durch eine Krise ihres Gewissens, sondern wegen der Bedrohung Deutschlands durch Niederlage und Ruin aktiv geworden, entschieden zurück, um dann zu schlussfolgern, Arendts „Charakteristik des deutschen Widerstandes“ enthalte „die empörendsten Verleumdungen, die je über diese Bewegung verbreitet wurden.“¹³¹ Diesem Urteil schloss sich Henk ausdrücklich an. In einem Brief vom 8. Januar 1964 ließ er Gertrud Jaspers wissen: „Wie Du Dir denken kannst, gehe ich mit Hannah Arendt nicht einig.“¹³² Zwar sei Golo Manns Artikel im Ton scharf und unfreundlich, doch in der Sache liege er richtig. Hannah Arendt habe den Charakter des deutschen Widerstands verkannt und verleumdet. Die Männer des 20. Juli, so war Henk überzeugt, hatten aus Gewissensnot gehandelt und nicht aus nationalen Motiven. Das wollte er Hannah Arendt auch genau so schreiben, doch war ihm bewusst, dass er sich damit womöglich gegen Jaspers stellte. So machte er die Entscheidung von Gertruds Votum abhängig. „Ich bin übrigens unschlüssig, ob ich an Hannah Arendt nach

126 Gertrud Jaspers an Wilhelmine Drescher, 17.12.1950, zit. n. Drescher (wie Anm. 17), S. 32.

127 „Meine Gedanken sind oft und gerne in Basel und ich werde Freitag 26. April etwa um Mittag auf der Heimreise in Basel vorsprechen. Ists recht? Hoffentlich treffe ich jemand an.“ (Emil Henk an Gertrud Jaspers, 19.4.1957, DLA, A: Jaspers).

128 So zumindest legt es eine Äußerung Henks nahe: „Auf meinem Schreibtisch liegt seit vielen Wochen, seit Monaten Dein lieber Brief und stets wiederkehrender Gruss zu meinem Geburtstag. Er liegt da[,] und wenn ich gehe, geht mit mir der Satz, dass Du mir schreibst[,] ohne Antwort zu erwarten. Ich weiss, ich hätte längst antworten sollen. Die ganzen Jahre war es so, dass der Trubel des täglichen Lebens, der Berufsarbeit und der politischen Arbeit mich so überlastete, dass ich im Grunde die innere Ruhe für einen Brief von Mensch zu Mensch kaum gefunden hätte.“ (Emil Henk an Gertrud Jaspers, 13.3.1962, ebd.).

129 Nach dem Tode seines Vaters stellte Richard Henk ein Bändchen mit Erinnerungen zusammen (wie Anm. 11). Gertrud Jaspers übersandte er ein Exemplar mit den Worten: „Ich darf Ihnen das kleine Werk in Dankbarkeit dedizieren. Mir ist wohl bekannt, wie sehr sie es verstanden haben Einfluss auf meinen Vater zu nehmen, mitunter recht deutlich, im Grunde genommen mit Recht.“ (Richard Henk an Gertrud Jaspers, 19.2.1971, DLA, A: Jaspers).

130 Vgl. Golo Mann: Hannah Arendt und der Eichmann-Prozess, in: Neue Rundschau 74 (1963), S. 626–633, hier: S. 629–630.

131 Ebd., S. 630.

132 Emil Henk an Gertrud Jaspers, 8.1.1964 (wie Anm. 72).

New York schreiben soll. Du weisst ich bin in einem Dilemma: Ich wende mich ungern gegen Menschen, die mit dem Hause Jaspers so eng befreundet sind.“¹³³

Gertrud ermunterte Henk, den Brief zu schreiben, und teilte ihm zweimal Arendts Adresse mit. Als er erneut danach fragte, schickte sie ihm kurzerhand ein Kuvert, auf das sie Arendts Adresse geschrieben hatte, damit er den Brief nur noch hineinzustecken brauchte.¹³⁴ Unabhängig davon setzte sie sich selbst mit Arendt in Verbindung und ließ ihr Henks Brief vom 8. Januar zukommen. Auf die Bewertung des deutschen Widerstands ging sie mit keinem Wort ein. Diese in ihren Augen eher zweitrangige Frage wollte sie den beiden selbst überlassen. Wichtig war ihr allein die Bemerkung, dass Henk sie dreimal versteckt hatte: „Er war 1½ Jahre im Gefängnis wegen der Versuche, in der Sozialdemokr. Partei die Fäden aufrecht zu erhalten. Das war wohl im Anfang des Regimes. Aber trotz eigener Gefährdung nahm er mich auf. Unvergessbar.“¹³⁵

Henks Brief vom 4. März 1964 löste bei Hannah Arendt Irritationen aus – nicht nur seines Inhalts wegen, sondern vor allem, weil er in dem „kuriosen“¹³⁶ Kuvert Gertruds steckte. Jaspers, dem das Ganze unangenehm war, bat um Verständnis für seine Frau: „Gertrud ist, wo sie dankbar ist, unauslöschlich dankbar.“¹³⁷ Von Henk war er dagegen enttäuscht, weil er Arendt nicht auf wenig bekannte Tatsachen hingewiesen hatte, um in der Sache voranzukommen, sondern lediglich die aus dem Brief an Gertrud bekannten Vorwürfe wiederholte.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang eine frühere Äußerung über Henk. Sie macht deutlich, inwiefern Jaspers ihm gegenüber eine andere Haltung einnahm als seine Frau. Auch Jaspers war Henk dankbar, gewiss, aber er klammerte seine Dankbarkeit ein, orthographisch hervorgehoben durch zwei Gedankenstriche.

„Solche Leute – ihre Vortrefflichkeit und [ihr] wohlütiges Dasein während der Nazi-zeit vergesse ich nicht – haben in ihrer Erfahrung des gemeinsam antinazistischen Denkens und in der Erinnerung an die im Grunde passiven Planungen (in Erwartung des großen Tages des Umsturzes) gleichsam ihren Lebensschatz. Das Leben Emil Henks, das ihm politische Erfolge, die er erstrebte, auch nach 1945 völlig versagte, hat das fundamentale Selbstbewußtsein darin: ich war bei den Widerstandskämpfen.“¹³⁸

Im Ton etwas herablassend („Solche Leute ...“), ist hier der kalte Blick des Weltanschauungspsychologen leitend, der Leben betrachtet, ohne selbst daran teilzunehmen. Jaspers sah Henks Scheitern in der Unfähigkeit begründet, sich den Verhältnissen nach 1945 anzupassen: Dass die neue Zeit nicht durch den Wider-

133 Ebd.

134 Vgl. Karl Jaspers an Hannah Arendt, 25.4.1964 (wie Anm. 55), S. 587.

135 Gertrud Jaspers an Hannah Arendt, hs. Zusatz auf einem Brief von Emil Henk an Gertrud Jaspers, 8.1.1964 (wie Anm. 72).

136 Hannah Arendt an Karl Jaspers, 20.4.1964 (wie Anm. 55), S. 585.

137 Karl Jaspers an Hannah Arendt, 25.4.1964 (wie Anm. 55), S. 587.

138 Karl Jaspers an Hannah Arendt, 25.7.1963 (wie Anm. 55), S. 549–550.

stand herbeigeführt, sondern von den Alliierten gesetzt worden war, schien Henk nicht verwunden zu können.

Man kann seine Schwierigkeiten, in der neuen Zeit anzukommen, aber auch anders sehen und fragen, ob sie nicht ebenso an den Verhältnissen selbst lagen. Als Sozialist stellte Henk sein geistiges Schaffen und politisches Wirken in den Dienst einer Gesellschaft, in der das Engagement für unversehrte Lebenszusammenhänge wichtiger war als die individuelle Selbstgestaltung. Eine solche Haltung war zu keiner Zeit mit den herrschenden Verhältnissen vereinbar. Vom Wandervogel über den George-Kreis und den vorübergehenden Ausstieg in Positano bis zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus, durch Henks Leben zieht sich die Weigerung, sich den herrschenden Verhältnissen anzupassen, wie ein roter Faden, und er selbst war sich dessen früh bewusst. In einem Nachruf auf den 1927 verstorbenen Gilbert Clavel, den Exzentriker von Positano, schrieb er Sätze, die auch – vielleicht sogar eher – auf ihn selbst zuträfen.

„Er gehörte zu den Wesen, deren Gestaltung das Schicksal nicht ganz zulässt, weil das Lebendige selbst und nicht die geistige Formung seinen innersten Sinn ausmacht. So blieb sein Werk Fragment und nur sein Leben gerundet. Gestaltung war ihm eben nur ein Teil, aber nicht der Sinn seiner Person: darum hat Clavel sich nicht in den Normen der Kulturen und in ewigen Schicksalen gesucht; er blieb stets in der Ebene, in der das Ungestaltete Norm ist: in der Magie des Menschentums. Darum schuf er menschliche Werte nicht durch die geistige Tat, sondern durch den Charakter seines Lebens.“¹³⁹

Jaspers ging dagegen den umgekehrten Weg. Er wählte von Anfang an die Selbstgestaltung in einem Werk und verfolgte dieses Ziel in aller Konsequenz. Auch die Schrecken der NS-Zeit konnten ihn davon nicht abbringen. Seine Tagebuchaufzeichnungen sind ein beklemmendes Zeugnis dieser Werkfixierung. Während Menschen um ihn herum vertrieben und deportiert wurden, sprach er von Vollendung: „Das Werk zu vollenden, ist mein Dienst. Dieses Werk allein berechtigt mich in der Welt. Es ist ein deutsches Werk. [...] Es ist noch immer in werdendem Zustand. Es öffnet mir größte Aussichten. Seine Vollendung wäre in der deutschen Philosophie vielleicht noch etwas Wesentliches.“¹⁴⁰ Dieses Ziel war nur zu erreichen, wenn er ungestört arbeiten konnte. Das wiederum erforderte eine grundsätzliche Anpassung an die herrschenden Verhältnisse, was Jaspers später, als ihn ein ehemaliger Schüler nach der Verantwortung der Philosophie fragte, auch offen zugab: „Ich habe im Unterschied von Ihnen 1933 den bewussten Entschluss gefasst, nicht durch Worte, die fahrlässig sein könnten, nicht durch Demonstrationen irgend ein Unheil für mich herbeizuführen, sondern, wenn es geht, schweigend zu überleben.“¹⁴¹ Dieses Schweigen begann bereits

139 Emil Henk: Gilbert Clavel. Ein Nachruf, in: Staatsarchiv Basel-Stadt, Nachlass Gilbert Clavel, PA 969 F 1. Vgl. Harald Szeemann: Gilbert Clavel. Basel 1883–1927 Kleinhüningen, in: ders. (Hg.): Visionäre Schweiz, Aarau u.a. 1991, S. 97–100.

140 Karl Jaspers: Tagebuch 1939–1942, in: Jaspers: Schicksal (wie Anm. 9), S. 148 u. 159.

141 Karl Jaspers an Werner Schmitz, 29.10.1954, Durchschlag, DLA, A: Jaspers.

1933, als Jaspers über die Entlassung seiner jüdischen Kollegen kein öffentliches Wort verlor.

Im Zweiten Weltkrieg kreuzten sich diese beiden so unterschiedlichen Lebenswege. Für Jaspers war die folgenreiche Begegnung mit Henk eine „Wohltat“¹⁴², Henk selbst bedeutete sie mehr:

„Ich werde die Jahre gemeinsamer Not und gemeinsamer Aussprache nie vergessen. Sie gehören zu den bewegendsten Jahren meines Lebens. Ich bin glücklich, auch heute noch glücklich, dass ich damals auch menschliche Erleichterung für Euch bringen konnte. Ich selbst habe erfahren, dass im totalen Staat, auch im totalen Staat, der Geist nicht stirbt. Es war eine beglückende Einsicht und eine beglückende Gewissheit.“¹⁴³

Inmitten all des Leids und Elends, das der Nationalsozialismus über die Welt gebracht hatte, leuchtete hier die Möglichkeit eines unversehrten Lebenszusammenhangs auf, nicht über geistige Inhalte vermittelt, sondern durch den Geist dessen, der dafür sein Leben wagte. Henk war bescheiden genug, sein Engagement herunterzuspielen, aber er brachte mehr als nur Erleichterung. Gertrud Jaspers hat das im Unterschied zu ihrem Mann gespürt, und deshalb war sie Henk ein Leben lang dankbar – unauslöschlich dankbar.

142 Karl Jaspers an Hannah Arendt, 25.4.1964 (wie Anm. 55), S. 587.

143 Emil Henk an Gertrud Jaspers, 7.8.1968, Durchschlag (wie Anm. 49).

Widerstand, Flucht und Rettung. Zur Geschichte der Familie Rose im *Dritten Reich*

NORBERT GIOVANNINI UND OLIVER VON MENGENSEN

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die Vernichtungspolitik der Nazis gegenüber den Sinti und Roma den Nachweis der Familie Rose bis zurück in das 16. Jahrhundert erbracht hat. Da die überwiegend katholischen Sinti und Roma im Unterschied zu den Juden nicht über ihre Religionszugehörigkeit erfasst werden konnten, legten die Nazis umfangreiche Genealogien an, um diese Minderheit vollständig zu erfassen. Ihrer Auffassung nach waren noch „1/8 Zigeuner“ rassistisch minderwertig und sollten der „Vernichtung“ zugeführt werden. Das hieß, dass ein Urgroßelternteil in der Familie mit „zigeunerischer“ Abstammung das Todesurteil bedeutete.

Romani Rose, seit 1982 Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, ist Sohn von Oskar Rose, der mit seinem Bruder Vinzenz Initiator der Bürgerrechtsbewegung deutscher Sinti und Roma wurde. Dank seiner biographischen Erzählung und der beharrlichen Arbeit des in Heidelberg ansässigen Dokumentations- und Kulturzentrums ist die Geschichte der Familie Rose dem historischen Gedächtnis erhalten.

Als Nachkriegskind wuchs Romani Rose in einer Umgebung auf, die man heute als unbeschwert bezeichnen würde.¹ Zu den Nachbarn hatten die Roses ein gutes Verhältnis. Darunter waren sehr zurückhaltende Leute, die vielleicht in der Form „belastet“ waren, dass sie dem NS-Regime indifferent gegenüber gestanden und ihm nichts entgegengesetzt hatten. Romani Roses Eltern erhoben keine Vorwürfe gegen diese Nachbarn. Oskar Rose hatte große Sorge, dass die Vergangenheit seine Kinder in ihrer Unbefangenheit belasten könnte und es ihnen erschwerte, in diesem Land Wurzeln zu schlagen. Die Zeit der Verfolgung und KZ-Haft wurde den Kindern gegenüber nicht erwähnt. Deshalb haben sie auch erst später das ganze Ausmaß der Verbrechen an der Minderheit der Sinti und Roma erfassen können und einen Eindruck von den damit verbundenen Erniedrigungen, Entwürdigungen und dem Gefühl der absoluten Rechtlosigkeit entwickeln können.

Der Geschichte der Familie Rose in Deutschland in der Zeit des Zweiten Weltkriegs und der Nazi-Verfolgung ist Teil der sehr komplexen Geschichte der Sinti und Roma. Sie gibt zudem einen Einblick in die schwierigen und herausfordernden Situationen der Nachkriegszeit. Es ist die Geschichte von Verfolgung und Rettung, Gefahr und Denunziation, von Hilfe und Überleben unter den äußerst schwierigen Bedingungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die

1 Interview von Norbert Giovannini mit Romani Rose am 2.10.2018.

Schicksale der Sinti und Roma, die Familiengeschichte und das persönliche Erleben von Oskar und Vinzenz Rose haben diese zu nachhaltigem und unbeugsamem Engagement bestärkt.

Die Großeltern von Romani Rose, Anton und Lisetta Rose, stammten aus Oberschlesien und verstanden sich zeitlebens als katholische Preußen. Es gab, so Romani Rose, in dieser Familie tatsächlich einige über die Generationen wirkende preußische Tugenden, die selbst noch den Nachkommen in den Knochen stecken. Pflicht, Pünktlichkeit, Verlässlichkeit: das sind und waren prägende und positiv besetzte Werte, die für ihn auch heute noch Gültigkeit haben. Vielleicht hat dieses Preußische in Verbindung mit tiefer Religiosität der Familie die Kraft gegeben, den Verfolgungen und Bedrohungen in der NS-Zeit standzuhalten und – glücklicherweise – nicht daran zugrunde zu gehen.



Lisetta Rose, geb. 1874, gest. im Konzentrationslager Ravensbrück; Anton Rose, geb. 1874, gest. 1943 in Auschwitz (Foto: Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg)

Die Großeltern sowie sein Vater und sein Onkel betrieben im Darmstädter Raum ein Wanderkino. Sie zeigten unterhaltsame Stummfilme von Charly Chaplin und Buster Keaton und anderen Veteranen dieser filmischen Ära. Sie brachten diese Filme auch in entlegene Dörfer, wo sie in Gasthäusern oder Gemeindesälen Räumlichkeiten zur Vorführung anmieteten. Nach den Vorstellungen gaben sie Konzerte und veranstalteten Tanzabende. Anton Rose spielte Zither und Klavier, Vinzenz und Oskar Geige. Man macht sich heute keine Vorstellung davon, wie begierig und sehnsüchtig die Menschen in der Vorfernsehzeit auf dieses Unterhaltungsangebot warteten. Es ist auch erkennbar, wie bedeutsam die Musik im Leben der Familie Rose war.

Die Roses lebten vor der *Machtergreifung* der Nationalsozialisten in guter Nachbarschaft, waren in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben – wie man heute sagt – gut integriert. Sie waren sehr religiös und hatten viele Freunde. Der Freundeskreis löste sich auch nicht zu Beginn der NS-Zeit auf. Aber es war spürbar, dass die Zeiten sich änderten und das Leben unter dem neuen Regime schwieriger werden würde. Als erstes versuchten 1934 einige Parteifunktionäre

der „Gaustelle“ Hessen-Nassau, der Familie die Genehmigung zum Kinobetrieb zu entziehen und Anton Rose aus der Reichsfilmkammer mit der Begründung eines „zigeunerischen Aussehens“ auszuschließen. Dieser legte dagegen Beschwerde ein und bekam auch Recht. „Ein unvorteilhaftes Äußeres eines Volksgenossen“, so entschied der Präsident der Reichsfilmkammer, „kann nicht Veranlassung geben, ihm seinen Broterwerb zu entziehen.“ Drei Jahre später wurde aber die zwangsweise Schließung des Kinos „aus rassischen Gründen“ verfügt.²

Gleich nach Kriegsbeginn – die Familie wohnte zu der Zeit im pfälzischen Frankenthal, wo sie sich ein Haus gekauft hatte – verschärfte sich die Lebenssituation merklich. Die Nachrichten über Verhaftungen und Deportationen von Sinti und Roma zur Zwangsarbeit in die Konzentrationslager in den Jahren 1938/39 zeigten die unmittelbare Bedrohung auf. Ein befreundeter Rechtsanwalt hatte Oskar Rose eine Stelle als Hilfskraft in einer Kanzlei in Frankenthal vermittelt. Über diese Kanzlei, die in Kontakt zu Behörden stand, erfuhr Rose, dass die Verhaftung der eigenen Familienmitglieder unmittelbar bevorstand. Daraufhin entschieden sich die Roses zur Flucht, die sie bis in die Tschechoslowakei führte. Vinzenz und Oskar trennten sich dort von ihren Eltern.



Gefälschter Pass von Oskar Rose (Quelle: Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg)

2 Romani Rose (Hg.): „Den Rauch hatten wir täglich vor Augen“. Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma, Heidelberg 1999, S. 82.

Im Frühjahr 1942 befanden sich die beiden Brüder in der Nähe von Saarbrücken. Sie erwarben falsche Papiere und nahmen eine andere Identität an. Oskar Rose besaß einen Wehrmachtsausweis auf den Namen Alexander Adler und, was wichtig war, einen KdF-Ausweis als „Schausteller“. Das *Kraft-durch-Freude*-Programm (KdF) der Nazis beinhaltete unter anderem die „Unterhaltung“ der kämpfenden Truppen durch künstlerische Darbietungen. Mit dem Ausweis konnte



Vinzenz Rose, geb. 2. Juli 1908 in Schönau (Oberschlesien), gest. 1996 (Foto: Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg)

er in den Besitz von Lebensmittelkarten und Bezugsscheinen kommen, was ihm wiederum ermöglichte, Lebensmittelpakete an Verwandte zu schicken, die in Konzentrationslagern inhaftiert waren.

Mit den Papieren gelangten Oskar und Vinzenz Rose nach Schwerin, wo sich die übrigen Familienmitglieder mittlerweile aufhielten. Dort wurden sie und ihre Eltern denunziert. Vinzenz war auf der Straße verhaftet worden und kam zunächst ins Zuchthaus Großstrehlitz in Mecklenburg, dann, am 15. März 1943, in das *Zigeunerlager* in Auschwitz-Birkenau. Im Aufnahme­register, dem sogenannten Hauptbuch³, ist er mit der Nummer Z 3466 verzeichnet. Bis Sommer 1943 waren die meisten anderen Familienangehörigen ebenfalls verhaftet und in das Vernichtungslager deportiert worden. Der Großvater von Romani Rose, Anton Rose, ist dort am 1. September 1943 gestorben, seine Großmutter Lisetta

wenige Tage nach ihrer Einlieferung in das KZ Ravensbrück am 23. Mai 1944. Auch die zweijährige Tochter von Vinzenz ist in Auschwitz ins Gas geschickt worden. Insgesamt wurden 13 Mitglieder der Familie Rose von den Nationalsozialisten ermordet.

Vinzenz Rose war durch die Lebensbedingungen im Lager so geschwächt, dass ihm die Ermordung in der Gaskammer drohte. Wahrscheinlich rettete ihn sein musikalisches Talent. Bei den SS-Offizieren bestand „Bedarf“ an musikalisch versierten Gefangen, mit denen sie Jazz und andere Musik, die im National-

3 Die Sinti- und Roma-Häftlinge im von der SS „Zigeunerlager“ genannten Abschnitt B II e von Auschwitz-Birkenau wurden in einem eigenen Gefangenen-Hauptbuch verzeichnet und mit einer mit dem Buchstaben Z beginnenden Nummernserie tätowiert.

sozialismus eigentlich als *entartet* verboten waren, spielen konnten. Die Musiker erhielten gewisse Privilegien, z.B. zusätzliche Essensrationen. Die Musik ermöglichte Vinzenz Rose zwar zunächst das Überleben in Auschwitz, schützte ihn aber nicht vor dem Vernichtungsprogramm der Nazis. Am 9. November 1943 wurde er zur Durchführung von Typhusexperimenten in das Konzentrationslager Natzweiler im Elsass verlegt.

Im Mai 1944 entschied die Lagerleitung, das „Zigeunerlager“ aufzulösen, nachdem Adolf Eichmann, der Organisator der Deportationen, angekündigt hatte, dass er Platz für die Transporte ungarischer Juden brauche. Noch waren etwa 6.000 Sinti im Lager, darunter etwa 100 Wehrmachtsangehörige, die man direkt von der Front nach Auschwitz deportiert hatte, weil sie als „Zigeuner“ enttarnt worden waren. Im Mai 1944 begannen die Selektionen der Inhaftierten nach ihrer Arbeitsfähigkeit und die Abtransporte zur „Vernichtung durch Arbeit“ in die KZs im Reichsgebiet. Das Lager bestand noch drei Monate weiter, bis es Anfang August 1944 endgültig aufgelöst wurde. Die verbliebenen ca. 4.000 Inhaftierten Frauen, Kinder, Alte und Kranke wurden in der Nacht vom 1. zum 2. August in den Gaskammern ermordet.

Auch im Lager Natzweiler herrschte eine hochgefährliche und bedrohliche Situation, denn die „Zigeuner“-Häftlinge aus Auschwitz wurden zu Giftgas- und Fleckfieber-Experimenten missbraucht, die vom damaligen stellvertretenden Leiter der Heidelberger Ludolf-Krehl-Klinik, Otto Bickenbach,⁴ und seinem Assistenten Helmut Rühl durchgeführt wurden. Mindestens 50 Häftlinge fielen den Versuchen zum Opfer. Vinzenz Rose wurde von dem Straßburger Bakteriologen Eugen Haagen⁵ für Fleckfieberversuche benutzt, die ihn fast das Leben kosteten. Haagen hatte schon 1943 im Lager Schirmeck-Vorbruck mit polnischen Häftlingen experimentiert und diese Versuche in Natzweiler bis Herbst 1944 fortgeführt. Auch durch diese Experimente wurden zahlreiche Häftlinge ermordet.

Am 18. April 1944 wurde Vinzenz Rose mit einer Gruppe von Häftlingen, unter ihnen 29 Sinti und Roma, in das Außenlager Neckarelz verlegt. Er war Zwangsarbeiter im „Kommando Elektro“, das für die dort produzierenden Betriebe die Stromversorgung in den unterirdischen Produktionsstätten aufzubauen und instand zu halten hatte.

Sein Bruder Oskar Rose litt Zeit seines Lebens unter dem Gefühl, seine Eltern im Stich gelassen zu haben, weil er fliehen und sich der Verhaftung entziehen konnte. Dabei war er in der Zeit seiner Flucht nicht untätig geblieben: Im

4 Otto Bickenbach war ab Oktober 1934 Oberarzt und stellvertretender Direktor der Heidelberger Ludolf-Krehl-Klinik. https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Bickenbach (eingesehen 10.3.2019) Seit August 1943 und forciert zwischen Juni und August 1944 führten Bickenbach und sein Assistent Helmut Rühl im KZ Natzweiler-Struthof Menschenversuche mit dem Giftgas Phosgen in einer eigens eingerichteten Gaskammer durch. Ernst Klee: Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer, Frankfurt am Main, 1997, S. 378ff.

5 https://de.wikipedia.org/wiki/Eugen_Haagen (eingesehen 10.3.2019); Dokumentations- und Kulturzentrum deutscher Sinti und Roma: Sinti und Roma im Konzentrationslager Natzweiler-Struthof. Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt 2007, S. 213.

Frühjahr 1943, nachdem im März die systematischen Deportationen der Sinti und Roma aufgrund eines Erlasses Himmlers vom Dezember 1942 nach Auschwitz-Birkenau einsetzten, versuchte er Kontakte zu katholischen Würdenträgern herzustellen. Er wollte sie über das drohende Schicksal der Minderheit informieren und zum Einschreiten bewegen. Damals hielt er sich in München auf und bemühte sich vergeblich, zu Kardinal Faulhaber vorzudringen, um ihn um Hilfe zu bitten. Die Kontaktaufnahme ist verbürgt, denn Kardinal Faulhaber ver-

zeichnete in seinem Tagebuch den Besuch des „Zigeuners“ Alexander Adler, der ihn um Beistand für die 14.000 katholischen „Zigeuner“ gebeten habe, die in Auschwitz umgebracht oder sterilisiert würden.

„Bei Sekretär ein Zigeuner, namens Adler, katholisch – Die 14.000 Zigeuner im Reichsgebiet sollen in ein Lager gesammelt und sterilisiert werden, die Kirche soll einschreiten. Will durchaus zu mir. – Nein, kann keine Hilfe in Aussicht stellen.“⁶

Zur Hilfeleistung konnte sich der Kardinal nicht entscheiden, so wenig wie die katholische Kirche insgesamt, von einigen helfenden Geistlichen einmal abgesehen. Oskar Rose verschickte trotzdem anonym Briefe an weitere Kardinäle und Bischöfe in Deutschland mit dem dringenden Appell, den Sinti und Roma zur Hilfe zu kommen. Diese Appelle verhallten jedoch ohne Resonanz.

Ein Jahr später war Oskar Rose mit seiner Schwägerin in Heidelberg untergetaucht. Sie kamen bei einer Heidelbergerin in einem alten Försterhaus in der Klingenteichstraße unter. Von dort aus plante und organisierte Rose die Flucht seines in Neckarelz inhaftierten Bruders.



Oskar Rose, verst. 1968 (Foto: Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg)

6 Aufzeichnung Kardinal Faulhabers in Gabelsberger Stenographie, 5.4.1943. Erzbischöfliches Archiv München [EAM], Nachlass [NL] Faulhaber 10021. Antonia Leugers: „die Kirche soll einschreiten“ Hilferufe von Sinti und Roma angesichts ihrer Deportation 1943, in: *theologie.-geschichte – Zeitschrift für Theologie und Kulturgeschichte* Band 8, 2013; der Text von Antonia Leugers ist einsehbar unter <http://universaar.uni-saarland.de/journals/index.php/tg/article/viewArticle/548/587#1> (Eingesehen 10.3.2019).

Zur Sondierung der Situation vor Ort fuhr er mehrfach nach Neckarelz, wo er beobachtete, dass ein im Lager als Kraftfahrer verpflichteter Zwangsarbeiter, der Material aus den Stollen abtransportieren musste, regelmäßig mittags in einem Lokal zum Essen ging. Er nahm mit diesem Kontakt auf und konnte ihn durch Geld, Bezugsscheine und Lebensmittelkarten als Fluchthelfer anwerben. Er erwirkte beim Lagerkommandanten unter dem Vorwand, er habe den Auftrag, Vinzenz Rose von einem verwundeten Kameraden Grüße zu bestellen, eine kurze Gesprächszeit mit seinem Bruder. Der zunächst ablehnenden Haltung des Kommandanten begegnete er mit dem Verweis auf seine vermeintliche Tätigkeit als KdF-Mitarbeiter und den damit verbundenen Kontakten zu Joseph Goebbels.

Oskar Rose informierte seinen Bruder über den Fluchtplan. Dieser sollte am 30. August 1944, wenn der Fluchthelfer an einer Schranke in einem Stollen des unterirdischen Fabrikgeländes halten musste, unter den Sitz im Lastwagen klettern. Im LKW befand sich auch zivile Kleidung. Tatsächlich gelang dieser riskante Plan, der selbstredend nur von außerhalb des KZs organisiert und vorbereitet werden konnte. Die Einzelheiten des Fluchtablaufs in den Stollen des Lagers hat Vinzenz Rose folgendermaßen beschrieben:

„Die Zeit ging gar nicht vorbei an diesen drei Tagen und schon gar nicht an dem Tag, an dem der Wagen kommen sollte. Das war am 30. August 1944. Es war spät nachmittags geworden, kurz vor der Appellzeit, so um 17 Uhr herum. Da habe ich ihn endlich gesehen. Ich bin wie verabredet vor seinem Wagen langsam hergelaufen und bin rechts in einen Seitenstollen gelaufen. Im Stollen war keine Beleuchtung und dort habe ich mich unter seinen Führersitz gelegt. [...] Dann wollte er starten, aber der Wagen sprang nicht an. Immer wieder, immer wieder ist er ausgegangen. [...] Es dauerte mehrere Minuten. Es kam mir wie eine Ewigkeit vor, bis der Wagen endlich in Gang gekommen ist. Schließlich sind wir zum Hauptausgang des Stollens gefahren. Beim Rausfahren gab es oft lange Staus durch die langen Tieflader, die die Maschinen geladen hatten, die im Stollen aufgestellt wurden. [...] Und ich war da im Sitz eingeklemmt! Ich habe gedacht, ich muss sterben. Der Fahrer hat versucht, mich zu beruhigen, aber er hatte sehr große Angst. Er wäre ja genauso aufgehängt worden wie ich. Nach einiger Zeit hin und her, rückwärts und vorwärts, hab ich dann gemerkt, dass wir außerhalb des Stollens waren. [...] Und dann kam noch das Schwerste: die Sperrzone, wo die Wache war. Der Wagen war nicht beladen. [...] Dann habe ich gemerkt, wie er gehalten hat und ausgestiegen ist. Der Wachmann hat auf den Wagen gesehen, um zu prüfen, was darin ist. Und ich habe gehört, wie er gesagt hat: ‚Weiter!‘.“⁷

7 http://www.sintiundroma.de/content/downloads/Natzweiler/bio_rose.pdf (eingesehen 10.3.2019). Vgl. auch: Georg Fischer, Arno Huth, Landesverband Deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg, KZ-Gedenkstätte Neckarelz: Schicksal der Sinti und Roma: „– weggekommen“, Abschied ohne Wiederkehr: Verfolgung in der Region, Zwangsarbeit in den Neckarlagern. Begleitbroschüre zur Ausstellung des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg in der KZ-Gedenkstätte Neckarelz vom 7. bis 21. Juli 2002; Bernhard Brunner, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Referat Gedenkstättenarbeit (Hgg.): Auf dem Weg zu einer Geschichte des Konzentrationslagers Natzweiler. Forschungsstand – Quellen – Methode, Stuttgart 2000.

Vinzenz Rose war offenbar der einzige Häftling, der aus den weitläufigen Anlagen des KZ Neckarelz hatte fliehen können. Die weitere Flucht hatte Oskar Rose bereits vorbereitet. Der Weg führte über Mannheim nach München und schließlich nach Gangkofen, einer Gemeinde in der Nähe von Landshut, in der beide die Befreiung durch amerikanische Truppen erlebten.

1958 gründeten Oskar und Vinzenz Rose zunächst ohne viel Erfolg den Verein „Verband und Interessengemeinschaft rassisch Verfolgter nichtjüdischen Glaubens deutscher Staatsbürger e.V.“ Im Nachkriegsgedächtnis der Bundesrepublik existierte der Völkermord an den Sinti und Roma nicht. Die Täter konnten nahezu bruchlos ihre Karrieren fortsetzen. Dazu spielten sie ihre Rolle bei der Verfolgung und den Deportationen herunter und verharmlosten die Völkermordverbrechen als „kriminalpräventive Maßnahmen“. Sie übernahmen als vermeintliche „Zigeuner-Experten“ erneut die Deutungshoheit über die Minderheit der Sinti und Roma.

Die Aufklärung der Verbrechen an den Sinti und Roma, eine angemessene Entschädigung und die Verfolgung der Täter wurden jahrzehntelang ignoriert und absichtlich verhindert. Noch 1950 informierte ein regierungsamtlicher badischer Runderlass die Wiedergutmachungsämter, „dass Zigeuner und Zigeunermischlinge überwiegend nicht aus rassischen Gründen, sondern wegen ihrer asozialen und kriminellen Haltung verfolgt und inhaftiert worden“ seien.⁸

Aus dem frühen Versuch von Vinzenz und Oskar Rose, den Verfolgungen und Schicksalen der Sinti und Roma eine Stimme zu geben, ihnen letztlich auch Entschädigungen für das erlittene Unrecht, für Inhaftierung und gesundheitliche Schäden zu verschaffen, entstand in den siebziger Jahren die Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma. Nach dem Tode Oskar Roses 1968 setzte Vinzenz Rose die gemeinsame Arbeit weiter fort. 1974 ließ er mit eigenen Mitteln ein Denkmal zur Erinnerung an die ermordeten Sinti und Roma auf dem Lagergelände in Auschwitz-Birkenau errichten. 1978 wurde er als erster Angehöriger der Sinti und Roma mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Vinzenz Rose verstarb im Jahr 1996.

Mit der Gründung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma mit Sitz in Heidelberg durch mehrere Verbände der Bürgerrechtsbewegung im Frühjahr 1982 war der Weg zur völkerrechtlichen Anerkennung des NS-Völkermords an den Sinti und Roma geebnet. Am 17. März 1982 hatte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt bei einer Begegnung mit dem Zentralrat die NS-Verbrechen an den Sinti und Roma als Völkermord aus „rassischen Gründen“ anerkannt. Eine bedeutsame, aber auch für die Entschädigungsansprüche relevante Aussage, die von Schmidts Nachfolger Helmut Kohl im November 1985 noch einmal bekräftigt wurde. Anfang der 1990er Jahre entstand das heutige Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in der Heidelberger Altstadt, dessen ständige Ausstellung zum NS-Völkermord an den Sinti und Roma im März 1997 eröffnet wurde.

⁸ Zit. nach Vanessa Hilss: Sinti und Roma. „Nicht aus Gründen der Rasse verfolgt“? Zur Entschädigungspraxis am Landesamt für Wiedergutmachung Karlsruhe, Karlsruhe 2017, S. 78ff.



Romani Oskar Rose, geb. 20. August 1946 in Heidelberg. Seit 1982 Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma. Seit 1991 Geschäftsführer des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg (Quelle: <http://zentralrat.sintiundroma.de/pressebereich/>)

Für Gegenwart und Zukunft betont Romani Rose, dass der Zentralrat und das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma als Institutionen und Stätten des Engagements für Menschenrechte und gegen Diskriminierung dem politischen Erbe seines Vaters und seines Onkels unvermindert und leidenschaftlich verpflichtet sind. Dies schließt das stetige Engagement dafür ein, dass die Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma im öffentlichen Gedenken, in Forschung und Bildungsarbeit wach gehalten und in den aufgeklärten Diskurs der Gesellschaft eingebunden bleibt.

Auf Hilfe angewiesen. Familie Kaufmann-Bühler

REINHARD RIESE

Familie Kaufmann-Bühler

„Wie bei den meisten in unserer Lage lösten sich im 3. Reich fast alle Bande von Freundschaft und Verkehr. Die kleinen Leute in Rohrbach freilich gaben einem noch die Hand. Durch die Kinder, wenn sie auch [von 1938 an] weder in die Volksschule noch in die höhere Schule durften, waren wir doch bis zu einem gewissen Grad einheimisch, und ganz abgesehen von der politischen Einstellung war doch fast überall ein Stück Mitgefühl und Sympathie vorhanden. Durch Pfarrer Maas konnten zwei Kinder [in England] untergebracht werden.“¹

So die Erinnerungen von Elisabeth Kaufmann-Bühler, geb. Schoenflies.

Am Schicksal dieser Heidelberger Familie soll folgenden Fragen nachgegangen werden: Wie reagierten die betroffenen Menschen selbst auf die rechtliche Diskriminierung und soziale Ausgrenzung? Wie verhielten sich die Mitmenschen im NS-Regime zu ihnen? Welche Hilfe wurde ihnen zuteil? Lassen sich Helfer-Netzwerke erkennen?



Elisabeth und Erich Kaufmann-Bühler mit den Söhnen Dieter (li.) und Ernst (re.) um 1930 (Foto: privat, Quelle: Archiv R. Riese)

1 Elisabeth Kaufmann-Bühler: Biographie von Dr. Erich Kaufmann-Bühler, MS [nach 1967], S. 3 (Archiv des Verf.).

Das Ehepaar Elisabeth und Erich Kaufmann-Bühler (1900–1991; bzw. 1899–1967) lebte seit ihrer Heirat 1925 in Rohrbach (Karlsruher Straße 56).² Sie hatten sich im Studium kennengelernt und waren beide promovierte Historiker. Ihnen wurden fünf Söhne geboren; die Mutter von Erich K.-B. wohnte mit im Haushalt. Nach dem Referendariat und einer Lehrtätigkeit in Südbaden unterrichtete K.-B. seit 1925 an Mannheimer und Heidelberger Gymnasien in den Fächern Geschichte, Deutsch und Französisch. Aufgrund der Sparpolitik der badischen Regierung wurde er trotz einer siebenjährigen erfolgreichen Dienstzeit nicht als Beamter auf Lebenszeit angestellt. Dies benutzte die NS-Kultusverwaltung dazu, ihn 1934 wegen seiner *nichtarischen* Abstammung aus dem Staatsdienst zu entlassen, obwohl er nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 als *Frontkämpfer* des Ersten Weltkrieges vor einer Entlassung geschützt gewesen wäre.

Den Kriterien der NS-Rassenlehre entsprechend war Elisabeth, die in ihrer Jugend zum protestantischen Glauben übergetreten war, *Volljüdin*; Erich galt als *Mischling* oder *Halbjude*. Da sie beide keinerlei Bindung an die jüdische Religion hatten und ihre Kinder christlich getauft waren, lebten sie dem NS-Jargon zufolge in einer *privilegierten Mischehe*, was ihnen einen gewissen Schutz bot. Auf die wachsende Diskriminierung und Ausgrenzung reagierten die Eheleute ganz unterschiedlich. Elisabeth zog sich aus Verachtung für das herrschende System immer stärker aus der Öffentlichkeit zurück und vermied engere Kontakte zu den Nachbarn in Rohrbach. Die wenigen Lebensmittel, die der Familie zustanden, kaufte sie am frühen Morgen ein, wenn ihr kaum jemand begegnete. So wies sie die damalige Schülerin Helga Hack (verh. Kayser) an, sie nicht so laut mit ihrem vollen Namen zu grüßen, um jedes Aufsehen zu vermeiden.³ Von 1940 an verließ sie die Wohnung kaum noch.

Ganz anders ihr Mann: Selbstbewusst, tatkräftig, lernbegierig und humorvoll trat er seinen Mitmenschen gegenüber und knüpfte Kontakte, aus denen sich manchmal Beschäftigungs- und kleine Verdienstmöglichkeiten ergaben. Den seelischen Ausgleich fand er in langen Waldspaziergängen, bei denen er Pilze und Beeren sammelte, um den häuslichen Speiseplan etwas aufzubessern. Ähnlich wie seine Frau äußert sich Erich K.-B. positiv über manche Mitmenschen.

„In Verbindung mit Gleichgesinnten aller Stände, besonders aber den sogenannten kleinen Leuten erfuhr ich auch in dieser harten Zeit, daß hier in Heidelberg aller Unterdrückung und allen Gefahren zum Trotz wahres Tatchristentum und ein freiheitliches Unabhängigkeitsgefühl sich zu behaupten vermochte.“⁴

2 Norbert Giovannini, Claudia Rink, Frank Moraw: *Erinnern – Bewahren – Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933–1945. Biographisches Lexikon mit Texten.* Hg. vom Förderkreis Begegnung, Heidelberg 2011, S. 212–214; Reinhard Riese: Erich Kaufmann-Bühler (1899–1967). Eine biographische Studie, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Jg. 16, 2012, S. 123–155.

3 Gespräch des Verf. mit Helga Kayser geb. Hack am 19.2.2018.

4 Erich Kaufmann-Bühler, in: *Die Spitzenkandidaten der Parteien in Heidelberg Stadt*, in: RNZ 29.6.1946, S. 4.

Von offen antisemitischem Verhalten berichten die Eltern nicht. Schlechte Erfahrungen machte dagegen ihr Sohn Dieter (geb. 1929) als Jugendlicher.

„Obgleich die meisten Leute in Rohrbach uns nicht anfeindeten, gab es nur sehr wenige, die halfen. Umgekehrt gab es auch unverschämte Antisemiten: In manchen Straßen wurde ich regelmäßig als Stinkjud oder ähnlich von anderen Kindern beschimpft, deren Eltern diesen dieses offensichtlich beigebracht hatten, manchmal auch körperlich angegriffen.“⁵

Seit der Entlassung des Vaters aus dem Schuldienst lebte die Familie in ständiger wirtschaftlicher Not; denn die geringe Pension reichte für den Lebensunterhalt bei Weitem nicht aus. Deshalb ließ sich Elisabeth K.-B. ihr Erbe vorzeitig auszahlen. Die Bindung an die evangelische Kirche und seine wissenschaftliche Qualifikation verschafften Erich K.-B. einen Zusatzverdienst: Im Juli 1936 übertrug ihm der Oberkirchenrat in Karlsruhe die Fertigstellung des „Badischen Pfarrerbuches“, eines biographischen Nachschlagewerkes. Auf Verlangen der Finanzabteilung des Oberkirchenrats, die als staatliche Behörde die Arbeit der Landeskirche im Sinne des NS-Staates steuerte und überwachte, musste diese Anstellung zum Jahreswechsel 1938/39 beendet werden.

Eine Beschäftigung in der Privatwirtschaft scheiterte am Einspruch des Arbeitsamtes und der Gestapo. Da sein Arbeitsbuch zeitweise geschlossen war, war eine reguläre Nebenbeschäftigung nicht möglich. In den Kriegsjahren verschärfte sich die Not der Familie noch dadurch, dass die Pension zunächst gekürzt und seit 1943 gar nicht mehr gezahlt wurde.

Wer bot Erich K.-B. trotz seiner Stigmatisierung durch die NS-Diktatur die Möglichkeit, etwas Geld für den Unterhalt der Familie zu verdienen?⁶ Allen Helfern gemeinsam war, dass sie den Nationalsozialismus genauso entschieden wie er selbst ablehnten. Da waren zunächst die Eltern, die ihm ihre Kinder zum Nachhilfeunterricht überließen, bzw. deren Kinder seit 1938 von öffentlichen Schulen ausgeschlossen waren. Außerdem hatte sich Erich K.-B. Kenntnisse in Lohnbuchhaltung und Steuerwesen angeeignet. So konnte er die Buchhaltung in kleineren Gewerbe- und Handwerksbetrieben übernehmen. Dazu gehörten in Neuenheim eine Metzgerei und die Elektro-Installationsfirma G. A. Bernock (Brückenstraße 29). In Rohrbach half er in der Elektro-Werkstatt von Franz Schmalz (St. Peter-Straße 2) gegenüber der eigenen Wohnung. Wie sein Sohn Werner (geb. 1936) berichtet, hörte er dort in den Kriegsjahren gemeinsam mit Schmalz heimlich den „Feindsender“ BBC. Dazu stieß das ehemalige KPD-Mitglied Johann Six (Fabrikstraße 16), LKW-Fahrer bei der Milchzentrale und entschiedener Gegner der Nazis – was die oben zitierte Aussage über die „Gleichgesinnten aller Stände“ anschaulich bestätigt. Der ehemalige Polizeikommissar August Metzger (Erbprinzenstraße 17), der wie Erich K.-B. zwangspensioniert worden war, besuchte als einer der ganz wenigen Menschen die Familie in ihrer Wohnung. Außerdem lud er Erich K.-B. in seinen Garten ein, den er in der Ho-

5 Dieter Kaufmann-Bühler: Brief an den Verf. vom 28.4.2011.

6 Riese (wie Anm. 2), S. 134f. mit Anm. 43–47.

hen Gasse gepachtet hatte. Für seine Mithilfe bei der Gartenarbeit wurde Erich K.-B. mit Obst und Gemüse „entlohnt“.

Aus dem Rohrbacher Bildungsbürgertum sind der Arzt Dr. Kurt Hack (1902–1962; Lindenweg 6) und Pfarrer Otto Däublin (1900–1975) hervorzuheben.⁷ Beide unterstützten die Familie Kaufmann-Bühler auf vielfältige Weise: durch Aufrechterhaltung der sozialen Kontakte, durch medizinische und finanzielle Hilfe und durch Lebensmittelspenden. So trugen sie in erheblichem Maße zum Überleben der Familie bis zum Kriegsende bei. Ihr Wirken als „stille Helfer“ wird in eigenen Texten gewürdigt.

So knüpfte Erich K.-B. in Rohrbach Beziehungen zu Menschen, die die NS-Diktatur entschieden ablehnten und der Familie in ihrer Notlage halfen. Ob man dabei von einem regelrechten Netzwerk sprechen kann, bleibt offen.

Nicht ganz so gut wie für den Stadtteil sind die Kontakte zu Helfern aus Heidelberg selbst belegt. Mehrfach rühmen die Eheleute Hermann Maas (1877–1970) für seine Unterstützung. Er ermöglichte es, dass zwei Söhne – Ernst (geb. 1927) und Rolf (geb. 1932) – im März 1939 in einem Kindertransport nach England geschickt wurden. Dort, wo die Eltern sie sicher geglaubt hatten, starb Ernst auf tragische Weise an einer Sepsis. Zeitweise wurde Elisabeth K.-B. von der Heidelberger Ärztin Dr. Marie Clauss (1882–1963) behandelt. Erich K.-B. hielt Kontakt zu dem Rechtsanwalt Dr. Arthur Strauß (1880–1955), der von der Nazi-Bürokratie als Vertrauensmann der verbliebenen jüdischen Bevölkerung in Heidelberg eingesetzt worden war.⁸

Als diesem im Februar 1945 die Deportationsliste mit dem Namen von Elisabeth K.-B. vorgelegt wurde, bat er die enge Mitarbeiterin von Maas, Dr. Marie Baum (1874–1964) darum, den schrecklichen Gestapo-Befehl der Familie persönlich zu überbringen.⁹ Denn trotz ihres schlechten Gesundheitszustandes und der Tatsache, dass sie einen acht Monate alten Säugling und ihren akut erkrankten Ehemann zu versorgen hatte, hatte sie der Amtsarzt Dr. Hufnagl für leichtere Arbeiten verwendungsfähig erklärt. Alle Bemühungen, Elisabeth K.-B. vor der Verschleppung zu bewahren, waren vergebens. „Die Rohheit der Auswahl“¹⁰ – so hat Marie Baum diese Willkürentscheidung später bitter beklagt. Glücklicherweise überlebte Elisabeth K.-B. das KZ Theresienstadt und kehrte gesundheitlich schwer geschädigt zu ihrer Familie nach Heidelberg zurück.

7 Vgl. die Beiträge des Verf. über Kurt Hack und Otto Däublin in diesem Band.

8 Vgl. dazu in diesem Band die Aufsätze von Markus Geiger über Hermann Maas, Renate Marzoff über Marie Clauss und Frank Engehausen über Arthur Strauß.

9 Frank Moraw: Heidelberg – Theresienstadt – Heidelberg. Zur letzten Deportation aus Heidelberg im Februar 1945, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Jg. 13, 2009, S. 91–122, hier S. 104f.

10 Marie Baum: Vergessene und Unvergessene aus der Stadt Heidelberg, in: Hermann Maas, Gustav Radbruch, Lambert Schneider (Hgg.): Den Unvergessenen. Opfer des Wahns 1933 bis 1945, Heidelberg 1952, S. 98–104, Zit. S. 100. Zu Marie Baum der Beitrag des Verf. in diesem Band.

„Eine grauenvolle Komödie, die gespielt werden musste.“ Die Kleingemünder Familie Lintz beherbergt das Ehepaar Bieberfeld und Helene Davidson

INGRID UND FRANK MORAW

Vom Widerstand der kleinen Leute ist im Untertitel eines Artikels die Rede, der am 13. Dezember 1993 in der Rhein-Neckar-Zeitung erschienen ist.¹ Erzählt wird darin die Geschichte einer Rettung: Drei in Berlin untergetauchte jüdische Menschen wurden 1943 von einer Neckargemünder Familie aufgenommen und so vor dem Holocaust gerettet. Erst auf Umwegen – durch eine Nachfrage der Berliner „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ an das Heidelberger Stadtarchiv – wurde man auf das Geschehene aufmerksam und konnte so rekonstruieren, wer diese nicht ganz selbstverständliche Hilfe geleistet und wem sie das Leben gerettet hatte.

Die „Entdeckung“ der bis dahin unbekannten stillen Helfer begann mit einem Artikel in einer israelischen Zeitung: „Er sah ziemlich jüdisch aus, der Berliner Anwalt B.“, so beginnt der Bericht von Dr. Ernst Warschauer, „etwas weniger seine Frau. Zusammen mit einer jüdischen Freundin, einer Witwe, lebte das Ehepaar noch in Deutschland, als Hitler den 2. Weltkrieg begann und der gelbe Stern von den Nazis eingeführt wurde, um die Juden zu kennzeichnen. Die drei hatten den Anschluss bei der Auswanderung verpasst.“²

Tatsächlich ist es so, dass zu diesem Zeitpunkt über die Hälfte der früheren jüdischen Bevölkerung ihre deutsche Heimat verlassen hatte, um der fortschreitenden Ausgrenzung, Entrechtung und Verfolgung zu entgehen. 1941 lebten noch 164.000 Juden in Deutschland, fast die Hälfte davon, 74.000 in Berlin. Die Flucht aus Deutschland („Emigration“ beschönigt diese erzwungene Ausreise) war nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 und dem Eintritt der USA in den Krieg im Dezember 1941 kaum noch möglich. Seit Oktober 1941 war es Juden ausdrücklich verboten, Deutschland zu verlassen. Gleichzeitig radikalisierte die nationalsozialistische Führung ihre Rassenpolitik: Seit September 1941 wurden Juden zu *Sternträgern*, wie sie sich oft selber nannten, gemacht und man bestritt den Verbliebenen jegliches Existenzrecht in Deutschland und ging dazu über, die „Judenfrage“ mit verbrecherischen Mitteln zu „lösen“.

1 Verfasser ist Frank Moraw, der im Jahr 2011 verstorben ist. Sein Artikel war die Grundlage für den vorliegenden Text.

2 Ernst Warschauer: Zweimal beerdigt. Eine wahre Begebenheit, in: Mitteilungen des Verbandes ehemaliger Breslauer und Schlesier in Israel e.V. 28, 1970. Barbara Schieb-Samizadeh, Mitarbeiterin an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, hatte den Artikel an das Heidelberger Stadtarchiv geschickt.

Nachdem schon im Oktober 1940 die badischen und saarpfälzischen Juden nach Südfrankreich deportiert worden waren, folgten seit Oktober 1941 die Massendeportationen aus Berlin nach Osten; jetzt sahen sich die noch verbliebenen deutschen Juden in einer verzweifelten Situation. Vielen schien nur noch der Suizid ein Ausweg, gleichsam als letzter Akt der Selbstbestimmung, aber auch als Akt höchster Verzweiflung. Andere versuchten die Flucht in die Illegalität, sie versuchten sich innerhalb Deutschlands zu verstecken. „Es bedeutete“, so schreibt Ernst Warschauer, „mit falschem Namen und falschen Ausweispapieren als Nichtjuden zu leben. Nur ein geringer Teil des Restes der deutschen Juden hatte die Kraft, eine so gefährliche und nervenzerrüttende Existenz zu riskieren. B., seine Frau und die Freundin waren darunter.“

Wahrscheinlich haben insgesamt zwischen 10.000 und 15.000 Juden diesen Weg in die Illegalität gewählt, davon ungefähr 7.000 in Berlin. Es wird geschätzt, dass dort ungefähr 2.000 im Untergrund überlebt haben.³ Auch die Geschichte der in Neckargemünd Geretteten beginnt in Berlin. Warschauer schreibt:

„Es war gegen 1942 und die drei waren noch in Berlin, als der erste verheerende Luftangriff auf die Hauptstadt stattfand. Sie lebten als Juden mit dem gelben Stern und erlitten alle Erniedrigungen und Entbehrungen, die sich die Nazis ausgedacht hatten, um sie zu quälen. Sie hatten sich entschlossen, unter Grund zu gehen, aber sie zögerten noch immer, gefälschte Dokumente auf dem schwarzen Markt für entsetzlich viel Geld und unter großer Gefahr zu kaufen.

Der Luftangriff war vorüber. Hunderte Häuser standen in Flammen oder waren zusammengestürzt. Tausend Menschen irrten obdachlos in den Straßen herum. Die allgemeine Verwirrung war unbeschreiblich. Um den Opfern erste Hilfe zu gewähren, hatten die Nazis in der ganzen Stadt Wohlfahrtsämter für erste Hilfe in der Not errichtet. Das war der Moment, als Frau B. die glänzende Idee hatte, die sie sofort in die Tat umsetzte. Da sie von allen dreien am wenigsten jüdisch aussah, entschloss sie sich, die Rolle eines nichtjüdischen Opfers des Luftangriffs zu spielen, einer Frau, die eben ihre Wohnung durch den Luftangriff verloren hätte. Sie rannte zu dem nächstgelegenen Wohlfahrtsamt für diese Opfer und überschüttete weinend und schluchzend die Beamten mit jammervollen Klagen. [...] Die Nazis beeilten sich, die Frau zu beruhigen und ihr zu helfen. Sie gaben ihr etwas Geld für die ersten, allerdringendsten Ausgaben, dann eine Zuweisung für freie Mahlzeiten in öffentlichen Notstandsküchen, sie gaben ihr Lebensmittellkarten und – das Wichtigste war: eine wunderschöne Garnitur von Ausweisen, wie sie an Opfer von Luftangriffen ausgegeben wurden und die einem Pass an Wert zum Ausweis gleichkamen.“

Frau Bieberfeld, so lautet der wirkliche Name des Ehepaares, gab als Adresse eine zerstörte Pension am Prager Platz in Berlin-Wilmersdorf an, während sie in Wirklichkeit in Berlin-Schöneberg, Ebersstraße 81 gewohnt hatten.⁴ Die neuen Namen, die sie sich gaben, sollten auf keinen Fall jüdisch klingen, eher typisch

3 Siehe hierzu Beate Kosmala: Verbotene Hilfe. Rettung für Juden in Deutschland 1941–1945 (Gesprächskreis Geschichte, Heft 56), Bonn 2004 und den Beitrag von Beate Kosmala in diesem Band.

4 Zuletzt hatten sie in der Martin-Luther-Str. 95 in Berlin-Schönefeld gewohnt, einem sogenannten Judenhaus. Mitteilung von Barbara Schieb.

deutsch im damaligen Verständnis. Aus Dr. Siegfried und Johanna Bieberfeld wurden Wilhelm und Johanna Biebinger, die Freundin, Helene Davidson, hieß jetzt Helene Dalchow. Das ist der Neckargemünder Einwohnermeldekartei zu entnehmen. Das Meldedatum – 29. September 1943 – lässt den Schluss zu, dass die drei mit ihren gefälschten Dokumenten gleich nach dem schweren Luftangriff vom 23. August 1943 die Stadt Berlin verließen. Dass sie Zuflucht suchten im deutschen Südwesten, hängt wohl damit zusammen, dass Frau Bieberfeld in Mannheim geboren war und sich vermutlich in dieser Gegend etwas auskannte.

„Es war wieder Frau B.“, so heißt es im Zeitungsartikel weiter, „die sich als der gute Geist der Familie bewährte. Sie fuhr nach Süddeutschland und fand eine nette, kleine Wohnung in Neckargemünd, nahe bei Heidelberg. Sie konnte keine bessere Wahl getroffen haben, denn Heidelberg war eine der wenigen wichtigen Städte Deutschlands, die während des ganzen Krieges nicht bombardiert wurden.“

Von den Helfern, die den drei Ausgebombten Unterkunft gewährten, weiß der Autor des Textes nur, dass es sich um einen „kleinen Eisenbahnbeamten“ und seine Familienangehörigen handelte. Auch hier gibt die Neckargemünder Meldekartei den entscheidenden Hinweis: Es war die Familie Lintz, die in der Bergstraße 8 in Kleingemünd⁵ wohnte.

Als dieser Artikel 1993 für die Rhein-Neckar-Zeitung geschrieben wurde, lebte noch die 82-jährige Tochter Liesel Lintz, verwitwete Kress, und konnte als



Johanna Bieberfeld und Luise Lintz (re.) (Foto: aus Familienalbum Lintz, Quelle: Moraw)

Zeitzeugin Auskunft geben. Sie erinnerte sich lebhaft an die drei Mieter. Fotos von ihnen finden sich im Familienalbum.

Frau Bieberfeld habe ihre Mutter auf der Landstraße angesprochen und nach einer Wohnung gesucht, erzählt Liesel Kress. Und da ihr Ehemann zum Kriegsdienst eingezogen war, habe man zusammenrücken und die drei aufnehmen können. Mit der Zeit sei man fast familiär miteinander umgegangen. Bei Bombenalarm habe man zunächst in Waldlöchern gemeinsam Schutz gesucht, später im Keller

5 Kleingemünd ist seit 1907 ein am rechten Neckarufer gelegener Stadtteil der Gemeinde Neckargemünd, ca. 10 km von Heidelberg entfernt.

der Schule. Frau Davidson habe als Übersetzerin für Englisch in Neckargemünd Arbeit gefunden; Herr Bieberfeld, promovierter Jurist und in Berlin Syndikus in einer Speditionsfirma, habe wohl auf Ersparnisse zurückgreifen können, seine Frau habe durch Stricken etwas hinzuverdient. Das Elternhaus in der Bergstraße, wo man gemeinsam fast zwei Jahre verbrachte, gibt es allerdings nicht mehr, es wurde 1970 beim Ausbau der Durchgangsstraße abgerissen. Bis zur Befreiung durch die Amerikaner sei das Thema Judentum von beiden Seiten nicht angesprochen worden. Man kann annehmen, dass beide Seiten wussten, welche Gefahr ihnen allen bei Aufdeckung der wahren Identität der Mieter drohte. Seit Oktober 1941 galt Kontaktaufnahme zu Juden ausdrücklich als strafbare Handlung, die mit Schutzhaft oder KZ geahndet wurde.⁶



Beim Spaziergang zur Rainbach: (hintere Reihe von li.) Liesel Kress, Helene Davidson, Johanna Bieberfeld, Luise Lintz; in der vorderen Reihe (mit grauen Haaren) Siegfried Bieberfeld) (Foto: aus Familienalbum Lintz, Quelle: Moraw)

Zu einer Aufdeckung der wahren Identität kam es nicht, aber es entstand eine gefährliche Situation, als Herr Bieberfeld krank wurde. Ernst Warschauer schreibt:

„Dort [in Kleingemünd] verlebte das Ehepaar mit der Freundin ein verhältnismäßig friedliches Jahr. Dann wurde Herr B. krank. Da sich die Krankheit verschlimmerte, mussten sie einen Heidelberger Arzt zuziehen und der sollte nicht bloß ein guter Arzt sein, sondern möglichst auch ein heimlicher Antinazi, der sie alle nicht verraten würde, wenn er hinter ihr Geheimnis kam. Sie hatten das große Glück, dass ihnen schließlich eine Ärztin empfohlen wurde, die genau der richtige Mensch für solch ei-

6 Dazu Beate Kosmala: Stille Helden, www.beate-kosmala.de.

nen Fall war. Sie war die Enkelin des berühmten Philosophieprofessors Kuno Fischer von der Universität Heidelberg, dessen umfassendes Lebenswerk – eine Geschichte der Philosophie in neun Bänden – noch heute unvergessen ist. Es ist wohl nicht verwunderlich, dass die Enkelin dieses eminenten Denkers kein Verständnis aufbringen konnte für die verrückten, unverdaulichen und unwissenschaftlichen Nazidoktrinen. Sie stellte fest, dass B. Krebs hatte.

Obwohl sie seiner Frau nicht die volle Wahrheit über den Zustand ihres Mannes mitteilte, beruhigte sie sie insoweit, dass sie ihn in ein Krankenhaus bringen würde, wo man ihn nichts über seine Abstammung oder Glauben fragen würde. Das aber war zunächst alles, was die armen Menschen verlangen konnten.

Eine Operation war unvermeidlich und wurde vorgenommen. Der Patient wurde vorzüglich behandelt und nichts unterblieb, was ihm sein Leiden erleichtern konnte. Es kam niemals heraus, ob die Ärztin oder die Krankenschwestern die Verstellung entdeckt haben; jedenfalls bekam weder er noch die Familie etwas davon zu wissen. Zehn Tage nach der Operation starb er.“

Die im Text als Enkelin des Philosophen Kuno Fischer vorgestellte Ärztin ist Dr. Marie Clauss, die Frau, die in Heidelberg trotz Verbot unerschrocken jüdische Patienten betreute. Ihr hatte sich das Ehepaar Bieberfeld im Jahre 1944 anvertraut und sie sorgte allem Anschein nach dafür, dass man in der (damals Neuen) Chirurgischen Klinik in Neuenheim keine verfänglichen Fragen stellte. Auch deutet die Formulierung „dass ihnen schließlich eine Ärztin empfohlen wurde, die genau der richtige Mensch für einen solchen Fall war“, dass einige zumindest ahnten, wie heikel der Fall war.

Marie Clauss ist neben Pfarrer Maas wohl diejenige, die unbedingt zu nennen ist, wenn von Hilfsaktionen für die Verfolgten des NS-Regimes in Heidelberg die Rede ist. Sie hat trotz Verbot jüdische Patienten behandelt, sie hatte einen Freundeskreis, dem Juden angehörten; „im Geiste wahrer Humanitas“

habe sie gehandelt, so heißt es im Nachruf im Heidelberger Tageblatt. Aber natürlich brauchte sie auch Unterstützer, ein Netzwerk. Erst so ist vorstellbar, wie die Behandlung des kranken Siegfried Bieberfeld durchgeführt werden konnte.⁷



Wohnhaus der Familie Lintz in Kleingemünd, Bergstraße 8. Im Obergeschoss rechts fanden das Ehepaar Bieberfeld und Frau Davidson seit 1943 Unterkunft. (Foto: aus Familienalbum Lintz, Quelle: Moraw)

⁷ Zu Marie Clauss siehe den Artikel von Renate Marzollff, zu Hermann Maas den Beitrag von Markus Geiger in diesem Band.

Der Tod des Siegfried Bieberfeld im Oktober 1944 ist noch nicht das Ende der Geschichte um die Berliner Untergetauchten.

„Nicht mal der Tod machte ein Ende mit der grauenvollen Komödie, die gespielt werden musste, um den jüdischen Ursprung dieser Leute zu verbergen. Die Komödie musste weitergehen über die heilige Schwelle des Todes hinaus. Ein evangelischer Pastor wurde verpflichtet, bei der Beerdigung zu amtieren. Der Mann wurde auf dem evangelischen Friedhof beigesetzt, obwohl er sein ganzes Leben ein glaubenstreuer Jude gewesen war. Er hatte kurz vor seinem Tode seine Frau angefleht, sie solle dafür sorgen, dass kein Kreuz auf seinem Grabe errichtet würde. Ein sonderbares, freundliches Geschick brachte es zuwege, dass dieser Wunsch in Erfüllung ging. Die Witwe musste weiter bis zum Schluss die Christin spielen und ein hölzernes Kreuz bestellen. Damals gab es kaum Grabsteine mehr in Deutschland und man ersetzte sie durch Holzkreuze. Es war wie ein Wunder, das bestellte Kreuz wurde nicht geliefert und aufgestellt, die Witwe kümmerte sich natürlich nicht darum und bald umgab ein Wald von Holzkreuzen das Grab des Juden, das ohne dieses Symbol verblieb.“

Im Gräberbuch des Bergfriedhofes findet sich neben dem genauen Sterbedatum, dem 9. Oktober 1944, des Dr. Siegfried Biebinger bzw. Bieberfeld folgende Zusatzbemerkung: „Ausgebettet am 11.12.1945. Leichenfeld XX 1/10 (des Bergfriedhofes) und auf dem Israel. Friedhof daselbst eingebettet.“



Grabstein auf dem Jüdischen Friedhof beim Bergfriedhof
(Foto: Frank Moraw)

Die beiden Frauen blieben auch nach Kriegsende zusammen, sie zogen im Juli 1945 gemeinsam nach Mosbach.

Die drei Untergetauchten aus Berlin hatten ihre Rettung in erster Linie der eigenen Entschlossenheit zu verdanken, das Chaos in der Stadt während und nach dem Bombenangriff konsequent zum Wechsel ihrer Identität und zur Legalisierung der neuen Identität mit allen dafür erforderlichen Papieren zu nutzen. Besonders Frau Bieber-

feld scheint einfallsreich und zupackend die Chance ergriffen zu haben.⁸ Dadurch konnten sich die drei den häufigen, risikoreichen und zermürbenden Wechsel der Quartiere und die Suche danach ersparen.⁹ In Kleingemünd fanden

8 In ähnlicher Weise nutzten Victor Klemperer und seine Frau Eva das Chaos der Luftangriffe vom Februar 1945 um aus Dresden zu fliehen. Victor Klemperer: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1942–1945, Berlin 1995, S. 675ff.

9 Beispiele für solches Überleben im Berliner Untergrund finden sich bei Inge Deutschkron: Ich trug den gelben Stern, München 1992, und Hans Rosenthal: Zwei Leben in Deutschland, Bergisch Gladbach 1980.

sie fast zwei Jahre eine verhältnismäßig sichere Existenz und die beiden Frauen konnten so das Ende des Krieges, das Ende der grauenhaften, aber notwendigen Komödie und den Beginn ihrer Freiheit erleben.

Aber ohne die stillen Helfer, ohne die Familie Lintz, wäre die Rettung der drei Verfolgten trotz ihres eigenen mutigen Verhaltens nicht gelungen. Es bleibt die Frage nach den Motiven der Helfer. Als Widerstand gegen das NS-Regime hätten die Helfer aus Neckargemünd ihr eigenes Verhalten sicher nicht bezeichnet. Das ist die Interpretation und Zuordnung eines Historikers. Politische Motive sind allem Anschein nach auszuschließen. Dass die Gestapo sich glücklicherweise nie für die Berliner Mieter interessierte, mag auch daran gelegen haben, dass die Familie Lintz als unpolitisch galt. Die Neckargemünder Helfer hätten ihr Handeln wahrscheinlich „nur“ als anständig, als der Situation angemessen, vielleicht sogar als normal bezeichnet. Wir wissen aber, dass ein solches Verhalten nicht selbstverständlich war, sondern dass es bemerkenswert mutig war und von einer Haltung zeugt, die eher selten vorkam. Umso erfreulicher ist es, dass die Geschichte von den drei Berliner Juden bzw. Jüdinnen und ihrem Überleben nach dem Umweg über Israel auch hier erzählt werden kann und die Familie Lintz eine späte Würdigung erfährt.



Liesl Kress, geb. Lintz, Tochter von Luise Lintz (Foto: aus Familienalbum Lintz, Quelle: Moraw)

Frieda und Matthias Müller beherbergen die Familie Herzberg aus Mannheim

Doris Perlsteins Bericht über zwei „Gerechte unter den Völkern“ aus Ziegelhausen

NORBERT GIOVANNINI

Im Mai 1996 übergab der Heidelberger Jurist Ulrich Meister dem evangelischen Stadtpfarrer Werner Keller ein Manuskript der 1929 geborenen Doris Perlstein, die in Mannheim mit ihren Eltern, dem Ehepaar Herzberg, und ihren Geschwistern aufgewachsen war. Doris Perlstein schildert eindringlich die Lebenssituation der Familie nach der *Arisierung* des Betriebs. Im Zentrum ihres knappen Berichts steht die Flucht der Familie mithilfe eines ehemaligen Angestellten, zunächst in den Mannheimer Vorort Schönau und von dort nach Ziegelhausen bei Heidelberg, wo die Herzbergs von Frieda Müller aufgenommen wurden. Frieda Müller hatte jahrelang für die Herzbergs als Wäscherin gearbeitet. Sie beherbergte die „Flüchtlinge“ bis zum Kriegsende.¹

Karl Herzberg (1884–1970) betrieb mit seiner zum Judentum konvertierten Ehefrau in Mannheim seit 1903 ein Textilgeschäft in der Mittelstraße 16 im Stadtteil Neckarstadt-West mit einer Filiale in der nahe gelegenen Schimperstraße in Neckarstadt-Ost.

Das Ehepaar hatte zwei Töchter, Doris und Ilse, und einen Sohn Alexander, die nach den Nürnberger Gesetzen als *Geltungsjuden*² betrachtet wurden. Der Sohn war 1938 von Italien aus nach Großbritannien geflüchtet. Im Novemberpogrom 1938 war die Wohnung der Herzbergs verwüstet worden. Sie „hausten“ danach unter unsäglichen Bedingungen.

„Wir lebten schon lange vor unserem Untertauchen in einem nahezu abgebrannten Haus, in dem nur noch unten einige halbzerstörte Räume existierten, die feucht und schimmelig waren. In den Decken waren große Löcher, durch die man den Himmel sah, der nicht oft blau war, es war ja Winter, häufiger regnete und schneite es. So viele Bütteln besaßen wir gar nicht, um alle Nässe aufzufangen. Daher hatte ich schon lange eine Bronchitis, die nun zu der Lungenentzündung führte.“ (S. 2f.)

Nach der Ankündigung der Februardeportation nach Theresienstadt im Januar 1945, von der auch Herzberg und seine Töchter erfasst werden sollten, vermittelte ein ehemaliger Geschäftspartner, Wilhelm Burger, im Mannheimer Stadtteil Schönau eine Unterkunft bei Gertrud Hammer und ihrem Vater Georg. „Nur

1 Der Bericht von Doris Perlstein, geb. Herzberg, ist einsehbar im Landeskirchlichen Archiv Karlsruhe im Bestand Hermann-Maas-Archiv Sign. 81 1925–1990.

2 Als *Geltungsjuden*, einem umgangssprachlich gebrauchten Begriff, wurden Juden bezeichnet, die nach der Definition der Nürnberger Gesetze eigentlich *Mischlinge* waren, aber als *Volljuden* galten, wenn sie im jüdischen Glauben erzogen worden waren.

für einige Tage“, hatte Burger den Hammers versprochen, müssten sie die vierköpfige Familie unterbringen. Frau Herzberg bestand darauf, mit ihrem Mann und ihren Töchtern zusammen unterzutauen. Die Situation gestaltete sich jedoch von Anfang an dramatisch.

„Meine Eltern gingen schon zwei Abende vor unserem Abtransport zu dem Siedlungshaus der Familie H. Es hätte schon da zu einer Katastrophe kommen können, denn meine Eltern fanden in der Dunkelheit nicht das Haus der H's. Nach einer Weile entdeckten sie es, weil die Tochter H. beunruhigt vor das Haus getreten war, um zu sehen, wo meine Eltern blieben. Meine Schwester und ich machten uns am nächsten Tag auf den Weg, blieben längere Zeit im Wald bis es ganz dunkel war und kamen dann zu den H's.“ (S. 2)

Die Lungenentzündung der Tochter Doris verschärfte die Situation der geflüchteten Familie und ihrer Helfer. Das Siedlungshaus war eine hellhörige Haushälfte; die Nachbarn erkundigten sich bald misstrauisch nach den ungewöhnlichen Geräuschen im Haus der Hammers. Tagsüber lag die fiebernde Doris unter einer Decke, damit ihr Husten nicht zu hören war. Dann kam der verheiratete Sohn von Gertrud Hammer zum Fronturlaub und durfte von



Das Textilgeschäft Herzberg in der Mittelstraße 16, Ecke Waldhofstraße in Mannheim.



Die Filiale des Textilgeschäfts Herzberg in der Schimperstraße in Mannheim.



Die Belegschaft des Textilgeschäfts Herzberg in der Schimperstraße in Mannheim. (Alle Fotos: Marchivum Mannheim 00782 001-003)

den Untergebrachten nichts wissen. Tag und Nacht war Mannheim überdies das Ziel von Fliegerangriffen. Die Hammers gingen in den Bunker, die Herzbergs mussten im Haus ausharren. Niemand glaubte, dass die Sechzehnjährige ohne Medikamente überleben würde.

„Vater H. und Tochter beratschlagten, was mit der ‚Kleinen‘, so nannten sie mich, geschehen sollte, falls ich starb. Da es keine andere Möglichkeit gab, sollte ich in ihrem Garten einen vorläufigen Platz finden. Dies musste bei Nacht geschehen, wo fast alle Leute im Bunker saßen. Es war ein Glück, dass diese traurige Maßnahme nicht erforderlich wurde. Denn es kam der 9. Tag der Lungenentzündung (früher der Tag der Krise, ob man starb oder überlebte). Mein Fieber ging herunter und es ging mir besser. Ich hatte also überlebt.“ (S. 3)

Die Familie beschloss, mit Unterstützung ihres Helfers Burger das Quartier zu wechseln, weil der Aufenthalt in Mannheim zunehmend schwierig wurde. Burger überzeugte die frühere Waschfrau der Herzbergs, die „oben auf dem Berg in Ziegelhausen“ wohnende Frieda Müller, deren Mann zum Volkssturm eingezogen und deren Söhne im Militärdienst waren, die Herzbergs aufzunehmen.

Die gute Frau brachte es nicht übers Herz, Nein zu sagen. Ganz klar war ihr sicher nicht, welche Gefahr dies für sie und ihre Angehörigen bedeutete. Sie sei eine „gute und wirklich gläubige Frau“ gewesen, die selbstlos ein großes Risiko einging, erinnert sich Doris Perlstein. Auf dem Speicher befand sich ein kleiner Raum, in dem die Herzbergs nun eine Bleibe fanden. Wilhelm Burger hatte die Flüchtlinge zu Fuß nach Ziegelhausen gebracht. Sie mussten einzeln gehen, um nicht aufzufallen. Soldaten fuhren im Lastwagen vorbei und boten den beiden Mädchen an, sie mitzunehmen.

„Die Soldaten sahen wohl, wie müde wir uns dahinschleppten, ich war ja zuvor schwerkrank gewesen. Was wir zu den Soldaten sagten, warum wir nicht mitfahren konnten, weiß ich nicht mehr. Es fällt mir jetzt erst auf, wie grotesk die Situation gewesen wäre, wenn deutsche Soldaten Juden zu ihrem Versteck gefahren hätten!“ (S. 4).

Die Unterbringungssituation war in jeder Hinsicht schwierig. Im Haus waren auch Angehörige der Organisation Todt untergebracht, einer paramilitärischen Organisation, die Festungsanlagen, Luftschutzbunker und andere kriegswichtige Bauvorhaben zu bauen hatte. In den letzten Kriegsjahren erfolgte dies mehr und mehr unter Einsatz von Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und zur Zwangsarbeit verpflichteten *Halbjuden*. Die Geflüchteten mussten außerdem vor den im Haus lebenden Kindern versteckt werden. Offenbar aber waren die ebenfalls dort wohnende Mutter von Frieda Müller und ihre beiden Schwestern eingeweiht. Die Ernährungslage war äußerst schwierig, denn für die Herzbergs standen keine Lebensmittelmarken zur Verfügung.

Eine Bekannte der Eltern, Frau Hall, hörte Auslandssender und versorgte die Geflüchteten mit Information über das Vorrücken der Amerikaner. Ein Bekannter der Schwester Ilse vermittelte dieser eine Stelle bei einer Bäuerin in einem Dorf zwischen Heidelberg und Karlsruhe.

„Meine Schwester sagte, dass sie von Danzig stamme und dass sie Ilse Berger hieß. Sie hätte keine Papiere mehr, weil Tiefflieger die Züge beschossen und alles verloren ging. Auch habe sie keine Angehörigen mehr und wollte später nach Mannheim zu Verwandten. Der Bäuerin war es recht, dass sie eine Arbeitskraft für die Felder bekam und nahm Ilse auf.“ (S. 5)

Ein anderer Bekannter wollte Doris eine Unterkunft und ein Versteck in einem katholischen Schwesternheim vermitteln. Aber Doris entschied, bei den Eltern zu bleiben.

Vater Herzberg machte sich an einem der letzten Kriegstage bei Dunkelheit auf den Weg nach Heidelberg und fand dort einige Tage später eine vorübergehende Bleibe.

„Dort waren tausende von Flüchtlingen unterwegs, viele Frauen, Kinder und alte Menschen. Mein Vater war schon über 60 Jahre und er lief mit den anderen mit (natürlich hatte er seinen Ausweis, der mit einem J^e versehen und Israel als Vornamen eingetragen war, nicht dabei). Er hatte etwas Brot bei sich und schlief wie die anderen im Freien.“ (S. 6)

In Ziegelhausen lebten Doris und ihre Mutter „ungeschützt unter dem Dach“. Die Hausbewohner hielten sich angesichts der Fliegerangriffe „fast ständig im Keller“ auf. Doris erinnerte sich, wie sie die Nerven verlor und versuchte, über eine Holzleiter nach unten zu klettern, um in die Waschküche zu gelangen. „Meine Mutter stand oben und sah, wie um mich herum die Granaten einschlugen. Die Soldaten schossen auf alles, was sich bewegte, aber mich trafen sie nicht.“

In eindrücklichen Worten schildert Doris Perlstein die Situation der Befreiung.

„Die Zeit verging und es kam der 1. April 1945. Die Hausbewohner saßen im Keller und wir waren wie immer auf dem Speicher. Es wurde plötzlich so still draußen. Dann hörten wir ein dumpfes Rollen und Grollen, das nicht aufhörte. Ich sah meine Mutter an und eilte an das winzige Fensterchen, um zu sehen, was da war. Dann sahen wir es, auf der Hauptstraße³ fuhren Panzer ohne Ende und Soldaten in fremden Uniformen. Zuerst begriffen wir nicht, was das bedeutete. Ich dachte, vielleicht träume ich den Traum, den wir jahrelang geträumt hatten, dass wir gerettet wurden, bevor uns die Nazis umgebracht hatten. Da sah ich, dass meiner Mutter die Tränen herunterliefen. Jetzt wurde mir schlagartig klar, dass unsere Retter gekommen waren. Wir brachten zuerst kein Wort heraus, bis ich rief: ‚Mutti, die Amerikaner sind endlich da‘. Wir weinten und weinten, fielen uns um den Hals. Lachen konnten wir nicht, denn zu viel war geschehen, wir wussten auch nicht, ob mein Vater und Ilse überlebt hatten. Später kam Frau Müller rauf, auch sie weinte vor Erleichterung wegen uns.“ (S. 6)

Zwei Tage später meldeten sich Mutter und Tochter bei der amerikanischen Kommandantur in Wilhelmsfeld, wo ihnen eine Schlafstelle bei einem Schriesheimer Totengräber vermittelt wurde. Vorübergehend zogen sie erneut zu Frau Müller nach Ziegelhausen, wo sich Doris auch weiter aufhalten konnte, während die Mutter nach Mannheim lief, um dort nach einer Unterkunft zu suchen. Erst Ende Mai 1945 war die Familie wieder in Mannheim zusammen. Der Bruder hat-

3 Gemeint ist die Hauptstraße der damals selbständigen Gemeinde Ziegelhausen.



Frieda Müller aus Ziegelhausen nach dem Zweiten Weltkrieg (Foto aus Schadt, Caroli: Mannheim im Zweiten Weltkrieg, S. 70)

te sich als Dolmetscher bei der amerikanischen Armee gemeldet und erfahren, dass seine Familie überlebt hatte und wieder in Mannheim wohnte.

„Die Wunden und Narben aber, die uns durch die Nationalsozialisten zugefügt wurden, haben nie aufgehört zu schmerzen. Ebenso wenig wie die Trauer in uns über die Millionen Ermordeter, unter denen auch Verwandte und viele Freunde von uns waren.“ (S. 7)

Am 26. Oktober 1978 wurden Georg und Gertrud Hammer aus Mannheim-Schönau, Wilhelm Burger aus Mannheim sowie Frieda und Matthias Müller aus Ziegelhausen von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt.⁴ Von Frieda Müller existiert ein Foto aus der Nachkriegszeit.⁵ Recherchen ergaben bislang keine eindeutige Zuordnung von Frieda und Matthias Müller unter den damals in Ziegelhausen wohnenden Personen dieses Namens.⁶

-
- 4 Daniel Fraenkel, Jakob Borut (Hgg.): Lexikon der Gerechten unter den Völkern. Deutsche und Österreicher, Göttingen 2005, S. 137–138; für Hinweise auf Familie Müller und Herzberg danke ich Beate Kosmala (Berlin), die uns auch eine Kopie des Berichts von Doris Perlstein, der Tochter der Herzbergs, überlassen hat; StAH, Gemeinde Ziegelhausen VA 9 Fasz. 55 Handel- und Gewerbesachen, 2. Gewerbebetriebe.
 - 5 Enthalten in Jörg Schadt, Michael Caroli (Hgg.): Mannheim im Zweiten Weltkrieg, Mannheim 1993, S. 70.
 - 6 Viele Ziegelhäuser lebten von der Wäscherei für ihre Mannheimer und Heidelberger Kundschaft. 1939 zählte die Gemeinde „rund 250 große und kleine Wäschereien“. Mindestens vier davon trugen den Namen Müller. In Frage käme die Wäscherei Ferdinand Müller im Friedhofsweg 8 oder die Wäscherei Hermann Müller in der Peterstaler Straße 28. Ein Bauhilfsarbeiter Matthias Müller ist im Rainweg 24 verzeichnet; dies ist die wahrscheinlichste Adresse, da sie in Waldnähe liegt (heute Oberer Rainweg). Einwohnerverzeichnis Ziegelhausen 1940, S. 381 (<https://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/AdressbuchHD1940/0431/image>, eingesehen am 6.4.2019). Von Gertrud Hammer ist im Archivum in Mannheim ein Foto von der Verleihung der Auszeichnung „Gerechte unter den Völkern“ in Mannheim vorhanden, ebenso Fotos von Karl Herzbergs Wirken in der jüdischen Gemeinde und von der Hochzeit von Doris Perlstein.

Brandstifters Biedermann. Die große Erzählung vom guten Menschen Wilhelm Bender bei der Gestapo Heidelberg

NORBERT GIOVANNINI

Prolog. Selbstsicht

Er habe im Wesentlichen Innendienst gemacht, das Tagebuch der Behörde geführt, die Kartei, die Registratur, die Personalsachen bearbeitet, dann das Rechnungs- und Wirtschaftswesen seiner Behörde erledigt und die Gesetze- und Verordnungsblätter verwaltet.

„Dabei nahm ich mir immer zur Richtschnur, die Gebote der Menschlichkeit, des Rechts und der Sitte einzuhalten.“

„[...] dass die Stimme meines Herzens nicht zuletzt durch die von mir erkannten rigorosen, brutalen und machtherrlichen Methoden kleiner und großer führenden Persönlichkeiten des Nationalsozialismus revolutionär antifaschistisch beeinflusst war.“

Er habe „fortgesetzt Opfer und Gegner des Nationalsozialismus gefördert und geholfen“ und dazu auch in Fällen entschieden zu helfen, die außerhalb seiner Aufgaben lagen. Zunächst amtlich zuständig für die Kirchen und die Juden, hielt er nach eigenem Bekunden bis zum Kriegsende ein wachsames und hilfreiches Auge auf die Verfolgten.

„... und ich glaube ohne Überheblichkeit sagen zu können, dass sich auch nicht ein einziger Geistlicher oder Jude in der Tat über mich beklagen wird oder sagen kann, er sei von mir unmenschlich oder unwürdig behandelt worden.“¹

Urteilsbemühungen

Die Urteile über Wilhelm Bender sind schroff und fundamental gegensätzlich. In der Studie von Michael Stolle zur badischen Gestapo wird er als einer der brutalsten Gestapobeamten des Landes bezeichnet.² Während der Internierungshaft wurde er im ersten Spruchkammerverfahren im November 1947 in die Gruppe der Minderbelasteten eingestuft. Er hatte zahlreiche Fürsprecher, die seine Hilfs-

1 Wilhelm Bender, zunächst bei der Schutz-, dann bei der Kriminalpolizei, war von 1933 bis 1945 bei der Heidelberger Gestapo, von 1942 bis 1945 deren stellvertretender Leiter. Dieser Beitrag wertet die (nichtpaginierte) Spruchkammerakte des Heidelberger Gestapobeamten Wilhelm Bender aus. Wilhelm-Bender. GLA 465f Nr. 1757. Ich beschränke mich auf die nötigsten Anmerkungen.

2 Michael Stolle: Die Geheime Staatspolizei in Baden. Personal, Organisation, Wirkung und Nachwirken einer regionalen Verfolgungsbehörde im Dritten Reich. Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 6. Herausgegeben von der Forschungsstelle „Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten“ der Universität Karlsruhe, Konstanz 2001, hier S. 328.

bereitschaft für Oppositionelle und Juden bezeugten.³ Der erste Spruchkammerbeschluss wurde öffentlich als provozierendes Fehlurteil über einen leitenden Gestapobeamten bezeichnet. Das Ministerium für politische Befreiung in Württemberg-Baden hob das Urteil auf und verband dies mit unmissverständlicher Kritik an der Spruchkammer des Ludwigsburger Internierungslagers.⁴

Tatsächlich wurde Bender bei der Neuverhandlung im Juli 1948 dann als Belasteter eingestuft, einer der seltenen Fälle, in denen eine erste Spruchkammerentscheidung verschärft und nicht abgemildert wurde. Er habe „sich als Gestapomann besonders gehässig benommen“, konstatierte die Kammer.⁵

Es folgten nun jahrelang aufwändige Verfahren, die durch Revisionsanträge Benders veranlasst waren. Bender und sein Anwalt mobilisierten eine Schwadron von Aussagen zu seinen Gunsten. Unter ihnen waren prominente und integre Persönlichkeiten aus Heidelberg, wie Pfarrer Maas und Sally Goldscheider, der letzte Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, und das Ehepaar Albert und Elise Hirsch. Ihnen konnte man nicht unterstellen, dass sie leichtfertig *Persilscheine* ausstellen, wie der Volksmund die positiven Gutachten für NS-Aktivisten nannte. Sie belegten eindrücklich Benders Einsatz für Juden und andere Verfolgte. Aber es ist, als habe er zwei Gesichter und lebten zwei Seelen in seiner Brust. Ebenso seriöse Zeugen beschuldigten ihn körperlicher Übergriffe, brutaler Ermittlungen, sprachen von einem Schrecken und Furcht erregenden Auftreten, nicht nur seiner lauten und aggressiven Stimme wegen. Kirchenmänner, jüdische Amtsträger, andere Helfer aus jüdischen Kontexten waren auf seiner Seite, Kommunisten wie Stadtrat Böning und seine Frau, aber auch der Vorstand der jüdischen Nachkriegsgemeinde sprachen vehement gegen ihn. Zwei unvereinbare Erzählungen: Bender, der Helfer. Bender, der Alptraum. Nichts passte zusammen.

Zwei der ihn Beschuldigenden wurden von ihm wegen Meineids angeklagt, andere Zeugen schwächten ihre Vorwürfe ab. Durch die Aussagen des letzten jüdischen „Gemeindebeamten“, des Anwalts Dr. Arthur Strauß, der bis 1945 mit Bender zusammenarbeiten musste, gerieten Benders Ankläger in die Defensive. In der Heidelberger Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ) erschien ein Aufruf, dass sich Zeugen in seiner Sache melden sollen. Eine Flutwelle von Aussagen war die Folge. Klarheit brachten sie nicht. Im Juli 1948 verlangte Rechtsanwalt Kurt Rau die Vorladung von 27 Zeugen, darunter des amtierenden Bürgermeisters Karl Bauer, des SPD-Landtagsabgeordneten und RNZ-Herausgebers Hermann Knorr und Pfarrer Hermann Maas.

3 Urteil der Spruchkammer im Internierungslager Ludwigsburg vom 28.11.1947.

4 Bescheid des Ministeriums für politische Befreiung am 16.2.1948 wegen unzureichender Berücksichtigung der Gestapo-Tätigkeit.

5 Spruchkammer Ludwigsburg, Verhandlung 22.7.1948. Beschluss: Einstufung in die Gruppe der Belasteten. Zu Hermann Maas, Paul und Elise Hirsch sowie Arthur Strauß siehe die Beiträge von Markus Geiger, Ingrid Moraw, Norbert Giovannini und Frank Engehausen in diesem Band.

Die jüdische Gemeinde als Nebenkläger und der Journalist Dolf Sternberger bezogen offensiv Stellung und machten den „Fall Bender“ zum Symptom einer die Naziverbrechen verharmlosenden und die Opfer erneut beschädigenden Zeitströmung. Aber sie kannten den konkreten Wilhelm Bender nicht, der nicht davon abließ, um seinen Ruf, seinen Status und seine Altersversorgung zu kämpfen. Er machte geltend, dass er inzwischen fast verarmt, gesundheitlich angeschlagen und ganz und gar außer Stande sei, die Gerichtskosten zu tragen. Nach dem Urteil im Sommer 1948 schrieb er Gnadengesuche. Die Gerichtskosten wurden ihm erlassen. Er ließ nichts aus: Erkrankte Ehefrau, chronische Deformation des Knies und Handgelenksentzündung. Ich bin „immer noch sehr hart durch die Folgen meiner unheilvollen Gestapozugehörigkeit betroffen.“ Arthur Strauß aus Heidelberg schrieb ihm ein letztes Entlastungsgutachten. Bender sei es zu verdanken, dass es nach 1940 zu keinen Einzeldeportationen aus Heidelberg gekommen sei und im Februar 1945 nur ein Drittel der zur Deportation vorgesehenen jüdischen *Mischehe*partner*innen nach Theresienstadt transportiert wurden.

Arthur Strauß legte auch das Schreiben des Neffen einer in Heidelberg untergetauchten Jüdin vor, die bekundet, „dass sie ihr Leben in Heidelberg einem Herrn schuldete, der bei der Gestapo war, der sie immer gewarnt habe, wenn eine Razzia bevorstand.“

1952 hatte Bender es geschafft: Im Revisionsverfahren wurde er endgültig entlastet. Er gehörte jetzt zu den Beamten, die nach Art. 131 GG ein Anrecht auf Wiedereinstellung in den Staatsdienst oder ordnungsgemäße Pensionierung erhielten. Seine Gestapodienstzeiten wurden bei den Altersbezügen angerechnet. Er galt als „Mann mit einwandfreiem Verhalten“, der mehrere Personen vor der KZ-Einweisung geschützt und bewahrt hat.⁶

Biografische Annäherung. Einer, der sich nach seinen Spitzbuben sehnt

Wilhelm Bender wurde am 4. Juni 1894 in Eschelbach im Kraichgau als erstes von fünf Kindern in eine evangelische Landwirtsfamilie hinein geboren.

Einer seiner Brüder ist im Ersten Weltkrieg gefallen, der zweite 1945. Ein dritter Bruder ging wie er zur Polizei und zur Gestapo.⁷ Bis 1914 war er Tabakarbeiter, dann Rekrut und bis August 1918 „im Feld“. Nach englischer Kriegsge-

6 Spruchkammer Ludwigsburg; Verhandlung 22.7.1948. Einstufung in die Gruppe der Belasteten. Erfolgreiche Berufung Wilhelm Bender vom 10.9.1948, nach Bescheid vom 24.1.1950 sei er „an sich Hauptschuldiger“. Aber es gäbe mildernde Umstände. Ablehnung der Wiederaufnahme des Verfahrens durch die Zentralspruchkammer am 9.6.1950. GLA 465 Ztr.Spr.K./B/Sv/1977; GLA 527, 1983/82, 59. GLA 527, 1983/72, 592. Stolle (wie Anm. 2), S. 349; Brief Wolfgang F. Robinow 1st Lt. US Armee Bad Homburg an Regierungsrat Strauß, Finanzamt Heidelberg 25.9.1950. Verfahrenseinstellung durch die Zentralspruchkammer Württemberg-Baden in Stuttgart am 19.6.1952 AZ J/6/1457 betr. W. Bender, Krim. Obersekretär a.D. Beschluss: Verfahren gegen WB wird aufgrund des § 1 Abs. 1 des Gesetzes Nr. 1078 zum Abschluss der politischen Befreiung vom 3.4.1950 eingestellt.

7 Auch Johannes Bender war zeitweilig in Heidelberg bei der Gestapo eingesetzt.

fangenschaft trat er im März 1920 in den badischen Polizeidienst. Bis dahin eine Biografie, wie wir sie bei vielen Polizei- und späteren Gestapobeamten finden. Herkunft aus kleinen, ländlichen und frommen Verhältnissen, Arbeit in Landwirtschaft und Handwerk, dann Kriegsdienst. Die untere Laufbahn bei der Polizei, der Post, der Bahn oder die harte seminaristische Ausbildung zum Volksschullehrer, das waren Stationen eines mäßigen sozialen Aufstiegs mit großer beruflicher Absicherung. Bender heiratete eine Katharina aus seinem Dorf, sie haben zwei Kinder, die Tochter heiratete einen Bauingenieur, der Sohn studierte Physik, musste aber nach Kriegsende und der Inhaftierung des Vaters das Studium abbrechen und eine Lehre antreten.⁸

Nach zehn Jahren Streifendienst wechselte Bender 1930 zur Kriminalpolizei, im Herbst 1934 zur Politischen Polizei, wo er vom Assistenten zum Sekretär und Obersekretär aufstieg. Er sei abgeordnet worden und habe sich dagegen nicht wehren können, lautete – wie in hunderttausenden anderen Fällen – die stereotype Selbstentlastung. Wie sein Chef und alle anderen Beamten seiner Abteilung wurde er am 1. Mai 1933 Parteimitglied sowie Mitglied einiger weiterer NS-Organisationen, nicht aber der SA oder SS. Einige Jahre war er Mitglied der NS-orientierten Deutschen Christen und Mitglied im militaristischen Kyffhäuserbund des Vereins ehemaliger 111er. Von politischen Ämtern hat er sich aber ferngehalten. Er habe im Übrigen erst im März 1933 NSDAP gewählt, sagt er, davor die rechtsliberale DVP. Zur Gestapo sei er zweimal abgeordnet gewesen, zunächst von April 1933 bis Ostern 1934 im Vollzugsaußendienst, danach bis April 1938 zuständig für „das Sachgebiet Kirche und Judentum.“ Anschließend habe man ihn in den Innendienst versetzt, den er aber genutzt habe, um schlimme Dinge abzuwenden.⁹ Nie habe er eine Uniform oder ein Braunhemd getragen. In die Partei eingetreten und aus der Kirche ausgetreten sei er auch nur auf „Betreiben der vorgesetzten Dienstbehörde.“

Man spürt förmlich, wo Bender geerdet ist. Im dörflichen Eschelbach, wo er 50 Ar Ackerland hatte und die Familie auf ihn wartete. Von wo aus der Sohn ihm aufmunternde Briefe schickte und man auf seine Heimkehr zu Weihnachten hoffte. Vielleicht hatte er seinen authentischen Platz auch im Heidelberger Polizei-Streifendienst gefunden, wo seine Stentorstimme den kleinen Halunken noch Respekt einflößte. Er weiß, dass er die Gestapo-Zeit und die NS-Mitgliedschaft nicht weg reden kann, aber er ist schlau und spürt, dass er mehrere Strategien anwenden muss, um aus dem Verfahren als Unbelasteter heraus zu kommen.

Deshalb konfrontierte er die Spruchkammern mit der immer etwas wehleidig vorgetragenen Legende vom ahnungslosen, harmlosen, aber pflichttreuen Beamten, der sich vor ehrgeizigen Kollegen hüten musste, um keinen Verdacht zu erwecken, z.B. durch demonstrative Härte. Er zeichnete sich selbst weich als mit-

8 Wilhelm Bender am 8.12.1946 an den Öffentlichen Kläger bei der Klagespruchkammer Kornwestheim.

9 Siehe den von den Besatzungsbehörden ausgegebenen Meldebogen in Benders GLA-Akte (wie Anm. 1); Bender (wie Anm. 8).

leidvollen, Anteil nehmenden Gemütsmenschen, als umgänglichen Kerl, dem schon mal die Hand ausrutschte, wenn man ihm frech kam. Der Theologe Helmut Thielicke erinnerte sich in seiner am 5. Mai 1947 der Spruchkammer übergebenen Erklärung, dass Bender ihm bei einem Verhör im Gestapobüro geklagt habe: „Wenn ich nur das Politische wieder los wäre und zu meinen Spitzbuben zurückkehren könnte.“ ... „Dann grüßte er ebenso wie seine befreundeten Kollegen mit „Grüß Gott“ und brachte mich zum Ausgang.“

An ihren Taten sollt ihr sie erkennen

Aber was zählt, sind nicht Absichten, sondern Taten. Gute Taten. Und von diesen hatte Wilhelm Bender viele anzubieten: Er habe den Transport von Dr. Arthur Strauß und Dr. Paul Hirsch bei der letzten Deportation aus Heidelberg am 14. Februar 1945 nach Theresienstadt „durch äußerst gewagte Mittel zu verhindern“ gewusst und diese somit „vom sicheren Verderben, ja vom Tod bewahrt.“

Der ehemalige Gewerkschaftssekretär und jetzige Erste Bürgermeister von Heidelberg sei bereit, für ihn auszusagen. „Herr Bauer hat es nur mir zu verdanken, dass er nach seiner Entlassung aus dem KZ Dachau im Herbst 1944 seine frühere Arbeitsstelle als Versicherungsinspektor bei Dr. Viedge wieder erhielt.“ Er habe auch eine Anzeige gegen Frau Bauer wegen *Wehrkraftzersetzung* „im Geschäftsgang“ unterschlagen.¹⁰ Benders Rechtsanwalt Dr. Kurt Rau sammelte Entlastungsaussagen (und ließ an den Belastungszeugen kein gutes Haar), die nach Anzahl und Qualität nicht ignoriert werden konnten. In einer der zahlreichen Klageerwiderungen (wohl 1947) führte er u.a. an, dass Bender die bei Paul und Elise Hirsch angestellte Anni Sattler, deren jüdischer Vater verschollen war, „jahrelang als Mischling“ geführt und sie dadurch „vor der Verbringung in jüdische Konzentrationslager jahrelang bewahrte.“ Frau Hirsch habe er versichert, dass ihr Mann von ihm nichts zu befürchten habe, wenn er ihn in der Öffentlichkeit ohne *Judenstern* antreffe. Er habe die Hirschs auch regelmäßig gewarnt, wenn Kontrollen wegen des an der Haustür anzubringenden Judensterns erfolgten. Und er habe Hirsch viermal vor der Deportation bewahrt und ihm schließlich den Rat gegeben, sich durch eine Fieberspritze transportunfähig machen zu lassen.

Den ehemaligen Landgerichtsdirektor Dr. Altschüler, der den *Judenstern* verdeckt getragen habe, konnte er nach drei Wochen aus der Schutzhaft frei bekommen und vor der Einlieferung ins KZ bewahren. Ebenso habe er den Abtransport der schwerkranken Lina [tatsächlich Liese] Hachenburg in ein Konzentrationslager bis zum 1. März 1942 verhindern können. Mehrfach habe er Anzeigen unter den Tisch fallen lassen. So im Fall des späteren RNZ-Herausgebers

10 Wilhelm Bender an Spruchkammer Hohenasperg am 30.8.1947. Das bestätigt Karl Bauer, fügt aber kritisch hinzu, dass Bender ihn zwar korrekt vernommen hat, aber nach der Verhaftung 1944 seiner Frau und seinem Vater eine Besucherlaubnis in Aussicht stellte, obwohl er wusste, dass Bauer nach Dachau gebracht worden war. Er habe deshalb seine Angehörigen wohl: „in doloser Weise getäuscht“[...] „Dieses Verhalten muss als unmenschlich bezeichnet werden.“ Mitteilung vom 22.9.1947.

Dr. Knorr, der von einer Hausangestellten wegen Abhörens von Feindsendern angezeigt worden war oder seines Hausarztes Dr. Saile, der wegen Zersetzung der Wehrkraft und Schmähung der Reichsregierung denunziert worden war. Das bestätigen ihm beide. Ein weiteres Sondergerichtsverfahren wegen Heimtücke gegen die Ehefrau des Buchprüfers Herth habe er ebenso verhindert wie das Verfahren gegen Regine Schorndorf wegen defätistischer und antifaschistischer Äußerungen.

Bender konnte tatsächlich viele wohlwollende, hilfreiche und schützende Handlungen für Kirchen und Geistliche ins Feld führen. Pfarrer Walter aus Dielheim bestätigte, dass Bender ein Vernehmungsprotokoll so abgefasst habe, dass gegen ihn kein Verfahren wegen NS-feindlicher Äußerungen eröffnet werden konnte. Ein Mitglied der freien Christen aus Eschelbach sagte aus, dass man nur dank Benders Unterstützung und Wegsehen Gottesdienste habe abhalten können.

Die stärksten Voten zugunsten Benders stammten indes von drei Personen, die absolut integer und selbst in zentraler Funktion Helfer der jüdischen Einwohner waren: Pfarrer Hermann Maas, Anwalt Dr. Arthur Strauß und Sally Goldscheider, der letzte jüdische Gemeindevorsitzende.

Sally Goldscheider war bis zu seiner Deportation 1940 nahezu täglich mit Bender in Kontakt. Er bescheinigte Bender am 6. August 1947, dass er von ihm „stets höflich und freundlich empfangen wurde und dass er sich, sofern es sich um [unles.] Angelegenheiten handelte, stets entgegenkommend zeigte.“ Goldscheider legte ein persönlich an Bender gerichtetes Schreiben bei: „Nun ich hoffe, dass Sie, wenn sie weiter so geblieben sind und sich nach meiner Deportation im Jahre 1940 nicht umgestellt haben, Sie wohl von der Spruchkammer freigesprochen werden.“

Die zwiespältige und beklemmende Rolle als „vermittelndes“ Ausführungsorgan des NS-Regimes und zugleich letzter Ansprechpartner der Juden seitens der Behörde, übernahm nach Goldscheiders Deportation Rechtsanwalt Arthur Strauß, der selbst *Sternträger* war und erhebliche Repressionen auszustehen hatte. Bei seiner Vernehmung 1947 zeichnete Strauß ein eindeutig positives Bild der Heidelberger Gestapo und ihres Mitarbeiters Bender. Dieser sei „durchaus laut und leidenschaftlich“ gewesen, „bei der ersten Begegnung hat er mich angeschrien, sich dann aber bei mir entschuldigt und mir gesagt, dass er sehr vorsichtig sein müsse, wenn jemand zugegen sei.“

„Von jeder Anzeige, die gegen Juden erstattet wurde, hat mich Bender sofort in Kenntnis gesetzt und die Sache mit mir besprochen, damit ich die betreffenden Juden davon unterrichten konnte. Anschließend daran fanden dann immer Vernehmungen von der Gestapo statt.“

Strauß erwähnte auch, dass er und seine Frau nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis die Wohnung haben aufgeben müssen und sie durch „die Anständigkeit eines christlich gesinnten Mannes in ein Hospiz gekommen“ seien. Bender habe sich für sie 1943 „restlos eingesetzt, als uns Verschiedene hier rauh haben wollten.“ Er habe auch gesagt, dass die für den Februar 1945 zur Deportation

vorgesehenen Juden eine Arbeitsfähigkeitsbescheinigung bräuchten und man die Ärzte aufklären müsse, worum es dabei gehe.

Beharrlich beschrieb Strauß auch die Heidelberger Gestapo so, dass sie sich fundamental unterschieden habe von den Gestapoämtern in Mannheim und Frankfurt. „Besonders human und menschlich anständig“ sei es hier zugegangen. „Überhaupt die ganze Gestapo in Heidelberg war sehr menschlich, bis auf wenige Ausnahmen.“ Strauß resümierte, „Heidelberg ist die einzige Stadt, in der keine Einzeldeportationen vorgekommen sind.“

Verhaltener äußerte sich der Heiliggeist-Pfarrer Hermann Maas, der in zahlreichen Spruchkammerverfahren als Entlastungszeuge in Anspruch genommen wurde, u.a. auch von Oberbürgermeister Carl Neinhaus und dem Architekten und Reichsminister Albert Speer, dessen Familie in Heidelberg wohnte.

Maas war spürbar von ambivalenten Gefühlen bestimmt, wenn er Positives zur Gestapo bekunden sollte.

„Und schließlich muss ich gestehen, dass es mir nicht leicht fällt, über Beamte der Gestapo zu schreiben, weil ich in der Gestapo die furchtbarste Waffe des Naziregimes sehen musste und weil ich darum meine persönlichsten Erlebnisse nicht leicht anführe, da ich ja die vielen nicht vergessen darf, die vor jedem Gestapo-Beamten jahrelang zittern mussten und da ich das Leiden dieser Menschen, das ich aus eigener Erfahrung kenne, nicht hoch genug einschätzen kann. Über Herrn Bender als einen dieser Beamten wage ich darum mit diesem Bericht auch kein Gesamturteil zu fällen.“

Allein dieses Zitat beweist, wie wenig zulässig es ist, Hermann Maas als naiven und verharmlosenden Persilscheinaussteller zu qualifizieren. Er beschränkte sich auf die Schilderung des tatsächlichen Handelns von Bender, der ihm gegenüber „immer höflich war und auch offenbar aufrichtig bereit war, Dinge, die eine böse Wendung nehmen konnten, einem erträglichen Ausgang zuzuführen.“ Dies betraf nach Maas Benders Observation von Treffen der Bekennenden Kirche, seine nur seltenen Zensureingriffe beim evangelischen *Gemeindeboten* und ein eindrucksvolles Gespräch mit Bender infolge einer Denunziation. Maas hatte empfängt über „einen grauenhaften Vorgang im KZ Oranienburg“ berichtet, dem „ein Freund von mir zum Opfer fiel.“ Zu Bender heißt es in Maas' schriftlicher Aussage:

„Er hat mir damals die Möglichkeit gegeben, ihm das Protokoll unserer Unterredung in die Feder zu diktieren. Als im Verlauf des Gespräches ich ihn auf die fürchterlichen Grausamkeiten und Gewissenlosigkeiten des Hitlerregimes offen hinwies, war er bewegt durch die Motive, die ich ihm gegenüber gegen dieses Regime geltend machte und als er meine Stube verließ, kam er plötzlich noch einmal zurück und sagte laut: Heute habe ich beim Gespräch mit Ihnen an meinen Konfirmationsspruch denken müssen. Wer mich bekennt vor den Menschen, den will ich bekennen vor meinem himmlischen Vater.“¹¹

11 Abschrift Gutachten Hermann Maas für Bender vom 24.2.1948 (Abschrift 5.4.1948); ein ebenfalls glaubwürdiger Entlastungszeuge war Theodor Steltz, evangelischer Theologe und Religionslehrer am humanistischen Kurfürst-Friedrich-Gymnasium, der mehrfach im Visier der Gestapo stand. In seiner Aussage am 6.5.1948 schildert er, wie Bender ihn wegen staats-

Benders Opfer

In den Verfahren gegen Bender kamen jedoch auch die Opfer zur Sprache. Reinhold Matschat (1887–1953) berichtete im Mai 1947 an die Spruchkammer, dass seine jüdische Frau Therese (1899–1964) im Februar 1945 nach Theresienstadt transportiert werden sollte. Sie sei schwer krank geworden und habe sich schließlich einer (an sich überflüssigen) Gallenoperation mit nachfolgend schweren gesundheitlichen Schäden unterzogen, um nicht deportiert zu werden. Er sei in die Bunsenstraße zur Gestapo gegangen und dort im Vorraum von Bender angesprochen worden.

„Er fiel in grober Art und Weise über mich her und sagte zunächst, dass die deutschen Frauen schon längst arbeiteten und dass die Judenweiber jetzt, wo sie auch einmal herangezogen werden sollen, sich zu drücken versuchten. Außerdem sagte er, warum ich denn ausgerechnet eine Jüdin hätte heiraten müssen, es gäbe genügend deutsche Frauen.“

Er habe auch Zutritt bei Matschats zu Hause verlangt, dort seine Frau angeschrien, die Schränke durchwühlt und seiner Frau angedroht, sie mitzunehmen.¹² Heinrich Gölz vom Arbeitsamt Heidelberg belastete Bender ebenfalls schwer:

„In dieser Position war er sehr gefürchtet von allen Kräften, die sich dem Naziterror nicht beugten. Sein brutales, rücksichtsloses Wesen war stadtbekannt. Er zog von der Rottmannstraße zur Bunsenstraße in ein ehemaliges jüdisches Haus. Nach mir zugegangenen Mitteilungen soll er sich in den Besitz von jüdischen Möbeln und Hausgegenständen gesetzt haben und ich bitte um diesbezügliche Überprüfung.“¹³

Gölz schilderte einen Zusammenstoß in der Drogerie Ernst Heilmann in der Rottmannstraße im Jahr 1941, bei dem er nicht mit Heil Hitler begrüßt habe. Bender habe ihn angeschrien und bedroht, sowie auf das Lager Kislau hingewiesen. Er betont „die fanatische und rücksichtslose Art, mit der er gegen Andersdenkende vorging. Bender zählt zu jenem Typ Nazi, der zur Erhaltung des Regimes zu allem fähig war.“ Gegen Kriegsende habe er den Zusammenbruch geahnt und versuchte loyal zu erscheinen um seine „in den Jahren der Naziherrschaft angehäufte Schuld zu mildern.“ Gölz' negative Prognose lautete:

„Bei Bender handelt es sich jedoch um einen Menschen, dessen charakterliche Veranlagung dazu geeignet war, das Naziregime mit allen Mitteln zu erhalten, und es

feindlicher Äußerungen in der Schule aufgesucht habe und sich über das leidenschaftliche Engagement der Schüler für ihren Lehrer gefreut habe. Ebenso sei dank Bender ein Heimtückeverfahren 1937 für ihn gut ausgegangen. Gutachten Theodor Steltz 6.4.1948.

12 Brief Reinhold Matschat, Im Bäckerfeld 2, vom 10.5.1947 an den öffentlichen Kläger der Spruchkammer.

13 Diesem Vorwurf trat Dr. Arthur Strauß am 19.8.1947 im Schreiben an die Kreisbetreuungsstelle Heidelberg des Landesausschusses Württemberg-Baden der vom Naziregime Verfolgten entgegen. Tatsächlich hat die Gestapo Ende 1940/Anfang 1941 das Haus Bunsenstraße 19a nach Abtransport der jüdischen Bewohner bezogen. Möbel der Juden hätten sich darin aber nicht mehr befunden, da diese versteigert worden seien. Im Erdgeschoss habe Bender eine Wohnung bezogen.

ist sehr fraglich, dass er sich für die Zukunft loyal der demokratischen Staatsidee widmet.“¹⁴

Das Ehepaar Böning, aktiv in der Kommunistischen Partei, beschuldigte Bender massiv (musste aber später einige der Vorwürfe abschwächen).

„Er hat damals die Verhaftung in der brutalsten Weise durchgeführt, ohne jeden Anlass dauernd die entscherte Pistole in der Hand gehalten und freche und beleidigende Bemerkungen gegen mich, meinen Mann und die K.P.D. gebraucht. Bender hat mir, als ich darauf hinwies, dass es nicht nötig sei meinem Mann ins Zimmer mit der Pistole nachzugehen, während sich derselbe dort umzog, einen Stoß versetzt, dass ich gegen den Ofen in meiner Wohnküche fiel.“

Ein zweiter Beamter habe versucht, Bender zu mäßigen. Nach der erneuten Verhaftung ihres Mannes nach dem Attentat auf Hitler 1944 sei sie zur Gestapo gegangen und habe nach dem Verbleib ihres verhafteten Mannes gefragt.

„Bender verweigerte mir in brutaler und anmaßender Weise jede Auskunft. Als ich mich nicht abweisen ließ und die Bemerkung machte, dass es doch kaum möglich wäre, dass er nicht wisse, wo mein Mann wäre, da er ja auch über die Verhaftung genau Bescheid wusste und es doch ein Gebot der primitiven Menschlichkeit sei, dass ich wenigstens erfahren könne, ob mein Mann noch im Gefängnis ist, oder ob er abtransportiert sei, schrie mich Bender brutal an, öffnete die Tür und drohte mir an, wenn ich noch einmal eine solche Redensart führe, dass er mich ebenfalls sofort verhaften werde und ich auch dahin komme, wo mein Mann sei.“¹⁵

Maria Hammann belastete Bender ebenso. Sie war im September 1944 mit Frau Jös und einer Rumänin verhaftet worden, weil sie auf der Straße über Hitler und Mussolini geschimpft habe. Bender habe sie verhört und ihr angedroht, dass sie nach Dachau komme. Dann habe er ihr Prügel angedroht.¹⁶ Bender mobilisierte die ehemalige Gestaposekretärin Ruth Birkle, die zu seinen Gunsten bekundet, dass an der Prügelbeschuldigung von Frau Hamann nichts dran sein könne.

Die internen Ermittlungen durch einen Kriminalassistenten für den öffentlichen Kläger der Spruchkammer auf dem Hohenasperg am 8. Juli 1948 ergaben ein für Bender vernichtendes Bild.

„Der Bender hat in den Jahren 1937 bis 1945 seine Aufträge, die er bei der Gestapoleitstelle [erhielt] auf das Kleinste und Schärfste durchgeführt. Er wurde manchmal so brutal, dass er mit der Waffe in der Hand bei Festnahmen und Durchsuchungen aufgetreten ist und die Menschen damit bedroht hat. Gefangenentransporte oder ausländische Arbeiter [...] dafür kam er nicht in Betracht. Bender war der Mann, der schlau genug war, sich einige jüdische Freunde zu halten, von denen er sich Nutzen versprach. Bei den einen Menschen ging [er] brutal vor, bei anderen war er wieder der schlaue Fuchs, dieselben zu warnen, wenn etwas gegen sie vorgelegen hat. Erst in den

14 Heinrich Götz, Arbeitsamt Heidelberg, Schreiben vom 16.5.1947 an den öffentlichen Kläger der Spruchkammer.

15 Berta Böning an den öffentlichen Kläger bei der Spruchkammer Heidelberg am 27.5.1947 zur Verhaftung ihres Mannes im Mai 1933.

16 Maria Hammann, Schreiben vom 20. 5.1947 an den öffentlichen Kläger bei der Spruchkammer.

Jahren 1944/45, als die alliierten Truppen immer näher rückten, hat Bender sich dermaßen geändert, dass er im Lichte stand, den Juden und anderen bedrängten Menschen zu helfen. Dieses tat Bender nicht aus eigenem Entschluss, sondern nur aus Angst. Direkte Misshandlungen konnten durch die Ermittlungen nicht in Erfahrung gebracht werden.“¹⁷

Dolf Sternberger und die Nebenkläger

Benders Einstufung als Minderbelasteter im ersten Spruchkammerverfahren im November 1947 alarmierte Dolf Sternberger. Der Publizist und Herausgeber der Zeitschrift *Wandlung* und spätere Ordinarius für Politikwissenschaft in Heidelberg reagierte unverzüglich auf das erste Spruchkammerurteil. Er kannte Bender persönlich nicht, hatte aber in der Rhein-Neckar-Zeitung am 2. Dezember 1947 den Bericht über die Spruchkammerverhandlung gelesen. Dass man einen, „der elf Jahre aktiv der Gestapo an führender Stelle gedient hat“ aufgrund der Aussagen weniger Zeugen als Minderbelasteten klassifiziert und ihm – wie ein Zeuge aussagte – „absolute Loyalität gegenüber der jüdischen Bevölkerung attestierte“, stellte für Sternberger ein beunruhigendes Warnzeichen für das Projekt Rechtsstaat und Demokratie in Deutschland dar.¹⁸ Sternberger fürchtete Verharmlosung, Verdrängung, ein falsches Rechtsverständnis im Prinzipiellen und im Konkreten mit gefährlichen Folgen für die Aufarbeitung der NS-Epoche. Und seine Sorge hatte gute Gründe.

Die Entnazifizierung neigte sich dem Ende zu. Die von den Amerikanern in ihrer Besatzungszone eingerichteten Spruchkammern hatten sich als stumpfes Mittel erwiesen, um das Ausmaß von Verflechtung und Verantwortung der deutschen Bevölkerung für die Verbrechen der NS-Zeit zu ermitteln oder gar wirkungsvoll zu ahnden. Dass vor einer gerichtsähnlichen, deutschen Institution nun die Beschuldigten ihre Unschuld beweisen sollten, hatte eine Sturzflut von Entlastungen und Unschuldsbekundungen ausgelöst. Ironisch betrachtet hatte es letztlich, den Spruchkammerprotokollen folgend, keine wirklichen Nazis in Deutschland gegeben, keine wirklich Schuldigen, sondern nur Opfer, harmlose Mitläufer, pflichtbewusste Funktionsträger und ein Riesenheer heimlicher Antifaschisten. Es war, als sei das Land von einer großen Erzählung gebannt. War doch mit der Verurteilung der Haupttäter in den Nürnberger Prozessen die „Vergangenheitsbewältigung“ abgeschlossen. Dies entschuldete den „kleinen“ Mann der ja eigentlich auch Opfer der Verhältnisse, wenn nicht aufrichtiger Gegner und Helfer in einem war.

17 Zusammenfassung der internen Ermittlungen für den öffentlichen Kläger der Spruchkammer I L./76 Hohenasperg vom 8.7.1947. Unterschrift Thommes, Kriminalassistent.

18 Dolf Sternbergers Schreiben an die Spruchkammer in Ludwigsburg ist enthalten in GLA 65a/B/SV/1977 und in der Bender-Akte im GLA. Der Text ist abgedruckt und kommentiert in Frank Moraw: Heidelberg – Theresienstadt – Heidelberg. Zur letzten Deportation aus Heidelberg im Februar 1945, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt, Jg. 13, 2009, S. 108–109.

Tatsächlich bewirkten die langwierigen Spruchkammerverfahren ungewollt, aber unvermeidlich eine gerne angenommene Kollektiventlastung der deutschen Bevölkerung, die erst durch die Frankfurter Auschwitzprozesse in den frühen 1960er Jahren wieder in Frage gestellt wurde.

Auch die Jüdische Kultusgemeinde schaltete sich in den „Fall Bender“ ein und ließ ihren Vorsitzenden Loebel die Nebenklage vertreten. Loebel, der Bender nicht persönlich kannte, argumentierte zum einen prinzipiell im Hinblick auf die Terrororganisation Gestapo und deren Beteiligung an der Pogromnacht 1939, den Deportationen ab 1940 und den unzähligen Schikanen gegen die NS-Verfolgten. Zum andern nahm er die Entlastungszeugen ins Visier. Am 19. Februar 1947 kündigte die Jüdische Kultusgemeinde nicht nur Berufung an gegen das erstinstanzliche Urteil zugunsten Benders, sondern versprach auch Material gegen die „willige Hauptentlastungszeugin“ – gemeint ist paradoxerweise die nicht-jüdische Ehefrau des Privatgelehrten Dr. A. Hirsch. Diese habe prominente Nazis und SS-Angehörige unter ihren nächsten Angehörigen. Und sie habe einen Juden, den Schauspieler Otto Rubens bei Gestapo-Bender „aus Hass“ denunziert.¹⁹ Die Mitvorsitzende der jüdischen Gemeinde, Rositta Oppenheimer, brachte weitere Verdächtigungen gegen Else Hirsch vor. Gestützt auf einige hasserfüllte Briefe der ehemaligen Haushälterin des jüdischen Möbelunternehmers Reis, Frau Dörr, diskreditiert Frau Oppenheimer die Entlastungszeugin damit, dass sie keine Jüdin sei und ihr Ehegatte nicht der jüdischen Kultusgemeinde angehöre. Der Ehemann sei auch durch den *Mischehen*-status geschützt und habe deshalb Benders Hilfe überhaupt nicht bedurft. Loebel verstieg sich gar zu der Behauptung, dass Hirsch überhaupt nicht gefährdet gewesen sei, weil er die Altersgrenze für Deportationen überschritten habe. Auch Benders Hilfeleistungen seien nichts als „Rückversicherung für die Zukunft“ gewesen.²⁰

Wie Sternberger stellt Loebel die historische Dimension der nationalsozialistischen Verbrechen und die zentrale Rolle der Politischen Polizei ins Zentrum. Allein dies verbiete die milde Einstufung eines Gestapobeamten. Wenig überzeugend versucht er dies ausgerechnet über die Demontage von integren Entlastungszeugen zu bewerkstelligen, die nachweislich über Jahre jüdischen Verfolgten Obdach geboten hatten. In der mündlichen Verhandlung der Spruchkammer am 22. Juli 1948 stellte er fest: „Mir ist kein Fall bekannt geworden, dass sich der Betroffene positiv für einen Juden eingesetzt hat.“

Auch der Maschinenmeister und ehemalige Betriebsrat Karl Hartmann fällt nach Erscheinen des RNZ-Artikels ein negatives Urteil über Bender. „Bender hatte zwei Gesichter und war ein gefürchteter Beamter und ein großer Judenhasser.“

19 Jüdische Kultusgemeinde an öffentlichen Kläger bei der Lagerspruchkammer Ludwigsburg. 19.2.1947

20 Jüdische Kultusgemeinde (u.a. Rositta Oppenheimer-Kramer) an den öffentlichen Kläger in Ludwigsburg 27.4.1948 betr. Gestapo-SD-Agent Wilhelm Bender, Heidelberg. Oppenheimers Intervention stützt sich auf Aussagen und Briefe von Martha Dörr an Frau Hirsch vom 12.7.1947. Martha Dörr behauptet darin, Mitglied der jüdischen Gemeinde zu sein, aber während der NS-Zeit nicht als Jüdin identifiziert worden zu sein.

Er habe Hartmanns Schwester 1935 in den Tod getrieben wegen einer Freundschaft mit einem Juden. Bender habe die Schwester in der Theodor-Körner-Straße 20 und deren Freund verhaften wollen. Dies geschah dem Freund dann in Baden-Baden. Hartmann vermutet, dass dieser Freund und dessen betagte Schwester vergast worden seien. In Heidelberg seien Hartmanns Schwester Fesseln angelegt worden. Die Schwester habe sich drei Tage nach der Festnahme im Gefängnis das Leben genommen.²¹ Im Jahr darauf schränkte er ein, dass die Fesselungen von einem Kollegen Benders vorgenommen worden seien. Und er bekundete, Bender habe ihn nach dem Tod der Schwester noch öfters angehalten mit den Worten, dass

„ihm diese ganze Tragödie sehr nah ging und als er mir bei dieser Gelegenheit das Beileid aussprach, den Satz prägte: Es rächt sich alles einmal auf Erden. [...] „Seine Haltung war jedoch an Hand dieser Tatsachen als eine für einen Vertreter der Gestapo erstaunlich gute zu werten.“²²

Am 22. Juli 1948 wurde Wilhelm Bender als Belasteter eingestuft, zu dreieinhalb Jahren Arbeitslager, und einem 30%igen Einzug seines Vermögens verurteilt.²³

Doch das sollte nur eine Zwischenstufe sein. Bender verfolgte hartnäckig das Ziel, vollständig entlastet zu werden.

Sein Anwalt attackierte massiv die Prozessführung der in Heidelberg tagenden Spruchkammer und kündigt Meineidsklagen gegen die Zeugin Böning und die Zeugen Roland und Sofie Frankfurter an. Auch das Ministerium für politische Befreiung legte Berufung ein; man wollte nun offenbar ein milderes Urteil erreichen. Eine neue Verhandlung wurde angesetzt für den 24. Januar 1950. Zu diesem Zeitpunkt waren die *reeducation* und die Entnazifizierungsprojekte der Amerikaner ausgelaufen. Die Gerichte arbeiteten noch die sich endlos hinziehen den Widerspruchsverfahren ab.

Benders Beharrlichkeit hatte Erfolg. Hauptbelastungszeugen wie Mutter und Sohn Frankfurter waren durch die gegen sie laufende Meineidsklagen „entwaffnet“, obwohl der Richter sie als glaubwürdig einschätzte.²⁴ Ebenso die anderen Belastungszeugen. Aber der positive Gesamteindruck und die substantiellen Aussagen zu seinen Gunsten überwogen.

Bender wurde freigelassen, weil er durch das Internierungslager seine auf zweieinhalb Jahre reduzierte Haftstrafe abgesessen hatte. Und er musste auch nur 10% seines ohnehin geschmolzenen Vermögens abliefern. Er war 56 Jahre

21 Aussage Karl Hartmann vor der Spruchkammer Ludwigsburg. Vermutlich 1.3.1948.

22 Karl Hartmann, Schreiben an den öffentlichen Kläger im Internierungslager Ludwigsburg vom 1.3.1948.

23 Spruchkammerentscheidung 22.7.1948 AZ J/76/1457.

24 Meineidsverfahren gegen Sofie und Roland Frankfurter. Zentralberufungskammer VII KHE 31.1.1950. Das Verfahren wird am 6.3.1950 nach § 3 des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit eingestellt, da sich das Vergehen „höchstens als fahrlässige Eidesverletzung“ darstellt. Bender fordert daraufhin sofortige Wiederaufnahme seines Verfahrens. Auszugsweise in GLA-Akte Bender (wie Anm. 1).

alt. Die Abstandsfrist zur Wiederaufnahme in den Polizeidienst wurde auf 5 Jahre herabgesetzt. Bender konnte also sofort wieder als Polizist arbeiten.

Die Urteilsbegründung des Karlsruher Richters Schütze ist nüchtern und von Benders Windungen und Wendungen unbeeindruckt. Der Vorsitzende ging scharf mit Zeugen aus dem Gestapo-Milieu ins Gericht, die aus Kumpanei gelogen hatten.

Summa summarum jedoch gehörte Bender „nicht zu den berüchtigten Gestapoleuten“, so sehr seine Dienststelle auch „in den Kreisen der Antifaschisten“ gefürchtet war. Der Richter bezeichnete Bender als „typischen Vertreter des Kadavergehorsams“, und er schloss die kluge Beobachtung an, dass dies durchaus auch ein „zwiespältiges Verhalten“ einschließe,

„welches einerseits eine durchaus menschliche, vernünftige Behandlung der Discriminierten, andererseits unter gewissen Voraussetzungen auch eine ziemlich grobe Behandlung dieser erkennen lässt, grob in solchen Fällen, in denen der Betroffene bei seiner Behandlung von Dritten beobachtet werden konnte, milde in den Fällen, in denen er sich mit den Discriminierten unter 4 Augen befand.“²⁵

Dieses Verhaltensmuster Benders fand der Richter auch in anderen Fällen vor wie dem des Sohnes von Frau Frankfurter, der von Bender getreten und beschimpft worden war, sowie bei den wüsten Beschimpfungen der Mutter („Alte Judenhure, mach dass du fortkommst. Sonst kommst du dorthin, wo dein Lümmel hingekommen ist.“).

Der Richter erfasste damit ein zentrales Merkmal des Gestapo-Helfers Bender. Er war autoritär und obrigkeitsstaatlich geprägt, war einer, der Gehorsam und Pflichterfüllung über alles stellt. Er hatte aber wenig politische und weltanschauliche Orientierung; die Kommunisten mochte er nicht, aber der rabiate Antisemitismus der Nazis ist ihm innerlich fremd geblieben. Die Juden waren ja nett, höflich und im Ganzen anständige Leute. Im Bündnis mit der Macht vollzog er, was ihm aufgetragen worden war. Wenn Deportationen angeordnet sind, werden sie durchgeführt; wenn er welche verhindern kann, dann tut er das – ohne Selbstgefährdung. Wer ein bisschen Macht hat, kann sie nutzen. Nur eben nicht zuverlässig und berechenbar, denn er musste sich ja vor den scharfen Hunden in der eigenen Behörde schützen. Vermutlich.

Daneben gab es noch eine herzliche, mildtätige Seite an ihm, die man auch für christlich oder fromm halten mag. Diese mobilisierte er mehr oder weniger instinktiv, wenn er die Chance sah, Gutes zu tun. Ein bisschen Kalkül steckte sicher darin. Auch Bender dachte realistisch an die Zeit danach. Es dämmerte ihm schon, dass er irgendwann zur Rechenschaft gezogen wird. Er weiß überhaupt mehr, als er vorgibt, und machte sich wenig Illusionen über die „Lage“. Aber die absehbare Entlastung, die er durch Zeugenaussagen erhalten könnte, trieb ihn nicht wirklich an. In seiner Selbstwahrnehmung hatte er sich seit 1933 nicht wesentlich gewandelt. Er war der gute Kumpel, der Freund und Helfer, der eine er-

25 Protokoll und Urteil der Berufungskammer VII Karlsruhe AZ J/76/1457 – B199/49 gegen Krim. Ob. Sekr. Wilhelm Bender am 24.1.1950.

hebliche Genugtuung daraus zog, dass er hilft und helfen kann. Der in diesen kleinen Hilfen jenen „guten“ Teil von sich selbst zum Ausdruck brachte, den er als loyaler „Untertan“ sonst nicht hätte ausleben können. Er will das Gute im Schlechten erhalten und kann es doch nur, weil er im Schlechten gut zu Hause ist.

Bender gehörte zu den Helfern. Für alle, die von ihm Hilfe erhalten haben, war er ein Glücksfall. Und er gehörte zugleich zu den Tätern wie alle diese loyalen, braven und bedenkenlosen Mitmacher, die das Regime am Laufen hielten. Mit beiden Rollen war er identifiziert. Aber das eine ist ohne das andere dann auch nicht zu haben gewesen.

Innerjüdische Solidarität

Umrisse innerjüdischer Hilfe in Heidelberg 1933–1945

NORBERT GIOVANNINI

Max Oppenheimer hat in einer Studie von 1992 über „Die Lebenssituation Heidelberger Juden vom Beginn der nationalsozialistischen Machtübernahme bis zur Deportation“ darauf hingewiesen, dass „die jüdische Bevölkerung selbstverständlich nicht trauernd in ihren Wohnungen gesessen“ habe. Sie habe sich stattdessen, um die Isolation gegenüber der nichtjüdischen und zunehmend feindseligen Umwelt aufzufangen, zusammengeschlossen und zahlreiche kulturelle, sportliche und ausbildungsrelevante Initiativen ergriffen.¹ Dieser Hinweis Oppenheimers lenkt unsere Aufmerksamkeit auf Personen und Institutionen innerjüdischer Hilfe, die Selbsthilfe, Solidarität und Widerständigkeit verkörperten. Von einer passiven Hinnahme der Verfolgungssituation durch die jüdische Bevölkerung kann keine Rede sein.

Trotz und wegen der bedrückenden Lage fokussierte sich das jüdische Leben auf Überleben, Flucht, Wahrung der Identität, Sicherung elementarer Ressourcen und Schutz der Schwachen und Schwächsten. Anfangs bestanden durchaus Hoffnungen auf Mäßigung des NS-Regimes. Das tief verankerte, national und konservativ geprägte Vertrauen auf die deutsche Kulturnation veranlasste viele jüdische Einwohner, die Situation nach der Machtübernahme als vorübergehend und nur bedingt gefährlich einzuschätzen. Ein fataler Irrtum, der manche notwendige Entscheidung verzögerte. Die reale Situation verwirrte, ängstigte und bedrohte indes jeden.

Umso wichtiger wurden die innerjüdische Hilfe und ihre Protagonisten.

Hilfsorganisationen der jüdischen Gemeinde(n)

Die jüdischen Gemeinden Heidelbergs konnten an vorhandene Organisationsstrukturen und das rege Vereinsleben anknüpfen, das sich bereits im 19. Jahrhundert ausgefächert hatte. Eigentlich gehört ein ausgeprägtes Wohlfahrts- und Fürsorgesystem zur jüdischen Tradition, nicht nur der glaubensmäßigen Verbundenheit als religiöser Minderheit wegen, sondern auch aus der Einsicht, dass nur ein

1 Max Oppenheimer: Sozialer Zusammenhalt und kulturelles Ghetto. Die Lebenssituation Heidelberger Juden vom Beginn der nationalsozialistischen Machtübernahme bis zur Deportation, in: Norbert Giovannini, Jo-Hannes Bauer, Hans-Martin Mumm (Hgg.): Jüdisches Leben in Heidelberg, Heidelberg 1992, S. 107–115.

stabiles und umfassendes System der Selbsthilfe in normalen wie in Krisenzeiten das Überleben garantiert.²

Zu nennen sind die zahlreichen Wohlfahrtsorganisationen, die Kranken- und Sterbekassen, der *Israelitische Frauenverein* und der *Verein für Israelitische Krankenschwestern*, die *Chewra Kadischa* (Heilige Bruderschaft) und der Verein zur Unterstützung ortsfremder Israeliten *Zedakah*. Als Orte religiösen und kommunikativen Austauschs sowie kultureller Veranstaltungen wurden bis November 1938 die Hauptsynagoge in der Altstadt und die Rohrbacher Synagoge genutzt, nach dem Novemberpogrom die Räume der orthodoxen Synagoge in der Plöck 35. Für weitere Zusammenkünfte, kulturelle Veranstaltungen sowie für Beratung und Unterbringung standen ein Gemeindesaal in der Weststadt und Privatwohnungen zur Verfügung.

Zentrale Bedeutung hatte der seit 1825 bestehende *Israelitische Frauenverein*, geleitet von der Unternehmerwitwe Hedwig Holland (1867–1935), dessen Geschäftsstelle in der Bahnhofstraße 53a angesiedelt war, wo die Hollands auch wohnten. Mit diesem verbunden war der *Israelitische Frauenbund*, gegründet 1924, der sich der Fürsorge für hilfsbedürftige Frauen und Mädchen annahm. In ihm waren 1933 131 Mitglieder organisiert. Die Leistungen des Vereins für israelitische Krankenschwestern, seit 1909 mit einer Schwesternstation in der Akademiestraße 2 angesiedelt, wurde angesichts der „alternden“ Gemeinde und der wachsenden Aufgaben bei Pflege und Krankenversorgung schon in den zwanziger Jahren immer dringlicher. 1933 hatte er 240 Mitglieder.

Fürsorge und Hilfe oblagen dem jüdischen Jugendbund in der Neckarstraße 88. Dieser kümmerte sich um hilfsbedürftige, jüdische Jugendliche und deren Vermittlung in Arbeits- und Ausbildungsstätten. Auch der Verein *Gemilius Chasodim* in der Häuserstraße 28 war auf hilfsbedürftige Gemeindemitglieder, Hilfen bei Auswanderung und deren Finanzierung konzentriert. Der Verein *Zedokoh* unterhielt in der Lauerstraße 4 eine Geschäftsstelle zur Betreuung ortsfremder und durchwandernder Juden. Eine Aufgabe, der man sich auch deshalb besonders engagiert stellte, um den Stereotypen und Anfeindungen gegenüber wandernden Juden entgegenzuwirken.

Religiöse und soziale Funktionen hatten die *Beerdigungsbruderschaften*, zu denen der mitgliederreiche israelitische weibliche Beerdigungsverein *Chewra Kadischa* (gegr. 1825) und dessen für Männer zuständiges Pendant, die exklusive *Israelitische Beerdigungsbruderschaft*, gegründet 1889, ebenso wie die *Israelitische*

2 Das Vereinswesen der jüdischen Gemeinde ist in den Epochenbeiträgen der 1996 im Auftrag der Stadt Heidelberg von Peter Blum herausgegebenen Geschichte der Juden in Heidelberg, Heidelberg 1996 im Detail dargestellt. Zur Wilhelminischen Epoche siehe Susanne Döring: Die Geschichte der Heidelberger Juden (1862 bis 1918), hier v.a. S. 272–279; zur Weimarer Republik siehe Udo Wennemuth: Zur Geschichte der Juden in Heidelberg in der Weimarer Republik, hier v.a. Kap. 3.6 Das jüdische Vereinsleben, S. 379–387; zur nationalsozialistischen Epoche Frank Moraw: Die nationalsozialistische Diktatur (1933–1945), hier v.a. S. 443–446. Vgl. auch Arno Weckbecker: Die Judenverfolgung in Heidelberg 1933–1945, Heidelberg 1985, S. 43–47.

Friedhofs- und Beerdigungskasse gehörten. Ein Forum religiöser Verständigung für die orthodoxen Gläubigen bot der *Verein gesetzestreuer Juden*. Kulturell und rituell waren die Mitglieder des *Synagogenchorvereins* tätig bei der Gestaltung von Gottesdiensten und Festtagen.

Zahlreiche Jugend-, Mädchen- und Jungenvereine sowie zwei jugendbewegte Wanderbünde vervollständigen das Bild der mitgliederstarken Vereins- und Gesellschaftskultur. Für viele der jüdischen Jugendlichen waren diese Bünde Orte der zwanglosen Begegnung, der Freundschaft und nach 1933 auch der Kompensation sozialer Kontakte nach dem Ausschluss aus nichtjüdischen Vereinen.

Die Loge und der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten

Kaum zu ermessen für das kulturelle wie das sozial-fürsorgliche Handeln der Gemeinde ist die Bedeutung der liberalen, 1894 gegründeten Friedrichs-Loge des unabhängigen Ordens *Bnei Brith* mit Sitz in der Weststadt. Ihre (wenigen und exklusiv ausgewählten) Mitglieder waren tonangebende und wohlhabende jüdische Bürger, die in der Loge auch ein Forum des nichtreligiösen Austauschs fanden. Als Ergänzung der männlich dominierten Loge gründeten in Heidelberg engagierte Frauen als Ausdruck wachsenden frauenbewegt-bürgerlichen Selbstbewusstseins eine Frauenloge. In ihr aktiv waren beispielsweise

- Frieda Hirsch, geb. Goldberg (1890–1973), die neben der Familienarbeit als Assistentin in der Praxis ihres Mannes, des Kinderarztes Dr. Albert Hirsch, tätig war,
- Meta Koppel, geb. Fuchs (1892–1959), Ehefrau des Mannheimer Industriellen Julius Koppel,
- Mina Rosenbusch, geb. Beermann (1874–1952), die in der Grabengasse ein Mädchenpensionat leitete.

Mitglieder und Aktive in Loge, Synagogenrat, Gemeindevorstand und den Vereinen verkörperten das bürgerlich-wohlhabende, religiös eher liberal orientierte Establishment des Heidelberger Judentums, das aufgrund seiner wirtschaftlichen Ressourcen zunächst auch imstande war, die dramatisch ansteigenden finanziellen und sozialen Lasten der jüdischen Gemeinde zu tragen. Bemerkenswert ist die beachtliche Mitgliederzahl der Vereine, die nahelegt, dass eine große Selbstverständlichkeit darin lag, Wohlstand und Wohltätigkeit zu verbinden und sich vielfältig zu engagieren. Überregional waren die Träger dieser Aktivitäten wahrscheinlich überwiegend dem national-liberalen *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* zuzuordnen, sofern sie keine orthodoxe oder zionistische Orientierung hatten.³

3 Avraham Barkai: „Wehr dich!“ Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) 1893–1938, München 2002; Jürgen Matthäus: Kampf ohne Verbündete. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1933–1938, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 8, 1999, S. 248–277.

Getragen wurde die praktische Arbeit vieler dieser Vereine von engagierten Frauen, geleitet wurden sie indes – mit Ausnahme der Frauenloge und der *Che-wra Kadischa* – vom männlichen Establishment der Gemeinde, wobei es kaum eines der prominenteren und wohlhabenderen Mitglieder gab, das nicht in einem oder mehreren Vereinen Vorstandsaufgaben übernommen hatte.⁴ Der Handlungsrahmen, den die Vereine boten, kanalisierte die innerjüdische Helfertätigkeit in wirksame Bahnen und ergänzte die traditionell stark verankerte familiäre und verwandtschaftliche Hilfstätigkeit.

Einen besonderen Status hatte der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten*. Dieser war 1919 als Abwehr- und Schutzorganisation gegen die antisemitischen Diffamierungen jüdischer Kriegsteilnehmer gegründet worden.⁵ Der in der deutschen Gesellschaft immer virulente Antisemitismus hatte 1916 mit der diffamierenden *Juden-zählung* im Ersten Weltkrieg einen dramatischen Höhepunkt erreicht. Die Befragung sollte – auf Druck nationalistischer und völkischer Kreise – ermitteln, in welchem Umfang jüdische Soldaten und Offiziere als Drückeberger und Feiglinge zu kennzeichnen waren. Schließlich wurde der offene Antisemitismus auch wirksam in der fatalen Dolchstoßlegende, die Juden, Sozialisten, streikende Arbeiter und Intellektuelle zu Alleinverantwortlichen der militärischen Niederlage machten.

Der Reichsbund war mit seinem zweiten Standbein zuständig für die jüdischen Sportorganisationen und unterhielt ein Versammlungslokal in der Plöck 24. Vorsitzender war der Lehrer Hermann Durlacher (1893–1943), der als ehemaliger Frontkämpfer in prototypischer Weise das patriotische und dezidiert national, deutsch und patriotisch gesinnte Milieu des Vereins verkörperte.⁶

Zionistische Gruppen

Die zionistische Richtung innerhalb der Heidelberger Judenschaft war bereits in der Weimarer Republik repräsentiert durch die Ortsgruppe der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland*, kleinere zionistische Jugendgruppen und eine zionistische Studentenorganisation, deren prominentestes Mitglied in der Gründungsphase 1918/19 der spätere Präsident des *Jüdischen Weltkongresses*, Nahum Goldman (1894–1982), war.

Die Ortsgruppe der Zionisten bestand 1933 aus 25 Mitgliedern unter Leitung von Gustav Samuel (geb. 1890, Deportation 1942 nach Riga, verschollen) und

4 Hinweise zu den Vereinen bei Udo Wennemuth: Zu Geschichte der Juden in Heidelberg in der Weimarer Republik, in: Blum (wie Anm. 2), S. 379–387; Frank Moraw: Die nationalsozialistische Diktatur, in: ebd., S. 443–447.

5 Ulrich Dunker: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins, Düsseldorf 1977; Hans-Christian Kokalj: „Kampf um die Erinnerung“. Jüdische Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs und ihr Widerstand gegen die rechtspopulistische Propaganda in der Weimarer Republik, in: Tobias Arand (Hg.): Die „Urkatastrophe“ als Erinnerung. Geschichtskultur des Ersten Weltkriegs, Münster 2006, S. 81–98.

6 Zu Durlacher vgl. den Beitrag von Norbert Giovannini in diesem Band.

des Buchhändler-Ehepaars Herbert (1890–1954) und Lili Großberger (1901–?), die auch für den Erhalt des in der Pogromnacht beschädigten Bethauses der Orthodoxen in der Plöck sorgten. Die zionistische Bewegung war seit ihrem Bestehen darauf gerichtet, Hilfen für Auswanderung, Ausbildung, religiöse Orientierung und Sprachkurse zu organisieren. Hierzu wurden regionale Werkstätten, landwirtschaftliche Betriebe und Trainingslager errichtet. Diese Bausteine erhielten ab 1933 unvermittelt höchste Dringlichkeit. Eine klare Unterscheidung von zionistischen und orthodoxen jüdischen Einwohnern ist in Heidelberg kaum möglich.

Schrumpfende Ressourcen

Die Auswanderung von gebildeten, jüngeren und wohlhabenden Gemeindemitgliedern von 1933 bis 1938 vervielfachte dramatisch die Belastungen der hier Gebliebenen. Mit den Zerstörungen in der Pogromnacht 1938, der nachfolgenden Judenvermögensabgabe, der Zwangsabgabe von Gold, Silber und anderen Wertgegenständen im ersten Halbjahr 1939 sowie den systematisch geplünderten Erträgen beim Zwangsverkauf von Betrieben, Geschäften und Immobilien (*Arisierung*) wurde die Verarmung der jüdischen Bevölkerung massiv vorangetrieben. Die Entscheidung zu Flucht und Exil war in der Regel mit weitgehendem Vermögensverlust verbunden, u.a. durch die schon in der Weimarer Republik eingeführte *Reichsfluchtsteuer*. Finanzielle Hilfe für die hier gebliebenen Gemeindemitglieder aus den Exilländern war kaum zu erwarten.

Umso bemerkenswerter ist, welche enormen Ressourcen die Gemeinde bis in die Endphase des Regimes mobilisierte, wenn es darum ging, konkret zu helfen um Krankenbehandlungen, Rechtsberatung und Ausbildung zu gewährleisten oder Ausreisen zu bewerkstelligen. Zu bedenken ist, dass sowohl Gehälter und Altersbezüge der jüdischen Beamten als auch die städtischen Sozialleistungen für die jüdischen Einwohner drastisch verringert wurden. Mit der Flucht von Firmeninhabern, Akademikern und etablierten Gewerbetreibenden waren finanzielle Ressourcen unwiederbringlich verloren gegangen. Durch den Weggang junger und gebildeter Gemeindemitglieder sowie von jungen Familien und ihren Kindern, verloren die Gemeinden ihren generationell „nachwachsenden“ Unterbau.

Die liberale sowie die kleine orthodoxe Gemeinde und die mit dieser verbundene zionistische Ortsgruppe bündelten alsbald ihre Anstrengungen. Leider sind diese nur unzulänglich dokumentiert, da die Gemeindeakten nach der Pogromnacht 1938 vernichtet wurden.

1935 mussten bereits 25% des Gemeindeetats für Wohlfahrtsausgaben aufgebracht werden. Hierzu hat man offenbar noch vorhandene Mittel einer auf den Wiener *Hofjuden* Samuel Oppenheimer (1694 oder 1695–1738) zurückgehenden Stiftung verwendet. Erhebliche Mittel erforderten die Gehälter des Gemeindepersonals und bauliche Kosten.

Die aus dem Osten ...

Bemerkenswert hoch ist die Zahl der seit der Jahrhundertwende aus polnischen und habsburgischen Gebieten zugewanderten jüdischen Einwohner, die unmittelbar nach der Machtübernahme 1933 die Flucht ergriffen, meist unter dramatischen Vermögensverlusten und schwierigsten Fluchtbedingungen. Sie bildeten ein eher „kleinbürgerliches“ Milieu, das sich nicht wirklich repräsentiert fühlte durch die liberale Hauptgemeinde. Von deren etablierten Gemeindemitgliedern wurden den *Ostjuden* auch tief verankerte Vorbehalte und Vorurteile entgegengebracht. Nicht zu verkennen ist jedoch, dass die polnischen und vormals habsburgischen jüdischen Familien als Gewerbetreibende, Angestellte, Schüler und Studenten in die städtische Gesellschaft gut integriert waren. Ihre Geschäfte stellten zudem ein dringend benötigtes Warenangebot für weniger wohlhabende Einwohner dar, die gerne „beim Juden“ kauften.

Umso dramatischer war diese Gruppe von der überfallartigen Judenausweisung im Oktober 1938, der Polendeportation⁷ und nachfolgend von der Deportation 1940 betroffen. Zentrale Bezugsperson war für „die Polen“ der Kontakt zu Pfarrer Hermann Maas (1877–1970), der in einzigartiger Weise und getragen von seiner bedingungslosen „Tiefenverbindung“ zum Judentum, ermutigend, stützend und helfend wirkte.⁸ Bemerkenswert ist auch, dass über hundert Angehörige dieser ansonsten heterogenen Gruppe von 1933 bis 1938 die Flucht in die USA und nach Palästina ergriffen. Über vierzig wurden im Zuge der Polendeportation 1938 ausgewiesen, mindestens sechzehn nach Gurs deportiert.⁹

Arbeit und Ausbildung

Die zahlreichen Ausbildungsinitiativen für Jugendliche lassen sich nur unzulänglich dokumentieren. Aktiv war in diesem Bereich neben zionistischen Organisationen der *Jüdische Jugendbund* unter Leitung von Oberkantor Julius Krämer (1883–1935). Die Anstrengungen, hilfsbedürftige Jugendliche zu unterstützen und ihnen Arbeit zu verschaffen, reichten weit über Heidelberg hinaus. Einige Beispiele:

- Gottfried Weil (geb. 1923) kam vor der Emigration nach Uruguay von Juli bis November 1938 in einer jüdischen Handwerkerschule in Mannheim unter und bereitete sich auf eine Lehre als Mechaniker vor.
- Günter Wolfgang Schwarz (geb. 1921) konnte bis 1937 die Privathandelschule Albert Feil in Heidelberg besuchen, war dann Volontär in der Maschi-

7 Jerzy Tomaszewski: Auftakt zur Vernichtung. Die Vertreibung der polnischen Juden aus Deutschland 1938, Osnabrück 2002.

8 Zu Hermann Maas der Beitrag von Markus Geiger in diesem Band.

9 Norbert Giovannini: „Unsere ganze friedliche Stimmung hatte sich so plötzlich in Luft aufgelöst.“ Ein fast völlig vergessenes Kapitel der Judenverfolgung: Die Polendeportation am 28. Oktober 1938 traf auch Heidelberger Familien, in: Rhein-Neckar-Zeitung Nr. 249, 27./28.10. 2018, S. 6.

nenwerkstatt Jakob Kapustin in Ladenburg. Auf diese folgte der Besuch einer Ingenieurschule in Mittenweide/Sachsen vor der Ausreise nach Großbritannien 1938.

- Max Rubinstein (geb. 1915) fand 1934, nachdem er die Oberrealschule verlassen hatte, eine ordentlich bezahlte Arbeit in der Maschinenschlosserei Autz und Hermann, wo er mit der Herstellung von Feldbetten für den Reichsparteitag in Nürnberg beschäftigt wurde. 1935 ist er nach Palästina ausgewandert.¹⁰
- Albert Löwenstein (geb. 1920) machte von 1935 bis 1938 eine Lehre bei der jüdischen Firma Sally Stroh, Lederwarengroßhandlung in Heidelberg, Ziegelgasse 26 bis zur Emigration in die USA im Oktober 1938.
- Erich Rotheimer (geb. 1924) verließ mit Jahresbeginn 1938 die jüdische Volksschulklasse und begann eine Schlosserlehre in der jüdischen Anlernwerkstatt in Mannheim bis zur Ausreise nach Frankreich im November 1938. In dieser lernte auch Julius Marx (geb. 1921) nach Abschluss der jüdischen Klasse im November 1937.
- Werner Franz Marx (geb. 1927) verließ 1937 die Oberrealschule und begann eine Schlosserausbildung in der jüdischen Handwerksschule in Frankfurt am Main.
- Berta Sipper (geb. 1918) nahm ab März 1939 auf dem Geringhof bei Fulda an einem Lager zur Vorbereitung auf die Auswanderung nach Palästina teil, konnte aber von dort nicht mehr fliehen und ist wahrscheinlich mit den Eltern aus Heidelberg im Juli 1939 nach Polen ausgewiesen oder von einem anderen Ort in ein Konzentrationslager deportiert worden.
- Max Oppenheimer (geb. 1919) begann nach dem Ausschluss aus dem Kurfürst-Friedrich-Gymnasium eine Schlosserlehre, bevor er im März 1939 über die Schweiz und Frankreich nach Großbritannien flüchtete.¹¹
- Hans Meyer (geb. 1919) nahm im Oktober 1939 an einer Umschulung auf Gut Winkel in Sprehagen teil.¹²

10 Max Rubinstein: Eine Jugend in der Altstadt, in: Norbert Giovannini, Frank Moraw (Hgg.): *Erinnertes Leben. Autobiographische Texte zur jüdischen Geschichte Heidelbergs*, Heidelberg 1998, S. 50–55.

11 Alle Angaben nach Norbert Giovannini, Claudia Rink, Frank Moraw: *Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen. Biographisches Lexikon mit Texten*. Hg. vom Förderkreis Begegnung, Heidelberg 2011.

12 Weitere Beispiele für Arbeits- und Ausbildungsvermittlung, die die Reichweite der Vermittlungstätigkeit dokumentieren: Walter Samuel Hirsch (1921–1969) 1936 bis 1939 landwirtschaftliche Schule; Walter Heß (1919–1998) 1934 bis 1937 Lehre in der Schuhfabrik Cäsar Fisch in Heidelberg. 1937 bis 1938 Einkäufer bei Fisch, dann 1939 Buchhalter bei Fa. Gimbel, Eisengroßhandel in Mannheim. 1939 nach Polenzwerda/Kreis Eberswalde verzogen und dort Teilnahme an landwirtschaftlicher Ausbildung bis 1940. 1940 nach Palästina emigriert; Albert Goldstrom (geb. 1923) in Heidelberg von 1937 bis 1939 angestellt in einem jüdischen Schreinerbetrieb; Amalie Freund (geb. 1920) 1936 bis 1938 Vorbereitungskurse zur Auswanderung in Berlin. Danach Auswanderung in die USA; Walter Julius Durlacher (1924–2005) nach Beendigung der jüdischen Volksschule Ausbildung zum Schreiner in einer jüdischen Anlern-

- Lola (Karola) Levi (1920–2008) verzog nach der Handelsschule in Heidelberg und einer Haushaltsschule in Konstanz als Lehrschwester am 2. August 1938 nach Frankfurt in die Bornheimer Landwehr 85 und erhielt dort bis 1939 eine Ausbildung zur Krankenpflegerin am Jüdischen Krankenhaus in Frankfurt am Main. 1939 emigrierte sie nach Großbritannien.

Sport und Jugendarbeit

Max Oppenheimer¹³ verweist auch darauf, dass sich mit der *Gleichschaltung* der Vereine nach der Machtübernahme 1933 die Anzahl jüdischer Jugend- und Sportverbände sprunghaft vermehrte, sowohl auf Seiten des konservativ-assimilatorischen Sportbundes *Schild* als Teil des *Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten* wie der zionistischen *Makkabi*. Schließlich wurde ein *Jüdischer Sport Verein* (JSV) gegründet, der zwei Fußballmannschaften, eine Handballmannschaft für Frauen und eine Leichtathletik-Sektion umfasste. Trotz bestehender Gegensätze von Liberalen, Orthodoxen und Zionisten musste und wollte man zusammenrücken und den Ausschluss aus den Heidelberger Sportvereinen kompensieren.¹⁴ Sportvereine und Organisationen der jüdischen Jugendbewegung stellten Refugien dar, in denen die Verluste an sozialem und geselligem Leben ausgeglichen werden konnten. Gerade weil sie aus einer Not- und Verlustsituation entstanden waren, können wir in ihnen eine die Resistenz der Menschen stärkende und widerständige Handlungsoption erkennen.

Die musische Resistenz

Zum kulturellen Leben gehörten neben Gesprächskreisen auch Konzerte, Theater- und Rezitationsabende und andere Aufführungen, die auf Initiative der Rabbiner und des Oberkantors der Gemeinde, Julius Krämer (1883–1953), in der Synagoge stattfanden. Im Juli 1938 wurde eigens eine Ortsgruppe des *Jüdischen Kulturbundes* gegründet, die unter Leitung des Oberkantors Julius Krämer, des Vorsitzenden des Synagogenrats Sally Goldscheider (geb. 1872) und von Prof. Sigmund Rotheimer (1882–1955) stand. Der Tochter des Gymnasiallehrers Josef Kassewitz, Lisel (Johanna-Lise) Kassewitz (1909–2006), wurde bereits 1931 das Amt der Organistin in der Synagoge übertragen, das sie bis 1938 innehatte. Sie

werkstatt in Frankfurt. Juli 1938 mit einem Kindertransport nach England gebracht; Ruth Coßmann (geb. 1923) 1937/1938 Jüdische Wirtschaftsfrauenschule in Wolfratshausen und Vorbereitungslehrgang der Jugend-Alijah in Rüditz bei Berlin. Ausreise nach Palästina; Theo Walter Bodenheimer (geb. 1921) vom 12.4.1937 bis 31.3.1938 kfm. Volontär in der Radiohandlung Gamber, Diehl u. Co. in der Hauptstraße 107. Im August 1938 nach Frankreich emigriert; Josef Bamberger (geb. 1912) 1938 landwirtschaftliche Umschulung in Magdeburg. 1939 Ausreise nach London; Klara (Clara) Bamberger (geb. 1923) bis 1938 Jüdische Haushaltsschule in Frankfurt/Main. Ab 1938 Privatunterricht Englisch, Zeichnen und Nähkurs. 1940 nach Gurs deportiert, 1941 in die USA ausgewandert.

13 Oppenheimer (wie Anm. 1).

14 Dazu auch der Beitrag von Norbert Giovannini zu Hermann Durlacher in diesem Band.

hatte, parallel zu ihrem Musikstudium, in der Geschäftsführung der Heidelberger Schlossfestspiele Erfahrungen gesammelt und war zeitweilig auch als Sekretärin des Dirigenten Wilhelm Furtwängler tätig. Über die Situation ab 1933 berichtete sie:

„Wir durften keine Christen mehr einstellen und keine Konzerte und öffentlichen Veranstaltungen mehr in den Sälen der Stadt durchführen. Deshalb hat sich alles auf die Synagoge konzentriert. Es fanden Kammerkonzerte mit dem Mannheimer Stamitz-Orchester und Solistenkonzerte statt, auch andere kulturelle Ereignisse, die wir unseren Gemeindemitgliedern darbringen konnten.“

Musikalisch initiativ war vor allem Oberkantor Julius Krämer, der auch Religionsunterricht erteilte. Krämers Charisma war entscheidend für das Gelingen der internen Kulturarbeit. Und seine außerordentliche Stimme beeindruckte die Gemeindemitglieder. „Den Gottesdienst haben wir musikalisch so gestaltet, dass die Gemeinde mit äußerster Aufmerksamkeit folgte. Das war vor allem die Leistung von Julius Krämer, der mich selbst zur Musik animiert hatte“, erinnert sich Lisel Kassewitz.¹⁵ Krämer initiierte und leitete auch den Synagogenchor.

Nachdem die Wohnung des Ehepaars Krämer in der Pogromnacht 1938 demoliert und der Kantor in Dachau inhaftiert wurde (wo ihm ein Bein erfror), wanderten die Krämers 1939 nach Großbritannien aus und übersiedelten 1940 mit ihrem Sohn Hans Leopold in die USA. Lisel Kassewitz verließ Heidelberg 1938 „an einem Samstag nach dem Gottesdienst, mit Hilfe eines gefälschten Studentenausweises und mit Tränen in den Augen“. In Israel gestaltete sie als Administratorin am *Palestine Conservatoire of Music* und als Organisatorin der *Jerusalem Chamber Music Society* das Musikleben Israels in nachhaltiger Weise. Sie ist 2006 in Basel gestorben. Ihre Arbeit in der Gemeinde hatte zum Teil schon 1937 die siebzehnjährige Ruth Marschall (1920–1965) übernommen, die zuvor die Mädchenrealschule besucht hatte und im März 1939 über Großbritannien nach Brasilien auswanderte.¹⁶

Bildungs- und Ausbildungsangebote

Die Koordination aller Hilfsbemühungen der Gemeinde bewältigten unzweifelhaft die Rabbiner, der Synagogenrat, die Gemeindevorstände und deren Vorsitzende. Bereits im März 1933 war ein Aktionsausschuss aus acht Mitgliedern gegründet worden, der mit einem Fragebogen die Hilfsbedürftigkeit der Gemeindemitglieder ermittelte und über Schwerpunkte der internen Hilfstätigkeit entschied.

Von besonderer Bedeutung war die Erweiterung des Bildungsangebots für jüdische Kinder und Jugendliche in den Bereichen jüdische Geschichte und Philosophie, Sprachkurse und allgemein praktische Fähigkeiten. Im Oktober 1936 wurde dazu ein „Lehrhaus“ geschaffen, das diese Bemühungen mithilfe des Rabbiners und aus dem Staatsdienst entlassener Lehrkräfte bündelte.

15 Lisel Lewin-Kassewitz: Meine Zeit als Organistin und Gemeindesekretärin der jüdischen Gemeinde, in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 10), S. 138–143.

16 Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 11), S. 275.

Auf Initiative der NSDAP-Kreisleitung, aber durchaus auch mit ambivalenter Unterstützung der jüdischen Gemeinde, wurde in der Weststädter Pestalozzischule zum Schuljahr 1935/36 auf Betreiben des NSDAP-Kreisleiters und Stadtschulrats Wilhelm Seiler eine separate jüdische Volksschulklasse eingerichtet. Die Klasse wurde von Volksschullehrer Hermann Durlacher unterrichtet, dem einige zuvor beurlaubte Gymnasiallehrer zur Seite gestellt wurden, um anspruchsvolle Fächer auf gymnasialem Niveau sowie den Religions- und Hebräisch-Unterricht zu erteilen: Prof. Ludwig Demuth (1873–1948), Sigmund Rotheimer (1882–1955), Ludwig Basnizki (1885–1957) und Prof. Moritz Morgenthal (1889–1971) sowie die Hebräischlehrer Leo Neubarth (geb. 1914) bis 21. März 1937 und Julius Zellner (geb. 1917) ab September 1937. Den Religionsunterricht übernahm bis zu seiner Emigration im September 1938 Rabbiner Ulrich Steuer (1912–1973), danach „Rabbinatsverweser“ Dr. Hans Zucker (1909–1981) bis April 1939. Seit Juli 1939 unterrichtete auch der vormalige Weinheimer Religionslehrer und Kantor Arthur Auerbach (1898–1942 im KZ Izbica) in Heidelberg, der nach dem Novemberpogrom wie Lehrer Durlacher in Dachau interniert worden war und nach seiner Heidelberger Zeit die private jüdische Schule in Mannheim leitete.

Durlacher und seine Kollegen leisteten Gewaltiges. Die Kinder mussten differenziert unterrichtet werden, weil alle Alters- und Leistungsgruppen versammelt waren. Die Gymnasiallehrer scheiterten gelegentlich mit ihrem professoralen Unterrichtsstil an den quirligen Kindern; Durlacher war nicht allen hohen fachlichen Anforderungen gewachsen, konnte aber als Volksschullehrer im Prinzip alle Fächer unterrichten, ebenso Hebräisch, Englisch und Französisch. Aus religiös aktivem Elternhaus stammend war er auch imstande, jüdische Religion und Traditionen zu vermitteln. Nach der Flucht seiner Kollegen stand er jedoch allein auf weiter Flur.

Die Rabbiner 1907–1912

Zentrale Funktionen in der Gemeinde kamen den Rabbinern zu. Seit 1930 amtierte als Bezirks- und Heidelberger Rabbiner der 1906 geborene Dr. Fritz Pinkuss (1905–1994), der sein Studium in Berlin 1929 mit einer Dissertation zu Moses Mendelsohns Beitrag zur englischen Philosophie abgeschlossen hatte. Zu seinem Einzugsbereich als Bezirksrabbiner gehörten 25 kleinere Gemeinden in der Umgebung Heidelbergs. Er war Nachfolger seines Onkels Hermann Pinkuss, der im kulturellen Leben Heidelbergs hoch angesehen war und von 1900 bis 1930 das Rabbineramt innehatte. Fritz Pinkuss wie sein Onkel Hermann standen in der Tradition liberaler Rabbinate in Stadt und Bezirk Heidelberg, die ihren Anfang in der innerjüdischen Reformbewegung des 19. Jahrhunderts um Lehrer Karl Rehfuss und Bezirksrabbiner Salomon Fürst genommen hatte.¹⁷

¹⁷ Hans-Martin Mumm: „Denket nicht: Wir wollen's beim Alten lassen.“ Die Jahre der Emanzipation 1803–1962, in: Giovannini, Bauer, Mumm (wie Anm. 1), S. 61–105; Martin Krauß: Zwischen Emanzipation und Antisemitismus (1802 bis 1862), in: Geschichte der Juden (wie

Fritz Pinkuss attestiert sich selbst in seinen Lebenserinnerungen einen bedeutsamen Beitrag zu Hilfs- und Fluchtaktionen, vor allem unmittelbar nach der NS-Machtübernahme 1933.

„In der Nacht vom 1. auf den 2. April kamen Dutzende von Studenten und Studentinnen, Juden und Nichtjuden, zu mir nach Hause, weil sie Verfolgungen befürchteten. Sie baten mich um Hilfe und ich tat mein Möglichstes. Da ich diesen Notfall vorhergesehen hatte, hatte ich mich schon an jüdische Stiftungen mit der Bitte gewandt, mir ihre Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Dann, als diese Mittel der Kontrolle des Rabbinats unterstanden, sorgte ich dafür, dass mit dem Geld die Emigrationen ermöglicht wurden. Die meisten der jungen Leute waren nicht im Besitz der notwendigen Ausweispapiere. Doch es war mir auch schon gelungen, mit der Polizei an der französischen Grenze in der Nähe des Saarlandes ein Übereinkommen zu treffen, wonach die Ausweise, die ich ausstellte, als gültig angesehen werden sollten. Und dann fälschte ich in jener bewegenden Samstagnacht zum ersten und einzigen Male in meinem Leben Dutzende von Ausweisen.“¹⁸

Unmittelbar auf Pinkuss folgte der 24-jährige Rabbiner Dr. Ulrich Steuer, der in Breslau und Berlin studiert hatte und in besonders ausgeprägter Weise das moderne, liberale Judentum verkörperte. Seine Resonanz in der Gemeinde war überwältigend, er verstand es, mit dem von ihm initiierten „Lehrhaus“ vor allem die Jugendlichen anzusprechen. Die Organistin, Lisel Kassewitz, die zeitweilig als Gemeindesekretärin tätig war, bekundet auch die Qualität seiner religiösen Reflexionen: „Seine Predigten wurden wohl in jedem Haus diskutiert.“¹⁹ Ulrich Steuer emigrierte mit Ehefrau und Sohn im September 1938 in die USA, wo er in mehreren liberalen jüdischen Gemeinden als Rabbiner arbeitete. Als Nachfolger konnte die Gemeinde Dr. Hans Zucker gewinnen, der ebenfalls in Berlin und Breslau studiert hatte und vor seiner Heidelberger Anstellung Prediger in der liberalen Synagoge in Berlin und Rabbiner in Koblenz gewesen war. Schon im April 1939 emigrierte Zucker mit seiner Ehefrau, Dr. Liane Zucker geb. Strauß-Hockenheimer (geb. 1909), die am *Philanthropin*²⁰ in Frankfurt unterrichtet hatte, und der gemeinsamen Tochter Miriam über Großbritannien in die USA.²¹ Danach hatte die Gemeinde keinen Rabbiner mehr. Nach dem Novemberpogrom stand der Gemeinde außer Hermann Durlacher kein Religionslehrer mehr zur Verfügung. Wir wissen nicht, wer bis zur Deportation 1940 und in den vierein-

Anm. 2), S. 154–216.

18 Fritz Pinkuss: Lernen, Lehren, Helfen, sechs Jahrzehnte als Rabbiner auf zwei Kontinenten, Heidelberg 1990, S. 31 ff. Die Angaben von Fritz Pinkuss lassen sich leider nicht im Detail verifizieren. Vgl. ders.: Rabbiner in Heidelberg 1930–1936, in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 10), S. 130–137.

19 Lisel Lewin Kassewitz in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 10), S. 140.

20 Das Frankfurter Philanthropin bestand von 1804 bis zur Schließung 1942 und war die größte (bis zu 1000 Schüler*innen) und am längsten bestehende jüdische Schule in Deutschland.

21 Ulrich Steuer und Samuel Zucker (irrtümlich Samuel, gemeint ist Hans Zucker): Erinnerung an zwei Rabbiner der jüdischen Gemeinde in der Zeit der Verfolgung (1936–1939), in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 10), S. 144–145.

halb Jahren danach ein über den familiären und nachbarschaftlichen Rahmen hinausgehendes religiöses Leben aufrechterhalten hat.

Die jüdische Gemeindeleitung

Es ist bemerkenswert, dass an der Grundverfassung der jüdischen Gemeinde Heidelbergs sich nach 1933 nichts wirklich änderte. Die tragenden Gruppen und Persönlichkeiten blieben präsent, ebenso wie die innerreligiöse Orientierung am liberalen Judentum. Vermutlich verstärkte sich der zionistische Flügel, der ein realistisches Handlungsangebot zu Flucht und Ansiedlung in Palästina vorweisen konnte und der zu dessen Vorbereitung auch funktionierende überregionale Netzwerke geschaffen hatte.

Als Vorsitzender des Synagogenrats amtierte von 1929 bis 1933 der fast 70-jährige Rechtsanwalt Dr. Theodor Kaufmann (1864–1936). Er war zugleich Mitglied im Badischen Oberrat, Vorsitzender der jüdischen Freimaurerloge und von 1912 bis 1926 Mitglied des Heidelberger Stadtrats sowie langjähriger Vorsitzender der Heidelberger Handelskammer. Wie kein anderer verkörperte er die engagierte Honoratiorenschicht des Heidelberger Judentums, unter anderem auch als Vorsitzender der Örtlichen Zentralstelle für jüdische Wohlfahrtspflege (Geschäftsstelle Hauptstraße 11). Im Synagogenrat aktiv waren 1933 der Architekt Siegfried Seidemann (1879–1956), der Arzt Dr. Siegfried Rothschild (1860–1937), die Unternehmer Moritz Oppenheimer (1865–1946), Kaufmännischer Direktor der Herrenmühle, und Fritz Schlössinger (1873–1933), der Kaufmann Mayer Maier (1865–1941) und der in der Weststadt wohnende Privatier und ehemalige Generaldirektor eines Schweizer Warenhauskonzerns, Salomon Goldscheider.

In den folgenden Jahren bestimmte jedoch ein neues Team die Leitung der Gemeinde. Goldscheider übernahm den Vorsitz, den er bis zur Deportation 1940 innehatte. Ihm zur Seite standen die Unternehmer Eugen Fisch (1897–1957), der Tabakfabrikant Simon Hochherr (1882–1944), der Gründer und Vorsitzende des Vereins gesetzestreuer Juden war, der außerordentlich fähige Rechtsanwalt Dr. Hermann Müller (1893–1968), dazu der Vorsitzende der Friedrichsloge, Gymnasialprofessor Sigmund Rotheimer, der Kaufhausbesitzer Ludwig Rothschild (1894–1980) und der Zigarrenfabrikant Walter Maier (geb. 1892). 1936 ergänzte der Arzt Sigmund Weinberger (1878–1968) den Vorstand.²²

Herausforderungen

Die Herausforderungen an die Arbeit der Gemeindespitze hatten sich mit Beginn der NS-Herrschaft fundamental gewandelt. Gemeindearbeit war zu einer extrem mühseligen, kraft- und zeitraubenden Angelegenheit geworden. Mit seiner brutalen und zugleich gesetzlich gestützten Machtausübung war der Staat

22 Siehe die Personenhinweise in Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 11).

zum feindseligen Gegner geworden, er bedrohte durch Gesetze und Verordnungen absichtsvoll Wohlstand, Einkommen, religiöse Praxis und die rechtliche Sicherheit der Gemeindemitglieder. Für die Träger der Gemeindearbeit bedeutete dies, in permanenten Kontakten mit Stadtverwaltung, Gestapo und Ausreisebehörden zu stehen. Fast aus dem Stand mussten Eingaben an die Wirtschaftsverwaltung, die Finanzbehörden und die städtischen Wohlfahrtsämter verfasst werden. Kleinteilige Schikanen und folgenreiche Vorschriften, die unablässig auf die jüdische Minderheit herniedergingen, mussten erwidert und nach Möglichkeit gemildert werden. Von zentraler Bedeutung wurde paradoxer Weise die Zusammenarbeit mit der politischen Polizei (Gestapo), die – seit 1937 als Reichsorganisation – nahezu gesetzesfrei agierte und von deren unberechenbarem Wohlwollen man abhängig war.²³ Die Korrespondenzen der städtischen Sozial- und Wohlfahrtsbehörden sind voll von Anfragen, Anträgen und Einsprüchen; denn die Vorgaben der Stadt waren prinzipiell darauf gerichtet, die unerwünschte „Belastung“ durch notleidende und fürsorgebedürftige Juden zu minimieren. Zunehmend wurden jüdische Gemeindevertreter auch als ausführende Organe städtischer und staatlicher Maßnahmen missbraucht. Das infame Konzept, sich der jüdischen Funktionäre zu bedienen, wurde bis 1945 konsequent auf allen Ebenen umgesetzt. Schließlich mussten Deportationsverfügungen und die mit ihnen verbundenen detaillierten Vorschriften, was auf die Reise mitgenommen werden durfte, von den Vertretern der Gemeinde den Deportierten überbracht werden. Kaum vorstellbar ist, mit welchen Kräften die zu Anfang 1939 noch in Heidelberg lebenden Gemeindevorstände die aufwändigen Vorbereitungen für die Kindertransporte nach Großbritannien bewältigten. Wir können nur vermuten, dass sich die verzweifelten Eltern auch an die vorhandenen nichtjüdischen Hilfsnetze gewandt haben.

Bis 1939 hatten alle Mitglieder des Synagogenrats Heidelberg und Deutschland verlassen. Aus seinem Fluchtort Amsterdam wurden Simon Hochherr und seine Familie nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Eugen Fisch, Hermann Müller, Siegmund Rotheimer und Siegmund Weinberger konnten emigrieren.

Eine sehr kleine Gruppe um den Vorsitzenden Salomon Goldscheider, den Lehrer Hermann Durlacher, die Gemeindeangestellten Willy Seligmann (1893–1945 für tot erklärt), Elise Sichel (1891–1945 für tot erklärt) und Raphael Jacob (1877– nach August 1942) gewährleisteten mit hingebungsvollem Engagement bis 1940 den Bestand der Gemeinde, unterstützt von den Partner*innen einiger *Mischehen*, einem heterogenen Umfeld von Helfern und Helferinnen und den Zuwendungen und organisatorischen Leistungen der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*. Mehr und mehr bedeutsam wurde der Jurist und in *Mischehe* verheiratete Anwalt Dr. Arthur Strauß (1880–1955), auf dessen Schultern nahezu die ganze Gemeindearbeit nach der Deportation 1940 lag.²⁴

23 Siehe hierzu den Beitrag von Norbert Giovannini zum Spruchkammerverfahren gegen den Gestapobeamten Wilhelm Bender in diesem Band.

24 Siehe hierzu den Beitrag von Frank Engehausen zu Dr. Arthur Strauß in diesem Band.

Raphael Jacob, der in der Gemeinde als 2. Kantor, als Schächter und Lehrer sowie als Rechner und Gemeindeschreiber tätig war, wurde 1940 nach Gurs deportiert und in Auschwitz ermordet, ebenso wie die Verwalterin der Kirchensteuer Elise Sichel, geb. Seligmann und ihr Bruder, der Synagogenverwalter Willy Seligmann. Der Fabrikant Gustav Basnizki (1878–1956), Obmann der 28-köpfigen Gemeindevertretung, war im Februar 1939 in die Schweiz geflohen.²⁵

Selbst in der dann einsetzenden, von Rechtlosigkeit, Deportationsfurcht und Verarmung gekennzeichneten Situation hat solidarisches, helfendes Handeln stattgefunden, sowohl aus den verbliebenen Kreisen der jüdischen Einwohner wie durch externe Helfer.

25 Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 11).

Durlachers Kinder. Der Lehrer Hermann Durlacher und die jüdische *Volksschul-Abteilung* 1935–1940¹

NORBERT GIOVANNINI

Seit Mai 1870 bestand in Heidelberg eine gemeinsame Volksschule für Kinder aller Konfessionen, nachdem sich die Bürgerschaft im Jahr zuvor mehrheitlich gegen die Konfessionsschulen entschieden hatte. Damit endete auch die Geschichte der jüdischen Bezirksschule in der Großen Mantelgasse.

Bis 1935 wurden jüdische Kinder in den Heidelberger Volksschulen unterrichtet, an denen auch jüdische Lehrer eingesetzt waren (in Heidelberg: Salomon Ortlieb, Maier Kahn, Samuel Müller und seit 1920 Hermann Durlacher). Diese übernahmen das Fach Religion, in Absprache mit den Rabbinern, die am Gymnasium und den Oberrealschulen unterrichteten.

Im Sommer 1935, 65 Jahre nach Einrichtung der simultanen, alle Konfessionen einschließenden Volksschule, betrieb der Heidelberger Stadtschulrat und NSDAP-Kreisleiter Wilhelm Seiler die Ausgliederung der jüdischen Kinder aus den öffentlichen Schulen und die Einrichtung „einer rein jüdische[n] Klasse in einem zentral gelegenen Schulhaus“.² Erst zwei Jahre später wurde dieses Verfahren in ganz Baden eingeführt. Seiler machte Mitte August 1935 geltend, dass es „auf Dauer nicht gehen [wird], dass unsere Heidelberger Bevölkerung ihre Kinder zu einem jüdischen Lehrer in die Schule schickt“. Oberbürgermeister Carl Neinhaus leistete dem Ansinnen seines notorischen, auf den Einfluss der NS-Partei bedachten Kontrahenten keinen Widerstand. Aber auch von Seiten der jüdischen Gemeinde gab es wohl verhaltene Zustimmung. An einigen Schulen hatte sich durch fanatische Nationalsozialisten unter den Lehrern die Situation der jüdischen Kinder und Jugendlichen zunehmend verschärft. Auch von der Mannheimer Gemeinde waren Initiativen in diese Richtung ausgegangen, da man erhoffte, bei einer separaten Beschulung ungestört von feindseligen Attacken, konzentriert auf religiöse und auswanderungspraktische Aspekte, Schule halten zu können.

1 Der Beitrag stützt sich auf das Landesamt für Wiedergutmachung: Fragebogen zur Dokumentation der Judenschicksale GLA EK 998911192; Badische Ausweisungsliste GLA 865/Heidelberg.

2 GLA 235/39511 Die Errichtung einer jüdischen Schule in Heidelberg. 1935–1939; zur jüdischen Schule: Erhebungsbögen des HStA Stuttgart und GLA 467/1977-30, Bund 9; vgl. Arno Weckbecker: Die Judenverfolgung in Heidelberg 1933–1945, Heidelberg 1985, S. 249f.; s.a. GLK 467/1977, fol. 8. Die endgültige und flächendeckende Ausgliederung der jüdischen Schülerinnen und Schüler erfolgte am 2.7.1937 mit dem Erlass „Auswirkungen des Reichsbürgergesetzes auf das Schulwesen“.

Zehn Tage nach Seilers Intervention genehmigte das Ministerium die Einrichtung mit dem durchaus auch die Schutzbedürftigkeit der jüdischen Kinder betonenden Argument, dass eine solche Schule „die beste Form ist, um die Schwierigkeiten, die für jüdische Kinder in der nationalsozialistischen Schule entstehen können, zu vermeiden.“³ De jure konnten jüdische Schüler weiterhin höhere Schulen besuchen, de facto gab es jedoch schon Mitte 1937 keine jüdischen Gymnasiasten mehr. Sogenannte *Mischlinge* waren bis September 1938 in öffentlichen Schulen zugelassen.

Anfang September 1935 nahm der Volksschullehrer Hermann Durlacher den Unterricht für die jüdischen Schülerinnen und Schüler in einem Klassenzimmer der damals Pestalozzischule (von 1886 bis 1927 und wieder seit 1970 Landhauschule) genannten Volksschule in der Weststadt auf.

Zur Biografie von Hermann und Martha Durlacher

Durlacher kam aus der nordbadischen Gemeinde Münzesheim (heute Gemeindeteil von Kraichtal bei Karlsruhe), wo er am 12. August 1893 geboren wurde. Er war das Kind einfacher Leute, des Handelsmanns Lippmann Durlacher (1848–1944) und der Mathilde Durlacher, geb. Fleischer.⁴ Durlacher wuchs im Milieu eines religiös konservativen und zugleich aufgeklärten Landjudentums auf. Sein Vater war Gemeindevorsteher und Mitglied im örtlichen Militärverein. Er wurde, da er bei der Oktoberdeportation 1940 erkrankt war, erst 1944 nach Theresienstadt deportiert und ist dort gestorben. Seine Tochter Hedwig war durch ihre *Mischehe* geschützt und überlebte die NS-Zeit. Der älteste Sohn Hugo wanderte vor 1933 in die USA aus. Ein weiterer Sohn, der 1898 geborene Julius, war im Ersten Weltkrieg 1918 gefallen.

Durlacher studierte am Volksschullehrerseminar in Heidelberg-Neuenheim und wurde 1912 in den badischen Schuldienst „rezipiert“ und nach bestandener Dienstprüfung 1915 (Gesamtnote „ziemlich gut“) fest eingestellt. Er war praktizierender Jude, betätigte sich in der Gemeinde gelegentlich als Vorsänger, beherrschte die religiösen Riten und konnte Hebräisch lesen und sprechen. Sein Sohn Walter berichtete in einem autobiografischen Manuskript, dass er auch schon vor 1933 Englisch und Französisch sprechen und schreiben konnte.

Vier Jahre und 76 Tage nahm er am Ersten Weltkrieg als Kriegsfreiwilliger und Frontsoldat teil, wurde ausgezeichnet und 1918 als Leutnant (der Reserve) entlassen. Wie damals üblich von einer Schulstelle zur anderen geschickt, lernte er in kurzer Zeit sieben badische Gemeinden kennen, bevor er als Unterlehrer 1920 an die städtische Volksschule in der Plöck (später Hindenburgschule, heute

3 GLA 235/39511; Weckbecker (wie Anm. 2), S. 71–95; s.a. Frank Moraw: Die nationalsozialistische Diktatur (1933–1945), in: Peter Blum (Hg.): Geschichte der Juden in Heidelberg, Heidelberg 1996, S. 493–496. Zu den amtlichen Vorgaben und weiteren Verfügungen vgl. Paul Sauer: Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1945. Bd. 1, Stuttgart 1966.

4 GLA 480/9989, Abschrift aus dem Geburtsregister.

Friedrich-Ebert-Schule) abgeordnet wurde. Ein Foto zeigt ihn um 1928 als Klassenlehrer einer Mädchenklasse der städtischen Volksschule, in der Mitte der vordersten Reihe steht Sohn Ludwig, den alle liebevoll „unseren Lutz“ nannten.



Lehrer Hermann Durlacher und seine Mädchenklasse an der Hindenburg-Volksschule in der Heidelberger Altstadt. Ganz rechts Hermann Durlacher. Ganz vorne in der Mitte Sohn Ludwig Paul, gen. Lutz (Foto: Suzie Mould, Birmingham)

1923 heirateten Hermann Durlacher und die aus der Tschechoslowakei stammende Martha Fischer, im Jahr darauf wurde der Sohn Walter Julius (23. Februar 1924) und drei Jahre später der Sohn Ludwig Paul (27. März 1927) geboren.⁵ Der Kontakt zur tschechischen Familie Fischer war vermutlich während des Ersten Weltkriegs entstanden, als Durlacher den Onkel seiner späteren Frau Martha, den hochdekorierten österreichischen Sanitätsarzt Prof. Freund kennen gelernt hatte. Auch Durlachers Mutter, Mathilde Fleischer (1854–1929), hatte verwandtschaftliche Verbindungen zur tschechischen Familie Fischer und den Eltern von Martha.

5 In Heidelberg waren Durlacher, und ab 1923 auch seine Frau Martha, unter vier Adressen verzeichnet: am 15.9.1920 von Hockenheim kommend Schiffgasse 4 (bei Karlebach), ab dem 15.1.1923 Klingenteichstraße 2 (bei Müller), ab dem 2.6.1924 Plöck 34 (bei Seligmann) und ab dem 2.7.1934 Hauptstraße 121 (bei Bräns), in einem zentral der Universitätsapotheke gegenüber gelegenen Wohnhaus, in dem auch die jüdische Familie Geffner mit einer Wohnung und einem Etagengeschäft wohnte. Nach 1933 ist auch die Schwester von Durlachers Ehefrau, Anna (Anni) Arnold (1900–1957) mit ihrem Ehemann Friedrich Hermann Arnold dort wohnhaft gewesen. Dieser war nichtjüdisch, so dass seine junge Frau geschützt war. Er veranlasste sie aber zu ihrem und seinem (beruflichen) Schutz, nach Großbritannien auszureisen und erzwirkte 1941 – ohne sie davon in Kenntnis zu setzen – die Scheidung.



Hochzeit von Hermann und Martha Durlacher, geb. Fischer am 1. März 1923 (Foto: Suzie Mould, Birmingham).

Gegen Durlacher erschienen im Mai 1929 in der NS-Presse mehrere hetzerische Artikel, die sich auf den Antrag der jüdischen Gemeinde bezogen, den Lehrer Durlacher nicht in Heidelberger Vororten zu beschäftigen, da diese für ihn bei Einhaltung der religionsgesetzlichen Vorschriften an jüdischen Feiertagen und dem Sabbat nicht erreichbar seien. Durlacher und das Heidelberger Bezirksrabbinat wurden in den von antisemitischen Stereotypen wimmelnden Artikeln als „un-gebetene Gäste“ bezeichnet. Es stehe ihm „von uns aus jederzeit frei dorthin zurückzukehren, woher er oder seine Vorfahren hergekommen sind.“⁶

Das Projekt der jüdischen Volksschulklasse

In Heidelberg war am 1. Dezember 1933 der ehemalige Lehrer der Volksschule Pfaffengrund und spätere Rektor der Wilckensschule im Stadtteil Bergheim, Wilhelm Seiler, auf nachdrückliches Betreiben des nationalsozialistischen Bürgermeisters Otto Wetzel zum kommissarischen Stadtschulrat ernannt worden. Von Seiler existiert eine in der Bilanz ambivalente und ausschließlich auf den Unterricht bezogene dienstliche Beurteilung über Hauptlehrer Hermann Durlacher nach einem Unterrichtsbesuch am 12. November 1934 in Durlachers 3. Mädchenklasse. Seiler urteilt nicht wirklich feindselig oder ideologisch, bemängelt aber die Klassenführung, die „Schriftdisziplin“ in der Klasse und dass die Diktathefte „äußerlich keinen guten Eindruck“ machen. Zugleich muss er anerkennen, dass die Kinder viel gelernt haben, der Kenntnisstand in den gesehenen Fächern überall vollkommen erreicht wurde und mit viel Fleiß in der Klasse gearbeitet wurde. Seiler behielt seine Doppelfunktion als NSDAP-Kreisleiter, Rektor und Stadtschulrat bis zum 17. August 1937 bei, als er zur hauptamtlichen Übernahme der Kreisleiterstelle beurlaubt wurde. Für den letzten verbliebenen jüdischen Lehrer in Heidelberg stellte diese Doppelfunktion seines Schulrats eine prekäre Situation dar. Das Projekt der jüdischen Schulklasse hing an Seilers unberechenbarem Wohlwollen.

⁶ Der Führer (Karlsruhe), 4.5.1929.

Die Angaben geben den Stand von 1937 wieder. (Quelle: Adressbuch der Stadt Heidelberg von 1938, S. 350)

3. Pestalozzischule, Landhausstr. 20
Rektor: Lubberger Karl
Lehrkräfte: Berberich Hermann, Brehm Paula,
Durlacher Hermann, Guckenhau Karl, Haas
Hartmann, Hessenauer Fritz, Joos Alfons,
Keller Karl, Langenbach Wilhelm, Leuthner
Mathilde, Rimbeck Heinrich, Müller Elisabeth,
Ruß Hanna, Rieß Fritz, Roth Wilh., Schnar-
renberger Hermann, Schwarz Aug., Spitzer
Wilhelm, Trudenbrod Ferd., Unger Albert,
Vogelbacher Markus, Wagner Franz, Weiß
Leo, Winterbauer Elfe
Handarbeitslehrerinnen: Berger Auguste, Berger
Berta
Hausmeister: Carstensen Christian

Durlacher wurde nach der Machtübernahme vom 6. April bis 18. Mai 1933 vom Schuldienst beurlaubt, dann aber mit Verweis auf seinen Frontkämpferstatus wieder eingestellt. Am 3. Oktober 1935 wurde er formell vom Dienst beurlaubt und mit der Übernahme der jüdischen *Volksschul-Abteilung* in der Pestalozzischule beauftragt. Schon im Monat darauf, am 14. November 1935, versetzte das Ministerium ihn endgültig in den Ruhestand⁷, erteilte aber zugleich die Genehmigung, weiter unterrichten zu dürfen. Zu seinem Ruhegehalt von 391,98 RM wurde eine Vergütung für seine Tätigkeit an der jüdischen Schule gezahlt (215,64 RM). In seiner beruflichen Existenz indes bewegte er sich auf dünnem Eis, obgleich er formell einer der letzten jüdischen Beamten in Baden war.

Durlacher war Lehrer und Sportler mit Hingabe und Leidenschaft. Er trainierte die Turnergesellschaft Heidelberg und war – als ehemaliger Kriegsteilnehmer – Vorsitzender der Ortsgruppe des *Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten*, einer Organisation, die 1919 als Reaktion auf antisemitische Angriffe gegen jüdische Militärangehörige entstanden war und in den zwanziger Jahren zur mitgliederstärksten Organisation des deutschen Judentums wurde.⁸

Nach dem Ausschluss jüdischer Einwohner aus den Heidelberger Sportvereinen 1933 organisierte Durlacher einen für alle jüdischen Jugendlichen offenen

7 Im Entschädigungsverfahren wurde dieses Datum festgestellt; nach anderen Quellen soll er am 1.1.1936 beurlaubt worden sein. GLA 480/9989, Amtsgericht Heidelberg an Landesbezirksstelle für Wiedergutmachung, ca. 1950.

8 Ulrich Dunker: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins, Düsseldorf 1977; Hans-Christian Kokalj: „Kampf um die Erinnerung“. Jüdische Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs und ihr Widerstand gegen die rechtspopulistische Propaganda in der Weimarer Republik, in: Tobias Arand (Hg.): Die „Urkatastrophe“ als Erinnerung. Geschichtskultur des Ersten Weltkriegs, Münster 2006, S. 81–98.



Ludwig Paul Durlacher 1937/38 als Schüler seines Vaters in der jüdischen Volksschulklasse (Foto: Suzie Mould, Birmingham)

Jüdischen Sportverein und spielte mit den Jugendlichen unverdrossen Fußball bei der Bismarcksäule auf der Höhe des Neuenheimer Neckarhanges und später im Baggerloch, einer gigantischen Grube, die ausgehoben worden war, um darüber den neuen Heidelberger Hauptbahnhof zu errichten.⁹

Durlacher wurde mehr und mehr zur zentralen Persönlichkeit der in Heidelberg noch lebenden Juden, vor allem nachdem die Gemeinde um 1939/40 weder einen Rabbiner noch einen Kantor mehr hatte und alle Mitglieder des Gemeindevorstands emigriert waren. Er hatte einen guten Draht zu den Kindern und Jugendlichen, organisierte den nunmehr auf sich selbst gestellten jüdischen Sportbetrieb und trug die alleinige Last der Schularbeit.

Jüdische Schulklasse, Konzept und Angebot

Anfangs unterrichtete Durlacher die „jüdische Volksschul-Abteilung in der Pestalozzischule“ allein. Sie bestand aus zwei Gruppen, den Klassen 1 bis 3 und den Klassen 4 bis 8. Die Jüngeren erhielten 16 Stunden, davon 13 Stunden Profan- und drei Stunden Religionsunterricht, die Älteren erhielten 22 Unterrichtsstunden, davon 20 Profanunterricht und zwei Religionsstunden. Im Mai 1936 wurden 29 Jungen und 22 Mädchen unterrichtet.

Um ein breites Bildungsangebot aufrecht zu erhalten, unterstützten auf Kosten der Gemeinde einige vom badischen Staat beurlaubte jüdische Gymnasiallehrer und die Rabbiner den Unterricht, insbesondere in den Fächern Englisch, Hebräisch und Religion. Eine Arbeit, die einige von ihnen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit brachten, waren sie doch den geordneten gymnasialen Betrieb gewohnt und nicht darin geschult, quirlige und anspruchsvolle kleine Kinder zu bändigen.¹⁰

Für die jüdischen Kinder, ihre Eltern und die Gemeinde hatte die Absonderung der Kinder in diese separate Klasse drei Aspekte:

- Sie verkörperte unübersehbar einen manifesten Ort jüdischer Isolation. Selbst im Gebäude der Pestalozzischule wurde strikt darauf geachtet, dass jü-

9 Der Sport gehörte zu den Kernaufgaben des Reichsbundes. An diesen angeschlossen war seit den antisemitischen Scheunenviertelkrawallen in Berlin im November 1923 der jüdische Sportbund *Schild*.

10 Zu den in der jüdischen Klasse tätigen Lehrkräften siehe den Beitrag von Norbert Giovannini zur Innerjüdischen Hilfe.

dische Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrkräfte mit den nichtjüdischen nicht in Berührung kamen. Gemeinsame Pausenzeiten und Begegnungen auf dem Schulhof wurden unterbunden. Nachbarschaftliche, freundschaftliche und schulische Bindungen der Kinder waren stark beeinträchtigt.

- Zugleich schuf die separate Beschulung eine Schutzzone vor diskriminierenden Übergriffen.¹¹
- In ihrer lehrenden Funktion gewährleistete sie mit allerdings begrenzten Mitteln die Qualifizierung für die Emigration. Allgemeine und berufliche Kenntnisse sowie Sprachunterricht, vor allem Englisch und Neuhebräisch, standen im Zentrum. Hinzu kam die Vergegenwärtigung jüdischer Geschichte und religiöser Traditionen. Dieser Lernbereiche nahmen sich Durlacher, die Rabbiner Steuer und Zucker sowohl in der Schule wie in dem von Steuer gegründeten „Lehrhaus“ für die Jugendlichen vorrangig an.¹²

Schuljahr 19 37 / 38 **Zeugnis** Klasse: 5 Jahrgang: 1

	für das 1. Halbjahr (Oktober bis April)	für das 2. Halbjahr (April bis Schulabschluss)
Befragen	gut	gut
Fleiß und Aufmerksamkeit	gut	gut
Religion	1	2
Deutsche Sprache (Gesamtnote)	2	2
Lesen und Sprachlehre	2	2
Ausgab	2	2
Rechtschreiben	2	2
Schönschreiben	2	2
Rechnen und Geometrie	2	2
Erdbunde (Geoparkunde)	1	1
Geschichte	2	2
Naturgeschichte	2	1
Mathematik	—	—
Gefang	2	2
Zeichnen	3	3
Latin	2	1
Handarbeiten		
französisch		
Englisch	3	3
Handfertigkeitsunterricht		

Besondere Bemerkungen:

Die Klassenlehrer: H. Durlacher W. Durlacher W. Durlacher W. Durlacher

Der Klassenlehrer: W. Durlacher W. Durlacher W. Durlacher W. Durlacher

Der Direktor: Lubberger

Die Eltern (Elternsprecher): H. Durlacher H. Durlacher H. Durlacher H. Durlacher

Die Eltern (Elternsprecher): H. Durlacher H. Durlacher H. Durlacher H. Durlacher

Die Kontrollnahme bezeugen:

Zeugnis Ludwig Durlacher 1937/38 zum Ende der 5. Klasse in der jüdischen Volksschulklasse seines Vaters. Hermann Durlacher unterschreibt vierfach. Als Schulleiter unterschrieb Oberlehrer Lubberger. (Foto: Suzie Mould, Birmingham)

- 11 Moraw bestätigt, dass die Einrichtung der jüdischen Schule in Mannheim seit Ostern 1934 auf Anregung des Stadtrabbiners Heinrich Lemmler und seines Nachfolgers Max Grünwald, bzw. des Oberrats der Israeliten Badens erfolgte. Vgl. Moraw (wie Anm. 3), S. 494. Hierzu Hans-Joachim Fliedner: Die Judenverfolgung in Mannheim, Stuttgart 1991, S. 138ff.; vgl. auch Sauer (wie Anm. 3), S. 325ff.
- 12 Der Lehrplan für die jüdischen Schulklassen orientierte sich am Lehrplan der Volksschulen und an Richtlinien der Reichsvertretung, die das badische Ministerium am 1.12.1937 akzeptierte. Sie galten für Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg, Bruchsal und Emmendingen. Hierzu Joseph Walk: Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich, Frankfurt am Main 1991; zu Heidelberg Weckbecker (wie Anm. 2), S. 71–95; Moraw (wie Anm. 3), S. 491–496; dokumentiert sind die von der Schulabteilung der Reichsvertretung vorgelegten und vom badischen Kultusministerium am 1.12.1937 erlassenen spezifischen Bildungspläne für die jüdischen Schulklassen in: Sauer (wie Anm. 3), S. 336–339.

Pogromnacht, Dachau, Weiterarbeit

In der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 wurde das Klassenzimmer von den in der Weststadt marodierenden SA-Abteilungen heimgesucht und seine Einrichtung demoliert. Am nächsten Tag wies der Schulleiter die jüdischen Kinder und ihren Lehrer aus dem Gebäude. „Die Lehrerschaft lehnt es rücksichtslos und einmütig ab, unter einem Dach mit diesen jüdischen Kindern zusammen zu sein“, lesen wir fast wortgleich im Protokollbuch der Schule, dem Schreiben des Schulleiters Neureither und dem des Stadtschulamts an das Kultusministerium.¹³ Durlacher wurde verhaftet und – wie über siebzig weitere jüdische Männer aus Heidelberg – ins KZ Dachau transportiert, wo er bis zum 11. Januar 1939 festgehalten wurde. Für die Dauer der Haft in Dachau erhielt Durlacher keine Bezüge, danach wurde sein Gehalt auf 273,35 RM herabgesetzt.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr setzte Durlacher den Unterricht in provisorisch eingerichteten Gemeinderäumen in der Bunsenstraße 3 fort. Noch im Dezember 1939 unterrichtete er 39 Kinder. Bis zum 1. Oktober 1939 war dies immer noch eine öffentliche, dem Kultusministerium unterstellte Schule, die erst dann von der *Reichsvereinigung* der Juden in Deutschland übernommen werden musste. Da das Dienstverhältnis mit Durlacher ebenfalls aufgehoben wurde, erhielt er sein Gehalt von da an vermutlich von der Reichsvereinigung oder von den in Heidelberg noch verbliebenen Gemeindemitgliedern.¹⁴

Kindertransport: Durlachers Söhne

Am 26. Juli 1939, also knapp 4 Wochen vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, gelang es den Durlachers, die beiden Söhne Walter und Ludwig mit einem Kindertransport nach Großbritannien zu schicken. Der jüngere der Söhne, Ludwig, kam nach Eastbourne/South Coast und wurde von Quäkern aufgenommen. Sohn Walter musste sich zunächst einer dringenden Operation unterziehen.¹⁵ Trotz seines Status als *Refugee from Nazi Oppression* wurde er 1940 auf der Isle of Man interniert und anschließend nach Kanada in ein Internierungscamp überstellt. Erst als eines der nach Kanada ausfahrenden Transportschiffe von deutschen U-Booten versenkt wurde, beendeten die Briten diese Transporte. Zu spät für Walter Durlacher, der schon in Kanada gelandet war und bis Kriegsende nicht mehr zurückgebracht wurde. Sein jüngerer Bruder hatte zunächst Arbeit in einem Hotel in Eastbourne gefunden und siedelte dann mit einer britischen Familie nach Birmingham um, wo er sich nach einigen Jahren eine Existenz als Hersteller von Sportartikeln aufbauen konnte. Ludwig Durlacher fand Anschluss

13 GLA 235/39511 (Jüdische Schulklasse), vollständig zitiert bei Moraw (wie Anm. 3), S. 496; s.a. Sauer (wie Anm. 3), S. 340f.

14 GLA 235/39511 und Sauer (wie Anm. 3), S. 345.

15 „Lutz was in Eastbourne South Coast and spent initial time with some Quakers. Walter came straight to Hospital and had a nasty ear operation and then (was) sent to Canada due to its age.“ Suzie Mould, Enkelin von Hermann Durlacher und Tochter seines Sohnes Ludwig, wohnhaft in Birmingham, an Verf. 14.1.2019.

an einen Radsportverein, mit dem er zahlreiche erfolgreiche Wettkämpfe, auch bei internationalen jüdischen Sportveranstaltungen, bestritt. Er heiratete zweimal und hatte aus der ersten Ehe ein Kind. Die Biografie seines Bruders ist schwerer zu erhellen. Offenbar hatte ihn die Internierung in Kanada erheblich traumatisiert und er hatte große Schwierigkeiten, beruflich und privat Fuß zu fassen. In späteren Jahren entschloss er sich zur Rückkehr nach Deutschland, wo es auch zu mehreren Familientreffen der Brüder mit den Münzesheimer Verwandten kam. Walter Durlacher ist 2005 im jüdischen Altersheim in Mannheim gestorben. Ludwig Durlacher, als Sportler vielfach ausgezeichnet, starb in Birmingham.

Beraubung, Deportation, Lager und Tod

Am 22. Oktober 1940 wurden Hermann Durlacher, seine Frau Martha und dreizehn seiner Schülerinnen und Schüler mit dem Großteil der jüdischen Einwohner aus Heidelberg und den Umlandgemeinden im Rahmen der badischen Oktoberdeportation in das Internierungslager Gurs in Südfrankreich deportiert.

Einen Monat danach wurde der Besitz der Familie Durlacher amtlich versteigert. Die in den beiden Tageszeitungen angekündigten Versteigerungen ergaben Einnahmen von 3.100 RM. Es war die Zeit der Schnäppchenjäger, die sich bedenkenlos am Eigentum der Deportierten bereicherten. Metzgermeister Albert Kienle ersteigerte günstig ein Büfett, einen Tisch, eine Kredenz und vier Stühle für 890 RM. Die NS-Volkswohlfahrt, ein Heidelberger Krankenhaus, das Wirtschaftsamt und die Polizeidirektion sicherten sich allerdings vor der Versteigerung einige Filetstücke aus dem Besitz der Durlachers. So übernahm die Polizeidirektion die reichlich vorhandene klassische Literatur. Der Erlös der Versteigerung wurde auf ein Sperrkonto gelegt.¹⁶

Am 13. April 1941 wurden Durlacher und seine Frau getrennt. Er kam in das Camp les Milles (Département Bouches du Rhône), wo er Schwerarbeit leisten musste.¹⁷

In einem ersten Brief an den Sohn Walter nach Kanada vom 18. Dezember 1940 berichtet Durlacher, dass er eine Jugendgruppe gerade für eine Chanukkafeier vorbereite („übrigens ohne jedes Buch.“). Knapp ein Jahr später berichtete Martha Durlacher von der verzweifelten Situation und den allfälligen Sorgen, die sie bedrückten.

„Groß ist die Sorge um den Papa, der alleine dort ist, für sich sorgen, arbeiten muss und der sehr viel an Gewicht schon abgenommen hat. Als gewesener Lehrer ist für ihn aber auch keine Beschäftigung vorhanden, und so lebt er tagein, tagaus nur mit der Abwechslung, dass er Sprachen treibt. Auch ich kann mich nicht so beschäftigen

16 Schlichter für Wiedergutmachung beim Amtsgericht Mannheim betr. Rückerstattungsklage der Söhne Ludwig und Walter gegen Metzgermeister Albert Kienle wegen Versteigerungserwerb 1 Büfett, 1 Tisch, 1 Kredenz und vier Stühle für 890 RM. Die Kläger verlangen und bekommen erstattet lt. Vergleich 213,69 DM und bei einem späteren Vergleich 400 DM. GLA 480/9989.

17 GLA 480/9989, Mitteilung der Préfecture Oléron vom 3.11.1948.

wie früher, man hat steife Finger und kann Stricknadeln nicht halten. Deshalb bleiben wir in den Betten und grübeln über das vergangene Leben nach.“¹⁸

Die Durlachers versuchten verzweifelt, eine Ausreisegenehmigung in die USA zu erlangen. Sie bemühten sich, durch Briefe an Verwandte und Söhne ein Informationsnetz aufrecht zu erhalten und sich auszutauschen über die besorgniserregenden Vorgänge in der Tschechoslowakei, wo zahlreiche Verwandte deportiert wurden, die Situation in Münzesheim und die Situation der beiden Söhne. Die Hoffnungen auf die erfolgreiche Emigration von Gurs aus schwanden jedoch von Tag zu Tag.¹⁹

Im letzten Brief an Sohn Ludwig²⁰ fleht Durlacher in höchster Not seinen Sohn um Unterstützung an, um Medikamente für die erkrankte Ehefrau kaufen zu können.²¹ Der Brief ist in englischer Sprache abgefasst, da Durlacher offenbar nicht darauf vertraute, dass sein Sohn ihn noch in Deutsch würde verstehen können. Durlacher war zu diesem Zeitpunkt einem mit harter körperlicher Arbeit verbundenen Arbeitseinsatz in der Nähe der Stadt Miramas zugeteilt,²² sein Sohn arbeitete im Chalk Farm Hotel Willingdon in Eastbourne.

Am 13. August 1942 wurde Durlacher aus dem Camp les Milles über das Sammellager Drancy bei Paris nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.²³ Martha Durlacher wurde im September 1941 nach Pau verbracht, war dann von Februar bis Juli 1942 erneut in Gurs und anschließend zwei Monate im Lager Rivesaltes. Am 4. September 1942 wurde auch sie nach Auschwitz deportiert und vermutlich sofort nach der Ankunft getötet. Hermann Durlacher war 49 Jahre, Martha Durlacher 45 Jahre alt.

18 Hermann Durlacher an Sohn Walter am 18.12.1940; Martha Durlacher an Sohn Walter am 10.11.1941. Handschriftliche Originale enthalten in GLA 480/9989. Beide Briefe sind vollständig abgedruckt in: Moraw (wie Anm. 3) S. 536–539.

19 Martha Durlacher teilt ihrem Sohn am 10.11.1941 mit, dass sich die Chancen auf Auswanderung zerschlagen haben.

20 Brief vom 31.3.1942, Hermann Durlacher an Ludwig Durlacher. Sammlung Suzie Mould, Birmingham.

21 Ebd.: „Vor zehn Wochen ist sie krank geworden wegen der Unterernährung. Die Aktivität ihres Herzens ist sehr schwach, ihr Gesicht und ihre Gliedmaßen sind durch Wasser sehr geschwollen. Zu allem Unglück bin ich weit von ihr weg untergebracht und kann nicht zu ihr gehen. Deshalb ist Mutter nervös und unruhig. Umso mehr musst du alles tun, was ihre Aufregung mindert.“

22 Ebd.: „Seit Kriegsbeginn ist von Seiten der Vereinigten Staaten von Amerika jede Emigration gestoppt. Deshalb bin ich zu einem Arbeitseinsatz ausländischer Arbeiter überstellt worden. Seit dem 11. Januar muss ich hart arbeiten (Holz sägen, Gartenarbeit, Altmaterial aufladen). Es war außergewöhnlich kalt und der Sturm tobte und tobte noch immer schrecklich im Rhône-Tal in der Nähe vom Meer, nicht weit von Marseille entfernt und dem [...] Camp Les Milles.“

23 GLA 480/9989, lt. Mitteilung des Comité international de la Croix-Rouge vom 19.2.1959 ist Hermann Durlacher zu unbekanntem Datum von Les Milles nach Drancy gebracht und von dort am 11./14.8.1942 nach Auschwitz deportiert worden.

Ein badischer Volksschullehrer

Durlacher und seine Frau Martha waren bescheidene, aber selbstbewusste Persönlichkeiten, die geprägt waren von ihrer ländlichen und mittelständischen Herkunft. In Durlacher erkennen wir, von Ausbildung, Habitus und Interessen, fast prototypisch den badischen Volksschullehrer, der sich aus „kleinen“ Verhältnissen und mit starkem Bildungsinteresse in die damals halbakademische Welt des Volksschullehrerstandes emporarbeitete. Eine starke konservativ-religiöse Verbindung mit dem Judentum ging in eins mit staatsbürgerlichem Konservatismus, der Wertschätzung militärischer Konventionen, einer soldatisch geprägten Sportaktivität und dem Engagement dafür, dass die jüdischen Kriegsteilnehmer vor antisemitischen Anfeindungen geschützt bleiben müssten. Der Sport, das Turnen und das Engagement als örtlicher Vorsitzender des *Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten* standen bei ihm in enger Verbindung. Auch wenn ihm vermutlich alle reformpädagogischen Bestrebungen fern lagen und er konventionell und durchaus streng unterrichtete, werden von Zeitzeugen auch seine weiche, verständnisvolle und liebevolle Haltung zu den Schulkindern und den Jugendlichen betont. Durlacher war integriert und assimiliert und hat seine Bedrohungslage vielleicht zu lange und zu gutgläubig unterschätzt. Wie viele wohl situierte jüdische Einwohner hat er nicht glauben wollen, was an Gefährdung seit 1933 drohte. Dies in Verbindung mit einem starken Pflichtbewusstsein mag ihn veranlasst haben, bis wenige Tage vor der Deportation zu unterrichten und sich um die in Heidelberg verbliebenen jüdischen Kinder und Jugendlichen zu kümmern. Und das mag ihn auch noch 1939 daran gehindert haben, nach der Entlassung aus Dachau die gemeinsame Flucht mit seiner Ehefrau energisch voran zu treiben.

Durlachers Kinder

Die Auswertung der biografischen Daten Heidelberger Einwohner von 1933 bis 1945 ergibt, dass von Lebensalter und Aufenthalt ausgehend mindestens 138 Kinder und Jugendliche der Jahrgänge 1920 bis 1934 in der jüdischen Schulklasse unterrichtet worden sind. Berücksichtigt sind damit aber nur die Schüler, die in Heidelberg wohnten, nicht jene, die aus umliegenden Orten täglich anreisten.²⁴ Dies sind aufgrund der Einschränkungen, denen die jüdische Bevölkerung unterworfen war, wahrscheinlich nur wenige gewesen; bei 17 Kindern aus Umlandgemeinden oder entfernteren Orten wissen wir dagegen, bei welchen jüdischen Familien in Heidelberg sie vorübergehend untergebracht waren.

- Erich Gaber (geb. 1933) und Willi Valfer (geb. 1923) wohnten bei Max und Rosalie Wertheimer in der Bluntschlistraße 4. Die Wertheimers und Erich

24 Schreiben des Oberrats an den Badischen Kultusminister vom 3.6.1936 und Bericht des Stadtschulamts Heidelberg an das badische Kultusministerium vom 14.8.1936, sowie Bescheid des Stadtschulamts Heidelberg an Frau F. G. vom 20.10.1936. Der Heidelberger Oberbürgermeister erklärte sich am 29.8.1936 bereit, jüdische Schüler aus umliegenden Gemeinden unentgeltlich in die jüdische Klasse aufzunehmen. Sauer (wie Anm. 3), S. 332–334.

Gaber wurden nach Gurs deportiert und starben in Auschwitz, der elternlose Erich Gaber überlebte Gurs. Über das Schicksal des *halbjüdischen* Willy Valfer gibt es keine weiteren Kenntnisse.

- Hermann Sipper (geb. 1929) und seine sechs Jahre ältere Schwester wurden nach der Ausweisung ihrer polnischen Eltern im Juni 1939 bis zu ihrer Ausreise mit einem Kindertransport nach England von Familie Paula und Salomon Deutsch in der Werderstraße 17 aufgenommen.
- Dort fanden auch Marie Schlössinger (geb. 1926, getötet in Auschwitz) und Ruth Hamburger aus Malsch (geb. 1930, von Gurs in die USA ausgewandert) eine Bleibe, ebenso die hochbetagte Johanna Frankenthal (geb. 1854) und die 1919 geborene Ruth Frankenthal.
- Bei Fanny und Schaul Deutsch und ihren vier Kindern in der Landhausstraße 11 wohnten die 1925 geborene Sitta Kahn aus Walldürn, über deren Deportation wir keine Kenntnis haben sowie Herbert Federgrün (geb. 1925) und Edith Billigheimer aus Hardheim (geb. 1932), die 1942 nach Theresienstadt und 1944 nach Auschwitz deportiert und dort getötet wurde.
- Stefan Reich (geb. 1928) aus Eubigheim fand 1938 bei dem Unternehmerehepaar Arthur und Lucy Fisch in der Werderstraße 8 in Neuenheim Unterschlupf.
- Sigmund Kaufmann (geb. 1929) und sein ein Jahr älterer Bruder Bernd zogen von Baiertal bei Wiesloch im Februar 1939 nach Heidelberg und wohnten bei den Verwandten Ludwig und Sara Snopek (beide 1940 in die USA emigriert) in der Rohrbacher Straße 51. Beide Jungen wurden nach Gurs und Auschwitz deportiert. In der Wohnung in Heidelberg wohnten weitere vier Personen, darunter der Bruder von Sara Snopek und der Anwalt Samuel Zucker.
- Kurt Birk (geb. 1926) kam aus Obergimpfern bei Sinsheim 1935 zu Klara und Willy Seligmann, dem Synagogenverwalter in die Große Mantelgasse 3, von wo aus er mit Seligmanns Sohn Walter in die jüdische Klasse ging. Kurt Birk ist im Juli 1940 nach Karlsruhe gezogen.
- Liselotte Hermann (geb. 1931) kam im Mai 1939 zu Familie Helene und Louis Wertheimer, die aus der Hauptstraße 169 in ein sog. *Judenhaus* am Marktplatz 7 umziehen mussten. Dort wohnte auch Leonie Hofmann (geb. 1928) aus Hainstadt bei Buchen, die wie Liselotte nach Gurs deportiert wurde und vermutlich in Auschwitz getötet wurde. In der Wohnung der Wertheimers lebten noch zwei greise, 1855 und 1857 geborene Frauen, Karoline Münzesheimer und ihre Schwester, Sophie Wolf, geb. Münzesheimer.

Diese Angaben verdeutlichen, in welchem Ausmaß die NS-Jahre innerhalb der jüdischen Bevölkerung Solidarität, Zusammenrücken und praktische Unterstützung erforderlich machten.

Es ist nicht in jedem Fall eindeutig zu klären, ob die Kinder tatsächlich die jüdische Schule besuchten, ihre Einschulung verzögert wurde oder sie vorzeitig ausgeschult wurden. 12 bis 14 Kinder sind vermutlich aufgrund des *Mischehen-*

status der Eltern an öffentlichen Schulen geblieben, waren dort aber vielen Anfeindungen ausgesetzt. Einige Eltern strebten auch, so lange dies noch möglich war, die Unterbringung in Privatschulen an oder versuchten, die Kinder in Einrichtungen unterzubringen, die sie auf die Emigration vorbereiteten. Deshalb können wir nur bei 110 Kindern tatsächlich annehmen, dass sie in der Durlacher-Klasse waren. In 38 recherchierten Biografien ist die Teilnahme am Unterricht der jüdischen Klasse explizit erwähnt.

Von den Durlacher-Schülerinnen und Schülern wurden dreizehn am 22. Oktober 1940 mit dem Ehepaar Durlacher zusammen in das Lager Gurs deportiert, acht dieser Kinder zusammen mit ihren Eltern. Von diesen Kindern haben sechs das Lager überlebt und konnten emigrieren. Die anderen sieben sind – wie ihr Lehrer und dessen Ehefrau – „in den Osten“, also nach Auschwitz deportiert worden oder verschollen. Über den Todeszeitpunkt von sechs dieser Kinder wissen wir nichts.

Nach Gurs deportiert wurden:

- Fritz Samuel Wertheimer (geb. 1924); Flucht von einem Bauernhof in der Nähe des Kinderheims Château la Hille bei Toulouse; er wurde aufgegriffen und nach Auschwitz deportiert.²⁵
- Bernd Kaufmann (geb. 1930), wahrscheinlich Auschwitz.
- Sigmund Kaufmann (geb. 1929), wahrscheinlich Auschwitz.
- Liselotte Hermann (geb. 1931), wahrscheinlich Auschwitz.
- Theodor Reiss (geb. 1928), verschollen.
- Leonie Hofmann (geb. 1928), verschollen.
- Gerd Grünhut (geb. 1928), verschollen.
- Erich Gaber (geb. 1933), Überlebender, Frankreich.
- Lore Sondheimer (geb. 1929), 1941 Dominikanische Republik, dann USA.
- Alfred Meyer (geb. 1927), 1943 Flucht in die Schweiz, Palästina.
- Franziska Klugmann (geb. 1929), 1946 Großbritannien.
- Ruth Hamburger (geb. 1930), USA.
- Heinz Coßmann (geb. 1926), Flucht, 1945 Palästina.

Die Durlacher-Schülerin Ruth Stroh (geb. 1923) wurde 1942 aus den Niederlanden nach Auschwitz, ihre Schwester Doris Ellen Stroh (geb. 1927) aus Berlin 1942 nach Riga und der Bruder Heinz Stroh (geb. 1930) 1943 aus den Niederlanden nach Sobibor deportiert. Ester Ziegler (geb. 1930) fand nach der Polenausweisung 1939 im Ghetto von Gorlice mit ihrer Mutter den Tod. Werner Kuhn (geb. 1920) reiste im April 1939 in die Schweiz und ist dort 1943 schwer erkrankt und gestorben. Hedwig Mirijam Kaufmann wurde am 14. April 1942 aus Berlin ins Warschauer Ghetto deportiert und ist verschollen; Sitta Kahn (geb. 1925) wurde zu unbekanntem Zeitpunkt aus Frankfurt am Main deportiert und ist

25 Siehe: Initiative Stolpersteine Heidelberg (Hg.): *Stolpersteine in Heidelberg*, Heidelberg 2017, S. 157ff.

ebenfalls verschollen. Kurt Birk (geb. 1926) ist 1940 nach Karlsruhe verzogen und in die USA emigriert.²⁶

16 Schulkinder Durlachers sind mit Kindertransporten nach Großbritannien, zwei nach Schweden ausgereist.

Im September 2001 wurde im Beisein jüdischer ehemaliger Einwohner durch die Oberbürgermeisterin Beate Weber an der Südfassade der Heidelberger Landhausschule eine Gedenktafel an Hermann Durlacher und die jüdische Volksschulklasse angebracht.²⁷ Und vor dem Haus Hauptstraße 121 erinnern seit Oktober 2010 vier Stolpersteine an die Familie Durlacher.



Enthüllung der Gedenktafel für Hermann Durlacher und die jüdische Volksschulklasse durch Oberbürgermeisterin Beate Weber im September 2001 (Foto: Ingrid Moraw)

²⁶ Alle Angaben überprüft nach <https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html.de>.

²⁷ Frank Moraw: Überraschend und überfallartig schlug der NS-Staat zu, in: Norbert Giovannini, Claudia Rink, Frank Moraw: *Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933–1945. Biographisches Lexikon mit Texten.* Hg. vom Förderkreis Begegnung, Heidelberg 2011, hier S. 85–89 (Eintrag zu Familie Durlacher und Biografie).

Arthur Strauß. Jüdischer Rechtsanwalt, Verfolgter, Rückerstattungsbeauftragter in der Nachkriegsfinanzverwaltung

FRANK ENGEHAUSEN

In der zeittypischen sprachlichen Verschämtheit – weder der Begriff „Jude“ noch der Begriff „Nationalsozialismus“ taucht in dem Text auf – würdigte Ferdinand Herrmann 1955 Arthur Strauß in einem Nachruf als Heidelberger Bürger, der dort „den größten Teil seines Lebens als bekannter und gesuchter Rechtsanwalt“ wirkte, „bis ihm die eigentliche Lebenshöhe von schwerem Geschick verschattet und verdüstert wurde“. Strauß sei jedoch „von Verfolgung und Kerkerhaft nicht gebrochen worden“ und habe, „als nach dem Zusammenbruch unerwartete Aufgaben der innerstaatlichen Neuordnung und Wiederbefriedung des bürgerlichen Lebens an ihn herangetragen wurden“, Verantwortung übernommen.

„Als Oberregierungsrat bei der Oberfinanzdirektion in Karlsruhe, der besonders den Ressort der beschlagnahmten Vermögen wahrzunehmen hatte, handhabte er die administrative Bürokratie lediglich als ein Mittel, Not zu lindern, Leiden zu mildern, Schuld auszugleichen und nicht einem immer nur abstrakten Rechtsanspruch, sondern dem lebenden Menschen selber hilfreich dienlich zu sein“.¹

Für das Thema „Helfer für jüdische und andere Verfolgte“ würde es sich vor allem anbieten, die amtliche Tätigkeit von Arthur Strauß in den ersten Nachkriegsjahren zu untersuchen. Auf dem Forschungsfeld der Geschichte der Wiedergutmachung in regionaler Perspektive² ist jedoch die Arbeit der Oberfinanzdirektion Karlsruhe bislang nicht in den Blick genommen worden. Der Verfasser dieser Zeilen kann das an dieser Stelle nicht nachholen, sondern muss sich darauf beschränken, die Biographie dieses Helfers – soweit er das überblickt: erstmals – zu skizzieren. Die Voraussetzungen hierfür sind nicht günstig, da sich von Arthur Strauß offensichtlich keine privaten Papiere erhalten haben. Die folgenden Ausführungen stützen sich dementsprechend fast ausschließlich auf amtliche Überlieferungen: Personalakten, eine Strafprozessakte und Wiedergutmachungsunterlagen in eigener Sache des Mannes, über den der erste Nachkriegsrektor der Universität Heidelberg, Karl Heinrich Bauer, mutmaßte, dass er als einziger Jude noch in Heidelberg gelebt habe, als die Amerikaner 1945 die Stadt besetzten.³

1 Ruperto-Carola. Mitteilungen der Freunde der Studentenschaft der Universität Heidelberg e.V. 7. Jg. H. 17, 1955, S. 14.

2 Vgl. dazu als Überblick Silvija Franjic: Die Wiedergutmachung für die Opfer des Nationalsozialismus in Baden 1945–1967, Frankfurt/Main u. a. 2006.

3 Vgl. Theodor Heuss: Aufzeichnungen 1945–1947. Aus dem Nachlaß von Theodor Heuss hg. v. Eberhard Pikart, Tübingen 1966, S. 49, 228.

Arthur Strauß wurde am 9. März 1880 in der Nordschwarzwaldgemeinde Nordstetten als ältestes von drei Kindern des Ehepaars Anna und Leopold Strauß geboren.⁴ Ausweislich der Heidelberger Adressbücher lebte die Familie seit 1898 in Heidelberg: Als Anschrift des „Generalagenten“ Leopold Strauß wurde dort die Rohrbacher Straße 62 genannt;⁵ kurz darauf zog die Familie in die Rohrbacher Straße 51 um. Ob sich Leopold Strauß aus geschäftlichen Gründen in Heidelberg niederließ oder mit Rücksicht auf die Ausbildung seiner Kinder, ist unklar; sein ältester Sohn jedenfalls nahm nach dem Schulabschluss ein Studium der Rechtswissenschaften an der Ruperto-Carola auf. In näheren Kontakt zu anderen jüdischen Studenten trat Arthur Strauß offenkundig in der Verbindung „Badenia“, der zur gleichen Zeit auch Ludwig Marum, der spätere sozialdemokratische Landtags- und Reichstagsabgeordnete angehörte, der 1934 im Konzentrationslager Kislau ermordet wurde.⁶ Sein Referendarexamen legte Strauß 1903 ab, das Assessorexamen nach zwischenzeitlicher Promotion⁷ 1907. Im darauf folgenden Jahr ließ er sich als Rechtsanwalt nieder.⁸

In der Hauptstraße 168 richtete er seine Kanzlei ein, in die 1911 auch sein jüngerer Bruder Manfred eintrat. Wie über die Anfänge seiner Geschäftstätigkeit ist auch über seine familiären Verhältnisse nur wenig bekannt: Strauß heiratete die 1884 in Hechingen geborene Emilie Moos. Allerdings scheint die Ehe gescheitert zu sein: Die Ehefrau verzog im August 1914 nach Stuttgart und starb bald darauf, jedenfalls vor dem Jahr 1920, in dem Strauß ein zweites Mal heiratete: die 1894 in Hamburg geborene Margarete Voss, Tochter des Direktors einer



Arthur Strauß (Foto: Universitätsarchiv Heidelberg)

-
- 4 Aus den Heidelberger Meldeunterlagen geht hervor, dass der Bruder Manfred (geb. 21.3.1881) während des Ersten Weltkriegs nach Mannheim verzog und die Schwester Elsa (geb. 17.1.1884) 1920 nach Rotterdam. Strauß' Eltern zogen 1927 nach Mannheim um.
 - 5 Adreßbuch der Stadt Heidelberg nebst den Stadtteilen Neuenheim und Schlierbach für das Jahr 1898, Heidelberg 1898, S. 187.
 - 6 Vgl. Monika Pohl: Ludwig Marum. Ein Sozialdemokrat jüdischer Herkunft und sein Aufstieg in der badischen Arbeiterbewegung (1882–1919) (Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte. Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe. Bd. 8), Karlsruhe 2003, S. 76.
 - 7 Arthur Strauß: Der rechtliche Charakter der Notstandshandlungen und ihre Behandlung im geltenden deutschen Recht, Heidelberg 1905.
 - 8 Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) 508 Zug. 1990/2 775, Personalbogen.

„Schneider-Akademie“, in dessen Haushalt sie bis zu ihrer Verheiratung lebte.⁹ Wie sich der Kontakt des Heidelberger Rechtsanwalts zu der Hamburger Gewerbelehrertochter ergeben hat, liegt ebenso im Dunkeln wie die militärische Laufbahn von Arthur Strauß. Einem Personalbogen des Landesfinanzamts Baden zufolge leistete er seinen Kriegsdienst vom 1. August 1914 bis zum 15. Januar 1919¹⁰ – wohl hauptsächlich an der rumänischen Front, wo er am Jahresende 1917 schwer erkrankte.¹¹

Nach der Rückkehr ins zivile Leben nahm Strauß seine rechtsanwaltliche Tätigkeit wieder auf; an die Stelle seines Bruders trat als Kompagnon in die Kanzlei Samuel Zucker. Ein Schlaglicht auf die Arbeit der beiden jüdischen Rechtsanwälte in Heidelberg zu Beginn der 1920er Jahre wirft ein ehrengerichtliches Verfahren, das vor der Anwaltskammer gegen Strauß und Zucker geführt wurde. Der Anlass hierfür waren vermeintlich ungebührliche Proteste der beiden gegen den Staatsanwalt Haas, der nach ihrer Auffassung gegen zwei jüdische Händler, den Vieh- und Pferdehändler Raphael Marschall und den Kaufmann Adolf Wolf, mit unangemessener Schärfe vorgegangen sei: Beide waren wegen des Verdachts eines Wirtschaftsvergehens (versuchter Verkauf von 350 Zentner Hopfen ins Ausland) unter Hinweis auf Fluchtverdacht und Verdunkelungsgefahr im November 1920 in Untersuchungshaft genommen worden. Strauß und Zucker, die die Interessen der beiden Händler vertraten, hatten dagegen ohne Erfolg Haftbeschwerde eingelegt. Als Strauß bei Staatsanwalt Haas um Akteneinsicht nachsuchte, ereignete sich ein verbales Scharmützel: Strauß beklagte sich darüber, dass für die sachliche Bewertung des Vorfalls mit dem Heidelberger Kaufmann Nikola Rady ein „ausgesprochener Antisemit“ zum Gutachter bestellt worden sei, und schilderte schließlich „in erregter Weise“ seinen Eindruck, dass Haas „mit verschiedenem Maß messe, je nachdem es sich um einen Juden oder Christen handle“.¹² In ähnlicher Form hatte Zucker seinen Unmut gegenüber dem für die Haftprüfungen zuständigen Landgerichtsrat zum Ausdruck gebracht, so dass beide wegen Beleidigung angeklagt wurden. Zur Durchführung eines ehrengerichtlichen Verfahrens kam es schließlich nicht, da Strauß und Zucker – mutmaßlich mit Rücksicht auf die Konsequenzen, die bis zum Verlust ihrer anwaltlichen Zulassung reichen konnten – einlenkten und dem Heidelberger Oberstaatsanwalt Gustav Sebold gegenüber die „Unbegründetheit ihres Vorwurfs“ gegen Haas bestätigten und „ihre Beschuldigungen“ ausdrücklich zurücknahmen.

9 Zur Biographie von Margarete Strauß vgl. ihre Aussage in einem Vernehmungsprotokoll der Gestapo vom 7.3.1939, GLA 309 1966.

10 Vgl. GLA 508 Zug. 1990/2 775.

11 GLA 309 1966, Urteil in Strafsachen gegen Arthur Strauß vom 17.1.1940.

12 Vgl. GLA 240 Zug. 1997-38 2598, Anklageschrift vom 14.6.1921. Weiter heißt es dort: Obwohl der Staatsanwalt dies zurückwies, „bestand Dr. Strauss auf seiner Äusserung. Er begründete sie damit, daß sonst so scharf auch bei schwereren Kriegswucherfällen nicht vorgegangen werde, dass Dr. Haas auch dem Sohn des Marschall die Erlaubnis zum Besuch seines Vaters im Gefängnis nicht gegeben habe [...] und ihm [Dr. Strauss] selbst nur eine Besucherlaubnis mit Überwachung durch einen Gefängnisbeamten gegeben habe“.

Nichtsdestotrotz tadelte sie der Vorstand der badischen Anwaltskammer, „gegen ihre Pflicht gewissenhafter Berufsausübung schwer verstoßen“ zu haben, und sprach ihnen „seine ernste Mißbilligung“ aus.¹³

Die beiden so gerügten jüdischen Rechtsanwälte führten in den Folgejahren, ohne erneut gegenüber ihrer Standesorganisation politisch auffällig zu werden, ihre Kanzlei weiter, bis ihnen nach der nationalsozialistischen Machtübernahme die wirtschaftliche Existenzgrundlage entzogen wurde. Zwar entgingen beide zunächst dem Berufsverbot, da sie als *Frontkämpfer* des Ersten Weltkriegs unter die Ausnahmeklauseln des „Gesetzes über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft“ vom 7. April 1933 fielen;¹⁴ die kollektive Ächtung jüdischer Rechtsanwälte, auf die die nationalsozialistische Justizpolitik zielte, schlug sich jedoch in einem Schwund ihrer Mandantschaft nieder. „Die Herren Kollegen Dr. Strauß und Zucker“ hätten immer eine „anständige, nicht aber sehr umfangreiche Klientel gehabt“, mittlerweile aber „so gut wie gar nichts mehr“ zu tun, meinte der Heidelberger Rechtsanwalt Oswald von Campenhausen, als er sich im April 1935 für die beiden bei der badischen Anwaltskammer einsetzte, um die Stundung ihrer Beiträge für die Standesorganisation zu erwirken: Strauß und Zucker, die er „als ganz ausgezeichnete Kollegen immer gekannt habe“, befänden sich „tatsächlich in großer Notlage“ und würden nicht um Nachsicht bitten, „wenn sie irgendetwas bezahlen könnten“.¹⁵ Dies bekräftigten Strauß und Zucker, als sie sich kurz darauf selbst nochmals an die Anwaltskammer wandten: Ihre Einnahmen seien 1934 „derart minimal“ gewesen, dass sie kaum die Aufrechterhaltung des Kanzleibetriebs ermöglichten; Strauß selbst habe als Konsequenz der schlechten Geschäftslage die elterliche Wohnung aufgeben und mit seiner Frau in eine kleine Dreizimmerwohnung umziehen müssen.¹⁶ Die Bittschrift, die beiden nicht leichtgefallen sein dürfte, immerhin zeigte Wirkung: Der Schriftführer der Anwaltskammer teilte Strauß und Zucker mit, dass ihnen in „Würdigung der von Ihnen [...] geschilderten Verhältnisse [...] der gesamte rückständige Beitrag sowie derjenige für 1935 erlassen“ werde.¹⁷

Die Stundung der Kammerbeiträge mag Strauß als Zeichen eines kollegialen Minimalanstands willkommen gewesen sein; an den prekären Verhältnissen, in denen er arbeitete und lebte, änderte dies aber natürlich nichts. Die Verhältnisse verschlechterten sich dramatisch, als am Jahresende 1938 der Antisemitismus von Ausgrenzung und Diskriminierung zu Verfolgung und Gewalt eskalierte: In der Pogromnacht des 9. November wurde Strauß in *Schutzhaft* genommen und in das Konzentrationslager Dachau verschleppt. Offenkundig wurde auch seine

13 Ebd., Sitzungsbeschluss vom 10.12.1921.

14 Vgl. Reichsgesetzblatt 1933, S. 188.

15 GLA 69 Rechtsanwaltskammer 57, Schreiben Campenhausens an Wilhelm Brombacher vom 12.4.1935.

16 Ebd., Schreiben vom 15.4.1935. Seit 1934 weisen die Heidelberger Adreßbücher als seinen Wohnsitz die Kronprinzenstraße 10b (heute: Dantestraße) aus.

17 GLA 69 Rechtsanwaltskammer 57, Schreiben vom 16.4.1935.

Kanzlei geplündert und verwüstet.¹⁸ Mindestens ebenso schwer wog, dass Strauß bereits einige Tage zuvor der Entzug seiner Zulassung als Rechtsanwalt zum 30. November 1938 angekündigt worden war.¹⁹ Als er Ende Januar 1939 aus dem Konzentrationslager nach Heidelberg zurückkehrte, war er also, wie inzwischen alle jüdischen Rechtsanwälte in Deutschland, mit einem Berufsverbot belegt²⁰ und geriet in existenzielle wirtschaftliche Not, da nun auch die geringen Einkünfte wegfielen, die er in den Vorjahren aus der Beratung seiner verbliebenen kleinen Mandantschaft gezogen hatte.²¹

Wie bedrückend die Situation war, erhellt sich aus den Akten eines Strafverfahrens gegen das Ehepaar Strauß, das nach den Erfahrungen vom November 1938 den Entschluss fasste, Deutschland zu verlassen, aber wegen eines Devisenvergehens im März 1939 in Haft genommen wurde. Im Gerichtsgefängnis im Mannheimer Schloss gab Arthur Strauß zu Protokoll, wie es ihm und seiner Ehefrau seit der nationalsozialistischen Machtübernahme ergangen sei: Nachdem er zuvor eine „besonders glückliche“ Ehe in „recht bescheidene[n] wirtschaftlichen Verhältnisse[n]“ – seine Klienten seien „großen Teils kleine Bürgersleute“ gewesen – geführt habe, habe der „Umschwung 1933 [...] natürlicherweise für uns persönlich außerordentliche Umstellungen in persönlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Beziehungen mit sich“ gebracht, „worunter wir natürlich auch seelisch sehr stark aufgeworfen wurden“. In Anbetracht der Tatsache, „daß ich schon im höheren Lebensalter stehe, keinerlei fremde Sprachkenntnisse habe und keinerlei kaufmännische Veranlagung besitze und ich natürlich mit meinen deutschen Berufskenntnissen im Ausland nichts anfangen konnte, war für uns an eine Auswanderung nicht zu denken. Dazu kam noch, daß meine Frau mit großer Liebe an ihren Verwandten und ihrer Heimat hängt, und diese nicht verlassen wollte“.

Das alles habe sich mit seiner Festnahme und Einlieferung in das Konzentrationslager Dachau geändert:

„Bei der Entlassung wurde uns auf das Allerernstlichste nahegelegt, in kürzester Frist auszuwandern. Inzwischen hatte auch meine Frau infolge der Vorgänge sich durchgerungen, daß eine Auswanderung unumgänglich sei. Trotzdem wir beide uns keine Minute darüber im Unklaren waren, daß wir im Auslande nichts mehr zu erhoffen hatten“.²²

Die Perspektive seiner Ehefrau scheint zumindest in groben Zügen in einem medizinischen Gutachten auf, das während der Haft über Margarete Strauß angefer-

18 GLA 480 5951, Wiedergutmachungsantrag vom 23.10.1949. Strauß machte dort einen Vermögensschaden in Höhe von 3.800 Reichsmark für „zerstörte Büroeinrichtung einschl. drei Schreibmaschinen“ geltend.

19 GLA 69 Rechtsanwaltskammer 57, Schreiben des Oberlandesgerichtspräsidenten vom 26.10.1938.

20 Die Rechtsgrundlage hierfür war die Fünfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 27.9.1938; vgl. Reichsgesetzblatt 1938, S. 1403–1406.

21 In seinem Wiedergutmachungsantrag gab Strauß an, vor 1933 jährliche Einkünfte in Höhe von 6.000 Reichsmark gehabt zu haben. Für die Zeit von 1933 bis 1945 lag die Gesamtsumme seiner Einkünfte dagegen knapp unter 10.000 Reichsmark; vgl. GLA 480 5951.

22 GLA 309 1966, Protokoll der Vernehmung vom 30.3.1939.

tigt wurde, um eine mögliche Schuldunfähigkeit zu prüfen. Dort hielt der in diesem Fall nicht ganz empathiefreie Medizinalrat Carl Trappmann fest:

„Frau Strauss berichtet, daß ihre Ehe sehr glücklich gewesen sei; ihr Mann habe sie mit Liebe und Sorgfalt umgeben und sie bei ihren häufigen Erkrankungen aufopfernd betreut. [...] Ihr gesellschaftlicher Verkehr war immer klein und wurde durch die Klärung der Judenfrage in Deutschland, immer kleiner. [...] In diesen Jahren, in denen sie immer mehr auf sich selbst angewiesen waren, sei ihr Eheleben noch inniger geworden. Fassungslos war Frau Strauss, als man 1938 das Berufsverbot über ihren Mann verhängte. Die Einnahmen hörten fast ganz auf; sie mußten von ihrem kleinen Vermögen leben, dessen Schwund sich deutlich von Monat zu Monat bemerkbar machte. Den schwersten Schock erhielt die Beschuldigte jedoch, als ihr Mann im November 1938 nach Dachau verbracht wurde – ihr Mann, der nichts getan habe und der Niemandem etwas zu Leide tun könne. In ihrer Verzweiflung und völliger Vereinsamung wurde sie nur von Bekannten am Selbstmord verhindert“.

Auch nach der Rückkehr ihres Mannes aus Dachau habe sich an ihrer „stark depressiven Verfassung“ nichts geändert, zumal sie die akut gewordenen Auswanderungspläne innerlich abgelehnt und nur ihrem Mann zuliebe überhaupt in Erwägung gezogen habe:

„Als Nichtjüdin mit einem Juden verheiratet, den sie liebt und achtet, der sie stets auf Händen getragen hat, wird dieser Mensch nun verachtet, gedrückt und nach ihrer Meinung unschuldig ins Elend getrieben. Sie glaubt den Tag ungefähr ausrechnen zu können, an dem sie völlig mittellos sein würden“.²³

In der schwierigen Situation nach der Rückkehr ihres Ehemannes aus Dachau hatte Margarete Strauß selbst den Entschluss gefasst oder auch nur den Vorschlag gebilligt, ihren Schmuck ins Ausland bringen zu lassen, um wenigstens einen Teil des verbliebenen Familienvermögens vor den Konfiskationen zu schützen, mit denen die Nationalsozialisten auswanderungswillige Juden ausplünderten. Behilflich sollte dabei Willi Hirsch sein, ein dem Ehepaar Strauß bekannter Mannheimer Jude, der in Kooperation mit dem Kunsthändler Ferdinand Weber schon mehrfach Vermögenswerte ins Ausland verbracht hatte und sich Ende Januar 1939 anbot, den Schmuck von Margarete Strauß nach Basel zu einer früheren Nachbarin des auswanderungswilligen Ehepaars zu bringen. Bei der versuchten Einreise in die Schweiz wurde Hirsch jedoch am 25. Februar 1939 verhaftet und das Päckchen mit dem Schmuck beschlagnahmt. Arthur und Margarete Strauß gerieten als Auftraggeber einige Tage später ins Visier der Ermittlungsbehörden und wurden am 6. März verhaftet. Der Mannheimer Gefängnisaufenthalt scheint vor allem für die Ehefrau kaum erträglich gewesen zu sein. Als am 14. April ein Brief an ihren Ehemann, in dem sie Selbstmordabsichten äußerte, abgefangen wurde, wurde sie zu ihrem Schutz in eine Gemeinschaftsunterkunft

23 Ebd., Gutachten vom 18.12.1939. Ein deutlich anderes Bild des Gutachters ergibt sich aus den vom Verfasser dieser Zeilen in einem anderen Kontext vor kurzem eingesehenen Strafakten dreier Homosexueller, denen Carl Trappmann 1943 mit seinen Gutachten den Weg zum Schafott bereitete. Vgl. GLA 507 12249, 12252 und 12255.

verlegt.²⁴ Auch ein ebenfalls abgefangener Brief vom 21. Oktober dokumentiert ihre Verzweiflung. In ihm dankte sie ihrem Ehemann, ihr „immer ein leuchtendes, von mir leider nie erreichtes Vorbild“ gewesen zu sein.

„Glauben tue ich nichts mehr. [...] Hoffnung an das Leben habe ich keine mehr. Nur das Wissen daß der Tod einst seelige Erlösung von den Leiden dieser Welt bringt, läßt mich das Leben ohne Haß in Geduld ertragen. Alles Gute lieber Arthur, es tröstet mich, daß Du ja immerhin eher Aussicht hast von den Leiden dieser Welt erlöst zu werden.“²⁵

Das Urteil in dem Strafverfahren gegen Hirsch und das Ehepaar Strauß fällte die Strafkammer I des Landgerichts Mannheim am 17. Januar 1940. Hirsch wurde zu einer zweieinhalbjährigen Zuchthausstrafe und einer Geldstrafe von 4.000 Reichsmark verurteilt, weil man ihm unterstellte, in der Absicht persönlicher Bereicherung gehandelt zu haben; die Eheleute Strauß wurden zu einer neunmonatigen Gefängnisstrafe und einer Geldstrafe von jeweils 1.000 Reichsmark verurteilt. Als „strafmildernd“ wurde berücksichtigt, dass beide „aus einer starken Depression und Überstürzung heraus gehandelt“ haben; auch hielt man Arthur Strauß zugute, dass er einen „guten Leumund“ genieße und seine Anwaltstätigkeit so ausgeübt habe, „dass keinerlei Klagen laut wurden“. Da sie schon mehr als zehn Monate in Schutz- und Untersuchungshaft verbracht hatten, galten sowohl die verhängte Gefängnis- als auch die Geldstrafe als bereits verbüßt.²⁶

Seit dem Beginn des Krieges, den er vom Gefängnis aus verfolgt hatte, war an eine Auswanderung kaum noch zu denken und er musste sich bis auf Weiteres auf einen Aufenthalt in Heidelberg einrichten. Daher beantragte Arthur Strauß unmittelbar nach der Rückkehr aus der Haft bei der Reichs-Rechtsanwaltskammer einen Unterhaltszuschuss, der auf der Grundlage der Fünften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom September 1938, die zum Entzug seiner Zulassung als Rechtsanwalt geführt hatte, gewährt werden konnte. Der Heidelberger Landgerichtspräsident unterstützte dieses Anliegen, „weil der Genannte eines Unterhaltszuschusses bedürftig und würdig“ sei.²⁷ In der Heidelberger Polizeidirektion, wo man ebenfalls eine Stellungnahme abgeben musste, wurde das Gesuch jedoch anders beurteilt: „In Anbetracht dessen, dass der Gesuchsteller und seine Ehefrau“ unlängst wegen eines Devisenvergehens verurteilt worden seien, „müssen sie als Volksverräter bezeichnet und die Würdigkeit von Unterhaltszuschüssen als nicht gegeben bezeichnet werden“.²⁸ Die Reichs-Rechtsan-

24 In der Rückschau stellte sich dies für Arthur Strauß anders dar. In einem Schreiben an den Heidelberger Finanzpräsidenten Amendt vom 1.5.1949, in dem er um eine großzügige Festsetzung seines Ruhegehalts nachsuchte, verwies er auf die Leiden seiner Frau: „Sie hat während des Dritten Reiches durch die Heirat mit mir Schwerstes erdulden müssen, unter anderem war sie, ebenso wie ich, wegen eines angeblichen Devisenvergehens, in Wirklichkeit wegen einer Schamlosigkeit der Gestapo, im Schloßgefängnis Mannheim 10 Monate inhaftiert, wo sich die zuständigen Beamten ein besonderes Vergnügen daraus machten, sie mit dem Auswurf der Menschheit in einer Zelle zu halten“; GLA 508 Zug. 1990/2 775.

25 GLA 309 1966.

26 Ebd.

27 GLA 69 Rechtsanwaltskammer 57, Schreiben vom 17.2.1940.

28 Ebd., Schreiben vom 25.2.1940.

waltskammer wies das Gesuch schließlich zurück, ohne jedoch Strauß die von der Heidelberger Polizei verneinte Unterstützungswürdigkeit abzuerkennen: Die Voraussetzungen für einen Unterhaltszuschuss lägen „z. Zt. noch nicht“ vor. „Erst wenn das Vermögen der Ehefrau aufgezehrt ist“, könne eine Bedürftigkeit anerkannt werden.²⁹

Unter welchen Bedingungen das Ehepaar Strauß in den folgenden fünf Jahren in Heidelberg lebte, liegt fast ganz im Dunkeln. Von der Deportation der badischen Juden nach Gurs im Oktober 1940³⁰ blieb Arthur Strauß verschont, da ihn sein Status als in *Mischehe* lebender *Nicht-Arier* schützte. Sei es, weil die Vermögensreste der Ehefrau einen Verbleib in der alten Wohnung nicht mehr zuließen, sei es, weil das „Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden“ einen Auszug erzwang,³¹ zog das Ehepaar um. Letztmals wurden sie in den Heidelberger Adressbüchern 1940 als Bewohner des Hauses 10b in der inzwischen zur Dantestraße umbenannten Kronprinzenstraße aufgeführt. Eine neue Unterkunft fanden Arthur und Margarete Strauß in der Schiffgasse 2 in dem Hospiz „Wartburg“. Dies jedenfalls war die Korrespondenzadresse von Arthur Strauß, der nach den Oktoberdeportationen 1940 als Kontaktperson für die Behörden in ihrem Umgang mit den in Heidelberg verbliebenen Juden fungierte.³²

Offenkundig in dieser wohl allenfalls halbamtlichen Funktion war Strauß zum Beispiel Zeuge der Beschlagnahme der Mobilien der Heidelberger jüdischen Gemeinde, als diese von der Polizei nach Karlsruhe verbracht wurden.³³ Auch seine Vermittlung beim Versand orthopädischer Schuhe an die von Heidelberg nach Gurs deportierte Meta Gumpertz, die dort im ärztlichen Dienst tätig war, hat aktenmäßigen Niederschlag gefunden.³⁴ Zu Strauß' allgemeinen Aufgaben dürften auch höchst unangenehme Pflichten gehört haben wie das Einsammeln von Gebühren von den Heidelberger Juden und die Übermittlung von Deportationsbescheiden. Aus den vom Verfasser dieser Zeilen eingesehenen Akten lassen sich hierzu allerdings keine Einzelheiten mitteilen, geschweige denn Aussagen dar-

29 Ebd., Schreiben vom 26.3.1940.

30 Vgl. dazu Arno Weckbecker: Die Judenverfolgung in Heidelberg 1933–1945, Heidelberg 1985, S. 197–209.

31 Zur Wohnsituation der Heidelberger Juden während des Zweiten Weltkriegs vgl. Norbert Giovannini, Claudia Rink: Ghetto ohne Ghetto. Hinweise zu den „Judenhäusern“ in Heidelberg 1938–1945, in: Heidelberg, Jahrbuch zur Geschichte der Stadt, Jg. 14, 2010, S. 75–99.

32 Vgl. dazu Norbert Giovannini, Claudia Rink, Frank Moraw: Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933–1945. Biographisches Lexikon mit Texten. Hg. vom Förderkreis Begegnung, Heidelberg 2011, S. 406; Markus Geiger: Hermann Maas – Eine Liebe zum Judentum. Leben und Wirken des Heidelberger Heiliggeistpfarrers und badischen Prälaten (Buchreihe der Stadt Heidelberg Bd. 17), Heidelberg u. a. 2016, S. 228; Frank Moraw: Die nationalsozialistische Diktatur, in: Peter Blum (Hg.): Geschichte der Juden in Heidelberg (Buchreihe der Stadt Heidelberg Bd. 6), Heidelberg 1996, S. 440–555, hier S. 531, 541.

33 Vgl. dazu ein Schreiben von Strauß an den Oberrat der Israeliten Badens vom 22.11.1948, Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg B-1/19 Nr. 321.

34 Vgl. ebd. Nr. 164, Schriftwechsel zwischen Strauß, dem Generalbevollmächtigten für das jüdische Vermögen in Baden und dem Heidelberger Polizeidirektor vom Januar 1941.

über treffen, mit welcher Motivation Strauß dieses Amt ausgeübt hat und ob es ihm den Erhalt seines Aufenthaltsstatus in der Stadt erleichtert hat. Zumindest zu einzelnen Behördenvertretern konnte Strauß wohl ein erträgliches Verhältnis aufbauen: So legte er zum Beispiel im Spruchkammerverfahren gegen den Heidelberger Kriminalsekretär Wilhelm Bender ein sehr günstiges Leumundszeugnis ab und betonte, dass er mit diesem verschiedene Probleme, etwa Strafanzeigen gegen Juden, jeweils habe vertraulich besprechen können.³⁵ Solchen positiven retrospektiven Einschätzungen von Hilfs- und Milderungsmöglichkeiten zum Trotz dürfte bei Arthur Strauß in den Jahren von 1941 bis 1945 das Gefühl der Hilflosigkeit überwogen haben, musste er doch das vielfache Leid der in Heidelberg verbliebenen Juden aus der Nähe miterleben, etwa im August 1942 den Selbstmord der mit ihm befreundeten Leontine Goldschmidt im Angesicht ihrer bevorstehenden Deportation nach Theresienstadt.³⁶

Dass Arthur Strauß in halbamtlicher Funktion und in sehr naher Anschauung die Judenverfolgungen der Kriegsjahre miterlebt hatte und er zudem über die nötigen juristischen Kenntnisse und Erfahrungen verfügte, prädestinierte ihn für eine herausgehobene Funktion in der Rückerstattungsadministration der ersten Nachkriegsjahre. Bereits Ende April 1945 wurde er von der amerikanischen Besatzungsverwaltung als Mitarbeiter beim Finanzamt Heidelberg herangezogen und zum 1. Juni 1945 in einer freien Planstelle zum Oberregierungsrat ernannt. Der Präsident des Landesbezirks Baden sanktionierte dies im September 1946 mit der rückwirkenden Berufung Strauß' in das Beamtenverhältnis; für die Berechnung des Dienstzeitalters wurde als „Maßnahme der Widergutmachung“ [sic!] der 1. Januar 1917 festgelegt,³⁷ um dem inzwischen 66-Jährigen den Eintritt in den Ruhestand mit einer angemessenen Pension zu ermöglichen.

Dieser lag für Strauß allerdings noch einige Jahre in der Zukunft, da er sich in der neuen Position rasch unentbehrlich machte. So beantragte der Leiter der Finanzabteilung des Landesbezirks Baden am Jahresende 1948 eine Weiterbeschäftigung von Strauß, der die Altersgrenze erreicht hatte, da seine Stelle als „Leiter der Abteilung jüdisches und reichsfeindliches Vermögen beim Landesfinanzamt“ nicht nur „ein besonderes Können und gute Fähigkeiten“ voraussetze, sondern auch „gewisse persönliche Qualitäten“, die derzeit nur bei „Dr. Strauß gegeben“ seien.³⁸ Ab April 1949 wurde Strauß, inzwischen als Beamter in den Ruhestand versetzt, in einem außertariflichen Angestelltenverhältnis weiterbeschäftigt, und

35 Vgl. GLA 465f 1757. Für den Hinweis auf Benders Spruchkammerakte danke ich Herrn Norbert Giovannini, der für diesen Band einen Beitrag über Wilhelm Bender verfasst hat.

36 Vgl. Frank Engehausen: Die Josefine und Eduard von Porthcim-Stiftung für Wissenschaft und Kunst 1919–1955. Heidelberger Mäzenatentum im Schatten des Dritten Reiches (Buchreihe der Stadt Heidelberg, XII), Heidelberg u. a. 2008, S. 136–138; Renate Marzloff: Leontine und Viktor Goldschmidt. Gründer der von Porthcim-Stiftung, Bürger in Heidelberg 1889–1942, Heidelberg 2007, S. 156–158; vgl. den Beitrag von Renate Marzloff über Leontine Goldschmidt in diesem Band.

37 GLA 466-2 9777, Schreiben vom 26.9.1946.

38 Ebd., Schreiben an den Präsidenten des Landesbezirks Baden vom 17.12.1948.

noch im August 1951 ersuchte der Präsident des Landesbezirks Baden beim Staatsministerium in Stuttgart um eine Verlängerung der Beschäftigung bis zum Jahresende mit Rücksicht auf die „in den letzten Monaten vermehrte Rückkehr von jüdischen Familien und die erforderlich werdende Vermittlung zwischen ihnen und der Staatsverwaltung hinsichtlich ihrer vermögensrechtlichen Ansprüche“.³⁹

Die Wertschätzung durch seinen Dienstherrn blieb Strauß über seinen tatsächlichen Eintritt in den Ruhestand im Jahr 1952 hinaus erhalten, denn ihm wurde das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik verliehen. Die Oberfinanzdirektion Karlsruhe hatte den Vorschlag hierzu dem baden-württembergischen Finanzministerium gegenüber wie folgt begründet:

„Die Dr. Strauß gestellte Aufgabe der Verwaltung des jüdischen Vermögens und der Auseinandersetzung mit den früheren Eigentümern war angesichts des Mißtrauens und der Feindschaft, denen sich der neue deutsche Staat nach dem Kriege gegenüber sah, besonders schwierig. [...] Er hat es verstanden, Konflikte zu vermeiden und sowohl die Interessen des Staats wie der früheren Eigentümer der Vermögen zu wahren. [...] Seine Tätigkeit war somit auch staatspolitisch von Bedeutung und bei seinem fortgeschrittenen Lebensalter eine außergewöhnliche Leistung unter schwierigen Verhältnissen“.⁴⁰

Als Helfer für jüdische Verfolgte machte sich Strauß nach 1945 nicht nur in seiner Amtsstellung, sondern auch ehrenamtlich verdient, und zwar als kommissarischer Leiter der in Heidelberg ansässigen Josefine und Eduard von Portheim-Stiftung für Wissenschaft und Kunst, die 1919 von dem jüdischen Ehepaar Viktor und Leontine Goldschmidt gegründet worden war. Die seit 1933 schrittweise politisch gleichgeschaltete und zuletzt zu einer Versorgungseinrichtung für nationalsozialistische Parteiaktivisten herabgesunkene und in ihrem Vermögen schwer geschädigte Stiftung⁴¹ war 1945 zunächst in die kommissarische Verwaltung des ersten Nachkriegsrektors der Universität Heidelberg, Karl Heinrich Bauer, gelangt, dem Strauß jedoch als Berater zur Seite stand. Die Zusammenarbeit funktionierte nur anfänglich gut.

Bald kam es zu Meinungsverschiedenheiten über die Verwendung der verfügbaren Stiftungsgelder, die Bauer der Universität und auch der Heidelberger Akademie der Wissenschaften zugutekommen lassen wollte, während sich Strauß dafür aussprach, bedürftige jüdische Studenten mit Stipendien zu unterstützen, was er mit einem Verweis darauf untermauerte, dass dies den Wünschen der aus der Stiftung verdrängten und 1942 verstorbenen Leontine Goldschmidt entspreche.⁴² Der Rektor lenkte daraufhin ein und regte seinen eigenen Rücktritt und die Übernahme der kommissarischen Stiftungsverwaltung durch Strauß an: „Sie kennen nicht nur Stifter und Stifter Willen ganz genau, sondern auch die finanzpoliti-

39 Ebd., Schreiben vom 18.8.1951.

40 Ebd. 508 Zug. 1990/2 775, Schreiben vom 22.12.1952.

41 Vgl. dazu Engehausen: Portheim-Stiftung (wie Anm. 36).

42 Vgl. GLA 235 37454, Schreiben Strauß' an Bauer vom 29.5.1946.

schen Möglichkeiten gegenüber Banken usw.“ Bauer hoffte sehr, „dass Sie Ihre so unübertreffliche Sachkenntnis in den Dienst der Sache werden stellen können“.⁴³

Die kommissarische Leitung der Porthheim-Stiftung führte Strauß vom Sommer 1946 bis zu seinem Tode. Seine Amtsführung zielte auf die finanzielle Konsolidierung der Stiftung, die durch die Währungsreform schwer getroffen wurde, auf die Sicherung ihrer seit 1935 erheblich zusammengeschmolzenen Sammlungsbestände, auf ihre Unabhängigkeit von der Universität und auf ihre strategische Profilierung als Trägerin eines Völkerkundemuseums. Neben diesen Gegenwartsproblemen nahm Strauß jedoch auch die Vergangenheitslasten der Stiftung in den Blick und bemühte sich wie in seiner beruflichen Dienststellung auch hier um „Wiedergutmachung“, etwa als er am Jahresanfang 1950 eine namhafte Unterstützungszahlung an zwei Nichten Leontines Goldschmidts aus Stiftungsmiteln durchsetzte.⁴⁴

Mit kleineren Beträgen half die Stiftung Juden, die Verfolgungsoffer geworden oder als mittellose Flüchtlinge nach Heidelberg zurückgekehrt waren: dem Historiker Paul Hirsch, der einen Gehaltszuschuss erhielt, oder den Brüdern Heinz und Lothar Wetzlar, denen ein zinsloses Darlehen der Stiftung den Aufbau einer Buchhandlung ermöglichte. Der Stiftungsaufsicht, der Landesdirektion für Kultus und Unterricht in Karlsruhe, gegenüber rechtfertigte Strauß solche Ausgaben mit Verweis auf den Willen der Stifterin, die ihn vor ihrem Tode mehrfach gebeten habe, „dafür einzutreten, dass bei Verteilung der Stiftungsgelder in erster Linie jüdische Personen bedacht werden“.⁴⁵ Anfang der 1950er Jahre liefen solche Unterstützungsleistungen jedoch aus – wegen knapper werdender Stiftungsressourcen, aber auch wegen zunehmenden Drucks der Aufsichtsbehörde, nur noch stiftungszweckgebundene Ausgaben zu tätigen.

Die Überleitung der Porthheim-Stiftung von kommissarischer zu regulärer Verwaltung auf der Grundlage einer erneuerten Stiftungssatzung bereitete Strauß am Jahreswechsel 1954/55 noch mit vor.⁴⁶ Mit dieser stiftungsrechtlichen Zäsur endete auch die Phase, in der Strauß die Geschichte der Porthheim-Stiftung prägte, da er am 10. April 1955 nach kurzer Krankheit starb. Noch vor seinem Tode war ihm Wertschätzung auch für seine ehrenamtliche Arbeit zuteilgeworden, und zwar durch die Verleihung der Ehrensensatorenwürde der Universität Heidelberg in ihrer Jahresfeier im November 1953. Die Anregung hierzu kam von Altrektor Bauer und wurde von dem Romanisten Gerhard Hess unterstützt, der dem amtierenden Rektor Edmund Schlink zur Vorbereitung der Senatssitzung, auf der die Verleihung beschlossen wurde, drei maßgebliche Verdienste von Strauß in Erinnerung rief: „seine Bemühungen um die Porthheim-Stiftung“, „die Unterstützung der Universität in den Jahren des Wiederaufbaus“ und auch „den Beistand,

43 Universitätsarchiv Heidelberg B 9728, Schreiben vom 17.6.1946.

44 Vgl. Enghausen: Porthheim-Stiftung (wie Anm. 36), S. 161–163.

45 GLA 235 37454, Schreiben vom 22.10.1946; zu Paul Hirsch vgl. den Beitrag von Ingrid Moraw in diesem Band.

46 Vgl. Enghausen: Porthheim-Stiftung (wie Anm. 36), S. 188–193.

den Herr St. in der nationalsozialistischen Zeit verfolgt und bedrängten Kollegen geleistet hat“.⁴⁷ Dass Strauß in der nationalsozialistischen Zeit selbst zu den Verfolgten und Bedrängten gezählt hatte, ließ Hess unerwähnt. Das Helferbild hatte das Opferbild in seiner Wahrnehmung von Strauß ganz überlagert.

47 Universitätsarchiv Heidelberg B 1884/2a, Schreiben vom 23.10.1953.

Stille Hilfeleistung. Leontine Goldschmidt, geb. von Porthheim

RENATE MARZOLFF

Was kann man historisch Verlässliches berichten über die Hilfeleistungen einer Frau, von der die Zeitgenossen bezeugen, dass ihre Persönlichkeit gekennzeichnet sei durch „eine überwältigende Güte, die Gutes nur in aller Stille tat“, durch eine „wunderbare Bescheidenheit, mit der sie selber im Leben zurückzutreten wusste, um doch überall im Stillen gegenwärtig zu sein, wo sie helfen, dienen und Freude zu bringen hoffte“, „wie bis zuletzt ihre Hilfsbereitschaft für andere jedes eigene Wort der Klage übertönte“? „Frau Geheimrat hat durch stille Hilfeleistung viele Not und vieles Elend gewendet“, bestätigt Alfred Zintgraff aus der Porthheim-Stiftung ans Kultusministerium und Hermann Hampe, nach dem Krieg Oberbaurat in Heidelberg, fasst es so zusammen: „Erfüllung ihres Lebens hat Leontine Goldschmidt im Geben gesehen“.¹

Nur im Kontext ihrer Familientradition und der engen Verbundenheit mit ihrem Mann Victor Goldschmidt sieht man Leontine Goldschmidt deutlicher. Sie hat über fünfzig Jahre – mit Unterbrechung durch größere Reisen – in Heidelberg gelebt und wollte auch zuletzt die Stadt nicht mehr verlassen. Gekommen war sie 1889 als jungvermählte Ehefrau des habilitierten Kristallographen und Kulturwissenschaftlers Victor Goldschmidt, der in der Akademiestraße 1, Ecke Hauptstraße sein privates Institut für Kristallographie betrieb. Dieser Ort wurde für die Jugend verschiedenster Erdteile bis zum Tod des Professors und Geheimen Rats 1933 eine renommierte Schule der internationalen Zusammenarbeit, blieb aber der Universität nur lose angegliedert. Goldschmidt selbst blieb trotz aller Verdienste Honorarprofessor, wurde zum Geheimrat ernannt, aber nie zum Ordinarius oder zum ordentlichen Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften.

Während Goldschmidts Schaffenskraft ihn international bekannt machte, war ihm seine zehn Jahre jüngere Frau – klein und zierlich wird sie geschildert – eine hingebungsvolle und unermüdliche Helferin, auch bei seiner wissenschaftlichen

1 Zitiert sind der Reihe nach: Hans Himmel: Victor Goldschmidt zum Gedächtnis, in: Centralblatt für Mineralogie und Paläontologie, 1933, S. 39; Hermann Hampe: Aus einem reichen Leben. Leontine Goldschmidt zum Gedächtnis, in: Hermann Maas; Gustav Radbruch, Lambert Schneider (Hgg.): Den Unvergessenen. Opfer des Wahns 1933–1945, Heidelberg 1952, S. 73–75; Alfred Zintgraff, in den Akten der von Porthheim-Stiftung. Dort auch, ohne Verfasser- und Datumsangabe, der Nachruf auf Victor Goldschmidt von einem der Logenbrüder nach Wiedereröffnung der Loge „Ruprecht zu den fünf Rosen“: „Seine und seiner Gattin umfassende geheime Wohltätigkeit ... vollenden sein Bild.“ Hier und im Folgenden stütze ich mich auf meine frühere Arbeit: Renate Marzollf: Leontine und Victor Goldschmidt. Gründer der von Porthheim-Stiftung, Bürger in Heidelberg 1889–1942, Heidelberg 2007.

Arbeit. Ab 1913 und über die entbehrungsreichen Kriegsjahre hinaus war sie am Gelingen seines Riesenopus, des 18-bändigen „Atlas der Krystallformen“, maßgeblich beteiligt. Ihr ist er gewidmet. Auch die bedeutenden, auf großen Reisen erstandenen ethnologischen Sammlungen des Ehepaars verwaltete sie, konnte Auskunft geben über jedes Objekt. Sie konnte das alles, weil sie aus ihrer Heimatstadt Prag zweifellos eine ausgezeichnete Schulbildung mitgebracht hatte, weil sie vielgereist, musisch begabt und mehrsprachig war, weil sie interessiert war und gut zuhören konnte. „Sie war eine kluge Frau“, bestätigte ihre betagte Nichte Susan Wallace im Gespräch² und der Hamburger Staatsrat Leo Lippmann gedenkt ihrer als einer „geistig hervorragenden Frau, die in ihrem langen Leben unendlich vielen Menschen Gutes getan hat.“³



Leontine Goldschmidt zwischen 1933 und 1940.
(Foto: privat, Susan Wallace)

Beide Goldschmidts waren nicht nur klug, sondern auch, bei all ihrer oft bezugten persönlichen Bescheidenheit, sehr wohlhabend. Kamen doch beide, Leontine, geb. Edle von Portheim aus Prag, und Victor Goldschmidt aus Mainz bzw. Frankfurt, aus jüdischen Familien – die eine inzwischen katholisch, die andere evangelisch getauft, die es kraft ihrer Tüchtigkeit im 19. Jahrhundert zu Reichtum gebracht hatten und überdies mehrfach verwandtschaftlich verbunden waren. Leontines Vater Eduard und Victors Mutter Josephine, geb. von Portheim, waren Geschwister. Die Familienstammbäume enthalten Namen wie Rothschild, Oppenheim, Warburg, Brandeis, Berufe wie Bankiers, Industrielle, Universitätsprofessoren, führende Juristen.

Die Geschichte dieser jüdischen Familien zeigt, ebenso wie die anderer großbürgerlicher Familien, von Beginn an eine mäzenatische Tradition, d. h. sobald sie sich aus dem Dunkel des Ghettos herausgearbeitet hatten, nahmen sie sich in die Pflicht als Wohltäter der Notleidenden und Förderer des Kulturlebens ihrer Stadt und entsprachen damit dem in der jüdischen Religion festgelegten Gebot der Wohltätigkeit. „Suchet der Stadt Bestes.“⁴

2 Bei einem Besuch der Verf. in Cambridge am 12.8.2013.

3 Leo Lippman: Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Aus dem Nachlass hg. von Werner Jochmann, Hamburg 1964.

4 Jeremia 29,7. Zum karitativen Engagement der Familien Porges/von Portheim siehe Marzolff (wie Anm. 1), S. 20.

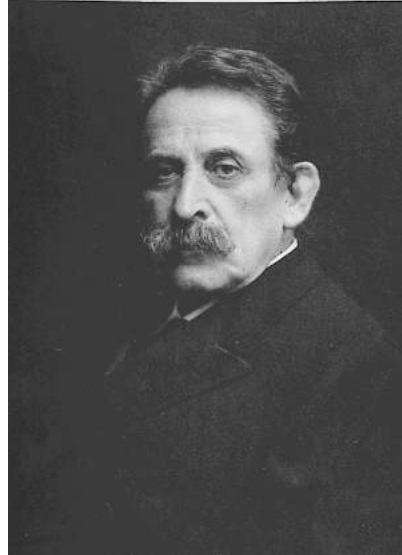
Das Ehepaar Goldschmidt jedenfalls, das bezeugen die Berichte der unterschiedlichsten Zeitgenossen, war sich zeitlebens einig in der Freude am Helfen, ja sie scheinen geradezu ein elementares Bedürfnis gehabt zu haben, sich mitzuteilen und Geschenke zu machen. Für beide Goldschmidts waren junge Schüler und Angestellte immer auch Schutzbefohlene. Victor Goldschmidt selbst erklärte das manchmal fast entschuldigend mit dem Verweis auf ihre Kinderlosigkeit.

Ihr Haus in der Gaisbergstraße 9 (das es nicht mehr gibt) war ein vielbesuchter Ort großer Gastlichkeit, wo Goldschmidts Schüler ein- und ausgingen, wo Fremde aus dem Ausland Unterkunft und Bewirtung fanden, wo Kranke gepflegt wurden und gesellige Abende mit Heidelberger Freunden und Kollegen bei gutem Essen und Musik stattfanden. Leontines Geigenspiel war gefragt.

Für Leontine und Victor Goldschmidt war es nur folgerichtig, dass sie dann während des Weltkriegs dem allgemeinen Elend mit aller Art persönlicher Hilfeleistung begegneten und nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreiches im Frühjahr 1919 dem neuen Freistaat Baden eine große Schenkung vermachten. Die nach ihren Eltern benannte „Josephine und Eduard von Portheim-Stiftung“ sollte etwa die Hälfte ihres Vermögens enthalten und unter anderem der Universität Heidelberg hilfreich zur Seite stehen.⁵

Der zunehmend spürbar werdende Antisemitismus vor der Machtübernahme Hitlers trieb das Ehepaar Goldschmidt in seinen letzten gemeinsamen Jahren auf demütigende und ausgrenzende Weise zu den jüdischen Wurzeln zurück. Mit der Errichtung einer „Goldschmidt-Familienstiftung zur Unterstützung würdiger Nachkommen der Eltern der Stifter bis zu ihren Urenkeln“ mit Sitz in St. Gallen in der Schweiz wollte Goldschmidt für sich und seine Frau 1931 Rückzugsräume offen halten sowie die Möglichkeit, sich die gewohnte Lebensweise zu sichern, „die Freiheit, noch zu reisen und anderen zu helfen“, so fasste er seine Absicht bezeichnenderweise für sich und seine Frau zusammen.

1933, kurz nach seinem 80. Geburtstag, starb Victor Goldschmidt in Salzburg, verbittert über die politische Lage in Deutschland, jedoch unerwartet und



Victor Goldschmidt. Aus der Festschrift 1928 zu seinem 75. Geburtstag (Foto: Gottmann; Ausschnitt)

5 Frank Engehausen: Die Josefine und Eduard von Portheim-Stiftung für Wissenschaft und Kunst 1919–1955. Heidelberger Mäzenatentum im Schatten des Dritten Reiches (Buchreihe der Stadt Heidelberg, XII), Heidelberg, Ubstadt-Weiher u.a. 2008.

noch voller Arbeitspläne, an Magenkrebs. Seine siebzigjährige Frau kehrte nach Heidelberg zurück, wo sie sich trotz allem beheimatet und von Freunden umgeben fühlen konnte.

Dort warteten Aufgaben auf sie: die Übernahme des Vorsitzes der Porthheim-Stiftung, die Ordnung der Korrespondenz ihres Mannes und Herausgabe seiner Vorlesungen. Von den langjährigen Freunden seien einige der nächststehenden genannt:

- Der Heidelberger Ehrenbürger und Kuratoriumsmitglied der Porthheim-Stiftung, Wilhelm Salomon-Calvi. Trotz seiner Verdienste um die Stadt wird er 1934 die Universität verlassen müssen und einem Ruf nach Ankara folgen.
- Daniel Häberle vom stiftungseigenen Institut für pfälzische Landeskunde, der jedoch 1934 stirbt.
- Alfred Weber, dessen Institut für Sozial- und Staatswissenschaften 1927 im Palais Weimar ein Domizil gefunden hat und der sich nun vorzeitig emeritieren lässt. Sie alle waren zeitweise von Victor Goldschmidt finanziell unterstützt worden.
- Der Pathologe Paul Ernst ist zu nennen und die Mitarbeiter des Goldschmidt-Instituts.
- Hans Himmel aus beengten Heidelberger Verhältnissen stammend, der von Goldschmidt gefördert wurde und dies in einem Nachruf auf seinen Chef 1933 auch bestätigt. Er wird nun die Institutsleitung übernehmen, zur NSDAP übertreten und sich als Vizekanzler der Universität die Entfernung der Juden zur Aufgabe machen.

1935 musste Leontine Goldschmidt den Vorsitz in der Porthheim-Stiftung abgeben und einem regimegetreuen Kuratorium Platz machen. Die der Stiftung als Erbe zugeordneten Gegenstände wurden jetzt schon aus ihrem Haus abtransportiert. Sie hat lange standgehalten, aber jetzt reagierte sie mit einem Zusammenbruch und flüchtete sich zu ihren Brüdern ins noch unbesetzte Prag, kehrt von dort aber wieder zurück. Frühere Mitarbeiter wenden sich ab, alte Bekannte kennen sie nicht mehr, Freunde sind gezwungen das Land zu verlassen. Dennoch ist sie nicht geneigt, das gleiche zu tun. Sie erlebt nun sukzessiv alle Einschränkungen, Vermögensplünderungen und Demütigungen, die Juden zuteilwerden. Die zwangsweise Abgabe aller Wertgegenstände, ihres Tafelsilbers, ihres wertvollen Schmucks im Frühjahr 1939, besorgte eine gute alte Freundin für sie, Dr. Bertha Ewing-Roeder.

Doch einige Getreue blieben ihr, und neue aus dem Umkreis der bedrängten Judenschaft kamen hinzu. Das sind die Helfer um den Stadtpfarrer Maas und seine enge Mitarbeiterin, die als *Vierteljüdin* aus der Universität entlassene Marie Baum. Da ist die Ärztin Marie Clauss, die unerschrocken vor aller Augen die jüdischen Mitbürger betreut, sowie einige jüdische Leidensgenossen und -genossinnen, die sich nach Kräften gegenseitig helfen, darunter vor allem, so berichtet



Festgesellschaft im Spiegelsaal „Prinz Carl“, Leontine Goldschmidt, in der ersten Reihe als dritte links von der Mitte (Repro: Ingeborg Klinger)

Marie Baum, der Rechtsanwalt Dr. Arthur Strauß.⁶ Und da sind für Leontine hilfreich die junge Annemarie Hampe, Tochter des jüdischen Chemieprofessors Ebler, mit der sich Leontine angefreundet hat und seit 1933 ihr Mann, der Architekt Hermann Hampe; er stammt seinerseits aus altbekannter Heidelberger Professorenfamilie.

Wegen seiner Heirat wurde Hampe von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen, lebte aber von privaten Aufträgen der Heidelberger Bürgerschaft. Er gehörte insgeheim zu den Helfern der z.T. versteckt gehaltenen Juden, deren Adressen er bewahrte. Er habe in ständiger Furcht gelebt, entdeckt zu werden und einem möglichen Verhör nicht standzuhalten, berichtet seine Tochter.⁷ Annemarie Hampe wird Leontine Goldschmidts Erbin werden, ihr erstgeborener Sohn Michael wird 1935 ihr Patensohn. Er erinnert sich aus früher Kindheit noch vage an Einladungen zum Mittagessen in ihrer Wohnung, die sich wohl bereits im Haus Zade befand.⁸

Längst bevor Leontine 1938 ihr Haus verkaufen musste, hatte sie guten Freunden verschenkt, was sie nicht mitnehmen konnte und vor dem Zugriff der

6 Siehe die Artikel zu Hermann Maas, Marie Baum, Marie Clauss und Arthur Strauß in diesem Band.

7 Telefonauskunft Veronika Hampe, 13.1.2009.

8 Telefonauskunft Michael Hampe, Dez. 2007.

Gestapo retten wollte: Bilder, Möbel, Kunstgegenstände, Bücher. Es waren Dinge, über die unter diesen Umständen nichts verlauten durfte, und es ist klar, dass die Familie Hampe zu den Beschenkten gehören musste.⁹ Manche Stücke davon tauchten nach dem Krieg wieder auf und wurden zurückgegeben, darunter einige niederländische Gemälde und ein prächtiger Barockschrank, die sich heute als Leihgaben der Porthheim-Stiftung im kurpfälzischen Museum befinden.

Nach Auskunft Hampes wurde die alte Dame „von Wohnung zu Wohnung verwiesen“, lebte zeitweise zusammen mit anderen Verfolgten in dem *Judenhaus* Weberstraße 7, bis sie 1939 für ihre letzten drei Jahre noch einmal eine eigene Wohnung beziehen konnte.

In Leontines früherer Nachbarschaft hatte in der Leopoldstr. 12 (heute Friedrich-Ebert-Anlage) der ihr befreundete Professor für Augenheilkunde Martin Zade mit seiner Frau und vier Kindern gewohnt. Ihm war seit 1938 jegliche Berufsausübung untersagt, so dass die Familie, zunächst die Kinder, dann die Eltern im März zur Flucht nach England genötigt waren.¹⁰ Womöglich half dabei eine Summe, die 1938 von der Goldschmidt-Familienstiftung an Frau Zade überwiesen wurde.

Nach Erlass neuer Gesetze hatte Leontine ihre Familienstiftung schon 1935 von St. Gallen nach Heidelberg verlegen müssen. Nun nutzte sie die Gelegenheit, Bedürftigen kleinere Beträge zukommen zu lassen und vertrauten Helfern wie Goldschmidts ehemaligem Assistenten Robert Schröder¹¹ monatlich mit einer wenn auch geringen Summe unter die Arme zu greifen. Die Stiftungsakten vermerken 1938 zusätzliche Überweisungen an „Josephine Deutschmann, Luise Poppelauer, FrL. Stark, FrL. Trier¹²“. Aber auch diese Möglichkeit wurde ihr genommen. 1939 befand der neue Vorsitzende der Porthheim-Stiftung, der „Volkskundler“ und NS-Spitzenfunktionär Eugen Fehrle, dass auch im Vorstand der Goldschmidt-Familienstiftung die Anwesenheit eines Ariers unerlässlich sei. Schon wiederholt sei nämlich festgestellt worden, dass die Familienstiftung (deren Vorsitzende nominell immer noch Leontine ist) die ihr anvertrauten Gelder

9 Aus London erreichte mich am 20.3.2014 eine Anfrage von ‚The Art Loss Register‘. Es ging um die Provenienz eines bei Sothebys zu versteigernden Gemäldes aus der Werkstatt Cranachs („Liegende Diana“), das zunächst Leontine Goldschmidt, dann zur Sammlung Oberbaurat Hampe, Heidelberg gehört hatte. Handelte es sich um einen NS-verfolgungsbedingten Entzug? Ich konnte Entwarnung geben.

10 Siehe hierzu auch: Roland Zade: Rückkehr. (Mein Beitrag zu „Große Liebe zu Heidelberg“ von K(urt) Massmann). Mit einer Nachbemerkung von Hans-Martin Mumm, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Jg. 21, 2017, S. 223ff.

11 Der getreue Schroeder war es, der nach dem Tod Leontine Goldschmidts 1942 als Hilfsassistent am damaligen Mineralogisch-Petrographischen Institut der Universität in Vertretung von O.H. Erdmannsdorfer mit einem strammen *Heil Hitler!* bei der Gestapo erfolgreich auf Herausgabe des konfiszierten Goldschmidtschen Briefwechsels (heute im Universitätsarchiv) bestand und damit spätere Nachforschungen ermöglichte. Weiteres zu Schroeder in Enghausen (wie Anm. 5), S. 147.

12 Zu Fanny Trier vgl. Norbert Giovannini, Claudia Rink, Frank Moraw (Hgg.): Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933-1945. Biographisches Lexikon. Hg. vom Förderkreis Begegnung, Heidelberg 2011, S. 419.

„stiftungswidrig“ zur Unterstützung von Juden zu verwenden gesucht habe.¹³ Das Kultusministerium beschloss daher auf Antrag des Stiftungskuratoriums, die Erinnerung an die jüdische Vergangenheit der Portheim-Stiftung und deren Namen zu tilgen, sie umzubenennen in „Heidelberger Stiftung für Kunst und Wissenschaft“ und ihr die Goldschmidt-Familien-Stiftung und deren Vermögen anzugliedern. Die Stiftung wurde, von nun an „im nationalsozialistischen Geiste geführt“, für die Stifterin unzugänglich.



Wohnhaus von Prof. Martin Zade und Marie Zade, geb. Oppen in der Leopoldstraße 12 (heute Friedrich-Ebert-Anlage 12) (Foto: Renate Marzolff)

Im Juni 1939 kehrte Frau Zade, die selbst „Arierin“ war, zwecks Übergabe ihres leerstehenden Hauses nach Heidelberg zurück. Es ist durchaus denkbar, dass der Plan, Leontine dort einziehen zu lassen, schon vorher ausgehandelt war, denn beiden Frauen war damit gedient. In einem Brief vom 4. Dezember 1959 an die Polizeidirektion Heidelberg¹⁴ erklärte Frau Zade:

„Frau G. war eine alleinstehende Frau und bewohnte die unteren Räume meiner Wohnung. Sie erhielt von mir von diesem Zeitpunkt an alle Rechte, das Haus zu verwalten und ausgewiesene Juden aufzunehmen. Unter diesen befand sich auch Herr Dr. Jordan. Von irgendeiner Dienststelle wurden diese Personen nicht in mein Haus eingewiesen.“

Auf diese Weise bekam „die alte Frau Geheimrat“, wie sie oft genannt wurde, „von der Universität, soweit das eben möglich war, geschützt“ (Marie

Baum), die Möglichkeit, ihre letzten Jahre in eigenen Räumen zu verleben, Freunde wie die Hampes zu empfangen und sich die Mitbewohner ihres *Judenhauses* selbst auszuwählen. Die Stadtspitze scheint über diese Sonderregelung ein Auge zugedrückt zu haben¹⁵, Oberbürgermeister Neinhaus wusste der alten Dame Verdienste um die Stadt zu schätzen.

Das Schicksal des genannten Dr. Jordan lässt sich nachlesen¹⁶. Der verwitwete Amtsgerichtsrat aus Mannheim war 1939 in die Leopoldstraße gezogen. Am

13 GLA 235/3935.

14 GLA 480 EK 22097/1.

15 Dasselbe geschah auch bei der Beerdigung Leontine Goldschmidts neben ihrem Mann im christlichen Teil des Friedhofs.

16 Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 10), S. 176 und 195.

15. Juli 1940 machte er seinem trostlos gewordenen Leben ein Ende. Sein Leichnam wurde auf dem nahen Gaisberg gefunden. Leontine Goldschmidt, von jeher gewohnt, ihr Haus für Freunde und Verwandte offen zu halten, tat das auch weiterhin, obwohl sie zunehmend geschwächt und herzkrank war. Ihr Neffe Leo Lippmann, bis 1933 prominenter Staatsrat der Hamburger Finanzbehörde, der ihr auch in Stiftungsfragen zur Seite stand, war auf früheren Reisen oft bei ihr eingekehrt und nahm nun im Sommer 1941 dankbar ihre Einladung an, sich mit seiner Frau für vier Wochen bei ihr zu erholen. Kein deutsches Gasthaus, kein Kurort hätte sie als Juden aufgenommen, schreibt er¹⁷, und seit Kriegsbeginn durften sie das Land nicht verlassen. Es ist des Ehepaars letzte Reise, mit Ausflügen und Fahrten ins Neckartal, „eine wirklich schöne und erholsame Zeit“. Durch die neu eingetroffene Verordnung der Kennzeichnungspflicht für Juden und das Verbot, die eigene Wohngemeinde zu verlassen, wurde sie vorzeitig beendet.

Lippmann hat im August 1942 die Nachricht vom Freitod seiner Tante noch erfahren, bevor er – nach Fertigstellung seines Lebensberichts – mit seiner Frau denselben Ausweg nahm.

Noch im Sommer 1941 war dringend eine Unterkunft für Liese Hachenburg gesucht worden. Sie war die Tochter des hochverdienten Mannheimer Juristen Max Hachenburg, gläubige Christin, von Pfarrer Maas getauft. Von jeher kränzlich und pflegebedürftig, hat man ihr im Gegensatz zur übrigen Familie die Ausreisegenehmigung ins Exil verweigert. Der Transport nach Gurs war ihr im Oktober 1940 gerade noch erspart geblieben. Ein Kreis von Freundinnen kümmerte sich um sie: Marie Clauss, Marianne Weber, Marie Baum, Leni Preetorius und andere mehr. Nun hatte sie ihre Wohnung verloren, die Judenhäuser waren überfüllt. Da ist Leontine bereit, ihr ein Zimmer abzutreten und für sie zu sorgen. Das gestaltete sich schwierig. Leontine, selbst zart und hinfällig, war überfordert, die Kranke empfindlich. Aber als im April 1942 ein neuer Gestapobefehl Liese Hachenburg zwang, das Haus zu verlassen, war es ein neuer bitterer Abschied. Liese wurde nach Auschwitz deportiert. Man habe es gut dort, schrieb sie auf ihrer letzten Karte von der Reise an die Freundinnen.¹⁸

Nach Lage der Dinge sind es nun vor allem jüdische Leidensgefährten, denen Leontine nach Möglichkeit zu Hilfe kommt. Dabei war es naheliegend, dass sie mit Dr. Arthur Strauß in Verbindung trat, der als rassisch Verfolgter seine Rechtsanwaltskanzlei in Heidelberg hatte schließen und sein Haus verlassen müssen, der jedoch durch die Ehe mit einer Nichtjüdin noch einigermaßen geschützt war. Er fungierte in den Kriegsjahren als Verbindungsmann zwischen den Behörden und den wenigen jüdischen Bürgern, die nach der allgemeinen Deportation nach Gurs noch in der Stadt verblieben waren. Mit ihm konnte sie vor allem ihre Sorgen und Wünsche die Stiftung betreffend besprechen. Strauß wird diese nach dem Krieg als kommissarischer Leiter der (wieder ihren Namen tragenden) Portheim-Stiftung berücksichtigen und durchsetzen: Leontine Goldschmidt habe

17 Lippmann (wie Anm. 3), S. 636f.

18 Bericht bei Marie Baum (wie Anm. 1) und Marie Clauss: Liese Hachenburg in: Maas (wie Anm. 1).

ihn vor ihrem Tod wiederholt gebeten, er möge nach dem Krieg, wenn die politischen Verhältnisse sich änderten, darauf hinwirken, dass die Erträgnisse der Stiftung in erster Linie „jüdischen Personen“ zukomme; so geschehen, als im Jahr 1947 achtzehn bedürftige jüdische Studenten monatlich 100 Mark erhielten.¹⁹

1947 wurden dann auf Betreiben von Strauß auch Beihilfen der Stiftung an andere rassistisch Verfolgte – den Historiker Paul Hirsch, die Witwe des Rechtshistorikers von Künßberg – bzw. frühere Vertraute des Stifterehepaars bezahlt. Ein zinsloses Darlehen ging an die Brüder Heinz und Lothar Wetzlar, die aus der Emigration zurückgekehrt, sich in Heidelberg als Buchhändler eine Existenz aufbauen wollten. Und schließlich setzte er eine einmalige Unterstützung für die beiden in dürftigen Verhältnissen überlebenden Nichten der Goldschmidts durch. Durch Vermittlung von Arthur Strauß, später von Annemarie Hampe als Kuratoriumsmitglied und von Marie Baum²⁰ konnte die Stifterin über ihren Tod hinaus noch hilfreich sein.

Ihr Ende war trostlos. Noch bevor sie selbst im August 1942 die Aufforderung bekam, sich für den Transport nach Theresienstadt bereitzuhalten, hatte sie erfahren, dass ihr jüngster Bruder sich in Wien das Leben genommen hatte, dass ihre beiden ältesten über achtzigjährigen Brüder nach Theresienstadt deportiert worden waren und der Sohn eines weiteren Bruders in Dachau umgekommen war. Ihre letzten Versuche, über den Heidelberger Rechtsanwalt Friedrich Spitz um Verschonung zu ersuchen bei dem Vorsitzenden der Stiftung, dem früheren Reichsstudentenführer und inzwischen zum Reichsstatthalter des Gaues Salzburg aufgestiegenen, Gustav Adolf Scheel, schlugen fehl. Scheel reagierte viel zu spät und bedauernd. Der unermüdlichen Helferin konnte nicht geholfen werden. Nach langem Bedenken hat sie in ihrer Wohnung Veronal genommen. Die Gestapo, die sie zum Transport abholen will, fand eine Sterbende vor.²¹

Leontine Goldschmidt ist am 25. August 1942 gestorben und wurde von ihren engsten Freunden in aller Stille zwei Tage später auf dem Bergfriedhof neben ihrem Mann beigesetzt.

19 Zur Wiederherstellung der Porthelm-Stiftung und die Verteilung der Stiftungsgelder in den Nachkriegsjahren siehe Enghausen (wie Anm. 5), op. cit., (Anm. 7), S. 148 ff., (Anm. 53), S. 161.

20 Sie bewirkten Zuwendungen an die 86-jährige Dr. Berta Ewing-Roeder und die Ärztin Dr. Marie Clauss, StAH 236/Fasc. 110/II.

21 Nach telefonischer Auskunft von Veronika Hampe am 13.1.2009 sind Bertha Ewing-Roeder und Hermann Hampe bei der Sterbenden gewesen.

Mit Pyrifer wurde die Deportation verhindert. Paul und Else Hirsch

INGRID UND FRANK MORAW

„Als in kinderloser Mischehe lebender ‚Rassejude‘ war ich [...] seit September 1941 zum Tragen des Davidsterns verpflichtet. Meine Ehe galt als ‚nicht privilegierte Mischehe‘ und mein Haushalt als jüdisch. [...] Meinem Abtransport nach Theresienstadt am 14. Februar 1945 entging ich nur durch List meiner Ehefrau und selbstlos sich einsetzender Gönner.“¹

So beschreibt Paul Hirsch im Februar 1946 den offiziellen Status, den ihm das nationalsozialistische Regime zugewiesen hatte, und er deutet auch an, dass es Helfer gab, die ihn in einer besonders gefährlichen Situation unterstützten, wenn nicht sogar retteten. Denn ob er die Deportation nach Theresienstadt, für die er vorgesehen war, bei seinem Alter und seinem angegriffenen Gesundheitszustand überlebt hätte, ist fraglich. Die „selbstlos sich einsetzenden Gönner“ waren zwei Ärzte, Prof. Walther Schönfeld und Dr. Oskar Thorspecken, die ihn im Februar 1945 mit Pyrifer² „behandelten“, d.h. so krank machten, dass er für die Deportation nicht in Frage kam. Diese ärztliche Hilfsaktion soll hier beschrieben werden. Der „jüdische Haushalt“ des Dr. Paul Hirsch war zeitweise auch Aufenthaltsort für andere Verfolgte, wo sie relativ geborgen verweilen konnten, wenn auch nur vorübergehend. Auch von ihnen soll hier die Rede sein.

Dr. Paul Rafael Hirsch lebte seit 1927 in Heidelberg. Geboren wurde er am 10. März 1883 in Mannheim als Sohn einer großbürgerlichen, wohlhabenden, schon lange in der Stadt ansässigen jüdischen Familie.³ Die Firma Jacob Hirsch & Söhne (bei der Geburt Pauls wurde sie von seinem Vater Oskar geführt) war bereits 1844 gegründet worden und sehr erfolgreich im Getreidehandel tätig. Fotos aus der Zeit um die Jahrhundertwende zeigen eine Großfamilie, Herren und Damen gekleidet ganz im Stil der Zeit, und – so der Eindruck – Bürger, die sich ihres Standes durchaus bewusst sind. Auch der junge Paul Hirsch wirkt sehr selbstsicher und fällt auf durch seine besondere, fast dandyhafte Kleidung.

1 Paul Hirsch in einem Schreiben „Anlage zum Fragebogen über Mitgliedschaften“. Aus dem Nachlass Paul Hirsch. Ich danke Frau Inge Goodwin, geb. Büchler, der Nichte von Else Hirsch, die mir dieses und weitere Dokumente zur Verfügung stellte. Der vorliegende Text basiert auf einem Artikel, der am 2.11.2003 in der Rhein-Neckar-Zeitung erschienen ist, verfasst von Frank Moraw; er ist im Jahr 2011 verstorben.

2 Pyrifer ist der Handelsname eines Mittels, das auf unspezifische Weise Fieber auslösen soll. Es wurde im KZ Dachau auch zu Versuchszwecken an Menschen eingesetzt.

3 Der Getreidehandel Mannheims in den letzten fünfzig Jahren und das Geschäftshaus Jacob Hirsch & Söhne. Herausgegeben im Auftrag mehrerer Freunde und Beamten des Hauses von Herrn Dr. Josef Landgraf, 1894, Nachlass Paul Hirsch.



Die Großfamilie Hirsch, rechts Paul Hirsch, Mannheim, um 1900 (Bild: privat, Nachlass Paul Hirsch)

Paul Hirsch besuchte in Mannheim das heutige Karl-Friedrich-Gymnasium und begann nach dem Abitur ein Studium der Geschichte. Die Leitung der Firma war von seinem Schwager, dem Ehemann seiner Schwester Olga, übernommen worden, so dass Paul seinen Neigungen nachgehen konnte, die nicht auf das Geschäft ausgerichtet waren. Er studierte in Heidelberg, Berlin und Straßburg, wo er 1910 bei dem damals berühmten Mediävisten Harry Breßlau promovierte. Seine Dissertation hatte den Titel „Die Erhebung Berengars I. von Friaul zum König in Italien“ und war nach den Worten von Marie Luise Bulst bereits „ein ausgereiftes Buch“.⁴ Paul Hirsch hörte auch kunsthistorische, archäologische, philologische und juristische Vorlesungen, sodass Marie Luise Bulst, die nach seinem Tod einen Nachruf schrieb, schon hier den Gelehrten erkennen konnte, der er dann geworden ist.

Paul Hirsch konnte – finanziell abgesichert durch das familiäre Vermögen – ein Leben als Privatgelehrter führen. Er war Mitarbeiter an den *Monumenta Germaniae Historica*,⁵ d.h. er edierte verschiedene Quellenwerke zur Geschichte des Mittelalters, u.a. die *Sachsengeschichte* des Widukind von Corvey; dabei führte er ein stilles Gelehrtenleben. Marie Luise Bulst betont seine große Sorgfalt als Herausgeber und sein großes Wissen, gleichzeitig aber auch seine große Bescheidenheit, „seine Scheu hervorzutreten“, sie spricht von einem „gütigen, bescheidenen

4 Dr. Marie Luise Bulst: Paul Hirsch in memoriam. 1883–1961, in: *Ruperto Carola*. Jg. XIII, Bd. 30. Dezember 1961, S. 139f.

5 Eine wissenschaftlich bearbeitete Editionsreihe historischer Dokumente zur deutschen Geschichte des Mittelalters.

und überlegenen Menschen“. Fotos, die ihn als erwachsenen Mann zeigen, unterstützen diesen Eindruck. Er wirkt etwas zurückhaltend, etwas ungelent. „Ein feiner, lieber Mensch“ sei er gewesen, sagt Inge Goodwin, die Nichte seiner Frau. Den praktischen Anforderungen des täglichen Lebens sei er eher hilflos gegenübergestanden. Diese Aufgabe fiel seiner Frau Else zu. Als energisch und kämpferisch wird sie beschrieben, Eigenschaften, die sie in den Zeiten der Verfolgung dringend gebrauchen konnte.



Das Ehepaar Paul und Else Hirsch vor ihrem Haus in der Happelstraße (Bild: privat, Nachlass Paul Hirsch)

Das Haus Nr. 15 in der Happelstraße, „ein freundliches und schönes Haus“ wie Marie Clauss schreibt⁶, hatten die Eheleute (verheiratet seit 1925) Paul und Else Hirsch geb. Schüle 1927 erworben und zu ihrem Wohnsitz gemacht. Sie hatten keine eigenen Kinder, aber seit 1928 lebte bei ihnen, zunächst zeitweise und nach 1933 ständig, die Nichte von Else Hirsch, Inge Büchler (geb. 3.11.1926, verheiratete Goodwin) war die Tochter von Else Hirschs Schwester,

6 Hermann Maas, Gustav Radbruch, Lambert Schneider (Hgg.): Den Unvergessenen. Opfer des Wahns. 1933–1945, Heidelberg 1952, S. 95; vgl. den Beitrag von Renate Marzollf zu Marie Clauss.

fühlte sich aber wie das Kind des Ehepaares Hirsch. Bis Weihnachten 1943 konnte sie ungestört im Haus ihrer Tante leben, dann wurde sie zur Polizeidienststelle zitiert und es wurde ihr untersagt, in einem „jüdischen Haushalt“ zu wohnen. Sie musste das Haus verlassen, konnte aber im Nachbarhaus bei Familie Schönfeld Unterschlupf finden. Hier wirkte bereits die Nachbarschaftshilfe, die später noch viel wichtiger wurde, als Paul Hirsch von der Deportation bedroht war.

In den Jahren der zunehmenden Diskriminierung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung wurde das Haus des Ehepaares Hirsch zu einem Ort, an dem mehrere Verfolgte Zuflucht fanden, wenigstens für eine begrenzte Zeit. Der „jüdische Haushalt“ konnte in der Zeit, in der auch in Heidelberg die Wohnungspolitik des Regimes durch Entmietung und Zusammenpferchung in *Judenhäusern* gekennzeichnet war⁷, für einige zu einer Bleibe werden. Wahrscheinlich gab es keine amtlichen Einweisungen in das Haus in der Happelstraße, sondern es handelte sich wohl um Gesten der Hilfsbereitschaft von Seiten des Ehepaares Hirsch gegenüber den Notleidenden. Die Rolle, die Else Hirsch dabei spielte, ist nicht zu unterschätzen.

Bereits seit 1938 wohnte Klara Eberstadt⁸ (geb. 1875) beim Ehepaar Hirsch. Sie war die Cousine von Paul Hirsch, hatte davor in Mannheim gelebt und in Heidelberg als Laborantin an der Universität gearbeitet. Zweimal hatte sie versucht sich das Leben zu nehmen, ehe sie am 22. Oktober 1940 nach Gurs verschleppt wurde. Else Hirsch bemühte sich vergeblich, ihr die für eine Auswanderung notwendigen Papiere zukommen zu lassen. Klara Eberstadt überstand das Lager Gurs – auch die Lager von Récébédou und von Noé, wohin jeweils ältere und kranke Menschen verlegt wurden, überlebte sie, und am 31. Dezember 1945 konnte ihr Paul Hirsch einen Brief⁹ schreiben, nachdem er von ihrem Aufenthaltsort Puy erfahren hatte.

Neben der großen Freude über ihr Überleben enthält der Brief auch „eine sehr traurige Chronik“. Paul Hirsch zählt darin all die Toten auf, die sich selbst das Leben genommen haben oder die getötet worden sind. Er nennt seinen Bruder Otto (Suizid in Berlin) sowie Paul Jordan, Frau von Waldberg und Leontine Goldschmidt (alle ebenfalls durch Suizid), und aus dem eigenen Haus „unsere Anni“ und Liese Hachenburg.

Anni Sattler¹⁰ (geb. am 24. Juli 1922 in Mannheim) war seit 1939 Dienstmädchen im Haushalt des Ehepaares Hirsch. In einem Entlastungsschreiben für die Spruchkammer zugunsten des Gestapobeamten Wilhelm Bender¹¹ schreibt Else

7 Siehe dazu Norbert Giovannini, Claudia Rink: Ghetto ohne Ghetto. Hinweise zu den „Judenhäusern“ in Heidelberg 1938–1945, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Jg. 14, 2010, S. 75–99.

8 Norbert Giovannini, Claudia Rink, Frank Moraw: Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen. 1933–1945. Biographisches Lexikon mit Texten. Hg. vom Förderverein Begegnung, Heidelberg 2011. S. 90.

9 Aus dem Nachlass Paul Hirsch.

10 Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 8), S. 370.

11 Zu Bender der Beitrag von Norbert Giovannini in diesem Band.

Hirsch, dass Anni als *halbjüdisch* eingeordnet worden sei, weil die Rassenzugehörigkeit ihres Vaters unklar gewesen sei. Sie rechnet dies dem Wohlwollen des Gestapobeamten Wilhelm Bender zu. Diese Zuordnung habe Anni einige Monate geschenkt, aber am 26. April 1942 wurde sie doch nach Izbica deportiert, später nach Auschwitz, wo sie am 6. November 1942 ermordet wurde. Inge Goodwin erzählt, dass Anni, als sie abgeholt wurde, sich schreiend auf den Boden geworfen und sich an Else Hirsch geklammert habe, sodass man sie buchstäblich von ihr habe wegreißen müssen.

Auch Liese Hachenburg wurde aus dem Haus in der Happelstraße deportiert; krank und auf einer Bahre liegend wurde sie am 3. März 1943 aus dem Haus getragen.¹² Als sie im August 1942 zum Ehepaar Hirsch gekommen war, hatte sie bereits eine Odyssee hinter sich. Nachdem ihre eigenen Familienangehörigen 1939 Deutschland verlassen konnten, lebte sie zunächst in der Pension Lange. Als diese 1941 geschlossen wurde, nahm Leontine Goldschmidt sie in das Haus Leopoldstraße 12 auf, wo sie selbst mittlerweile lebte. Auch in der Häuserstraße 4 bei Dr. Josef Reis und seiner Mutter konnte Liese anschließend nur kurze Zeit bleiben, da diese nach Theresienstadt deportiert wurden; „und nun war nur noch ein Haus in Heidelberg, das Liese Hachenburg aufnehmen konnte“, schreibt Marie Clauss, „bei Dr. Hirsch in der Happelstraße.“¹³

Zwei weitere Frauen, die zeitweise im Haus des Ehepaares Hirsch wohnten, wurden ebenfalls deportiert und umgebracht: die Hausangestellte Hanna und Frau Heinemann (geb. 1892). Letztere wurde von Berlin aus nach Riga deportiert, über Hannas Schicksal ist nichts Genaueres bekannt.

Das Haus in der Happelstraße war auch die Adresse, wo die letzten Lebenszeichen derer ankamen, die sich mit den Bewohnern dieses Hauses verbunden fühlten. Paul Jordan, ein Cousin von Paul Hirsch, schrieb seinen letzten Brief¹⁴, in dem er seinen Suizid ankündigte, an Klara Eberstadt, die zu diesem Zeitpunkt dort wohnte. Martha Geißmar, die Tochter des Heidelberger Landgerichtsdirektors Jakob Geißmar, schrieb an ihren Onkel Paul Hirsch, eine letzte Karte¹⁵ aus Theresienstadt, als sie mit ihrer Mutter im Oktober 1944 von dort nach Auschwitz deportiert wurde. Und auch von Liese Hachenburg kam eine letzte Nachricht¹⁶ dort an.

Ende Januar 1945 wurde die Situation für Paul Hirsch selbst sehr gefährlich. In den Jahren davor war es Else Hirsch immer wieder gelungen, die Gefahren abzuwenden, wenn z.B. wegen Nichttragens oder Verdeckens des Judensterns an der Kleidung oder an der Wohnungstür eine Anzeige erstattet worden war. Sie spricht davon in den verschiedenen Entlastungsschreiben, die sie für Gestapobe-

12 Clauss: Liese Hachenburg, in: Maas u.a. (wie Anm. 6), S. 90–97.

13 Ebd. S. 95.

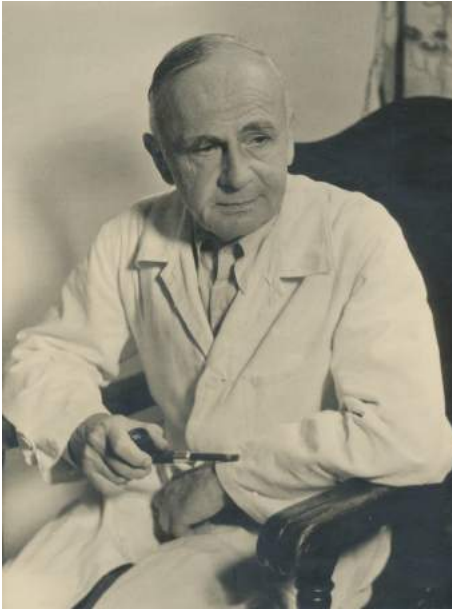
14 Im Nachlass Paul Hirsch.

15 Ebd.

16 Ebd.

amte ausstellte.¹⁷ Bisher war es ihr gelungen, die unmittelbare Gefahr für ihren Mann abzuwenden, jetzt aber brauchte sie Hilfe.

Ende Januar 1945 erhielt Paul Hirsch vom Kommandeur der Sicherheitspolizei für Baden und Elsass eine in barschem Ton gehaltene Aufforderung:¹⁸ „Sie haben sich am Mittwoch, den 31.1.1945, 15 Uhr zur amtsärztlichen Untersuchung beim Staatlichen Gesundheitsamt Heidelberg, Bergheimerstr. 12 einzufinden.“ 31 Heidelberger Bürgerinnen und Bürger erhielten diese Aufforderung. Es handelte sich um die letzte Deportation aus dem Reichsgebiet und sie richtete sich gegen die jüdischen Partner in den sogenannten *Mischehen*. Neun Personen gelang es, sich dem Abtransport zu entziehen, einer von ihnen war Paul Hirsch.



Walter Schönfeld seit 1935 Direktor der Universitätsklinik (Foto: Universitätsarchiv Heidelberg BA Pos I 02796)

Seit 1935 lebte im Nachbarhaus, Happelstraße 13, Professor Walther Schönfeld (1888–1977)¹⁹ mit seiner Familie. Er war 1935 vom Reichserziehungsministerium auf den Lehrstuhl Siegfried Bettmanns berufen worden, nachdem dieser unter unwürdigen und ihn sehr kränkenden Umständen in den Ruhestand versetzt worden war. Schönfeld hatte bereits seit 1920 in Greifswald eine Professur inne, jetzt wurde er Direktor der Heidelberger Universitätsklinik. Er war nicht Mitglied der NSDAP, hatte aber während der NS-Zeit gute Beziehungen zu den Vertretern des Regimes innerhalb der Medizinischen Fakultät. Nach 1945 blieb Schönfeld in seiner Position, nachdem ihn die Spruchkammer als nicht betroffen vom „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ erklärt hatte. 1958 erhielt er das Verdienstkreuz des Verdienstord-

dens der Bundesrepublik Deutschland und legte durch seine Forschungen den Grundstein zur Schaffung des Instituts für die Geschichte der Medizin.

Zwischen den Familien Schönfeld und Hirsch hatten sich freundschaftliche Beziehungen entwickelt. Inge Büchler, der man seit Weihnachten 1943 verbot, im „jüdischen Haushalt“ Paul Hirschs zu leben, konnte bei Schönfelds bis zum

17 Wilhelm Bender und Johann Oettinger, im Nachlass Paul Hirsch.

18 Ebd.

19 Zu Siegfried Bettmann und Schönfelds Berufung: Wolfgang U. Eckart, Volker Sellin, Eike Wolgast (Hgg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg 2006, S. 796ff.

Kriegsende Unterschlupf finden. Die Bewährungsprobe für die Freundschaft kam aber im Februar 1945. Professor Walther Schönfeld, der Nachbar, und Dr. Oskar Thorspecken, der Hausarzt, waren bereit zu helfen. Beide Ärzte spritzten das Fieber und Schüttelfrost erzeugende Mittel Pyrifer, das Walther Schönfeld aus seiner Klinik besorgt hatte. Paul Hirsch war danach nicht transportfähig. Else Hirsch hatte in diesen Tagen (die Aufforderung zur Untersuchung war am 26. Januar erfolgt) mehrfach bei der Gestapo in der Bunsenstraße 19a vorgesprochen; auch für Anni Sattler hatte sie das getan, damals ohne Erfolg. Aber jetzt gelang es, mit Hilfe der Ärzte, den Abtransport zu verhindern. Am 14. Februar gegen 11 Uhr vormittags nahm Frau Schönfeld den Anruf entgegen, dass Paul Hirsch nicht abgeholt würde (Hirschs durften kein Telefon mehr besitzen.)²⁰

Ob die Gestapobeamten zu diesem Zeitpunkt ihr Verhalten bereits auf ein mögliches Ende des Regimes ausrichteten, vielleicht schon auf Entlastungszeugnisse spekulierten, kann man nicht ausschließen. Tatsächlich war es so, dass Paul und Else Hirsch in der Zeit nach dem Zusammenbruch des Regimes mehrfach solche Zeugnisse ausstellten, in denen sie Hilfe oder auch nur korrektes Verhalten bescheinigten. Ob es nur *Persilscheine* waren, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Einige sind aber so umfangreich und sorgfältig geschrieben, dass man glauben möchte, sie seien aus einem echten Bedürfnis der Dankbarkeit entstanden, so z.B. das Schreiben Paul Hirschs für den Historiker Willy Andreas und das von Else Hirsch für die Gestapobeamten Wilhelm Bender und Johann Oettinger. Paul Hirsch hat auch eine Petition verfasst und viele Unterschriften gesammelt, um die Freilassung des Oberbürgermeisters Carl Neinhaus aus amerikanischer Haft zu erwirken. Auch das sind Formen der Hilfe, die uns vielleicht verwundern, die wir nicht ganz verstehen können.

Paul und Elise Hirsch erlebten den 30. März 1945, als die amerikanischen Truppen in Heidelberg einmarschierten, natürlich als Befreiung.²¹ Der stille Gelehrte Paul Hirsch, der jahrelang sein Haus fast nicht verlassen hatte, konnte



Oskar Thorspecken, Facharzt für Innere Krankheiten, Praxis Sophienstraße 7 (Foto: Hanshorst Thorspecken, Heidelberg)

²⁰ Mündliche Mitteilung durch Inge Goodwin.

²¹ Er benutzt diesen Ausdruck im Brief an Klara Eberstadt (wie Anm. 9).

nach 1945 wieder die Universität und ihre Bibliothek besuchen. Seit dem Sommersemester 1947 hatte er auch einen Lehrauftrag für mittelalterliche Quellenkunde und hielt mehrere Jahre Vorlesungen und Seminare. 1961 ist Paul Hirsch gestorben.



Haus Happelstraße 15 (Foto: Frank Moraw)

tägliche Versorgung zu organisieren, zumal die Lebensmittelkarten für jüdische Personen geringere Rationen als die üblichen enthielten. Ihre Hilfe war nicht spektakulär, aber stetig und manchmal sogar erfolgreich. Else Hirsch ist 1983 gestorben.

Das Haus Happelstraße 15 war ein Ort, an dem Hilfe geleistet wurde und wo auch Hilfe empfangen wurde. Else Hirsch ist wahrscheinlich die Person, die an allen Aktionen großen Anteil hatte, wenngleich dies nicht an spektakulären Aktionen festzumachen ist. Allein die Tatsache, die Ehefrau eines verfeimten Juden zu sein und die alltägliche Verteidigung dieser Position bedarf bereits einer entschiedenen Haltung, die nicht zu unterschätzen ist. Hinzu kommt, dass Else Hirsch ständig versuchen musste, Gefahren wie Anzeigen und drohende Deportation abzuwenden; ihre häufigen Besuche bei der Gestapostelle Bunsenstraße 19a zeugen davon. Ohne ihren Anteil an der Organisation im Haus wäre auch die Hilfe für die zeitweiligen Mitbewohner nicht möglich gewesen. Es mag wohl auch nicht einfach gewesen sein, die

Die *Kindertransporte* Heidelberger Kinder und Jugendlicher nach Großbritannien 1938/1939

NORBERT GIOVANNINI

Die *Kindertransporte* sind in die Geschichte eingegangen als beispiellose Initiative europäischer Länder, vor allem Großbritanniens (GB), zur Rettung jüdischer Kinder und Jugendlicher nach dem Novemberpogrom 1938. Binnen weniger Monate wurden fast 10.000 Kinder aus dem Reichsgebiet, dem annektierten Österreich, der Tschechoslowakei und der Freien Stadt Danzig mit Zug und Schiff nach GB gebracht. Alleine, ohne Eltern, unter Mitnahme nur weniger Habseligkeiten. Neben GB konnten jüdische Kinder in kleineren Kontingenten auch nach Frankreich, Belgien, in die Niederlande und nach Schweden ausreisen. Zionistischen Organisationen gelang es auch, Kinder unmittelbar nach Palästina zu bringen.¹

Nach der Pogromnacht 1938 – Hilfsinitiativen

Nach dem 9./10. November 1938 bestürmten verzweifelte Eltern die Jugendfürsorgestellen der jüdischen Gemeinden und die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*, ebenso die zionistischen Auswanderungsorganisationen in Deutschland und Österreich. Unter dem Druck der Situation bildeten sich Initiativen der katholischen und evangelischen Kirche abseits der offiziellen Kirchenverwaltungen, ebenso Hilfsstellen der Quäker, die alle verfügbaren Kräfte mobilisierten, um mit jüdischen, christlichen und Quäkerorganisationen in GB die vom NS-Regime bis Kriegsausbruch 1939 zugelassene Auswanderung und Rettung von Kindern und Jugendlichen zu bewerkstelligen.

1 Claudia Curio: Verfolgung, Flucht, Rettung. Die Kindertransporte 1938/39 nach Großbritannien, Berlin 2006; Wolfgang Benz, Claudia Curio, Andrea Hammel (Hgg.): Die Kindertransporte 1938/39. Rettung und Integration, Frankfurt am Main 2003; Wolfgang Benz: Emigration als Rettung und Traumata. Zum historischen Kontext der Kindertransporte nach England, in: ebd. S. 9–16; Christiane Bert: Die Kindertransporte nach Großbritannien 1938/39. Exilerfahrungen im Spiegel lebensgeschichtlicher Interviews, München, Hamburg 2005; Rebecca Göpfert: Der jüdische Kindertransport von Deutschland nach England 1938/39, Frankfurt am Main, New York 1999; Monika Kleinschnitger: Koffer gepackt und überlebt. Von Ludwigshafen am Rhein nach Liverpool Street Station, London. Die Geschichte der Ursula Michel. Ein biographisches Quellenbündel zur Geschichte der Kindertransporte nach England 1938/39. Hg. vom Arbeitskreis Ludwigshafen setzt Stolpersteine, Ludwigshafen am Rhein 2015 (darin auf Tafel V ein Brief von Johann Schwab vom 5.7.1954, in dem die Unterstützung durch den Heidelberger Pfarrer Hermann Maas dargestellt wird.); Jana Leichsenring, Fachbereich WD 1, Geschichte, Zeitgeschichte und Politik <https://www.bundestag.de/blob/503696/50592883117e60c1afcfc649e9e5d452/kindertransporte-nach-grossbritannien-data.pdf>. (13.4.2019).

- Auf katholischer Seite waren dies das Hilfswerk beim bischöflichen Ordinariat Berlin (HBOB), das Caritas *Notwerk* und der 1871 gegründete *St. Raphaelsverein*. Das HBOB betreute 191 katholische und zwei nichtkatholische Kinder, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden galten. Nur 31 dieser Kinder konnten nach GB ausreisen. Nach Kriegsausbruch konnte das HBOB seine Arbeit auch für nichtkatholische Kinder fortsetzen. Für Heidelberg gibt es keine Unterlagen zu den katholischen Hilfsorganisationen.
- Auf evangelischer Seite wirkte das im Sommer 1938 gegründete Berliner Büro von Pastor Heinrich Grüber (1891–1975), das über 35 Mitarbeiter und 26 Vertrauensstellen in 24 Städten verfügte, darunter die in Heidelberg von Pfarrer Maas geleitete *Dependance*.² Grübers wie Maas' Ansprechpartner war George Bell (1883–1953), Bischof von Chichester, der bereits 1937 ein *Church of England Committee for Non-Aryan Christians* gegründet hatte. Die Unterlagen des Büros Grüber sind vernichtet, so dass nur Schätzungen möglich sind, die für die Berliner Zentrale bei 1.700 bis 2.000 Kindern liegen. Die „Erfolge“ der Außenstellen sind ebenfalls nicht dokumentierbar.
- Die 200 im Deutschen Reich lebenden Quäker unterhielten ein hocheffektives Hilfsnetz mit 24 lokalen Vertrauenspersonen für Kinder ohne Konfession, die in Deutschland als Juden galten. Nach vorsichtigen Schätzungen haben sie mindestens 1.135 Emigrationen von Kindern ermöglicht.³

Bei der ergebnislosen Konferenz von Evian im Juli 1938 hatte US-Präsident Franklin D. Roosevelt versucht, die Vertreter von 32 Ländern zur erleichterten Aufnahme jüdischer Flüchtlinge zu veranlassen. Die Bemühungen scheiterten auch an den extremen Vorbehalten in den Bevölkerungen der USA und europäischer Länder gegen Flüchtlinge aus Deutschland. Erst mit den Pogromen im November 1938 kippte die Stimmung, vor allem in England. Die der deutschen Reichsregierung abgehandelte Option, wenigstens Kinder und Jugendliche zügig ausreisen zu lassen, beeinflusste Regierung, Parlament und Öffentlichkeit in GB maßgeblich.

Voraussetzung der Aufnahme in GB war allerdings, dass die Geflüchteten und allein Einreisenden durch Hilfsorganisationen versorgt und nach Möglichkeit bei Privatpersonen untergebracht werden konnten. In kaum vorstellbarer Intensität versuchten Hilfsorganisationen diesseits und jenseits des Kanals aufnahmebereite Familien zu finden, Unterkünfte zu organisieren, Spenden einzutreiben und – wo dies möglich war – auch die Weiterreise zu gewährleisten. In Eng-

2 Hartmut Ludwig: An der Seite der Entrechteten und Schwachen. Zur Geschichte des „Büro Pfarrer Grüber“ (1938–1940) und der Ev. Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte nach 1945. Hg. von der Ev. Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte, Berlin 2009; Maria von der Heydt: Möglichkeiten und Grenzen der Auswanderung von „jüdischen Mischlingen“ 1938–1941, in: Beate Meyer, Francis R. Nicosia, Susanne Heim (Hgg.): „Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben“ – Deutsche Juden 1938–1941, Göttingen 2010, S. 77–95. Zu Hermann Maas vgl. den Beitrag von Markus Geiger in diesem Band.

3 Bert (wie Anm. 1), S. 31–35; Curio (wie Anm. 1), S. 111–144.

land war dafür das interkonfessionelle *Refugee Children's Movement* zuständig, in Deutschland die schon seit 1934 bestehende Abteilung Kinderauswanderung der (ab 1939 umbenannten) *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*.⁴

Für die meisten der Kinder war der Abschied von den Eltern auf den Bahnhöfen ein endgültiger Abschied. Sie sollten ihre Eltern nie mehr wieder sehen.

England als Transfer- und Zielland für flüchtende Kinder und Jugendliche

Die Dimensionen der Auswanderung lassen sich in nüchternen Zahlen kaum erfassen. Die Heimstätten, die Berufe, die Angehörigen, eine ganze Welt musste zurückgelassen werden und ein Neuanfang unter schwierigen und oft abweisenden Bedingungen gesucht werden. Für die Kinder und Jugendlichen war diese Situation in noch schärferer Weise mit Traumatisierungen verbunden, mussten sie doch Eltern, Geschwister und alle ihnen nahe stehenden und vertrauten Personen verlassen und sich in die Obhut ihnen fremder Menschen begeben, deren Sprache sie nicht verstanden. In beispiellosem Zynismus hatte die deutsche Regierung verfügt, dass die Kinder nur ein Gepäckstück und nur ein Foto ihrer Eltern mitnehmen durften. Der Abschied von den Eltern durfte nur in separaten Warteräumen und nicht an den Gleisen stattfinden. Zudem waren nur die Mitnahme von 10 Reichsmark, eines Spielzeugs und einer Fotografie erlaubt, sodass die Kinder völlig mittellos ankamen und meist nicht einmal imstande waren, das Porto für Briefe an die Eltern aufzubringen. Nach kurzen Aufenthalten in leer stehenden Ferienlagern wurden die Kinder zudem vereinzelt, manchmal sogar Geschwister bei verschiedenen Familien untergebracht und sie waren – trotz aller hingebungsvollen Tätigkeit der Hilfsorganisationen – restlos vom Wohlwollen der aufnehmenden Familien abhängig.⁵ Trotz aller Schwierigkeiten vor Ort war indes die Hilfsbereitschaft in GB außerordentlich und dauerhaft, selbst dann, wenn es Konflikte zwischen den exilierten Kindern und ihren Gastfamilien gab.⁶

Bis Kriegsbeginn war GB das meist beanspruchte Aufnahmeland. Im Ganzen sind ab 1933 ca. 90.000 Flüchtlinge nach GB eingereist, darunter mindestens 40.000 mit Blockvisa⁷. Die Einwanderung von Kindern war nach 1933 eher ge-

4 Curio (wie Anm.1), S. 160–163. Das RCM wurde bereits Ende 1938 gegründet und nannte sich World Movement for the Care of Children from Germany: British Inter-Aid Committee; die Bezeichnung RCM wurde im März 1940 vereinbart (ebd. S. 160, Anm. 65).

5 Ute Benz: Traumatisierung durch Trennung, Familien- und Heimatverlust als kindliche Katastrophen, in: Benz, Curio, Hammel (wie Anm. 1), S. 136–155; vgl. die „psychotherapiewissenschaftliche“ Untersuchung zu Faktoren der Resilienz, Vulnerabilität und Salutogenese im Kontext der Shoa am Beispiel der Kindertransporte von Anna Wexberg-Kubesch: Vergiss nie, dass du ein jüdisches Kind bist. Der Kindertransport nach England 1938/39, Wien 2013.

6 Vgl. Ursula Krechel: Landgericht. Roman, Wien 2012.

7 D.h. eine auf Gruppen bezogene Einreisegenehmigung. Trotzdem musste in Deutschland jeder „Einzelfall“ von den Hilfsorganisationen sorgfältig geprüft und registriert werden, eine Leistung, die die örtlichen Gemeinden und die Reichsvereinigung weit über die Grenzen ihrer Belastung hinaus in Anspruch nahm. Zu entscheiden waren vor Ort auch Präferenzen für besonders bedrohte oder schwer vermittelbare Kinder. Vgl. Curio (wie Anm. 1), S. 126–131;

gendalijah“ in Zusammenarbeit mit der *Jewish Agency* in London und Jerusalem organisiert, nach dem „Anschluss“ Österreichs durch das dortige Palästinaamt und eine im Sommer 1938 eingerichtete Beratungsstelle.¹⁰

Im Ganzen sind vor November 1938 5.754 Kinder und Jugendliche ausgewandert, danach bis 1. September 1939 12.395. Von diesen über 18.000 Kindern hat GB 9.354 aufgenommen, von denen 7.482 jüdischen Gemeinden angehörten und ca. 2.000 katholisch, protestantisch oder konfessionslos waren.¹¹

Transporte, Ankunft, Aufenthalt



Kinderbeweisschein von Rolf Helmut Kaufmann-Bühler. Ausgestellt am 11. April 1939. Eingangsstempel 7. Juli 1939. Der Stempel auf der Bildseite: LEAVE TO LAND GRANTED ON/ THIS DAY ON CONDITION THAT THE HOLDER/ DOES NOT ENTER ANY EMPLOYMENT/ PAID OR UNPAID WHILE IN THE UNITED/ KINGDOM. (Foto: Werner Kaufmann-Bühler, Bad Honnef, am 7.12.2009 an Frank Moraw)

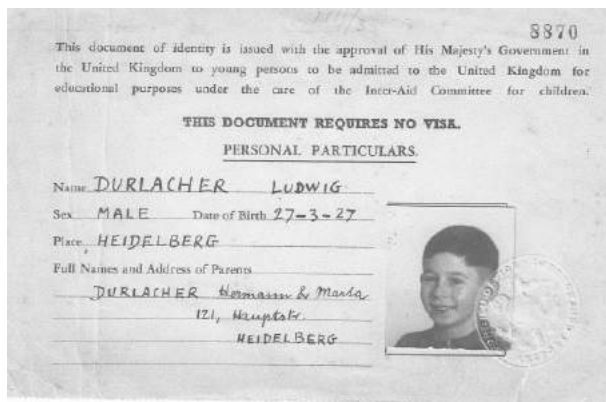
Die Verfahren der Auswahl und des Transports sind vielfach beschrieben worden, ebenso die Ankunftssituation in GB, die Bemühungen um Unterbringung und Weitertransport in den Fällen, in denen England ein Transferland war. Meistens reisten die Kinder, begleitet von einigen Mitarbeitern der Hilfswerke, in Extrawaggons der Reichsbahn nach Hoek van Holland und von dort mit dem Schiff nach Harwich. Kinder aus Norddeutschland wurden von Hamburg nach

10 Curio (wie Anm. 1), S. 100–110; Göpfert (wie Anm. 1), S. 123–126.

11 Curio (wie Anm. 1), S. 145–159.

Southampton oder London transportiert. Auf deutschen Bahnhöfen waren oft spezielle Wartesäle eingerichtet worden. Der erste Transport fand am 2. Dezember 1938, der letzte am 2. September 1939 statt. Einzelne Ausreisen sind noch bis ins Spätjahr 1939 dokumentiert. Die Verteilung auf Pflegefamilien fand im Lager Dovercourt bei Harwich und später an der London Liverpool Street Station statt. Seit Kriegsausbruch wurden die zulässigen Kontakte zu den Eltern spärlicher, mit Beginn der reichsweiten Judendeportationen rissen sie vollständig ab. Briefkontakte waren, von fehlendem Geld für Porto abgesehen, auch überaus ambivalent. Kinder und Eltern wollten sich nicht gegenseitig beunruhigen und stellten die eigene Situation oft beschönigend dar. Oder die Eltern erhofften, selbst in höchster Bedrängnis in der Lagersituation, von ihren Kindern Unterstützung, die diese nicht zu leisten vermochten. Die Korrespondenz des Heidelberger Lehrerehepaars Durlacher mit seinen Söhnen zeigt dies exemplarisch auf.¹²

Ab dem 14. Lebensjahr wurde von den Flüchtlingskindern erwartet, dass sie Arbeit suchten und selbst für sich sorgten; weiterführende Bildung wurde äußerst selten angeboten. Mit Beginn der deutschen Bombenangriffe auf englische Großstädte wurden Kinder in ganz GB aufs Land evakuiert, wodurch sich die Situation der *Transportkinder* erneut verschärfte. Ausländer waren mit Kriegsbeginn in drei Kategorien von *Enemy Aliens* eingeteilt, je nach dem Grad ihrer potentiellen Gefährlichkeit, eine Aktion, begleitet von alarmistischen Pressekampagnen. Viele der älteren *Transportkinder* wurden daher auch interniert (ca. 1.000



Einreisebestätigung für Ludwig „Lutz“ Durlacher vom 3. August 1939 in Großbritannien (Foto: Suzie Mould, Birmingham)

12 Siehe Artikel von Norbert Giovannini zu Lehrer Hermann Durlacher in diesem Band. Zu Verlauf und Organisation der Transporte nach GB siehe Curio (wie Anm. 1), S. 46–61; Bert (wie Anm. 1), S. 32–40; Göpfert (wie Anm. 1), S. 65–103.

auf der Isle of Man) oder nach Kanada und Australien transportiert (insgesamt 8.000 Personen), wo sie weiterhin in Lagern festgehalten wurden.

Nach dem Krieg wurde deutlich, wie viele der Kinder ihre Eltern verloren hatten. Deshalb wurde die Einbürgerung erleichtert und eine Bleibemöglichkeit in GB geschaffen. Andere Kinder konnten von den ebenfalls geflüchteten Eltern „nachgeholt“ werden oder verließen GB in andere Exilländer. Die Dokumentation der aus Heidelberg stammenden *Transportkinder* zeigt im Detail die vielfältigen Schicksale, die sich an die Kindertransporte 1938/39 anschlossen.

Zur Situation in Heidelberg

Leider wissen wir wenig über die internen Vorgänge in Heidelberg zwischen den Hilfsorganisationen der jüdischen Gemeinden, den amtlichen Dienststellen und den externen Helfern. Spärlich sind auch die Kenntnisse über die Situation der Kinder in GB. Wir beschränken uns daher auf die Dokumentation der uns bekannten Kindertransporte. Einige außergewöhnliche Fälle sind in die Liste aufgenommen, auch wenn sie den zeitlichen Rahmen der Kindertransporte überschreiten. Ausreisen von Kindern und Jugendlichen zusammen mit Eltern sind nicht verzeichnet, ebenso wenig Ausreisen vor 1938. Soweit wir Informationen haben, geben wir auch Hinweise auf die Schicksale der Eltern (Gurs, Auschwitz, USA) und nennen Unterstützer oder unterstützende Institutionen.

Der Verweis auf die *Alijah* bringt zum Ausdruck, dass diese Kinder von zionistischen Organisationen direkt oder über GB und Schweden nach Palästina gebracht wurden. Die Unterstützung durch das Büro Grüber in Heidelberg (also durch Pfarrer Maas und seinen Kreis) reichte grundsätzlich über die *Judenchristen*¹³ hinaus.¹⁴

Wir wissen nicht, wer in der jüdischen Gemeinde für die Kindertransporte zuständig war. Wir können nur vermuten, dass neben Rabbinern und Gemeindevorständen alle noch anwesenden aktiven Mitglieder der sozialen Vereine der Gemeinde an der dramatischen und aufwendigen Vorbereitung von Kindertransporten beteiligt waren.

13 In der nationalsozialistischen Umformung des Begriffs werden als *Judenchristen* Personen bezeichnet, die Angehörige einer christlichen Konfession sind, aber nach den Nürnberger Gesetzen als Juden klassifiziert sind und deshalb ebenso wie die jüdische Bevölkerung verfolgt wurden.

14 Die Untersuchungen zum Mannheimer Quäker-Ehepaar Eva und Carl Hermann geben keinen Hinweis auf eine Betätigung der Hermanns bei den Kindertransporten 1939 in Heidelberg. Vgl. Angela Borgstedt: Religiös motivierter Widerstand, in: Angela Borgstedt, Sibylle Thelen, Reinhold Weber (Hgg.): Mut bewiesen. Widerstandsbiographien aus dem Südwesten (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Baden Württemberg. Bd. 46), Stuttgart 2017, S. 131–138, hier S. 136 und den Beitrag von Angela Borgstedt zu Carl und Eva Hermann, ebd. S. 229–238. Vor allem Eva Hermann war in der Auswanderungshilfe der Quäker aktiv und unterstützte Deportierte mit „Brief- und Paketsendungen“ (S. 232). Die Verbindungen der Hermanns zu Maas, Marie Baum und Gertrud Luckner sind dokumentiert, ebenso die Adressaten ihrer Postsendungen in: Hans-Joachim Fliedner: Die Judenverfolgung in Mannheim 1933–1945, Stuttgart² 1991, S. 330.

Zur Heidelberger Liste

36 Kinder und Jugendliche aus Heidelberg wurden von November 1938 bis August 1939 mit Kindertransporten gerettet. 26 von ihnen wurden nach GB gebracht, drei konnten nach Palästina flüchten, zwei in die Niederlande, vier nach Schweden und ein Kind nach Frankreich. Ein Kind (Gretel Kirchheimer) ist schon 1938 nach der Pogromnacht ausgereist, 33 weitere im Laufe von 1939.

In die Zählung aufgenommen wurde Ruth Coßmann, die im August 1940 aus einem Jugendlager nach Palästina ausreiste, sowie Hannelore Grünbaum, deren Ausreisedatum wir nicht kennen. Auch Alfred Lammfromm ist erst Ende September nach Palästina ausgereist. Bei den nach Schweden ausgereisten vier Kindern aus den beiden Familien Deutsch und bei Alfred Lammfromm kann von einer zionistisch organisierten Ausreise ausgegangen werden. Ein Kind, Ernst Kaufmann-Bühler, ist 1940 nach der Ausreise in GB verstorben. Die beiden nach Holland ausgereisten Kinder Ruth und Heinz Stroh sind 1942 in den Niederlanden von Deportationen über Westerbork nach Sobibor erfasst und dort getötet worden.

Nur sieben der 36 Kinder aus Heidelberg sind nachweislich in GB geblieben, bei vier Kindern ist dies wahrscheinlich. Dies zeigt, wie stark das Transitland-Konzept der Briten tatsächlich gewirkt hat. Nur eine Minderheit blieb dauerhaft.

Andere Zielländer der Emigration waren die USA (10 Kinder), Palästina/Israel (sieben Kinder, davon eine Rückkehrerin nach Schweden), Brasilien (drei Kinder, davon eines später nach Israel), Kanada (ein Jugendlicher, der später nach Deutschland zurückkehrte) und Schweden (ein Kind).

Schickale der Eltern

Von den 36 Kindern hatten 34 Vater und Mutter, zwei Kinder waren Halbwaisen. Von den zusammen 70 Elternteilen

- sind 42 in Lagern oder Ghettos getötet worden,
- haben 24 die Lager überlebt oder sind ohne Lageraufenthalt emigriert (vier Paare in die USA und eines nach Brasilien),
- sind sechs Eltern vor 1945 in Heidelberg gestorben,
- zwei haben in Heidelberg überlebt, in einem Fall davon ist die Mutter 1945 nach Theresienstadt deportiert worden.

Einzelne Fälle

Hinweise auf die Kinder- und *Jugendaliyah* haben wir bei sechs Kindern. So ist der Sohn von Frieda und Schaul Deutsch, Manfred Deutsch (geb. 1922), nach dem Besuch der Heidelberger Oberrealschule und der Samson-Raphael-Hirsch-Oberrealschule sowie zusätzlich einer Jeschiwaschule in Frankfurt am 13. März 1939 nach Palästina ausgereist und lebte dort 11 Jahre in einem Kibbuz. Sein Bruder Erich wie auch zwei der drei Kinder der Familie Paula und Salomon Deutsch aus Heidelberg sind über Schweden nach Palästina ausgereist.

Bereits im Dezember 1937 kam Hans-Julius Marx (in Israel Samuel Meron), geb. 1921, mit einem Jugendtransport nach Palästina. Er besuchte zunächst die Oberrealschule, 1936 die jüdische Schulklasse in Heidelberg und nahm dann bis November 1937 eine Schlosserausbildung in einer jüdischen Anlernwerkstatt auf. In Palästina begann er eine landwirtschaftliche Ausbildung in einem Kibbuz.

Ruth Coßmann (in Israel Ruth Tamir), geb. 1923, verließ die jüdische Schulklasse in Heidelberg an Ostern 1937, besuchte bis April 1938 die Jüdische Wirtschaftsfrauenschule in Wolfratshausen und danach einen Vorbereitungslehrgang der *Jugendaliyah* in Rüdnitz bei Berlin. Sie gehörte zur letzten Jugendgruppe, die vom Palästina-Amt in Berlin Ende 1939 zusammengestellt wurde und noch legal auswandern konnte. Sie gelangte über Wien und Pressburg mit Donauschiffen zum Schwarzen Meer (Varna), von dort mit dem Schiff nach Haifa, wo sie ab August 1940 sieben Monate im britischen Lager Athlit interniert wurde. Bis zu ihrem Tod im Jahre 2011 lebte sie mit ihrer Familie im Kibbuz Maajan Zwi.

Eine ähnliche Biografie hat der drei Jahre ältere Alfred Flor (geb. 1920), der nach seinem Schulabschluss und mehreren Beschäftigungsverhältnissen im November 1938 in Dachau inhaftiert wurde. Seine Freilassung bewirkte Pfarrer Maas durch eine Bürgschaft, die mit dem Zwang zur baldigen Ausreise verbunden war. Flor arbeitete bis Dezember 1939 in „zionistischen“ Betrieben, die Auswanderer auf geeignete Berufe vorbereiteten. Zunächst war er tätig in einer Anlernwerkstatt für Schlosser in Mannheim, dann auf landwirtschaftlichen Gütern in Urfeld bei Köln und in Ellgut in Schlesien. Als der Transport zur See im November 1940 Haifa erreichte, waren die Einwanderungsquoten der Briten bereits überschritten und die Mandatsbehörden verweigerten die Landung der Passagiere. Flor sollte wie alle anderen Passagiere vom britischen Dampfer *Patria* zurück nach Europa gebracht werden. Die jüdische Untergrundarmee Hagana verhinderte durch einen Anschlag das Ablegen der „*Patria*“. Dabei wurde das Schiff stark beschädigt und sank, was vielen Flüchtlingen das Leben kostete. Flor konnte die Küste erreichen und wurde – wie Ruth Coßmann – elf Monate im britischen Lager Athlit bei Haifa interniert.

In zwei der uns bekannten Fällen sind Jugendliche in GB interniert und dann nach Kanada, bzw. Australien gebracht worden. Der 1939 16-jährige Hans (John) Kaufmann (geb. 1923) hatte sich 1937 nach Abschluss der Realschule bis 1939 in Pforzheim als Goldschmied ausbilden lassen. In GB arbeitete er als Lehrling in einer Juwelenfabrik in Birmingham und wurde 1940 in Hayton bei Liverpool interniert. Im Juli 1940 erfolgte der Transport nach Australien, wo er bis 1942 interniert blieb, dann in die australische Armee eintrat und nach dem Krieg als Diamantenhändler in Melbourne arbeitete. 1948 ist er in die USA ausgewandert.

Ähnlich erging es dem 1924 geborenen Lehrersohn Walter Julius Durlacher, der bis 1938 Schüler seines Vaters in der jüdischen Volksschulklasse war und dann versuchte, bei Verwandten in der Tschechoslowakei eine Lehre zu machen. Nach der Besetzung Prags kehrte er nach Deutschland zurück und nahm eine

Schreiner Ausbildung in einer jüdischen Anlernwerkstatt in Frankfurt auf. Am 26. Juli 1939 kam er 14-jährig nach GB, wurde im Mai 1940 interniert und über die Isle of Man nach Kanada in ein Internierungslager transportiert. Nach Kriegsende lebte er – ohne recht Fuß zu fassen und offenbar auch stark traumatisiert – abwechselnd in Kanada und Deutschland, war trotz schwerer gesundheitlicher Beeinträchtigungen in den jüdischen Gemeinden von Heidelberg und Karlsruhe aktiv und ist 2005 in Mannheim verstorben, wo er längere Zeit im jüdischen Altersheim gelebt hatte. Sein Bruder Ludwig („Lutz“) hatte das Glück, bald nach der Ankunft eine englische Familie zu finden, die ihn zu sich nahm, seine schulische Ausbildung förderte und ihn an sportlichen Aktivitäten teilnehmen ließ. Ludwig Durlacher gründete in Birmingham ein kleines Unternehmen und wurde zu einem erfolgreichen Radsportler.¹⁵

Der 1939 12-jährige Heinz Julius Alexander (geb. 1927), dessen Eltern erst im Mai 1939 aus Landau in der Pfalz nach Heidelberg gezogen waren, wurde unverzüglich mit einem Kindertransport nach Frankreich gebracht. Er besuchte bis Juli 1941 eine Schule in La Bourboule im Département Puy-de-Dôme, dann bis 1942 eine Handwerkerschule. Von August 1942 bis April 1943 war er in einem Heim untergebracht und hielt sich dann bis September 1944 illegal an verschiedenen Orten in Frankreich auf. Von Oktober 1944 bis Mai 1945 lebte er in einem Heim in Moissac in Okzitanien, begann danach eine Lehre als Koch in Paris und ist später in die USA ausgewandert.¹⁶

Leni Blum, Zeitzeugin

Eine authentische Stimme aus Heidelberg zur Situation der Kinder und Jugendlichen in GB sei hinzugefügt. Sie zeigt in biografischer Verdichtung die Probleme der jungen Exilanten, auch das ambivalente Verhältnis zur Situation in GB. Lebenslange Bindungen sind entstanden und ohne Pathos lässt sich sagen, dass angesichts der Entwicklung von Fremdenhass und Antisemitismus in Deutschland für eine politisch wache Remigrantin GB ein Sehnsuchtsort geworden ist.¹⁷

Die 1919 geborene Arzttochter Leni Dina Blum, verh. Blumenthal, besuchte bis 1936 das Mädchenrealgymnasium in Heidelberg, war aktiv in dem aus der Jugendbewegung entstandenen Bund deutsch-jüdischer Jugend. Die seit 1932 verwitwete Mutter schickte sie für zwei Jahre in ein Schweizer Internat, wo sie 1938 das Abitur ablegte. „Im September 1938, also gerade noch rechtzeitig, ging ich als sogenannte Studentin nach London, was mir durch eine geringfügige kurzfristige Hilfeleistung reicher Verwandter in Holland ermöglicht wurde.“ Im Jahr dar-

15 Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 15), S. 85–86; für Unterlagen zu Walter und Ludwig Durlacher danken wir Suzie Mould, der Tochter von Ludwig Durlacher, Birmingham.

16 Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 15), S. 29.

17 Leni Blumenthal: „Ich frage mich manchmal, ob es nicht richtiger gewesen wäre, dort zu bleiben.“, in: Norbert Giovannini, Frank Moraw (Hgg.): *Erinnertes Leben. Autobiographische Texte zur jüdischen Geschichte Heidelbergs*, Heidelberg 1998, S. 207–210; Todesanzeige Rhein-Neckar-Zeitung 30.1.2002.



Leni Blumenthal, geb. Blum (1919–2002). Aufnahme nach Kriegsende (Quelle: Andreas Blumenthal, Heidelberg)

auf nahm sich die vereinsamte und erblindete Mutter das Leben.

Leni Blum kam bei einer Emigrantenfamilie unter, „die mich und andere junge Flüchtlinge wie Eltern betreuten und mir ein wirkliches Heim gaben.“ Sie fand Arbeit und wurde im Herbst 1939 durch Pfarrer Maas an eine Internatsschule vermittelt.

„Eine Stelle an einer grauenhaften Internatsschule auf dem Land, wo ich zwei unglückliche Jahre verbrachte, weil mich die Direktorin und die Lehrerinnen (nicht die Kinder) als Deutsche ansahen und behandelten und meine Situation überhaupt nicht begriffen, bzw. begreifen wollten. Es waren schreckliche ignorante Leute, die mich aber alle Fächer unterrichten ließen und auch sonst als Mädchen für alles behandelten.“

Wieder in London arbeitete sie in einem Büro und beim *Jewish Refugees Committee* und wurde Mitglied der zunehmend links orientierten *Free German Youth*. 1944 heiratete sie einen Emigranten aus Dessau, den zwei Jahre älteren Theodor Blumenthal, mit dem sie 1951 nach Heidelberg zurückkehrte. In Heidelberg arbeitete sie als Dolmetscherin, in einem Anwaltsbüro und am Deutschen Krebsforschungszentrum, war aktiv in der Vereinigung der Verfolgten des NS-Regimes (VVN), der SPD, der Deutsch-Englischen Gesellschaft und der liberalen jüdischen Vereinigung. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit irritierten und ängstigten sie zunehmend. „Ich fahre jeden Sommer einmal nach England, das ich als meine zweite Heimat betrachte und frage mich manchmal, ob es nicht richtiger gewesen wäre, dort zu bleiben, weil ich die Menschen dort doch als wesentlich toleranter empfinde als hierzulande.“ Leni Blumenthal ist 2002 in Heidelberg gestorben.

Kindertransporte aus Heidelberg von November 1938 bis August 1939 (*kursiv: vor der Pogromnacht 1938*)

Name	Jg.	Ausreise	nach	Zielländer	Schicksal	Eltern	Helfer
Alexander, Heinz	1927	1939	Frankreich	USA		Gurs, Auschwitz	
Baer, Doris	1923	1939, 27.3.	GB	USA		V: Gurs, Récébédou; M: Gurs, Auschwitz	
Baer, Hans-Dieter	1926	1939, 27.3.	GB	GB		V: Gurs, Récébédou; M: Gurs, Auschwitz	
Basnizki, Hedwig	1923	1939, April	GB	Brasilien		Brasilien	Maas
Basnizki, Doris	1920	1939, 12.7.	GB	Brasilien	Israel	Brasilien	Maas
Bierig, Gertrud	1915	1939, 1.3.	GB	GB		V: gest. 1936 HD; M: Auschwitz 1943	
Bodem, Charlotte	1920	1939, 11.8.	GB	USA		V: gest. 1943; M: 1943 Auschwitz	Grüber
Coßmann, Ruth	1923	1939, Nov.	Palästina	Israel		V: Gurs, M: Gurs, Palästina	Alijah
Deutsch, Manfred	1922	1939, 13.3.	Palästina	Israel		E: Ungarn 1940, fte.	Alijah
Deutsch, Erich	1925	1939, 6.6.	Schweden	Palästina		E: Ungarn 1940, fte.	Alijah
Deutsch, Ernst	1924	1939, 20.4.	Schweden	Palästina	USA/Israel	E: Ungarn 1940	Alijah
Deutsch, Hanna	1926	1939, 20.4.	Schweden	Schweden		E: Ungarn 1940	Alijah
Deutsch, Frieda	1929	1939, 20.4.	Schweden	Palästina	Schweden	E: Ungarn 1940	Alijah
Durlacher, Walter	1924	1939, 26.7.	GB	Kanada	Deutschland	E: Gurs, Auschwitz	Maas
Durlacher, Ludwig	1927	1939, 26.7.	GB	GB		E: Gurs, Auschwitz	Maas
Grünebaum, Hannelore	1924	unbek.	GB	GB (?)		V: verst. 1941; M: 1941 KZ Riga	
Holland, Dieter	1927	1939, 15.3.	GB	USA (?)		E: 1939 USA	
Holland, Hans-Joachim	1929	1939, 15.3.	GB	USA (?)		E: 1939 USA	
Kahn, Max	1928	1938, 14.9.	GB	USA		E: 1939 USA	
Kahn, Hans	1929	1938, 14.9.	GB	USA		E: 1939 USA	
Kahn, Heinz	1923	1939, März	GB	USA		E: 1939 GB, 1943 USA	
Kahn, Erich	1926	1939, Mai	GB	USA		E: 1939 GB, 1943 USA	
Kaufmann, Hans	1923	1939, August	GB	Austr./USA		E: Gurs, 1941 USA	Maas
Kaufmann-Bühler, Ernst	1927	1939, März	GB	GB	verst. 1940	E: HD bis 1945; M: Theresienstadt	Maas
Kaufmann-Bühler, Rolf	1932	1939, März	GB	GB		E: HD bis 1945; M: Theresienstadt	Maas
Kirchheimer, Gretel	1911	1938, 18.11.	NL	?		M: Gurs; 1945 BRD	
Lammfromm, Alfred	1921	1939, 28.9.	Palästina	Israel		V: verst. 1939; M: Gurs, Auschwitz	
Marx, Hans-Julius	1921	1937, 24.12.	Palästina	Israel		E: Gurs, Auschwitz	Alijah
Müller, Marianne	1925	1939, 22.5.	GB	USA		E: 1939 GB, 1940 USA	
Marschall, Irmgard	1920	1939, 4.3.	GB	Brasilien		M: 1939 Brasilien	
Reis, Hans	1934	1939	GB	USA		E: Gurs, Auschwitz	Maas
Schloss, Lore	1928	1939, 21.5.	GB	USA		V: Gurs, Auschwitz, M: verst. 1940 HD	
Schloss, Beate	1929	1939, 21.5.	GB	?		V: Gurs, Auschwitz, M: verst. 1940 HD	
Seligmann, Walter	1921	1939, 15.6.	GB	GB		E: Gurs, Auschwitz	
Sipper, Klara	1921	1939, 9.8.	GB	GB		E: 1939 Polen, fte.	
Sipper, Emma	1923	1939, 24.8.	GB	Palästina/Israel		E: 1939 Polen, fte.	
Sipper, Hermann	1929	1939, 24.8.	GB	GB		E: 1939 Polen, fte.	
Stroh, Ruth	1923	1939, 29.3.	NL		Auschwitz, Tod 1942	E: Gurs, Auschwitz	
Stroh, Heinz	1930	1939, 29.3	NL		Sobibor, Tod 1943	E: Gurs, Auschwitz	

Die Liste beinhaltet nicht die Kinder, die vor dem 9. November 1938 durch Kindertransporte ins Ausland gerettet wurden mit Ausnahme der Kinder Max und Hans Kahn und Hans-Julius Marx, bei denen Belege dafür vorliegen, dass sie alleine und auf der Grundlage einer Kindertransportaktion nach England, bzw. Palästina gebracht wurden. Ruth Coßmann gehörte zur letzten Jugendgruppe, die vom Palästina-Amt in Berlin im November 1939 ausreisen konnte. Die Weiterreise nach Palästina erfolgte aber erst im August 1940 über Wien und Pressburg zum Schwarzen Meer.

Alijah	Ausreise mithilfe zionistischer Organisationen
Dep.	Deportation
E, V, M	Eltern, Vater, Mutter
Fte.	Für tot erklärt (bei unbekanntem Todesdatum von Deportierten wurde in der BRD der 8.5.1945 amtlich als Todestag bestimmt).
GB	Großbritannien
Grüber	evang. Büro Pfarrer Grüber in Berlin
Gurs	französisches Internierungslager in den Pyrenäen. Deportationsort der Oktoberdeportation 1940 aus Baden und der Pfalz
Gurs, Auschwitz	Oktoberdeportation 1940 nach Gurs, aus Gurs und anderen französischen Lagern Deportationen nach Auschwitz
Maas	Hinweise auf Unterstützung der Ausreise durch Pfarrer Hermann Maas in Heidelberg
NL	Niederlande
Récébédou	Französisches Internierungslager
Theresienstadt	KZ Theresienstadt, Februardeportation 1945

Fundstücke, Forschung, Fragen

Auf der Spurensuche nach den stillen Helfern. Kleine Gesten, wirksame Maßnahmen, hilfreiche Netzwerke

NORBERT GIOVANNINI

Die hier vorgestellten Fundstücke zu den „Stillen Helfern“ stammen überwiegend aus vorhandenen Dokumenten und neuen Recherchen zur jüdischen Geschichte Heidelbergs. Sie enthalten Beispiele für sichtbares, couragiertes Handeln. Die Beispiele sind so aneinandergefügt, dass eine Steigerung von Komplexität, Tiefe und Dauerhaftigkeit des Handelns erkennbar wird.

Gesten und Hilfen

Es sind vor allem Nachbarn, Arbeitskollegen und Schulfreunde, die mit ihren Gesten und Hilfen gegen Ausgrenzung und Verfolgung Zeichen setzten. Ludwig Seligmann, geb. 1910, hatte eine Liebesbeziehung mit einer *arischen* Frau und sollte deshalb von der Gestapo verhört werden, nachdem er angezeigt worden war. Ein SA-Mann warnte ihn. „Lutz, pack deine Sachen und verschwinde, die planen, dich morgen ganz früh zu holen.“ Vor dem Ausschluss jüdischer Sportler aus den Sportvereinen hatten sie zusammen Fußball gespielt.

Leni Blumenthal berichtet von der Hausbesitzerin der Neuenheimer Wohnung ihrer vereinsamten und schwer erkrankten Mutter, Frau Heinstein. Diese habe sich mit der Mutter angefreundet und ihr sehr geholfen. Nach dem Tod der Mutter (Suizid Weihnachten 1939) besuchte sie alle vierzehn Tage das Grab und „schmückte es mit Blumen.“ Ähnliches berichtet Richard Polack über seine Großmutter Helene (Lea) Polack, die bis zur Deportation am 22. Oktober 1940 von der Universitätssekretärin Lily Engel-Ebhardt und deren Mutter Anna in der Mönchhofstraße 16 beherbergt wurde.¹

Frieda Hirsch erinnert sich an einen Kreis christlicher Freundinnen ihrer Tochter Martha. Eine dieser Freundinnen, Herta von Dechent, eine Hauptmanns-

1 Initiative Stolpersteine in Heidelberg (Hg.): *Stolpersteine in Heidelberg 2010–2015*, Heidelberg 2017, S. 99; Leni Blumenthal: „Ich frage mich manchmal, ob es nicht richtiger gewesen wäre, dort zu bleiben.“, in: Norbert Giovannini, Frank Moraw (Hgg.): *Erinnertes Leben. Autobiographische Texte zur jüdischen Geschichte Heidelbergs*, Heidelberg 1998, S. 208. Zu Helene Polack, geb. 1856, der ältesten jüdischen Einwohnerin Heidelbergs, die nach Gurs deportiert wurde, vgl. René P. Polard/Richard Polack: *Zwei Gedichte/Erinnerung an Frankreich*, in ebd. S. 227–228. Lea Polack überlebte Gurs und ist 1950 in einem Altersheim in Südf frankreich verstorben.

tochter, habe am 1. April 1933 entschieden, dass sie „all unsere Kinder zu sich ins Haus – zum Schutz – nehmen wollte.“²

Mit Entschiedenheit haben die *arischen* Vorstandsmitglieder des Evangelischen Versorgungshauses in Handschuhsheim 1933 den Rücktritt ihres Vorstandskollegen, des Allgemeinmediziners Albert Hirsch abgelehnt.³ Frieda Hirsch, dessen Ehefrau, berichtet, wie unterstützend und hilfreich es war, dass ihr Hausmädchen Emma Nägele während der aufwändigen Vorbereitungen zum Umzug nach Palästina täglich stundenweise zum Helfen kam und wie hingebungsvoll sich die Diakonissinnen im Vincentius-Krankenhaus im Frühjahr 1933 um sie gekümmert hätten, als sie angesichts der bedrohlichen Lage und des Umzugsstresses einen Zusammenbruch erlitten habe.⁴



Frieda und Albert Hirsch mit den Töchtern Martha, Edith und Agnes und Personal auf dem Balkon Friedrich-Ebert-Anlage 19 (Foto aus: Giovannini, Moraw: *Erinnertes Leben*, S. 24)

2 Frieda Hirsch: *Von Heidelberg nach Haifa. Lebenserinnerungen einer Zionistin 1918–1933*, in: Giovannini, Moraw (wie Anm.1), S. 21–49, hier S. 29.

3 Ebd., S. 23.

4 Ebd., S. 47, Frieda Hirsch spricht von katholischen Schwestern und Diakonissenhaus, was nicht zusammen stimmt. Vermutlich handelt es sich um das Heidelberger Vincentius-Krankenhaus.



Im Schullandheim, 11. Klasse der Höheren Mädchenschule in der Plöck im Sommer 1933 (Foto: Gerda Thau, Berlin)

Gerda Thau (geb. Koppel) berichtet aus ihrer Schule:

„Irgendwann im Juni 1933 lud mich die Klasse [Obersekunda der Gymnasialabteilung der Mädchenrealschule] in stillem Einverständnis mit dem Klassenlehrer ein, mit ihnen das Wochenende im Schullandheim zu verbringen. Das hat mir sehr gut getan.“⁵

Ähnliche Erinnerungen verbinden auch Berta Rubenstein und Leni Blumenthal mit ihren Schulen. Nach wie vor wurden sie von Mitschülerinnen und Lehrern gut behandelt. Rubenstein erinnert sich an einen Lehrer in der Volksschule, der die *Judenkinder* beschützte und Schüler bestrafte, die *Judenkinder* beschimpften.⁶ Leni Blumenthal berichtet, dass sich Schülerinnen wie Eltern der damaligen Mädchenoberrealschule (heute: Hölderlin-Gymnasium) darüber amüsierten, als der 1934 neu berufene und fanatisch „neuheidnische“ Schulleiter Uebel im Rassenkundeunterricht zur Bestimmung prototypischer arischer Schülerinnen ausgerechnet die jüdischen Mädchen Hedwig Basnizki und Ruth Marschall zur Demonstration auswählte.⁷

Auch im Lehrkörper der Mädchenschule überwog die liberale und humane Tradition. Blumenthal kann sich erinnern, dass Eltern bei der vorgesezten Be-

5 Gerda Thau in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 1), S. 161.

6 Berta Rubenstein: „von da an ging ich nicht mehr dort hin.“ in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 1), S. 97. Die Schreibweise Rubenstein ist richtig, in: dens. fälschlicherweise Rubinstein.

7 Leni Blumenthal (wie Anm. 1), S. 208. An Rektor Uebel erinnert sich auch Irmgard Hoepke in: RNZ 6.12.2018 (Autorin Karla Sommer): „Der Rektor hieß Übel, und das war er auch.“



Die Klasse der Höheren Mädchenschule in der Plöck. Gerda Koppel vordere Reihe, 2. von rechts (Foto: Gerda Thau, Archiv: Giovannini)

hörte Beschwerde gegen Uebels Treiben eingelegt haben.⁸ Das Verhalten ihrer Mitschülerinnen war vorbildlich und solidarisch und begründete eine enge Gemeinschaft, die noch in den Nachkriegsjahrzehnten Bestand hatte. Ilse Rothstein erinnert sich, dass es vor Uebels Amtsantritt an dieser Schule überhaupt keine Anzeichen von Antisemitismus gegeben habe.⁹

Positive Erinnerungen hat Dora Basnizki an die unbeugsame Lehrerin Luise Crecelius¹⁰; Gerda Koppel erinnert sich an die am 7. April 1933 entlassene holländische Lehramtsassistentin Helene Preetorius, die ihr vor der Ausreise nach Palästina noch Englischstunden gab.¹¹ Auf die ebenfalls entlassene Lehrerin Margot Meyer warteten, am Tag der Entlassung „bei uns zu Hause zwei ihrer früheren Lehrerinnen mit Blumen auf sie, um sie zu trösten“, berichtet Ilse Rothstein.¹²

8 Leni Blumenthal (wie Anm. 1), S. 208.

9 Ilse Rothstein: „Meine Eltern fühlten sich als Deutsche jüdischen Glaubens.“, in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 1), S. 203f.; Ilse Rothstein, Schwester der Lehramtsreferendarin am Mädchen-gymnasium Margot Meyer, bestätigt die unfreiwillig groteske Demonstration des *arischen Rassetyps* durch Prof. Uebel.

10 „Ich erinnere mich ganz besonders an unsere Deutschlehrerin, Frl. Luise Crecelius, die 102 Jahre alt geworden ist, ohne jemals in ihrem Leben Heil Hitler gesagt zu haben.“ Dora Charlotte (Dwora) Kaufmann: „Dieses Paradies war auf einmal zu Ende.“, in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 1), S. 117.

11 Gerda Thau in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 1), S. 163.

12 Ilse Rothstein (wie Anm. 9), S. 203.



Helene Preetorius inmitten ihrer Schulklasse 11/2a 1929 vor dem Bunsen-Denkmal in der Friedrich-Ebert-Anlage (Quelle: Die Linien des Lebens sind verschieden. Festschrift, 125 Jahre Hölderlin-Gymnasium Heidelberg 1877–2002, S. 24)

Helene Preetorius. Schülerinnen engagieren sich für ihre Lehrerin

Dank der Recherchen von Renate Marzolff für die Stolpersteinverlegung 2017 im Generallandesarchiv Karlsruhe ist eine Initiative von Schülerinnen der höheren Mädchenschule aus dem Jahr 1933 für ihre entlassene Lehrerin Helene Preetorius wieder entdeckt worden.¹³ Zunächst schickten die auf Burg Rothenberg bei Wiesloch tagenden Leiterinnen der Mädchen- und Frauengruppe des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland einen (auf den 21. Juli 1933 datierten) Brief an das badische Kultusministerium, in dem sie sich für ihre Lehrerin einsetzten. „Ihr allein ist es zu danken, dass die Mädels, die mit der Schule fertig waren, jedes Ostern in unsere Jungmädchengruppe eingereiht werden konnten.“

13 Siehe hierzu die Broschüre der Heidelberger Stolpersteininitiative zur 8. Stolpersteinverlegung am 6.10.2017, S. 49ff und den Beitrag in der RNZ am 9.1.2018 „Auch eine Unterschriftenaktion half nichts.“ Vgl. auch <http://www.stolpersteine-heidelberg.de/verlegte-steine-2017.html>. Zum Hölderlingymnasium und seiner Geschichte ebd.



Helene Preetorius (1889-1965), nach 1945 Lehrerin an der Elisabeth-von-Thadden-Schule bei der Inszenierung eines Theaterstücks. (Foto aus Almut Agnes Meyer: *Kontinuität und Neuanfang. Das erste Jahrzehnt der Elisabeth-von-Thadden-Schule nach der Eröffnung 1946*. Hg. von der Elisabeth-von-Thadden-Schule Heidelberg-Wieblingen, 2016)

Diesem Schreiben legten die jungen NS-Funktionärinnen eine am 25. Juli 1933 verfasste Resolution mit den Unterschriften von 89 Schülerinnen des Mädchenrealgymnasiums bei. Dieser Text enthielt eine unverstellte und hingebungsvolle Laudatio junger Frauen auf ihre Lehrerin, frei von aller Rhetorik und allen Floskeln, die Bittgesuche gewöhnlich enthalten. Ein Dokument, das man sich – worauf die Broschüre der Stolpersteininitiative zurecht hinweist – häufiger gewünscht hätte, insbesondere aus Kreisen der Universität angesichts der zahlreichen Entlassungen jüdischer Hochschullehrer, deren akademische Kollegen mit beschämender Tatenlosigkeit reagierten.¹⁴

„Am 7. Juli wurde unsere Lehrerin Frl. Preetorius abgebaut. Wir haben erfahren, dass der V.D.A. sich an Sie gewandt hat, und wir möchten uns als Jugendgruppe anschließen. [...] Fräulein Preetorius war uns die beste und liebste Lehrerin und wir verlieren so sehr viel an ihr. Ihr

selbst war Lehren das Höchste. Wie sonst niemand verstand sie es, uns in Deutsch- und Geschichtsunterricht für unsere Sprache, für unsere Dichter [...] zu begeistern. Sie brachte uns die großen Menschen und Taten unseres Volkes nahe. Wenn sie nicht gewesen wäre, hätte die Oberprima dieses Jahr nicht nach Weimar fahren können. Unermüdlich hat sie gearbeitet, überall war sie dabei, alles hat sie geprobt, uns alle hat sie begeistert. Da kam durch unsere Aufführung so viel Geld zusammen, dass es jeder von uns möglich war, mitzufahren. [...] Es ist uns unfasslich, daß wir die letzte Klasse sein sollen, die so unendlich viel von ihr gehabt hat. Wir glauben nun sicher, daß Sie uns verstehen und haben uns an Sie gewandt, weil wir hoffen, daß Sie uns helfen können, unsere geliebte Lehrerin zu behalten. Wir wissen, daß Fräulein Preetorius mit unserem Schritt nicht einverstanden wäre, aber wir schulden ihr so viel,

14 „Nun geschieht etwas für den historischen Moment Ungewöhnliches und man würde sich wünschen, Vergleichbares wäre an der Heidelberger Universität geschehen, als hochverdiente Universitätslehrer 1933 dort von einem Tag auf den anderen entlassen wurden, ohne dass es in ihrem Umfeld eine Reaktion gegeben hätte“ (wie Anm. 13). Der Brief ist mit dem Faksimile eines der Unterschriftenblätter in der im Internet verfügbaren Broschüre der Heidelberger Stolpersteininitiative e.V. abgedruckt.



Ehemalige jüdische Schülerinnen besuchen das Hölderlin-Gymnasium während ihres Heidelberg-Besuchs 2001. Hinten von links: Dora Kaufmann, geb. Basnizki; Ilse Rothstein, geb. Meyer. Vorne von links: Lore Garrick, geb. Philipp; Hedwig Hesse, geb. Basnizki; Liesel Lewin, geb. Kassewitz; Molly Blatt, geb. Freund. (Foto: privat)

daß wir gar nicht anders können. Ihre Entlassung ist für uns und die ganze Schule ein solcher Verlust, daß wir Sie bitten, vielen jungen Menschen diese geliebte und wertvolle Lehrerin zu erhalten.“

Die Unterschriftenliste enthält sowohl die Namen von Töchtern prominenter, bildungsbürgerlicher Familien Heidelbergs wie jene von jüdischen Schülerinnen, die selbst mit ihren Eltern alsbald Opfer der Verfolgung wurden. Die aus gutem Grund explizit unpolitisch formulierte Eingabe an das Ministerium stellt – vermittelt über die Aktivität der Jugendlichen – ein seltenes Dokument der Stimmungslage im liberal-konservativen Bürgertum Heidelbergs dar. Sie blieb – wie zu erwarten – ohne Folgen (weder positiv für Leni Preetorius noch negativ-disziplinarisch für die Schülerinnen).

Eine flammende Rede

Die am 7. April 1933 entlassene Lehramtsassessorin und Witwe eines österreichischen Frontkämpfers im 1. Weltkrieg, Dr. Dora Busch, geb. Jellinek, bekundete 1946 im Spruchkammerverfahren über die Hauptlehrerin Leonie Ernst.

„Als im März 1933 in ihrer Klasse einige Mädchen sich gegen jüdische Mitschülerinnen unfreundlich betragen hatten, hielt sie in der Klasse eine flammende Rede gegen

den Antisemitismus und hat schärfste Strafen für den Fall angedroht, wenn sich noch einmal die geringste Feindseligkeit gegen die jüdischen Schülerinnen zeigen sollte. Sie hat diese Worte im Lehrerzimmer noch einmal wiederholt in der Absicht, weniger mutige Kollegen in diesem Sinne zu beeinflussen.“¹⁵



Dora Busch mit ihrer Schulklassse Ia auf der Schlossterrasse, Ostern 1927 (Foto: privat)

„Sie kenne mer doch.“ Amtspersonen und Nachbarn

Rabbiner Fritz Pinkuss, von 1930 bis 1936 in Heidelberg tätig, erinnerte sich, dass auf der Straße häufig Leute an den Philosophen Karl Jaspers „heranschlichen und ihm Lebensmittel oder etwas schenkten, weil er, obwohl er nicht Jude war, doch unter die Judengesetze gefallen ist.“¹⁶ Auch Pinkuss' Frau habe diese Geste erlebt, als ihr am Tag vor der Ausreise eine Ladeninhaberin Eier aus eigenem Bestand zugesteckt habe.¹⁷

Häufig sind es Amtspersonen, die zur Unterstützung bereit waren. So erinnerte sich Benno Lustmann an den Steuerbeamten, der ihm 1935 den Rat gab,

15 Spruchkammer 59/3/7405–2076 vom 19.11.1946, Vors. ORRat Dr. Strauß, StAH, Amt für Öffentliche Ordnung 1–1984/37 A00 (Entnazifizierung Hauptkartei Sühnemaßnahmen E: hier Em–Ez. Aussage Dr. Dora Busch). Dora Busch war Tochter der Aktivistin der Frauenbewegung Camilla Jellinek und des Staatsrechtlers und Universitätsrektors Georg Jellinek (Rektorat 1907). Sie wurde 1944 nach Theresienstadt deportiert und verstarb im Alter von 104 Jahren 1992 in Heidelberg. Norbert Giovannini, Claudia Rink, Frank Moraw: *Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933–1945. Biographisches Lexikon mit Texten.* Hg. vom Förderkreis Begegnung, Heidelberg 2011, S. 68–71.

16 Fritz Pinkuss: *Rabbiner in Heidelberg 1930 bis 1936*, in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 1), S. 135.

17 Ebd., S. 135

„noch heute von Heidelberg zu verschwinden, denn ich komme nicht mehr, man will Sie verhaften“. Schließlich stünde Lustmann auf einer Gestapo-Liste. Hilfreich war auch ein Mannheimer Zollbeamter, der das Gepäck verplombte: „Es war mir gelungen, noch manches hineinzulegen, ohne dass er es sah. Auch hier muss ich sagen, es war ein sehr anständiger Herr.“¹⁸ Lustmann erwähnt in diesem Zusammenhang auch, wie positiv sich der Verlauf des beschleunigten Verkaufs seiner Firma in der Heidelberger Weststadt gestaltete.¹⁹

Eine vergleichbare Erfahrung machte Rabbiner Pinkuss vor seiner Ausreise 1936: „Die Auswanderer wurden zu Hause von einem Zollbeamten aufgesucht, der ihr Gepäck inspizieren sollte. So auch wir. Doch der Beamte, der zu uns kam, überraschte mich damit, dass er sagte: „Herr Rabbiner, ich bin ein gläubiger Katholik. Ich bin auf ihrer Seite. Ich gehe jetzt Mittagessen, und danach werde ich ihr Gepäck nicht mehr prüfen. Sie können einpacken, was Sie wollen.“²⁰

Bei dem Arzt Dr. Albert Hirsch ignorierte der Steuerbeamte das Umzugsge-schehen, blieb Zeitung lesend in der Wohnung sitzen und sagte: „Sie können doch nichts Unrechts mache! Sie kenne mer doch (Sie kennen wir doch).“²¹

Max Rubinstein erwähnt mehrfach den Kriminalbeamten Schlenker²², der seiner Familie wohlgesonnen war und beispielsweise die Anzeige eines Nachbarjun-gen nicht weiter verfolgte, den Max verprügelt hatte, nachdem er von diesem als „Judenstinker“ beschimpft worden war. Auch die Nachbarsfamilie Lehnert hielt den Kontakt zu den orthodoxen Rubinsteins aufrecht, denen sie am Sabbat die Öfen anzündete; der gleichaltrige Sohn der Nachbarn holte seinen Freund demon-strativ am Bahnhof ab, wenn dieser von der Arbeit in der Metallschlosserei Autz zurückkam, und begleitete ihn nach Hause.²³ Und es war derselbe Kriminal-beamte, der Bernhard (Berl) Rubinstein, Max Rubinsteins Vater, im Oktober 1938 die Flucht anriet angesichts der bevorstehenden Ausweisung polnischer Ju-den.²⁴

In den wieder und wieder erzählten Familiengeschichten verdichten sich diese personalen Lichtblicke zu festen Beständen, auch wenn sie dokumentarisch nicht immer sehr stabil und überprüfbar sind. Familiengeschichten sind eben keine

18 Benno Lustmann: „Also, es gab noch anständige Menschen damals“ in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 1), S. 146f.

19 Ebd., S. 147.

20 Fritz Pinkuss: Lernen, Lehren, Helfen. Sechs Jahrzehnte als Rabbiner auf zwei Kontinenten, Heidelberg 1990, S. 31f.

21 Frieda Hirsch (wie Anm. 2), S. 47.

22 Vgl. den Beitrag zum Gestapo-Beamten Wilhelm Bender in diesem Band.

23 Pers. Mittlg. Herman Lehnert, Heidelberg, an Verf., 2003.

24 Max Rubinstein: Eine Jugend in der Altstadt, in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 1), S. 50–55. Rubinstein datiert dieses letzte Ereignis „nach der Kristallnacht“. Sein Vater und sein Bruder wurden aber im Zug der Ausweisung polnischer Juden bereits am 28./29.10.1938 in das pol-nisch-deutsche Grenzgebiet gebracht, von wo aus sich Berl (Bernhard) Rubinstein in seinen Heimatort durchschlug. Wenige Tage später wurde in der Pogromnacht das Geschäft der Ru-binsteins in der Unteren Straße 31 teilweise verwüstet. Siehe auch Entschädigungsakte Feiga Rubinstein GLA 480 12 175/1–4.

Geschichtsbücher mit professionellem Anspruch. Sie sind Medium der familien-internen Verständigung über das, was als bedeutsam erlebt wurde und erzählenswert bleibt. Ihr dokumentarisches Potenzial ist deshalb hoch zu veranschlagen, auch wenn nicht immer „alles stimmt“.

„Abends, bei Dunkelheit, kam Anna, unser ehemaliges Kindermädchen. Ihr Mann war Polizist. Sie sagte: Frau Koppel, sie sind wieder da? Stellen Sie sich vor, mein Mann hätte sie abholen sollen. Es hieß: Herr Ried zu Frau Koppel! Da hat er gesagt: Da kann ich nicht hingehen. Da hat meine Frau fünf Jahre gedient und mit dem Hausmädchen sind wir heute noch befreundet. Er wurde dann ins Logenlokal geschickt.“²⁵

Ein eindrucksvolles, fast anekdotisch verdichtetes Geschehen schildert Robert Marx über seinen Vater Richard aus der Familienerinnerung.

„Unmittelbar nach der Kristallnacht erhielt mein Vater²⁶ Besuch eines Kriminalbeamten in unserer Wohnung. Der Polizist eröffnete ihm, dass er einen Haftbefehl für meinen Vater habe und angewiesen sei, ihn zum Hauptbahnhof zu bringen. Mein Vater wollte ein Taxi bestellen, der Polizeibeamte bestand jedoch darauf, mit meinem Vater zusammen zu Fuß zum Bahnhof zu gehen. Das dauerte entsprechend lang, denn von der Zeppelinstraße bis zum Bahnhof ist eine ordentlich lange Strecke. Bei der Ankunft der beiden am Bahnhof war der Zug, in dem die Verhafteten nach Dachau gebracht werden sollten, schon abgefahren, und der Polizist erklärte meinem Vater kurzerhand, dass er seine Pflicht erfüllt habe. Da der Zug weg sei, könne mein Vater getrost wieder nach Hause gehen.“²⁷

Wirksames Eingreifen in der Gefahrensituation des 9. und 10. November 1938 bezeugen Ernest Hausmann und Emmy de Vries-Sipper. Bei Hausmanns war es der im Betrieb beschäftigte Packer Hut, der in SA-Uniform das Eindringen und Plündern seiner SA-Kumpane im Haus seines Arbeitgebers verhinderte.²⁸

Der polnische Möbelhändler Oskar Sipper und seine Familie hatten noch bis 1938 Kundschaft in ihrem Neuenheimer Geschäft, wenngleich die nichtjüdischen Kunden nur am Abend oder durch die Hoftüre in den Laden kamen.²⁹ Aber immerhin, sie kamen und gewährleisteten den Lebensunterhalt der Sippers auf bescheidenem Niveau. Nach der Ausweisung des Vaters im Oktober 1938³⁰

25 Gerda Thau in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 1), S. 163.

26 Richard Marx (1895 – 1980) in: Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 15), S. 282f.

27 Robert Marx: Im Schatten der Gefahr, in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 1), S. 127.

28 Ernest Hausmann: Eine Familie in schwierigen Zeiten, in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 1), S. 188; Frank Moraw: Die nationalsozialistische Diktatur (1933–1945), in: Peter Blum (Hg.): Geschichte der Juden in Heidelberg, Heidelberg 1996, S. 531. Zu den Familien Hausmann und Weingärtner siehe Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 15), S. 160f. und 438.

29 „Nichtjüdische Kunden kommen nur nachts in das Möbelgeschäft“, aber sie kommen. Emmy de Vries-Sipper: „Auf diese unbarmherzige Weise wurde unsere ganze Familie auseinandergerissen.“, in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 1), S. 199.

30 Jerzy Tomaszewski: Auftakt zur Vernichtung. Die Vertreibung polnischer Juden aus Deutschland im Jahre 1938 (Erstausgabe in Polen 1998), Oldenburg 2002. Mindestens 117 Heidelberger Einwohner hatten die polnische Staatsangehörigkeit oder waren staatenlos geworden. Von ihnen wanderten 75 aus, fünf starben in Heidelberg, 16 wurden im Oktober 1940 und später deportiert. Die Polendeportation 1938 und die 1939 folgende Ausweisung betraf 21 Personen.

waren die Mutter und ihre drei Kinder nahezu schutzlos. Nachbarn hatten die Mutter am Vormittag des 10. November davor gewarnt, den nahe gelegenen Laden aufzusuchen, der in den frühen Morgenstunden von der SA demoliert worden war. Als der SA-Trupp die Privatwohnung der Sippers heimsuchen wollte, stellte sich ihnen der Hauseigentümer entgegen:

„Dank des mutigen Einsatzes des Hauseigentümers, Herrn Weber, dem auch die Wirtschaft in dem Nachbarhaus gehörte, konnten sie gehindert werden, unsere Wohnräume zu betreten und dort weiteren Schaden anzurichten. Er stellte sich ihnen entgegen und erklärte, dass meine Mutter alleine mit drei Kindern hier wohne; ihr Mann sei bereits vor zwei Wochen nach Polen verschleppt worden. Von Herrn Weber beeindruckt, zogen die Zerstörungstruppen unverrichteter Dinge ab; wir waren zunächst einmal gerettet.“³¹

Selbst wenn die Sorge des Hausbesitzers vorrangig dem Zustand seiner Immobilie gegolten haben mag, hat er gegenüber dem marodierenden SA-Trupp Courage bewiesen. Motive und Wirkungen von Widerstandshandeln müssen nicht synchron sein. Ein egoistischer Impuls wird zur moralischen Tat, ebenso wie moralisches Handeln von Eigennützigkeit (mit)geleitet sein kann.

Ein Beispiel dafür ist der Erziehungsideologe und kurzzeitige Universitätsrektor Ernst Kriek, der 1938 in der Heidelberger Weststadt die Achtzimmerwohnung der jüdischen Familie Koppel übernommen hatte, die in eine kleinere Wohnung im Stockwerk darüber gezogen war.³²

„Meine Eltern erzählten mir später, dass im November 1938 bei uns in der Bunsenstraße nicht geplündert worden sei. Sie nahmen an, es wäre Prof. Kriek wahrscheinlich gewesen, wenn man ausgerechnet vom Balkon über seiner Wohnung Kristall heruntergeworfen hätte.“³³

Nach der Pogromnacht wurden in Heidelberg über 70 jüdische Männer verhaftet und sollten nach Dachau deportiert werden, darunter auch der Gymnasiallehrer Ludwig Basnizki. Seine Tochter Dora berichtet: „Er hatte Glück und geriet an einen „menschlichen“ Beamten, der ihn, der Offizier im Ersten Weltkrieg war, das Eiserne Kreuz II. Klasse trug und von einer Kriegsverletzung eine Narbe am Rü-

31 Emmy de Vries-Sipper in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 1), S. 199f. Jakob Oskar Sipper (1893–1945), war seit 1934 Inhaber der Möbelhandlung und des Versteigerungsgeschäfts O. Sipper, Schröderstraße 25a („Die Neuenheimer Versteigerungshalle“). Die Wohnung lag in der Ladenburger Straße 39. Siehe Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 15), S. 389f.

32 Zu Ernst Kriek und seiner Tätigkeit als Rektor der Universität Heidelberg vgl. Vanessa Hilss: Prof. Dr. Ernst Kriek: „Einordnen [...] nach allen Seiten hin“. Der NS-Wegbereiter in der Erziehung, in: Wolfgang Proske (Hg.): Täter Helfer Trittbrettfahrer. Bd. 7. NS-Belastete aus Nordbaden + Nordschwarzwald, Gerstetten 2017, S. 198–209; der Pädagoge Ernst Kriek war Rektor der Universität Heidelberg von April 1937 bis Oktober 1938.

33 Gerda Thau in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 1), S. 162. Nach unbestätigten mündlichen Quellen habe Ernst Kriek den anrückenden SA-Trupp sogar definitiv und energisch angewiesen, das Haus und die Wohnung der Koppels nicht zu betreten. Siehe auch Moraw (wie Anm. 28), S. 512. Ernst Kriek verteidigt in der Blumenstraße 15 die Familie Koppel gegen eindringende Jugendliche.

cken hatte, nach Hause entließ.“³⁴ Dieser noch 1938 nachwirkende Respekt vor Kriegsteilnehmern und *Frontkämpfern* wird auch von anderen Betroffenen bestätigt. So bewirkte der Tabakhändler Richard Marx, nachdem er in Heidelberg dem Abtransport nach Dachau entkommen war, in Frankfurt in derselben Weise seine Freilassung unter Hinweis auf das Eiserne Kreuz, das er bei sich trug.³⁵

Viele dieser Erzählungen sind kaum zu verifizieren und lösen eher unglaubliches Staunen aus, weil wir gewohnt sind, Ausgrenzung und Verfolgung als monolithisch gefügtes Geschehen wahrzunehmen. Gegenläufige Erfahrungen befremden oder lassen vermuten, dass die Erinnerung unzuverlässig oder „übertrieben“ sei. Gelegentlich erscheinen diese auch vermischt mit allgemeinem Wissen über den Holocaust, das in die Familiengeschichte „eingebaut“ wird. So war auch unsere Reaktion auf die Berichte von Lotte Stein und Dora Rosenblatt, die im Heidelberger Stadtarchiv aufbewahrt werden, zunächst eher skeptisch.³⁶

Beispiele für Maßnahmen im Bereich der situativen und dauerhaften Hilfe

Lotte Stein und Dora Bornstein

Lotte Stein, Tochter des Kaufmanns Eduard Emanuel Maier und seiner Frau Sofia Else, geb. Kirschbaum, berichtet aus dem amerikanischen Exil.

„Ein paar Wochen vor der Kristallnacht [...] wurden meine Mutter, mein Vater und ich in der Wohnung eines alten Freundes meines Vaters versteckt, einem SS-Offizier in der Anlage. Mir wurde nie der Namen dieses tapferen Mannes genannt, weil meine Eltern ihn nicht in Schwierigkeiten bringen wollten. Wir wurden dort bis Mitte Januar 1939 versteckt. Unser ganzer Besitz blieb bei diesem tapferen Mann, Kühlschrank, ein Opel und das Haus mit all dem was darin war, außer Sachen, die wir mit uns nehmen konnten. [...] In der Nacht im Januar 1939 wurden wir von dem Freund meines Vaters in einem schwarzen SS-Auto mit der Hakenkreuzstandarte zu einem Frachter gebracht und wir waren unterwegs nach Panama.“³⁷

Gut bezeugt sind die Mitteilungen von Dora („Dwora“) Rosenblatt, die 1937 als Tochter des Ehepaars Margarete und Bruno Bornstein geboren wurde. Der jüdische Vater war in Heidelberg als Fremdenführer tätig. Im Ersten Weltkrieg hatte er als Soldat einem Offizier, Major Fritz Trefz, das Leben gerettet, woraus eine lebenslange Freundschaft entstand.

Die Lage der Familie Bornstein wurde zunehmend dramatisch, nachdem der Vater im September 1935 seine Arbeit verloren hatte und – zu seinem Schutz –

34 Dora Basnizki in: Giovannini, Moraw (wie Anm. 1), S. 119.

35 Robert Marx (wie Anm. 1), S. 128.

36 StAH, Bestand D2.

37 Unveröff. Bericht von Lotte Stein, geb. Lotte Margot Maier, enthalten in: Korrespondenz Stadt Heidelberg mit ehemaligen jüdischen Einwohnern, Zusage an Oberbürgermeisterin Beate Weber, Eingang 22.2.1998, handschriftl., aus dem Englischen übersetzt von Heinrich Hordtörfer, Heidelberg. Im Bestand des StAH, Dokumente jüdisches Leben D2; zu Lotte Stein siehe Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 15), S. 268.

von Major Trefz an verschiedene Arbeitsstellen vermittelt wurde. Zeitweilig war er sogar bei der Reichswehr tätig. Es folgten Arbeitsstellen im besetzten Frankreich und in Norwegen. Die permanente Gefahr, in der der Vater schwebte, die Feindseligkeit des nachbarlichen Umfelds und die Notlage der Familie schildert Dora Rosenblatt Jahrzehnte später in eindringlichen Worten.

„Erinnerungen an meine Kindheit: Mutter ging nachts arbeiten, Vater war eingezogen, nichts zu essen, viel schmutzige Wäsche, da Mutter oft sehr krank war. Und den Schulmeister, der mit Polizei (kam), meine Brüder, die andauernd nicht in die Schule wollten, da sie als Saujuden beschimpft wurden. Sie gingen jeden Morgen von zu Hause fort, aber versteckten sich bei Woolworth, weil es dort warm war. Meine Mutter war sehr traurig deswegen und weinte immer. Keiner kam Mutter zu Hilfe, sogar ihre Geschwister, von denen sie ja viele hatte, denn sie hatten Angst mit Juden zu verkehren!“³⁸

In ihrer Not versteckte sich die Mutter schließlich gegen Kriegsende mit ihren Kindern auf einem Waldgelände oberhalb der Heidelberger Weststadt. Als Unterkunft diente ein „Sodawasserhäuschen“ am Oberen Gaisbergweg, ein kleines, gemauertes Haus mit einem Ladenfenster, aus dem heraus den Spaziergängern Erfrischungen verkauft wurden. Das Häuschen hatte der Großvater von Frau Bornstein auf einem Grundstück der Familie bauen lassen. Die Situation in dieser Zufluchtsstätte entwickelte sich jedoch dramatisch:

„Mutter wurde sehr krank, auch wir Kinder waren sehr krank, mit hohem Fieber und überall Schmerzen. Und böse Füße, da wir keine Schuhe hatten. Auch Läuse und Krätze, die dann nach dem Krieg in der Kinderklinik behandelt wurden.“³⁹

Dennoch blieb die Mutter mit ihren Kindern unangefochten bis Kriegsende einige Wochen lang in dieser Fluchtstätte. Offenbar bestand ein stabiles Unterstützungssystem, an dem viele beteiligt waren: Die Bewohner der Nachbarhäuser, die keine Meldung machten, Amtspersonen, die nicht nach dem Verbleib der plötzlich verschwundenen Kinder forschten, Lehrer, die deren Schulabwesenheit nicht meldeten, vor allem aber die Ehefrau und die Familie des Offiziers Trefz.

„Jetzt hatten wir auch keine Lebensmittelkarten und wäre nicht die gute Leni Trefz (die Frau von Fritz Trefz) gewesen, wären wir bestimmt verhungert. Sie stellte die Le-

38 Margarete Luise „Dwora“ Rosenblatt, geb. Bornstein, lebt in Nahariya/Israel. Die zitierten Textstellen sind dem Brief von Dwora Rosenblatt an die Stadtverwaltung Heidelberg vom 8.10.1990 entnommen und leicht überarbeitet. StAH, Bestand D2; Gespräch des Verf. mit Frau D. Rosenblatt und Ehemann im März 2007 in Heidelberg; Korrespondenz N.G. mit Ehepaar Rosenblatt/Nahariya. Auskünfte von Herrn Konrad Müller, Heidelberg/Walldorf. Auskunft Frau A. Trefz, Schriesheim. Zu Familie Bornstein siehe Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 15), S. 64f. Christin Sommerfeld: Zu Gast bei den Rosenblatts, in: dies.: Ein Sommer in Israel. Privatdruck des Förderkreises Begegnung Heidelberg März 2014, S. 5–7.

39 StAH, Bestand D2.

bensmittel hinter einem Baum ab und meine älteren Brüder holten die Esswaren.“⁴⁰
Damit war das schiere Überleben gesichert.⁴¹

Die beiden zuletzt geschilderten „Fälle“ weisen auf couragiertes Handeln hin, das über die einzelne Geste hinausweist. Was wir vorfinden, ist zielgerichtetes, oft konstantes, über längere Zeiträume währendes Handeln, das häufig mit amtlichen Funktionen, beruflichen Expertisen (Ärzte) oder beruflichem Ethos verbunden war. Merkmal dieses Handelns ist, dass couragierte Helfer aus eigenem Auftrag oder veranlasst durch Hilfesuchende versuchen, Bedingungen zu schaffen, die Leben und Überleben ermöglichen – in einigen Fällen auch einen würdevollen, selbstbestimmten Tod sichern.⁴² Einige weitere Beispiele können dies illustrieren.

Ärztliche Hilfe verhindert eine Deportation: Gisela Debus, geb. Demuth⁴³

Vielfach bezeugt sind Hilfen durch Ärzte und Ärztinnen, die getragen von ihrem beruflichen Status und ihrer fachlichen Expertise agierten. Im Fall der 1911 geborenen Gisela Debus, geb. Demuth, war das Eingreifen der Ärzte in letzter Minute lebensrettend. Geschützt durch den *Mischehenstatus* war Gisela Debus zunächst nicht von Deportationen betroffen. Gesundheitlich war sie aber seit 1933 zunehmend beeinträchtigt. Eine schwere Herzerkrankung verhinderte jede berufliche Tätigkeit. Ihr Vater, Gymnasialprofessor Dr. Ludwig Demuth, wurde im Oktober 1940 nach Gurs deportiert. Ihre Mutter Olga war bereits im Juli 1940 gestorben. Der Bruder Hans Werner floh noch vor der Pogromnacht nach Frankreich, wurde von dort im August 1942 nach Auschwitz deportiert und getötet.⁴⁴

Mit Beginn des Jahres 1945 wendete sich das Blatt, da nun auch jüdische *Mischehepartner*innen* nach Theresienstadt deportiert werden sollten. Wie der frühere Rechtsanwalt und inzwischen für Wiedergutmachungsfragen zuständige Oberregierungsrat Arthur Strauß im Oktober 1954 dem Landesamt für Wiedergutmachung mitteilte, sind diese letzten Deportationsmaßnahmen für den Februar 1945 geplant gewesen und von der Gestapo als Maßnahmen zum Arbeitsein-

40 Ebd., Major Fritz Trefz wohnte mit seiner Familie im Hainsbachweg 4. An den Hilfsaktionen für Bornsteins war auch vermutlich Frau Rheinwald aus der Rohrbacherstraße beteiligt, die mit Luise Bornstein befreundet war. Telefonische Mitteilung Dwora Rosenblatt, Nahariya vom 5.7.2007.

41 Ebd., nach Mitteilung der Tochter Dora habe Hugo Bornstein nach der Befreiung eine Anstellung bei den amerikanischen Militärbehörden gefunden und war mit der Requirierung von Wohnraum befasst, den sich nationalsozialistische Funktionäre angeeignet hatten. Diese Tätigkeit des Vaters habe zahlreiche Anfeindungen zur Folge gehabt und ihn 1949 veranlasst, mit seiner Familie nach Palästina auszuwandern.

42 Vgl. hierzu den Beitrag von Renate Marzollff über die Ärztin Marie Clauss in diesem Band.

43 Gisela Debus, geb. Demuth, geb. 1.11.1911 GLA 480/14709; s.a. Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 15), S. 79 (Einträge zu Familie Debus); s.a. Maier, Marzollff, Moraw, Rink (wie Anm. 1), S. 145ff.

44 Ebd.

satz bemäntelt worden. Deshalb habe auch beim Gesundheitsamt eine Untersuchung stattfinden müssen, bei der Gisela Debus Anfang Januar 1945 bescheinigt wurde, dass sie für leichte sitzende Tätigkeit arbeitsfähig sei. Als dann die Mitteilung erfolgte, dass es sich in Wirklichkeit um eine Deportation handelte, sei sie zusammengebrochen, so dass eine erneute medizinische Untersuchung angesetzt werden musste.

Diese fand am 31. Januar 1945 statt. Der untersuchende Arzt stellte fest, dass Frau Debus als Folge der seit 1933 anhaltenden Verfolgungssituation in „einer bedauernswerten körperlichen Verfassung“ sei. „Es war bereits damals meine ärztliche Pflicht durch ein amtsärztliches Attest der Gestapo mitzuteilen, dass Frau D., die Anfang Februar 1945 in ein Konzentrationslager verbracht werden sollte, unter keinen Umständen reisefähig, geschweige denn haftfähig sei,“ schrieb der untersuchende Arzt Dr. Hufnagl in seinem Gutachten. Für das Landesamt für Wiedergutmachung bestätigte er am 7. April 1953 in einem amtsärztlichen Zeugnis diesen Befund: „So musste denn auch bereits 1945 ärztlich gegen die Einweisung in ein Konzentrationslager Stellung genommen werden. [...] Aufgrund dieses Gutachtens ist Frau Debus von der Gestapo von der am 17. Februar 1945 durchgeführten Deportation nach Theresienstadt freigestellt worden.“

Ein fachärztliches Gutachten der Ludolf-Krehl-Klinik bestätigt, sie habe es einem „hausärztlichen Zeugnis [...] zu verdanken, dass sie im Februar 1945 nicht deportiert [wurde]. Sie versteckte sich nun bei ihrer Freundin und blieb dort, bis die Amerikaner kamen.“⁴⁵

Nur neun der 30 zur Deportation vorgesehenen Heidelbergerinnen und Heidelberger erhielten diese ärztliche Unterstützung durch Amtsärzte, z.T. trotz der nachhaltigen Intervention von Hausärzten, die ihre dramatische gesundheitliche Lage darstellten.

Ein Hilfsnetz um Katharina von Künßberg

Katharina von Künßberg, 1883 als Tochter eines Cottbusser Kleiderfabrikanten geboren und evangelisch aufgewachsen, war Ehefrau des im Mai 1941 verstorbenen Rechtshistorikers Eberhard von Künßberg. Sie stand nach dem Tod ihres Mannes nicht mehr unter dem Schutz des *Mischehenstatus*. Schon am 1. September 1939 war ihr Ausreiseantrag nach Großbritannien genehmigt worden; sie blieb aber in Heidelberg an der Seite ihres schwer kranken Mannes. Die fünf Kinder der Künßbergs waren von den Eltern – lange vor den Kindertransporten – ins Ausland geschickt worden. In den Jahren 1942 bis 1945 war Katharina von Künßberg folglich mehrfach in höchster Gefahr, deportiert zu werden. Für den 26. April 1942 war sie für eine Deportation nach Izbica in Polen vorgesehen, durch die erstmals Partner nicht mehr bestehender *Mischehen* erfasst wurden.

45 Die Formulierung „hausärztlich“ ist offenbar unzutreffend, da das Gutachten vom Gesundheitsamt erstellt wurde. Fachärztl. Gutachten Ludolf-Krehl-Klinik vom 22.9.1954, Dr. Thorspecken und Dr. Christian.



Katharina von Künßberg (1883–1978) (Foto: Universitätsarchiv Heidelberg)

Von den sechs dann tatsächlich aus Heidelberg Deportierten überlebte niemand. Katharina von Künßberg hatte sich (vermutlich von Dr. Marie Clauss⁴⁶) eine Ampulle mit Gift besorgt, um sich, wie die Witwe des Germanisten Max von Waldberg, Violetta von Waldberg, das Leben zu nehmen.

Für den 22. August 1942 stand sie wieder auf der Liste für die Deportation nach Theresienstadt mit mehr als 1100 überwiegend älteren Menschen aus Württemberg und Baden. Auch dieser Deportation konnte sie sich entziehen. Wahrscheinlich war sie auch vorgesehen für die Deportation nach Theresienstadt am 1. Januar 1944, von der vier Heidelbergerinnen und Heidelberger, alle Partner nicht mehr bestehender *Mischehen*, erfasst wurden.⁴⁷ Mit Sicherheit wäre sie aber

von der letzten aus Baden erfolgten Deportation am 17. Februar 1945 nach Theresienstadt erfasst worden, hätte sie keine Helfer gefunden.

Unterstützung fand die als Zoologin promovierte und in der akademischen Männerwelt als ebenbürtig akzeptierte Kollegenfrau bei den Juristen Eugen Ulmer, Karl Engisch und Walter Kienle. Diese hatten zusammen mit Eberhard von Künßberg schon bewirkt, dass der Jurist Leopold Perels bis zur Deportation 1940 an der Universität beschäftigt bleiben konnte.⁴⁸ Bereits im April 1942 kündigte Ulmer im Hinblick auf Deportationsdrohungen für Frau von Künßberg an, jetzt werde die ganze Universität mobil gemacht. Über Katharinas Schwager Konrad von Künßberg nahm der Prodekan der juristischen Fakultät, Karl Engisch, mit Gustav Adolf Scheel, dem Gauleiter von Salzburg, Kontakt auf, der sich tatsächlich für Frau von Künßberg einsetzte. Die Motive für Scheels Engagement stehen vermutlich im Zusammenhang mit der nachwirkenden Dankbar-

46 Siehe Beitrag von Renate Marzloff zu Marie Clauss in diesem Band.

47 Aus Baden wurden bei dieser Deportation insgesamt 77 Personen erfasst, von denen 16 in der Lagerhaft verstorben sind, darunter der Heidelberger Augenarzt Dr. Ernst Rahlson, dessen nichtjüdische Ehefrau 1939 gestorben war. Siehe Norbert Giovannini: Die Ausweisungen und Deportationen der jüdischen Einwohner Heidelbergs 1937–1945, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Jg. 10, 2005/06, S. 105–142.

48 Moraw (wie Anm. 28), S. 521; vgl. hierzu den Beitrag von Klaus-Peter Schroeder in diesem Band.

keit Scheels für Eberhard von Künßberg, der den Parteiaktivisten und Heidelberger NS-Studentenbundführer Scheel in einem Disziplinarverfahren 1932 vor der Relegation bewahrt hatte. Auch bei der zweiten Deportationsdrohung im August 1942 scheint – nach Auskunft von Frau von Künßberg – Scheel interveniert zu haben.

Vorübergehend suchte sie Unterschlupf bei ihrem im Salzkammergut wohnenden Schwager Konrad von Künßberg, dann bei Verwandten in Wernstein, bei der in Heidelberg wohnenden Else Jaffé, der Lebensgefährtin des Soziologen Alfred Weber, und schließlich in der Familie ihrer Haushälterin Marieken im Odenwald.

Die letzte Deportationsaufforderung im Februar 1945 veranlasste Frau von Künßberg erneut unterzutauchen. Ein ärztliches Gutachten des befreundeten Arztes Dr. Sickert diagnostizierte eine erhebliche somatische Erkrankung, konnte aber keine wirkliche Sicherheit vor Deportation bieten. Der Chemiker Prof. Karl Freudenberg informierte sie, vermutlich instruiert durch Ärzte des Gesundheitsamts, von der bevorstehenden Deportation. Sie suchte zunächst Unterschlupf in dem in Neuenheim gelegenen Haus der Familie Freudenberg. Schließlich wurde sie von ihrer Haushälterin mit einem gefüllten Rucksack versorgt und flüchtete in der Nacht nach Bad Rappenau zu deren Schwester.⁴⁹ Nach einer kurzen Rückkehr nach Heidelberg machte sie sich zu Fuß und mit der Bahn auf den Weg nach Dornholzhausen bei Bad Homburg, zur Schwägerin und Frau ihres Bruders Utz. Kurz vor Ende des Kriegs wagte sie sich – trotz Bedenken ihres Freundeskreises – wieder nach Heidelberg in ihr Wohnhaus zurück.

Das Beispiel Katharina von Künßbergs zeigt, wie unabhängig voneinander die Helfer agierten. Das akademische Milieu handelte, wie im Fall Perels, im traditionellen Modus der Unterstützung durch Einflussnahme auf prominente Parteifunktionäre. Im unmittelbaren Umfeld (Hausangestellte, Familienmitglieder) stand dagegen die praktische Hilfe zum Untertauchen (Flucht, Unterbringung) im Vordergrund. Das akademische Milieu war sichtlich auch bestimmt von Motiven der Standeswahrung, vor allem durch den immer wieder vorgebrachten Verweis auf die wissenschaftlichen Leistungen des Ehemanns. Der mit Künßberg befreundete Berliner Professor Ernst Heymann, Ordinarius an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität, verband sein Hilfsangebot im Mai 1941 mit der eigentlich unfassbar diskriminierenden Notation, wie wenig er „von jeher diese unglückselige Verbindung gebilligt habe“.⁵⁰

Scheiterte dieser traditionelle Modus, erstarrte der Helferimpuls. Allenfalls wurden, wie im Fall Perels, noch Korrespondenzen geführt. Die Darstellung von

⁴⁹ Moraw (wie Anm. 28), S. 112.

⁵⁰ Ich danke Prof. Klaus-Peter Schroeder für diesen Hinweis in seinem demnächst in der ZGO erscheinenden Artikel zu Katharina von Künßberg. Schröder zitiert a.a.O. aus Björn Bertram: Hermann Krause – Leben und Werk eines deutschen Rechtsgelehrten in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts, Kiel 2018, S. 151f., hier Schreiben vom 5.5.1941 und aus einem Brief Heymanns vom 28.4.1941, Universitätsbibliothek Heidelberg, Heid. Hs. 3900.

Klaus-Peter Schroeder zu Perels⁵¹ zeigt aber, wie schwerfällig und gebunden an das amtliche Prozedere diese Unterstützung blieb. Selbst den Ablauf der Wiedergutmachung ließ man sich von den umständlich und überpenibel agierenden Behörden vorgeben. Sehenden Auges nahm man nach Kriegsende Mitteilungen über die dramatische Lebenssituation eines erkrankten, völlig verarmten Kollegen, der fünf Jahre Lagerhaft überlebt hatte, zur Kenntnis, ohne wirksam initiativ zu werden.

Hinweise zu Helfern in Spruchkammerverfahren. Vorbemerkung

Sowohl die Spruchkammerakten als auch die Wiedergutmachungs- und Entschädigungsakten können Aufschluss geben über glaubwürdig bezuzeugtes Helferhandeln. Zugleich stehen diese Dokumente unter dem Vorbehalt, dass sie geprägt sind von umfassenden Verharmlosungs- und Entlastungsabsichten der Beklagten. Die allgemeinen Bekundungen anständiger und moralischer Gesinnung, hilfreicher Einstellungen und wohlmeinender Gesten seitens der von den Beschuldigten aufgebotenen Zeugen sind meist wenig erhärtet durch tatsächliche und nachweisbare Handlungen. Die Spruchkammerakten bilden so ein streckenweise groteskes Bild der Selbststilisierung von Tätern und Mitmachern zu Opfern, Helfern und Widerstandsaktivisten. Gutgläubige Vorsitzende, Beisitzer und öffentliche Ankläger sowie weichherzige Zeugen bestätigten die Entlastungslegenden selbst der offenkundigsten Parteigänger.

Spruchkammern waren in allen Orten der amerikanischen und britischen Zone von den Besatzungsbehörden als Quasi-Gerichte installiert und vollständig in deutsche Hände gegeben worden. Nicht Siegerjustiz, sondern eine zivile Gerichtsbarkeit sollte eine verbindliche Einstufung der Täter vornehmen und über Sühnemaßnahmen entscheiden. Durch die Umkehrung der Beweislast auf die Beschuldigten wurden diese veranlasst, systematisch Zeugnisse für ihre Unschuld zu beschaffen. Damit war die Basis einer wechselseitigen Selbstentlastung der Täter und der massenhaften Ausstellung von sogenannten *Persilscheinen* gegeben, also von Zeugenaussagen, die die Beschuldigten vollständig entlasteten. Wertvoll sind die Akten indes trotzdem. Die Entlastungen enthalten Hinweise auf tatsächliche Hilfen, sie beschreiben wirkliche Situationen der Unterstützung, veranlassen uns Zeugen als glaubwürdig zu betrachten, wenn sie selbst zu den Verfolgten gehörten.

Otto Bieringer

So lag der Einstufung des Rechtsanwalts Dr. Otto Bieringer als Entlasteter zugrunde, dass er trotz seines Eintritts in die Partei und verschiedene andere NS-Organisationen enge Kontakte zu Juden aufrecht erhielt und in konkreten Fällen wirksame Hilfe leistete. Die Entlastungsschreiben von Dr. Rudolf Karl Gold-

51 Siehe den Beitrag von Klaus-Peter Schroeder zu Leopold Perels in diesem Band.

schmit-Jentner, Zahnarzt Dr. Gäng, Oberregierungsrat Dr. Arthur Strauß und anderer benennen konkrete Unterstützungsleistungen. Der nach Berlin verzogene jüdische Amtsgerichtsrat Dr. Leser und seine Frau seien von Bieringer regelmäßig aufgesucht und beraten worden und Bieringer habe ihnen rechtzeitig zum Verlassen der Hauptstadt geraten; beide haben jedoch in Berlin Suizid begangen. Dem Heidelberger Zahnarzt Dr. Gäng⁵² und seiner Frau habe Bieringer ebenfalls zur Flucht geraten und sie vor dem Zugriff der Gestapo geschützt. Für Dr. Arthur Strauß und dessen erkrankte Frau erwirkte er 1940 eine Verlängerung der Räumungsfrist, als ihnen die Wohnung gekündigt wurde.

„Dr. Strauß erklärt, dies Verhalten sei nicht nur in höchstem Maße anständig, sondern habe auch größten Mut erfordert, weil der Betroffene damals Juden nicht mehr habe vertreten dürfen. Es sei ihm bekannt, dass der Betroffene auf dem Gericht und in dem Anwaltszimmer die jüdischen Kollegen besonders anständig und zuvorkommend behandelt habe.“⁵³

Heinrich Linse und seine Familie

Bemerkenswert ist auch das zur Selbstentlastung verfasste Schreiben des in der Heidelberger Weststadt wohnenden Gipsermeisters Heinrich Linse (Kaiserstraße 72). Ein Text, der zunächst im Mainstream zu liegen scheint: Weitschweifig erklärt Linse, durch welche ihm aufgenötigten Entscheidungen er Parteimitglied geworden ist, ohne doch jemals nach seinen Überzeugungen wirklich eines gewesen zu sein.⁵⁴ Zusätzlich verweist er auf seine enge Bindung an die katholische Kirche.

Er führt dann aber eine Reihe von Hilfsaktionen an, die er unter hohem persönlichem Risiko ausgeführt habe. Er legt elf entlastende Bescheinigungen vor, darunter eine des katholischen Dekans August Dietrich, eine gemeinsame der acht Stammarbeiter seines Betriebs und eine weitere von drei Zwangsarbeiterinnen, die er in seine Familienwohnung aufgenommen und versorgt hatte. Er selbst bekundet:

„Jeden Sonntag habe ich unter Angst vor Anzeigen durch die Nachbarschaft Polenfrauen und Kinder mit in die Wohnung genommen und ihnen warmes Essen gegeben. Mit Russinnen, die bei der Pfaffengrunder Firma Stotz-Kontakt beschäftigt waren, habe ich mein Brot geteilt. [...] Manchen Russen gab ich Schuhe und Kleidungsstücke und meine Frau und Schwiegertochter versorgten die Frauen und Mädchen mit Kleidern.“⁵⁵

52 Dr. Karl Gäng, Rohrbacher Straße 9.

53 Dr. Otto Bieringer, geb. 11.1.1901, Hausackerweg 10. (Spruchkammer Heidelberg III, Beschluss 28.3.1947, rechtskräftig 19.5.1947, in: StAH, Amt für Öffentliche Ordnung 1-1984/29 (A00) (Entnazifizierung Hauptkartei Sühnemaßnahmen B : hier Bi–Bl).

54 StAH AA 408/1 Teil 2 Denazifizierung 1.6.1946–31.7.1946, Schreiben Heinrich Linse betr. Ablehnung seines Denazifizierungsgesuchs vom 23.1.1946 am 4.2.1946 an Militärregierung Heidelberg.

55 Ebd. Schreiben Heinrich Linse an Militärregierung 4.2.1946.

Die mitmenschlichen Gesten werden Linse und seiner Familie auch von seinen Angestellten bescheinigt, z.B. auch sein ausdrücklicher Wunsch, dass man sich im Betrieb nicht mit „Heil Hitler“ begrüßt. Bestätigt wird auch die riskante Unterstützung russischer Zwangsarbeiter mit Nahrungsmitteln und Kleidung.⁵⁶ Drei allein reisende weibliche Flüchtlinge aus Polen und Estland, die bei einem Fliegerangriff in Berlin ihre Habe verloren hatten, wurden nach Auskunft von Linses Mitarbeitern in Heidelberg am 8. Februar 1945 von Gemeindemitgliedern der katholischen Bonifatiuskirche an die Familie Linse verwiesen; zwei von ihnen konnten bis Juni 1945 dort wohnen, Elzbieta Dziedzinska sogar noch bis Januar 1946. Alle drei bekunden, dass es in der Familie Linse möglich war, „an ihrem Radio polnische Nachrichten von feindlichen Sendern“ zu hören.⁵⁷

Im Namen der Familie Werner, die im Stockwerk über Linses wohnte (Oscar Werner war Kammermusiker a.D.), schickte die Fürsorgerin Schwester Erna Werner am 1. Februar 1946 der Spruchkammer ein Schreiben, in dem die antifaschistische Gesinnung des Vermieters ihrer elterlichen Wohnung in der Kaiserstraße bekundet wird. Ebenso bestätigt auch die „Hausgehilfin mit vollem Familienanschluss“, Maria Link, geb. Scheffer, die ablehnende Einstellung von Heinrich Linse zum Nationalsozialismus. „Diese Ablehnung steigerte sich bei Herrn Linse zu hysterischen Hassausbrüchen, so dass oft gesundheitliche Schäden zu befürchten waren.“ Sie erinnert sich ebenfalls, dass die polnischen Mitbewohnerinnen im Haushalt Linse ausländische Nachrichtensendungen hören konnten. Und sie hat die Unterstützung der polnischen und russischen Zwangsarbeiter in der Firma Stotz-Kontakt noch im Gedächtnis.

„Der Gang der im Baggerloch Heidelberg untergebrachten zwangsverschickten ausländischen Arbeiterfamilien – insbes. Frauen und Kinder – durch die Stadt erregte in Frau [Linse] oder der Familie Linse tiefstes Mitleid und immer wieder wurden dieselben durch Herrn Linse – trotz der großen Gefahr, ertappt und bestraft zu werden – in die Wohnung gerufen, wo ihnen Kleidungsstücke und Nahrungsmittel verabreicht wurden.“

Sie ergänzt, dass Familie Linse „durch dritte Hand mit jüdischen Familien im Ausland (Zürich und Basel)“ in Verbindung stand.⁵⁸

Diese Aussage wird vertieft durch eine Erklärung des in Rot bei Walldorf wohnenden Eduard Gaschler, der bei der Firma Stotz-Kontakt als „Dolmetscher für die gefangenen Russen“ beschäftigt war. Er bezeugt die Nahrungs- und Kleidungszuwendungen durch Heinrich Linse, die Beschäftigung eines polnischen Mädchens tagsüber im Haushalt der Linses und die Unterstützung polnischer Frauen und Kinder.⁵⁹

56 Ebd. Stammarbeiter der Firma Linse 18.1.1946.

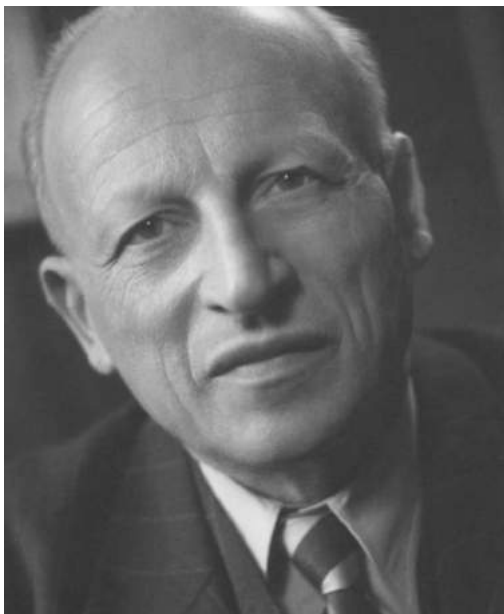
57 Ebd. Denazifizierung 1.6.46–31.7.1946 (Stellungnahme Gertrud Baumannowa, geb. Dziedzinska, Elzbieta Dziedzinska und Janina Nazimek, an Spruchkammer 16.1.1946).

58 Ebd. Erklärung Maria Link 16.1.1946.

59 Ebd. Erklärung Eduard Gaschler 2.1.1946.

Linses couragiertes Handeln mag mit seiner religiösen Einstellung und seiner Kirchenbindung zusammenhängen. Außerdem zeigen die Zeugenaussagen, dass seine Familie, die Beschäftigten und die Hausangestellte Linses Handeln mitgetragen haben. Ebenso wie einige Gemeindemitglieder wohl wussten, wer zur Hilfe bereit war. Der Fall Linse verweist also auch auf ein kleines, aber wirkungsvolles Netzwerk.

Versteckt in Handschuhsheim. Fritz Cahn-Garnier, Ernst Josef Lehmann und Familie Winteroll



Fritz Cahn-Garnier (1889–1949). Seit 1922 Stadtsyndikus von Mannheim. Entlassung 1933 und 1938 Inhaftierung in Dachau. 1946 Finanzminister von Württemberg-Baden, Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung und des Landtags bis 1947. 1948–1949 Oberbürgermeister von Mannheim. (Foto: Marchivum Mannheim)

Die Rettungsaktion für den ehemaligen Stadtsyndikus und späteren Oberbürgermeister von Mannheim (1948/49), Dr. Fritz Cahn-Garnier, ist zuverlässig dokumentiert. Als *Mischehen*partner schien er zunächst geschützt, floh aber am 4. Dezember 1943 von Mannheim nach Heidelberg, nachdem auch er von einer Deportation erfasst werden sollte. Um die Gestapo abzulenken, hinterließ er einen fiktiven Abschiedsbrief an seine Frau.

Er bewohnte in Heidelberg vorübergehend „ein sehr bescheidenes möbliertes Zimmer“ bei Pfarrer Lehmann in der Bunsenstraße 18, möglicherweise vorübergehend auch zusammen mit seiner Frau. Lehmann selbst war aber als konvertierter Jude gefährdet. Im März 1940 hatte ihn das Sondergericht Mannheim wegen Heimtücke zu einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt, aus der er wegen Haftunfähigkeit nach einem Monat entlassen worden war.⁶⁰

Cahn-Garnier erhielt im Februar 1945 von der Gestapo an die Heidelberger Adresse die Aufforderung, „sich zum Abtransport in Mannheim zu stellen“. Daraufhin vereinbarte das Ehepaar, dass sich der Ehemann bei Familie Winteroll in der Rottmannstraße in Heidelberg-Handschuhsheim verstecken solle. Um die Gestapo

60 Giovanni, Rink, Moraw (wie Anm. 15), S. 72.



Otilie Winteroll (Foto aus: Jörg Schadt, Michael Caroli [Hgg.]: Mannheim im Zweiten Weltkrieg 1939–1945, 1993, S. 70)

irrezuführen, ging das Ehepaar aber zunächst mit Gepäck bis zum Einbruch der Dunkelheit in Heidelberg spazieren. Danach begab sich Cahn-Garnier in die Rottmannstraße und seine Frau ging zurück in das möblierte Zimmer, in dem sie noch am selben Abend von der Gestapo aufgesucht und nach dem Verbleib des Ehemanns befragt wurde. Sie sagte aus, dass ihr Mann mit der OEG nach Mannheim gefahren sei und dass sie befürchte, dass er sich das Leben genommen habe. Infolge des Verhörs erlitt sie einen Herzanfall und wurde nicht mehr weiter vernommen.

In der kleinen Dreizimmerwohnung der Winterolls wohnten Otilie Winteroll mit ihrem zwölfjährigen Kind sowie zwei Frauen, die „ausgebombt“ waren und bei ihr Obdach gefunden hatten. Ehemann Kurt Winteroll war wahrscheinlich als Soldat eingezogen. Tagsüber standen die Frauen im Arbeitseinsatz und Cahn-

Garnier blieb in der Wohnung. Er betreute das Kind und machte den Haushalt. Besondere Vorsicht war geboten, da die unter den Winterolls wohnenden Mieter nicht merken durften, dass sich eine weitere Person in der Wohnung aufhielt. Ebenso stellte das Kind eine Gefahr dar, da es sich außerhalb der Wohnung „verplappern“ konnte. Bei Fliegeralarm war Cahn-Garnier gezwungen, in der Wohnung zu bleiben. Seiner Frau wurden die Lebensmittelkarten für ihren Mann entzogen, so dass sie ihm von ihren eigenen „den größten Teil heimlich übermitteln ließ.“ Im späteren Entschädigungsverfahren berichteten Otilie und Fritz Winteroll, dass Cahn-Garnier sich zeitweilig auch auf dem Speicher habe aufhalten müssen und bis zum 31. März 1945 bei ihnen geblieben sei.⁶¹ Dies war der Tag nach der Befreiung Heidelbergs durch einrückende amerikanische Truppen.

Gründe für die Beziehung zu Familie Winteroll gehen aus den Akten nicht hervor. Cahn-Garnier war Sozialdemokrat, was eine Verbindung zu der als „sozialistisch“ bekannten Familie Winteroll⁶² erklären könnte; wahrscheinlich war auch die Verbindung der Winterolls zu dem hochbetagten Pfarrer Ernst Josef

61 GLA 480 23113 Cahn-Garnier. Anwaltsschreiben RA Waldeck an Landesamt für Wiedergutmachung KHE 5.11.1956; ebd. Vernehmung Amtsgericht HD 22.1.1957, Vernehmung von Otilie Winteroll, geb. Beßler, 51 Jahre, Lutherstraße 11 und Kurt Winteroll, 53 J.

62 Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 15), S. 72.

Lehmann wirksam,⁶³ dessen oppositionelle und antinazistische Einstellung bekannt war. Winterolls selbst standen der SPD nahe oder waren Parteimitglieder. Sie sind vermutlich um 1934 wegen NS-feindlicher Handlungen verhaftet, verurteilt und inhaftiert worden. Nach 1945 waren sie in antifaschistischen Organisationen aktiv.

Die Hilfen von Ärzten und Ärztinnen

Die Helfertätigkeit von Ärzten und Ärztinnen steht in Beziehung zu ihren fachlichen Kompetenzen und ihrem beruflichen Ethos. Diese sind aber nicht zwingend mit moralisch gutem oder helfendem Handeln verbunden, denn kein hypokratischer Eid hat je verhindert, dass ärztlich Tätige an grauenvollen medizinischen Verbrechen teilnehmen oder ihren Patienten mit Vorurteilen und Ignoranz entgegenreten.

In mehreren Beiträgen dieses Buchs wird jedoch sichtbar, dass Kommunikationsnetze zwischen praktizierenden und Klinikärzten bestanden haben, die in Krisensituationen in Anspruch genommen wurden. Hinzuweisen ist also auf die Beiträge dieses Buchs zu den Ärzten Dr. Walter Schmidt und Dr. Ludwig Adelberger, dem in Rohrbach praktizierenden Arzt Dr. Kurt Hack und der Ärztin Dr. Marie Clauss sowie den Ärzten von Dr. Hirsch, Professor Walter Schönfeld und Dr. Oskar Thorspecken⁶⁴. Ergänzen können wir dies mit einer Aussage von Marie Clauss zugunsten des Röntgenfacharztes Dr. Otto Ewald, der seit 1919 im Samariterhaus Heidelberg tätig war und 1939 zu dessen Leiter ernannt wurde. Er habe nicht nur mit dem jüdischen Juristen und Richter Jakob Geißmar regelmäßig musiziert und sei entschiedener Gegner des Antisemitismus gewesen. Marie Clauss bezeugte auch, dass Ewald energisch die Röntgensterilisationen bei eugenischen Indikationen abgelehnt und sie deshalb auch nicht praktiziert habe.⁶⁵

Zahlreiche glaubwürdige und entlastende Aussagen enthält die Spruchkammerakte des Kinderarztes Dr. Jander, der in Heidelberg noch lange nach 1945

63 Ernst Josef Lehmann wurde 1861 geboren und war 1945 84 Jahre alt. Einer seiner Söhne ist 1935 von der Evangelischen Kirche als Pfarrer zwangsversetzt und dann zwangspensioniert worden. Lehmann verstarb am 19.9.1948 in Heidelberg.

64 Frank Moraw: Mit „Pyrifer“ wurde die Deportation verhindert, in: Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 15), S. 175–177. Vgl. den Beitrag von Ingrid Moraw in diesem Band. Dr. Oskar Thorspecken, Facharzt für Innere Krankheiten, Praxis Sophienstraße 7; Prof. Dr. Walther Schönfeld, Direktor der Universitätshautklinik. Schönfeld war Nachbar des Ehepaars Hirsch und wohnte in der Happelstraße 13. Zu Dr. Adelberger und Dr. Schmidt siehe den Beitrag von Michael Ehmann; zu Dr. Kurt Hack den Beitrag von Reinhard Riese und zu Dr. Marie Clauss den Beitrag von Renate Marzolf in diesem Band.

65 StAH, Amt für Öffentliche Ordnung 1 - 1984/37 (A00) Entnazifizierung Hauptkartei Sühnemaßnahmen E : hier Em – Ez. Landgerichtsrat Jakob Geißmar und seine Ehefrau Elisabeth sind 1934 nach Pöcking bei München umgezogen und wurden im Juni 1942 nach Theresienstadt deportiert. Dort ist Jakob Geißmar im Dezember 1943 verstorben. Seine Ehefrau wurde aus Theresienstadt im Oktober 1944 nach Auschwitz deportiert und dort getötet; Giovannini, Rink, Moraw (wie Anm. 15), S. 128. Siehe auch StAH AA 408/1 Teil 1 Denazifizierung 1.6.46–31.7.46.

praktizierte. Jander war von 1934 bis 1945 NSDAP-Mitglied sowie Mitglied im NS-Ärztebund und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). Zu seinen Gunsten erklärte die in *Mischehe* verheiratete Herta Flamme, die mit ihren drei Kindern im Februar 1945 deportiert werden sollte, dass Jander ihr empfohlen habe, „bei meinen drei Kindern einen Durchfall durch entsprechende Abführmittel hervorzurufen und bestätigte mir alsdann mit einem ärztlichen Attest, dass es sich um eine infektiöse Darmerkrankung handeln würde.“ Auf diese Weise behandelte er auch Frau Flamme, wodurch deren Transport nach Theresienstadt tatsächlich verhindert werden konnte.⁶⁶

Auch der NS-Gegner und Direktor der Heidelberger Vereinsbank Dr. Paul Hohenemser entlastet Jander: „Mit Herrn Dr. Jander war ich aber trotzdem, auch während dieser Zeit, gut befreundet und man kann hieraus einen Rückschluss auf seine politische Gesinnung ziehen.“ Die Ehefrau eines Amerikaners, Ingeborg Lozane, bekundete, wie intensiv dieser Arzt sich um die Gesundheit ihrer beiden Kinder verdient gemacht habe in der Zeit, in der ihr Mann als politisch Verfolgter im Konzentrationslager inhaftiert war.⁶⁷

Lücken und Leerstellen

Lücken in Kenntnis und Forschung bestehen leider im Hinblick auf Netz- und Schutzwerke politisch Gefährdeter aus den linken und liberal-oppositionellen Milieus. Der politische Widerstand im Zusammenhang mit der Mannheimer Lechleiter-Gruppe um den Mannheimer Widerstandskämpfer Georg Lechleiter und der Rechberg-Gruppe um den Sozialdemokraten Emil Henk, ebenso Widerstands- und Protestaktionen durch KPD-, SPD- und SAP-Mitglieder unmittelbar nach der Machtübernahme 1933 sind seit langem dokumentiert, jedoch geben die Untersuchungen kaum Hinweise auf externe Unterstützer. In den Spruchkammerverfahren wurde dagegen vielfach von Nachbarn, Geistlichen, Freunden und Verwandten auf antifaschistische Gesinnung (eines Einzelnen oder ganzer Familien) hingewiesen. Das riesige und problematische Material der Spruchkammer- und Prozessakten ist jedoch bisher nur unzulänglich ausgewertet.

66 StAH AA 408/1 Teil 1 Denazifizierung 1.6.46–31.7.46, Herta Flamme betr. Dr. Jander. Herta Flamme entlastet in weiteren Aussagen auch Oberbürgermeister Carl Neinhaus, der sich aktiv für sie eingesetzt habe. Diese Aussage ist glaubwürdig. Neinhaus ist es gelungen, zahlreiche „Bürgen“ zu positiven Gutachten zu veranlassen. In seinem Spruchkammerverfahren stilisierte er sich zum energischen Helfer und Widerstandsleistenden, sowie zum eigentlichen Bewahrer der Stadt Heidelberg vor der Zerstörung durch die amerikanischen Truppen. Hierzu Reinhard Riese: Dr. Carl Neinhaus: Ein Mann, „der mitgetan hat, ohne innerlich dabei zu sein?“, in: Proske (wie Anm. 32), S. 235–256, hier S. 247.

67 Der Kinderarzt Dr. Wolfgang Jander praktizierte in der Kaiserstraße 11a. Die Stellungnahmen von Dr. Paul Hohenemser, Pfarrer Wilhelm Frantzmänn von der Christuskirche, Herta Flamme und Ingeborg Lozane für Dr. Jander in: StAH (wie Anm. 66). In seiner Aussage vor der Spruchkammer am 29.5.1946 verweist Pfarrer Frantzmänn auch auf das kirchliche Engagement Janders: „Herr Dr. J. ist ein Glied unserer Kirche und zwar nicht nur der äußeren Form nach, sondern als ein überzeugter evangelischer Christ.“

Die lokalen Tätigkeiten der Roten Hilfe, die der KPD assoziiert war, harren ebenfalls einer umfassenden Darstellung. Insbesondere die Rote Hilfe war konzipiert als Hilfsorganisation für inhaftierte Kommunist*innen und ihre Familien. In einem Interview schildert die 1933 von der Universität zwangsexmatrikulierte Studentin Sophie Berlinghof, wie sie und einige weitere KPD-Mitglieder von Karl Noe, dessen Verhaftung unmittelbar bevorstand, im Sommer 1934 darum gebeten wurden, seine Frau während seiner Haft zu unterstützen.⁶⁸

Die in ständiger Fluktuation und höchster Bedrohungslage operierenden kommunistischen Widerständler waren auf ein Hilfsnetz angewiesen, in dem Unterbringung, Versorgung und Fluchthilfe als selbstverständliche Pflicht der Parteimitglieder betrachtet wurde. Dennoch sollten wir uns gerade im Hinblick darauf nicht von stereotypen Vorstellungen von Gehorsam und Parteidisziplin leiten lassen. Letztlich war die Hilfe – bei aller Unterordnung unter die Befehlsstrukturen der Partei und unter den Bedingungen der Untergrundarbeit – eine für die Helfer riskante und sie selbst gefährdende Aktivität, die im konkreten Fall eine persönliche riskante Entscheidung darstellte.

In diesen Zusammenhängen ist auch eine Hilfe von unerwarteter Seite dokumentiert. Es handelt sich um das im Mannheimer Stadtarchiv lagernde Transkript eines Interviews unter dem Titel „Erinnerungen des Genossen Mathias Hoffmann“.⁶⁹

„Ja, ich habe natürlich für die Partei illegal gearbeitet, nachdem ich 1934 wieder frei war. Ich übernahm den Unterbezirk Heidelberg, weil die Genossen zum großen Teil eben ab waren, zum Teil längere Zeit im Zuchthaus saßen, oder in das KZ-Lager überwiesen worden sind. Bis zum Herbst 1936 hatte das alles gut geklappt. Dann kam die Gestapo auf unsere Spur.

Ich ging rechtzeitig dem Zugriff aus dem Wege. Es war klar, die Gestapo hatte die Absicht, mich festzunehmen, und bereits auch ihre Fühler ausgestreckt bei ihren Vertrauensleuten und Funktionären. Zu diesen Mittelsmännern gehörte auch der Hausbesitzer von mir, ein junger Bäckermeister, der Nazi war. Nur der Zufall, dass die Frau von dem betreffenden Bäckermeister nicht nationalsozialistisch gesinnt war, im Gegenteil, sie war katholisch. Sie hatte mich eines Tages im Haus angehalten, mich in die Wohnung reingenommen und erklärt, sie müsste mir im Vertrauen irgendetwas sagen, aber ich dürfte unter keinen Umständen Gebrauch davon machen, auch nicht ihrem Mann gegenüber oder irgendwelchen anderen Freunden von mir. Ich würde sehr wahrscheinlich in Haft genommen werden, die Gestapo war bei ihren [ihrem]

68 Ich danke Silke Makowski (Heidelberg) für diesen Hinweis.

69 Stadtarchiv Mannheim (Marchivum), Sig. D2 1499. Auch diesen Hinweis verdanke ich Silke Makowski, die seit Jahren an der Widerstandsgeschichte im Rhein-Neckar-Raum und der Aktionsgeschichte der Roten Hilfe arbeitet. Silke Makowski: „Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“. Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933 (Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe). Bd. 1, München 2016. Zur Thematik siehe auch Sebastian Gewert: Georg Lechleiter (1885–1942). Kopf des KPD-Widerstands in Mannheim, in: Angela Borgstedt, Sibylle Thelen, Reinhold Weber (Hgg.): Mut bewiesen. Widerstandsbio-graphien aus dem Südwesten. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Schriften zur politischen Landeskunde Bd. 46, Stuttgart 2017, S. 91–98.

Mann und der sollte mich scharf im Auge halten und vor allen Dingen die Menschen beobachten, die zu mir kommen.“

Es fehlen uns leider Kenntnisse und Materialien zu Helfern in medizinischen und pflegerischen Bereichen, etwa bei körperlich und psychisch Erkrankten und den Opfern von Zwangseinweisung, Sterilisation und Euthanasiamaßnahmen.

Die örtliche Situation der Sinti und Roma ist inzwischen vertieft untersucht worden. Jedoch fehlen auch hier Kenntnisse zu einem unterstützenden Umfeld, wenn wir von der bemerkenswert korrekten Begutachtung einer Sinti-Familie in der Altstadt durch einen städtischen Angestellten absehen.⁷⁰ In diesem Zusammenhang ist auch auf eine spektakuläre Aktion zur Befreiung von Viktor Rose durch seinen Bruder Oscar und seine Schwägerin unter Mithilfe einer Frau aus Heidelberg, die ihnen Unterkunft gewährte, aus dem KZ-Außenlager Neckarelz hinzuweisen.⁷¹

Ein unerschlossenes Feld ist der Umgang mit sogenannten *sozial Auffälligen*, die mit härtesten und extrem diskriminierenden Maßnahmen verfolgt wurden. Dies gilt ebenso für Straffällige, deren Taten z.T. politisch aufgeladen wurden. Zu den Opfergruppen zählen auch Mädchen und junge Frauen in ungesicherten Lebensverhältnissen, die Kinder zur Welt gebracht hatten oder eines „unsittlichen Lebenswandels“ verdächtigt wurden. Der „sozialfürsorgliche“ Umgang mit Prostituierten und die für sie vorhandenen Hilfseinrichtungen sind nicht erforscht, so wenig wie die Unterstützung und Hilfe, die diese Personenkreise erhielten.

Zu Hilfsaktionen für andere Verfolgtengruppen liegen uns noch keine Erkenntnisse vor. Dies gilt vor allem für die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung Verfolgten. Nicht weniger trifft dies auf Verfolgte aus religiösen Kontexten, den „Ernsten Bibelforschern“ und Angehörigen anderer, kleiner Religionsgemeinschaften zu.

Mit der Untersuchung von Akten des Mannheimer Sondergerichts zu den sogenannten *Heimtücke*vergehen und anderen nach nationalsozialistischem Unrecht geschaffenen Tatbeständen sowie den Urteilen Heidelberger Gerichte in der Behandlung von Straffälligen wird sich ein weiterer Helferbereich durch Zeugenaussagen auftun, wie ein Beitrag im Jahrbuch des Heidelberger Geschichtsvereins zum jüdisch-sozialistischen Studenten Helmut Meyer beispielhaft aufzeigt.⁷² In diesem Fall waren es in erster Linie die den Angeklagten unterstützenden Zeugenaussagen von Freunden.

70 Daniela Gress: Der Verein „Alt-Heidelberg e.V.“ und die Vertreibung der Heidelberger Sinti. Bürgerlicher Antiziganismus und lokale Handlungsspielräume unter dem NS-Regime, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Jg. 21, 2017, S. 171–187.

71 <http://www.sintiundroma.de/sinti-roma/ns-voelkermord/widerstand/widerstand/flucht.html>; http://www.sintiundroma.de/content/downloads/Natzweiler/bio_rose.pdf (14.3.2019).

72 Jacqueline Dotzer: Heimtücke, Hochverrat, Widerstand. Die Verfolgung und Verurteilung des jüdischen und sozialistischen Studenten Helmut Meyer, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Jg. 21, 2017, S. 161–169.

Systematisch unter die Lupe genommen werden sollten ebenfalls die riesigen Bestände der Entschädigungsverfahren, die neben den dreisten Raub- und Enteignungsmaßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung, der sog. *Arisierung*, auch Beispiele für korrekte und nichtschädigende Verläufe von Betriebsübernahmen dokumentieren könnten.

Die Untersuchung von Alice Habersack zur Zwangsarbeit in Heidelberg enthält leider nur wenige Hinweise auf Hilfsaktionen von Privatpersonen, Betriebsangehörigen und Unternehmern. Sichtbar ist jedoch, dass die Inanspruchnahme von Zwangs- und Ostarbeitern, ihre Unterbringung, Versorgung, die medizinische Behandlung und die Zumutungen der Arbeit sehr unterschiedlich gehandhabt wurden.⁷³ Eine systematische Würdigung dieser Unterschiede steht indes noch aus. Hinweise hierzu wie zu anderen Verfolgtengruppen finden sich in der 2017 erschienenen Publikation der Heidelberger Stolpersteininitiative zu den ersten sechs Stolpersteinverlegungen.⁷⁴

In allen diesen Bereichen, die noch zu untersuchen sind, haben wir es mit einem Geflecht von Tätern, Opfern, Nutznießern und Helfern zu tun, in dem die einzelne Person durchaus mehreren Bezugsgruppen angehören konnte. Umso wichtiger ist es auch hier, Handlungsoptionen Einzelner wahrzunehmen, um dem Eindruck entgegenzuwirken, es habe keine Chancen für moralisch gutes Handeln gegeben.

73 Alice Habersack: *Fremdarbeiter in Heidelberg während des Zweiten Weltkriegs* (Buchreihe der Stadt Heidelberg, XVI), Heidelberg u.a. 2013.

74 Stolpersteine (wie Anm. 1).

Hilfe für Jüdinnen und Juden im nationalsozialistischen Deutschland. „Stille Helden“ in Forschung und Erinnerung

BEATE KOSMALA

Im Jahr 2008, mehr als sechs Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg, wurde in Berlin die *Gedenkstätte Stille Helden* eröffnet, ein Erinnerungsort, der sich sowohl jenen Jüdinnen und Juden widmet, die versuchten, durch die Flucht in den Untergrund der Deportation zu entkommen, als auch ihren nichtjüdischen Helferinnen und Helfern im nationalsozialistischen Deutschland, die die Verfolgten in ihrem Überlebenskampf unterstützten.¹

Diese Frauen und Männer hatten sich unter Gefährdung der eigenen Person über die rassistischen Gesetze und Erlasse der NS-Diktatur, die allgegenwärtige antijüdische Hasspropaganda und alle Einschüchterungsversuche des Regimes hinweggesetzt. Sie nutzten, insbesondere während des Zweiten Weltkriegs, Entscheidungs- und Handlungsspielräume, um das Leben Verfolgter zu retten.² Es war nur eine kleine Minderheit der Deutschen, die in den Jahren 1933 bis 1945 gewagt hatte, politischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu leisten. Die Zahl derer, die den Mut hatten, auch nach Beginn der systematischen Deportationen „in den Osten“ im Oktober 1941 Juden zu unterstützen, war ebenfalls gering gewesen, lag aber – wie inzwischen erforscht wurde – höher, als man lange Zeit annahm. Mit ihrer humanitären Hilfe konnten sie zwar nicht das Mordprogramm aufhalten, aber einzelnen Verfolgten das Leben retten. Damit trafen sie die NS-Ideologie im Kern. Sie widersetzten sich zentralen Zielen der Nationalsozialisten, die nicht nur die jüdischen Deutschen zu vertreiben und zu ermorden beabsichtigten, sondern die gesamte jüdische Bevölkerung Europas.³

Die Hilfeleistungen für Juden durch nichtjüdische Deutsche in den Jahren 1941 bis 1945 sind daher als besonders bedeutende Form des Widerstands zu betrachten, auch wenn die Frauen und Männer, die heute als „Retter“, „Gerechte“, „Helfer“ oder „Stille Helden“ bezeichnet werden, ihr Handeln selbst meist nicht so bezeichneten.

1 Gedenkstätte Stille Helden in der Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

2 Stille Helden. Widerstand gegen die Judenverfolgung 1933–1945. Katalog zur Dauerausstellung, Berlin 2009, 2. überarbeitete Auflage 2018.

3 Dazu auch Johannes Tuchel: Widerstand gegen die Judenverfolgung 1933 bis 1945, in: Christoph Hamann, Beate Kosmala (Hgg.): flitzen – verstecken – überleben? Hilfe für jüdische Verfolgte 1941–1945. Hg. von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg, Berlin 2018, S. 8–12, hier S. 8.

Verdrängte Erinnerung

Diese Widerstandshandlungen gegen die Judenverfolgung hätten nach 1945 zu einer breiten Respektierung durch die deutsche Gesellschaft führen müssen, doch die Entwicklung verlief anders.⁴ Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gab es in Deutschland jahrzehntelang kein breites öffentliches Interesse an der Rettung von Juden bzw. an der Bereitschaft einer Minderheit von Deutschen, Hilfe und Unterstützung für die Verfolgten zu leisten. Dies änderte sich erst in den 1990er Jahren, nicht zuletzt ausgelöst durch Steven Spielbergs Film *Schindlers Liste* (1993), der die Rettungsaktionen des gleichnamigen Sudetendeutschen in den Mittelpunkt stellt. Oskar Schindler, NSDAP-Mitglied und seit 1939/1940 profitorientierter Unternehmer im deutsch besetzten Krakau, wandelte sich angesichts des Mordprogramms der Nazis zum Lebensretter und fand Wege, seine jüdischen Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter zu schützen.

Weshalb blieb das widerständige Handeln der Helferinnen und Helfer so lange Zeit fast unbeachtet? In der Nachkriegssituation fühlten sich große Teile der deutschen Bevölkerung durch die Siegermächte weniger befreit als belastet. Die Entnazifizierung wurde als Schmach empfunden, die sowohl die Wahrnehmung der Opfer des Holocaust als auch der kleinen Gruppe der Helfer überlagerte. Denn gerade deren erstaunliche Handlungsmöglichkeiten widersprachen der verbreiteten Ausrede, man habe gegen die Judenverfolgung durch das NS-Regime nichts tun können und über die Verbrechen im Osten nichts gewusst, und stießen in breiten Kreisen auf Ablehnung. Für die Helferinnen und Helfer, die mit den Verfolgten gemeinsam bis zur Befreiung ausgeharrt hatten, war diese Atmosphäre der Nachkriegszeit bedrückend. Die meisten hielten sich in ihrem sozialen Umfeld mit Berichten über ihre Hilfeleistungen deutlich zurück. Der Grund dafür war nicht nur die sprichwörtliche Bescheidenheit dieser Menschen, auf die oft hingewiesen wird, sondern sie schwiegen eher, weil sie damit rechnen mussten, dass ihnen nicht geglaubt wurde oder dass sich Ressentiments in der Gesellschaft gegen sie richten würden.⁵

Auch in der DDR fanden Menschen, die unter eigener Gefährdung versucht hatten, Juden zu retten, kaum Beachtung. Sie galten nicht als „Opfer des Faschismus“, es sei denn, ihre Hilfe wurde mit einer Freiheitsstrafe oder Einweisung ins Konzentrationslager geahndet; sie wurden auch nicht als die (höher bewerteten) „Kämpfer gegen den Faschismus“ anerkannt, die in der DDR-Erinnerungskultur eine zentrale Rolle spielten. An den Gedenktagen wurde das „Vermächtnis“ der antifaschistischen Helden und Märtyrer beschworen, das sich mit der Schaffung

4 Peter Steinbach: „Unbesungene Helden“ – ihre Bedeutung für die allgemeine Widerstandsgeschichte, in: Peter Steinbach: *Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien*, Paderborn 1994, S. 215–233, hier S. 219.

5 Kurt R. Grossmann: *Die unbesungenen Helden. Menschen in Deutschlands dunklen Tagen*, Berlin 1957; Frankfurt/Main u.a. 1984.

der DDR erfüllt habe.⁶ Fast alle nichtkommunistischen Strömungen des Widerstands wurden in den 1950er Jahren ausgeblendet. Retter von Juden rückten kaum ins Blickfeld.

Eine weitere Ursache, weshalb die Helfer und Retter in der Bundesrepublik aus dem Raster der kollektiven Erinnerung fielen, liegt in der seit Mitte der 1950er Jahre vorherrschenden politischen Verengung des Widerstandsbegriffs auf die Tat des 20. Juli 1944. Dem Umsturzversuch Stauffenbergs und seiner Mitverschwörer wurde eine politische Dimension zuerkannt, der gegenüber andere Formen resistenten und oppositionellen Verhaltens im Nationalsozialismus als politisch weniger erheblich eingestuft und somit ihrer humanitären und widerständigen Bedeutung beraubt wurden. Widerstand wurde damit zunehmend an das Handeln einer politischen und militärischen Elite gebunden.⁷ Dies sollte sich erst in den 1980er Jahren gründlich ändern.

Forschungsinitiativen und öffentliche Aufmerksamkeit

Völlig unbeachtet waren die Hilfeleistungen für Juden in der Bundesrepublik Deutschland aber nicht geblieben. Der deutschsprachige jüdische Publizist Kurt Grossmann (seit 1939 in New York) nahm sich Mitte der 1950er Jahre des Themas an. Seine Aufrufe in der westdeutschen Presse, Hilfeleistungen für Verfolgte in der Zeit des Nationalsozialismus zu nennen, brachten eine bedeutende Resonanz von einigen hundert Zuschriften, unter ihnen auch von vielen Jüdinnen und Juden, die versteckt überlebt hatten. 1957 veröffentlichte Grossmann ein Buch mit dem pathetisch anmutenden Titel „Die unbesungenen Helden“. Dem Autor ging es darum, „66 Millionen Deutsche wissen zu lassen, was ein kleiner Prozentsatz ihrer Mitbürger menschlich Großes vollbracht hat“.⁸

Als Reaktion auf seinen Appell, „unseren Verpflichtungen diesen Menschen gegenüber gerecht zu werden“, verlieh die Jüdische Gemeinde zu Berlin ihren seit 1956 existierenden Heinrich-Stahl-Preis⁹ im Jahr 1958 nicht an eine verdiente Einzelperson, sondern an den „namenlosen nichtjüdischen Helden“. Das Preisgeld bildete den Grundstock eines Fonds mit der programmatischen Bezeichnung „Unbesungene Helden“, der durch Spenden aufgestockt werden sollte, um Nichtjuden zu unterstützen, die versucht hatten, Juden zu retten.

Parallel dazu machte der Berliner Innensenator Joachim Lipschitz die Ehrung von „Unbesungenen Helden“, wie die Helferinnen und Helfer nun in Anlehnung an Grossmanns Titel genannt wurden, zur Sache des Westberliner Senats, der

6 Annette Leo: Erinnerung an eine fremde Geschichte. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit und dem Zweiten Weltkrieg in der DDR, in: Jerzy Kochanowski, Beate Kosmala (Hgg.): Deutschland, Polen und der Zweite Weltkrieg. Geschichte und Erinnerung, 2013, S. 141–150, hier S. 141ff.

7 Steinbach (wie Anm. 4), S. 225.

8 Grossmann (wie Anm. 5), S. 387.

9 Heinrich Stahl war von 1933 bis 1940 Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Berlin. Er wurde nach Theresienstadt deportiert und dort im November 1942 umgebracht.

weitere Mittel zur Verfügung stellte. Seit 1958 – noch ehe die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem 1963 mit der Auszeichnung von Retterinnen und Rettern als „Gerechte unter den Völkern“ begann – wurden bis 1964 736 Frauen und Männer in Westberlin geehrt, „die in der NS-Zeit Verfolgten uneigennützig Hilfe gewährt haben“, wie das Hauptkriterium lautete. Bei Bedürftigkeit erhielten sie eine materielle Unterstützung in Form einer Ehrenrente oder einmaligen Zahlung.¹⁰ Der Kreis der geehrten Frauen und Männer blieb jedoch stark begrenzt, da nur Personen mit aktuellem Wohnsitz in Westberlin einbezogen wurden (bereits verstorbene Helfer und Personen, die in Ostberlin lebten oder nach Westdeutschland verzogen waren, blieben unberücksichtigt).

Andere deutsche Städte sind dem Berliner Beispiel nicht gefolgt. Umso verdienstvoller ist es, heute noch, mehr als 70 Jahre nach diesen Geschehnissen, in einzelnen Städten (und Regionen), wie dies hier für Heidelberg und Umgebung geschieht, nach diesen Hilfeleistungen und Akten der Solidarität mit Verfolgten in ihrem konkreten sozialen und historischen Kontext zu fragen und sie zu dokumentieren.

Den Versuch, Rettung von Juden durch nichtjüdische Deutsche sozialwissenschaftlich zu erforschen, unternahm in den 1960er Jahren der jüdisch-amerikanische Politologe Manfred Wolfson (1923–1987). Sein Ziel war die Untersuchung des Sozialprofils und der Beweggründe deutscher Helfer. In den Jahren 1966/67 hielt er sich am Frankfurter Institut für Sozialforschung auf und interviewte (ebenfalls nach Presseaufrufen) ein Sample von 70 Personen aus Westdeutschland, die während des Kriegs an der Rettung von Juden beteiligt waren. Wolfson glaubte damals, die von Theodor W. Adorno entwickelten Merkmale „Kritikfähigkeit“ und „Autonomie“ in den Persönlichkeiten der „Retter“ zu finden.¹¹ Er musste aber feststellen, dass viele diesem Bild nicht entsprachen. Unter den Befragten befand sich übrigens auch Hermann Maas.¹² Das Teilergebnis von Wolfsons nicht abgeschlossener Studie wurde nur einem kleinen Kreis Interessierter zugänglich.¹³ Das umfangreiche Material wurde der Forschung zur Verfügung gestellt.

1997 begann am *Zentrum für Antisemitismusforschung* (ZfA) der Technischen Universität Berlin, angeregt durch die Vereinigung *Gegen Vergessen – Für*

10 Dennis Riffel: Unbesungene Helden. Die Ehrungsinitiative des Berliner Senats 1958 bis 1966, Berlin 2007, S. 43–63.

11 Dazu Emil Walter Busch: In Erinnerung an Manfred Wolfson (1923–1987), in: Beate Kosmala, Revital Ludewig-Kedmi (Hgg.): Verbotene Hilfe. Deutsche Retterinnen und Retter während des Holocaust, Zürich, Donauwörth 2003, S. 7–12.

12 Beate Kosmala, Revital Ludewig-Kedmi: Die Rettungsaktionen eines evangelischen Pfarrers: Dr. Hermann Maas, in: diess.: Verbotene Hilfe (wie Anm. 11), S. 55–62. Zu dieser Publikation, der einzelne Geschichten der von Manfred Wolfson befragten Personen zugrunde liegen, gehört eine CD, die u.a. auch eine Tonaufnahme mit Hermann Maas enthält.

13 Manfred Wolfson: Zum Widerstand gegen Hitler. Umriss eines Gruppenporträts deutscher Retter von Juden, in: Joachim Hütter, Reinhard Meyers, Dietrich Papenfuss (Hgg.): Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, Köln 1975, S. 391–407.

Demokratie, das breit angelegte Forschungsprojekt „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1945“. Die bis dahin entstandene Fülle von Ehrungsakten wurde erfasst und ausgewertet („Unbesungene Helden“/Berliner Senat, Verleihungen des Bundesverdienstkreuzes, „Gerechte unter den Völkern“/Yad Vashem). Darüber hinaus wurden einschlägige Aktenbestände aus der NS- und der Nachkriegszeit erschlossen und einbezogen.¹⁴ Seit 2005 wird diese Forschung an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand bis heute fortgesetzt. Auf ihr beruht die Dauerausstellung der eingangs erwähnten *Gedenkstätte Stille Helden*.

Hilfs- und Rettungsaktionen 1941 bis 1945

Der Fokus der Forschung über Hilfe und Rettung sowie der Berliner Dauerausstellung liegt auf den Jahren 1941 bis 1945, in denen die noch in Deutschland verbliebenen Juden in die von den Deutschen „im Osten“ errichteten Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager verschleppt wurden, wenngleich auch frühere Hilfeleistungen, etwa während des Novemberpogroms 1938, berücksichtigt werden. Ab dem 15. Oktober 1941 wurden jüdische Frauen, Männer und Kinder aus Berlin und anderen deutschen Großstädten und Regionen zunächst ins Ghetto Litzmannstadt (Lodz), dann nach Riga, Minsk und Kaunas deportiert, ab Juni 1942 ins Ghetto Theresienstadt und seit Ende November 1942 ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Am 23. Oktober 1941 verhängte das Reichssicherheitshauptamt ein totales Ausreiseverbot, um jede Flucht zu verhindern. Bis zu diesem Datum war ein Entkommen nach Übersee theoretisch noch möglich, während die ohnehin schwierigen Emigrationsmöglichkeiten ins europäische Ausland spätestens am 1. September 1939 endeten. Damit wurde das Deutsche Reich für alle jüdischen Frauen, Männer und Kinder, die nicht „rechtzeitig“ hatten emigrieren können, zur tödlichen Falle.

Am Vorabend der reichsweiten Deportationen lebten noch rund 164.000 als Juden verfolgte Menschen in Deutschland (in den Grenzen von 1937); ein großer Teil (73.000) von ihnen befand sich in Berlin. Sie waren statistisch gesehen eine isolierte, relativ alte und verarmte Gruppe; viele standen im Zwangsarbeitseinsatz in Rüstungsfabriken bzw. kriegswichtigen Betrieben. Im Herbst 1941 und Anfang 1942 waren die tödlichen Folgen der Deportation noch kaum vorstellbar, wenngleich ein Teil der Betroffenen bereits Schlimmstes ahnte. Im Allgemeinen wappneten sich diejenigen, die für die ersten Transporte bestimmt wurden, für einen harten Arbeitseinsatz im Osten, und hofften, diesen überleben zu können. Erst im Laufe des Jahres 1942 wurde klar, dass von den bereits Depor-

14 Dazu die Publikationen Beate Kosmala, Claudia Schoppmann (Hgg.): *Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941–1945. Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit* Bd. 5, Berlin 2002; Wolfgang Benz (Hg.): *Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer*, München 2003.

tierten kein Lebenszeichen mehr kam. Es verbreiteten sich Nachrichten und Gerüchte über den Judenmord.¹⁵ Um diese Zeit begann in Berlin die Flucht in die Illegalität, die Ende Februar 1943, zur Zeit der *Fabrik-Aktion* (schlagartige Festnahme von Jüdinnen und Juden in Fabriken, Werkstätten und Wohnungen am 27. Februar) ihren Höhepunkt erreichte.¹⁶ Vermutlich mehr als die Hälfte derjenigen, die sich in Deutschland der Deportation entzogen, taten dies in der Reichshauptstadt.

Man kann davon ausgehen, dass sich bis zu 7000 jüdische Menschen zumindest zeitweilig in Berlin und Umgebung im Untergrund befanden, für ganz Deutschland (in den Grenzen von 1937) werden 10.000 bis 12.000 Personen veranschlagt. Ein Teil der in der Metropole Berlin Untergetauchten fand zu einem späteren Zeitpunkt auf ihrer Fluchtdysee auch in anderen deutschen Städten und Regionen Zuflucht, wie auch an einem Beispiel von Heidelberg bzw. Neckargemünd deutlich wird.

Nur für Berlin können wir die Zahl derer, die die „Illegalität“ überlebt haben, annähernd bestimmen: Es waren rund 1800 jüdische Frauen, Männer, Jugendliche und Kinder. Eine Entscheidung zur Flucht in die Illegalität zu treffen, war fast nur Jüdinnen und Juden in Berlin möglich, da in vielen anderen Städten die Deportationen äußerst zügig verliefen und bereits im Herbst 1942 nahezu abgeschlossen waren, während sich in der Reichshauptstadt noch Tausende jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und ihre Familienangehörigen befanden. In Frankfurt am Main, Sitz der zweitgrößten jüdischen Gemeinde, konnten nicht zuletzt wegen des rasanten Verlaufs der Deportationen verhältnismäßig wenige Verfolgte untertauchen.¹⁷ In Hamburg z. B. überlebten nur wenig mehr als 50 Verfolgte, die sich überwiegend nach den Luftangriffen im Sommer 1943 versteckt hatten. Meist handelte es sich um Partner aus *Mischehen*.¹⁸

Wenn es um Hilfeleistungen für Jüdinnen und Juden in Form von illegaler Beherbergung geht, ist das nordbadische Heidelberg in einer besonderen Situation. Denn schon Ende Oktober 1940, ein volles Jahr vor Beginn der systematischen reichsweiten Deportationen, hatten die Gauleiter Robert Wagner und Josef Bürckel die Deportation von Jüdinnen und Juden aus dem „Gau Baden“ und dem „Gau Saarpfalz“ initiiert. In einer geheimen Sonderaktion wurden etwa 6.500 Menschen in das Lager Gurs in den Pyrenäen (Frankreich) verschleppt.

15 Beate Kosmala: Zwischen Ahnen und Wissen. Flucht vor der Deportation, in: Birthe Kundrus, Beate Meyer (Hgg.): Die Deportationen der Juden aus Deutschland. Pläne-Praxis-Reaktionen 1938–1945 (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 20), Göttingen 2004, S. 135–159, hier S. 156ff.

16 Claudia Schoppmann: Die „Fabrikaktion“ in Berlin: Hilfe für untergetauchte Juden als Form des humanitären Widerstandes, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Jg. 53, H. 2, 2005, S. 138–148, hier S. 140ff.

17 Petra Bonavita: Mit falschem Pass und Zyankali. Retter und Gerettete aus Frankfurt am Main in der NS-Zeit, Stuttgart 2009.

18 Beate Meyer: „A conto Zukunft“. Hilfe und Rettung für untergetauchte Hamburger Juden, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte Nr. 88, 2002, S. 205–233. Vgl. auch: Ulrike Hoppe (Hg.): Hilfe für Verfolgte in Hamburg 1933–1945, Hamburg 2010.

Die Deportationen vom 22. und 23. Oktober verliefen überfallartig, sodass es den betroffenen Jüdinnen und Juden so gut wie gar nicht möglich war zu entkommen.

Einige der Verfolgten, die in den Jahren 1942 bis 1945 bei Einwohnern von Heidelberg und Umgebung Zuflucht und Rettung fanden, waren daher keine Ortsansässigen, sondern aus anderen Städten an den Neckar geflohen. Dies trifft auf das Berliner Ehepaar Siegfried und Johanna Bieberfeld und ihre Freundin Helene Davidson zu, wie in diesem Band beschrieben wird.¹⁹ Oder es handelte sich um die jüdischen Partner aus *Mischehen*, die durch den Tod ihres *arischen* Ehepartners oder durch Scheidung ihren fragilen „Schutz“ verloren hatten und sich ebenfalls in Lebensgefahr befanden. Noch im Februar 1945 mussten einzelne *Mischehe*-Partner und ihre Kinder nach einem Versteck suchen, als die NS-Behörden noch kurz vor Kriegsende Deportationen ins Ghetto Theresienstadt durchführten, während Auschwitz-Birkenau schon seit fast zwei Monaten befreit war. Dies traf auch auf Familie Herzberg aus Mannheim zu, die schließlich in Ziegelhausen Zuflucht fand.²⁰

Die Dokumentation von mutigen Hilfeleistungen und menschlichem Mitgefühl für rassistisch Verfolgte unter der NS-Diktatur geht in diesem Band zurecht über unmittelbare Rettungsaktivitäten hinaus und zeigt ein breites Spektrum von Hilfe und solidarischen Handlungen, die sich in jedem Fall gegen die vorherrschenden Normen und Praktiken des NS-Unrechtsstaates und gegen den Mainstream des Mitmachens oder Wegsehens richteten.

Das Risiko der Helferinnen und Helfer

Das Überleben im Untergrund – sei es in einem Versteck oder mit falschen Papieren – war ohne die Unterstützung durch nichtjüdische Personen, die bereit waren, die verbotene Hilfe zu leisten, kaum möglich. Wie mehrere umfassende Studien in jüngerer Zeit gezeigt haben, verbreitete sich in der deutschen Mehrheitsgesellschaft durch verschiedene Kanäle (ausländische Rundfunksender, Berichte von heimkehrenden Soldaten u.a.) das „Wissen“, dass die Deportationen der Jüdinnen und Juden in den Tod führten, wenngleich viele diese „Gerüchte“ nicht glauben wollten oder konnten bzw. sie nicht zur Kenntnis nahmen.²¹ Ein Teil derer, die sich der tödlichen Gefahr für die Verfolgten bewusst wurden, brachten schließlich den Mut auf, das Risiko der Hilfe auf sich zu nehmen. Doch

19 Siehe den Beitrag von Ingrid und Frank Moraw über die Rettung des Berliner Ehepaars Bieberfeld und ihrer Begleiterin Frau Davidson in diesem Band.

20 Doris Perlmann: Die letzten Wochen einer 12-jährigen Leidenszeit unter dem Naziregime, 7 S. Mschr. MS. Landeskirchliches Archiv Karlsruhe, Bestand Hermann-Maas-Archiv. Siehe hierzu den Beitrag von Norbert Giovannini in diesem Band.

21 Frank Bajohr, Dieter Pohl: Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006; Peter Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006; Bernward Dörner: Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte, Berlin 2007.

ungewiss blieb, was sie im Falle der Entdeckung zu erwarten gehabt hätten. Verbreitet war die Angst, in ein Konzentrationslager eingewiesen zu werden – eine realistische Einschätzung.

Kurz nach Beginn der Deportationen im Oktober 1941 wurde durch einen Gestapo-Runderlass jeglicher Kontakt zu Juden kriminalisiert. *Deutschblütige Personen*, die weiterhin „in der Öffentlichkeit freundschaftliche Beziehungen zu Juden unterhalten“, sollten künftig mit *Schutzhaft* bzw. Einweisung in ein Konzentrationslager für drei Monate bestraft werden. Tatsächlich wurden in der Folgezeit auch Hilfeleistungen, die nicht direkt auf die Verhinderung der Deportation abzielten, z.B. Unterstützung durch Lebensmittel, auf diese Weise geahndet.²² Dies musste vermuten lassen, dass die Aufnahme von Juden im eigenen Haushalt eine noch höhere Strafe nach sich ziehen würde. Tatsächlich fielen die Beherbergung und andere nicht justiziable Hilfeleistungen künftig unter den Begriff *Judenbegünstigung* und wurden von der Gestapo mit Einweisung in Konzentrationslager bestraft. Zum Glück überlebten die meisten diese Haft, in einigen Fällen jedoch starben auch Helfer an diesen Schreckensorten.

Kam es wegen der Hilfe für verfolgte Juden zu Gerichtsverfahren, ging es um (oft vorgeschobene) Delikte wie *Rassenschande*, Urkundenfälschung, Devisenvergehen, Verstöße gegen die Kriegswirtschaftsverordnung, illegalen Grenzverkehr oder sogar Rundfunkvergehen. Todesurteile allein für die Beherbergung und andere Formen der Hilfe für Juden verhängten die NS-Verfolgungsbehörden, anders als beispielsweise im besetzten Polen, innerhalb des Deutschen Reiches nicht. Wenn Personen, die Juden geholfen hatten, vom Volksgerichtshof oder von Sondergerichten zum Tode verurteilt wurden, standen ihre politischen Widerstandshandlungen im Vordergrund.²³

Entscheidungen zur Hilfe und Handlungsspielräume

Verallgemeinerbare Aussagen über Persönlichkeitsmerkmale der Helferinnen und Helfer und ihre Motive für die verbotene Hilfe sind kaum möglich. Das Konzept der „altruistischen Persönlichkeit“ als Unterscheidungsmerkmal gegenüber denen, die nicht geholfen haben, erwies sich nicht als tragfähig. Die Helfer kamen aus allen sozialen Schichten, gehörten unterschiedlichen Konfessionen und politischen Richtungen an oder waren nichtreligiös und unpolitisch. Viele verfügten weder über besondere Ressourcen wie finanzielle Mittel oder große Wohnungen, noch waren sie besonders gebildet oder hatten wichtige Kontakte. Die meisten waren wohl das, was man als „gewöhnliche“ Deutsche bezeichnet. Nicht alle handelten nur uneigennützig. Einige nutzten die Notlage und die Abhängigkeit der Verfolgten aus, indem sie Gegenleistungen forderten, auch sexuel-

22 Beate Kosmala: Missglückte Hilfe und ihre Folgen. Die Ahndung der „Judenbegünstigung“ durch NS-Verfolgungsbehörden, in: Kosmala, Schoppmann (wie Anm. 14), S. 205–222, hier S. 208.

23 Ebd., S. 217.

le, wovon meist jüdische Frauen berichten. In vielen Fällen spielte der Zufall eine Rolle. Herbert Strauss, der von Oktober 1942 bis zu seiner gelungenen Flucht in die Schweiz 1943 in Berlin „illegal“ lebte, gibt zu bedenken:

„Wer daher die Motive ‚erforscht‘, die diese Menschen dazu bewegen, uns gejagten Juden zu helfen, wird allzu leicht ein lebenswertes, aber arg vereinfachtes Bild von ihnen zeichnen, das eher seinen Vorstellungen entsprechen mag als den tatsächlichen Gegebenheiten. Jedes Verhältnis beruhte in seiner ganz eigenen Ausprägung auf einer persönlichen Geschichte, einer komplexen, verborgenen Geschichte von Beziehungen und Gefühlen, moralischem Empfinden und politischen Überzeugungen, Hoffnungen und Ängsten.“²⁴

Mit Sicherheit spielten religiöse, politische und weltanschauliche Orientierungen, die gegen die Vereinnahmung durch die NS-Ideologie immunisierten, bei vielen eine Rolle, ebenso der Zugang zu Netzwerken, die sich aus konfessionellen, politischen oder beruflichen Zusammenhängen ergaben (Bekennende Kirche, Quäker, katholische Kreise, sozialdemokratische Milieus, kommunistische Widerstandskreise u.a.). Dennoch mussten die meisten Frauen und Männer die Entscheidung zur Hilfe auf sich allein gestellt treffen und deren Realisierung bewältigen. Isolation und Anonymität waren ein entscheidendes Moment, um Erfolg zu haben. Im Folgenden wird an drei handlungsorientierten Kriterien das Phänomen Hilfe und Rettung charakterisiert:

Zivilcourage und solidarisches Handeln als konstantes Verhalten

Ein prägnanter Teil der Helferinnen und Helfer war von Anfang an vom verbrecherischen Charakter des NS-Regimes überzeugt und wusste die Anzeichen für das Schicksal der Juden zu deuten, wie sich auch an Beispielen im vorliegenden Band nachvollziehen lässt. Sie ergriffen frühzeitig, oft schon ab 1933, die Initiative zur Unterstützung Verfolgter und konnten später aufgrund ihrer beruflichen und/oder sozialen Situation oft mehreren Menschen Hilfe leisten. Oft agierten sie in Netzwerken, die sich entweder auf frühere Zusammenhänge stützten (Kirchen, Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalkonservative, private Bekanntenkreise), oder sie verstanden es, neue Netze zu knüpfen.

Aktives Handeln in bestimmten Situationen: Hilfsangebote machen

Zu dieser Gruppe gehörten Personen, die nicht unbedingt frühe Gegner des Nationalsozialismus waren; vor und nach ihren Hilfeleistungen traten sie meist nicht öffentlich in Erscheinung. Oft war ihnen angesichts des Novemberpogroms 1938 bewusst geworden, wie rücksichtslos das NS-Regime gegen Juden vorging, was ihrem Gerechtigkeitsinn widersprach. Viele handelten erst, als Jüdinnen und Juden die Deportation direkt bevorstand, und ergriffen in einer bestimmten

24 Herbert A. Strauss: Über dem Abgrund. Eine jüdische Jugend in Deutschland 1918–1943, Berlin 1999, S. 294. Der Autor war von 1982 bis 1990 Direktor des (1982 gegründeten) Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin.

Situation die Initiative, wenn sie eine Möglichkeit dazu sahen. Sie ermutigten jüdische Bekannte, in den Untergrund zu flüchten, machten Hilfsangebote und/oder stellten selbst eine Zuflucht zur Verfügung.

Reagierendes Handeln: Um Hilfe gebeten werden

Ein Großteil der dokumentierten Hilfeleistungen kam zustande, weil zum Untertauchen entschlossene Jüdinnen und Juden die Initiative ergriffen und nichtjüdische Bekannte, ehemalige Nachbarn, Patienten, Kollegen, Geschäftspartner oder Kunden, manchmal auch völlig Unbekannte direkt um Hilfe baten. D.h., ein Teil der „Retter“ war nicht darauf eingestellt gewesen, sich in eine solche gefährvolle Situation zu bringen, sondern reagierte auf eine verzweifelte Bitte um Hilfe – zuweilen in einer „zufälligen“ Situation. Ein erstaunlicher Befund ist, was für eine wichtige Rolle das Ersuchen um Hilfe spielte, sei es durch die Verfolgten selbst, sei es durch andere Helfer. Viele, die direkt gebeten wurden, entschlossen sich in einer solchen Situation zum Handeln.

Hilfe und Rettung – ein Widerstand von Frauen?

2002 warf Claudia Schoppmann die nahe liegende Frage auf, ob es sich bei der Hilfe für Verfolgte um eine ‚weibliche‘ Widerstandsform handelte.²⁵ In den Anfängen ging das Forschungsprojekt von einem Frauenanteil von zwei Dritteln aus. Christel Wickert führte den tatsächlich hohen Frauenanteil u.a. darauf zurück, dass Beherbergen, Verpflegen und Betreuen als wesentliche Elemente der Hilfeleistungen im Versteck „typische Handlungen familiärer Fürsorge“ seien, demnach vor allem Frauen oblagen. Frauen hätten auch hier „ihre Rolle im gewohnten Rahmen“ gespielt, wenn sie auch „nicht ohne Gefahr für sich selbst“ handelten.²⁶ Dass bei der Aufnahme und Versorgung Verfolgter „weibliche“ Kompetenzen wie Beherrschung von Alltagsroutinen, Bereitstellung von Mahlzeiten, allgemeine Fürsorglichkeit wichtig waren, ist nicht von der Hand zu weisen. Wenn wir aber die konkreten Leistungen von Frauen betrachten, die Juden halfen, gingen diese unter den Bedingungen des Krieges und der Überwachung der NS-Diktatur über die klassische Versorgungssituation weit hinaus, bis hin zu „kriminellen“ Methoden bei der Lebensmittelbeschaffung (z.B. Handel auf dem Schwarzmarkt), bei der Bereitstellung falscher Papiere, der Suche nach immer neuen Quartieren und bei der Fluchthilfe. Wie viele Beispiele – insbesondere aus Berlin – zeigen, waren zahlreiche Frauen auch an riskanten Aktionen beteiligt, die nur mit großer logistischer Geschicklichkeit bewältigt werden konnten. Diese Frauen mussten geradezu „aus der Rolle fallen“.²⁷

25 Claudia Schoppmann: Rettung von Juden: ein kaum beachteter Widerstand von Frauen, in: Kosmala, Schoppmann (wie Anm. 14), S. 109–126.

26 Christel Wickert: Frauen gegen die Diktatur – Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland, Berlin 1994, S. 155.

27 Kosmala, Schoppmann (wie Anm. 14), S. 122.

Im Laufe der weiteren Erhebungen hat sich der Anteil der Frauen etwas relativiert, liegt aber immer noch bei mehr als der Hälfte. Die Diskrepanz zwischen dem Anteil von Frauen am „aktiven politischen Widerstand“ gegen den Nationalsozialismus, der mit nicht ganz zehn Prozent veranschlagt wird,²⁸ und ihrem Anteil an Rettungsversuchen von Jüdinnen und Juden bleibt dennoch eklatant.

Zu bedenken ist, dass ein Teil der Helferinnen zur Zeit ihrer Hilfeleistungen und Rettungsversuche alleinstehend war; andere, oft auch mit Kindern, waren auf sich gestellt, weil der Ehemann an der Front war. Diese Frauen trafen die Entscheidung zur Hilfe selbständig, zuweilen mit Wissen des Mannes, oft ohne sein Wissen, und trugen die Verantwortung für die Verfolgten allein.

Weshalb die Bezeichnung „Stille Helden“?

Bei einigen Forschern – und nicht zuletzt bei noch lebenden Helfern oder ihren Angehörigen, die ihr Handeln überwiegend als „Selbstverständlichkeit“ oder als ihre menschliche Pflicht und als Gebot des Anstands bezeichneten – stieß die Bezeichnung „stille Helden“ auf Vorbehalte, da man eine unangemessene Heroisierung befürchtete. Auch die mit der Entwicklung der Ausstellung befassten Historikerinnen, die sich während der Forschung mit einer Vielzahl von verschiedenen Charakteren, Motivlagen und Handlungsweisen konfrontiert sahen, hatten zu Anfang Bedenken. Aber auch der Begriff „Zivilcourage“, der häufig mit dem Verhalten der „Gerechten“ oder der „stillen Helden“ in Verbindung gebracht wird und als pädagogische Leitlinie erwünscht ist, muss hinterfragt werden. Dieser ist doch eher ein Element demokratischer Alltagspraxis, ein in demokratischen Zusammenhängen erwünschtes Verhalten, welches das Handeln der Helfer unter der NS-Diktatur nur unzureichend charakterisiert. Die „stillen Helden“ in Deutschland handelten jedoch nicht in Übereinstimmung mit den vorgegebenen und allerorten propagierten Werten, sondern mussten sich gegen die herrschenden Normen des NS-Staates auflehnen, und sich von ihrem sozialen Umfeld, der so genannten *Volksgemeinschaft*, abgrenzen. Sie waren auf sich gestellt, blieben möglichst unerkannt und setzten sich nicht nur der Gefahr aus, für den verbotenen Kontakt mit Juden hart bestraft zu werden, sondern darüber hinaus aus der *Volksgemeinschaft* ausgeschlossen zu werden, so fiktiv diese in vieler Hinsicht war. Man könnte allenfalls von gefährlicher Zivilcourage unter extremen Bedingungen sprechen.²⁹

Klar war, dass wir für die Helfer und Retter nicht den Begriff „Gerechte“ übernehmen konnten, da er selbstverständlich allein den Menschen vorbehalten ist, die durch Yad Vashem mit diesem Titel ausgezeichnet wurden. Was dann nicht zuletzt für die Bezeichnung „stille Helden“ sprach, war die Tatsache, dass

28 Wickert (wie Anm. 26), S. 155.

29 Beate Kosmala: Zivilcourage in extremer Situation. Retterinnen und Retter von Juden im „Dritten Reich“, in: Zivilcourage lernen, hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004, S. 106–116; dies.: Stille Helden, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 14-15 (2007), S. 29–34.

sie durch einschlägige Buchtitel und öffentlichen Gebrauch längst vorgeprägt und in die Öffentlichkeit gelangt war und tatsächlich auch von vielen Überlebenden gewünscht wurde, für die zumindest ein Teil ihrer Helferinnen und Helfer ihre „Helden“ waren.³⁰ Inzwischen hat sich längst erwiesen, dass der Begriff zu wichtigen Diskussionen in der Bildungsarbeit herausfordert.

Schlussbemerkung

Unabhängig von der Vielfalt an Motivationen, Charakteren und Einstellungen leisteten die Helferinnen und Helfer verfolgter Juden, insbesondere in der Zeit der Deportationen in die Ghettos und Vernichtungslager, einen Widerstand, der den Nerv der nationalsozialistischen Rassenideologie traf. Die lang anhaltende Marginalisierung der Hilfe für Juden, auch der Leben rettenden, in der deutschen Erinnerungskultur lag wohl nicht in erster Linie daran, dass viele Frauen daran beteiligt waren, sondern war eher einer Verdrängung geschuldet, weil sie die oft wiederholte Behauptung widerlegte, man habe über die Verbrechen im Osten nichts gewusst und unter dem Nazi-Terror für die Verfolgten nichts tun können. Die Helfer, die ihr Handeln selbst meist nicht als Widerstand, sondern als selbstverständlich und „normal“ definierten, zeigen, dass sich Menschen auch in Diktaturen, unter Bedingungen von Terror und Unterdrückung, unterschiedlich verhalten, dass sie – wenn auch eingeschränkt – eine Wahl haben. Die Geschichten der Helfer zeigen, dass es zwischen den Extremen des völligen Gehorsams und des todesbereiten Widerstands Handlungsalternativen gab. Selbst in den Jahren schlimmsten staatlichen Terrors gab es Einzelne und Gruppen, die sich erstaunliche Möglichkeiten erschlossen, ihre Hilfe effizient durchzuführen, weil sie dazu gewillt waren.

Können diese couragierten Helfer heute zu Vorbildern werden? Eine direkte Ableitung einer Vorbildfunktion ist eher schwierig. Doch kann die Beschäftigung mit diesem menschlichen Handeln in einem Meer von Inhumanität zur Überprüfung der eigenen Position führen und im politischen und sozialen Alltag der Gegenwart zu Solidarität und Zivilcourage ermutigen, orientiert an den Menschenrechten. Dies setzt voraus, dass nicht „Helden“ auf ein Podest gehoben werden, sondern durch konkretes Ausloten der individuellen Handlungsspielräume und Zwangslagen von Helfern und Verfolgten Verstehen ermöglicht wird. Auch müssen die als Juden verfolgten Menschen aus der anonymen Masse der Opfer herausgeholt und als handelnde und um ihr Leben kämpfende Personen erkennbar werden. Die Beschäftigung mit den Rettungsgeschichten, die nicht nur von Heldenmut und Erfolg, sondern auch von Angst und Versagen, auch von pro-

30 Z.B. Inge Deutschkron: Sie blieben im Schatten. Ein Denkmal für „stille Helden“, Berlin 1996; Inge Deutschkron, Wolfgang Benz: Stille Helden. Zeugnisse von Zivilcourage im Dritten Reich. Mit einem Beitrag von Johannes Rau. Hg. von der Kultur-Stiftung der Deutschen Bank, Frankfurt am Main 2002; Wolfram Wette (Hg.): Stille Helden. Judenretter im Dreiländereck während des Zweiten Weltkrieges, Freiburg i. B. 2005.

blematischem Verhalten von Helfern sprechen, ermöglicht Empathie und Identifikation mit den handelnden Personen.³¹

Auch die frühen, oft weniger spektakulären Hilfeleistungen für die Ausgegrenzten hatten sich dem herrschenden politischen Klima und den Vorgaben des NS-Regimes widersetzt und sind nicht zu unterschätzen. Sie bedeuteten für die Verfolgten wichtige Erleichterungen im bedrückenden Alltag, etwas weniger Isolierung und etwas weniger Vereinsamung. Die Beschäftigung mit den Rettungsgeschichten ermöglicht Antworten auf die Frage nach individueller und kollektiver Verantwortung, die sich an der historischen Realität orientieren, sei es unter den erbarmungslosen Bedingungen der Diktatur oder den „normalen“ Umständen der Demokratie.

31 Christoph Hamann: „Uropa war ein Guter.“ Retten und Überleben im Nationalsozialismus als Thema des Geschichtsunterrichts, in: Kosmala, Schoppmann (wie Anm. 14), S. 381–394.

Black Box. Offene Fragen zu Motivation, moralischem „Kompass“, Resistenz und Widerstand

NORBERT GIOVANNINI

Wir fragen nach den inneren Antrieben des Engagements von Helfern. Woher kommen die seelische, die moralische Kraft, die Stärke und Unverzagtheit, die Bereitschaft zu selbstlosem Risiko? Was wissen wir über die mentalen und moralischen Kräfte von Helfern? Lässt sich etwas ermitteln über Ressourcen und Motivation z.B. von akademischen, kirchlich engagierten, bürgerlich und liberal geprägten Männern und Frauen, die als Einzelne oder in Solidargefügen Inseln der Hilfe und Zivilcourage bildeten?

Begriffe wie *Innere Emigration*, Zivilcourage, Alltagswiderstand und „stille Helfer“ dienen dazu, Motive und Einstellungen von Helfern zu benennen. Sie werfen ein Licht auf Resistenzpotenziale innerhalb der nationalsozialistischen Gesellschaft. Diese konnten entstehen und zur Wirkung kommen, weil die liberale und freiheitlich geprägte Zivilgesellschaft von 1933 bis 1945 zwar weitgehend zerstört wurde, aber von einer restlosen Gleichschaltung und Uniformität der Menschen weit entfernt war. Opposition und Abgrenzung konnten nicht mehr öffentlich artikuliert werden. Sie mussten sich Wege suchen, vorsichtig und selbstschützend sein. In diesem Feld abseits der bedingungslosen Loyalität konnten Helfer wirksam sein – und sind es mit Erfolg gewesen.

Die Helferthematik sperrt sich jedoch insgesamt eher gegen Theoretisierung. Bei den Helfern und ihren Kontexten lassen sich auch auf den zweiten Blick nicht viele übereinstimmende Merkmale feststellen, denn es sind im Konkreten sehr viele Faktoren, die das Handeln von Menschen bestimmen. Wir können aber feststellen, dass es unterschiedliche „Einstiegspunkte“ in die Helfertätigkeit gab. Vor allem bei Gesten und Maßnahmen sind es sehr konkrete, niederschwellige Erfahrungen, die Anlass zur Unterstützung waren. Auch eine Zuordnung zu Milieus und Berufsgruppen ist naheliegend, zeigt aber immer auch, dass die Helfer nicht zwingend in Übereinstimmung mit ihren Bezugsgruppen aktiv wurden, sondern in diesen oft vereinzelt waren oder auf eine Wand aus Ignoranz, Gleichgültigkeit, oft auch Ablehnung trafen.

Die Vielfalt der Helferaktionen macht deutlich, dass es vielleicht gerade die scheinbar hoffnungslosen und desaströsen Situationen sind, in denen der Anstoß zum Helfen und zur Solidarität wächst. Die Pogromnacht 1938 und ihre Schockwirkung im liberalen und konfessionell engagierten Bürgertum bewirkten, dass der brutale Terror Gegenkräfte freisetzte. Moralische Vorbehalte wuchsen, Anlässe zum Handeln entstanden. Aus Ambivalenz wurde Dissidenz. Aus Zweifel Verweigerung. Aus Mitmachen und Sich-Treiben-Lassen wurde Abkehr und Widerstand.

Meistens ging es um konkrete Menschen, Nachbarn, Freunde, Kollegen, derenwegen man sich engagierte. Manchmal auch um Gruppen, deren kollektive Verfolgung man nicht akzeptierte oder abscheulich fand. In keiner Hinsicht lässt sich indes von einer „Bewegung“ sprechen, die sich in der Bevölkerung breit entfaltet hätte. Die Initiativen in der „kleinen Großstadt“ Heidelberg sind zudem nicht vergleichbar mit den Helfernetzen in größeren Städten oder in der Metropole Berlin, wo Tausende geschützt und viele von ihnen tatsächlich gerettet wurden.¹

Unser Eindruck ist, dass das Engagement der Helfer vermutlich in den meisten Fällen auf bereits vorhandenen Dispositionen beruhte. Diese konnten in den tiefen Schichten der religiösen, moralischen oder politischen Sozialisation verankert sein. Sie wurden aktiviert durch berufliches Ethos sowie durch Emotionen und fundamentale Gewissensbotschaften, die Menschen in ihrer Erziehung als Essenz menschlich guten Verhaltens verinnerlicht hatten. Sie waren durch grundsätzliche politische Einstellungen oder wachsende Kritik an dem Treiben „der Bonzen“ und ihres Anhangs motiviert. Sie entstanden aus wachsenden Zweifeln an Propaganda und Trugbildern sowie aus Zweifeln am Wahrheitswert von Erfolgsmeldungen, aus Überdruß an hasserfüllten Stilisierungen und der Dämonisierung vermeintlicher Gegner. Manchmal waren es ganz persönliche Leidenserfahrungen, Tod und Verletzung eines Angehörigen, die überstürzte Flucht von Nachbarn oder die unmittelbare Anschauung von Gewalt und Misshandlungen, welche Distanz zum Regime und Engagement für die Verfolgten erzeugten. Und manchmal musste plötzlich jemand an die Tür klopfen und einfach um Hilfe bitten.

In einer akademisch und bildungsbürgerlich geprägten Stadt wie Heidelberg ist es nicht verwunderlich, wenn wir bei den Helfern einen „Überhang“ von Ärzten, Geistlichen, Lehrkräften und exponierten Bürgern aus dem liberalen, sozialdemokratischen, kirchlich fortschrittlich orientierten Bürgertum registrieren. Betrachten wir aber die Netzwerke, so tauchen ebenso die „kleinen Leute“ auf, die Hausangestellten, Nachbarn, Arbeitskollegen, Krankenschwestern, Gemeindeglieder und Gewerbetreibende.

Vor allem die besonders Aktiven mussten, um erfolgreich zu sein, schmerzhaft Konzessionen machen, mit den Trägern und Wasserträgern des Systems meist sogar kooperieren. Selbstschützendes Verhalten und das Vermeiden unwägbarer Risiken waren Teil ihres „vernünftigen“ Handelns. Warum nicht? – würde Bert Brecht Herrn K. fragen lassen. Ist nicht jeder Kompromiss erlaubt, wenn es um Menschenleben geht. Dies kann nur dann Anstoß erregen oder grundsätzliche Zweifel wecken, wenn moralische Eindeutigkeit als Maßstab jenseits tatsächlicher Gefährdungen und Zwänge zugrunde gelegt wird.² Wir spüren,

1 Hierzu der Beitrag von Beate Kosmala in diesem Band.

2 In einer unvergleichlich schwierigeren und quälend paradoxen Situation waren die Amtsträger und Justiziere der jüdischen Gemeinden, die von den Behörden zur Abwicklung von Deportationen und zur „Verwaltung“ der Gemeinden gezwungen wurden.

dass bei den Helfern ein tief verankerter moralischer Kompass gewirkt hat, bei manchen von Anfang an, bei anderen ausgelöst durch Begegnungen und Erlebnisse. Wir nehmen Uneindeutiges, Zweifelhaftes, Unentschiedenes wahr. Nirgends lautstarken Heroismus oder Märtyrerattitüden. Es gab sie, die „guten“ Heidelberger.

Trotz umfassender und latent bedrohlicher Observation durch das Regime und der Isolation im persönlichen Umfeld sind viele der Unterstützer – relativ, das sei betont – unangefochten geblieben: Der sozialdemokratische Widerstandskämpfer Emil Henk, der mehrfach die Frau des Philosophen Jaspers bei sich beherbergte, die Sozialwissenschaftlerin Marie Baum und die Ärztin Marie Clauss und nicht zuletzt auch Hermann Maas. Sie wunderten sich oft selbst darüber, dass das Regime ihren Einsatz nicht mit Gewalt und Entschiedenheit beendete. Gelegentlich wurde ihnen von kleinen und großen Mitläufern und Prominenten sogar Respekt entgegengebracht.

„Viel Behütungen und seltsame, mir oft unerklärliche Unentschlossenheit der Gestapo bewahrten mich vor dem Allerletzten, dem Lager und dem Strick.“³

Das mag zwischen 1933 und 1936 mit Unsicherheiten der Machthaber im Umgang mit „bürgerlichen“ Milieus zu tun haben. Die Rücksichten auf *Frontkämpfer* aus dem Ersten Weltkrieg waren ein Beispiel dafür. Ebenso der anfänglich unschlüssige Umgang mit den Kirchen oder das Angebot an korporierte, studentische Vereine ihren Verbindungsbetrieb als Kameradschaften des *Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes* fortzusetzen. Parallel zur Eskalation des Alltagsterrors reagierte das Regime jedoch zunehmend nervös und repressiv auf Zeichen abbröckelnder Loyalität.

Zugleich bildete sich in den Milieus der Täter, Mitläufer und Nutznießer ein Modus des Helfens heraus, den wir als gönnerhaft bezeichnen. Wer die Macht hat, kann sich Güte erlauben. Selbst das Gute, das getan wurde, blieb durch Willkür und Beliebigkeit bestimmt. Oft beruhte die Hilfe auch auf alten, „kumpelhaften“ Loyalitäten und Solidaritäten, z.B. der Mitgliedschaft in Vereinen, den Kameradschaften, den Privatbeziehungen. Bei „einfachen“ Parteimitgliedern brachten kleine Hilfen und Gesten oft auch ganz persönliche Sympathien mit den Betroffenen und das partielle Nichteinverständnis mit Maßnahmen des Regimes zum Ausdruck. Das waren Gesten und Maßnahmen, die für die „Verfolgten“ von großem Wert sein konnten. Auch so funktioniert die Gesellschaft, manchmal nur gerade deswegen.

Gegen Ende, als die Niederlage und der Zerfall des Regimes absehbar waren, gewannen solche Handlungen zusätzlich strategischen Wert als Vorsorgemaßnahme. Wusste man doch sehr genau, dass es in einem „Danach“ Situationen geben werde, für die man sich klugerweise positive Einträge im Gedächtnis der vormals Verfolgten sichern sollte. In anderen Fällen können wir vermuten, dass

3 Fritz Pinkuss: Rabbiner in Heidelberg 1930 bis 1936, in: Norbert Giovannini, Frank Moraw (Hgg.): *Erinnertes Leben*, Heidelberg 1998, S. 135.

sich „zwei Seelen in einer Brust“ in unauflöslichem Widerstreit befanden: Eine humane, menschliche, mitleidige und skrupelhafte Seite, und eine bedingungslos loyale, identifizierte und machtberauschte Seite. Die Untersuchung zum stellvertretenden Leiter der Heidelberger Gestapo, Wilhelm Bender, versucht diese Aspekte exemplarisch zu erfassen.

Transfer und Identifikation – Zivilcourage in pädagogischer Sicht

Betrachten wir die Wirkungen des couragierten Helfens auch in einer auf unsere Gegenwart bezogenen Perspektive,

- in der Hilfsaktionen und Solidarität mit Verfolgten öffentlich als *Gutmenschen* diskreditiert werden und Helfer zu Tätern umdefiniert werden,
- in der in indiskutabler Weise ein Ende der Gedenkkultur gefordert wird,
- in der Feindbilder absichtsvoll und mit demagogischer Wucht erneuert und geschaffen werden,
- in der Zeitzeugen immer weniger werden, die über das tatsächliche Handeln und Leiden berichten können,
- und in der wir deshalb auf Dokumente und Hinterlassenschaften, auf ausgezeichnete Erinnerungen angewiesen sind und immer mehr sein werden,
- in der aber Erinnerung und geschichtliche Vergegenwärtigung dringlicher denn je sind, um aufzuzeigen, dass konkretes Handeln möglich und erforderlich ist.

Erfahrungsgemäß führen Erzählungen und Bericht über Einzelfälle aktiver Hilfe und über den damit verbundenen Alltagswiderstand unmittelbar zum Nachdenken über Wert und Notwendigkeit von Zivilcourage, von Engagement und aktivem Handeln. In der pädagogischen wie in der politischen Bildungsarbeit sowie in der aktiven Gedenkarbeit vor Ort wird die Bedeutung „guten“ Handelns im sozialen Nahbereich sichtbar. Realistische, alltagswirksame und klein dimensionierte Handlungschancen werden fassbar, ebenso die Konsequenzen, die es hat, wenn diese aus Ignoranz, Gleichgültigkeit oder blindem Eigennutz unterlassen werden.

Die fundamentale Botschaft unserer Untersuchungen ist, dass es immer Gelegenheiten gibt, mitmenschlich, wirksam und auf moralischer Basis zu handeln. Dieses Handeln kann nicht gemessen werden an hohen Standards des Widerstands, die für das Individuum kaum erreichbar sind. Nicht jedem stehen die Handlungsoptionen eines Oskar Schindler,⁴ eines Varian Fry⁵ oder eines Graf von Stauffenberg zur Verfügung. Keiner muss sich am heldenhaften Widerstandskämpfer messen lassen, der bereit war, sein Leben zu opfern. Keiner muss

4 David M. Crowe: Oskar Schindler. Eine Biografie, Berlin 2005; Thomas Keneally: Schindlers Liste, München 1994; Mieczyslaw Pemper: Der rettende Weg. Schindlers Liste – die wahre Geschichte, Hamburg 2005.

5 Ohne zu zögern. Varian Fry: Berlin-Marseille-New York. Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin, Ausstellungskatalog, 2008.

die Welt aus den Angeln heben. Aber dort, wo wir stehen, können wir uns bewegen. Im Konkreten zählt deshalb auch nicht der Vergleich mit dem organisierten Widerstand der Arbeiterparteien oder dem militärischen Widerstand gegen das Regime des Dritten Reiches. Auch nicht der Vergleich mit Widerstandsbewegungen in damals okkupierten Ländern und den Leistungen weltweit tätiger Hilfsorganisationen. Im Konkreten gibt es auch keine Konkurrenz zwischen diesem und jenem.

Im Konkreten zählt ohnehin nur das Konkrete.